BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGSAUSGLEICH

DREIZEHNTER JAHRESBERICHT

1. APRIL 1942 — 31. MÄRZ 1943

BASEL

Herbst 1943

INHALTSVERZEICHNIS

ANLAGEN

DREIZEHNTER JAHRESBERICHT

DES PRÄSIDENTEN DER

BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGSAUSGLEICH,

angekündigt in der

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

in Basel am 16. Juni 1943

Der Präsident beehrt sich, hiermit den Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich über ihr dreizehntes Geschäftsjahr vorzulegen, das die Zeit vom 1. April 1942 bis zum 31. März 1943 umfaßt und dessen Ergebnisse in Kapitel VII ausführlich behandelt werden. Der Reingewinn beträgt nach Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben 4.508.953,89 Schweizer Goldfranken. Hiervon sind nach Artikel 53 der Satzung 5 v. H., d. h. 225.447,69 Goldfranken, an den gesetzlichen Reservefonds zu überweisen, während die verbleibenden 4.283.506,20 Goldfranken für die Zahlung einer Dividende zur Verfügung stehen. Zusammen mit dem Restbetrag des Dividenden-Reservefonds in Höhe von 1.626.940,33 Goldfranken ergibt sich eine Summe von 5.910.446,53 Goldfranken, und diese ermöglicht die Verteilung einer Dividende von 29,55 Goldfranken je Aktie. Die Bilanzsumme belief sich am Ende des Geschäftsjahres auf 483,4 Millionen Goldfranken gegenüber 476,6 Millionen am 31. März 1942.

Obwohl sich die Bilanzsumme der Bank leicht erhöht hat, haben die Umsätze nach den erheblichen Rückgängen in den ersten beiden Kriegsjahren abermals etwas abgenommen. Die zur Zeit noch mögliche Tätigkeit der Bank, darunter auch die Verwaltung ihrer Anlagen in den verschiedenen Ländern und gewisse Geschäfte für das Rote Kreuz, erfordert angesichts der Unzahl neuer Vorschriften im zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr und auch infolge anderer Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, im einzelnen heute gewöhnlich bedeutend mehr Arbeit als früher. Die Bank hat bei ihrer Wirksamkeit weiter an den Grundsätzen strenger Neutralität festgehalten, die sie im Herbst 1939 für sich aufgestellt hatte, und alle Geschäfte vermieden, die möglicherweise einer kriegführenden Nation zum Schaden einer anderen wirtschaftliche oder finanzielle Vorteile hätten bringen können.

Schon beim Ausbruch der Feindseligkeiten war man sich allgemein darüber klar, daß der moderne Krieg von den beteiligten Nationen die äußerste Anspannung der zivilen und militärischen Kräfte verlangt und daß hierzu eine staatliche Lenkung des Wirtschaftslebens in einem alles Bisherige übersteigenden Umfang erforderlich war. Es hieße den Sachverhalt unterschätzen, wenn man behaupten wollte, daß diese Lenkung im gegenwärtigen Kriege da begonnen habe, wo sie im letzten aufgehört hat, denn diesmal wurde auf

vielen Gebieten die Ausfüllung von Lücken, die den Behörden von 1918 noch Verlegenheit bereiteten, sofort bei Kriegsbeginn in Angriff genommen, wofür die frühzeitige Einführung der Devisenbewirtschaftung ein bemerkenswertes Beispiel ist. Obwohl es sich diesmal also schon von Anfang an um einen totalen Krieg handelte, ergab sich doch mit jedem Jahr seiner längeren Dauer und mit jeder Erweiterung seines Umfangs eine immer stärkere Anspannung der Kräfte, mit der sozusagen immer höhere Stufen der Totalität erreicht wurden.[1]

Auf dem Gebiet des internationalen Handels ist die staatliche Lenkung überall von maßgebendem Einfluß; der Handel unterliegt einer Rangordnung, Ein- und Ausfuhr bedürfen der Genehmigung, Devisen und Transportmöglichkeiten werden zugeteilt; Prämien und Sonderbelastungen sollen die Preise im Innern und im Ausland „ausgleichen" und dadurch die Güterbewegung in solchen Richtungen unterstützen, in denen sonst das Preisgefälle hinderlich oder von unerwünschtem Einfluß auf das inländische Preisgefüge wäre. Die Methoden der Lenkung und Überwachung sind mannigfaltig, führen aber alle zu demselben Ergebnis, daß nämlich die durch staatliche Beschränkungen gebundene Privatwirtschaft immer mehr für amtliche Rechnung arbeiten muß. Durch den Wirtschaftskrieg — Blockade, Gegenblockade und alle damit zusammenhängenden Maßnahmen — ist die Welt gleichsam in wasserdicht abgeschlossene Fächer aufgeteilt worden, durch deren Trennungswände der Handel nur tropfenweise hindurchsickern kann, wie z. B. die schwedische Ein- und Ausfuhr über Gotenburg oder der Außenhandel der Schweiz über portugiesische, spanische und italienische Häfen, da die Verschiffungen in diesen Fällen der Genehmigung beider kriegführenden Parteien bedürfen.

Im Winter 1941/42 änderte sich das Bild des Welthandels plötzlich in bedeutendem Umfang durch die Erweiterung der japanischen Herrschaft im süd- und südwestpazifischen Raum. Damit ergab sich für viele Länder die Notwendigkeit, entweder andere Versorgungsquellen zu suchen, z. B. in Iberoamerika, oder die Erzeugung von Ausweichstoffen in der Heimat aufzunehmen; ein hervorragendes Beispiel hierfür ist die Herstellung von Kunstgummi in den Vereinigten Staaten, die für 1943 auf 250.000–275.000 englische Tonnen geschätzt wird bei einem Naturgummibedarf von 410.000 englischen Tonnen im Friedensjahr 1938. Eine andere bedeutsame Änderung im internationalen Warenverkehr war das Anwachsen der Leih- und Pacht-Lieferungen; 1942 gingen nicht weniger als 60 v. H. der gesamten Ausfuhr der Vereinigten Staaten auf Leih- und Pacht-Rechnung. Dagegen zeigte der internationale Handel auf dem europäischen Festland 1942 nur geringe Verschiebungen; die im Clearingwege aufgelaufenen Kredite hatten ungefähr das gleiche Ausmaß wie im Vorjahre.

---

[1] Der Krieg führte zur Einstellung einer Reihe statistischer Veröffentlichungen, insbesondere über Warenvorräte und andere Dinge, deren Kenntnis als wertvoll für den Feind angesehen werden könnte; im wesentlichen aus denselben Gründen wird auch das für amtliche Zwecke im Zusammenhang mit der Kriegführung gesammelte neue Material nicht veröffentlicht. Trotzdem verbleibt noch eine Fülle zuverlässiger statistischer Angaben, die freilich nicht immer leicht zugänglich sind; besonders auf währungs- und finanzpolitischem Gebiete liegt noch ein großer Teil der in Friedenszeiten regelmäßig erhältlichen Unterlagen vor; in verschiedenen Fällen ist auch, wie z. B. bei einigen Zentralbank-Ausweisen, die zuerst ausgesetzte laufende Veröffentlichung wieder aufgenommen worden.

Jedes kriegführende Land muß in seiner Wirtschaftspolitik die höchste Ausnutzung seiner persönlichen und sachlichen Kraftquellen anstreben. In Friedenszeiten, unter dem Einfluß von Kosten- und Preisänderungen an Märkten, die noch einen verhältnismäßig starken Wettbewerb aufwiesen, konnte es den Angehörigen einer Nation mehr oder weniger überlassen bleiben, wie sie sich auf die verschiedenen ihnen offenstehenden Berufe verteilten; im Kriege aber muß notwendigerweise der Staat von sich aus bestimmen, welche Gruppen zum Dienst mit der Waffe heranzuziehen sind, und er muß ferner versuchen, die Preissteigerung, die sonst die Folge seiner eigenen verstärkten Nachfrage nach Gütern und Leistungen wäre, zu verhindern oder wenigstens zu begrenzen. In einigen Ländern haben zweifellos auch Preis- und Lohnerhöhungen bei der Umstellung der Erzeugung und der Umgruppierung der Arbeitskräfte helfend mitgewirkt; mit der Steigerung der Kriegsanstrengungen ging aber der Antrieb in zunehmendem Maße von der staatlichen Lenkung aus, die ihren Einfluß durch eine ganze Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen ausübte:

1) Die Mobilisierung der letzten Menschenreserven umfaßt (neben der Verwendung ausländischer Arbeiter, die in Deutschland wichtig ist) die Wiedereinstellung von Arbeitslosen, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Hinausschiebung der Pensionierung, die frühere Heranziehung der Jugendlichen und — als keineswegs unbedeutendste Maßnahme — die stärkere Beschäftigung von Frauen in Berufen aller Art. In mehr als einem Zweig der Industrie hat die Erfahrung gelehrt, daß die Frauen den Männern an Leistungsfähigkeit vielfach ebenbürtig, zuweilen sogar überlegen sind. In Deutschland, wo 1939 in Handel und Gewerbe 50 v. H. mehr Frauen tätig waren als 1932, brachte der Krieg zunächst einen Rückgang in der Beschäftigung von Frauen (hauptsächlich als Folge der hohen Heiratsziffer); schon 1940 aber begann ihre Zahl wieder zu steigen, und 1942 waren 1,3 Millionen mehr Frauen beschäftigt als bei Kriegsausbruch (Anfang 1943 fand eine weitere Erfassung statt, um mehr Männer für die Wehrmacht oder für die Rüstungsproduktion freizusetzen). Ende 1942 entfielen von den in Deutschland in der Industrie beschäftigten Arbeitern 17 v. H. auf ausländische Kräfte (einschließlich der Kriegsgefangenen), die im Durchschnitt schätzungsweise etwa 80 v. H. des Leistungsgrades der deutschen Arbeiter erreichten.

Daß in Zeiten gewaltiger Rüstungen und im Kriege ein dringender Bedarf an Menschen besteht, ist nur ein anderer Ausdruck dafür, daß in solchen Lagen die Arbeitslosigkeit kein Problem mehr ist. In den Vereinigten Staaten z. B. waren im Herbst 1942 etwa 7 Millionen Menschen mehr beschäftigt als im Sommer 1939; außerdem war inzwischen die tatsächliche Arbeitswoche in den Fabrikbetrieben um etwa ein Siebentel verlängert worden. Hier wie auch in anderen Ländern bewirken gewaltige neue Staatsaufträge, die zur Hälfte oder mehr als zur Hälfte durch Erhöhung der öffentlichen Schuld finanziert werden, unter allen Umständen eine Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten; die Warenpreise — ob streng kontrolliert oder nicht — werden so festgesetzt, daß sie vollen Ersatz der

Kosten gewähren; der Überfluß an Kaufkraft bei der Bevölkerung macht beinahe jede Ware verkäuflich, während der zivile Lebensstandard notwendigerweise herabgedrückt wird. Die wenigen verbliebenen neutralen Länder, die einen geringeren Teil ihrer Leute zum Waffendienst herangezogen haben, befürchteten zeitweise, daß Rohstoffmangel und Beschneidung der Ausfuhr eine weitgehende Erwerbslosigkeit verursachen würden; aber auch sie haben nicht ohne eine gewisse Überraschung feststellen können, daß dank der Herstellung von Ersatzwaren und Ausweichstoffen und dank dem allgemeinen Warenhunger die Zahl der Erwerbslosen sich fast auf dem niedrigsten jemals verzeichneten Stande hält. Es gehört zu den tragischen Seiten des Lebens, daß gewisse Aufgaben, und besonders gerade das Beschäftigungsproblem, in Zeiten zunehmender Knappheit und internationaler Konflikte leichter gelöst werden können als im Frieden und im Überfluß. Aber wenn auch in Zeiten der Fülle eine zunehmende Produktion mannigfacher Güter sicher die Gefahr vieler Mißverhältnisse mit sich bringt, so steigt doch gerade dann das äußere Wohl der Menschheit. Das Entscheidende ist, ob mit der aufgewendeten Arbeit Güter geschaffen und Dienste geleistet werden, welche die Menschen tatsächlich brauchen (und die sie selbst mit ihren Einkommen zu erwerben gewillt sind), oder ob die Vollbeschäftigung nur durch staatliche Käufe und bei einem gesenkten Lebensstandard erreicht wird und in einer allgemeinen Mangelwirtschaft endet.

2) Mit der besseren Ausnutzung der vorhandenen menschlichen Kräfte verbanden sich erhebliche Bemühungen um die Rationalisierung der Produktion — nicht zuletzt auch im zivilen Sektor — mit dem Ziel, die Erzeugung entsprechend den Forderungen des Krieges durch Vereinheitlichung der Typen, Zusammenfassung der Erzeugung und Verkleinerung des Verteilungsapparates zu vereinfachen. In Großbritannien wurde im Frühjahr 1941 ein umfassender und weitgehender Plan zur Konzentration der Erzeugung in Kraft gesetzt mit dem Ergebnis, daß von Mai 1941 bis März 1943 235.000 Arbeiter für den Militärdienst oder für kriegswichtige Arbeiten freigesetzt und 61 Millionen Quadratfuß Fabrikraum der Kriegsproduktion überlassen oder für Lagerzwecke bereitgestellt werden konnten; hierbei wurden 2.800 Betriebe stillgelegt, während 5.800 andere zu „nucleus"-Betrieben bestimmt wurden, die in der Regel die Fabrikation für die geschlossenen Unternehmen in Kommission oder gegen direkte Bezahlung fortführen. Die Art der getroffenen Maßnahmen hängt natürlich in jedem Lande von den örtlichen Verhältnissen ab. In Deutschland wurde das bestehende Kartellsystem in verschiedener Hinsicht geändert; neue Formen des Zusammenschlusses wurden geschaffen, um die den verschiedenen Gewerbe- und Handelszweigen zugewiesenen Aufgaben durchzuführen; im Herbst 1943 wurde dem Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion die Lenkung der gesamten deutschen Produktion übertragen (also auch des zivilen Sektors). In Japan hat die Regierung ebenfalls einschneidende Maßnahmen ergriffen; einer Konzentration der industriellen Erzeugung folgte im Herbst 1943 die Schließung zahlreicher nicht kriegswichtiger Betriebe.

Alle diese wirtschaftlichen Umstellungen bezweckten natürlich in erster Linie den äußersten Kräfteeinsatz für die Kriegführung, doch werden die daraus hervorgehenden Änderungen zweifellos zum Teil von bleibender Wirkung auf das Wirtschaftsleben sein. Länder, die nicht so strenge Maßnahmen der industriellen Konzentration ergriffen haben, stellen sich heute schon die Frage, ob nicht jene, die es getan haben, dadurch wesentlich im Vorteil sein werden, daß ihre Leistungsfähigkeit infolge des vermehrten Austauschs technischer Erfahrungen und infolge der zahlreichen neuen Erfindungen im Zuge der durch einen akuten Arbeitermangel fast unausweichlich gewordenen Rationalisierung eine bleibende Verbesserung erfährt. Am stärksten waren die Fortschritte natürlich in der Rüstungsindustrie ausgeprägt; ihre Ergebnisse müßten sich später namentlich bei der Herstellung dauerhafter Güter geltend machen. Im Frieden wird der Verbraucher vermutlich — wenn auch wahrscheinlich nicht sofort — wieder bestimmen können, was er kaufen will; ein großer Teil der gegenwärtigen Einheitsfabrikation wird dann zweifellos wieder aufgegeben werden, auf zahlreichen Gebieten und für viele Erzeugnisse bietet aber die Produktion nach einheitlicheren Mustern doch so bedeutende Vorteile, daß sie bestimmt auch nach Beendigung des Krieges fortgeführt werden wird; hierdurch wird es möglich sein, weit geringere Preise zu fordern, als sonst nötig wäre. Andererseits besteht eine gewisse Gefahr, daß die während des Krieges entstandenen mächtigen Industrie- und Handelsverbände versuchen werden, die ihnen unter ganz außergewöhnlichen Umständen übertragenen Monopolstellungen zu behalten, indem sie, statt sich den Friedensverhältnissen anzupassen, sich bemühen, den Wettbewerb zu beschränken und sich Änderungen zu widersetzen; damit würden sie es außerordentlich erschweren, denen Arbeit zu verschaffen, die aus dem aktiven Wehrdienst heimkehren oder nicht mehr in Rüstungsbetrieben eingesetzt sind.

Die Beschränkung der Erzeugung für zivile Zwecke ist am schärfsten durchgeführt bei der Herstellung dauerhafter Verbrauchsgüter (Wohnhäuser, Kraftwagen, Kühlschränke, Rundfunkapparate usw.), da die Industrie- und Handelszweige, die mit dieser Produktion zu tun haben, am leichtesten auf die Erzeugung von Kriegsgerät umgeschaltet werden können, das zur Hauptsache aus Schußwaffen, Munition, Panzern, Lastwagen, Flugzeugen und Schiffen besteht. In den Vereinigten Staaten begann die Beschränkung der Versorgung mit zivilen Fertigwaren im Herbst 1941; die nebenstehende Übersicht zeigt, daß von Mitte 1941 bis Mitte 1942 die Steigerung der gesamten industriellen Produktion allein durch die rasche Ausdehnung der Herstellung

Kennziffer der Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten

(1935-39 = 100)

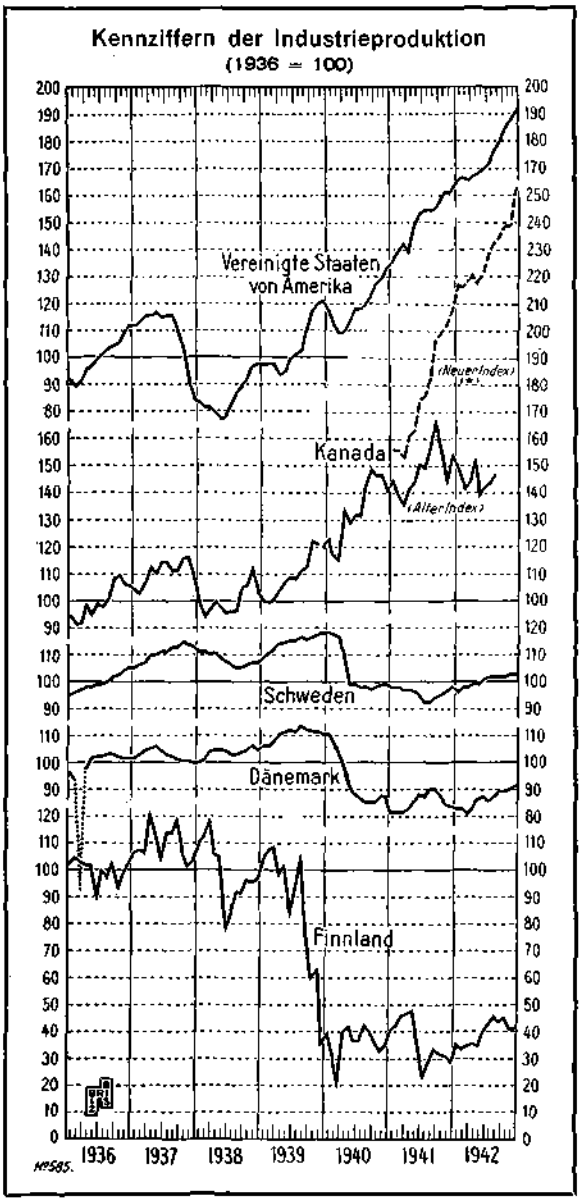
Erzeugnisse	Juni 1941	Juni 1942	Juni 1943
Dauerhafte Güter	198	246	303
Nicht dauerhafte Güter	138	136	147
Mineralerzeugnisse (außer Gold)	131	132	121
Gesamtindex	160	177	203

In der Erhöhung der Indexzahl für nicht dauerhafte Güter von Juni 1942 bis Juni 1943 kommt hauptsächlich eine Produktionssteigerung in der chemischen Industrie zum Ausdruck, deren Produkte in weiterem Umfang aus Kriegslieferungen bestehen als die jeder anderen Industrie in dieser Gruppe. Die Abschwächung bei den Mineralprodukten im Juni 1943 dürfte zum großen Teil nur vorübergehend gewesen sein (als Folge von Arbeitsstreitigkeiten im Kohlenbergbau).

dauerhafter Erzeugnisse verursacht wurde und daß ziemlich dasselbe auch für die folgenden zwölf Monate bis Mitte 1943 gilt.

Im Frühjahr 1943 waren in den Vereinigten Staaten schätzungsweise fast zwei Drittel der laufenden Industrieerzeugung für Kriegszwecke bestimmt; für das erste Halbjahr 1943 zeigte die Meßziffer der industriellen Produktion im ganzen nur geringe Veränderungen, was darauf hinzudeuten scheint, daß die wirtschaftliche Mobilmachung einen mehr oder weniger endgültigen Zustand erreicht hatte, der u. a. durch einen dringenden Arbeitermangel bezeichnet war.

Noch rascher als in den Vereinigten Staaten hat die industrielle Produktion in Kanada zugenommen, das nächst den Großmächten bei weitem das bedeutendste Rüstungserzeugungsland der Welt geworden ist. Diese auffallende Steigerung beruht teilweise auf Verbesserungen der technischen Leistungsfähigkeit; der Hauptgrund ist aber eine Verlagerung in der Beschäftigung von weniger produktiven Berufen zu anderen mit sehr hoher Produktivität (die Leistung eines Menschen wird rasch wertvoller, wenn er von einer „Grenz"-Farm zu einer mit allen neuesten Maschinen ausgestatteten Flugzeugfabrik überwechselt). Der Kriegsbedarf dürfte sich hauptsächlich auf Waren erstrecken, die am laufenden Band oder mit Hilfe anderer Verfahren der neuzeitlichen Massenproduktion hergestellt werden können, während der Friedensbedarf des gewöhnlichen Verbrauchers vorwiegend anderer Art ist und zu einem bedeutenden und wachsenden Teil auch Dienstleistungen (Gaststätten, Ferienaufenthalt, ärztliche Behandlung, Schönheitspflege usw.) betrifft, bei denen die Vorteile arbeitsparender Erfindungen oder der Massenproduktion weniger ausgenutzt werden können. Dies dürfte übrigens einer der Gründe sein, weshalb bei der Deckung



(*) Mit anderer Gewichtung.

friedensmäßiger Bedürfnisse so starke Steigerungen des Nationalprodukts, wie sie während des Krieges erreicht wurden, nicht möglich sind.

In Europa veröffentlicht außer Finnland keines der kriegführenden Länder mehr regelmäßig Kennziffern der industriellen Produktion; auch allgemein gehaltene Hinweise auf die Entwicklung werden nur selten gegeben. Wahrscheinlich ist für die meisten dieser Länder das Verhältnis der Kriegsproduktion zur gesamten industriellen Erzeugung annähernd dasselbe wie in den Vereinigten Staaten; der Umfang der Gesamtproduktion ist indessen in den einzelnen Ländern sehr verschieden. In Frankreich betrug er 1942 schätzungsweise etwa zwei Drittel der Erzeugung von 1938. Der starke Rückgang der Industrieproduktion Finnlands, auf den die Zeichnung hinweist, beruht teils auf Rohstoffmangel, teils auf dem hohen Anteil der im Wehrdienst stehenden Bevölkerung, der während langer Zeitspannen bis zu 18 v. H. betrug. In Schweden und Dänemark litt der Umfang der industriellen Erzeugung seit dem Frühjahr 1940 ebenfalls unter dem Fehlen der üblichen Rohstoffeinfuhr, daneben war auch der Verlust von Märkten von Einfluß. Wenn trotz des Ausfalls der bedeutenden angelsächsischen Absatzgebiete für die schwedische Zellstoff-, Papier- und Nutzholzindustrie die gesamte gewerbliche Erzeugung Schwedens sich verhältnismäßig gut behaupten konnte (etwa auf dem Stande von 1936), so ist dies teils auf Rüstungsarbeiten, teils auf erhebliche Investierungen für die Produktion von Ersatzstoffen zurückzuführen.

Der Ertrag der industriellen Produktion ist zwar nur einer, aber gewöhnlich der bedeutendste unter den Bestandteilen des Volkseinkommens. In einer Reihe von Ländern werden laufende Berechnungen nicht nur über das Netto-Volkseinkommen angestellt (wenn auch nicht immer veröffentlicht), sondern auch über das Brutto-Volkseinkommen, welches die Gesamtheit aller während des Jahres hervorgebrachten Güter und Leistungen, also auch die Aufwendungen für die Erhaltung und Erneuerung des Volksvermögens umfaßt.[1] Wenn nun Schätzungen für die Instandhaltung und Ersatzbeschaffung, den gesamten privaten Verbrauch und den Umfang der im In- und Ausland geschaffenen (oder aufgelösten) Anlagen vorhanden sind, ist es möglich, die Erträge der tatsächlichen Quellen, die zu den Lasten des Krieges beisteuern, mehr oder weniger vollständig nachzuweisen. Diese Lasten können ausgeglichen werden erstens durch eine Steigerung der Produktion, zweitens durch Herabsetzung eines oder mehrerer der folgenden Posten: privater Verbrauch, staatlicher Verbrauch für andere Zwecke als die Kriegführung, Instandhaltung und Ersatzbeschaffung, Ausbau der inländischen Kapitalausrüstung, drittens endlich durch Heranziehung ausländischer Hilfsquellen (Auflösung von Anlagen im Ausland).

Für vier Länder wurden ziemlich vollständige Berechnungen des Volkseinkommens im Jahre 1942 bekannt; einige der wichtigsten Ziffern sind auf den folgenden Seiten wiedergegeben, wobei indessen wohlverstanden mit einer

[1] Netto- und Brutto-Volkseinkommen werden häufig in doppelter Weise berechnet, wobei die zugrunde gelegten Preise die indirekten Steuern einmal enthalten und einmal nicht.

genauen Vergleichbarkeit der Angaben für verschiedene Länder nicht gerechnet werden darf, da derartige Schätzungen nur innerhalb ziemlich weiter Fehlergrenzen möglich sind und auch abweichende Berechnungsmethoden angewandt sein können. Selbst bei einem und demselben Lande kann ein Vergleich der Zahlen für verschiedene Jahre nur dann richtig sein, wenn sie auf eine nicht durch Preisbewegungen veränderte Einheit zurückgeführt sind (für die Vereinigten Staaten etwa auf Dollar von 1939). Eine solche Umrechnung ist naturgemäß ein etwas gewagtes Unterfangen, da es äußerst schwierig ist, die Preisveränderungen bei den vielen verschiedenen Posten zu berücksichtigen, aus denen sich die Einkünfte einer Nation zusammensetzen oder für welche der Staat und die gesamte Bevölkerung ihr Geld ausgeben. Eine gewisse Vorstellung von den in Betracht kommenden Größenverhältnissen werden die Ergebnisse indessen wohl vermitteln können.

In der Übersicht für die Vereinigten Staaten enthalten die ersten beiden Spalten die tatsächlichen Ziffern für 1939 und 1942 und die dritte Spalte die Ziffern für 1942, umgerechnet in „Dollar von 1939" auf Grund einer Preiskennziffer, die eine Steigerung von 1939 bis 1942 um 14 v. H. verzeichnet. Der Unterschied zwischen den Ziffern für 1942 in „Dollar von 1939" und denen für das Jahr 1939 zeigt, aus welchen Quellen die Kriegslasten tatsächlich aufgebracht wurden. Danach ist der Verbrauch für Kriegszwecke (in Dollar von 1939) um 41,8 Milliarden gestiegen, die Zunahme des Brutto-Nationalprodukts war aber noch bedeutender — nämlich 44,6 Milliarden Dollar — und so groß, daß bei einem Rückgang der privaten Kapitalbildung um 3,9 Milliarden brutto und der nicht kriegsmäßigen Aufwendungen um 3,6 Milliarden der private Verbrauch im Jahre 1942 noch um 10,3 Milliarden Dollar über dem Stande von 1939 liegen konnte (und zwar unter Berücksichtigung der Preissteigerung).

Die tatsächlichen Quellen des Kriegsverbrauchs in den Vereinigten Staaten 1942 und 1939

Quellen der Aufbringung	1939	1942	In Dollar von 1939	
			1942	Unterschied zwischen 1942 und 1939
	in Milliarden Dollar			
Brutto-Nationalprodukt . .	88,6	151,6	133,2	+ 44,6
Davon:				
Privater Verbrauch	61,7	81,9	72,0	+ 10,3
Private Kapitalbildung (brutto)	10,9	8,0	7,0	— 3,9
Nicht kriegsmäßiger Verbrauch des Staates[1] . .	14,6	12,5	11,0	— 3,6
Gesamtabgänge	87,2	102,4	90,0	+ 2,8
Verbleiben für Kriegsverbrauch[1]	1,4	49,2	43,2	+ 41,8

Diese Tabelle beruht auf Angaben in einer Abhandlung von Milton Gilbert und George Jazzi „National Income and National Product in 1942" in der vom amerikanischen Handelsamt herausgegebenen „Survey of Current Business" für März 1943.

[1] Nur Güter und Dienstleistungen, d. h. ohne Übertragungen wie Zinsen auf die öffentliche Schuld, Ruhegehälter usw.

Die Staatsaufwendungen Großbritanniens erhöhten sich von 1938 bis 1942 in „Pfund Sterling von 1938" um 2,7 Milliarden Pfund; gedeckt wurde der Mehrbetrag durch eine Steigerung des Brutto-Volkseinkommens um 1.113 Millionen Pfund, durch eine Drosselung des privaten Verbrauchs um

Die tatsächlichen Quellen der Kriegsaufwendungen Großbritanniens 1942 und 1938

Quellen der Aufbringung	1938	1942	In £ von 1938	
			1942	Unterschied zwischen 1942 und 1938
	in Millionen Pfund Sterling			
Brutto-Volkseinkommen . .	5.587	9.078	6.700	+ 1.113
Dazu:				
Auflösung von Auslandsanlagen	55	632	485	+ 430
Insgesamt verfügbar . . .	5.642	9.710	7.185	+ 1.543
Hiervon:				
Privater Verbrauch . . .	4.035	4.800	3.408	— 627
Erhaltung und Vermehrung des privaten Inlandskapitals	762	302	232	— 530
Gesamtabgänge . .	4.797	5.102	3.640	— 1.157
Verbleiben für Verbrauch des Staates*	845	4.608	3.545	+ 2.700

Ein Weißbuch der britischen Regierung, das dem Parlament im April 1943 vorgelegt wurde, enthielt eine Untersuchung über die Quellen der Kriegsfinanzierung, und zu diesem Zweck wurden Berechnungen über das Volkseinkommen und die Ausgaben in den Jahren 1938, 1940, 1941 und 1942 angestellt. Auf Grund der auf diese Weise gebotenen Zahlen wurden in einem Aufsatz im „Economist" vom 27. April 1943 die Ziffern für 1942 in „Pfund Sterling von 1938" umgerechnet, wobei eine Steigerung der Preise von 1938 bis 1942 um 30 v. H. angenommen wurde. In der vorstehenden Tabelle sind sowohl die Ziffern des Weißbuches wie die im „Economist" enthaltenen verwertet.

* Für Güter und Leistungen, d. h. ohne übertragene Ausgaben.

627 Millionen, eine Kürzung der zur Erhaltung und Erhöhung des Inlandskapitals verwendeten Summen um 530 Millionen Pfund und schließlich durch Heranziehung von Anlagen im Ausland in Höhe von 430 Millionen Pfund. (Die 1938 als Auflösung ausländischer Anlagen erscheinenden 55 Millionen Pfund stellen wahrscheinlich Beträge dar, die aus dem Auslande als Rückzahlung auf früher gewährte langfristige Anleihen eingegangen waren und in Großbritannien neu angelegt wurden.)[1]

[1] Um einen Vergleich zu ermöglichen, der durch den Unterschied in der Größe der Vereinigten Staaten und Großbritanniens und im Wert ihrer Währungen nicht beeinträchtigt wird, hat der „Economist" die (teilweise anders angeordneten) Ziffern für die beiden Länder als Prozentsätze der Brutto-Volkseinkommen vor dem Kriege ausgedrückt, d. h. die britischen Zahlen als Prozentsätze von 5.587 Millionen £ (des britischen Brutto-Volkseinkommens von 1938) und die amerikanischen als Prozentsätze von 88,6 Milliarden $ (des Brutto-Volkseinkommens der Vereinigten Staaten im Jahre 1939). Diese Verhältniszahlen geben die wirkliche Größe der durch den Krieg verursachten Veränderungen an, und zwar stellten sich danach 1942 die Kriegslasten Großbritanniens, an der Erhöhung der staatlichen Aufwendungen gemessen, auf 48,4 v. H. des Brutto-Volkseinkommens, d. h. die britische Regierung hat 1942 ein Quantum an Gütern und Leistungen für Kriegszwecke verwendet, das beinahe der Hälfte des gesamten britischen Sozialprodukts vor dem Kriege entspricht.

Kriegslasten und Quellen ihrer Aufbringung in Großbritannien und den Vereinigten Staaten in v. H. des Brutto-Volkseinkommens vor dem Kriege

Bezeichnung	Großbritannien	Vereinigte Staaten
Kriegslasten insgesamt (Erhöhung des Staatsaufwands)	48,4	46,5
Davon gedeckt durch:		
Produktionssteigerung (Erhöhung des Brutto-Volkseinkommens) .	20,0	51,2
Verbrauchsdrosselung	11,2	— 8,7
Geringere private Kapitalbildung (oder Kapitalverzehr)	17,2	4,0

In beiden Ländern ist der Staatsverbrauch demnach annähernd im gleichen Verhältnis zum Vorkriegs-Sozialprodukt gestiegen; in den Vereinigten Staaten wurden aber die höheren Kosten ausschließlich durch eine Produktionssteigerung — um etwa 50 v. H. in drei Jahren — gedeckt, während in Großbritannien die Zunahme der Erzeugung in vier Jahren nur 20 v. H. betrug; der Unterschied erklärt sich (wenigstens in gewissem Umfang) daraus, daß in den Vereinigten Staaten bedeutende, vor dem Kriege nicht ausgenutzte Hilfsquellen vorhanden waren.

Schätzungen für 1943 ergaben, daß in diesem Jahre die Kriegführung etwa die Hälfte des gleichzeitigen Nationalprodukts der Vereinigten Staaten beanspruchte; 1918 war es nur etwa ein Viertel.

Für Ungarn bilden infolge der seit 1938 eingetretenen Gebietserweiterungen die Ziffern je Kopf der Bevölkerung die beste Vergleichsgrundlage, aber auch sie bedürfen noch einer weiteren Berichtigung, weil die neu eingegliederten Gebiete gegenüber den anderen verhältnismäßig arm sind. Diesem Umstand waren nach Schätzung des Budapester Instituts für Wirtschaftsforschung von dem Rückgang um 17 v. H., den das Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung aufweist, 12 v. H. zuzuschreiben, so daß nur eine wirkliche Abnahme um 5 v. H. verbleibt, die ihrerseits weitgehend darauf beruht, daß die Ernte des Jahres 1942 im Vergleich zu der ausgezeichneten von 1938 eine schlechte war. Bedeutendere Staatsaufwendungen und ein höherer Ausfuhrüberschuß beanspruchten aber 1942/43 einen größeren Teil des Volkseinkommens als 1938/39, der private Verbrauch (gemessen in festen Preisen) ging daher im Gebiet innerhalb der Grenzen von Trianon um 11 v. H. je Kopf der Bevölkerung zurück; dieser Prozentsatz kann als Maß der Senkung des Lebensstandards gegenüber den Vorkriegsverhältnissen gelten.

Volkseinkommen in Ungarn 1938/39 und 1942/43

Gruppen	1938/39 Grenzen von Trianon	1942/43 Erweitertes Gebiet		Unterschied zwischen Spalte 3 und Spalte 1
		jeweilige Werte	in Preisen von 1938/39	
	in Millionen Pengö			
	(1)	(2)	(3)	(4)
Gesamtes Volkseinkommen . .	5.192	12.461	7.029	+ 1.837
Davon: Privater Verbrauch . . .	4.450	9.917	5.594	+ 1.144
Verbleiben für andere Zwecke, d. h. für Aufwendungen des Staates für Güter und Leistungen und für den Ausfuhrüberschuß	742	2.544	1.435	+ 693
	in Pengö			in v. H.
Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung .	572	840	474	— 17 %

Diese Aufstellung beruht auf Schätzungen des gegenwärtigen Volkseinkommens im Vergleich zu den Vorkriegsziffern, die im Juli 1943 vom Institut für Wirtschaftsforschung in Budapest veröffentlicht worden sind. Das Institut hat bei seinen Berechnungen für 1942/43 eine Preissteigerung um 77 v. H. gegenüber 1938/39 angenommen.

In Schweden waren die Aufwendungen der Zentralregierung im Jahre 1942 für Güter und Leistungen, in Preisen von 1939 ausgedrückt, doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Zu dem erhöhten Verbrauch des Staates konnte indessen eine Steigerung der Gesamtproduktion nicht beitragen, diese ist im Gegenteil von 1939 bis 1942 um etwa 7 v. H. gesunken (pari passu mit dem Rückgang der „gesamten Bruttoaufwendungen", wie ihn die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt). Die erhöhten Ausgaben der Zentralregierung und das Absinken der Produktion führten zu einer Kürzung des privaten Verbrauchs um 14 bis 15 v. H., zu einer Abnahme der privaten Kapitalbildung um beinahe ein Drittel und zu einer gewissen Schrumpfung der effektiven Aufwendungen der örtlichen Verwaltung.

Unter Heranziehung noch anderer Unterlagen als der in den vorstehenden und in der folgenden Tabelle wiedergegebenen läßt sich die Entwicklung in den vier behandelten Ländern während des Krieges bis zum Jahre 1942 folgendermaßen zusammenfassen: in „beständigen Preisen" berechnet, sind die gesamten öffentlichen Aufwendungen (der Zentralregierung und der Ortsbehörden) für Güter

Aufwendungen für Güter und Leistungen in Schweden 1939 und 1942

Gruppen	1939	1942	Zu Preisen von 1939	
			1942	Unterschied zwischen 1942 und 1939
	in Millionen schwedische Kronen			
Gesamte Aufwendungen (öffentliche und private, brutto)	10.891	13.930	10.200	— 700
Davon:				
Privater Verbrauch	7.588	9.087	6.500	— 1.100
Private Kapitalbildung	1.481	1.354	1.050	— 400
Aufwendungen der Gemeinden	927	1.023	850	— 100
Gesamtabgänge	9.996	11.464	8.400	— 1.600
Verbleiben für Aufwendungen der Zentralregierung	895	2.466	1.800	+ 900

Die Ziffern in den ersten beiden Spalten sind einer im Mai 1943 vom Konjunkturinstitut in Stockholm veröffentlichten Untersuchung über die Entwicklung der Einkünfte und die überschüssige Kaufkraft während der Kriegsjahre unverändert entnommen. Dagegen wurden die Ziffern in den letzten beiden Spalten auf Grund von dem Institut angegebener Prozentsätze und anderer Angaben errechnet. Für die Umrechnung des privaten Verbrauchs auf die Preise von 1939 hat das Institut eine Preissteigerung um etwa 40 v. H. von 1939 bis 1942 angenommen.

und Leistungen in Ungarn und Schweden um etwa die Hälfte[1] gestiegen, während sie sich in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten mehr als verdreifacht haben; die gesamte Produktion erhöhte sich in den Vereinigten Staaten um 50 v. H. und in Großbritannien um 20 v. H., ist aber in Ungarn und Schweden schätzungsweise um 5 bis 7 v. H. gefallen; der gesamte private Verbrauch war in den Vereinigten Staaten 1942 um 16 v. H. höher als 1939 (hauptsächlich dank des steilen Anstiegs der amerikanischen Erzeugung), während er in Großbritannien und Schweden um 15 v. H. und in Ungarn um 10 v. H. unter den Vorkriegsstand gesunken ist.

Für Deutschland stehen ähnliche Unterlagen nicht zur Verfügung, es ist aber geschätzt worden, daß die gesamten öffentlichen Aufwendungen (von Reich, Ländern und Gemeinden) für Güter und Leistungen von 36 Milliarden Reichsmark im Jahre 1938 auf 70 Milliarden im Jahre 1941 gestiegen sind und daß gleichzeitig der für zivile Ausgaben vorhandene Betrag (privater Verbrauch und Kapitalbildung) sich von 59 auf 71 Milliarden Reichsmark erhöht hat, eine Zunahme, in der einerseits die Eingliederung neuer Gebiete in Ost und West, andererseits höhere Vergütungen und Preise auf einzelnen Wirtschaftsgebieten zum Ausdruck kommen. Aus den vorhandenen statistischen Unterlagen läßt sich nicht feststellen, mit welchem Anteil jede einzelne der Hauptquellen — vermehrte Arbeit, gedrosselter Verbrauch und Kapitalverzehr — zu den Kriegsanstrengungen beiträgt; es darf aber als sicher angenommen werden, daß alle drei Faktoren bei der Bereitstellung der Hilfsmittel für die Kriegführung mitgeholfen haben.

Die Knappheit an Menschen, Maschinen und Material setzt den Kriegsanstrengungen wirtschaftlich gesehen die letzten Grenzen; um aber über die

[1] Würden nicht nur die Güter und Leistungen, sondern auch die Übertragungen berücksichtigt, d. h. die Verzinsung der öffentlichen Schulden, die Pensionszahlungen und die Subventionen zur Niedrighaltung der Preise, so würde die Zunahme der gesamten öffentlichen Aufwendungen (der Zentralregierung und der Ortsbehörden) in Schweden und Ungarn wahrscheinlich höher als oben angegeben sein.

tatsächlichen Hilfsquellen verfügen zu können, müssen die Regierungen in der Regel Geldzahlungen im In- und Ausland leisten, und dies führt zu der Frage nach den Finanzierungsquellen des Krieges.[1] Wenn die Regierungen neuzeitliche Methoden der Steuer- und Kreditpolitik anwenden können, meistern sie anscheinend die finanziellen Beschränkungen wenigstens auf ihren heimischen Märkten verhältnismäßig leicht — und im Verkehr mit anderen Ländern werden verschiedene Mittel angewendet (Leih- und Pacht-Verträge, gegenseitige Hilfsvereinbarungen, Verrechnungsabkommen und Erhebung von Besatzungskosten), um zu verhindern, daß die Güterbewegung durch Mangel an Geldmitteln behindert wird. Die in den ersten zwei oder drei Kriegsjahren entwickelten Finanzierungsmethoden sind im wesentlichen unverändert geblieben; soweit Änderungen vorgenommen wurden, hatten sie die Aufgabe, das Wirtschafts- und Finanzgefüge gegen den Druck der wachsenden kriegsbedingten Schulden und der Anhäufung von Kaufkraft bei der Bevölkerung zu sichern. Während die Ziffern des Volkseinkommens und des Verbrauchs erhebliche Abweichungen unter den verschiedenen Ländern aufweisen, besteht in der Entwicklung der öffentlichen Finanzen weitgehende Übereinstimmung; bei der Steuererhebung und der Kreditaufnahme zeigen die Regierungen jedenfalls keine Scheu, sich die Erfahrungen anderer Länder — ob Freund oder Feind — zunutze zu machen; allerdings sind sie hierzu teilweise gezwungen, da ihnen keine sehr umfangreiche Auswahl gegeben ist.

Im letzten Jahresbericht (Seite 14–16) wurden die verschiedenen Verfahren der Geldaufbringung zur Bestreitung der Staatsausgaben nach ihrer Tauglichkeit im Kampf gegen die Inflation einer Betrachtung unterzogen und dabei eine Rangordnung aufgestellt, die sich folgendermaßen zusammenfassen läßt:

a) Steuern (und andere laufende Einkünfte),
b) Entleihung laufender echter Ersparnisse,
c) Ausweitung des Handelsbankkredits und
d) Ausweitung des Zentralbankkredits.

Die ersten beiden Methoden — Erhebung von Steuern und Entleihung laufender echter Ersparnisse — sind, wie gezeigt wurde, vom währungspolitischen Standpunkt aus die „gesündesten", und die Summe dieser beiden ist in vieler Hinsicht die wichtigste Größe.

Während für die meisten Länder mangels statistischer Unterlagen genaue, nach der vorstehenden Rangordnung gegliederte Ziffern nicht aufgestellt werden können, ist es in einigen Fällen mit Annäherung möglich. In Deutschland und Großbritannien haben fast alle nicht mit dem Kriege zusammenhängenden privaten Kreditgeschäfte aufgehört, so daß die gesamte Kreditaufnahme des Staates im Inland ungefähr gleichbedeutend mit der sogenannten „Geldkapitalbildung" geworden ist. Für diese beiden Länder wird in Kapitel V (Seite 292)

[1] Da im Kriege die staatliche Finanzierung von überragendem Einfluß auf das Währungssystem ist, wird diesem Gegenstand in den verschiedenen Kapiteln dieses Berichtes ein größerer Raum gewidmet, insbesondere durch Vermittlung statistischer Angaben über die Staatseinnahmen und -ausgaben, die öffentlichen Schulden und Angelegenheiten wie den Leih- und Pacht-Verkehr, die Clearingguthaben und die Zahlungen zur Deckung von Besatzungskosten. Zum Vergleich mit früheren Jahren und als Hintergrund für die raschen und bedeutenden Veränderungen der Kriegszeit wurden in die statistischen Übersichten auch eine Reihe von Ziffern über die unmittelbare Vergangenheit aufgenommen, was zum Teil die ungewöhnliche Länge des Berichts erklärt.

in einigen Tabellen etwas ausführlicher gezeigt, wie die Staatsausgaben in den Jahren 1940–42 finanziert wurden, wobei die Quellen etwa entsprechend der obigen Rangfolge geordnet sind; in ähnlicher Weise wurde auch eine Übersicht für die Vereinigten Staaten angefertigt. Einige der wichtigsten Tatsachen und Schlußfolgerungen seien hier kurz vorausgenommen.

Zur Anfertigung der Tabellen bedurfte es einiger Schätzungen und Angleichungen, die in den Anmerkungen auf Seite 292–293 erwähnt sind; im ganzen gesehen, erscheinen die Abweichungen und Fehler aber nicht so schwerwiegend, daß ein großzügiger Vergleich der Ziffern ein falsches Bild ergeben würde. Die wichtigsten Tatsachen, die aus den Tabellen hervorgehen, sind folgende:

Finanzierung der Staatsausgaben in Deutschland und Großbritannien im Durchschnitt der Jahre 1940–42

Deckungsquellen	Deutschland	Großbritannien
	in v. H. aller im Inland finanzierten Ausgaben	
Steuern und andere laufende Einkünfte	48,9	49,9
Kredite, soweit sie nicht bei der Zentralbank oder den Handelsbanken aufgenommen wurden	35,1	34,2
Zusammen	84,0	84,1
Kredite der Handelsbanken	10,2	12,5
Kredite der Zentralbank	5,8	3,4
Zusammen	16,0	15,9
Im Inland finanzierte Ausgaben insgesamt	100	100

1) in beiden Ländern war der Anteil der (im Inland finanzierten) Staatsausgaben, der durch Steuern und andere laufende inländische Einkünfte aufgebracht wurde, im Durchschnitt der Jahre 1940–42 etwas geringer als 50 v. H. und am höchsten im dritten Jahr, 1942;

2) ebenso war die Kreditaufnahme bei anderen Stellen als bei den Handelsbanken und der Zentralbank mit 34–35 v. H. in beiden Ländern ungefähr gleich. Der insgesamt durch Steuern und andere inländische Einkünfte sowie durch Geldaufnahme außerhalb der Banken gedeckte Anteil betrug demnach in beiden Ländern 84 v. H.;

3) der durch Kredite bei den Handelsbanken gedeckte Anteil belief sich für den ganzen Zeitabschnitt auf 10–12½ v. H. (mit einer von Jahr zu Jahr stark sinkenden Tendenz); von den Banken insgesamt (Zentralbank und Handelsbanken) wurden 16 v. H. entliehen, wobei ebenfalls eine Tendenz zur Abnahme zu beobachten war.

In dieser Weise betrachtet, zeigt die Kriegsfinanzierung in den beiden Ländern eine in der Tat bemerkenswerte Ähnlichkeit; nach drei vollen Kriegsjahren war die Übereinstimmung in der verhältnismäßigen Bedeutung der inneren Finanzierungsquellen in Deutschland und Großbritannien so groß, daß die Abweichungen in den Hundertsätzen bedeutend geringer sind als die Fehlergrenze infolge der unvermeidlichen Ungenauigkeiten der Unterlagen.[1]

[1] Es darf aber nicht übersehen werden, daß der im Text gezogene Vergleich sich auf die Verhältnisse bis Ende 1942 gründet, während die Verschärfung des Krieges im Jahre 1943 in den verschiedenen Ländern zu zahlreichen Änderungen auf dem Gebiete der staatlichen Verfügung über Güter und Leistungen geführt hat, die sich wahrscheinlich auch in der Gestaltung der Finanzen ausdrücken werden.

Neben Ähnlichkeiten weisen die Finanzierungsquellen indessen auch Unterschiede auf. Unter anderem war — wie aus den Tabellen ebenfalls erkennbar ist — der Anteil der Kreditaufnahme bei der Zentralbank in Deutschland etwas höher als in Großbritannien, worin sich die größere Bedeutung der Handelsbanken in England ausprägt. Andererseits war in den Vereinigten Staaten der Anteil der bei den Handelsbanken aufgenommenen Kredite erheblich größer als in jedem der beiden europäischen Länder, wie die folgende Tabelle zeigt.

Die Finanzierung der Bundesausgaben in den Vereinigten Staaten 1940–42

Deckungsquellen	1940	1941	1942	Durchschnitt 1940–42
	in v. H. der Gesamtausgaben			
Steuern und andere laufende Einkünfte . . .	60,4	46,4	29,3	36,7
Staatspapiere außerhalb der Banken	22,1	48,9	43,4	42,2
Zusammen . . .	82,5	95,3	72,7	78,9
Staatspapiere bei den Handelsbanken	15,1	21,2	34,9	29,5
Bundes-Reserve-Banken	(— 3,1)	0,3	7,0	4,4
Zusammen . . .	12,0	21,5	41,9	33,9
Bewegung der öffentlichen Guthaben	5,5	(— 16,8)	(— 14,6)	(— 12,8)
Gesamtausgaben . . .	100	100	100	100

Für die Vereinigten Staaten ließ sich eine Tabelle in der gleichen Form wie für Deutschland und Großbritannien in der Hauptsache aus zwei Gründen nicht zusammenstellen: erstens konnte die Geldkapitalbildung in den Vereinigten Staaten nicht der staatlichen Kreditaufnahme gleichgesetzt werden, da besonders in den Jahren 1940 und 1941 vor Eintritt des Landes in den Krieg die privaten Kreditgeschäfte noch sehr bedeutend waren; zweitens hatten große Staatspapierkäufe der Bundes-Reserve-Banken in früheren Jahren zu einer Anhäufung latenten Zentralbankkredits in Gestalt von Überschußreserven der Mitgliedsbanken geführt. Die vorstehende Tabelle beruht auf den Haushaltsziffern und der regelmäßig veröffentlichten Statistik über die wichtigsten Inhaber der Staatspapiere.

In den Vereinigten Staaten deckten die Steuern und anderen laufenden inländischen Einkünfte im Jahre 1940 mehr als 60 v. H. der Ausgaben. Bis 1942 sank dieser Anteil unter 30 v. H. herab, und umgekehrt stieg der Gesamtbetrag der aufgenommenen Kredite und der Bewegung der öffentlichen Guthaben von 40 auf 70 v. H. der Ausgaben. Die tatsächliche Aufnahme neuer Mittel durch die Regierung war bei den Bundes - Reserve - Banken verhältnismäßig gering, bei den Handelsbanken dagegen sehr bedeutend, trotz der ziemlich erfolgreichen Bemühungen des Jahres 1942, Wertpapiere bei anderen Käufern als Banken abzusetzen. Ein Grund für den hohen Anteil der Kreditaufnahme bei den Banken war die Schnelligkeit, mit der die Ausgaben des Bundes nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg anwuchsen, und die z. T. auch erklärt, weshalb in den Vereinigten Staaten ein geringerer Teil der Staatsausgaben durch Steuern gedeckt worden ist als in Deutschland und in Großbritannien.

Der Anteil der von den einheimischen Banken finanzierten Staatsausgaben ist in den Vereinigten Staaten mit 34 v. H. im Durchschnitt der Jahre 1940–42 doppelt so groß wie in Deutschland und in Großbritannien. Die Gefährlichkeit einer Staatsfinanzierung durch Ausweitung des Bankkredits kann aber nicht einfach an dem Verhältnis dieser Finanzierung zu den gesamten Ausgaben des Staates gemessen werden, sondern hängt im wesentlichen vom Tempo und Ausmaß der Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens ab; sie muß daher

in Beziehung gesetzt werden zur Größe des Handelsbankensystems, die im Verhältnis zum Staatshaushalt und zum Volkseinkommen in den einzelnen Ländern verschieden ist.

Die Bedeutung der Banken in Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten 1938 und 1942

	Deutschland	Großbritannien	Vereinigte Staaten
	in Millionen		
	Reichsmark	Pfund	Dollar
1938			
Kreditvolumen			
Geldumlauf	10.500	600	6.800
Handelsbank-Einlagen . . .	19.500	2.800	43.700
Gesamtes Kreditvolumen . .	30.000	3.400	50.500
Netto-Volkseinkommen	80.000	4.500	64.500
1942			
Staatsausgaben (im Inland finanziert) . . .	90.000	4.500	56.000
	in v. H.		
Kreditvolumen von 1938 in v. H.			
des Netto-Volkseinkommens von 1938	37½	75	78
der 1942 im Inland finanzierten Staatsausgaben . .	33	75	90

Die Prozentsätze in der nebenstehenden Tabelle zeigen, daß im Verhältnis zum Volkseinkommen und zum Kriegs-Haushalt das Geld- und Bankwesen in Deutschland einen geringeren Umfang hatte als in den beiden angelsächsischen Ländern; das Verhältnis ist etwa 1 : 2 gegenüber Großbritannien und noch etwas höher im Vergleich zu den Vereinigten Staaten; die Ursache dürfte in den stark abweichenden Gewohnheiten bei der Haltung flüssiger Reserven als Bargeld einerseits und als Bankguthaben andererseits beruhen. Ein System mit einer geringeren Menge liquider Forderungen mag manche Vorteile haben; wichtig für die Kriegsfinanzierung aber ist, daß ein Rückgriff auf das Kreditsystem in Höhe von beispielsweise 15 v. H. der im Inland finanzierten Staatsausgaben in einem Lande mit einem geringeren Anfangsvolumen offensichtlich eine verhältnismäßig stärkere Ausweitung des Bankkredits hervorrufen muß als in anderen Ländern.[1] Die Ausweitung ist eine Bewegung kumulativer Art, und die Gefährlichkeit der Staatsfinanzierung durch Bankkredite liegt in der großen Höhe der Kriegsausgaben eines Jahres im Vergleich zu den durch die gewöhnlichen Erfordernisse einer Friedenswirtschaft bestimmten Beträgen des Notenumlaufs und der ausstehenden Bankkredite. Wird also ein bestimmter Teil der staatlichen Kriegsausgaben durch Kreditaufnahme bei den Banken finanziert, so wird die Ausweitung des Bankkredits verhältnismäßig viel erheblicher sein.

Als Beispiel möge die Entwicklung im letzten Kriege in Großbritannien dienen. Berücksichtigt man nicht nur die eigentlichen Kriegsjahre, sondern die ganze Zeit von August 1914 bis März 1921, so ergibt sich, daß von den im Inland finanzierten Ausgaben im Betrage von 11.050 Millionen Pfund 44 v. H. durch Steuern, 5 v. H. durch andere laufende Einkünfte und 51 v. H. im Kreditwege gedeckt wurden. Von den im Inland geborgten

[1] In der Praxis müssen natürlich auch die Veränderungen des Gebiets berücksichtigt werden, in welchem die Banken arbeiten, d. h. bei Deutschland die Erweiterung dieses Gebiets in den letzten Jahren.

Beträgen dürften etwa 350 Millionen Pfund die Form eines „Zentralbankkredits" (z. T. auch der Ausgabe von Staatspapiergeld) gehabt haben, während sich die Zunahme der Einlagen bei den Handelsbanken auf 1,35 Milliarden Pfund belief. Die gesamte Erhöhung von Geldumlauf und Krediten — die der Staatsfinanzierung durch das Bankensystem überhaupt entspricht — betrug demnach 1,7 Milliarden Pfund oder 15 v. H. der im Inland finanzierten Staatsausgaben — was dem oben für 1940–42 angegebenen Verhältnis sehr nahe kommt. Obwohl dieser Prozentsatz nicht hoch erscheint, war doch sein Einfluß auf die Höhe des Notenumlaufs und der Bankeinlagen, der beinahe sieben Jahre ohne Unterbrechung anhielt, sehr beträchtlich. Aus verschiedenen Gründen, vor allem da vor 1914 noch Goldmünzen in Umlauf waren, läßt sich die Höhe des Geldumlaufs bei Kriegsausbruch nicht genau feststellen, er dürfte jedoch etwa 120 Millionen Pfund betragen haben; zusammen mit den Handelsbank-Einlagen von rund 1.100 Millionen Pfund bezifferten sich die gesamten Umlaufsmittel also auf etwa 1,22 Milliarden Pfund. Eine Erhöhung um 1,7 Milliarden Pfund entsprach, obwohl sie nur 15 v. H. der Staatsausgaben deckte, 140 v. H. des Gesamtbetrags des Geldumlaufs und der ausstehenden Bankkredite vor dem Kriege; tatsächlich stiegen damals die Einlagen bei den Handelsbanken auf mehr als das Doppelte und der Geldumlauf auf das Vierfache des Vorkriegsstandes.[1]

In diesem wie im letzten Kriege konnte kein Staat die Kreditaufnahme bei den Banken ganz vermeiden. Abgesehen davon, daß es notwendig ist, auf die Banken zurückzugreifen, wenn aus anderen Quellen nicht mehr genug Mittel fließen, muß gerechterweise gesagt werden, daß eine gewisse Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens ein nützliches — vielleicht sogar unentbehrliches — Mittel zur Erleichterung der Steuererhebung und der Unterbringung von Staatspapieren gewesen ist. Die Folge war aber, daß die Kaufkraft der Bevölkerung zunahm, was gleichzeitig auch durch andere Ursachen (z. B. durch allseitige gute Beschäftigung) begünstigt wurde. Äußere Zeichen wachsender Geldüberflüsse sind steigender Notenumlauf und erhöhte Bankeinlagen; in die gleiche Richtung weisen aber auch die Schätzungen des Volkseinkommens. So hat das Handelsamt der Vereinigten Staaten berechnet, daß das Volkseinkommen für das zweite Vierteljahr 1943 den Stand im dritten Vierteljahr 1942, d. h. kurz vor Eröffnung des Anti-Inflationsprogramms in den Vereinigten Staaten, um 19 v. H. übertraf. Bei dem im zweiten Vierteljahr 1943 erreichten Tempo würde das Jahres-Volkseinkommen 146 Milliarden Dollar betragen, d. h. 37 Milliarden Dollar mehr als die Summe aus dem Werte der für den Verbrauch verfügbaren Güter und Leistungen und den von Einzelpersonen und Körperschaften gezahlten Steuern. Dieser Mehrbetrag — die sogenannte „Inflationslücke" — hatte im September 1942 nur knapp 29 Milliarden Dollar betragen, ist also verhältnismäßig rascher gewachsen als das Volkseinkommen selbst.

---

[1] Die raschere Zunahme des Notenumlaufs während des Krieges führte zu einer bleibenden Änderung des Verhältnisses von Bargeld und Bankguthaben; während 1913 die Einlagen bei den Handelsbanken acht- bis neunmal so hoch waren wie der Umlauf an Noten und Goldmünzen, war 1919 das Verhältnis auf das Fünfeinhalbfache gesunken. *Die Vermehrung des Bargeldes und der Kredite in Großbritannien wurde auf Seite 234* des zwölften Jahresberichts durch eine Zeichnung veranschaulicht, die auch zeigte, daß der im Kriege erreichte Umfang nachher bestehen blieb — eine Erscheinung, die sich auch in den Vereinigten Staaten findet, obwohl hier ein ziemlich großer Teil der Kriegsverschuldung bis 1931 zurückgezahlt wurde. Vgl. auch Seite 303 dieses Berichts.

Auch für Schweden wurde versucht, die überschüssige Kaufkraft der Bevölkerung zu berechnen; dem Ausdruck wurde jedoch in diesem Falle insofern eine etwas andere Bedeutung gegeben, als auch ein der üblichen Sparquote entsprechender Betrag vom Bruttoeinkommen abgezogen wird. In der schwedischen Bedeutung des Wortes machte der Kaufkraftüberschuß, wie sich ergab, im Jahre 1942 etwa 10 v. H. des gesamten Einkommens der Bevölkerung aus.

Könnten die Grundsätze der Kriegswirtschaft bis zur denkbar letzten Grenze durchgeführt werden, so würde vermutlich kein „freier Sektor" von Gütern und Leistungen mehr übrig bleiben, sondern es bedürfte für alle Käufe einer Berechtigung entweder durch den Besitz von Marken oder durch besondere Erlaubnis. Das Geld hätte dann nicht an sich schon Kaufkraft, sondern nur im Rahmen solcher Berechtigungen; und was nicht ausgegeben werden könnte, müßte gespart werden (sofern eine voll wirksame Kontrolle vorhanden ist und kein schwarzer Markt entstehen kann). Bei einer Beschränkung des gesamten Verbrauchs auf die amtlich zugeteilten Mengen würden alle vom Staat ausgegebenen Beträge, die über das hinausgehen, was zum Kauf der zugelassenen Menge von Verbrauchsgütern erforderlich ist, die Form von Steuern oder Ersparnissen annehmen; und wenn das Horten von Banknoten verhindert werden könnte, würden die Ersparnisse, so lange sie nicht in Staatspapieren angelegt werden, vor allem zu einer Zunahme der Einlagen bei den Kreditinstituten führen, die sie ihrerseits an den Staat ausleihen würden. Dieser Vorgang wird häufig als ein „Kreislauf" des Geldes dargestellt, er würde sich aber nur dann als ein solcher abspielen, d. h. ohne daß eine Inflation stattfindet, wenn die vom Staat verausgabten neu geschaffenen Mittel (nämlich die bei den Banken entliehenen Beträge) tatsächlich in Form von Steuern oder echten Ersparnissen wieder zurückflössen. Die Behörden müssen also gleichsam die zusätzliche Kaufkraft überall, wo sie sich zeigt, verfolgen und abfangen. Zur Lösung dieser Aufgabe werden zunächst drei unmittelbare Verfahren angewandt, um einer inflatorischen Entwicklung zu begegnen:

1) Erhebung von Steuern;
2) erzwungenes oder halb erzwungenes Sparen;
3) Ermunterung zur direkten Anlage in Staatspapieren.

Da sich diese Mittel jedoch als unzureichend erwiesen haben, sind eine Reihe weiterer Maßnahmen notwendig, um die expansive Wirkung der Staatsausgaben zu beschränken und damit mittelbar den Druck einer unbefriedigten Nachfrage einzudämmen:

4) Beschränkung der Aufnahme von Leihgeld bei Handels- und Zentralbanken und Verhinderung seiner Verwendung für andere als Kriegszwecke;
5) Vermeidung der Kreditschöpfung bei der Finanzierung von Exportüberschüssen;
6) Preislenkung zur Bekämpfung der Inflationsspirale;
7) Eindämmung von Kurserhöhungen der Kapitalanlagen.

Diese verschiedenen Maßnahmen sollen in den folgenden Abschnitten etwas näher betrachtet werden.

1) Die Besteuerung bezeichnete der deutsche Reichsfinanzminister als das wichtigste Mittel zur Bekämpfung der Inflationsgefahr, während in einer Zeit deflatorischer Wirtschaftsstockung der Kreditpolitik das erste Wort gebühre.[1] Im gegenwärtigen Kriege haben in einer Anzahl von Ländern starke Erhöhungen der Einkommen- und Ertragsteuern stattgefunden, die im Verein mit den Wirkungen solcher Maßnahmen wie der Beschränkung der Dividendenzahlungen die gesamte Steigerung des Geldeinkommens der besser gestellten Kreise sogar übertrafen. Die Vermehrung der Kaufkraft, wie sie sich z. B. im Anstieg der Volkseinkommenziffern zeigt, entfällt anscheinend zum größten Teil auf die breite Masse der Bevölkerung als Folge von Mehrbeschäftigung, längerer Arbeitszeit, höherer Stundenlöhne und des Übergangs zu besser bezahlten Berufen — wobei die wesentliche Erhöhung des Einkommens der landwirtschaftlichen Bevölkerung in fast allen Ländern nicht zu vergessen ist. Bei dem Anwachsen des Volkseinkommens in den Vereinigten Staaten vom dritten Vierteljahr 1942 bis zum zweiten Vierteljahr 1943 hatten die Farmer, deren Nettoeinkommen (auf Jahresgrundlage) um 3,7 auf 13,6 Milliarden Dollar anstieg, verhältnismäßig den größten Vorteil. Die Löhne und Gehälter stiegen um 17 auf 103,2 Milliarden Dollar, während die Unternehmergewinne um 0,9 auf 8,7 Milliarden und die Zinserträgnisse, Ruhegehälter und ähnlichen Einnahmen um 1 Milliarde auf 9,5 Milliarden Dollar angewachsen sind (die Zahlen beziehen sich auf die Einkommen vor Entrichtung der direkten Steuern). In England betrug nach dem im April 1943 mit dem Haushaltsplan vorgelegten Weißbuch das private Einkommen derjenigen Einzelpersonen, die jährlich 1.000 Pfund oder mehr beziehen, 1941/42 insgesamt 930 Millionen Pfund. Hiervon wären bei den Steuersätzen von 1938/39 nach Entrichtung der Einkommensteuer und des Steuerzuschlages 668 Millionen Pfund verblieben, bei dem Tarif von 1941/42 waren es aber nur 450 Millionen Pfund; allein durch die direkten Steuern wurde also im Kriege reichlich die Hälfte des ursprünglichen Einkommens abgeschöpft.

Während die Anwendung erhöhter Steuersätze auf die oberen Einkommenstufen technisch nur geringe Schwierigkeiten bereitete, hat die Abschöpfung eines wesentlichen Teils der zusätzlichen Kaufkraft bei der Masse der Verbraucher überall zahlreiche schwierige Probleme aufgeworfen. Zu den gefundenen Lösungen gehörten im allgemeinen auch kräftige Erhöhungen der indirekten Steuern; das vielleicht typischste Beispiel ist die Einführung oder Erhöhung von Umsatzsteuern, die fiskalisch gesehen den großen Vorzug haben, daß ihr Ertrag zugleich mit einer Steigerung der Warenpreise zunimmt. Bei Beurteilung der mit diesen Steuern verbundenen Belastung der ärmeren Schichten und namentlich der größeren Familien müssen auch andere staatliche Maßnahmen berücksichtigt werden, insbesondere die zur Niedrighaltung der Preise der lebensnotwendigen Nahrungsmittel, wie Brot und Milch, gewährten Zuschüsse; die Aufwendungen hierfür können mit Recht als Ausgleich angesehen werden, der die Wirkungen erhöhter indirekter Steuern mildert. Es wurden auch Maßnahmen getroffen, welche die Einkommensteuer auf bisher steuerfreie Stufen ausdehnten oder den Grundsatz der Sofortzahlung („pay-as-you-go") anwenden, wobei der Arbeitgeber einen Teil der Gehälter, Löhne und anderen Einkommen

[1] L. Graf Schwerin von Krosigk, Volkswirtschaftliche Aufgaben der Finanzpolitik. „Europa-Kabel" vom 17. September 1943.

an der Quelle abzieht (was in den Vereinigten Staaten als „withholding" bezeichnet wird). Derartige Erweiterungen der Belastung mit der Einkommensteuer kennzeichneten insbesondere die Steuerpolitik der angelsächsischen Länder, wo die Freigrenze vor dem Kriege, namentlich im Vergleich zu kontinentaleuropäischen Ländern, verhältnismäßig hoch war. In Großbritannien stieg z. B. die Zahl der tatsächlichen Steuerzahler mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von weniger als 500 Pfund von 3 Millionen im Jahre 1938/39 auf 9½ Millionen im Jahre 1941/42. Das Prinzip der Sofortzahlung, bei welcher die Steuer auf der Basis des laufenden Einkommens erhoben wird, wurde 1943 sowohl von Großbritannien wie von den Vereinigten Staaten eingeführt; seine Anwendung bewirkt, daß die Zahlungen sofort bei Fälligkeit und nicht erst später eingehen; außerdem trägt sie dazu bei, daß die Steuerzahler (besonders die „neuen", von denen viele wahrscheinlich nur über geringe Reserven verfügen) durch die Erfüllung ihrer steuerlichen Verpflichtung nicht allzu schwer belastet werden.

2) Einige Länder (namentlich Großbritannien und die Vereinigten Staaten) haben neben und in Verbindung mit den gewöhnlichen Steuern ein Zwangssparen eingerichtet, wobei die Rückzahlung erst nach dem Kriege (in einzelnen Sonderfällen auch früher) erfolgen soll, während andere Länder (vor allem Deutschland) Vorkehrungen für ein organisiertes freiwilliges Sparen getroffen haben, wobei bestimmte Prozentsätze von den laufenden Löhnen abgezogen und zugunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger auf Sparkonten gutgeschrieben oder in Staatspapieren angelegt werden. Die auf solche Weise erzielten Erlöse können im Vergleich zu den hohen Anforderungen der Kriegsfinanzierung in der Regel nicht sehr bedeutend sein, sie tragen aber bis zu einem gewissen Grade dazu bei, die Kaufkraft bei der Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger abzuschöpfen, und binden außerdem Ersparnisse in einer Form, in der sie nach Kriegsende weniger gefährlich sind.

Eine andere Form des Sparens, die einen gewissen Zwang enthält, besteht darin, daß die regelmäßigen Zahlungen von Versicherungsprämien oder die planmäßigen Tilgungen von Hypothekendarlehen und ähnlichen Krediten für den Staat vorbehalten werden. In den meisten kriegführenden und auch in einigen anderen Ländern ist die Gewährung neuer, mit der Kriegführung nicht zusammenhängender privater Kredite im allgemeinen verboten, so daß das normale Kreditgeschäft der Hypothekenbanken, Baugesellschaften und ähnlicher Institute scharf beschnitten ist. Unter diesen Umständen hat die Schuldenrückzahlung eine wichtige Rolle beim laufenden Sparen erhalten; Anstalten und andere Empfänger regelmäßiger Rückzahlungen auf ausstehende Kredite haben eingehende Beträge dieser Art — häufig nach einem vereinbarten Plan — zum Ankauf von Staatspapieren verwendet, die damit immer mehr Bedeutung unter ihren Aktiven erlangen. Ähnliche Maßnahmen wurden vielfach auch in neutralen Ländern ergriffen. In der Schweiz unterliegt die Gewährung neuer Hypothekendarlehen an die Landwirtschaft einer strengen Überwachung, die praktisch einem Verbot gleichkommt; hiermit ist allerdings in erster Linie beabsichtigt, eine Wiederholung der spekulativen Kreditaufnahme zu verhindern, die für den letzten Krieg charakteristisch war und mit unheilvollen Folgen für die

Grundeigentümer endete. Eine Maßnahme, die mehr geradezu auf die Vorbehaltung verfügbarer Mittel für den Staat hinzielte, war dagegen die Beschränkung der Abzahlungskredite in den Vereinigten Staaten, deren ausstehender Betrag von Ende 1941 bis zum Sommer 1943 sich um zwei Drittel vermindert hat.

3) Im allgemeinen kann der Erfolg der Finanzierung danach beurteilt werden, in welchem Grade feste Anlagen in Staatspapieren stattfinden — ein Kriterium, dessen Wert vielleicht erst nach dem Kriege voll erkennbar sein wird; in dieser Hinsicht verdienen langfristige Kredite den Vorzug vor kurzfristigen, nicht börsengängige Wertpapiere vor börsengängigen und der unmittelbare Erwerb von Staatspapieren durch das Publikum vor Einlagen bei den Handelsbanken.

Bei der Begebung von Anleihen wenden die einzelnen Länder verschiedene Verfahren an, im allgemeinen wird aber eine reiche Auswahl lang- und kurzfristiger Wertpapiere geschaffen, die zur Anlage der verschiedensten Arten von Mitteln geeignet sind. Börsenfähige Anleihen, lang- wie kurzfristige, werden in allen Ländern von den Banken und anderen bedeutenden Anlegern am Geld- und Kapitalmarkt bevorzugt. Nicht börsengängige langfristige Wertpapiere werden an Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und soziale Einrichtungen, die häufig öffentlichen Charakter haben, ausgegeben — typische Beispiele sind die sogenannten „Liquiditäts-Anleihen" in Deutschland und die „Sonderemissionen" in den Vereinigten Staaten. Nicht marktfähige kurzfristige Anleihen in Form von Steuergutscheinen, welche die für Steuerzahlungen bereitgehaltenen flüssigen Mittel abschöpfen sollen, sind in der letzten Zeit an mehreren Plätzen, wo sie eingeführt wurden, volkstümlich geworden.

In einigen Ländern haben die Regierungen intensive Propagandafeldzüge veranstaltet, um die persönliche Spartätigkeit und den unmittelbaren Erwerb von Staatspapieren ohne Beteiligung der Banken anzuregen. Aus vielerlei Gründen wurde das Augenmerk besonders auf die „kleinen" Sparer gerichtet (die zusammen eine große Gesamtheit bilden); um ihren Bedürfnissen entgegenzukommen, wurden besondere Arten nicht börsenfähiger Wertpapiere geschaffen. Es ist jedoch ein Merkmal der deutschen Kriegsfinanzierung, daß besondere Sparanleihen dieser Art nicht begeben wurden im Vertrauen auf die Anziehungskraft der Spareinlagen; in den drei Jahren 1940–1942 wurden an Spareinlagen 44 Milliarden Reichsmark angesammelt, davon 1 Milliarde Reichsmark als „Eiserne" Sparguthaben, die bis nach dem Kriege festgelegt sind. Im Gegensatz hierzu haben in England und den Vereinigten Staaten die Spareinlagen für die Finanzierung des Krieges weit geringere Bedeutung als die Sondersparanleihen, wie in Kapitel V näher dargelegt wird, das auch Angaben darüber enthält, in welchem Verhältnis am Markt und außerhalb desselben begebene Anleihen sowie lang- und kurzfristige Kredite an der Finanzierung beteiligt sind.

4) Soweit die Regierungen nicht vom Publikum und von Finanzinstituten, wie Versicherungsgesellschaften und Sparkassen, Geld entleihen konnten, wandten sie sich an die Handelsbanken und als letzte Instanz an die

Zentralbank; durch strenge Einhaltung dieser Ordnung hofften sie, die inflatorischen Wirkungen abzuschwächen. Dies gilt insbesondere für die größeren Länder mit einem hoch entwickelten Bankwesen, aber in einigen kleineren Staaten wurde dieses Verfahren ebenfalls angewandt, z. B. in Ungarn. Es muß jedoch immer damit gerechnet werden, daß ein Teil der bei den Handelsbanken entliehenen und von der Regierung verausgabten Beträge vom Publikum in bar abgehoben wird. Dann ist es möglich, daß den Handelsbanken schon reichliche Kassenmittel zur Verfügung stehen, mit denen sie den Bargeldansprüchen der Bevölkerung genügen können, wie es z. B. in den Vereinigten Staaten zu Beginn der Aufrüstungsperiode der Fall war, oder daß den Banken Kassenreserven dadurch zuwachsen, daß Gelder aus dem Ausland hereinkommen (wie in der Schweiz 1940 und 1941). Oft wird es aber nötig sein, daß die Handelsbanken Geld bei der Zentralbank entleihen oder ihr (direkt oder indirekt) einen Teil ihrer Staatspapiere verkaufen; vielleicht versieht die Zentralbank auch von sich aus durch ihre Geschäfte (insbesondere die unmittelbare Kreditgewährung an den Staat) die Banken mit ausreichenden Mitteln. So wird gleichzeitig durch die Zentralbank und die Handelsbanken Kredit gewährt, und zwar in einer Verteilung, die vom Verhältnis des Notenumlaufs zu den Bankeinlagen abhängt; im allgemeinen wird versucht, für eine gut abgestimmte gleichlaufende Kreditausweitung zu sorgen.

Die Verfolgung einer wohl abgewogenen Politik erfordert einerseits die geschickte Aufrechterhaltung eines hohen Liquiditätsgrades am Geld- und Kapitalmarkt (u. a. als Voraussetzung für anhaltend niedrige Zinssätze), andererseits Abwehrmaßnahmen gegen eine allzu große Flüssigkeit, die leicht zu einer inflatorischen Kreditgewährung namentlich für spekulative Zwecke führen kann. Manchmal erhob sich die Frage, was die Behörden unternehmen könnten oder müßten, um die Herrschaft über den Geld- und Kapitalmarkt zurückzugewinnen: in den Vereinigten Staaten wurden vor ihrem Eintritt in den Krieg die vorgeschriebenen Mindestreserven der Handelsbanken erhöht, später aber wurden die diesbezüglichen Bestimmungen für die Banken in New York und Chikago, bei denen ein Abfluß von Geldern nach anderen Bezirken einsetzte, wieder etwas gelockert. Dänemark führte 1942 zum erstenmal Vorschriften über Mindestkassenreserven ein; außerdem wurden besondere Staatsanleihen aufgenommen, deren Erlöse nicht zur Deckung laufender Ausgaben verwendet, sondern sterilisiert wurden, indem man sie als Einlage bei der Zentralbank beließ. In Schweden erhielt die Reichsbank das Recht, auf Verlangen Staatspapiere von der Verwaltung der Öffentlichen Schuld zu beziehen, um überschüssige Gelder vom Markt abzuschöpfen, wenn sie dies für zweckmäßig erachte.

Die währungspolitischen Maßnahmen zur Lösung des Liquiditätsproblems hatten also die Form von Geschäften zur Regelung des Marktes und von Änderungen der Vorschriften über die Mindestbarreserven; gleichzeitig wurden die Zinssätze in Fortsetzung der schon vor dem Kriege verfolgten Politik des billigen Geldes niedrig gehalten. Während des Krieges erhielten die Schatzämter praktisch eine Monopolstellung, die sie in den Stand gesetzt hat, die von ihnen benötigten gewaltigen Summen zu günstigen Zinssätzen zu entleihen. Es hat sich gezeigt, daß eine Kreditlenkung nicht schwer ist, wenn den

Kriegsnotwendigkeiten vor allem anderen der Vorzug gegeben werden muß; in Friedenszeiten ist die Aufgabe jedoch eine andere, denn dann gilt es, aus einer großen Zahl von Möglichkeiten diejenigen auszuwählen, die den mannigfaltigen zivilen Bedürfnissen am besten gerecht werden. Dann wird die Rentabilität der verschiedenen Geschäftszweige wieder ihre Bedeutung als Prüfstein der Nützlichkeit und als Wegweiser der Produktion erhalten, und die Kreditbedingungen werden sich vermutlich wieder nach den Gewinnspannen derjenigen richten, welche von den Kreditmöglichkeiten, die zur Verfügung gestellt werden können, tatsächlich Gebrauch machen.

5) Ein im gegenwärtigen Kriege besonders wichtiges Problem bildete die Finanzierung von Ausfuhrüberschüssen und anderen Forderungsüberschüssen gegenüber dem Ausland. In den Vereinigten Staaten ist die Leih- und Pacht-Ausfuhr hinsichtlich der Finanzierung den anderen Kriegsaufwendungen gleichgestellt, und dasselbe gilt für die von Ländern des Britischen Reichs geleistete „umgekehrte Leih- und Pacht-Hilfe". In ähnlicher Weise hat die Schweizer Regierung aus Staatsmitteln die Beträge bereitgestellt, die auf Grund von Clearingspitzen vorgestreckt werden; damit vermindert sie die Gefahr einer Schöpfung zusätzlicher Kaufkraft und übernimmt zugleich das Kreditrisiko der Verrechnungsabkommen (die natürlich von der Regierung selbst abgeschlossen worden sind). In anderen europäischen Ländern ist die Aufgabe der Finanzierung von Clearingspitzen im allgemeinen der Zentralbank zugefallen mit dem Ergebnis, daß der Notenumlauf und die Reserven der Handelsbanken zusammen um einen den Clearingvorschüssen entsprechenden Betrag gestiegen sind. Ähnliche Probleme ergeben sich auch in einigen iberoamerikanischen Ländern unter dem Einfluß erheblicher Ausfuhrüberschüsse. Hierzu sei erwähnt, daß das Einschreiten der Währungsausgleichsfonds vor dem gegenwärtigen Kriege sich vorwiegend auf Gelder bezog, welche ihre Eigentümer als Kapitalanlage behalten wollten (z. B. kurzfristiges Geld, das von einem Markt zum anderen wanderte); ein Kreditgefüge gegen Störungen durch Vorschüsse im Verrechnungsverkehr abzuschirmen, ist deshalb schwieriger, weil in diesem Falle die auszugleichenden Salden überwiegend solche Beträge darstellen, die zu Lohnzahlungen, Materialkäufen usw., also tatsächlich zur Bezahlung von Gütern und Leistungen verwendet werden.

6) Trotz aller Bemühungen, die Steuern zu erhöhen und echte Ersparnisse im Kreditwege heranzuziehen, konnte kein Land die Entstehung überschüssiger Kaufkraft unter gleichzeitiger Schrumpfung des Angebots an Verbrauchsgütern verhindern. Ein Überfluß an Kaufkraft war auch im letzten Kriege vorhanden; damals wurden aber die Warenpreise vorwiegend durch Angebot und Nachfrage bestimmt und stiegen infolgedessen weit über den Vorkriegsstand. Durch den Preisanstieg wurde indessen kein neues Gleichgewicht erreicht, vielmehr blieb die Tendenz zur weiteren Steigerung bestehen, solange der Finanzbedarf der Regierung immer neue Erhöhungen der schon im Besitz der Bevölkerung befindlichen Kaufkraftmenge mit sich brachte. Man war geneigt, ein fortgesetztes Anziehen der Preise als fast unvermeidlich anzusehen, und unter solchen Umständen konnten Diskonterhöhungen oder andere rein währungspolitische Maßnahmen der Preissteigerung nicht mit Erfolg

Einhalt gebieten. Diesmal haben die Regierungen der wichtigsten Länder bei ihrem Vorgehen eine völlig andere Richtung eingeschlagen, indem sie eine umfassende Preislenkung einführten, die allmählich auch auf die Löhne und andere Einkommensformen ausgedehnt worden ist.

In Deutschland wurde die schon seit 1936 bestehende Preisüberwachung im Herbst 1939 bedeutend verschärft, namentlich durch die Einführung eines formellen Lohnstops. Die meisten anderen Länder bauten allmählich ebenfalls eine umfassende Kontrolle auf. Anfangs blieb es im allgemeinen zugelassen, daß die vom Ausland ausgehenden Preiserhöhungen ihren vollen Einfluß auf das inländische Preisgefüge ausübten; so führte die Herabsetzung des Pfundkurses um 14 v. H. im Herbst 1939 zu einer Erhöhung der Preise in Großbritannien, und auf dem europäischen Kontinent war bis zum Frühjahr 1942 eines der bezeichnendsten Merkmale der Preisentwicklung die Angleichung an das (zu den amtlichen Wechselkursen) höhere Preisniveau Deutschlands, während gleichzeitig die gestiegenen Transport- und Versicherungsspesen die Kosten der eingeführten Waren erheblich beeinflußten. Durch Abmachungen zwischen verschiedenen Regierungen wurden dann aber Maßnahmen getroffen, um die Preise der unter den betreffenden Ländern ausgetauschten Waren festzulegen, und diese Regelungen waren bald ziemlich erfolgreich, wozu bis zu einem gewissen Grade strengere Preiskontrollen im Innern beitrugen. Im Verkehr mit Ländern mit deutlich inflationistischen Tendenzen erwiesen sich jedoch weitergehende Maßnahmen als notwendig, um unerwünschte Preiseinflüsse zu verhindern und den Handel überhaupt aufrechtzuerhalten. Beispiele hierfür sind die besonderen Organisationen, die geschaffen wurden, um den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Griechenland und in Ostasien zwischen Japan und Nanking-China fortzusetzen. Durch diese und andere Maßnahmen konnten preissteigernde ausländische Einflüsse wenn nicht gänzlich ausgeschaltet, so doch weitgehend abgeschwächt werden, was eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Behandlung der Preisprobleme im Inland ist.

Im Innern wurden die von den Regierungen für ihren eigenen Bedarf gezahlten Preise sorgfältig überwacht. Angesichts der Bedeutung der Rüstungswirtschaft hat diese Kontrolle in der Regel den überwiegenden Teil der Industrie der kriegführenden Mächte erfaßt und daher viel dazu beigetragen, zu verhindern, daß der außerordentlich hohe Bedarf des Staates unmittelbar preissteigernd wirkte. Im weiteren Verlauf des Krieges sind die Methoden der Preisfestsetzung verbessert worden (z. B. in Deutschland durch die Einführung von Einheits- und Gruppenpreisen, welche die einzelnen Firmen dazu anspornen, ihre Produktion zu rationalisieren, damit sie ihre Gewinne steigern oder in manchen Fällen auch nur auf der bisherigen Höhe halten können).

Hierdurch und durch andere Formen der Preislenkung wurden die Gewinnspannen schon eingeengt, doch werden, namentlich als Folge größerer Umsätze oder geringerer Kosten, vielfach noch erhöhte Rohgewinne erzielt. Ein beträchtlicher Teil dieser vermehrten Gewinne wird zweifellos durch die schärfere Besteuerung abgeschöpft, und der Rest nimmt gewöhnlich seinen Weg zum Staat zurück als Folge einer Dividendenbegrenzung (die de facto vielfach auch

in Ländern befolgt wird, in denen keine gesetzliche Verpflichtung dazu besteht) und einer Kontrolle der Anlagetätigkeit, die entweder unmittelbar oder durch Beschränkung der Lieferung wichtiger Stoffe wie Eisen, Stahl oder Nutzholz erfolgt. Den einzelnen Firmen bleibt mithin keine andere Wahl, als ihre verbleibenden unverteilten Gewinne hauptsächlich in Form von Geldersparnissen zu behalten, die in der einen oder anderen Weise dem Staate geliehen werden müssen.

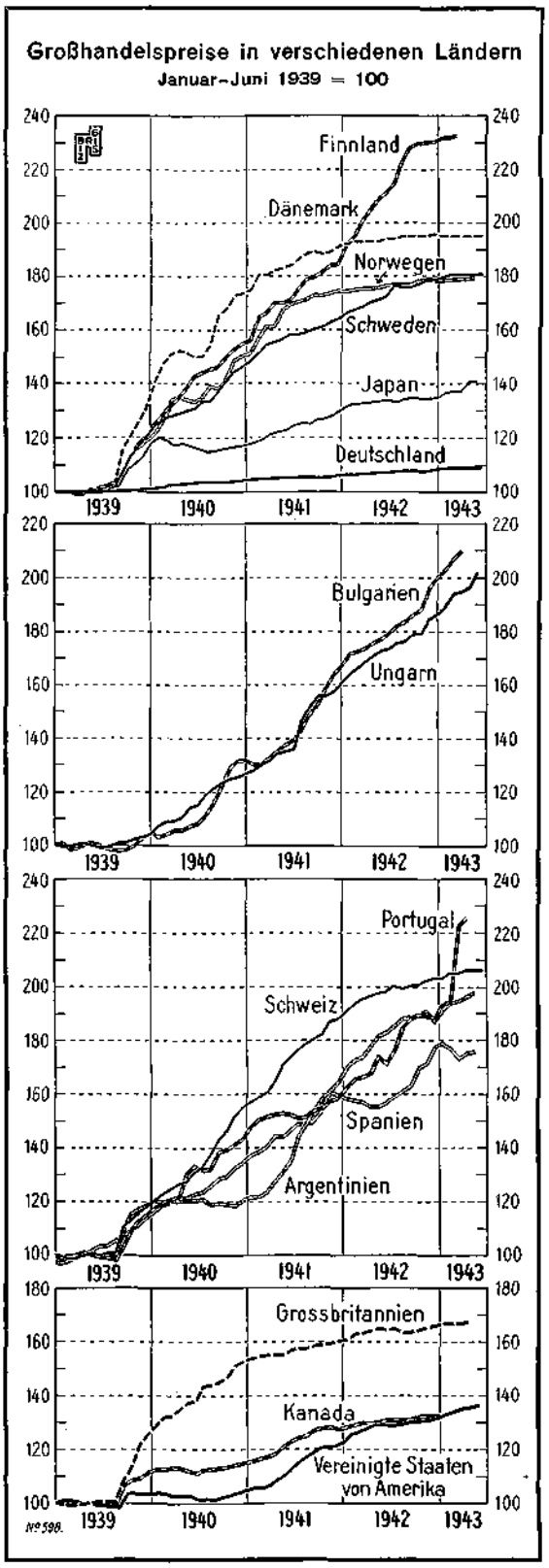
Die Einführung eines Lohn- und Gehaltstops dient einem doppelten Zweck: er bringt den für die Gesamtwirtschaft wichtigsten Kostenbestandteil unter Kontrolle, und er trägt dazu bei, die wirksame Nachfrage der Lohn- und Gehaltsempfänger nach Gütern und Leistungen niedrig zu halten. Um eine solche Maßnahme tragbar zu machen, war jedoch eine gewisse Gewähr für die Stabilität der Lebenshaltungskosten erforderlich, und die Einführung eines Lohn- und Gehaltstops war in der Tat eng verknüpft mit der für die Höhe der Lebenskosten so wichtigen Frage der landwirtschaftlichen Preise. Bei der Behandlung dieser Probleme sahen sich die Regierungen jedoch gewöhnlich vor das Dilemma gestellt, daß einerseits die landwirtschaftliche Erzeugung durch Festsetzung lohnender Preise angeregt werden mußte (was politisch starke Gruppen dringend forderten), andererseits aber eine zu starke Verteuerung der Lebenshaltung nicht zugelassen werden durfte.

1942–43 bekanntgegebene staatliche Subventionen zur Niedrighaltung von Warenpreisen

Land	In Millionen Einheiten der Landeswährung		In Millionen Schweizer Franken
Argentinien . . .	Peso	240	230
Deutschland . .	Reichsmark	1.000	1.730
Eire	Pfund Sterling	3,6	60
Finnland	finnische Mark	1.600	140
Frankreich . . .	franz. Franken	3.000	300
Großbritannien .	Pfund Sterling	180	3.100
Italien	Lire	12.000	2.700
Japan	Yen	400	400
Kanada	kanad. Dollar	70	260
Kroatien	Kuna	2.000	170
Schweden	schwed. Kronen	220	230
Slowakei	Kronen	300	50

Einen Ausweg fanden einige Länder in der Gewährung von Zuschüssen, welche die Preise für den Verbraucher verringern sollen, doch standen die Regierungen hier abermals einem Dilemma gegenüber: die Subventionen erhöhen den Haushaltsfehlbetrag, und je mehr dieser steigt, um so schwerer ist er ohne inflatorische Finanzierung zu decken. Der Gouverneur der Banca d'Italia bemerkte in seinem Bericht an die Generalversammlung am 31. März 1943, daß damals die Beihilfen zusammen mit anderen mittelbaren Kriegslasten einen so wesentlichen Posten im italienischen Staatshaushalt darstellten, daß jede weitere Erhöhung der Subventionen ihren eigentlichen Zweck verfehlen würde, da ein Rückgriff der Staatskasse auf die Notenbank am Ende die Bemühungen, den allgemeinen Preisstand niedrig zu halten, vereiteln würde.

7) Schließlich sind noch die Maßnahmen zu erwähnen, welche unerwünschte Kurssteigerungen von Kapitalanlagen verhindern sollen, die möglicherweise als Symptom einer inflationistischen Orientierung der Wirtschaft und als weiterer Ansporn in dieser Richtung gefährlich wirken könnten. Bei der Behandlung dieser Fragen bildet die Verfolgung einer Politik des



billigen Geldes in gewissem Grade ein Hindernis; den Haupteinfluß haben aber zweifellos die Hoffnungen und Befürchtungen, die hinsichtlich des inneren Wertes jeder einzelnen Währung nach dem Kriege gehegt werden. Die verschiedenen Maßnahmen, mit denen gegen eine starke Aufwärtsbewegung der Aktienkurse vorgegangen wurde, sind in Kapitel V, 2 dieses Berichts erwähnt; wo feste Kurse vorgeschrieben sind, war die Folge gewöhnlich, daß der Geschäftsumsatz auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft ist.

Diese Aufzählung möglicher Abwehrmittel gegen einen Überfluß an Kaufkraft ist keineswegs erschöpfend, sie zeigt aber, wieviele verschiedene amtliche Stellen bei der Aufgabe, der Inflation Widerstand zu leisten, zusammenwirken müssen. Eine dieser Stellen ist die Zentralbank, der es insbesondere obliegt, eine angemessene Liquidität des Kreditwesens aufrechtzuerhalten und mit amtlichen und anderen Instituten in allen währungspolitisch bedeutsamen Fragen zusammenzuarbeiten. Im Kriege gebührt den Bedürfnissen des Staates naturgemäß der Vorrang. Bemühungen, die Kreditaufnahme zu niedrigen Zinssätzen zu ermöglichen, müssen unterstützt werden, auch wenn die Zentralbank dadurch verhindert wird, den von ihr dem Markte zur Verfügung gestellten Betrag an Bargeld zu kürzen (so natürlich und notwendig auch ein solches Vorgehen im

Frieden gewesen wäre). Auf diesem wie auf anderen Gebieten müssen die Erfordernisse des Krieges an erster Stelle berücksichtigt werden. Die Preisordnung übernimmt sozusagen die Aufgabe, die „Integrität der Währung" zu erhalten (wie der Ausdruck in dem Gesetz von 1943 über die Errichtung der Zentralbank von Eire lautet), und dazu muß ein umfangreicher neuer Verwaltungsapparat eingesetzt werden. Nach vier Kriegsjahren sind die allgemeinen Grundsätze, die für die Preiskontrolle maßgebend sein sollten, gut bekannt; die Kenntnis von Grundsätzen genügt aber nicht, ebenso wichtig ist ihre Anwendung, und nicht überall ist eine genügende Anzahl fähiger und zuverlässiger Personen für Verwaltungszwecke schnell zu finden, zumal viele geeignete Anwärter wahrscheinlich zur Wehrmacht eingezogen sind. Eine weitere Aufgabe ist die Abstimmung der Tätigkeit der verschiedenen Stellen; die Regierungen selbst werden z. B. Fragen entscheiden müssen, die aus dem einen oder anderen Grunde politisch bedeutungsvoll sind. So haben sich anscheinend die Regierungen (unter Mitwirkung der Parlamente oder ohne diese) die Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ausnahmslos selbst vorbehalten, teils wegen der Wichtigkeit dieser Preise für die Lebenshaltungskosten und damit für die allgemeine Lohnhöhe, teils weil die landwirtschaftlichen Organisationen fast überall einen erheblichen politischen Einfluß haben.

Das Wesen der Preisüberwachung besteht darin, zu verhindern, daß die zusätzliche Kaufkraft der Bevölkerung durch Verwandlung in eine wirksame Nachfrage die Preise hinauftreibt, und amtlich festgesetzte Preise an die Stelle der vorher durch Angebot und Nachfrage bestimmten Notierungen treten zu lassen. Soweit die Kontrolle Erfolg hat, besteht die Tendenz, daß der Verbraucher den Gütern, die er noch kaufen kann, einen höheren Wert als den durch den amtlichen Preis ausgedrückten beimißt. Es kommt also zur Trennung von „Wert" und „Preis", und die amtlichen Preise geben nicht mehr (durch ihr Verhältnis zueinander) den verschiedenen Grad der Knappheit der einzelnen Güter und Leistungen an. Eine gewisse Elastizität des Preisgefüges mag jedoch zu der amtlichen Politik gehören; tatsächlich wird ein Land häufig durch eine Verteuerung der Einfuhr oder durch einen starken Druck der inländischen Erzeuger dazu gezwungen; normalerweise kommt aber ein Zeitpunkt, wo die doppelte Befürchtung einer inflationistischen Entwicklung und einer sozialen Beunruhigung (die beide leicht auftreten können, wenn die Lebenskosten steigen) die Behörden veranlaßt, nach Möglichkeit (meist mit Hilfe staatlicher Subventionen und ähnlicher Stützen) eine Politik strafferer Preiskontrolle einzuschlagen, die praktisch auf einen „Preisstop" für Verbrauchsgüter hinausläuft.

Die nächste Tabelle zeigt, wie 1942 in mehreren Ländern der Preisanstieg wirksam aufgehalten oder stark verlangsamt worden ist, wobei der strengeren Kontrolle manchmal eine gewisse Zurückhaltung der Käufer zu Hilfe kam, die auch auf die schwarzen Märkte von Einfluß war. Bei der größeren Stabilität der Preise konnten auch die Lohnbewegungen leichter in Schach gehalten werden. Dies alles bedeutet aber eine Vermehrung der erstarrten Preisstellungen, welche statt der stets wechselnden jeweiligen Verhältnisse des Wirtschaftslebens nur die Lage zu einem bestimmten Zeitpunkt der Vergangenheit wider-

Verteuerung der Lebenshaltung

Land	Von Juni 1939 bis Dezember 1941	Dezember 1942	Juni 1943
	in v. H.		
Deutschland	+ 5	+ 7	+ 10
Argentinien	+ 11	+ 11	+ 15
Neuseeland	+ 12	+ 14	.
Vereinigte Staaten	+ 12	+ 22	+ 27
Australien	+ 12	+ 22	.
Großbritannien	+ 28	+ 28	+ 28
Japan	+ 24	+ 29	+ 35
Schweden	+ 34	+ 41	+ 41
Schweiz	+ 34	+ 46	+ 48
Portugal	+ 35	+ 47	+ 54
Norwegen	+ 43	+ 48	+ 50
Ungarn	+ 39	+ 52	+ 55
Dänemark	+ 51	+ 56	+ 54
Indien	+ 24	+ 81	.
Bulgarien	+ 65	+ 104	+ 129
Rumänien[1]	+ 138	+ 252	+ 332

[1] Einzelhandelspreise.

spiegeln und schon aus diesem Grunde die normalen Aufgaben des Preissystems nicht erfüllen. Dieser Mangel ist indessen in Kriegszeiten weniger gefahrvoll, weil dann offensichtlich die Vereinigung eines Höchstmaßes an Kräften auf die Kriegführung das Hauptziel und außerdem die Beschäftigungslage gut ist.

Daß die Kontrolle an frühere Positionen anknüpft, scheint in der Tat eine innere Notwendigkeit zu sein; es ist auf vielen Gebieten üblich, so namentlich bei der Verteilung knapper Rohstoffe, der Zuweisung von Aus- und Einfuhrkontingenten und der Gewährung von Entschädigungen bei Geschäftsschließungen. In allen diesen Fällen dient gewöhnlich der Friedensumsatz des einzelnen Händlers oder Erzeugers als Maßstab, was eine bevorzugte Behandlung der bereits bestehenden Firmen bedeutet. Sehr bald wird ferner im Rahmen der Kriegsvorschriften den Arbeitern das Recht genommen, den Arbeitsplatz zu wechseln, wenn sie nicht die Erlaubnis einer amtlichen Stelle haben, die einer nationalen Arbeitseinsatzkommission oder einem ähnlichen Kontrollorgan untersteht.

Das Erstarren von Positionen ist eine Erscheinung, die sich auch auf dem Gebiete des Devisenverkehrs findet; hier war — von wenigen Ausnahmen abgesehen — das Hauptmerkmal der Kriegszeit das Festhalten fast völlig unveränderlicher Wechselkurse durch das Eingreifen von Zentralbanken, Stabilisierungsfonds oder besonderen Deviseninstituten unter strenger Kontrollierung der Märkte. Im Kriege 1914–18 wurde durch die Anhängung des Pfundes an den Dollar und des französischen Frankens an das Pfund (die vom Frühjahr 1916 bis zum Kriegsende wirksam war) nur in einem beschränkten Kreise eine Stabilität geschaffen, während andere Devisenkurse trotz stärkerer Anwendung der Kurskontrolle erhebliche Schwankungen aufwiesen. Die Währungen neutraler Länder stiegen im Wert gegenüber anderen Währungen, teilweise weil diese Länder es zeitweise ablehnten, Gold unter allen Umständen vom Ausland in Zahlung zu nehmen. Außerhalb der Reihe der stabilisierten Währungen, zu denen im Sommer 1918 die Lira hinzukam, entwerteten sich die Währungen der meisten kriegführenden Länder im Laufe des Krieges immer mehr, indem sie von Zeit zu Zeit plötzliche Wertminderungen erlitten.

Im gegenwärtigen Kriege wurden die Devisenkurse allgemein stabil gehalten; die dazu erforderlichen Mittel erhielten die Behörden teils aus vorhandenen Währungsreserven, teils durch Mobilisierung privater Aktiva im

Ausland sowie endlich durch ausländische Kredite oder andere Formen der Unterstützung von außen. In den Einrichtungen des Leih- und Pacht-Verkehrs und der „gegenseitigen Hilfe" wurde das Hauptgewicht auf die tatsächliche Versorgung mit Gütern und Leistungen gelegt, während der Kredit- und Geldseite der Geschäfte weniger Bedeutung beigemessen wurde (was übrigens diese neuen Formen der „Ausleihung" als außerordentliche und kriegsmäßige Erscheinungen kennzeichnet).

In Europa hat der Verrechnungsverkehr weitgehend aufgehört, seinem ursprünglichen Zweck des Ausgleichs der ein- und ausgehenden Auslandszahlungen zu dienen, und ist zu einer Krediteinrichtung geworden, bei welcher die Regierung die erforderlichen Mittel vorstreckt, damit der Ausfuhrhandel ihres Landes fortgesetzt werden kann, auch wenn kein entsprechender Gegenwert von dem Einfuhrlande zu erhalten ist. In den einzelnen kontinentaleuropäischen Ländern, die am Kriege beteiligt sind, wird fast der gesamte Außenhandel im Verrechnungsverkehr abgewickelt; neben den „Handels"-Geschäften gibt es indessen bestimmte Lieferungen militärischer Art, die nicht über die Clearingkonten verbucht werden. Annähernd 75 v. H. des schweizerischen und über 80 v. H. des schwedischen Außenhandels werden im Verrechnungswege bezahlt. Das bedeutet, daß auch diese beiden neutralen Länder ebenso wie die kriegführenden ihre Auslandszahlungen überwiegend außerhalb der gewöhnlichen Devisenmärkte abwickeln. In den kriegführenden Ländern der ganzen Welt droht der gewöhnliche Devisenmarkt überhaupt zu verschwinden, da der Staat den größten Teil des Handels selbst verwaltet. Am Ende schaltet die Devisenbewirtschaftung nicht nur alle Formen von Arbitragegeschäften aus, sondern sie trifft auch in wachsendem Maße Unterscheidungen zwischen den für jede einzelne Art von Zahlungsmitteln zugelassenen Verwendungen. (Die Bestimmungen können z. B. vorschreiben, daß ausgeführte Güter vom ausländischen Käufer in Devisen bezahlt werden müssen oder bestimmte Arten von Guthaben nur zur Anlage in Staatspapieren verwendet werden dürfen; die Beispiele ließen sich leicht vermehren.) Unter diesen Umständen stellt das Geld nicht mehr allgemeine Kaufkraft dar; die vorhandenen Umlaufsmittel teilen sich in verschiedene Gruppen mit jeweils besonderen Verwendungsmöglichkeiten.

Diese Beschränkungen der Verwendung des Geldes beziehen sich vorzugsweise auf Guthaben und Barmittel ausländischer Besitzer und berühren damit besonders den internationalen Geldverkehr. Der mehrseitige Verrechnungsverkehr hat an praktischer Anwendung bisher wenig mehr aufzuweisen, als daß in vereinzelten Fällen die Verwendung begrenzter Beträge zu Zahlungen in dritten Ländern genehmigt wurde. Der Grund liegt auf der Hand: ein wirklicher mehrseitiger Verrechnungsverkehr, bei welchem Guthaben in einer bestimmten Währung ohne wesentliche Einschränkung zu Zahlungen in anderen Ländern benutzt werden könnten, setzt voraus, daß sich die Zahlungsbilanzen und das Kursgefüge annähernd im Gleichgewicht befinden — ein Zustand, von dem die Kriegswirtschaft mit ihren zunehmenden Gleichgewichtsstörungen in den internationalen Beziehungen weit entfernt ist. Man hat gesagt, daß die Verhältnisse, unter denen ein mehrseitiger Verrechnungsverkehr zufrieden-

stellend arbeiten würde, denen stark gleichen, unter welchen auf das Clearingsystem überhaupt verzichtet werden könnte. Das mag übertrieben sein[1], weist aber wenigstens darauf hin, daß ein grundlegendes Gleichgewicht in jedem Währungssystem notwendig ist, wenn es in der Lage sein soll, angemessene Dienste als Werkzeug des mehrseitigen Handels und der Regelung laufender finanzieller Verpflichtungen zu leisten. Das eigentliche Wesen des Clearingsystems muß in der Tat darin gesehen werden, daß es gewisse Unterscheidungen möglich macht in bezug auf bestimmte Länder (die Käufe oder Verkäufe eines Partners werden in Verbindung gebracht mit den Käufen oder Verkäufen des anderen Partners) und in bezug auf Warengruppen („nützliche" oder „notwendige" Käufe erhalten den Vorzug vor anderen). Bei einem wirklich multilateralen System bestände nur eine geringe Möglichkeit, Unterscheidungen der bezeichneten Art aufrechtzuerhalten.

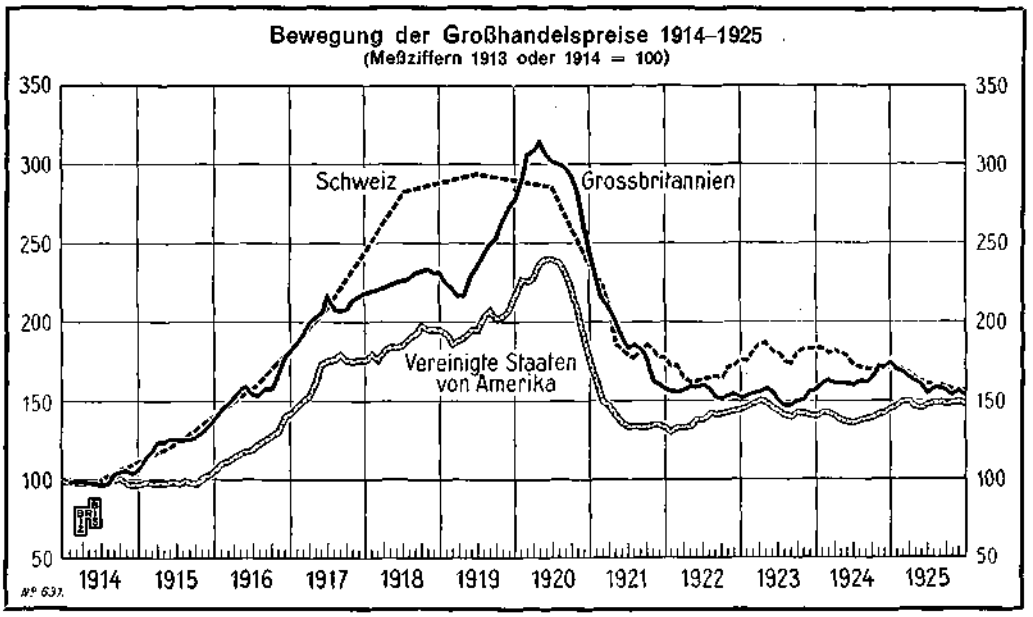
Die Politik der allgemeinen Vermeidung von Devisenkursschwankungen ist im gegenwärtigen Kriege von den amtlichen Stellen auch dann noch beibehalten worden, wenn sich zeigte, daß die geltenden Kurse nicht mehr den wirklich zugrundeliegenden Verhältnissen der Kosten- und Preisgefüge entsprechen. Nach dem Kriege werden die Regierungen mit den beiden eng verbundenen Problemen des Kaufkraftüberschusses der Bevölkerung und der Anpassung der Wechselkurse an den inneren Wert der einzelnen Währungen zu tun haben. Über diese Fragen ist schon viel nachgedacht worden, nachdem die Vergangenheit gründlich durchforscht wurde, um eine Wiederholung früherer und namentlich der nach dem letzten Kriege begangenen Fehler zu vermeiden. Es wird viel davon abhängen, mit welchem Erfolg die Regierungen ihre eigenen inneren Probleme werden meistern und vor allem verhindern können, daß die ungedeckten Haushaltsfehlbeträge zu einer „galoppierenden" Inflation führen (wie sie in mehreren Ländern nach dem letzten Kriege eingetreten ist). In den einzelnen Abschnitten des zweiten Kapitels dieses Berichts, die sich mit den Devisenkursen, dem internationalen Handel und den Preisen befassen, werden einige international besonders bedeutsame Gesichtspunkte der Nachkriegsprobleme besprochen; hier folgen in Kürze nur wenige allgemeine Bemerkungen.

1) Es wird manchmal als sicher angesehen, daß am Ende des gegenwärtigen Krieges die Preise zu einem gleichen Verlauf wie nach dem letzten Kriege neigen werden, d. h. nach einer kurzen Zeit der Zurückhaltung werde eine lebhafte Nachfrage einsetzen, um den Mangel, der sich während des Krieges geltend gemacht hat, zu beheben, und ein Preissturz werde erst nach einigen Jahren eintreten, wenn die Bedürfnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit schon befriedigt wären. Da ein derartiges Auf und Ab unerwünscht ist, wurde angeregt, das

[1] Eine besondere Gefahr kann daraus entstehen, daß die im Kriege eingegangenen gewaltigen öffentlichen Schulden den Anteil der liquiden Werte am Vermögen der Bevölkerung stark erhöht haben. Bei der Erörterung der durch diese Verschuldung entstandenen Probleme wird häufig der inneren „Last" der Schulden, der Rolle des Schuldendienstes im Staatshaushalt und ähnlichen Fragen die größte Bedeutung beigelegt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Masse der bestehenden öffentlichen Schuldverpflichtungen als eine Art von künstlich geschaffenem Vermögen leicht einen störenden Einfluß auf das gesamte Kapitalgefüge ausüben kann; während man Aktien und andere Formen von Sachvermögen im Kurse sinken lassen kann, wenn sie in wachsendem Umfang am Markt angeboten werden, würde ein Kurssturz von Staatspapieren zum mindesten die ununterbrochene Beibehaltung einer Politik des billigen Geldes gefährden.

Kontroll-, Rationierungs- und Subventionssystem der Kriegszeit nach Beendigung der Feindseligkeiten noch eine Weile beizubehalten, um den Anstoß zu einem sofortigen Nachkriegsaufschwung zu dämpfen und dadurch auch zur Verhütung eines späteren heftigen Preissturzes beizutragen. So erklärte der britische Schatzkanzler in seiner Haushaltsrede am 12. April 1943, es sei die Absicht der Regierung, noch eine Zeitlang nach dem Kriege die Versorgung zu kontrollieren und den privaten Verbrauch zu beschränken, und zwei Monate vorher (im Februar 1943) hatte er erwähnt, daß die Regierung die Politik verfolge, die Warenpreise auf dem während des Krieges erreichten Stande zu halten.

Bei Voraussagen über die Nachkriegsschwankungen ist aber zu berücksichtigen, daß namentlich die Geschäftsleute in Erinnerung an die schweren Verluste, die 1921 und 1922 auf die Gewinne der Hochkonjunktur von 1919 und 1920 gefolgt sind, diesmal wahrscheinlich bei ihren Käufen bedeutend vorsichtiger sein und besonders ihre Lager so lange auf ein Mindestmaß beschränken werden, bis die Preislage sich nach ihrer Meinung befestigt hat. Bei einer solchen vorsichtigen Haltung wäre die Gefahr einer plötzlichen Preissteigerung in der ersten Phase des Nachkriegszyklus wesentlich abgeschwächt und daher auch die Beibehaltung des ganzen kriegsmäßigen Kontrollapparates weniger notwendig. Nach dem letzten Kriege war der Mangel an Schiffsraum, dessen Auswirkungen durch Verzögerungen in den Häfen noch verschlimmert wurden, eine der Ursachen der hohen Preise von 1919 und 1920; es bleibt abzuwarten, ob in dieser Hinsicht wiederum ähnliche Verknappungen und Verzögerungen eintreten werden. Allgemein ist zu hoffen, daß die gegenwärtige Planung sich nicht allzu sklavisch an die Annahme halten möge, die Nachwirkungen des letzten Krieges müßten notwendig wieder eintreten, sondern beweglich genug bleiben wird, daß die Maßnahmen in der Praxis den wechselnden



Umständen angepaßt werden können. Auch darf die Planung nicht zum Selbstzweck erhoben werden; die Regierungen dürfen es nicht in einem übertriebenen Bestreben, Umwälzungen zu vermeiden, als ihre höchste Aufgabe betrachten, Kontrollen zu verewigen, deren Beibehaltung notwendige Anpassungen verzögern und lebensvollere Kräfte hemmen kann, deren Mitwirkung unerläßlich ist zur Beschäftigung der Millionen, die in die Zivilberufe zurückkehren werden. Es sollte achtgegeben werden, daß die Welt nicht in zu großer Sorge um die Übergangszeit den Vorteil eines Konjunkturaufschwungs einbüßt, der nach dem letzten Kriege bis 1924/25 die Produktion trotz aller Wechselfälle wieder auf den Stand von 1913 und die durchschnittlichen Reallöhne in zahlreichen Ländern weit über den Vorkriegsstand gebracht hatte.

2) Während vielfach angenommen wird, daß die Devisenkurse durch die relativen Kosten und Preise bestimmt werden (entsprechend der Lehre von den Kaufkraftparitäten), findet man in der Wirklichkeit häufig, daß eine bestimmte allgemeine Vorstellung von dem zukünftigen Kursverhältnis die maßgebende Rolle spielt. Nach dem letzten Kriege wurden z. B. die tatsächlichen Kursbewegungen stark von der Meinung beeinflußt, daß die Politik vieler Länder darauf hinziele, die Goldwährung mit den alten Vorkriegsparitäten wiederherzustellen; dieser Glaube beeinflußte auch die Entwicklung der Warenpreise, und zwar sowohl unmittelbar wie mittelbar durch die Bewegungen der Wechselkurse. Nach diesem Kriege werden die Devisenkurse vermutlich noch eine Zeitlang der amtlichen Kontrolle unterworfen bleiben, so daß die jeweiligen Meinungen weniger Einfluß haben werden; entscheidend werden die amtlichen Maßnahmen sein, besonders wenn die Staatsfinanzen in Ordnung sind. Wenn dies der Fall ist, werden bei der Bestimmung des Preisniveaus namentlich in kleineren Ländern ohne Zweifel die mehr oder weniger frei gewählten Devisenkurse der wichtigste von allen Faktoren sein; hoffentlich wird es den größeren Ländern bald gelingen, verhältnismäßig stabile Preise zu schaffen und festzuhalten, an welche die anderen ihre Wirtschaft anschließen könnten.

Über die Wichtigkeit des Problems der Wechselkurse besteht natürlich volle Klarheit; die im Sommer 1943 erörterten Währungspläne haben einen Zustand zum Ziel, in welchem die Länder in der Lage sein sollen, durch gemeinsame Beratung und nötigenfalls finanzielle Unterstützung geordnete Kursverhältnisse aufrechtzuerhalten. Es wird sicherlich keine leichte Aufgabe sein, die richtigen Stabilisierungsebenen zu finden angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, die verschiedene Volkswirtschaften, ihre Währungen und ihre Kreditgefüge erfahren haben. Als sich im neunzehnten Jahrhundert ein Land nach dem anderen der Goldwährung anschloß, geschah dies zu Wechselkursen, die sich schon am Markte eingebürgert hatten und gut als Gleichgewichtskurse angesehen werden konnten. Damals bestand für die einzelnen Länder begründete Aussicht, diese Kurse zu halten, wenn anders sie die Grundsätze der Goldwährung befolgten, die damals als beinahe selbstverständliche Gebote der Währungspolitik

galten. So wie die Goldwährung vor 1914 arbeitete, bedeutete sie natürlich weit mehr als die Aufrechterhaltung fester Wechselkurse und einen internationalen Saldenausgleich durch Goldbewegungen. Sie sah eine Reihe halbautomatischer Gegenmittel vor, welche schon die Ursachen einer währungsmäßigen Unausgeglichenheit sofort bei ihrem Auftreten abstellen sollten, und sie setzte einen Inbegriff von Verhaltungsregeln voraus in bezug auf den Staatshaushalt, Anleihen, Kredite, Zinssätze und Kostenberichtigungen, die allmählich zur gemeinsamen Richtschnur fast der ganzen Welt geworden waren. Einer späteren Generation mögen diese „anerkannten Grundsätze" teilweise als engherzig erschienen sein, da sie zu viele finanzielle „Tabus" bedeuteten; solange aber das alte System bestand, wurde in den verschiedenen Ländern eine verhältnismäßig einheitliche Finanzpolitik verfolgt, und in Handelsfragen sahen die Regierungen davon ab, allzu einengende Beschränkungen vorzunehmen. Ohne die Vergangenheit zu idealisieren, kann gesagt werden, daß die Welt bis zum letzten Krieg im Goldstandard ein einheitliches Währungssystem mit London als internationalem Kreditzentrum besaß, während es seit 1914 noch nicht möglich gewesen ist, eine ebenso umfassende und reibungslos arbeitende Währungsgemeinschaft wiederherzustellen.

Wenn ein Land Maßnahmen zur Beeinflussung der inländischen Preisbewegung erwägt, wird es auch den wahrscheinlichen psychologischen Reaktionen der breiten Masse Rechnung tragen müssen. Nach dem letzten Kriege hielten sich die Lebenskosten in einigen Ländern dauernd um volle 50 v. H. über dem Stande von 1914; trotzdem schrieb das Publikum diese Erhöhung nicht einer unklugen währungspolitischen Führung, sondern einfach den Auswirkungen des Krieges zu; die Inhaber von Staatsschuldverschreibungen, Versicherungspolicen und ähnlichen Geldforderungen fühlten sich nicht ungerecht behandelt im Vergleich zu denen, die ihr Geld in Aktien und anderen Sachwerten angelegt hatten. Auch erhoben sie keine Beschwerden, als die Währungen in den dreißiger Jahren abgewertet wurden, da die Preise und Lebenshaltungskosten nicht über den Stand von 1926–29 anzogen. In den betreffenden Ländern fuhr die Bevölkerung fort, Versicherungen abzuschließen und andere Formen des Geldsparens zu pflegen. (In Schweden und in der Schweiz erreichte der Abschluß von Lebensversicherungen, obwohl in diesen Ländern die Lebenskosten auf das Doppelte des Standes von 1914 gestiegen waren, 1942 einen beispiellosen Rekord — ein Zeichen des unerschütterten Vertrauens in die Währung.)

In einigen Ländern wurde indessen die Grenze überschritten, innerhalb deren man den Wert einer Währungseinheit trotz der Preissteigerung noch als unverändert ansah. In Frankreich wurde der Franken von 1926–28 zum „Franken zu vier Sous", während ein Schweizer Franken ohne Frage ein Schweizer Franken blieb. Wenn jemand zu fühlen beginnt, daß Geldforderungen besonderen Gefahren ausgesetzt sein können, ändert sich notwendigerweise seine Einstellung gegenüber Ersparnissen in Geldform, und dann kann es sich tatsächlich als schwierig erweisen, ein ausreichendes wirkliches Vertrauen in die

Währung wiederherzustellen. Diese Unterschiede haben — so schwer bestimmbar sie im einzelnen Falle auch sein mögen — durchaus ihre Bedeutung, und die Regierungen werden wahrscheinlich gut tun, sie in Rechnung zu stellen, wenn sie nach diesem Kriege an den Wiederaufbau der Währungen herangehen.

Das bedeutet jedoch nicht, daß ein Land seine gesamte Wirtschafts- und Währungspolitik der Erreichung irgendeiner früheren Parität oder eines bestimmten Preisniveaus unterordnen soll. Sowohl die Wechselkurse wie die Warenpreise können sich innerhalb einer ziemlich weiten Spanne verändern, bevor eine Schwächung der Kaufkraft der Währungseinheit als ein wirklicher Übelstand empfunden wird, und innerhalb dieser Spanne kann eine Regierung ein Niveau suchen, das einer hohen Produktion und einem ausreichenden Beschäftigungsgrad förderlich ist. Aber auch wenn es demnach möglich sein sollte, einen deflationistischen Preissturz zu vermeiden, wird es trotzdem einige Gebiete geben, auf denen die Kosten, die im Kriege einen hohen Stand erreicht haben, wieder gesenkt werden müssen; und dann sollte man sich bewußt sein, daß ein scharfer Schnitt häufig einer zeitlich lang ausgedehnten Anpassung vorzuziehen ist, da jener mehr Aussicht hat, eine ordentliche Grundlage für die Wiedergesundung zu schaffen, und infolgedessen den Eintritt eines besseren Beschäftigungsstandes beschleunigen wird.

Nach früheren Erfahrungen dürfte die Wiederherstellung eines wirklich ausgeglichenen Kosten- und Preisgefüges die einzige sichere Grundlage für eine wirtschaftliche Gesundung schaffen, bei der eine hohe Aktivität in den Investitionsindustrien herrscht und Gewinn oder Verlust für die Produktion bestimmend und Maßstab der Leistungsfähigkeit sind. Jener Ausgleich kann schwerlich ohne eine gewisse Kostenberichtigung erzielt werden; doch wird im allgemeinen eine Herabsetzung der Lohnsätze und anderen Kostenbestandteile allein als Grundlage für den Wiederaufstieg nicht genügen, da sie unter Umständen nur zu einem fortgesetzten Rückgang der Nachfrage mit der Tendenz zu kumulativer Deflation führen kann; es ist aber möglich, dieser Tendenz entgegenzuwirken, wenn durch eine finanzielle Ausweitung die Nachfrage auf oder sogar über den alten Stand gehoben wird. In den Jahren 1929 bis 1932 wurden in den Vereinigten Staaten die Stundenlöhne der Industriearbeiter um etwa 20 v. H. gekürzt; da diese Berichtigung aber von einem Rückgang der Nachfrage und einem noch rascheren Sinken der Warenpreise begleitet war, brachte sie keine Belebung, sondern ein Gefühl des Mißerfolgs und vergeblich gebrachter Opfer. Dagegen wurden in einer Reihe anderer Länder (so in Australien, Großbritannien, Schweden und auch in Deutschland) die Kostenberichtigungen durch eine Politik der finanziellen Ausweitung ergänzt, welche Kosten und Preise innerhalb der eigenen Volkswirtschaft und gegenüber anderen Ländern ins Gleichgewicht brachte, worauf auch bei der Belebung der Industrietätigkeit bemerkenswerte Erfolge erzielt wurden. Bei diesem Vorgang spielte auch die Politik des billigen Geldes eine Rolle, indem sie die Kapitalkosten senkte und zur Aufnahme neuer Kredite anregte. Die Abwertung der Währung war ebenfalls, namentlich für kleinere Staaten, ein Mittel, um einen ausgeglichenen Zustand gegenüber anderen Ländern wiederherzustellen und ein besseres Verhältnis zwischen

Kosten und Preisen im inländischen Wirtschaftsgefüge herbeizuführen, abgesehen davon, daß sie die Politik des billigen Geldes erleichterte. Bezüglich der öffentlichen Arbeiten war die Haltung der einzelnen Länder nicht einheitlich, und die Rolle dieses Hilfsmittels war bei der Wiedergesundung weniger entscheidend, bis die umfangreichen Staatsausgaben für die Aufrüstung und später für den Krieg eine besonders geartete industrielle Tätigkeit zu hoher Entfaltung brachten.

Die Verfahren der dreißiger Jahre werden sich naturgemäß nicht in jeder Beziehung wieder anwenden lassen. An Stelle von Währungsabwertung und hohen Rüstungsausgaben müssen andere und bessere Mittel zur Wirtschaftsförderung eingesetzt werden; die wichtigste Schlußfolgerung steht aber fest, daß nämlich eine Verbindung von finanzieller Ausweitung und Kostenberichtigung eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit mit geringeren Opfern, aber mit weit größerer Sicherheit herbeiführt, als es mit einem jener Mittel allein möglich wäre. Einer der großen Vorteile des Bestehens auf einer Kostenberichtigung liegt darin, daß sie jedem einzelnen Unternehmer deutlich zum Bewußtsein bringt, wie wichtig es ist, selbst die erforderlichen Schritte zu tun, um sein Geschäft in Ordnung zu bringen, während die ausschließliche Anwendung allgemeiner Maßnahmen, wie sie die Verbilligung des Geldes und die Erteilung öffentlicher Aufträge darstellen, leicht den Eindruck erwecken kann, als brauchten die Einzelnen nur die segensreichen Wirkungen eines fremden Handelns abzuwarten. Keine der Kräfte, die zur Überwindung der Depression beitragen können, darf ungenutzt bleiben, und die vereinigten Anstrengungen vieler Einzelner können einen wichtigen, ja sogar unerläßlichen Beitrag zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe darstellen. Bei der Planung einer Krisenbekämpfungspolitik sollte man nicht zu orthodox jede Kreditausweitung ablehnen, aber auch nicht zu expansionistisch jede Maßnahme zur Kostenberichtigung ausschließen.

Die etwaige Schwierigkeit, in den ersten Nachkriegsjahren Beschäftigung zu finden, wird indessen nicht derselben Art sein wie in einer gewöhnlichen Depression, in der durch Überfluß an Produktionsmöglichkeiten die Gelegenheit zur nutzbringenden Anlage der laufenden Ersparnisse beschränkt zu sein scheint. Vielmehr kann gerade das Gegenteil eintreten, indem der Wunsch der Bevölkerung, Dinge zu kaufen, die sie jahrelang entbehren mußte, die freiwilligen Ersparnisse unter die Beträge zusammenschmelzen lassen kann, die für Ausbesserungen und Wiederaufbau, zur Umstellung der Industrie und möglicherweise für Kredite an andere Länder erforderlich sein werden. Die zu erwartenden Mißverhältnisse werden wahrscheinlich nicht auf einem Überschuß der Ersparnisse über die vorhandenen Anlagemöglichkeiten, sondern ausschließlich auf anderen Ursachen beruhen, und die wichtigste Aufgabe wird dann sein, diese anderen Schwierigkeiten und Hemmnisse der Gesundung zu beseitigen, z. B. durch Ermittelung angemessener Paritäten zwischen den verschiedenen Währungen, durch Berichtigung solcher Kosten und Preise, die offensichtlich aus dem Rahmen fallen, oder durch Organisation von Rohstoffkrediten und anderen finanziellen Hilfsmaßnahmen zur Wiederbelebung des internationalen Handels. Es wird keine einheitliche

Lösung für alle auftauchenden Störungen geben, sondern es werden viele verschiedene Maßnahmen zu treffen sein, wobei die Hauptaufgabe der Regierungen sein wird, die innere und äußere politische Ordnung zu sichern.

Eine Reihe besonderer Fragen ergeben sich auf den drei Gebieten der Ausfuhrförderung, der Bauwirtschaft und der öffentlichen Arbeiten. Für Länder mit unzureichenden Währungsreserven und starkem Rohstoffbedarf wird die Entwicklung des Exporthandels von höchster Bedeutung sein. Aber auch die glücklicheren Länder, die über angemessene Währungsreserven verfügen, werden sich eingehend mit der künftigen Gestaltung des Welthandels zu befassen haben, da sie ohne Ausnahme zu entscheiden haben werden, wie weit sie ihr eigenes Wirtschaftsleben mit dem der übrigen Welt zu einem Ganzen verschmelzen sollen. Am Ende des Krieges werden fast alle Länder eine verwickelte Devisenbewirtschaftung anwenden, die einer Gesundung des internationalen Handels ebenso hinderlich sein kann wie eine Politik der Schutzzölle. Soweit Maßnahmen zur Auffüllung von Währungsreserven oder zur Beschaffung von Auslandskrediten zur Wiederbelebung des Warenaustauschs möglich sind, werden sie zur Überwindung eines der offensichtlich bevorstehenden Engpässe der Nachkriegszeit besonders nützlich sein können, nicht zuletzt, weil sie eine Lockerung der Devisenbeschränkungen erleichtern werden.

In den Industriezweigen, die im Kriege über den Rahmen des gewöhnlichen Bedarfs erweitert worden sind (beispielsweise soll die Schiffbauindustrie in den angelsächsischen Ländern eine Leistungsfähigkeit erreicht haben, die zehnmal so groß ist, wie sie voraussichtlich im Frieden erforderlich ist), werden ohne Zweifel sowohl die Unternehmer wie auch die Arbeiter Schutzzölle verlangen. Da es schwer sein wird, sofort Verwendung für diejenigen zu finden, die nicht mehr in der reinen Kriegsindustrie beschäftigt sein werden, mag die Versuchung stark sein, die Lage durch Maßnahmen zu erleichtern, die als „nur dem Ausland" nachteilig dargestellt werden. Dann wird viel davon abhängen, welches Beispiel die größeren Länder geben. Nachdem in der großen Depression so viele Hemmnisse des Welthandels errichtet wurden — Zollerhöhungen der Vereinigten Staaten 1930, Einführung der Devisenbewirtschaftung in Deutschland 1931 und Übergang Großbritanniens zu Schutzzöllen zusammen mit dem Abschluß der Ottawa-Verträge 1932 —, dürften einige ebenso bedeutende und eindrucksvolle Schritte nach der anderen Seite nötig sein, um die Welt zu überzeugen, daß wirklich ein Wendepunkt in der Handelspolitik erreicht worden ist.

Man hat befürchtet, die Industrialisierung namentlich außereuropäischer Länder werde den künftigen Umfang des internationalen Handels ernstlich beeinträchtigen, doch dürften die schon in den älteren Industrieländern selbst gewonnenen Erfahrungen zeigen, daß diese Folge durchaus nicht notwendig ist; solange nämlich die Handelspolitik der einzelnen Länder zu einer Hebung ihres Lebensstandards mit neuen Bedürfnissen und neuen Tätigkeiten führt, wird sich ihr Markt auch für die Erzeugnisse anderer Länder aller Wahrscheinlichkeit nach erweitern. Allerdings wird sich die Zusammensetzung des

Außenhandels voraussichtlich etwas ändern, indem die in der Industrialisierung begriffenen Länder dazu übergehen werden, an Stelle von Massengütern eine größere Menge hochentwickelter Fertigwaren einzuführen, insbesondere solche, die sie für ihre Kapitalausrüstung brauchen, nämlich Werkzeuge und Maschinen aller Art. Ein solcher Strukturwandel kann aber durchaus vereinbar sein mit einer Zunahme des Gesamtvolumens des Welthandels, nur wirft er für jedes Exportland das Problem der Erzielung der höchsten Leistung auf, besonders in den Industriezweigen, die aus der veränderten Zusammensetzung des Welthandels Nutzen ziehen wollen.

Auf dem Binnenmarkt ist die überragende Bedeutung des Baugewerbes vielleicht am besten daran zu erkennen, daß in Zeiten guten Geschäftsganges auf dieses Gewerbe in der Regel volle 50 v. H. der gesamten laufenden Kapitalanlagen entfallen und daß dieses Verhältnis selbst im neunzehnten Jahrhundert anzutreffen war, als die Entwicklung der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten viel Kapital erforderte. In der heutigen Notzeit wurde das private Baugewerbe stark eingeschränkt, da Neubauten einer besonderen Genehmigung bedürfen, die gewöhnlich nur für kriegswichtige Zwecke erteilt wird. Die Baukosten sind nach den amtlichen Indexzahlen in Deutschland um 20 v. H. und in anderen Ländern noch mehr gestiegen, doch wird die zuverlässige Berechnung von Indexzahlen dieser Kosten durch den außergewöhnlichen Charakter der Kriegsbauten erschwert. Dagegen durften die Mieten nicht erhöht werden; in vielen Ländern sind sie überhaupt nicht gestiegen, und überall war die Erhöhung geringer als bei anderen Posten, auf denen die Kennziffern der Lebenskosten beruhen. (Vgl. die Tabelle in Kapitel II, S. 117.) Hier liegen die Keime eines ernstlichen Mißverhältnisses, das zweifellos berichtigt werden muß, bevor die private Bautätigkeit sich wieder entfalten kann. Die Erfahrung nach dem letzten Kriege hat überzeugend bewiesen, daß die Länder, die ihre Mietpreis-Beschränkungen als erste beseitigt haben, auch die ersten waren, die sich einer Neubelebung der Bautätigkeit mit einer folgenden allgemeinen Wirtschaftserholung erfreuen konnten. Da wenig Aussicht besteht, die Baukosten wieder auf den Vorkriegsstand zurückzuschrauben, erscheint eine Erhöhung der Mietpreise als erforderlich. Doch wird es aus sozialen und politischen Gründen keineswegs leicht sein, die Mieten ansteigen zu lassen und damit in der Praxis den Ausgleich im Kosten- und Preisgefüge herzustellen, der immer mehr als notwendige Voraussetzung für einen gesunden Wiederaufstieg erkannt wird.

Als Vorbereitung für die schwierigen Lagen, die nach dem Kriegsende entstehen können, haben viele Regierungen Verzeichnisse von Projekten aufstellen lassen, die sich für öffentliche Arbeiten eignen würden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Übergangszeit nach dem Kriege wird offenbar sein, Arbeiter aus den Industriezweigen, die im Kriege eine starke Ausdehnung erfahren haben, in diejenigen überzuleiten, die den gewöhnlichen Friedensbedarf decken. Die Frage wird dann im wesentlichen eine solche der industriellen Anpassungsfähigkeit sein und infolgedessen nicht nur durch das Vorhandensein mächtiger Wirtschaftsorganisationen, sondern auch durch eine Reihe anderer Umstände beeinflußt werden, zu denen die Bereitwilligkeit der einzelnen Arbeiter gehört, den Beruf zu wechseln und möglicherweise eine neue Heimat zu

suchen, so schmerzhaft eine solche Entwurzelung auch sein mag. Manchmal gelangt man fast verzweifelnd zu der Ansicht, daß, je mehr sich das moderne Verkehrswesen entwickelt, um so weniger mit der freiwilligen Wanderung von Arbeitern nach Maßgabe der wirtschaftlichen Bedürfnisse gerechnet werden kann. Es ergibt sich also die Notwendigkeit eines gut organisierten Arbeiteraustausches.

Leider sind öffentliche Aufträge geeignet, die Beweglichkeit der Arbeitskräfte und die allgemeine Anpassungsfähigkeit der Industrie noch weiter herabzusetzen. Die Finanzierung derartiger Arbeiten könnte leicht einen erheblichen Teil der laufenden Ersparnisse beanspruchen und dadurch den Betrag des neue Anlagen suchenden Kapitals vermindern (das gewöhnlich eine der wichtigsten Triebfedern einer industriellen Ausdehnung ist). Die Erleichterung, welche die öffentlichen Aufträge brächten, würde auch dazu beitragen, den an sich schon schwachen Anreiz, andere Arbeit zu suchen, zu verringern. So könnte die Durchführung eines weitgespannten Arbeitsbeschaffungsprogramms in verschiedener Weise die Berichtigung von Mißverhältnissen, die sich im Laufe des Krieges herausgebildet haben, behindern und verzögern. Diese verschiedenen Gefahren sind nicht unbekannt; um sie, soweit das menschenmöglich ist, auszuschalten, dürfen nur solche Arbeitsbeschaffungsprogramme angenommen werden, die wenigstens einen hohen Grad von Beweglichkeit vorsehen und auch die Gewähr bieten, daß die fraglichen Arbeiten, die ja in erster Linie den Binnenmarkt betreffen müssen, die Produktion und den Handel der Exportgewerbe nicht beeinträchtigen.

In Ländern, die schwere Kriegsschäden erlitten haben, werden umfangreiche Wiederaufbauarbeiten nötig sein, die wenigstens teilweise der Staat finanzieren wird, und auch in anderen Ländern werden vor allem aufgeschobene Instandsetzungsarbeiten sowie die Auffüllung der Vorräte von Fabriken und Lagerhäusern eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften und Material mit sich bringen. Zusammen mit unmittelbaren Käufen der Verbraucher wird dieser Bedarf wahrscheinlich für die erste Zeit gute Geschäfte und eine lebhafte industrielle Tätigkeit sichern; ein großer Teil dieser Arbeiten wird aber nicht von Dauer sein, und daher kann dem Nachkriegsaufschwung nach einigen Jahren eine zweite Phase mit geringeren Möglichkeiten für die Verwendung der laufenden Ersparnisse folgen. Bei diesen Aussichten für die Nachkriegszeit dürfte es ratsam sein, nicht zu früh im Rahmen des Programms an öffentliche Arbeiten weniger dringender Art heranzugehen, sondern diese für einen späteren Konjunkturrückgang aufzusparen.

Da es sich jedoch sehr schwer voraussagen läßt, was nach Kriegsende auf wirtschaftlichem Gebiet vorgehen wird, ist es nötig, daß die für diese Periode vorgesehenen Pläne an die Verhältnisse zur Zeit ihrer Durchführung angepaßt werden können. Hat ein Land den Eindruck, daß es mit guten Aussichten für seinen Exporthandel rechnen kann (etwa infolge von Währungsvereinbarungen oder anderen Vorkehrungen), so wird es weniger geneigt sein, ein umfangreiches Programm für öffentliche Arbeiten im Inland in Angriff zu nehmen. Je eher die Wirtschaft zu erzeugen beginnen kann, was

die privaten Verbraucher zu kaufen wünschen und zu kaufen bereit sind, desto rascher und bedeutender wird offensichtlich die Verbesserung des Lebensstandards sein. Nicht jede Art der Beschäftigung ist für die Deckung des Friedensbedarfs von gleichem Wert, und zu einer Besserung der sozialen Verhältnisse ist es notwendig, daß die vorhandenen menschlichen Kräfte und die materiellen Mittel nicht nur eingesetzt werden, sondern auch, daß sie erzeugen, was tatsächlich gebraucht wird — dies liegt offensichtlich auch im Interesse der großen Masse der Verbraucher. In der gegenwärtigen Notzeit haben Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr als früher an der Ausarbeitung der allgemeinen Grundsätze für die Kriegswirtschaft mitgewirkt, und ihnen sind auch viele Regelungen zum großen Teil zu verdanken, die in anderer Weise kaum so reibungslos und mit so gutem Erfolg möglich gewesen wären. Sollte es eine übertriebene Hoffnung sein, daß der gleiche Geist der Zusammenarbeit als eine lebendige Kraft erhalten bleiben möge zur Sicherung der industriellen Beweglichkeit und bei der Behandlung der vielen anderen schwierigen Nachkriegsprobleme, deren Lösung allein eine ausreichende und zuverlässige Grundlage für eine fortschreitende Politik sozialer Sicherheit sein kann?

II. DIE DEVISENKURSE, DER INTERNATIONALE HANDEL UND DIE WARENPREISE

1. DIE DEVISENKURSE

Auf dem Gebiete der Devisenkurse war die Lage im größten Teil der Welt weiter durch das Festhalten der bestehenden amtlichen Kurse gekennzeichnet. Dies hatte in Anbetracht des ungleichmäßigen Preisanstiegs in den verschiedenen Ländern zur Folge, daß in einer Reihe von Fällen Kurse weiter notiert werden, die den zugrundeliegenden Verhältnissen nicht mehr entsprechen; dieser Zustand wirkt ohne Zweifel hemmend auf den Austausch von Gütern und Leistungen, trotz aller Anstrengungen zur Beseitigung der Hindernisse durch eine Verbindung von Abgaben bei der Ausfuhr mit Prämien für die Einfuhr (oder umgekehrt). Die zuständigen Stellen fürchteten, durch Änderungen in den Kursen Einflüsse namentlich psychologischer Art auszulösen, deren weitere Folgen nicht absehbar wären. Überdies hat sich die Änderung der in Handels- und Zahlungsabkommen vereinbarten Kurse praktisch als schwierig erwiesen, da oft mehr als zwei Länder beteiligt sind, wodurch es mühsam, wenn nicht unmöglich wurde, zu einem günstigen Ergebnis zu gelangen. Das Festhalten der bestehenden Kurse durch Länder mit bedeutendem Einfuhrüberschuß bedingt gewöhnlich gewisse kreditäre Maßnahmen, z. B. Vorschüsse und andere Zahlungen besetzter Gebiete, Hilfeleistung zwischen Ländern, die auf der gleichen Seite am Kriege beteiligt sind, oder die Vereinbarung besonderer Kredite mit den wenigen verbliebenen Neutralen.

Immerhin gibt es einige Ausnahmen von der Stabilität der Kurse. Im Januar 1942 wurde (wie schon im zwölften Jahresbericht erwähnt) die dänische Krone nach Verhandlungen mit Deutschland um 8,2 v. H. aufgewertet, hauptsächlich um einem weiteren Ansteigen des dänischen Preisspiegels entgegenzuwirken. Mehr als unmittelbare Folge der Marktentwicklung haben die Währungen einiger südamerikanischer Staaten eine Kurssteigerung erfahren. In diesen Ländern überwog das jeweilige Dollarangebot die Nachfrage, da ihre Ausfuhr in den meisten Fällen gut gehalten war, während die Einfuhr aus den kriegführenden Ländern, einschließlich der Vereinigten Staaten, auf Schwierigkeiten stieß. In Iran dauerte die nach der Besetzung des Landes durch britische und sowjetrussische Truppen im Herbst 1941 entstandene Aufwärtsbewegung des Rialkurses an; die effektive Notierung des Pfundes wurde von 174 Rial vor der Besetzung stufenweise auf 129 Rial im Mai 1942 herabgesetzt. Die stärksten Währungsänderungen fanden aber im Fernen Osten statt; sie umfaßten u. a. eine Vereinheitlichung der Währungsbeziehungen gegenüber dem Yen. So wurden die Währungseinheiten der Philippinen, Hongkongs, Thailands, Malayas, Birmas und Javas sämtlich dem Yen gleichgesetzt, woraus sich für die Landeswährungen Abwertungen verschiedenen Grades ergaben.

Durch diese Maßnahmen wurde die Teilung der Welt in gesonderte Währungsblocks noch stärker ausgeprägt; in der gleichen Richtung wirkte auch die Angliederung der nordafrikanischen Gebiete an den Sterling- und den Dollarblock. Das amtliche Kursverhältnis zwischen Pfund und Dollar selbst wurde seit dem Herbst 1939 so gut wie unverändert bei 4,03 Dollar = 1 Pfund gehalten; die Maßnahmen, die 1942 getroffen wurden, um die Behandlung der Pfundkonten von Einwohnern der Vereinigten Staaten zu vereinfachen, dürfen als eines der Anzeichen einer immer enger werdenden Verbindung zwischen den beiden angelsächsischen Währungsblocks angesehen werden.

Die verbliebenen neutralen Staaten auf dem europäischen Festland lassen sich keinem der verschiedenen Währungsblocks ausschließlich zurechnen. Sie stehen mit Ländern beider Kriegsparteien im Verkehr und verbinden feste amtliche Notierungen für Pfund und Dollar mit der Einhaltung gleichbleibender Kurse für die Reichsmark, die ihren vollen Goldwert in den verschiedenen Verrechnungsabkommen nicht verlassen hat.

Abgesehen von der erwähnten Aufwertung der dänischen Krone wurde während des Berichtsjahres keine Änderung der Kursverhältnisse zwischen der Reichsmark und anderen europäischen Währungen vorgenommen. Die Angleichung des Reichsmarkkurses in Südosteuropa an die Notierungen des Dollars, des Schweizer Frankens und anderer „freier Währungen" wurde 1941 abgebrochen; als einzige Ausnahme verblieb Rumänien, wo die schwedische Krone und der Schweizer Franken ein Aufgeld von 90 v. H. haben, während der für die Reichsmark notierte Kurs einem Agio von 50 v. H. entspricht und das Aufgeld für eine Reihe anderer Währungen nur 38 v. H. beträgt.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß auch für den französischen Franken eine unterschiedliche Bewertung besteht. Der für das französisch-schweizerische Clearing vereinbarte Kurs von 100 französische Franken für 10 Schweizer Franken entspricht ungefähr dem amtlichen Dollarkurs von 43,80 französische Franken, den die Bank von Frankreich seit dem Herbst 1939 festhält. Andererseits beruht der französische Verrechnungsverkehr mit Deutschland auf einem Kurs von 20 Franken für 1 Reichsmark, der für den Franken eine Abwertung um 12,4 v. H. gegenüber dem amtlichen Dollarkurs bedeutet. Außerdem besteht in der Schweiz ein Markt für „freie" französische Franken mit ordnungsmäßigen Geschäften in französischen Franken, die in der Schweiz ansässige Personen als Guthaben auf sogenannten „Schweizer Auslandskonten" besitzen. Bis zum November 1942 wurde der Kurs auf diesem Markt in der Nähe des amtlichen Verrechnungskurses gehalten; nach den Ereignissen im November 1942 fiel er aber erheblich — vorübergehend auf weniger als 3 Schweizer Franken für 100 französische. Es wurden jedoch Schritte zur Stützung des Marktes unternommen; Anfang 1943 erholte sich der Kurs auf 4, und später überschritt er 5 Schweizer Franken. Der Markt ist auf jeden Fall sehr eng, denn in Betracht kommen nur Überweisungen außerhalb des Clearings, unter das insbesondere sämtliche Handelsgeschäfte fallen. Der „freie" Markt scheint hauptsächlich für bestimmte Überweisungen

im Kapitalverkehr, z. B. von Versicherungs- und Rückversicherungsprämien, benutzt zu werden. Trotz dieser Beschränkung haben aber die Notierungen für „freie" französische Franken in der Schweiz viel Beachtung gefunden, obwohl natürlich ähnliche Märkte auch für eine Reihe anderer Währungen bestehen, sobald besondere Notierungen für bestimmte Zwecke zugelassen sind. (Wegen der Kurse des französischen Frankens in den Gebieten außerhalb des Mutterlandes siehe Seite 49.)

Am schwedischen Devisenmarkt wurde der Kurs der „Reisemark" im März 1943 von 90 auf 95 schwedische Kronen für 100 Reisemark heraufgesetzt. Diese Erhöhung wurde im Zusammenhang mit der Wiedereinführung der Sondergebühr von 18,50 Kronen für 100 Reisemark zugelassen, die zuerst auf Grund des Stillhalteabkommens von 1937 in Höhe von 10 Schweizer Franken erhoben und später auf 20 Franken erhöht worden, seit 1938 aber hinsichtlich der wichtigsten Quelle von Reisemark für den schwedischen Markt weggefallen war. Der amtliche Reichsmarkkurs im Verrechnungsverkehr ist mit 167,50–168,50 schwedische Kronen für 100 Reichsmark unverändert geblieben.

Unter den neuen Erscheinungen des Jahres ist auch eine neue Währung zu erwähnen: der Karbowanez, den die im März 1942 errichtete Zentralnotenbank Ukraine ausgibt. Eine andere neue Notenbank, die Notenbank im Ostland, wurde im April 1943 mit Sitz in Riga errichtet. Nähere Angaben über die Tätigkeit dieser beiden Banken folgen in Kapitel VI.

Die Beziehungen der neuen Notenbanken und der Reichskreditkassen nach außen beschränken sich praktisch auf ihre Verbindung mit den Währungsbehörden in Berlin. Sie können jedoch die Genehmigung erhalten, ihre Reichsmarkbestände für Zahlungen an andere Länder und Gebiete zu verwenden. Wie der Verwaltungsbericht der Deutschen Reichsbank für 1942 erwähnt, sind 19 Länder und Gebiete dem mehrseitigen Verrechnungsverkehr über Berlin angeschlossen. Art und Umfang der für den mehrseitigen Verrechnungsverkehr zugelassenen Geschäfte unterliegen in der Regel besonderen Abmachungen. Bei der besonderen Entwicklung unter den Kriegsverhältnissen konnten die Wirkungen des zweiseitigen Verkehrs nicht überwunden werden; jedes Land muß sich deshalb um einen Ausgleich sowohl gegenüber allen anderen Ländern insgesamt wie auch im Verhältnis zu jedem einzelnen bemühen, da nur selten Guthaben in einem Lande zur Abdeckung von Verbindlichkeiten in anderen verwendet werden können.

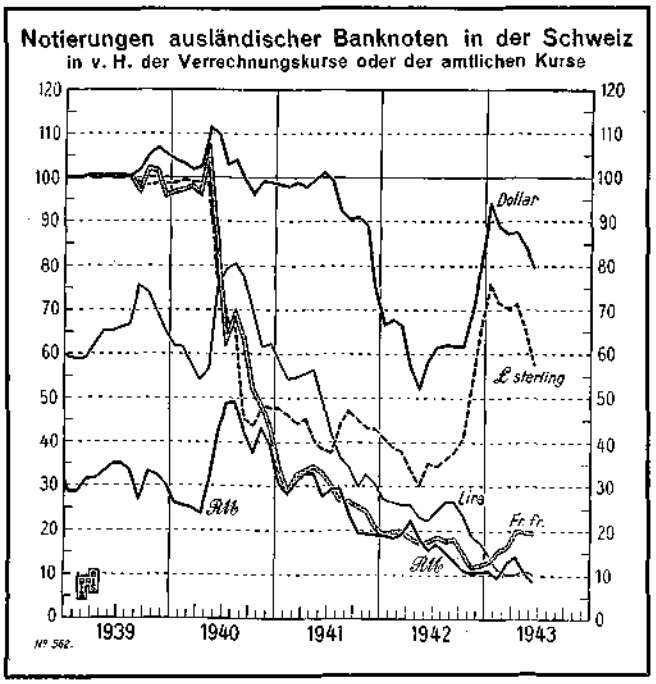
Für die verbliebenen neutralen Länder auf dem europäischen Festland bestand die weitere Erschwerung, daß sie ihre Handels- und Finanzgeschäfte mit jeder der kriegführenden Gruppen noch strenger getrennt abwickeln mußten. Dies brachte sie allmählich in engere Beziehungen untereinander. So wurde beispielsweise in Schweden seit dem 5. August 1942 der portugiesische Escudo (und seit dem 7. Oktober desselben Jahres auch der argentinische Peso) in den amtlichen Devisenkurszettel aufgenommen. Schweden hat die Devisenbeschränkungen, die in einem kritischen Zeitpunkt im Februar 1940 eingeführt wurden, trotz eines Überschusses bei den laufenden

Posten seiner Zahlungsbilanz in den Jahren 1941 und 1942 (s. Seite 132) nicht aufgehoben; sie bleiben hauptsächlich als Vorsichtsmaßnahme und zur Erleichterung der Überwachung der Zahlungen im Handels- und Kapitalverkehr während der Kriegszeit in Kraft. Die Beschränkungen werden indessen großzügig gehandhabt, und auf mehreren ausländischen Devisenmärkten gilt die schwedische Krone noch immer als eine „freie" Währung, nicht anders als der Schweizer Franken und der Dollar.

In der Schweiz bildet eines der wichtigsten Devisenprobleme für die Behörden noch immer die Aufnahme eines starken Angebots von Dollarguthaben, die den von den Vereinigten Staaten im Sommer 1941 verhängten Verfügungsbeschränkungen unterliegen. Auf Grund der geltenden Vorschriften können schweizerische Guthaben in den Vereinigten Staaten praktisch nur für Zahlungen innerhalb des Dollarblocks verwendet werden, und die Schweizerische Nationalbank erwähnt hierzu in ihrem letzten Jahresbericht, daß die Schwierigkeiten 1942 eher gewachsen sind. Wie im Vorjahr hat sich die Nationalbank in der Hauptsache darauf beschränkt, Dollars anzukaufen, die aus dem Warenexport sowie aus dem Reise- und Versicherungsverkehr stammen oder die für Überweisungen an den diplomatischen Dienst, an das Internationale Rote Kreuz und an solche in der Schweiz ansässige Personen bestimmt sind, deren einziges Einkommen aus ihren Dollareinnahmen besteht. Dagegen lehnte die Bank in dem Bestreben, vor allem den Außenhandel der Schweiz zu sichern, die Annahme von Dollars aus Kapitalübertragungen und Kapitalerträgnissen grundsätzlich ab. Angesichts der begrenzten Möglichkeiten der Verwendung von Dollarguthaben sah sich die Nationalbank aber genötigt, auch gesperrte Dollarbeträge und Gold in den Vereinigten Staaten — wenn auch nur sehr zurückhaltend — zu übernehmen, da die Nachfrage der Importeure das aus dem Export stammende Dollarangebot nicht auszugleichen vermochte und die Verwendung von Dollarguthaben in dritten Ländern nahezu unmöglich war. Infolgedessen haben sich die Währungsreserven der Bank bedeutend erhöht. Die im September 1941 mit den Handelsbanken getroffene Vereinbarung über den An- und Verkauf von Dollars blieb in Kraft; jede Woche wird der Saldo der Dollarkäufe und -verkäufe der Banken für die anerkannten Zwecke ermittelt, und den Überschuß, der sich dann im allgemeinen ergibt, übernimmt die Nationalbank zu vereinbarten Wechselkursen. Dadurch ist in einem ausgedehnten Bereich, vor allem für den gesamten Handelsverkehr, ein fester Dollarkurs gesichert; außerdem findet aber am New Yorker Markt ein Handel in Schweizer Franken zu Kursen statt, die von den in der Schweiz amtlich angewandten stark abweichen. Während der amtliche Kurs in der Schweiz 4,30 Schweizer Franken für den Dollar beträgt, wurden in New York gelegentlich Kurse von nur ungefähr 3 Schweizer Franken = 1 Dollar notiert.

1938 wurde etwa ein Drittel des schweizerischen Außenhandels im Clearingwege bezahlt, 1942 hatte sich der Anteil auf ungefähr drei Viertel erhöht. Die Ursache dieser Entwicklung liegt darin, daß die Zahlungen innerhalb Europas mit Ausnahme von Portugal und Schweden nicht mehr frei abgewickelt werden konnten und daß der Anteil des europäischen Festlandes am Außenhandel der Schweiz infolge der Erschwerung des Handelsverkehrs

mit den überseeischen Ländern gestiegen war. Auf Geschäfte, die im Verrechnungsverkehr abgewickelt werden, finden die von den Clearingpartnern vereinbarten amtlichen Kurse Anwendung, die daher erhebliche praktische Bedeutung für die Handelsströmungen und die Preisentwicklung haben; sie sind in dieser Hinsicht bestimmt bedeutsamer als beispielsweise die Kurse, die für Banknoten oder für solche Währungsguthaben notiert werden, die nur für bestimmte Zwecke verwendbar sind. Von den Notierungen für Banknoten kann gesagt werden, daß sie nur in geringer oder gar keiner Beziehung zum Handelsvolumen stehen und im allgemeinen durch amtliche Stützung nicht beeinflußt werden, vielmehr ist die Rückverbringung von Noten im Rahmen der Devisenbestimmungen fast überall verboten. Nebenstehendes Schaubild zeigt die Kurse für die Noten von fünf Ländern in der Schweiz in v. H. der Verrechnungskurse oder der amtlichen Kurse für die betreffenden Währungen.



Der portugiesische Devisenmarkt war auch 1942 von erheblicher Bedeutung; er blieb frei von Beschränkungen, wenn auch die Wirkungen einer Verschärfung der Bestimmungen über den Außenhandel des Landes in gewissem Umfang zu spüren waren. Der Pfundkurs blieb unverändert bei 99,80–100,20 Escudo, während bei den Kursen für den Dollar, die schwedische Krone und den Schweizer Franken einige leichte Anpassungen vorgenommen wurden. Die dadurch erzielte Beständigkeit wurde durch fortgesetzte Gold- und Devisenkäufe des Banco de Portugal gesichert, der seinen Besitz an diesen Aktiven 1942 um nicht weniger als 4.530 Millionen Escudo vermehrte.

Auch Spanien dürfte 1942 seine Devisenlage gestärkt haben. Mit dem 26. Juli 1942 wurden die sogenannten „freiwilligen" Kurse beseitigt, die vorher neben den amtlichen Wechselkursen bestanden hatten. Für das Pfund hatte der „freiwillige" Kurs 46,55 Peseten betragen, während der amtliche Kurs, der weiter gilt, sich auf 40,50 Peseten stellte. In ähnlicher Weise ging der Dollar von dem „freiwilligen" Kurs von 12,56 auf 10,95 Peseten und der Schweizer Franken von 2,91 auf 2,53 Peseten zurück. Der Handel in Banknoten der Vereinigten Staaten wurde verboten. Gegen Ende des Jahres war eine gewisse Steigerung der Nachfrage nach Peseten auf ausländischen Märkten zu verzeichnen. Diese Entwicklung dürfte auf dem Rückgang des Haushaltsfehl-

betrags, aber auch auf der verhältnismäßigen Besserung der „Kaufkraftparität" beruhen, die hauptsächlich durch ein rascheres Steigen der Kosten und Preise im Ausland verursacht war.

Das türkische Pfund stand in den letzten Jahren unter wechselnden Einflüssen. Nach einzelnen Ausfuhrerzeugnissen der Türkei wie Eisenerz und Chrom bestand lebhafte Nachfrage, während die Einfuhr auf Schwierigkeiten stieß, was zur Aufrechterhaltung einer verhältnismäßig festen Devisenlage gegenüber anderen Ländern beitrug; andererseits wurde die innere Kaufkraft der Währung durch ein rasches Steigen der Warenpreise im Inland beeinflußt. Um dem hartnäckigen Preisauftrieb entgegenzuwirken, beschloß die Regierung im Mai 1942, die Prämien von 40 v. H. für die Ausfuhr gegen Zahlung in „freien" Währungen (Schweizer Franken, schwedischen Kronen und Dollars) abzuschaffen, und im August setzte sie bestimmte Kursprämien, mit denen die in Dollars und anderen „freien" Währungen bezahlte Einfuhr belastet war, von 48 auf 35 v. H. herab — eine Maßnahme, die einer Aufwertung des türkischen Pfundes gleichkommen dürfte. Die in den Verrechnungsabkommen festgesetzten Kurse blieben indessen unverändert. Trotz der günstigen Exportlage wurden im Herbst Maßnahmen getroffen, welche die Umwandlung von türkischen Pfunden in andere Währungen beschränkten. Durch eine Verordnung vom September 1942 wurden sämtliche Guthaben von ausländischen wie von türkischen Personen oder Firmen außerhalb der Türkei gesperrt, ebenso alle Erlöse aus dem Verkauf von Waren, die Grundstücksmieten sowie die Erträgnisse türkischer und ausländischer Wertpapiere. Auch durften Kredite in türkischen Pfunden zugunsten von Privatpersonen oder Firmen mit ausländischem Domizil nicht mehr eröffnet werden. Der Finanzminister kann in einigen Fällen Ausnahmen zulassen. Die gesperrten Beträge dürfen nur zum Ankauf und zur Ausfuhr bestimmter türkischer Waren verwendet werden, die in der Verordnung genau angegeben oder in den verschiedenen Handelsverträgen aufgeführt sind.

Die europäischen neutralen Länder erreichen durch die Vermehrung ihrer Währungsreserven einen Zustand, den man normalerweise als eine starke Devisenlage betrachten würde; die (sichtbare oder unsichtbare) Mehrausfuhr, welche die Ursache jener Zugänge ist, bedingt jedoch Zahlungen, die im Inland finanziert werden müssen, und bei der Bewerkstelligung dieser Finanzierung muß darauf geachtet werden, daß sie nicht zu einer gefährlichen Geldausweitung führt. Für die Neutralen sind solche Finanzierungsprobleme im Verkehr mit den Ländern beider Kriegsparteien entstanden. Schweden und die Schweiz sind zwar vom Warenverkehr mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten in stärkerem Maße ausgeschlossen als Portugal, Spanien und die Türkei, doch weisen die laufenden Posten ihrer Zahlungsbilanzen noch immer erhebliche Umsätze im Verkehr mit den Währungszentren des Sterling- und des Dollarblocks auf.

In Großbritannien erfuhr die in den beiden ersten Kriegsjahren nach und nach ausgebildete Devisenbewirtschaftung 1942 keine wesentlichen Ände-

rungen. Vielleicht die bedeutendste neue Maßnahme war eine Erleichterung im Verkehr mit den Vereinigten Staaten; es wurden drei verschiedene Arten von Pfundkonten für Rechnung von Einwohnern der Vereinigten Staaten als „registered accounts" verschmolzen, deren Salden auf Wunsch zum amtlichen Kurs in Dollars umgewandelt werden können. Diese Maßnahme machte dem New-Yorker Handel in freien Pfunden ein Ende. Im Verkehr mit der Schweiz — dem einzigen anderen Lande, für welches das System der „registered accounts" Geltung hatte — wurde eine ähnliche Vereinheitlichung nicht vorgenommen. Seit Anfang 1943 können jedoch „registered accounts" (mit Genehmigung der Bank von England) zugunsten privater in der Schweiz ansässiger Personen und Firmen eröffnet werden, während sie vorher nur im Verkehr zwischen Banken zugelassen waren.

Die Londoner Devisenkurse wiesen 1942 kaum Schwankungen auf; für fast alle notierten Währungen galten amtliche Kurse. Indessen wurden neue Kurse gegenüber der italienischen und französischen Währung für die nordafrikanischen Gebiete bestimmt. Für die Cyrenaika und Tripolitanien wurde der Kurs auf 480 Lire für das Pfund entsprechend dem früher für Erythräa und Abessinien eingeführten Kurs festgesetzt, während für Sizilien im Juli 1943 Kurse von 400 Lire für das Pfund und von 100 Lire für den Dollar bekanntgegeben wurden. Für Französisch-Nordafrika lauteten die Kurse zuerst 300 französische Franken für das Pfund und 75 französische Franken für den Dollar, auf Vorstellungen verschiedener Kreise hin wurden sie aber im Februar 1943 in 200 und 50 Franken geändert. Diese neuen Kurse entsprechen einer Abwertung des französischen Frankens um etwa 12 v. H. im Verhältnis zu den im Herbst 1939 festgesetzten amtlichen Kursen von 176,625 Franken für das Pfund und 43,80 Franken für den Dollar. Da jedoch der Kurs von 176,625 Franken auf Grund von Vereinbarungen mit den britischen Behörden in den Gebieten des „Freien Frankreich" beibehalten wurde, ist die Folge, daß jetzt in den französischen Außengebieten zwei Kurse für das Pfund notiert werden: ein Kurs von 200 französische Franken, der hauptsächlich für Nordafrika und Französisch-Westafrika gilt, und ein anderer Kurs von 176,625 Franken für Französisch-Äquatorialafrika, Syrien und Libanon, Madagaskar, Französisch-Kamerun, Neu-Kaledonien und die anderen Südseebesitzungen sowie Französisch-Vorderindien.

Im September 1942 wurden das brasilianische Milreis und der uruguayische Peso auf die Liste jener „besonderen" Währungen gesetzt, die an das Schatzamt abgeliefert werden müssen, wenn sie sich im Besitz in Großbritannien ansässiger Personen befinden — ein Beweis für den plötzlichen Umschwung in der Stellung dieser beiden Währungen, die früher wegen ihrer schwachen Tendenz bemerkenswert waren.

Im Verkehr mit den Vereinigten Staaten wurde die Aufrechterhaltung eines festen Pfund-Dollar-Kurses wesentlich erleichtert durch die Leih- und Pacht-Verträge, die einen Einfluß der Kriegslieferungen auf die Währungen ausschließen. Obwohl der amerikanische Devisenmarkt an sich einer Bewirtschaftung

nicht unterliegt, wird er doch einerseits durch die Devisenbestimmungen anderer Länder und andererseits durch die „Foreign Funds Control" beeinflußt, welcher Vermögenswerte des Auslandes in den Vereinigten Staaten in Höhe von mehr als 7 Milliarden Dollar und die Geschäfte von mehr als 35 Ländern unterliegen, zu denen ganz Festland-Europa (außer der Türkei), China, Japan und die von Japan besetzten Länder gehören. Die „auf Eis gelegten" Werte umfassen nicht nur Bankguthaben, Gold und Wertpapiere, sondern auch zahlreiche Geschäftsunternehmen sowie Waren, Patente und andere Vermögensformen, und der Kontrolle unterliegen alle Finanz- und Handelsgeschäfte, an denen die betroffenen Länder oder ihre Staatsangehörigen beteiligt sind, ohne Unterschied, ob es reine Inlandsgeschäfte sind oder solche, die zum Devisenverkehr oder zum Außenhandel gehören. Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde die Kontrolle als ein Mittel zur wirtschaftlichen Kriegführung verwendet, und dementsprechend wurden ihre Aufgaben und Befugnisse festgelegt. Sie wird von einer innerhalb des Schatzamtes geschaffenen Organisation durchgeführt; wichtigere grundsätzliche Entscheidungen werden häufig in Kommissionen von Angehörigen verschiedener Ministerien beraten. Ein großer Teil der täglichen Arbeit im Zusammenhang mit der Genehmigung von Geschäften, die der Überwachung unterliegen, ist den Bundes-Reserve-Banken übertragen, die in dieser Hinsicht als Vertreter des Schatzamtes handeln.

Um der Kontrollbehörde die notwendigen Unterlagen zu verschaffen, hat das Schatzamt eine Bestandsaufnahme des gesamten, der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten unterliegenden ausländischen Vermögens durchgeführt. Der Gesamtwert des hierbei angegebenen Vermögens belief sich auf mehr als 13 Milliarden Dollar; davon entfielen mehr als 7 Milliarden auf die den Sperrmaßnahmen unterworfenen Länder und ihre Staatsangehörigen. Die als Eigentum oder Besitz der iberoamerikanischen Republiken und ihrer Staatsangehörigen angemeldeten Werte bezifferten sich auf mehr als 1,2 Milliarden Dollar. Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung der Werte, gegliedert nach den wichtigsten Vermögensformen.

Die wichtigsten ausländischen Vermögen in den Vereinigten Staaten Mitte 1941[1]

Ländergruppen	Golddepots	Forderungen an Banken	Namensobligationen	Direkte Anlagen	Sonstige Werte	Insgesamt
	in Millionen Dollar					
Feindliche Staaten	24	160	50	105	125	464
Vom Feinde besetzte Länder[2]	1.269	1.225	625	365	500	3.984
Übrige den Sperrmaßnahmen unterliegende Länder[3]	848	975	540	120	200	2.683
Andere amerikanische Republiken	322	605	225	20	50	1.222
Alle übrigen Länder	4	1.115	1.690	1.340	650	4.799
Zusammen	2.467	4.080	3.130	1.950	1.525	13.152

[1] Aus einer vom Treasury Department, Foreign Funds Control, im Juni 1942 veröffentlichten Denkschrift.
[2] Einschließlich Finnlands und der damals nicht besetzten Zone Frankreichs.
[3] Einschließlich Chinas.

Die eigenen Auslandswerte der Vereinigten Staaten ohne die „Kriegsschulden" von 1917–19 wurden Ende 1940 vom Handelsamt auf etwas mehr als 11 Milliarden Dollar geschätzt. Werden nur die Länder berücksichtigt, die der Foreign Funds Control unterliegen, so ergibt sich für Ende 1940 folgendes Bild der Forderungen der Vereinigten Staaten[1]:

Unmittelbare Anlagen in der Wirtschaft	1.051	Millionen Dollar
Dollarschuldverschreibungen	613	„ „
Kurzfristige Bankguthaben	80	„ „
Zusammen . . .	1.744	Millionen Dollar

Im Laufe des Jahres 1942 haben die Vereinigten Staaten eine Reihe von Stabilisierungsverträgen unter Gewährung von Krediten durch den Währungsstabilisierungsfonds geschlossen. So wurde die Kreditzusage von 60 Millionen Dollar, welche die brasilianische Regierung schon 1937 erhalten hatte, durch eine Vereinbarung vom Juli 1942 auf 100 Millionen Dollar erhöht, um den Kurs des Milreis zu stabilisieren. Ein Abkommen vom gleichen Monat gab der kubanischen Regierung das Recht, in den Vereinigten Staaten Gold auf Kredit zu kaufen, wobei die Kredite binnen zwanzig Tagen zurückzuzahlen sind und niemals 5 Millionen Dollar übersteigen dürfen. Mit Hilfe dieser Kreditfazilität können die kubanischen Währungsbehörden, wenn sie es wünschen, Gold als Vorschuß auf ihnen tatsächlich zustehende Dollarzahlungen erwerben. In den ersten Monaten des Jahres hatte die Regierung von Ekuador vom Stabilisierungsfonds der Vereinigten Staaten zur Stabilisierung des Kursverhältnisses zwischen Sucre und Dollar einen Kredit von 5 Millionen Dollar erhalten, und auf Grund eines Abkommens mit Island wurde der Fonds ermächtigt, zur Herstellung eines festen Verhältnisses zwischen der isländischen Krone und dem Dollar 2 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde vereinbart, das mit der Tschungking-Regierung im April 1941 getroffene Abkommen, in welchem der Stabilisierungsfonds zur Stützung des Yüankurses Kredite bis zum Betrage von 50 Millionen Dollar eröffnete, bis Ende Juni 1943 zu verlängern.

Die Export-Import-Bank gewährte im Laufe des Jahres mehreren iberoamerikanischen Ländern Anleihen; außerdem erhielten einige Länder auch Leih- und Pacht-Hilfe. Die bedeutenden Ausgaben der Vereinigten Staaten und anderer Länder für kriegswichtige Materialien und Dienste trugen auch dazu bei, den iberoamerikanischen Ländern hohe Dollarguthaben zu verschaffen, von denen im allgemeinen nur ein Teil zur Bezahlung von Einfuhrwaren Verwendung fand. Einige der Länder erhielten außerdem Zuflüsse von privaten Fluchtkapitalien, die ebenfalls die Auslandswerte ihrer Zentralbanken und Staatskassen vermehrten.

In Brasilien erhöhte sich der Wert der Goldreserven im Laufe des Jahres 1942 von 70 auf 115 Millionen USA-Dollar (gegenüber 34 Millionen im Juli 1939). Die brasilianische Währung zeigte in New York bis zum Jahresende zunehmende Festigkeit; der freie Kurs betrug 1942 im Durchschnitt

[1] J. Polk, Future of Frozen Funds. „American Economic Review", Juni 1942.

5,1427 Cents gegenüber 5,0705 im Vorjahr. In den ersten Monaten 1943 hielt die feste Tendenz indessen nicht an; im Februar wurden der Bank von Brasilien neue Vollmachten zur Währungsbewirtschaftung verliehen, und sie unternahm daraufhin Schritte gegen die Ein- und Ausfuhr von brasilianischen Zahlungsmitteln sowie gegen den unerlaubten Verkauf und Besitz von Devisen. Am 1. November 1942 wurde die amtliche Bezeichnung der brasilianischen Währungseinheit Milreis (zu 1.000 Reis) in Cruzeiro (eingeteilt in 100 Centavos) geändert. Im September 1942 wurde der Wechselkurs für das „Sonderkonto" im Verkehr mit Großbritannien von 78,570–79,570 Milreis in 83,648 Milreis für 1 Pfund geändert. Für die nicht über dieses Konto gebuchten Geschäfte sehen die geltenden Bestimmungen vor, daß die Exporteure 30 v. H. des Wertes von Exportsichtwechseln zu den amtlichen Kursen von 16,50 Cruzeiro für den Dollar und 66,49½ Cruzeiro für das Pfund verkaufen müssen, während die übrigen 70 v. H. zu den Kursen des freien Marktes von 19,47 Cruzeiro für den Dollar und 78,46 7/16 für das Pfund verkauft werden dürfen. Die Kurse für den Erwerb von Einfuhrdevisen am freien Markt sind etwas höher, nämlich 19,63 Cruzeiro für den Dollar und 79,59 9/16 Cruzeiro für das Pfund. Außerdem gibt es einen besonderen freien Markt für Schecks und briefliche Auszahlung in Dollar mit Kursen von 19,70 bis 20,50 Cruzeiro für den Dollar. Der Ankauf von Dollars bei den Banken unterliegt einer Devisensteuer von 5 v. H.

In Venezuela wurden im Mai 1942 die verschiedenen Dollar-Abgabekurse für Importeure vereinheitlicht. Vorher hatte es zwei verschiedene Kurse gegeben: den amtlichen Kurs von 3,35 Bolivares = 1 Dollar für die Bezahlung vorher ordnungsgemäß genehmigter wichtiger Einfuhren, und für die übrige Einfuhr den freien Dollarkurs, der zwischen 3,42 und 4,00 Bolivares schwankte. Der neue Einheitskurs wurde auf 3,35 Bolivares festgesetzt, womit der Bolivar für eine ganze Reihe von Geschäften erheblich aufgewertet wurde. Abweichende Kurse, die in einigen Fällen beträchtliche Beihilfen darstellen, gelten noch für die Devisenverkäufe der Exporteure; angesichts der Erhöhung der Preise für Kaffee und Kakao im Ausland wurden jedoch die Ankaufskurse für Wechsel, die aus dem Export dieser Waren stammen, im Jahre 1942 etwas gesenkt. Während der laufende Haushalt gewöhnlich mit einem Überschuß abschließt, nahm die Regierung 1942 bei der nordamerikanischen Export-Import-Bank Darlehen im Betrage von 20 Millionen Dollar für Erschließungsarbeiten auf. Auch Bolivien erhielt Kredite von der Export-Import-Bank, und infolge des starken ausländischen Bedarfs an einigen seiner Ausfuhrerzeugnisse, besonders an Zinn, erhöhten sich seine Devisenreserven beträchtlich, so daß der amtliche Wechselkurs für den Dollar im Februar 1943 von 46 auf 42 Bolivianos gesenkt werden konnte. Mexiko und Paraguay vermochten dank einer Besserung ihrer Devisenlage den Auslandsschuldendienst teilweise wieder aufzunehmen. In Nikaragua wurde im Sommer 1942 die Devisenkommission als unabhängige Einrichtung aufgehoben und ihre Tätigkeit der Zentralbank übertragen. Ebenso gingen in Chile Ende 1942 die Befugnisse der Devisenbewirtschaftungskommission auf die Zentralbank über.

Die Devisenlage Argentiniens stand unter dem Einfluß eines Ausfuhrüberschusses von 702 Millionen Peso im Jahre 1942 gegenüber 363 Millionen im

vorhergehenden Jahr sowie eines ständigen Kapitalzuflusses aus dem Auslande. Der amtliche Ankaufskurs von 335,82 Peso = 100 Dollar (13,50 Peso = 1 Pfund), der für etwa 90 v. H. der argentinischen Ausfuhr gilt, blieb unverändert, ebenso der Vorzugs-Verkaufskurs von 373,13 Peso für Zahlungen des Staates und für die Einfuhr einiger lebenswichtiger Waren. Im April 1943 wurde aber der Ankaufskurs, der bei der nicht als „regelmäßig" bezeichneten Ausfuhr gilt, von 421,82 auf 397,02 Peso für 100 Dollar (von 16,96 auf 15,96 Peso für 1 Pfund) herabgesetzt, entsprechend einem Rückgang des freien Marktkurses von 424,75 auf 398 Peso. Kapitalzahlungen wurden weiter zu den alten Kursen geleistet; ein Antrag britischer Inhaber argentinischer Eisenbahnaktien auf Überweisung der Dividenden zu einem besseren Kurs als 16 Peso für 1 Pfund wurde abgelehnt.

Infolge der auf der panamerikanischen Konferenz in Rio de Janeiro 1942 erzielten Beschlüsse wurden von der argentinischen Regierung Schritte zur Überwachung des Kapitalverkehrs mit außeramerikanischen Ländern unternommen. Im April 1943 wurde diese Überwachung auf sämtliche Länder ausgedehnt, um den argentinischen Markt gegen die schädlichen Folgen eines übermäßigen Geldzuflusses aus dem Auslande zu schützen. Jede Kapitaleinfuhr bedarf jetzt einer Genehmigung, die nur erteilt wird, wenn die betreffende Einfuhr produktiven Zwecken dient, da die Aufnahmefähigkeit des argentinischen Marktes für unproduktive Fluchtgelder bereits als erschöpft angesehen wird.

Die japanische Währungspolitik war seit Anfang 1942 hauptsächlich auf die Schaffung eines den ganzen Fernen Osten umfassenden Yenblocks gerichtet. Ausdruck dieser Politik war erstens die Vereinheitlichung der Währung in den besetzten Teilen Chinas unter allmählicher Ausschaltung des Militär-Yen und Stärkung der Stellung des Nanking- und des Peking-Yüan, zweitens die Errichtung der Südsee-Entwicklungsbank, die das Recht der Notenausgabe besitzt und seit dem 1. April 1943 ausübt, sowie drittens die Befestigung des Yen als Leitwährung für alle übrigen Währungen in diesem Gebiet. Das wichtigste Mittel zur währungspolitischen Machterweiterung Japans war der Gumpyo, d. h. das von den japanischen Besatzungsbehörden ausgegebene Militärgeld. Während in China der Militär-Yen oder Gumpyo von Anfang an mit dem Yen des Mutterlandes gleichwertig war, erhielt er in den anderen Gebieten jeweils denselben Wert wie die Landeswährung, mit der er dadurch auswechselbar wurde, und erst später kam er in ein festes Verhältnis zum Yen.

Einen Sonderfall bildete allerdings Hongkong; hier wurde wegen der engen Wirtschaftsbeziehungen zu China der Militär-Yen schon am 5. Januar 1942 als neue Währung eingeführt, der Hongkong-Dollar aber vorläufig weiter im Verkehr belassen. Der Wechselkurs zwischen Militär-Yen und Hongkong-Dollar wurde zunächst auf 2 Hongkong-Dollar = 1 Militär-Yen festgesetzt, bald aber in 4 Hongkong-Dollar = 1 Militär-Yen geändert. Bei dem letztgenannten Kurs beträgt die Abwertung des Hongkong-Dollars mehr als 75 v. H., sofern der Militär-Yen als genau gleichwertig mit dem japanischen Yen angesehen wird.

Im Frühjahr 1942 wurden alle Besitzer von Hongkong-Dollars aufgefordert, sie bis zum 31. Mai 1943 in Militär-Yen umzutauschen; alle Verbindlichkeiten in Hongkong-Dollars sollten in Militär-Yen rückzahlbar sein, insbesondere die Bankeinlagen, die in Militär-Yen umzuwandeln waren. Seit dem 1. Juni 1943 ist der Hongkong-Dollar nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel. Zur Unterstützung dieser Maßnahmen verbot die Nanking-Regierung innerhalb ihres Bereiches den Besitz und die Verwendung von Hongkong-Dollars, englischen Pfunden und USA-Dollars. (Die japanischen Militärbehörden in China hatten schon im Juli 1942 alle Geschäfte in diesen Währungen untersagt.)

In den anderen besetzten Gebieten wurde der Gumpyo, wie erwähnt, zunächst der jeweiligen Landeswährung gleichgestellt. Im Zahlungsverkehr mit Japan erhielt er aber ausnahmslos die Parität mit dem japanischen Yen, was eine mittelbare Bindung der Landeswährungen an den Yen zum Satz von 1:1 bedeutete. Abgesehen von dem Übergang zum Dezimalsystem bei der Unterteilung der birmanischen Währung wurden formale Währungsänderungen in den verschiedenen Gebieten bisher nicht vorgenommen, dagegen ergab die de-facto-Einführung einer neuen Parität mit dem Yen folgende Abwertungen der Landeswährungen:

der Rupie in Birma	um 22 v. H.
des Baht in Thailand	um 37 „
des Straits-Settlements-Dollars in den Straits Settlements, Britisch-Malakka und Britisch-Borneo	um 50 „
des Pesos auf den Philippinen	um 53 „
des Guldens in Niederländisch-Indien	um 56 „

Der thailändische Baht wurde im Februar 1942 als Gegenwert von 0,32639 Gramm Feingold definiert unter Aufgabe der früheren Bindung an das Pfund zum Kurs von 11 Baht; nach der neuen Definition waren 100 Baht = 155,70 Yen. Schon im April 1942 aber wurde die Bindung an das Gold wieder gelöst und dem Baht der gleiche Wert wie dem japanischen Yen gegeben. Im Januar 1943 wurde vereinbart, daß Französisch-Indochina zur Begleichung der Salden aus dem Handelsverkehr, den Ausgaben für die im Lande stehenden japanischen Streitkräfte und allen amtlichen Zahlungen „Sonder-Yen" entgegennehmen würde an Stelle der bisherigen Zahlung in Gold und gewissen Devisen. (Die neue Art des Ausgleichs wird auch für die verschiedenen von Japan beherrschten Gebiete angewandt.) Gleichzeitig wurde das Verhältnis des Piasters zum Yen etwas geändert, und zwar von 98,12½ in 97,60 Yen = 100 Piaster. Der neue Kurs entspricht, über den letzten Yen-Pfund-Kurs von 1s 2d = 1 Yen umgerechnet, einem Wertverhältnis von 175,64 französische Franken = 1 Pfund. Nachdem der Piaster also einen Wert von 0,976 Yen hat, ist die Währungseinheit für alle von Japan beherrschten südpazifischen Gebiete praktisch die gleiche geworden. Die neuen Wertverhältnisse wurden so festgesetzt, daß der japanische Yen eine hohe Kaufkraft erhalten hat.

Von den im eigentlichen China umlaufenden vier Währungen sind drei — der Militär-Yen, der Nanking-Yüan und der Peking-Yüan — an den japanischen Yen angeschlossen; die vierte — der Tschungking-Yüan — ist die Währung der Tschungking-Regierung. Infolge dieser Vielgestaltigkeit der Verhältnisse zeigt die währungspolitische Entwicklung ein zweifaches Bild: inner-

halb jedes Gebiets stehen die Behörden vor der Aufgabe, trotz der durch den langen Krieg entstandenen Spannungen die Währungsordnung einigermaßen aufrechtzuerhalten, gleichzeitig aber führen sie neben dem Kampf mit den Waffen eine Art Währungskrieg, der sich zwischen den an den Yen angeschlossenen Währungen einerseits und dem Tschungking-Yüan andererseits abspielt.

Im Juli 1942 wurde aus Tschungking eine geringe Senkung der amtlichen Wechselkurse für das Pfund und den USA-Dollar gemeldet. An Stelle der Kurse von $3^5/_{32}$ Pence für 1 Yüan und $5^9/_{32}$ Dollar für 100 Yüan notierte die Zentralbank neue Briefkurse von 3 Pence und 5 Dollar; die Festsetzung dieser Kurse deutet darauf hin, daß der von den Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gestützte chinesische Währungs-Stabilisierungsfonds seine Funktionen weiter ausübt. Nach Angaben des Finanzministers hatte der Umlauf an Tschungking-Yüan-Noten, der im Juni 1937, d. h. zu Beginn des sogenannten China-Zwischenfalles, 1,6 Milliarden Yüan betrug, im Herbst 1942 einen Betrag von 22½ Milliarden Yüan erreicht, d. h. etwa 8½ Milliarden mehr als ein Jahr zuvor. Bei dem Kurse von 5 Dollar für 100 Tschungking-Yüan hat dieser nur noch 17 v. H. seines Wertes vom Sommer 1937.

Bei den unter Japans Patenschaft stehenden Währungen wurden nachdrückliche Anstrengungen unternommen, um den Nanking-Yüan — die Währung der am 6. Januar 1941 errichteten Zentral-Reservebank in Nanking — zu stützen. Der Notenumlauf dieser Bank, der am Ende ihres ersten Geschäftsjahres etwa 300 Millionen Yüan erreicht hatte, belief sich im Frühsommer 1942 auf etwa 1 Milliarde und im Herbst desselben Jahres auf 1,7 Milliarden Yüan. Die Zunahme beruht zum mindesten teilweise auf den Maßnahmen zur Verdrängung des Tschungking-Yüan aus dem Machtbereich der Nanking-Regierung.

Ursprünglich hatte man dem Nanking-Yüan den gleichen Wert wie dem Tschungking-Yüan gegeben, am 31. März 1942 wurde aber ein Kurs von 100 Tschungking-Yüan = 77 Nanking-Yüan festgesetzt, und gleichzeitig gab die Nanking-Regierung die offizielle Trennung der beiden Währungen voneinander bekannt. Zwei Monate später wurden in einigen Provinzen, u. a. auch in Schanghai, Schritte unternommen, um den Tschungking-Yüan aus dem Verkehr zu ziehen und in Nanking-Yüan zum Kurs von 2 : 1 umzuwechseln. Zur Vermeidung einer starken Ausweitung des Notenumlaufs der Zentral-Reservebank in Nanking wurde beschlossen, die erheblichen Bestände der Banken an Tschungking-Noten in sogenannte „Finanzstabilisierungsbonds" umzutauschen, während das Publikum Nanking-Noten dafür erhalten sollte. Allmählich wurde das Gebiet, in dem der Nanking-Yüan die einzige Währung bilden sollte, erweitert: nach der ersten Zone mit den wichtigen Bezirken Nanking und Schanghai wurde der Nanking-Yüan zunächst in den Provinzen Kiangsu, Tschekiang und Nganhui eingeführt; ein weiterer Schritt galt seiner Einführung in der Provinz Hupe mit dem Hauptplatz Hankou. Im Herbst 1942 gab der Finanzminister der Nanking-Regierung bekannt, daß nicht nur alle Tschungking-Noten, die sich am 1. Dezember 1942 in den Provinzen Kiangsu, Tschekiang und Nganhui noch in Privatbesitz befänden, ungültig und vom Verkehr

ausgeschlossen würden, sondern daß auch das Beisichführen oder Horten solcher Noten streng bestraft würde. Diese Anordnung galt auch für die Städte Nanking und Schanghai. Gleichzeitig wurde der Bevölkerung dieser Bezirke eine letzte Gelegenheit gegeben, Tschungking- in Nanking-Noten umzutauschen. In Fortführung dieser Politik gab die Nanking-Regierung im Januar 1943 ähnliche Maßnahmen für das Gebiet von Hankou und die von ihr beherrschten Bezirke in Kuangtung (insbesondere für die Stadt Kanton) bekannt. Der Schlußtermin für den Umtausch der Tschungking-Noten in Nanking-Noten wurde für Hankou auf den 14. Februar 1943, für Kanton und seine Umgebung aber schon auf den 25. Januar festgesetzt.

Die Zentral-Reservebank in Nanking wurde von den japanischen Behörden in verschiedener Weise unterstützt. Im Juli 1942 gewährte die japanische Regierung der Nanking-Regierung durch die Bank von Japan einen fünfjährigen, zu 3½ v. H. verzinslichen Buchkredit von 100 Millionen Yen zur Bildung einer Yen-Rücklage als Deckung für die von der Zentral-Reservebank ausgegebenen Noten. Gleichzeitig wurde berichtet, daß die der Nanking-Regierung von der japanischen Regierung im Juni 1941 gewährten Kredite 300 Millionen Yen betrugen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Zentral-Reservebank in Nanking die Ausführung gewöhnlicher Bankgeschäfte auf die Bank von China und die Verkehrsbank übertragen hat, nachdem sich diese beiden Institute von der Tschungking-Regierung gelöst haben und zu Privatbanken unter der Aufsicht der Nanking-Regierung geworden sind. Die Zentral-Reservebank in Nanking gab bekannt, daß sie selbst ihre Geschäfte mit Beginn des Jahres 1943 auf die einer staatlichen Notenbank beschränken würde.

Das Kursverhältnis des Nanking-Yüan zum Militär-Yen wurde am 9. März 1942 auf 5 : 1 festgesetzt, am 22. Juni desselben Jahres aber in 5,55 : 1 (oder 18 Militär-Yen = 100 Nanking-Yüan) geändert, was eine weitere Abwertung des Nanking-Yüan um 10 v. H. bedeutete. Da jedoch die Warenpreise in Nanking-China, zum amtlichen Wechselkurs umgerechnet, viel höher als in Japan waren, verlautete gerüchtweise, daß das Kursverhältnis zwischen Yen und Nanking-Yüan gründlich geändert werden würde. Um die entstandenen Befürchtungen zu zerstreuen, erklärte der japanische Wirtschaftsberater bei der Nanking-Regierung bei einem Besuch in Tokio im März 1943, daß man einerseits Maßnahmen gegen die Preissteigerung in Nanking-China treffen, aber andererseits das bestehende Kursverhältnis zwischen dem Militär-Yen und dem Nanking-Yüan bestehen lassen werde. Der Preisunterschied muß indessen als bedeutend erscheinen: im Januar 1943 stand der Großhandelsindex in Tokio auf 249, während er in Schanghai 3.518 erreicht hatte (unter Zugrundelegung des Standes vor Ausbruch des chinesisch-japanischen Konflikts). Ein Preisausgleichssystem, das schon vor 1939 für die Ein- und Ausfuhr eingeführt worden war, um den Unterschied zwischen den japanischen und chinesischen Warenpreisen zu überbrücken, wurde im September 1941 durch ein anderes System ersetzt, das für eine Reihe von Waren „Sonder-Yen" vorsah, deren Kurse je nach der Warenart z. B. 18, 10 und sogar 3 Yen = 100 Yüan betrugen. Im Frühjahr 1943 wurde aber für alle Waren ein Wechselkurs von 18 Yen = 100 Yüan festgesetzt und an die Stelle des Systems der Sonderkurse trat eine „Tausch-

handelskörperschaft" ins Leben, welche Verluste aus Preisunterschieden zwischen Japan und China ausgleicht (auf Grund eines Gesetzes über Sonderkonten für *den Handelsausgleich). Im laufenden Geschäftsjahr kann die neue Körperschaft* vom Schatzamt bis zu 750 Millionen Yen zum Ausgleich von Verlusten aus Preisunterschieden erhalten; andererseits zahlt sie die Gewinne aus ihren eigenen Tauschgeschäften auf das Sonderkonto für den Handelsausgleich ein.

Ende März 1943 gaben die japanischen Militär- und Zivilbehörden in China bekannt, daß in dem der Nanking-Regierung unterstehenden Gebiet keine Militär-Yen mehr ausgegeben und auch keine neuen Zahlungen, Einlagen usw. in Militär-Yen geleistet würden, sondern daß in möglichst weitem Umfang der Nanking-Yüan verwendet werden sollte. Der Militär-Yen würde jedoch im Verkehr bleiben, und es sei im Augenblick nicht beabsichtigt, die in dieser Währung ausgedrückten Verbindlichkeiten in Nanking-Yüan umzuwandeln. Die Zurückziehung des Militär-Yen würde schrittweise erfolgen; in Hongkong, wo der Militär-Yen die Hauptwährung bleiben solle, würde keine Änderung eintreten.

Von dieser Bekanntmachung über den Militär-Yen blieb auch der sogenannte Tientsin- oder Peking-Yüan unberührt, der von der Bundes-Reserve-Bank von Nordchina mit Hauptsitz in Peking ausgegeben wird. Die Entwicklung des Notenumlaufs dieser Bank, die ihre Geschäftstätigkeit im März 1938 aufnahm, zeigt die nebenstehende Tabelle.

Notenumlauf der Bundes-Reserve-Bank von Nordchina

Ende Dezember	Millionen Yüan
1938	162
1939	458
1940	715
1941	966
1942	1.593

Der Peking-Yüan ist theoretisch zum Kurs von 1:1 an den japanischen Yen angeschlossen; er wurde jedoch durch die Bewegungen der anderen chinesischen Währungen mit beeinflußt. Bis zum Frühjahr 1943 wurde ein freier Marktkurs zwischen dem Peking- und dem Nanking-Yüan notiert; am 1. April 1943 wurde aber ein amtlicher Kurs von 3,8 Nanking-Yüan = 1 Peking-Yüan festgesetzt (der übrigens mit den amtlichen Kursen der beiden Währungen gegenüber dem Yen nicht übereinstimmt). Die Erweiterung des Geschäftsumfangs der Bundes-Reserve-Bank von Nordchina in der letzten Zeit erklärt sich insbesondere aus der Übernahme einiger ausländischer Bankinstitute, die nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Japan und den angelsächsischen Staaten liquidiert wurden.

Durch die Maßnahmen der letzten Zeit ist die Verknüpfung der verschiedenen Teile des Yenblocks durch feste Devisenkurse nahezu lückenlos geworden. Die geltenden Kurse entsprechen aber nicht dem Kaufkraftverhältnis der einzelnen Währungen; in den Vorkehrungen, die für den Preisausgleich getroffen wurden, lag vielmehr die offene Anerkennung der Tatsache, daß zwischen den verschiedenen Gebieten erhebliche Preisunterschiede bestehen. In dieser Hinsicht weichen die Verhältnisse in Ostasien jedoch nicht wesentlich von der Entwicklung in vielen anderen Teilen der Welt ab. — Ein Beispiel für die zunehmende Bewirtschaftung der Devisen durch amtliche Stellen bildet die Übertragung des vorher von der „Yokohama Specie Bank"

gepflegten Devisengeschäfts auf die Bank von Japan im Frühjahr 1943. Dafür konnte die „Yokohama Specie Bank" ihr Bankgeschäft in den Südgebieten, auf den Philippinen, in den malaiischen Gebieten, Java und Birma rasch ausbauen. In den genannten Ländern haben, wie erwähnt, die Währungseinheiten den gleichen Wert wie der japanische Yen, ihre Umwandlung in Yen ist aber nur in Ausnahmefällen und in beschränkten Beträgen zulässig, was ebenfalls für den in diesen Gebieten umlaufenden Gumpyo gilt.

In den Erörterungen über die künftige Währungspolitik lassen sich deutlich zwei — in mancher Beziehung entgegengesetzte — Richtungen unterscheiden, die beide in der zwischen dem vorigen und dem gegenwärtigen Kriege gewonnenen Erfahrung wurzeln.

Vor allem hat sich die Erkenntnis von den Nachteilen einer zu hoch oder zu niedrig bewerteten Währung weitgehend durchgesetzt; deshalb wird starker Nachdruck auf die Notwendigkeit gelegt, die Devisenkurse mit den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen der betreffenden Länder in Einklang zu bringen („Wiederherstellung der Kaufkraftparitäten" ist ein etwas vereinfachter Ausdruck für diese Forderung). Bittere Erfahrungen haben die Länder gelehrt, wie schädlich es ist, sich an Kurse zu klammern, mit denen eine Währung überbewertet ist, da dies die Ausfuhr stört, den Ausgleich der laufenden Posten der Zahlungsbilanz gefährdet und, was häufig noch schlimmer ist, die Preise nach unten drückt, während die Kosten hoch bleiben. Um Abhilfe zu schaffen, entschlossen sich 1931 und in den folgenden Jahren einige Länder, deren Hauptvertreter Deutschland war, zu einer umfassenden Wirtschaftslenkung, bei welcher die Unausgeglichenheit gegenüber dem Ausland durch ein System von Exportbeihilfen und Einfuhrabgaben beseitigt und im Inland die Wirtschaftstätigkeit durch umfangreiche Investitionen des Staates angekurbelt wurde. Anderwärts führte eine nicht berichtigte Überbewertung gewöhnlich zu ausgedehnter Arbeitslosigkeit mit schweren Notständen und ernsten sozialen Gefahren, während die Last der öffentlichen und privaten Verschuldung durch eine Schrumpfung des Volkseinkommens noch drückender wurde.

Dagegen schien die Unterbewertung einer Währung — wenigstens einige Zeit lang — gewisse Vorteile zu bringen, indem sie die Erzielung lohnender, d. h. die Kosten hinlänglich übersteigender Preise sowohl im Außenhandel wie in der Binnenwirtschaft einschließlich der Landwirtschaft sicherte, denn die Unterbewertung wirkt wie eine Art Schutzzoll in Verbindung mit Ausfuhrprämien. Aber dabei blieb es nicht; Länder mit unterbewerteten Währungen mußten gewöhnlich eine Verschlechterung ihrer Handelsbedingungen feststellen, indem das Ausland ihre Waren und Dienste zu billig erhalten konnte. Wenn der Rückgriff auf die Unterbewertung zur ständigen Gewohnheit wird (wie es beim Gebrauch künstlicher Anregungsmittel leicht geschieht), leidet bald die Währungssicherheit darunter, was weitere Folgen haben kann, die sich nicht sofort in voller Stärke fühlbar machen. In einer Reihe von Ländern scheint sich die Arbeiterschaft bereits immer mehr darüber klar zu werden,

daß ohne Stabilität der Währung alle Bemühungen um eine soziale Besserstellung bald zunichte werden, da steigende Preise den Realwert der vertraglichen Löhne und der sozialen Unterstützungen vermindern. Im Verkehr mit dem Ausland erwiesen sich die zuerst vielversprechenden Vorzüge der Unterbewertung oft als wenig dauerhaft; da sie anderen Ländern stets in gewissem Grade die Nachteile einer Überbewertung bereitet, ist zu erwarten, daß diese entweder zu Schutzmaßnahmen wie Spezialzöllen und Kontingentierung der Einfuhr greifen oder aber sich dem Abwertungsrennen anschließen und dabei vielleicht sogar den Vorsprung zu gewinnen versuchen. Das Endergebnis ist eine allgemeine Handelsschrumpfung, mit der die Möglichkeiten einer nützlichen Beschäftigung gekürzt werden und die schließlich zu einer Senkung des Lebensstandards führt.

Dies alles hat zu der Erkenntnis geführt, daß eine baldige Berichtigung der Kursverhältnisse eine Forderung für die Nachkriegswelt sein muß, da die Über- und Unterbewertung einer Währung sowohl dem wirtschaftlichen Fortschritt wie der Erhaltung friedlicher Beziehungen abträglich ist.

Die Welt hat indessen auch die Stabilität der Währungskurse schätzen gelernt, nachdem sie durch bittere Erfahrungen erkannt hat, wie störend eine Zeit der Unbeständigkeit für den Welthandel und besonders für Kapitalanlagen im Ausland sein kann, mit denen Zahlungen verbunden sind, die sich auf eine Reihe von Jahren verteilen. Wenn es keine Gewißheit gibt, daß die Währungskurse stabil bleiben werden, muß der einzelne Produzent oder Handeltreibende nicht nur die Verhältnisse auf seinem eigenen Markt prüfen, sondern er muß, da der Erfolg oder Mißerfolg eines Handelsgeschäfts oft von einer Devisentransaktion abhängt, auch die zukünftige Kursentwicklung abzuschätzen versuchen, wobei das Ergebnis häufig nichts Besseres als reiner Zeitverlust sein wird. (Eine Termindeckung könnte ihm bestenfalls seine Besorgnisse wegen der für die nächste Zukunft bereits vereinbarten Zahlungen nehmen, nicht aber hinsichtlich der allgemeinen Auswirkungen von Währungsänderungen auf die Entwicklung des Marktes.)

Im größeren Zusammenhang gesehen, kann das Fehlen der Stabilität jedoch noch ernstere Folgen haben: es ist nämlich nicht leicht, Berichtigungen nur dann vorzunehmen, wenn sie wirklich geboten sind, oder sie auf das zur Herstellung eines neuen Gleichgewichts notwendige Ausmaß zu beschränken. Das Abgehen von einem feststehenden Kurs wird oft sehr zu dem Versuch reizen, Vorteile für den Handel aus einer Veränderung zu ziehen, die niemals ausschließlich angenehm sein kann; sobald dies aber geschieht, setzt leicht der verhängnisvolle Kreislauf eines Abwertungs-Wettrennens ein, dessen Endwirkungen dann nicht allein auf die Wirtschaft beschränkt bleiben können. Da die modernen Währungssysteme hauptsächlich auf Vertrauen, d. h. auf dem Glauben an die Festigkeit des Systems an sich beruhen, waren längere Perioden einer diesen Glauben erschütternden Unbeständigkeit vielfach von Zeiten gefolgt, in denen eine übervorsichtige oder sogar rückbildende Kreditpolitik betrieben wurde, um das verlorengegangene Vertrauen wiederherzustellen. Sowohl Deutschland wie Frankreich bieten in ihrer Währungsgeschichte

Beispiele für diese Entwicklung. Angesichts so vieler Gefahren und Schwierigkeiten erscheint die Aufrechterhaltung stabiler Währungskurse fast als ein Ziel, das auch um den Preis gewisser augenblicklicher Opfer um seiner selbst willen erstrebenswert ist.

Die Erfahrung zeigt also nachdrücklich einerseits die gebieterische Notwendigkeit einer Berichtigung der Kursverhältnisse, andererseits die Vorteile ihrer Stabilität. Dies ist allerdings nichts Neues, und schon in dem Dreimächteabkommen vom September 1936 wurde versucht, diese beiden scheinbar einander widersprechenden Forderungen zu vereinen: Kursberichtigungen sollten nicht verboten sein — der unmittelbare Zweck des Abkommens selbst war, die Angleichung des französischen Frankens an den Dollar und das Pfund zu erleichtern —, aber sie sollten in angemessenen Grenzen bleiben, wobei die Vertragspartner damit rechneten, „daß kein Land durch den Versuch, einen unvernünftigen Währungsvorteil zu erlangen, die Bemühungen zur Wiederherstellung stabilerer Wirtschaftsbeziehungen durchkreuzen würde". Die Hoffnung, daß das Abkommen die Grundlage weiterer notwendiger Angleichungen und damit einer allgemeinen, auf angemessene Paritäten gegründeten Stabilität der Devisenkurse bilden würde, ging indessen nicht in Erfüllung; binnen drei Jahren hatten die Wechselkurse zwischen den drei Ländern sämtlich bereits größere Veränderungen erfahren.

Nach Beendigung dieses Krieges werden sich ähnliche Probleme ergeben, und neue Versuche werden unternommen werden, um einen vernünftigen Weg aus diesen Schwierigkeiten zu finden. Jeder der beiden im Frühjahr 1943 veröffentlichten angelsächsischen Währungspläne sieht angemessene Kursberichtigungen und Sicherungen gegen eine unnötige Verletzung des Grundsatzes der Währungsstabilität vor. Aus der Erfahrung der unruhvollen Jahre von 1919 bis 1939 lassen sich einige allgemeine Grundsätze ableiten, über die in Zukunft ziemlich weitgehende Einigkeit möglich sein dürfte.

1. Es kann kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß infolge ungleicher Erhöhungen der Kosten und Preise in den verschiedenen Ländern nach dem Kriege die Notwendigkeit von Währungsangleichungen klarer hervortreten wird. Zur Zeit werden durch ein verwickeltes System der Außenhandels- und Devisenkontrolle die amtlichen Notierungen aufrechterhalten — ein Zustand, der allerdings vielfach gemildert wird durch Prämien, Beihilfen und andere Linderungsmittel zur Überbrückung von Spannen, die sonst unüberwindlich wären. Prestigefragen werden in Währungsangelegenheiten wahrscheinlich in Zukunft eine geringere Rolle spielen als nach dem letzten Krieg, da eine Rückkehr zu früheren, durch eine lange Tradition ausgezeichneten Paritäten nur selten in Frage kommen wird. Aber innerhalb der einzelnen Länder und in ihren Beziehungen zueinander werden sich wahrscheinlich jene Interessengegensätze nicht völlig ausgleichen lassen, die es häufig schwer machen, zur Einigung über eine Lösung zu gelangen und eine objektive Formel zu entwickeln, die allgemeln anwendbar ist. Bei der Festsetzung intervalutarischer Kurse sind zweifellos in erster Linie

die Faktoren zu beachten, die am widerstandsfähigsten gegen Änderungen sind, nämlich vor allem das Lohnniveau, die Agrarpreise und der Umfang der in- und ausländischen Verschuldung. Die große Schwierigkeit wird darin liegen, ein Kursverhältnis zu finden, das nicht nur den augenblicklichen Erfordernissen entspricht, sondern sich auch in den folgenden Jahren nicht als unhaltbar erweist.

2. Ferner kann vielleicht grundsätzliche Übereinstimmung angenommen werden in der Ablehnung der Währungsmanipulierung zu handelspolitischen Zwecken und mehr noch der konkurrierenden Ab- oder Aufwertung. Wenn auch anzuerkennen ist, daß eine Anpassung der Devisenkurse an das Verhältnis der Kosten und Preise und den Umfang der Verschuldung wünschenswert ist, so würde doch ein Land, das zur Manipulierung greift, wieder neue Unausgeglichenheiten hervorrufen, die zwar ihm selbst vorübergehend einen gewissen Handelsvorteil verschaffen können, gerade dadurch aber andere Länder den entsprechenden Nachteilen aussetzen würden und die Tendenz hätten, Vergeltungsmaßnahmen auszulösen.

Die Grenze zwischen Anpassung und Manipulierung ist weder in der Theorie noch in der Praxis leicht zu bestimmen, doch kann die Art der für eine Kursänderung angeführten Argumente die mit ihr verfolgte Absicht verraten. Das beste praktische Kennzeichen besteht vielleicht darin, ob die Bereitwilligkeit vorhanden ist oder nicht, durch gewisse unmittelbare Opfer zur allgemeinen Kursstabilität beizutragen. Nach dem Keynes-Plan liegt der Wert einer Währungsreserve hauptsächlich darin, daß sie Zeit und Mittel für erforderliche Anpassungen gewährt und zugleich einen Wall bildet, hinter dessen Schutz man unvorhergesehenen und unerwarteten Ereignissen mit Gleichmut ins Auge blicken kann. In diesem Plan (und vielleicht noch mehr im White-Plan) wird also die Bereitschaft, innere Unausgeglichenheiten zu berichtigen, als Bestandteil des zukünftigen Währungsgebäudes vorausgesetzt.

Im zwölften Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wurde die Ansicht ausgesprochen, daß schwerere Mißverhältnisse wahrscheinlich durch Änderungen der Wechselkurse berichtigt werden müßten, da eine Lohnkürzung um vielleicht 20 oder 30 v. H. das soziale Gefüge zu sehr belasten und die öffentliche und private Schuldenlast zu stark vergrößern würde. Wenn aber die notwendige Kosteneinsparung vielleicht nur 10 v. H. betrüge, könnte es sehr wohl möglich sein, das Gleichgewicht durch eine innere Kostenangleichung wiederherzustellen. Aber die Währungsbehörden allein besitzen nicht mehr die Mittel, eine solche Politik in vollem Umfang durchzusetzen. Es wurde deshalb angedeutet, daß eine Lösung dadurch möglich sei, daß die Arbeiterorganisationen an der Verantwortung für währungspolitische Entscheidungen beteiligt werden, wodurch ein Weg zur Kostenangleichung mit einem Mindestmaß von Reibung und Vergeudung von Mitteln gefunden werden könnte. Wenn es zur Regel würde, geringere Unausgeglichenheiten durch eine Änderung der Preis- und Lohnniveaus zu berichtigen, wäre jedenfalls ein bedeutender Schritt zur Verwirklichung einer allgemeinen Kursstabilität getan.

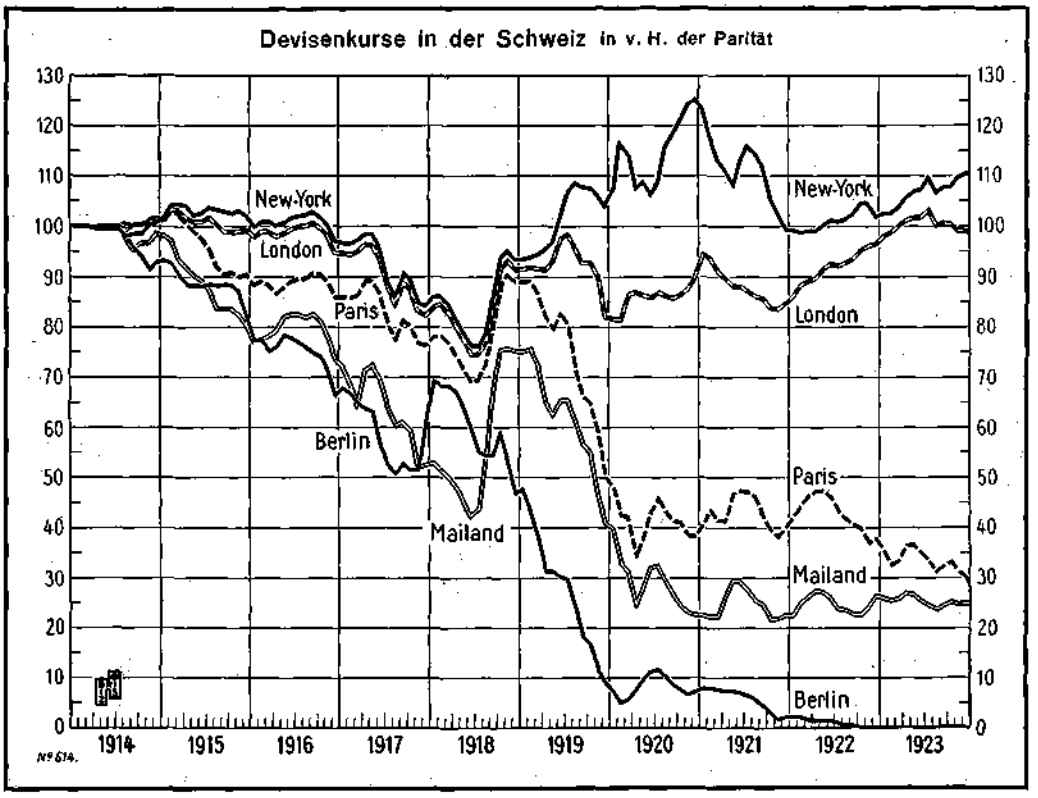
3. Auch in Fällen, in denen eine Änderung der Wechselkurse unvermeidlich ist, wird sich gewöhnlich eine Verbindung dieser Maßnahme mit einer unmittelbaren Kosten- und Preisangleichung als notwendig für den Erfolg erweisen. Eine derartige Verbindung würde vor allem gestatten, mit einer geringeren Änderung des Devisenkurses auszukommen, als sie sonst nötig wäre, und damit wäre die Gefahr der Schaffung eines neuen Mißverhältnisses durch einen zu weiten Ausschlag des Wechselkurses erheblich verringert. Erhält aber eine Währung durch die Angleichung ihren richtigen Gleichgewichtskurs, so hat die Änderung auch keine nachteiligen Folgen für andere Länder, sondern liegt vielmehr, da sie ein Handelshindernis beseitigt, im Interesse aller, vorausgesetzt natürlich, daß die Kursänderungen nicht so häufig werden, daß jedes Gefühl der Stabilität verlorengeht. Dürften Kursangleichungen jedesmal als zulässig angesehen werden, sobald eine Währung sich nicht in ausgeglichener Lage befindet, und führten solche Berichtigungen zu keinem Verlust an Währungsprestige, so wäre es wahrscheinlich nicht möglich, ihre mißbräuchliche Anwendung zu verhindern; tatsächlich ist aber die Haltung, welche die Welt im allgemeinen gegenüber Währungsänderungen einnimmt, ganz sicher von Einfluß auf das Maß der Anstrengungen, zu denen die einzelnen Länder bereit sind, um ihre Lage auf andere Weise als durch Änderung der Devisenkurse zu berichtigen.

Zweitens würde mit der erwähnten Kombination das Problem einer Handelsbelebung sowohl von der geld- wie von der güterwirtschaftlichen Seite angegriffen werden, was u. a. bedeutet, daß die Geschäftswelt nicht lediglich die Ergebnisse einer amtlichen Maßnahme abzuwarten brauchte, sondern daß jeder einzelne Unternehmer die notwendigen Schritte zu ergreifen hätte, um seine Angelegenheiten selbst in Ordnung zu bringen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß ein solches doppeltes Vorgehen, bei dem auch die Anstrengungen des Einzelnen verstärkt werden, die besten Erfolgsaussichten bietet (s. Einleitung, S. 37–38).

Schließlich hat eine Politik der Verbindung von Kostenangleichung und Änderung der Devisenkurse wahrscheinlich auch am meisten Aussicht, das Vertrauen zur Währung wiederherzustellen, denn sie erweckt den Glauben, daß die Änderung des Wechselkurses eine endgültige sei, da sie als Bestandteil eines umfassenden Planes zur Erlangung und Sicherung eines dauerhaften Gleichgewichts auftritt. In der Vergangenheit hat nicht jede Änderung der Devisenkurse die erhofften Ergebnisse gezeitigt. Mit automatischer Sicherheit eintretende Erfolge kann man auch nicht erwarten, vielmehr hat die Erfahrung bewiesen, daß Währungsreformen nur dann erfolgreich sind, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, deren wichtigste die Stärkung des öffentlichen und privaten Kredites ist. Wenn die Wahl des neuen Kurses vernünftig erscheint, die Kosten im Verhältnis zum Preisniveau nicht zu hoch sind und der Haushaltsplan angemessen aufgestellt ist und daher die neuen Maßnahmen im ganzen den Eindruck machen, mehr als ein bloßer Notbehelf zu sein, dann wird sich die Kreditlage sowohl des Staates wie der Wirtschaft bestimmt verbessern. Auf diese Weise wird eine feste Grundlage für eine vertrauensvollere Beurteilung der Zukunft geschaffen, die bald in der Höhe der

Investitionen und der Geschäftsumsätze zum Ausdruck kommen muß. Wo hingegen in der Vergangenheit die amtlichen Stellen zuließen, daß wichtige Fragen auf dem Gebiete des Staatshaushalts oder des Kosten- und Preisgefüges ungelöst blieben, konnte selbst eine sehr erhebliche Abwertung die gewünschte wirtschaftliche Erholung nicht herbeiführen.

4. Unter einer besonders gefährlichen Art der Abwertung hatten eine Reihe von Ländern nach 1918 zu leiden: ihre Devisenkurse wurden schon vor einer tatsächlichen inflatorischen Entwicklung im Innern ungünstig beeinflußt durch umfangreiche Verkäufe namentlich von Banknoten auf den Auslandsmärkten. Es dauerte nicht lange, bis die steil abfallenden Außenwerte auch den Preisanstieg im Innern beschleunigten. Beispielsweise kam es während der wilden Nachkriegsinflation in Deutschland so weit, daß in kleinen Landstädten die Gemüsepreise täglich, ja sogar mehrmals am Tage erhöht wurden, um sie mit der letzten, aus Amsterdam oder Zürich erhaltenen Marknotierung für den Dollar in Übereinstimmung zu bringen. Wenn die jetzt herrschende Ordnung nicht völlig zusammenbricht, wird ein preissteigernder Einfluß dieser Art am Ende des gegenwärtigen Krieges wahrscheinlich durch Beibehaltung der Kriegskontrollen während der gefährlichen Zeit ausgeschlossen werden können. Das weitere Fehlen eines freien Devisenmarktes wird dann aber auch unmöglich machen, daß die Kurse von selbst ihren richtigen Stand finden, was ebenfalls keine völlig befriedigende Lösung wäre. In der Zeit unmittelbar nach dem Kriege wären die Markteinflüsse, wenn sie ungehindert zur Geltung kommen könnten, so stark, daß die Kontrolle noch als das



kleinere Übel erscheinen dürfte. Trotzdem wäre es gefährlich, zu glauben, daß jemals ein tiefliegendes Mißverhältnis dadurch behoben worden sei, daß man gegen die schwache Tendenz der Währung vorging, die schließlich doch nur ein Symptom ist. Wenn aber eine unausgeglichene Lage unverbessert bliebe, so daß eine Lockerung der eingeführten Beschränkungen nicht möglich wäre, würde das ganze Kontrollsystem bremsend auf diejenigen dynamischen Kräfte wirken, deren freies Spiel wahrscheinlich die beste Aussicht für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und für die Weckung einer gesunden Nachfrage nach Arbeitskräften bietet.

5. Eine andere Gefahr kann aus einer mangelhaften zeitlichen Abstimmung der Stabilisierungsmaßnahmen in verschiedenen Ländern entstehen. In der Periode von 1920–29 stabilisierten die führenden Länder ihre Währungen nicht einmal annähernd zur gleichen Zeit; bei den späteren Stabilisierungen wurden vielfach neue Devisenkurse eingeführt, die sich als nicht im Einklang mit den bereits gefestigten Verhältnissen in den anderen Ländern erwiesen. Ebenso gab es nach 1931, als ein Land nach dem anderen die im voraufgegangenen Jahrzehnt angenommenen Paritäten wieder verließ, wenig Übereinstimmung zwischen den Währungsänderungen der Hauptländer: England und Japan taten diesen Schritt 1931, die Vereinigten Staaten 1933, Frankreich und Italien (mit den noch übrigen Ländern des Goldblocks) 1936, während Deutschland weiter die alte Goldparität als Grundlage für den amtlichen Reichsmarkkurs in seinen verschiedenen Verrechnungs- und Zahlungsabkommen anwandte. Es ist zu hoffen, daß nach dem gegenwärtigen Kriege die Maßnahmen zur Neuordnung der Währungen zeitlich näher zusammenfallen werden, sei es auf Grund von Vereinbarungen oder nur als Folge gleichgerichteter Bemühungen der einzelnen Länder. Es erscheint kaum zweifelhaft, daß ein Vorgehen nach Verabredung dazu beitragen könnte, einen bestimmten Grad von Ordnung im Währungswesen schon früher wiederherzustellen, als es sonst möglich wäre. Viele Länder werden nicht genügende Reserven an Gold und Devisen besitzen, um die Einfuhr notwendiger Rohstoffe, Nahrungsmittel, Maschinen und Fertigwaren zu bezahlen, und diese Länder werden außerdem ihre Währungsreserven stärken müssen, um ihre im Kriege eingeführten Beschränkungen des Devisenverkehrs und des Außenhandels frühzeitig lockern zu können. Wenn die Länder selbst versuchen müßten, durch einen sinnreichen technischen Plan die benötigten Devisenbeträge flüssig zu machen, könnte der Währungsapparat leicht einer übermäßigen Belastung ausgesetzt werden. Sofern aber eine äußere Hilfe erlangt werden kann, ist es für ihren Erfolg fast unerläßlich, daß sie im Rahmen eines umfassenden Planes gewährt wird, der auf ein finanzielles und wirtschaftliches Gleichgewicht in dem unterstützten Lande abzielt — wenigstens ist dies eine der wichtigsten Folgerungen, die aus der Wiederaufbautätigkeit nach dem letzten Kriege gezogen werden können.

6. Welche Politik die größeren Länder zur Organisierung einer finanziellen Hilfe auf zwischenstaatlicher Grundlage auch immer einschlagen mögen, so kann es doch kaum zweifelhaft sein, daß einer der bedeutendsten Dienste, die sie der Welt nach dem Kriege leisten könnten, die

rasche Herstellung stabiler Verhältnisse innerhalb ihrer eigenen Volkswirtschaften und in ihren Beziehungen untereinander wäre; ist nämlich ihre Devisenposition nicht ausgeglichen oder gelingt es ihnen nicht, eine Belebung ihrer Wirtschaft herbeizuführen, so werden auch die anderen Länder davon nicht unberührt bleiben. Eine Wiederherstellung der Währungsstabilität liegt daher nicht am wenigsten im Interesse gerade der größeren Länder. Ein kleineres Land wird in der Regel leichter als ein großes aus einer Währungsabwertung Auftrieb erhalten können. Kleinere Länder dürfen vielfach annehmen, daß eine Änderung ihrer eigenen Devisenkurse die Weltmarktpreise nur wenig beeinflussen wird und daß die größeren Länder ihre Handelspolitik nicht wegen einer zusätzlichen Schwierigkeit in einem Gebiete ändern werden, das vielleicht nur einen kleinen Teilabschnitt ihres Außenhandels bildet. Trotzdem aber tritt eine solche neue Erschwerung tatsächlich ein, und falls mehrere kleine Länder dieselbe Richtung einschlagen, kann die Gesamtwirkung auch für die größeren Länder sehr spürbar sein. Diese haben ihrerseits nicht die gleiche Möglichkeit, aus Kursänderungen Vorteil zu ziehen, da die Weltmarktpreise vielfach von den Notierungen auf ihren eigenen Märkten abhängen; und wenn infolge von Währungsänderungen große Ungleichheiten zwischen den Preisspiegeln der größeren Länder entstehen, wird es schwierig sein, eine restriktive Richtung der Handelspolitik zu vermeiden. Für ein im wirtschaftlichen und finanziellen Leben führendes Land ist es also das Natürliche, die Vorzüge der Kursstabilität zu unterstreichen, da eine Verletzung dieses Grundsatzes wahrscheinlich auf seine eigenen Kosten geschähe. Das Vorgehen des amerikanischen Kongresses, der im April 1943 beschloß, die Vollmachten des Präsidenten zur Änderung des Goldgehalts des Dollars innerhalb der Grenzen von 60 und 50 v. H. der alten Parität nicht mehr zu verlängern, war in vieler Hinsicht bezeichnend.

Die Aufrechterhaltung eines festen Verhältnisses zwischen dem Gold und dem Dollar der Vereinigten Staaten bietet an sich natürlich noch keinen genügenden Schutz gegen Schwankungen der Warenpreise. Von 1914 bis 1933 blieb zwar der Goldgehalt des Dollars unverändert, die amerikanischen Warenpreise schwankten aber (ebenso wie die Weltmarktpreise auf Goldbasis) während dieser Jahre beträchtlich, was auch auf die Preise in anderen Ländern, namentlich in denjenigen wirkte, die ihre Währungen in einem festen Verhältnis zum Dollar hielten (oder zum Gold, was bis 1933 praktisch dasselbe bedeutete).

Wenn das eine oder andere der größeren Länder die Vorteile stabiler Devisenkurse betont, so darf nicht vergessen werden, daß auch unter einem System stabiler Währungen das Schicksal der kleineren Länder sehr stark an die Entwicklung innerhalb der größeren Einheiten gebunden sein wird. Erfahrungsgemäß kann ein Land durch eigene Schuld zur Abwertung gezwungen werden, z. B. durch eine ungesunde Politik, die zu einer Anhäufung von Haushaltsfehlbeträgen oder einer schädlichen Steigerung der Produktionskosten führt; es kann auch vorkommen — freilich seltener, als vielfach angenommen wird —, daß ein Land sich zur Abwertung entschließt, um bestimmte Handelsvorteile zu erzielen. Die starken Veränderungen der Währungswerte nach 1929

hingen aber zum größten Teil mit dem plötzlichen Preisfall zunächst der Rohstoffe und dann auch der übrigen Waren in der großen Krise zusammen. Die Länder mit einem einseitigen Wirtschaftsgefüge, das von der Ausfuhr nur einiger weniger Rohstoffe abhängig war, wurden am heftigsten in Mitleidenschaft gezogen und ihre Währungen als erste abgewertet. Der anhaltende Niedergang störte das Gleichgewicht zwischen Kosten und Preisen auch in vielen anderen Ländern, und die späteren Währungsänderungen in den dreißiger Jahren können im allgemeinen als Reaktion gegen diesen unerwünschten Preisrückgang betrachtet werden. Da nun die Schwankungen auf den Weltmärkten hauptsächlich durch die Lage in den größeren Ländern bedingt sind, ist die Erreichung einer allgemeinen Währungsstabilität von der Voraussetzung abhängig, daß diese Länder verhältnismäßig stabile Wirtschaftsbedingungen schaffen können. Es wäre selbstverständlich falsch, etwas Unmögliches zu fordern — eine völlige Beseitigung der Konjunkturschwankungen kann es nicht geben, solange das Wirtschaftsleben auch weiterhin den Gesetzen einer dynamischen Entwicklung folgt, was trotz allem noch immer die Hoffnung der Menschheit sein muß; das Ziel kann vielmehr nur sein, die Konjunkturschwankungen zu mildern und insbesondere so heftige Preisänderungen zu verhindern, wie sie während der ungezügelten Inflation nach dem letzten Kriege und der verheerenden Deflation nach 1929 vorgekommen sind.

2. DER INTERNATIONALE HANDEL

Von den mehr als sechzig Ländern, die vor dem Kriege eine Außenhandelsstatistik veröffentlichten, haben rund zwei Drittel, auf die auch gerade etwa zwei Drittel des Welthandelswertes von 1938 entfielen, nach und nach die Bekanntgabe ausgesetzt. Von den Großmächten gehören nur die Vereinigten Staaten zu dem übrigen Drittel, d. h. zu den Ländern, die noch regelmäßig — wenn auch vielfach in vereinfachter Form — Mitteilungen über ihre Ein- und Ausfuhr herausgeben. Wo die Veröffentlichung der Statistik ausgesetzt wurde, geben zwar die Reden von Regierungsmitgliedern oder anderen hohen Beamten häufig einige Aufklärung über die allgemeine Entwicklung des Außenhandels; die so erhaltenen Nachrichten sind aber gewöhnlich lückenhaft und lassen sich schwer zu einem hinreichenden Gesamtbild vereinigen. Außerdem müssen auf diesem Gebiete alle Zahlen, ob regelmäßig oder nur von Zeit zu Zeit bekanntgegeben, mit besonderer Vorsicht aufgenommen werden, denn einerseits sind die Preise bedeutend gestiegen und vor allem die Transportkosten außerordentlich angewachsen (so daß ein übertriebener Eindruck vom Umfang des im Kriege betriebenen Handels entstehen kann), und andererseits kann eine veröffentlichte Statistik die Lieferungen von Waffen und ähnlichen Erzeugnissen enthalten oder auch nicht enthalten. Auf jeden Fall aber deuten alle verfügbaren Unterlagen darauf hin, daß eine allgemeine Zunahme der Handelswerte in der jeweiligen Währungseinheit begleitet war von einem mengenmäßigen Rückgang, was gleichbedeutend ist mit einer tatsächlichen Schrumpfung des Welthandels. Diese beruht in erster Linie auf der Unterbrechung der Verbindungen durch Blockade und Gegenblockade, auf den Veränderungen

in Ostasien und auf einem Mangel an Beförderungsmitteln im Schiffs- und Eisenbahnverkehr; in zweiter Linie hängt sie damit zusammen, daß in der ganzen Welt die Versorgung mit Verbrauchsgütern zurückgegangen ist, weil die Erzeugung auf Kriegsleistungen umgestellt wurde, so daß für die zivile Produktion und den internationalen Handel immer weniger Raum blieb.

Dies ist die Entwicklung im großen Ganzen; daneben muß aber erwähnt werden, daß innerhalb einzelner Gebiete die eben erwähnten Einflüsse weniger stark waren, so daß der Handel dort eine Intensivierung erfahren konnte. Dies war z. B. der Fall zwischen einigen kontinental-europäischen Ländern, zwischen den wichtigsten angelsächsischen Staaten, innerhalb des südamerikanischen Kontinents, aber auch zwischen weit voneinander entfernten neutralen Ländern wie Argentinien, der Schweiz und Schweden; Argentiniens Handel mit diesen beiden europäischen Ländern stieg von etwa 60 Millionen Peso im Jahre 1940 auf 250 Millionen Peso für 1942.

In Deutschland näherte sich 1942 nach dem Verwaltungsbericht der Deutschen Reichsbank die Einfuhr, bei der die Verlagerung von Rüstungsaufträgen in besetzte und andere Länder nach wie vor eine große Rolle spielte, mengenmäßig etwa dem Vorkriegsstand, und auch die Ausfuhr stieg in beachtlichem Umfang an. (Im Durchschnitt der beiden Jahre 1937 und 1938 betrug die deutsche Einfuhr etwa 5,4 Milliarden und die Ausfuhr ungefähr 5,6 Milliarden Reichsmark.) Im Laufe des Krieges hat Deutschland eine beherrschende Stellung im Außenhandel der meisten europäischen Länder erlangt; sein Anteil erreichte in einigen Fällen etwa 80 v. H. der Gesamtumsätze, mit einer geringen Änderung im Endergebnis von 1941 zu 1942.

Anteil Deutschlands[1] am Außenhandel einiger Länder
in v. H. der geschätzten Werte

Land	1939	1941	1942
Belgien	12	70	65
Bulgarien	56	70	65
Dänemark	22	80	70
Finnland	17	53	70
Frankreich	7	.	50
Griechenland	33	27	40[2]
Italien	23	50	80
Kroatien	—	—	60
Portugal	16	14	.
Schweden	21	47	43
Slowakei	—	36	70
Spanien	13[3]	25	26
Ungarn	28	59	53

[1] In den Quellen, denen die Prozentzahlen entnommen wurden, ist im allgemeinen nicht angegeben, ob der Handel mit Böhmen und Mähren eingeschlossen ist.
[2] Januar-Juli. [3] Jahresumsatz 1935.

Deutschlands Clearingverschuldung stieg 1942 um rund 7 Milliarden Reichsmark, diese Zunahme beruhte aber nur zum Teil auf Einfuhrüberschüssen; eine große Rolle spielten auch andere Zahlungen, darunter die Lohnüberweisungen in Deutschland beschäftigter Arbeiter aus etwa 17 Ländern, die von einem monatlichen Durchschnitt von 10 Millionen Reichsmark im Jahre 1940 auf 60 Millionen in den ersten Monaten des Jahres 1943 angewachsen sind.

Eine der im Zusammenhang mit dem deutschen Außenhandel am meisten erörterten Fragen war die fortgesetzte Preissteigerung in vielen der Länder, aus denen Deutschland einen wesentlichen Teil seiner Einfuhr bezog; zu den wichtigsten Maßnahmen, die getroffen wurden, um die aus den störenden Preistendenzen sich ergebenden Schwierigkeiten zu überwinden, gehörten die auf Seite 95 erwähnte Preisausgleichskasse und die Festlegung von Preisen in Handelsverträgen mit anderen Ländern.

Die über den Außenhandel Italiens im Jahre 1942 vorliegenden Angaben lassen erkennen, daß er trotz der Beschränkung auf Kontinentaleuropa die Vorkriegshöhe übertroffen und einen Ausfuhrüberschuß ergeben hat; beim Vergleich mit der Vorkriegszeit muß allerdings die Preiserhöhung berücksichtigt werden. Der Anteil Deutschlands am italienischen Außenhandel dürfte 1942 auf 80 v. H. gestiegen sein[1]. Da der Handel mit Deutschland zum überwiegenden Teil einem Preisstop unterworfen war, spielte im italienischen Außenhandel die allgemeine Preiserhöhung wahrscheinlich eine geringere Rolle; daher läßt sich schließen, daß der Außenhandel 1942 auch mengenmäßig ziemlich gut behauptet war. Überdies lassen die von Ungarn, Bulgarien, Schweden und anderen Ländern veröffentlichten Statistiken erkennen, daß Italien in ihrem Außenhandel 1942 an zweiter Stelle nach Deutschland stand. Der italienische Außenhandel bewegte sich hauptsächlich in zwei Richtungen: aus dem Norden erhielt Italien abgesehen von dänischen Molkereierzeugnissen sowie schwedischem und finnischem Zellstoff (in erster Linie aus Deutschland) Kohle, Erze, Eisen- und Stahlerzeugnisse im Austausch gegen Lebensmittel und Mineralien (wie Schwefel, Bauxit, Quecksilber usw.), während es im Verkehr mit dem Osten hauptsächlich Textilerzeugnisse und andere Fertigwaren gegen Erdöl, Nutzholz und Ölfrüchte lieferte. In einem Handelsabkommen zwischen Italien, Kroatien und Ungarn wurden Vorkehrungen für einen dreiseitigen Verrechnungsverkehr getroffen, bei welchem der italienische Einfuhrüberschuß gegenüber Kroatien bis zu einem bestimmten Betrage über Ungarn bezahlt werden sollte, das Clearingschulden an Italien, aber eine aktive Bilanz gegenüber Kroatien hatte.

Außenhandel Bulgariens, Ungarns und der Slowakei

Land und Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	Millionen Lewa		
Bulgarien:			
1938	4.934	5.579	+ 645
1941	10.239	9.234	— 1.005
1942	12.979	13.418	+ 439
	Millionen Pengö		
Ungarn:			
1938	411	522	+ 111
1941	730	791	+ 61
1942	923	1.144	+ 221
	Millionen Kronen		
Slowakei:			
1941	3.491	3.182	— 309
1942	3.900	3.300	— 600

Das Ansteigen der Ziffern für die drei in der nebenstehenden Tabelle enthaltenen Länder — die als einzige im Donauraum 1942 noch Handelsstatistiken veröffentlichten — beruht weitgehend auf der Preiserhöhung, die in diesem Gebiet trotz aller Bemühungen um die Preiskontrolle eingetreten ist. In Bulgarien (und auch in Ungarn) hat sich die Zusammensetzung des Außenhandels weiter zugunsten einer vermehrten Ausfuhr von Waren mit höherem Wert und geringerer Masse verschoben. Hierbei hat Bulgariens Bedeutung als wichtiges Getreideausfuhrland erheblich abgenommen. Schlechte Ernten in den letzten drei Jahren zusammen mit einem erhöhten Inlandsbedarf infolge von Gebietserweiterungen haben nicht nur eine einschneidende Drosselung der Ausfuhr, sondern auch eine Kürzung des Inlandsverbrauchs notwendig gemacht.

[1] Die Anzahl der italienischen Ausfuhrgeschäfte mit Deutschland im Jahre 1942 betrug nur 50 v. H. der Gesamtziffer, wie die im Kapitel IV wiedergegebene Statistik zeigt; dieser Prozentsatz bezieht sich aber nur auf die italienische Ausfuhr, und zudem war der durchschnittliche Wert der einzelnen italienischen Ausfuhrgeschäfte mit Deutschland wahrscheinlich höher als im Verkehr mit anderen Ländern.

Als einzige Ausnahme scheint man die Ausfuhr von Reis nach Rumänien auf einem hohen Stande gehalten zu haben, um dafür dringend benötigte Zufuhren an Erdöl zu erlangen. Andererseits hat die Ausfuhr von Tabak (namentlich aus dem neuerdings an Bulgarien gefallenen griechischen Gebiet) sowie von Dörrerzeugnissen, Marmelade und Obstkonserven ständig zugenommen. Die Preise einiger bulgarischer Erzeugnisse — hauptsächlich des Tabaks — stiegen 1942 über die in verschiedenen Handelsabkommen festgesetzten Höchstgrenzen. Wiederholt wurden Anstrengungen unternommen, um eine genauere Einhaltung der vereinbarten Preisrelationen zu erreichen; es zeigte sich aber, daß bei einem zu strengen Festhalten der Preise im Außenhandel die Erzeuger und Händler die Neigung hatten, ihr Interesse mehr dem heimischen Markte zuzuwenden und infolgedessen die Ausfuhr zu vernachlässigen.

Auch in Ungarn wurde trotz der Preisstopvereinbarungen ein Steigen der Exportpreise zugelassen, wenn auch nicht im vollen Umfang der Preiserhöhungen im Inland. Ungarn hat keine Einzelheiten mehr über die Zusammensetzung seines Außenhandels nach Warengruppen veröffentlicht, es ist aber bekannt, daß die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen auf Kosten der landwirtschaftlichen Produkte, auf die bis vor wenigen Jahren mehr als die Hälfte der gesamten Ausfuhr entfiel, weiter zugenommen hat. Der Weizen, der vor dem Kriege noch die wichtigste Exportware darstellte, hat seine frühere überragende Stellung eingebüßt, während Obst- und Gemüsekonserven an Bedeutung gewonnen haben. Bei der Einfuhr mußte man sich in Anbetracht des Rückgangs der Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten bemühen, den Bezug von Fertigwaren zu steigern.

Die Slowakei erhöhte 1942 ihre Einfuhr stärker als ihre Ausfuhr, so daß der Einfuhrüberschuß sich von 309 auf 600 Millionen Kronen etwa verdoppelte. Trotzdem stiegen noch immer die Clearingforderungen gegenüber dem Ausland, hauptsächlich durch Überweisungen der in Deutschland tätigen slowakischen Arbeiter, durch Ausgaben von Deutschen, die aus luftgefährdeten Gebieten des Reiches nach der Slowakei evakuiert worden waren, sowie durch Einnahmen aus dem Transitverkehr — sämtlich Aktivposten in der slowakischen Zahlungsbilanz. Über die slowakische Zahlungsbilanz von 1941 führte der Gouverneur der Nationalbank aus, daß sich die Einnahmen aus dem Auslande (einschließlich 3,18 Milliarden Kronen für die Warenausfuhr) auf 5.568 Millionen Kronen und die Zahlungen nach dem Ausland (einschließlich 3,49 Milliarden für die Einfuhr) auf 4,81 Milliarden Kronen beliefen, so daß ein Einnahmenüberschuß von über 750 Millionen Kronen verblieb. Zur strafferen Durchführung der Preislenkung im Außenhandel wurde im Frühjahr 1943 im Handelsministerium eine besondere Abteilung eingerichtet mit der Aufgabe, zu prüfen, ob die zwischen slowakischen Staatsangehörigen und ausländischen Firmen vereinbarten Preise den von den zuständigen Stellen in den betreffenden Ländern festgesetzten entsprechen.

Rumänien erhielt in den letzten Jahren vor dem Kriege etwa 80 v. H. seiner Einfuhr aus Kontinentaleuropa, das seinerseits ungefähr 75 v. H. der rumänischen Ausfuhr übernahm, die zu 60 bis 70 v. H. aus Getreide, Erdöl

und Erdölerzeugnissen bestand. Die Handelsbilanz Rumäniens war jährlich mit mehreren Milliarden Lei aktiv. Nach Ausbruch der Feindseligkeiten beschränkte sich der gesamte Außenhandel Rumäniens ausschließlich auf Festlandeuropa; die Getreideausfuhr ging infolge von Gebietsverlusten, schlechten Ernten und Mangel an Arbeitskräften zurück, während die Erdölausfuhr sich wertmäßig, wenn auch nicht mengenmäßig, bedeutend erhöhte. Die einzige amtliche Mitteilung über den Außenhandel Rumäniens im Jahre 1942 brachte der Jahresbericht der Nationalbank mit der Angabe, daß der Ausfuhrüberschuß wiederum sehr hoch war und daß Erdöl sowie Weizen, Vieh und andere Nahrungsmittel die Hauptausfuhrposten bildeten.

Die rumänische Erdölproduktion belief sich in den zehn Jahren bis 1940 auf etwas mehr als 3 v. H. der Weltausbeute; nach den veröffentlichten Statistiken sank sie aber von dem höchsten Ertrag von 8,7 Millionen Tonnen im Jahre 1936 auf 5,5 Millionen Tonnen im Jahre 1941 und betrug damit nur noch 1,8 v. H. der Welterzeugung. Rumänien führt indessen etwa 70 v. H. seiner Produktion aus und steht unter den Erdöl-Ausfuhrländern der Welt an fünfter Stelle nach Venezuela, den Vereinigten Staaten, Iran und Niederländisch-Indien. 1939 deckte seine Erdölausfuhr 1,6 v. H. des Weltverbrauchs und 6,5 v. H. des europäischen Verbrauchs. Ende 1942 war der Ausfuhrpreis für Rohöl um 400 v. H. und für Erdölerzeugnisse um 500–600 v. H. über den Vorkriegsstand gestiegen.

Für Böhmen und Mähren, Albanien und Serbien sind keine Zahlen verfügbar, aber für Kroatien wurden für das am 30. September 1942 abgelaufene Jahr Ziffern veröffentlicht; diese zeigen einen Einfuhrüberschuß von etwa 1,5 Milliarden Kuna, der hauptsächlich im Verkehr mit den beiden größten Handelspartnern Deutschland und Italien entstanden ist. Dagegen hat Kroatien auf dem Verrechnungskonto mit diesen beiden Ländern einen Forderungsüberschuß, der auf dem Transitverkehr, den Überweisungen in Deutschland beschäftigter Arbeiter und anderen Posten beruht.

Die Einfuhr Griechenlands soll sich in den ersten sieben Monaten des Jahres 1942 auf insgesamt 4,7 Milliarden Drachmen bei einer Ausfuhr von 2,1 Milliarden Drachmen belaufen haben; diese Zahlen besagen aber infolge der besonderen Verhältnisse im Außenhandel Griechenlands nicht viel. In normalen Zeiten deckte seine Ausfuhr gewöhnlich etwa zwei Drittel der Einfuhr; die passive Handelsbilanz und andere laufende Zahlungen wurden durch verschiedene Aktivposten, beispielsweise Überweisungen von Auswanderern und Einkünfte aus der Schiffahrt und dem Touristenverkehr, ausgeglichen. 1941 versiegten diese Quellen aber, und gleichzeitig wurde es durch die Preissteigerung in Griechenland unmöglich, zu den amtlichen Wechselkursen zu exportieren. Um die sich daraus ergebende Stockung zu überwinden, führten die Besatzungsbehörden mit Hilfe von zwei besonderen Monopolgesellschaften (der „Degriges"[1] für den deutsch-griechischen Verkehr und der „Sacig"[2] für den italienisch-griechischen Verkehr) eine strenge Außenhandelskontrolle ein;

[1] Deutsch-Griechische Waren-Ausgleichs-Gesellschaft. [2] S. A. Commerciale Italo-Greca.

Aufgabe dieser beiden Gesellschaften war, die Preise der im Außenhandel bewegten Güter festzusetzen und zu bestimmen, welche Verwendung die eingeführten Waren finden sollten. Ein Preisausgleichsfonds wurde ermächtigt, die Verkaufspreise für eingeführte Waren heraufzusetzen und den Unterschied zwischen diesen Preisen und den zum amtlichen Wechselkurs umgerechneten Rechnungsbeträgen in Reichsmark oder Lire zu vereinnahmen; dieser Differenzbetrag stand zum Teil für die Senkung der griechischen Exportpreise zur Verfügung, so daß das Ausfuhrgeschäft immer noch bis zu einem gewissen Grade fortgeführt werden konnte. Ferner wurde Anfang 1943 zwischen Italien und Griechenland ein Abkommen unterzeichnet, auf Grund dessen das italienische Schatzamt 100 Millionen Lire für die Übernahme aller italienischen Forderungen auf dem italienisch-griechischen Verrechnungskonto vorstreckte; der Vorschuß sollte allmählich zu Lasten eines am 1. Januar 1943 eröffneten neuen Kontos zurückgezahlt werden. Diese Abmachung kam auch anderen ausländischen Gläubigern Griechenlands, besonders den ungarischen und rumänischen Exporteuren, zugute, die mangels eines direkten Verrechnungsverkehrs ihrer eigenen Länder mit Griechenland ihre Exportforderungen vielfach im Wege der italienisch-griechischen Verrechnung einzogen.

Für Frankreich werden keine regelmäßigen Außenhandelsausweise veröffentlicht, mit Hilfe der Zollstatistik, der Angaben über die Vorschüsse des Schatzamtes auf Verrechnungskonten und verschiedener anderer Unterlagen lassen sich aber einige allgemeine Ziffern über die Ein- und Ausfuhr zusammenstellen[1].

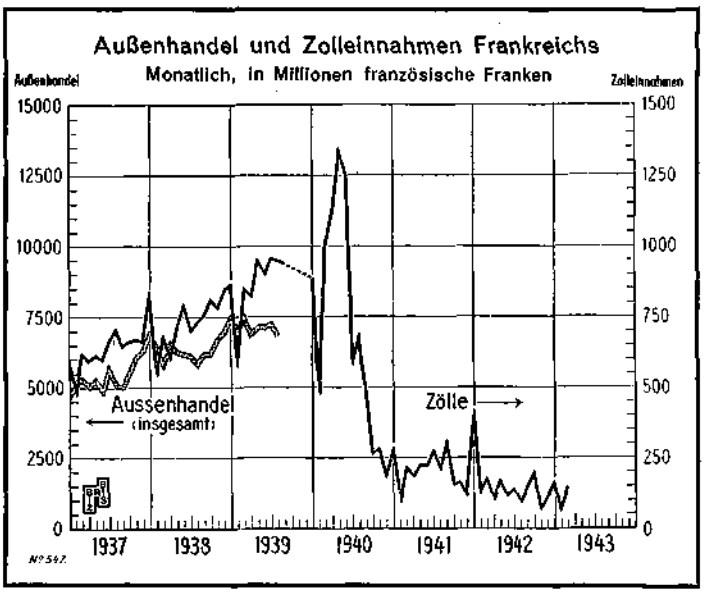
Frankreichs Einfuhr 1938 und 1942

Einfuhr	1938	1942	Rückgang
	Milliarden Franken		in v. H.
Wert:	46	25,8	— 44
	Tausend Tonnen		
Gewicht:			
Nahrungsmittel	5.846	1.598	— 73
Industriestoffe	39.663	5.404	— 86
Fertigwaren	1.645	514	— 69
Zusammen	47.154	7.516	— 84

Die Einfuhr ist von 1938 bis 1942 an Gewicht bedeutend stärker zurückgegangen als an Wert, einmal infolge der beträchtlichen Erhöhung der Einfuhrpreise, ferner aber, weil bei den Industriestoffen besonders die Posten mit hohem Gewicht von einem scharfen Rückgang betroffen wurden. Aber selbst wenn berücksichtigt wird, daß eine Verlagerung zugunsten der Nahrungsmittel und Fertigwaren auf Kosten der Industriestoffe stattgefunden hat, bleibt die Tatsache bestehen, daß die französische Einfuhr im Jahre 1942 auf den tiefsten Stand seit reichlich mehr als einem Jahrhundert gesunken ist.

Für die Ausfuhr sind zutreffende Zahlen schwieriger zu erhalten, weil es häufig unmöglich ist, die Handelsgeschäfte von anderen Lieferungen zu trennen, wie sie etwa auf Grund des Waffenstillstandsvertrages stattfinden. Es wird indessen geschätzt, daß der Wert des französischen Außenhandelsumsatzes

[1] Vgl. Albert Aigoud, Le Commerce Extérieur de la France depuis l'Armistice. „Revue de l'Economie Contemporaine" April 1943.



im Jahre 1942 nahe bei der Ziffer für 1938, d. h. 76,5 Milliarden Franken, gelegen hat. Folgt man dieser Schätzung, so läßt sich schließen, daß die französische Ausfuhr im Jahre 1942 etwa 50 Milliarden Franken betrug. Dies ergibt einen Ausfuhrüberschuß von etwa 25 Milliarden Franken. Die staatlichen Vorschüsse für das deutsch-französische Clearing haben 1942 um 33 Milliarden Franken zugenommen, ein Teil dieses Betrages hängt aber mit Zahlungen nicht geschäftlicher Art zusammen (z. B. mit den Überweisungen französischer Arbeiter aus Deutschland). Die nachstehende Übersicht zeigt die veränderte regionale Gliederung des französischen Außenhandels.

Richtung
des französischen Außenhandels

Gebiet	Anteil in v. H. am Wert der Einfuhr		Anteil in v. H. am Wert der Ausfuhr	
	1938	1942	1938	1942
Französisches Reich .	27	48	27	22
Europa	34	50	56	78
Andere Länder	39	2	17	0

Seit dem Waffenstillstand haben die französischen Außenbesitzungen einen höheren Anteil an der Einfuhr nach Frankreich, obwohl es sich fast ausschließlich um Zufuhren aus Nordafrika handelte.

Der mit der Trennung von Nordafrika erlittene Verlust kam in einem Zurückbleiben des gesamten französischen Außenhandels der beiden ersten Monate von 1943 um 40 v. H. hinter der entsprechenden Zeit des Vorjahres zum Ausdruck. Frankreichs Handelsbeziehungen zu anderen Ländern waren durch Verrechnungsabkommen geregelt, mit Ausnahme von Portugal, mit dem der Handel sehr beschränkt war und durch Zahlungen in freien Devisen abgewickelt wurde. Frankreich hatte 1942 Einfuhrüberschüsse im Verkehr mit Bulgarien, Kroatien, Dänemark, Spanien, Finnland, Griechenland, Ungarn und der Türkei, dagegen Ausfuhrüberschüsse im Handel mit Deutschland und Belgien.

Frankreichs Handel
mit seinen Außenbesitzungen

Jahr	Einfuhr nach Frankreich	Ausfuhr aus Frankreich
	in Milliarden Franken	
1938	12,5	8,4
1941	14,3	5,3
1942	12,4	6,5

Nach einer deutsch-französischen Vereinbarung vom 14. April 1942 muß, während die französischen Ausfuhrpreise frei bleiben, eine Gebühr auf den Unterschied zwischen den tatsächlich bei der Ausfuhr berechneten Preisen und den für dieselben Waren im Inland festgesetzten Preisen erhoben werden; diese Gebühren werden einem Ausgleichsfonds (Caisse de Péréquation) gutgeschrieben, aus dem Zuschüsse an Importeure lebenswichtiger Waren gewährt werden sollen.

Französische Außenhandelspreise

(1938 = 100)

Warengruppe	Einfuhrpreise		Ausfuhrpreise	
	1941	1942	1941	1942
Nahrungsmittel	194	272	140	168
Industriestoffe	257	259	160	141
Fertigwaren	235	345	161	224

In den Niederlanden, Belgien und Norwegen wurde die Veröffentlichung der Außenhandelsstatistik noch nicht wieder aufgenommen. Für Belgien wurde von nicht amtlicher Seite erklärt, daß die Außenhandelsumsätze 1942 wertmäßig auf etwa 50 v. H. des Vorkriegsstandes gesunken seien. Es wurden auch Zahlen genannt, welche die Gliederung des belgischen Außenhandels nach Ländern zeigen. Während vor dem Kriege 51 v. H. der Einfuhr und 42 v. H. der Ausfuhr Belgiens auf überseeische Gebiete entfielen, machte 1942 der Handel mit den drei Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Holland etwa neun Zehntel des Gesamtumsatzes aus, wobei Deutschland weitaus an erster Stelle stand. In dem Jahre vor dem Kriege deckte die belgische Ausfuhr die Einfuhr zu 90 v. H., dieses Verhältnis stieg 1942 aber auf 261 v. H.; der Ausfuhrüberschuß wurde zum größten Teil in Berlin in Form von Clearingforderungen angesammelt. Der belgische Handel mit allen kontinentaleuropäischen Ländern, außer Spanien, Portugal und der Türkei, war durch Verrechnungsabkommen geregelt, bei dem bedeutenden Anteil, der auf Deutschland, Frankreich und die Niederlande entfällt, konnte der Handelsverkehr mit anderen Ländern aber nur sehr gering sein.

Richtung des belgischen Außenhandels

Land	Anteil in v. H. am Wert der Einfuhr			Anteil in v. H. am Wert der Ausfuhr		
	1938	1941	1942	1938	1941	1942
Deutschland	11	66	56	12	72	78
Frankreich	14	11	21	15	10	13
Niederlande	9	12	9	12	13	4
Alle übrigen Länder[1] .	66	11	14	61	5	5

[1] Für 1938 wurde der Anteil der überseeischen Länder gesondert ausgewiesen: 51 v. H. der Einfuhr und 42 v. H. der Ausfuhr.

Der Außenhandelsumsatz Dänemarks fiel von 1938 bis 1942 trotz der kriegsbedingten Preiserhöhungen wertmäßig um 30 v. H.; mengenmäßig ging er auf ein Drittel der Vorkriegsziffer zurück. Der Futtermangel zwang zu umfangreichen Schlachtungen, die zu einem Rückgang der Produktion und Ausfuhr von Eiern, Butter und Milch führten. Dagegen gingen erhöhte Lieferungen von Industriewaren nach Deutschland, welches die Rohstoffe und Halbfabrikate zur Verfügung stellte. Trotzdem fiel Deutschlands Anteil am dänischen

Außenhandel Dänemarks, Finnlands und Schwedens

Land und Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	Millionen dänische Kronen		
Dänemark:			
1938	1.625	1.535	— 90
1941	1.311	1.278	— 33
1942	1.210	1.053	— 157
	Millionen finnische Mark		
Finnland:			
1938	8.607	8.398	— 209
1941	10.201	4.322	— 5.879
1942	11.724	5.989	— 5.735
	Millionen schwedische Kronen		
Schweden:			
1938	2.082	1.843	— 239
1941	1.674	1.345	— 329
1942	1.770	1.313	— 457

Außenhandel im Berichtsjahr von 80 auf 70 v. H. Die schwedischen Lieferungen an Dänemark als Gegenleistung für die Ausfuhr dänischer Nahrungsmittel nach Finnland werden für 1942 auf etwa 40 Millionen Kronen geschätzt; auch für 1943 wurden derartige Lieferungen vereinbart.

Finnlands Ausfuhr ging von 1938 bis 1942 mengenmäßig um etwa zwei Drittel, seine Einfuhr um etwa die Hälfte zurück. An Wert nahm die Ausfuhr im genannten Zeitraum ebenfalls ab, während die Einfuhr stieg; so ergab sich ein hoher Einfuhrüberschuß, der jedoch 1942 etwas zurückging (die Statistik enthält die für die Wehrmacht eingeführten zivilen Güter, nicht aber die Einfuhr von Kriegsmaterial). Nur ein Teil des Einfuhrüberschusses stellt indessen eine Nettobelastung der Zahlungsbilanz dar; in Finnland wird wie in den meisten anderen Ländern die Ausfuhr „fob" und die Einfuhr „cif" bewertet, und da etwa zwei Drittel der Außenhandelsgüter auf finnischen Schiffen befördert werden, wird der Einfuhrüberschuß weitgehend durch Einnahmen finnischer Reedereien und Versicherungsgesellschaften ausgeglichen. Erwähnt sei noch, daß sich die Clearingschuld Finnlands 1942 von 1,5 auf 3 Milliarden finnische Mark verdoppelt hat.

Vor dem Kriege deckte Finnland etwa 85 v. H. seines Nahrungsmittelbedarfs selbst, und es führte billige Rohstoffe aus Übersee sowie Fertigwaren aus der ganzen Welt ein, während etwa vier Fünftel der Ausfuhr auf die Erzeugnisse seiner Forstwirtschaft entfielen. Im Kriege wurde die heimische Nahrungsmittelerzeugung durch die Mobilisierung, den Mangel an Düngemitteln und 1940 und 1941 auch durch außergewöhnlich ungünstige Wetterverhältnisse behindert. 1942 war die Ernte etwas besser; außerdem wurde die Inlandsversorgung durch erhöhte Einfuhren aus Deutschland und durch schwedische Kredite für den Ankauf von Nahrungsmitteln in Dänemark günstiger gestaltet. Die Änderungen in der Gliederung des finnischen Außenhandels nach Ländern zeigt die Übersicht.

Richtung des finnischen Außenhandels

Land	Anteil in v. H. am Wert der Einfuhr			Ausfuhr		
	1938	1941	1942	1938	1941	1942
Großbritannien	22	—	—	44	—	—
Vereinigte Staaten . .	9	*	*	9	*	*
Deutschland	20	53	72	15	54	64
Italien	1	2	3	2	6	5
Schweden	13	18	8	5	6	4
Dänemark	5	7	9	3	10	12
Übrige Länder	30	20	9	22	24	15

* Unter „übrige Länder" enthalten.

In Schweden lagen im Dezember 1942 die Einfuhrpreise 165 v. H. und die Ausfuhrpreise 77 v. H. über Vorkriegshöhe, aber auch hier sind die Einfuhrpreise (cif) durch hohe Transportkosten aufgetrieben; der Index der Schiffsfrachten auf der Ostsee ist von August 1939 bis 1942 um volle 200 v. H. gestiegen.

Ein mit Handelsvertrags-Verhandlungen beauftragter leitender Beamter des schwedischen Außenministeriums schrieb im Herbst 1942, die schwierigsten Fragen im Außenhandel seien die Preisprobleme; besondere Aufmerksamkeit gilt der Aufgabe, das Steigen der Einfuhrpreise zu unterbinden. Während sich z. B. der Preisstop in den Vereinbarungen mit Deutschland früher nur auf die wichtigeren Waren bezog, wurde er nach und nach immer weiter ausgedehnt, bis er schließlich nahezu 90 v. H. des Güteraustauschs zwischen Deutschland und Schweden umfaßte.

Richtung des schwedischen Außenhandels

Gebiet	Anteil in v. H. am Wert der Einfuhr			Anteil in v. H. am Wert der Ausfuhr		
	1938	1941	1942	1938	1941	1942
Deutschland	24	52	46	18	41	40
Nordische Länder[1] . .	10	8	7	16	24	20
Andere Länder in Kontinentaleuropa	24	22	25	21	23	28
Überseeische Länder .	42	18	22	45	12	12

[1] Dänemark, Finnland, Norwegen.

Im Frühjahr 1941 konnte nach langen Verhandlungen der Warenverkehr mit einigen überseeischen, namentlich südamerikanischen Ländern, wieder aufgenommen werden; mit deutschen Geleitscheinen und angelsächsischen „Navicerts" versehene Schiffe können in Gotenburg ein- und auslaufen.

Der Einfuhrüberschuß stieg zum Teil infolge größerer Einfuhren aus überseeischen Ländern von 329 Millionen Kronen im Jahre 1941 auf 457 Millionen im Jahre 1942. Der Umfang des gesamten schwedischen Außenhandels ging aber weiter zurück und betrug 1942 nur etwa 45 v. H. der Vorkriegsziffer.

Umfang des schwedischen Außenhandels

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
	1936–38 = 100	
1938	103	93
1939	122	102
1940	74	55
1941	49	50
1942	48	41

Der Außenhandel der Schweiz erfuhr 1942 eine weitere Schrumpfung. Gemessen in Wagenladungen von 10 Tonnen hat die schweizerische Einfuhr gegenüber dem Vorjahr um 10 v. H. und gegenüber dem Vorkriegsstand insgesamt um 40 v. H. abgenommen. Bei der Ausfuhr betrugen die entsprechenden Rückgänge 20 und 35 v. H. Wertmäßig zeigten sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr höhere Ziffern als vor dem Kriege, da 1942 die Einfuhrpreise 116 v. H. und die Ausfuhrpreise 61 v. H. über dem Vorkriegsstand lagen. Die hohen Einfuhrpreise beruhen zum Teil auf den bedeutenden Transportkosten. Vor dem Kriege wurden jährlich 40–50 Millionen Franken für Frachten an ausländische Reeder gezahlt; für 1942 werden diese Zahlungen auf weit mehr als 100 Millionen Franken geschätzt, obwohl die Schweiz eine eigene Handelsflotte von 58.600 Tonnen erworben hat, deren wichtigste europäische Anlege-

häfen Genua, Barcelona und Lissabon sind. Während 1914–18 die Rohstoffe kräftiger und die Nahrungsmittel weniger stark im Preise anzogen als die allgemeine Meßziffer, sind diesmal die Nahrungsmittel am meisten verteuert — was um so schwerer empfunden wird, als die Inlandserzeugung (trotz des im Kriege erzielten Mehranbaus) weniger als 40 v. H. des Nahrungsmittelbedarfs der Schweiz deckt. Aber wenn auch hohe Preise für ausländische Waren und ihre Beförderung gezahlt wurden, so konnten die lebenswichtigen Zufuhren doch wenigstens beschafft werden. Während 1915–17 der herkömmliche Einfuhrüberschuß der Schweiz fast ausgefallen war (1916 entstand sogar ein Ausfuhrüberschuß), ist der Einfuhrüberschuß in diesem Kriege sogar höher als vor dem Kriege. Mit den kriegführenden Ländern beider Parteien wurden mühsame Verhandlungen geführt. Für den Zahlungsverkehr mit Deutschland und einigen der besetzten Gebiete bestand 1943 mehrere Monate lang kein Handelsvertrag, sondern die Zahlungen unterlagen einer selbständigen Regelung durch die Verrechnungsinstitute in Berlin und Zürich. Mit Italien wurde im November 1942 ein neuer Kontingents- und Clearingvertrag unterzeichnet, der auch eine sogenannte „Sicherheitsklausel" enthält, welche die Schweiz berechtigt, ihre Ausfuhr nach Italien einzuschränken, falls die Schweizer Exporteure länger als vier Monate auf ihre Bezahlung im Verrechnungswege warten müßten; andererseits verpflichtete sich die Schweiz, ihre Ausfuhrkontingente zu erhöhen, falls die Wartezeit weniger als vier Monate betragen sollte.

Außenhandel
der Schweiz, Portugals und Spaniens

Land und Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	Millionen Franken		
Schweiz			
1938	1.607	1.317	— 290
1941	2.024	1.463	— 561
1942	2.049	1.572	— 477
	Millionen Escudo		
Portugal			
1938	2.306	1.146	— 1.160
1941	2.643	2.896	+ 253
1942	2.457	3.898	+ 1.441
	Millionen Goldpeseten		
Spanien			
1935	879	588	— 291
1941	550	521	— 29
1942	610	631	+ 21

Eine auffallende Erscheinung im Außenhandel Portugals im Jahre 1942 war der beispiellose Ausfuhrüberschuß, der sich auf 1.441 Millionen Escudo belief nach 253 Millionen im Vorjahr und einem ständigen Einfuhrüberschuß in den zehn Jahren bis 1940. Zudem erreichte der gesamte Transithandel 1942 eine Höchstziffer von 2.511 Millionen Escudo gegenüber 412 Millionen Escudo im Jahre 1938. Portugal kamen seine geographische Lage und auch gewisse Besonderheiten seiner nationalen Produktion weiter zustatten. Vor dem Kriege stellten die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft etwa zwei Drittel der Gesamtausfuhr, während auf Mineralprodukte und Metalle nur 7 v. H. entfielen; der Einfuhrüberschuß wurde durch Einkünfte aus Auslandsanlagen, Überweisungen von Auswanderern und andere Aktivposten gedeckt. Bis 1942 war der Anteil der Mineralien sprunghaft auf 40 v. H. der Gesamtausfuhr gestiegen, hauptsächlich infolge der außerordentlichen Verteuerung des Wolframs auf das Dreißigfache des Vorkriegspreises. Andererseits erwies es sich als schwierig, das Einfuhrvolumen aufrechtzuerhalten, das 1942 wesentlich geringer als im Vorjahr war. Ein Anfang 1943 getroffenes Abkommen mit Spanien sah eine

beträchtliche Steigerung des Güteraustausches zwischen den beiden Ländern vor. Vom gesamten portugiesischen Transithandel fand 1941 etwa ein Drittel mit der Schweiz statt; gleichzeitig hatte Portugal gegenüber diesem Land einen Ausfuhrüberschuß von etwa 400 Millionen Escudo an Stelle geringer Einfuhrüberschüsse in den drei Jahren bis 1940.

Mengenmäßig ging der gesamte Außenhandel Portugals von 1938 bis 1942 auf die Hälfte zurück. Noch stärker war die Schrumpfung in Spanien, dessen Außenhandel auf ein Drittel seines Umfangs von 1935, d. h. des letzten Jahres vor Beginn des Bürgerkrieges, abnahm. Die Wertziffern, die in der spanischen Außenhandelsstatistik in Goldpeseten angegeben werden, lassen einen Rückgang des Gesamtumsatzes von 1935 bis 1942 um etwa 15 v. H. erkennen. 1942 waren die spanischen Ausfuhrpreise um 184 v. H., die Einfuhrpreise aber nur 66 v. H. über die Höhe von 1935 gestiegen. Hauptsächlich dank dieser günstigen Preisgestaltung für die spanischen Erzeugnisse wurde 1942 ein Ausfuhrüberschuß von 21 Millionen Goldpeseten erzielt gegenüber Einfuhrüberschüssen von 29 Millionen Goldpeseten im Vorjahr und 292 Millionen Goldpeseten 1935. Vom Gesamtwert des spanischen Außenhandels von 1.241 Millionen Goldpeseten entfielen etwa 500 Millionen auf Kontinentaleuropa; die erste Stelle nimmt Deutschland ein mit Lieferungen an Spanien für 117 Millionen und Käufen für 137 Millionen Goldpeseten, gegenüber 51 und 162 Millionen im Vorjahr. Dagegen hat die Bedeutung von Iberoamerika für den Handel Spaniens etwas abgenommen: die Einfuhr aus Argentinien, Brasilien, Chile, Kuba und Mexiko belief sich 1942 insgesamt auf 114 Millionen Goldpeseten gegen 151 Millionen im Vorjahre, während die Ausfuhr nach diesen Ländern zusammen ebenso wie im Vorjahr nur 15 Millionen Goldpeseten erreichte.

Außenhandel Portugals und Spaniens

Land	1935	1938	1941	1942
	in Tausend Tonnen			
Portugal	2.488	3.924	2.505	1.945
Spanien	11.440	.	4.066	3.552

Richtung des spanischen Außenhandels
Im Jahre 1942

Handelspartner	Spanische Einfuhr	Spanische Ausfuhr
	in Millionen Goldpeseten	
Alle Länder	610	631
davon		
Deutschland . . .	117	137
Großbritannien . .	30	72
Italien	24	48
Schweiz	23	44
Vereinigte Staaten	16	24

Von den neutralen Ländern des europäischen Kontinents ist die Türkei das einzige, das (seit April 1941) die Veröffentlichung seiner Außenhandelsausweise eingestellt hat. Ebenso wie Portugal zog die Türkei Vorteil aus ihrer geographischen Lage und aus der Gewinnung eines für die Kriegführung sehr wertvollen Minerals auf ihrem Gebiet (in der Weltproduktion von Chrom stand sie 1938 mit einem Anteil von etwa einem Fünftel an erster Stelle). Während die Türkei mit Festlandeuropa einen Handel aufrechterhielt, der 1943 ohne die Rüstungslieferungen voraussichtlich 100 Millionen türkische Pfund überstelgen wird, vermochte sie gleichzeitig, zumal sie auch die Vergünstigungen

des amerikanischen Leih- und Pacht-Gesetzes genießt, ihre Handelsbeziehungen zu den angelsächsischen Ländern zu erweitern. Der Gesamtumsatz im Verkehr mit diesen Ländern wurde 1942 auf 130 Millionen türkische Pfund bewertet und zur Hauptsache durch die United Kingdom Commercial Corporation abgewickelt. Die Gestaltung des türkischen Außenhandels im Laufe des Krieges kommt in einer erheblichen Zunahme der Währungsreserven zum Ausdruck.

Die UdSSR erhielt 1942 nach der amerikanischen Statistik Leih- und Pacht-Lieferungen aus den Vereinigten Staaten im Werte von 1.314 Millionen Dollar, während die Ausfuhr gegen Bezahlung nach der UdSSR mit 65 Millionen und die Einfuhr aus der UdSSR mit 25 Millionen Dollar angegeben wurde. Hieraus folgt, daß der gewöhnliche Handel der Sowjetunion von sehr geringem Umfang ist, wie es übrigens auch schon vor dem Kriege der Fall war. Unter dem zweiten Fünfjahresplan (1933–37) stellte nämlich der Außenhandel der UdSSR nur etwa 1 v. H. des gesamten Welthandels, nachdem er Anfang der dreißiger Jahre mit 2 bis 2½ v. H. den höchsten Stand nach 1917 erreicht hatte und vor 1914 auf den russischen Außenhandel 4 v. H. des Welthandels entfallen waren. Erwähnt sei auch, daß der Anteil der Ausfuhr an der russischen Produktion von 3,5 v. H. im Jahre 1930 auf weniger als 1 v. H. im Jahre 1936 gesunken sein soll — ein weiterer Maßstab für den damaligen allmählichen Rückzug Sowjetrußlands aus dem internationalen Handel.

In keinem Lande wurde die Geheimhaltung der Statistik über den Außenhandel so streng durchgeführt wie in Großbritannien. Die einzige Angabe von amtlicher britischer Seite scheint eine Mitteilung des Schatzkanzlers vom April 1943 zu sein, daß in der letzten Zeit der Umfang der im Auslande zum Verkauf kommenden Ausfuhr auf etwa ein Viertel des Vorkriegsumfanges gesunken sei. Einige weitere Angaben lassen sich indessen der amerikanischen Handelsstatistik entnehmen. Die amerikanischen Leih- und Pacht-Lieferungen werden teilweise durch die umgekehrte Leih- und Pacht-Hilfe Großbritanniens ausgeglichen, über die in Kapitel IV auf Seite 143/144 und in Fußnote[2] zu Seite 144 näher berichtet wird.

Handel der Vereinigten Staaten mit den britischen Inseln

Bezeichnung	1938	1941	1942
	in Millionen Dollar		
Ausfuhr der Vereinigten Staaten:			
Leih- und Pacht-Lieferungen .	—	572	1.867
Übrige (bezahlte) Ausfuhr[1] . .	548	1.070	495
Zusammen	548	1.642	2.362
Einfuhr der Vereinigten Staaten[1]	119	139	135

[1] Mit Einschluß von Eire; getrennte Handelsstatistiken wurden für 1942 nicht bekanntgegeben. 1938 belief sich die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Großbritannien allein auf 521 Millionen $ und die Einfuhr aus Großbritannien auf 118 Millionen $.

In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts überstieg die ausgewiesene britische Ausfuhr regelmäßig die Einfuhr, seit 1853 bestand aber ein Einfuhrüberschuß, der die zunehmende Bedeutung Großbritanniens als Gläubigerland zum Ausdruck brachte. In der Zeit von 1920 bis 1939 schwankte die passive Handelsbilanz zwischen einem Mindestbetrag von 179 Millionen und

einem Höchstbetrag von 463 Millionen Pfund; am Ende dieses Zeitabschnitts betrug die Ausfuhr nur etwa die Hälfte der Einfuhr. Im Laufe des gegenwärtigen Krieges muß sich die Spanne zwischen Ein- und Ausfuhr noch erweitert haben, da Anstrengungen gemacht werden, um diejenige Ausfuhr aufrechtzuerhalten, die notwendig ist, um die Kriegsbedürfnisse der Vereinigten Nationen zu befriedigen — eine Aufgabe, die zur Zeit den Vorrang vor der Pflege der Auslandsmärkte im Hinblick auf die Wiederbelebung des Handels nach dem Kriege erhalten hat. Die 1940 zur Förderung des Handels mit den Balkanländern gegründete "United Kingdom Commercial Corporation" (deren anfängliches Kapital von 0,5 Millionen Pfund später auf 5 Millionen erhöht wurde) mußte ihre dortige Arbeit auf die Türkei beschränken; dagegen war sie auch in Spanien und Portugal, im Mittleren Orient und im Zusammenhang mit britischen, nicht militärischen Lieferungen an die UdSSR tätig.

Nachdem die übliche Gestaltung des Außenhandels von Eire für kurze Zeit eine Umkehrung erfahren hatte, als 1941 die Ausfuhr die Einfuhr um 2,3 Millionen Pfund überstieg, brachte das Jahr 1942 wieder einen Einfuhrüberschuß von 2 Millionen Pfund. Mit Hilfe einer strengen Rationierung und vermehrter Landbestellung konnten die schwierigen Probleme der Nahrungsmittelversorgung des Landes weitgehend gemeistert werden, doch war die Beschaffung von Brennstoffen für Heizungs- und Verkehrszwecke sowie die Einfuhr wichtiger Rohstoffe für die Industrie durch den Mangel an Schiffsraum weiterhin beeinträchtigt.

Das einzige weitere Mitglied des Britischen Commonwealth, das seine Außenhandelsstatistik noch regelmäßig veröffentlicht, ist Neuseeland. Seine Einfuhr hielt sich 1942 wertmäßig auf Vorkriegshöhe, mengenmäßig war sie aber um ein Drittel geringer und diente zum großen Teil nur noch Kriegszwecken. Dagegen war die Ausfuhr wertmäßig um 40 v. H. und ein wenig auch mengenmäßig gestiegen. Auf Wunsch der britischen Regierung stellte die neuseeländische Milchwirtschaft ihre Produktion während der Saison 1941–42 von Butter auf Käse um, schaltete sich aber wieder auf Butter zurück, als sich der britische Bedarf änderte. Bis Ende 1942 erhielten Neuseeland und Australien zusammen von den Vereinigten Staaten Leih- und Pacht-Lieferungen im Werte von 289 Millionen Dollar; beide Länder leisteten auch umgekehrte Leih- und Pacht-Hilfe namentlich durch Lieferung von Nahrungsmitteln sowie durch Errichtung von Feldlazaretten und Warenlagern für die amerikanischen Streitkräfte. Die neuseeländische Regierung hat die Kosten dieser Gegen-

Außenhandel Eires und Neuseelands

Land und Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	Millionen Pfund Sterling		
Eire			
1938	41,4	24,2	— 17,2
1941	29,5	31,8	+ 2,3
1942	34,7	32,6	— 2,1
	Millionen neuseeländische Pfund		
Neuseeland			
1938	55,4	58,4	+ 3,0
1941	49,2	67,5	+ 18,3
1942	53,7	80,9	+ 27,2

seitigkeitshilfe bis Juni 1943 auf etwa 50 Millionen Dollar berechnet, und die australische Regierung veranschlagte ihre Aufwendungen hierfür in derselben Zeit auf etwa 200 Millionen Dollar. Im Jahre 1942 lieferte Australien den größten Teil der Nahrungsmittel für die amerikanischen Streitkräfte im süd- und südwestpazifischen Raum.

Die von Südafrika im September 1941 eingeführte Restriktionspolitik (welche die Einfuhr aus Ländern außerhalb des Sterlingblocks von einer Genehmigung der Regierung abhängig macht) führte im Verein mit erhöhten Schiffsraumschwierigkeiten zu einem Rückgang der Einfuhr von 101 Millionen südafrikanische Pfund im Jahre 1941 auf 84 Millionen im Jahre 1942. Auch die Ausfuhr scheint eine Schrumpfung erfahren zu haben; dabei ist eine Verlagerung von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu einer vermehrten Ausfuhr von Mineralien (außer Gold) zu beobachten.

Für Indien stehen keine Außenhandelszahlen zur Verfügung, doch sei erwähnt, daß bis Ende 1942 die Leih- und Pacht-Lieferungen der Vereinigten Staaten 295 Millionen Dollar betrugen; sie hatten also fast den gleichen Umfang wie die in derselben Zeit für Australien und Neuseeland zusammen durchgeführten. Die Leistungen Indiens im umgekehrten Leih- und Pacht-Verfahren wurden nach amerikanischen Angaben auf etwa 57 Millionen Dollar für die Zeit bis Juni 1943 geschätzt.

In Ägypten sah sich die Regierung durch die Notwendigkeit, die Erzeugung von Nahrungsmitteln im Inland zu steigern, veranlaßt, die Baumwollanbaufläche zu verkleinern; die Ernte für 1943 wurde auf weniger als die Hälfte des Friedensdurchschnitts geschätzt. Vor dem Kriege bestanden drei Viertel der ägyptischen Ausfuhr aus Baumwollfaser. Seit Beginn des Krieges nahm die Ausfuhr ständig ab, während die Einfuhr unter Einschluß der Leih- und Pacht-Lieferungen 1942 stark anstieg; der sich ergebende Einfuhrüberschuß dürfte u. a. durch die Ausgaben der in Ägypten stehenden alliierten Streitkräfte ausgeglichen werden.

Außenhandel Ägyptens

	1938	1939	1940	1941	1942
	in Millionen ägyptische Pfund				
Einfuhr	37	34	31	33	55
Ausfuhr	29	34	28	22	19
Saldo . . .	— 8	0	— 3	— 11	— 36

Kanada hat die Veröffentlichung von Außenhandelsausweisen im April 1942 eingestellt, es wurde aber von amtlicher Seite mitgeteilt, daß sich die Ausfuhr 1942 auf 2.385 Millionen kanadische Dollar belaufen habe, gegenüber 1.641 Millionen im Vorjahre. Der Hauptteil der kanadischen Ausfuhr bestand aus Kriegslieferungen; Kanada nimmt als Ausfuhrland von Kriegsgerät unter den

Außenhandel Kanadas
September 1939—April 1942

	Vereinigte Staaten	Britisches Reich	Übrige Länder	Zusammen
	in Millionen kanadische Dollar			
Einfuhr	2.387	678	151	3.216
Ausfuhr[1]	1.361	2.233	770	4.364
Saldo . . .	— 1.026	+ 1.555	+ 619	+ 1.148

[1] Einschließlich des Ausfuhrüberschusses an nicht monetärem Gold.

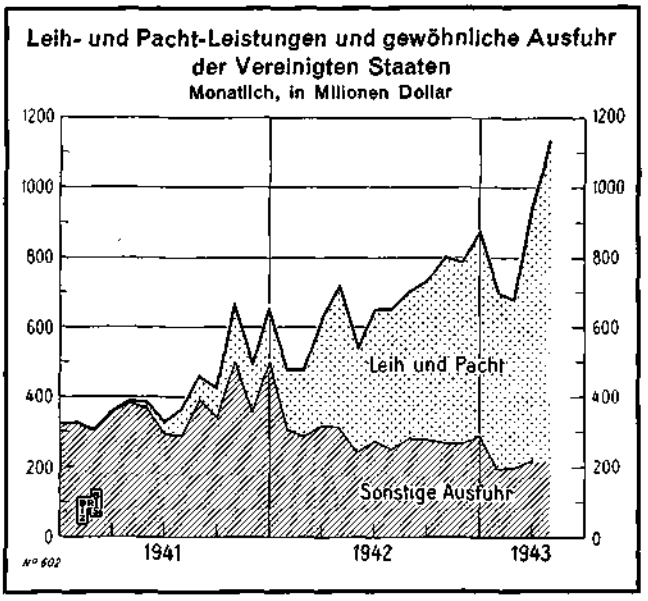
Vereinigten Nationen den dritten Platz ein. Die vorstehende Übersicht über die ersten 32 Monate des Krieges, für welche die Handelsstatistik noch vorliegt, zeigt, daß der Einfuhrüberschuß gegenüber den Vereinigten Staaten mehr als aufgewogen wurde durch den Ausfuhrüberschuß im Verkehr mit Ländern des Britischen Reichs.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten wurde 1942 hauptsächlich durch drei Umstände bestimmt: einen steilen Anstieg der Leih- und Pacht-Ausfuhr, die Konzentrierung des verfügbaren Schiffsraums auf kriegswichtige Ladungen und durch den Ausfall des Handels mit Ostasien. Trotzdem wurde, wie das amerikanische Handelsamt betonte, die Ausfuhr ungeachtet der wachsenden Behinderung des internationalen Handels auf einem überraschend hohen Stande gehalten.

Außenhandel der Vereinigten Staaten

Bezeichnung	1938	1941	1942
	in Millionen Dollar		
Ausfuhr			
Leih- und Pacht-Hilfe	—	741	4.668
Ausfuhr gegen Bezahlung . . .	3.094	4.406	3.158
Gesamte Ausfuhr	3.094	5.147	7.826
Gesamte Einfuhr	1.960	3.345	2.743
Saldo . . .	+ 1.134	+ 1.802	+ 5.083
Unterschied zwischen Ausfuhr gegen Bezahlung und Einfuhr . .	+ 1.134	+ 1.061	+ 415

Die gesamte Ausfuhr (mit den Leih- und Pacht-Lieferungen, aber ohne die Verschiffungen an die amerikanischen Streitkräfte in Übersee) war 1942 wertmäßig um 50 v. H. größer als im Vorjahr; sie erreichte insgesamt 7.826 Millionen Dollar, eine höhere Ziffer als in den Jahren 1917 und 1918, wenn sie auch unter dem Rekordbetrag des Jahres 1920 von 8.228 Millionen Dollar blieb (damals waren jedoch die Preise höher). Trotzdem entsprach die Ausfuhr 1942 nur 5 v. H. des Brutto-Volkseinkommens der Vereinigten Staaten.



60 v. H. der gesamten Ausfuhr entfielen auf die Leih- und Pacht-Verschiffungen, die sich auf 4.668 Millionen Dollar beliefen und damit 92 v. H. des Ausfuhrüberschusses von 5.083 Millionen Dollar ausmachten. Der Überschuß der Ausfuhr gegen Bezahlung über die bezahlte Einfuhr betrug 415 Millionen Dollar.

Die gesamte Einfuhr sank von 1941 bis 1942 um 602 Millionen Dollar; die durch den starken Mangel an Schiffsraum und den Verlust wichtiger Versorgungsquellen in

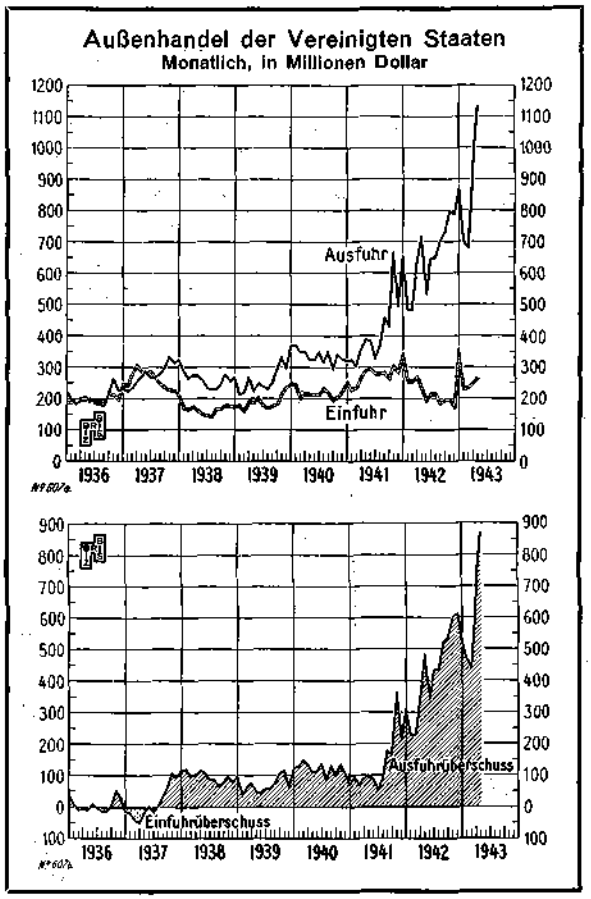
Ostasien verursachten Rückgänge wurden durch vermehrte Einfuhr aus dem Britischen Reich, insbesondere aus Kanada, nur teilweise wettgemacht. Das Schwergewicht lag in steigendem Maße auf der Erhaltung der kriegswichtigen Einfuhr, die beispielsweise aus Graphit, Industriediamanten, Jute, Glimmer, Beryllium, Wolfram und Bauxit besteht.

Richtung des Außenhandels der Vereinigten Staaten

Gebiet	Einfuhr			Ausfuhr			Saldo		
	1938	1941	1942	1938	1941	1942	1938	1941	1942
	in Millionen Dollar								
Großbritannien und Eire	119	139	135	548	1.642	2.362	+ 429	+ 1.503	+ 2.227
Kanada[1]	269	575	735	476	1.019	1.367	+ 208	+ 444	+ 632
UdSSR	24	30	25	70	108	1.379	+ 46	+ 78	+ 1.354
Iberoamerika . . .	485	1.086	1.022	564	1.035	836	+ 79	— 51	— 186
Asien u. Ozeanien[2]	557	1.199	520	575	719	880	+ 18	— 480	+ 360
Alle übrigen Länder	507	316	306	861	624	1.002	+ 354	+ 308	+ 696
Zusammen . .	1.960	3.345	2.743	3.094	5.147	7.826	+ 1.134	+ 1.802	+ 5.083

[1] Mit Neufundland, Labrador, St. Pierre und Miquelon, Grönland und Island.
[2] Einschließlich des Fernen Ostens, Indiens, Australiens und Neuseelands, aber ohne den Nahen Osten.

Von der gesamten Ausfuhr des Jahres 1942 gingen 68 v. H. nach dem Britischen Reich (darunter große Lieferungen nach Ägypten für die dort stationierten britischen Streitkräfte) und 18 v. H. nach der UdSSR, die in der Reihe der Empfangsländer der amerikanischen Ausfuhr plötzlich an die zweite Stelle aufrückte.



Iberoamerika ist das einzige Gebiet, gegenüber welchem sich das Handelsergebnis für die Vereinigten Staaten verschlechterte, und zwar sank ihre Ausfuhr stärker als die Einfuhr, so daß ein gegenüber 1941 fast vervierfachter Einfuhrüberschuß von 186 Millionen Dollar verblieb. Der Außenhandel der Vereinigten Staaten wurde schrittweise einer schärferen Kontrolle unterworfen, um möglichst die Gewähr zu erhalten, daß die Ausfuhr nach befreundeten Ländern sich auf Güter beschränkt, die zur Aufrechterhaltung ihrer Kriegswirtschaft und ihrer wesentlichen inneren Struktur erforderlich sind, sowie auf solche

Waren, die im Austausch gegen kriegswichtiges Material geliefert werden müssen. In diesem Sinne wurde zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada ein Abkommen getroffen, das eine Abstimmung der Ausfuhr beider Länder nach Iberoamerika vom 1. Juli 1943 an vorsah. Zu Beginn des Jahres wurden auf Grund eines neuen, auf Dezentralisation der Kontrolle hinzielenden Planes besondere Stellen in den einzelnen iberoamerikanischen Ländern errichtet, die den Bedarf an Einfuhrgütern aus den Vereinigten Staaten prüfen sollen.

Südamerika als Ganzes bezog 1938 etwa die Hälfte seiner Einfuhr aus Europa, während der Anteil Europas an der Ausfuhr zwischen einem Drittel für einige der nördlichen und westlichen Länder und drei Vierteln für die La-Plata-Staaten lag. Die meisten europäischen Länder kauften von Südamerika mehr, als sie dort absetzten. Mit dem Ausfuhrüberschuß gegenüber Europa bezahlte Südamerika zum großen Teil seinen Einfuhrüberschuß gegenüber den Vereinigten Staaten. Der Güteraustausch zwischen den einzelnen südamerikanischen Ländern war gering; 1938 betrug er nur 6 v. H. der Ausfuhr und 9½ v. H. der Einfuhr der iberoamerikanischen Republiken.

Als Folge des Krieges ist der Handel Südamerikas mit Kontinentaleuropa auf einen sehr niedrigen Stand gesunken; Portugal, Spanien, Schweden und die Schweiz sind die einzigen Partner, mit denen noch ein gewisser Handel getrieben wird. Auch der Anteil Großbritanniens ist zurückgegangen, da es für die Briten besonders schwierig ist, den Umfang ihrer Ausfuhr nach den südamerikanischen Ländern aufrechtzuerhalten. Dagegen hat sich der Anteil der Vereinigten Staaten erhöht, und auch der Handel der südamerikanischen Länder untereinander hat zugenommen. Für die Vereinigten Staaten und Kanada ist Südamerika eine wichtige Quelle der Versorgung mit einigen dringend benötigten Rohstoffen geworden, die nicht mehr aus dem Fernen Osten oder anderen gesperrten Gebieten beschafft werden können. Obgleich das Handelsvolumen durch Mangel an Schiffsraum und auch dadurch beeinflußt wurde, daß die Konzentration der nordamerikanischen Produktion auf Kriegsleistungen zu einer

Außenhandel iberoamerikanischer Länder

Land	Währung	Einfuhr		Ausfuhr		Saldo	
		1941	1942	1941	1942	1941	1942
		in Millionen Währungseinheiten					
Argentinien	Papier-Peso	1.277	1.274	1.640	1.976	+ 363	+ 702
Brasilien	Cruzeiro	5.514	4.644	6.729	7.495	+ 1.215	+ 2.851
Chile	Goldpeso	525	622	768	863	+ 243	+ 241
Costa Rica	Colon	100	69	57	59	— 43	— 10
Dominikan. Republik	USA-Dollar	12	12	16	20	+ 4	+ 8
Ekuador	Sucre	150	200	200	299	+ 50	+ 99
Haiti	Gourde	38	41	42	41	+ 4	+ 0
Kolumbien	Peso	170	105	176	192	+ 6	+ 87
Kuba	Peso	134	145	212	182	+ 78	— 37
Mexiko	Peso	915	753	730	992	— 185	+ 239
Panama	Balboa	33	37	4	2	— 29	— 35
Paraguay	Peso	12	17	15	16	+ 3	— 1
Peru	Sol	358	339	494	495	+ 136	+ 156
Salvador	Colon	21	21	28	45	+ 7	+ 24
Uruguay	USA-Dollar	63	64	71	58	+ 8	— 6

Knappheit an Fertigwaren und Maschinen für den Export führte, so wurde doch die mengenmäßige Schrumpfung im Jahre 1942 durch höhere Preise und durch Absatzverträge mit den Vereinigten Staaten wettgemacht.

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß 1942 die Einfuhr nach den iberoamerikanischen Ländern dem Werte nach mit wenigen Ausnahmen zurückgegangen oder auf der Höhe des Vorjahres geblieben ist, während die Ausfuhr wertmäßig im allgemeinen zugenommen hat. Die Folge war in den meisten Fällen ein erhöhter Ausfuhrüberschuß, der den iberoamerikanischen Ländern reichere Reserven an flüssigen Auslandsmitteln verschaffte, als sie jemals besessen hatten. Da nur wenig Gelegenheit zur Verwendung von Geldern im Auslande vorhanden ist, haben diese Länder anscheinend nur etwa 20 v. H. der ihnen in den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellten Kredite in Anspruch genommen. Die Höhe der auf Grund der Leih- und Pacht-Regelung gewährten Kredite, die hauptsächlich Rüstungszwecken dienen, wurde nicht veröffentlicht; aus einer Anfang 1943 veröffentlichten Statistik der Export-Import-Bank ist aber zu ersehen, daß bei einem Gesamtbetrag an genehmigten Krediten von 1.099 Millionen Dollar nicht weniger als 743 Millionen an iberoamerikanische Länder gewährt waren, daß jedoch nur 137 Millionen Dollar tatsächlich ausgezahlt wurden, und zwar hauptsächlich an Brasilien. Nach Berechnungen der National City Bank in New York haben sich die gesamten Gold- und Devisenreserven von elf iberoamerikanischen Ländern in raschem Anstieg von 775 Millionen Dollar im Jahre 1940 auf 1.325 Millionen Ende 1942 und auf etwa 1,5 Milliarden Dollar Ende März 1943 erhöht.

Bei den einzelnen Waren bietet die Ausfuhr keineswegs ein einheitliches Bild. Der Export einiger der wichtigsten iberoamerikanischen Waren, wie etwa Kaffee, Kakao, Weizen, Mais und Leinsamen, der zwar noch immer einen hohen Prozentsatz des Außenhandels ausmacht, ist weiter zurückgegangen, während die Ausfuhr anderer Erzeugnisse, wie Fleisch, Baumwolle, Salpeter und Mineralerze sich entweder behauptet oder an Bedeutung gewonnen hat. Das Interesse der Vereinigten Staaten war nämlich auf Metalle, Mineralien und einzelne landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Gummi, Zucker, Wolle, Baumwolle und Fleisch, gerichtet, die entweder kriegswichtig oder aus den früheren Versorgungsquellen nicht mehr erhältlich sind. Hinsichtlich anderer Produkte, wie Kaffee und Kakao, die für die Kriegführung nur untergeordnete Bedeutung haben, für die aber die Vereinigten Staaten normalerweise starke Abnehmer sind, verfolgte Washington die Politik, umfangreiche, auf eine Reihe von Jahren sich erstreckende Käufe abzuschließen, selbst wenn Schiffsraum nicht zur Verfügung stehen sollte. An anderen landwirtschaftlichen Produkten, wie etwa Weizen oder Mais, hat Nordamerika, das sie selbst hervorbringt, weniger Interesse; die in den Erzeugungsländern sich ansammelnden beträchtlichen Vorräte dieser Waren wurden von den eigenen Regierungen aufgekauft, die damit eine schwere finanzielle Last auf sich nahmen. Mit der wachsenden Notwendigkeit, die industrielle Leistung in den Vereinigten Staaten auf die Kriegsproduktion zu konzentrieren, gaben diese 1942 der Einfuhr von Halbfabrikaten den Vorzug (Metalle, Textilwaren, Büchsenfleisch an Stelle von Erz, Rohbaumwolle und Gefrierfleisch), also von Gütern, die im Vergleich zu ihrer Masse einen höheren

Wert haben; dies hat dazu beigetragen, daß die iberoamerikanische Ausfuhr die Tendenz hat, mengenmäßig unter den Stand des Jahres 1941 zu sinken, obwohl ihr Gesamtwert bedeutend höher war. Im März 1943 beschloß das Interamerikanische Kaffeeamt, für das am 30. September 1943 ablaufende Quotenjahr die für 1940/41 festgesetzte Grundquote der Kaffee-Einfuhr nach den Vereinigten Staaten nunmehr beinahe zu verdoppeln, so daß im Quotenjahr 1942/43 insgesamt 27,9 Millionen Sack (zu 60 Kilogramm) nach den Vereinigten Staaten einzuführen sind, statt der zuletzt auf 19,7 Millionen Sack heraufgesetzten Menge; Nutznießer der Erhöhung sind hauptsächlich Brasilien und Kolumbien.

Der zwischenstaatliche Handel innerhalb Südamerikas war früher und ist weitgehend auch jetzt noch erschwert einerseits durch den Wirtschaftsaufbau der einzelnen Länder (die mit ihrer Erzeugung entweder im Wettbewerb stehen oder, soweit sie verschiedenartig ist, einander nicht ergänzen) und andererseits durch zu geringe Transportmöglichkeiten. Der überwiegende Teil dieses Handels wickelt sich noch immer zwischen Brasilien und Argentinien oder zwischen je zwei benachbarten Ländern ab. Indessen haben verschiedene Republiken Handelsverträge untereinander geschlossen, so daß der Güteraustausch zwischen ihnen zunimmt. So liefert Brasilien Baumwollwaren an ganz Südamerika; Kolumbien führt Kohle nach Argentinien aus, das sich bereit erklärt hat, zehn Jahre lang die ganze Förderung abzunehmen; Argentinien verkauft Weizen an Bolivien und Brasilien, und Brasilien hat sich bereit gefunden, während der nächsten zehn Jahre alles in bestimmten Bezirken Boliviens gewonnene Öl zu kaufen; auch der Bau einer Ölleitung zwischen den beiden Ländern ist geplant. Außerdem beweist der Umstand, daß Fertigwaren und Halbfabrikate in erhöhtem Maße in den Außenhandelsausweisen erscheinen, daß der Industrialisierungsprozeß Fortschritte macht; ihr Tempo ist aber verhältnismäßig bescheiden, da abgesehen von den psychologischen und anderen bei einer solchen Umstellung unvermeidlichen Schwierigkeiten noch besondere Hindernisse bestehen, wie die Schiffsraumknappheit und die zeitweilige Unmöglichkeit für die Lieferländer, mit dem Bedarf Südamerikas an industrieller Ausrüstung Schritt zu halten.

Das Ansteigen des Ausfuhrüberschusses Argentiniens von 363 Millionen Peso im Jahre 1941 auf 702 Millionen im Jahre 1942 beruht auf den höheren Preisen einiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie Fleisch, Wolle, Häute, und auf dem vermehrten Absatz von Fertigwaren, insbesondere Textilwaren. Infolge geringerer Verschiffungen von Weizen, Mais und Leinsamen bei einer Schrumpfung der Zufuhren von Rohstoffen (namentlich von Kohle und Eisen) wie Maschinen ging sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr mengenmäßig zurück, wobei die letztere auf den niedrigsten Stand seit fünfzig Jahren sank. Daß 1942 die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen beinahe ebenso hoch war wie die Getreideausfuhr, bedeutet für den argentinischen Außenhandel eine erhebliche Wandlung, die übrigens wahrscheinlich nicht auf die Kriegszeit beschränkt bleiben wird. Argentinien ist dasjenige Land in Südamerika, dessen Außenhandel unter den Auswirkungen des Krieges am meisten gelitten hat. 1938 nahm der europäische Kontinent über 40 v. H. der argentinischen Ausfuhr auf, während nur 8 v. H. nach den Vereinigten Staaten gingen, die infolge des

Wettbewerbs der Landwirtschaft beider Länder nur einen begrenzten Absatzmarkt für die wichtigsten Agrarprodukte Argentiniens boten. Die Einbuße, die dieses Land durch die Unterbindung des Handels mit Festlandeuropa erlitten hat, konnte in dem erhöhten Umsatz mit den Vereinigten Staaten und dem verstärkten Handel mit anderen südamerikanischen Ländern, deren Anteil von 10 v. H. im Jahre 1938 auf etwa 20 v. H. im Jahre 1942 gestiegen ist, nur teilweise einen Ausgleich finden.

In Brasilien werden seit April 1942 keine amtlichen Außenhandelsausweise mehr veröffentlicht; die Zentralbank berichtete aber, daß 1942 ein Ausfuhrüberschuß von etwas weniger als 3 Milliarden Cruzeiro oder rund 130 v. H. mehr als im Vorjahr vorhanden war. Die Verschiffungen von Kaffee, Kakao und Baumwolle nahmen ab, einige dieser Rückgänge wurden aber durch höhere Preise wettgemacht. Kautschuk und Manganerz wurden in größerem Umfang ausgeführt. Im Gegensatz zu Argentinien hatten die brasilianischen Erzeugnisse bessere Absatzmöglichkeiten in den Vereinigten Staaten, die schon vor dem Kriege mehr als ein Drittel der brasilianischen Ausfuhr aufnahmen. Der Reichtum Brasiliens an Bodenschätzen hat die Entwicklung seiner Industrie erleichtert, und infolge der Steigerung der Baumwollerzeugung ist es an die vierte Stelle unter den Baumwollproduktionsländern der Welt aufgerückt. Brasilien ist übrigens auch das einzige Land, das die Baumwollerzeugung das ganze Jahr hindurch aufrechterhalten kann, nämlich abwechselnd im Norden und im Süden; zudem vermag es jede Baumwollqualität hervorzubringen. Auch die Textilindustrie hat starke Fortschritte zu verzeichnen: ihre Erzeugung ist von 823 Millionen Meter im Jahre 1940 auf 1,5 Milliarden Meter im Jahre 1942 gestiegen.

Uruguays Handelsbilanz ist zwar gegenüber den Vereinigten Staaten aktiv, im ganzen genommen aber passiv infolge der Absatzschwierigkeiten für seinen Überschuß an Wolle. Chile kamen bedeutende Exporte von Kupfer, Salpeter, Wolle und Gefrierfleisch zustatten; Peru verschifft als wichtigste Ausfuhrware Zucker, außerdem Baumwolle, Öl und Metallerze. Um das Land für den Verlust des japanischen Marktes zu entschädigen, der für den Absatz seiner Baumwolle sehr wichtig war, haben sich die Vereinigten Staaten bereit erklärt, Baumwolle, Mineralien und Kautschuk von Peru zu kaufen.

Der internationale Handel in den unter mehr oder weniger unmittelbaren Einfluß Japans gelangten Gebieten Ostasiens hatte 1938 (einschließlich Japans, aber ohne China) einen Wert von 4,8 Milliarden Dollar oder etwas mehr als 10 v. H. des gesamten Welthandels in jenem Jahr. Seit 1940 stellte in diesem Gebiet ein Land nach dem anderen die Veröffentlichung der Außenhandelsstatistik ein, und auch an sonstigen Angaben über ihren Handel liegt nur wenig vor; es können aber einige Bemerkungen über die handelspolitischen Grundsätze gemacht werden, welche die Behörden in den einzelnen Gebieten anzuwenden versucht haben. In Mandschukuo wurde der Ausbau der auf den reichen Kohlen- und Eisenlagern des Landes beruhenden Schwerindustrie in den dreißiger Jahren fast ausschließlich mit Hilfe von

japanischem Kapital und japanischen Betriebseinrichtungen durchgeführt; die Ausfuhr nach Japan bestand aus Rohstoffen für die Schwerindustrie und aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen. So belief sich z. B. die japanische unmittelbare Kapitalbeteiligung an dem ersten Fünfjahresplan, der die Zeit von 1937 bis 1942 umfaßte, auf 4 Milliarden Yen bei einer Gesamtinvestition von 6,7 Milliarden Yen. Zur Verringerung der Abhängigkeit von Japan wurde Anfang 1942 ein neuer Fünfjahresplan angenommen, der die Anlage von japanischem Kapital beschränkte und eine stärkere Ausfuhr von Mineralien und Halbfabrikaten nach Japan vorsah. Gleichzeitig wurden Maßnahmen getroffen, um in Mandschukuo den Ausbau leichter Industrien zur Herstellung von Artikeln des täglichen Gebrauchs zu beschleunigen und auch die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, mit dem Ziel, einen größeren Teil des Überschusses nach Japan auszuführen.

Die Innere Mongolei bildete bis zu ihrer Selbständigmachung im Jahre 1938 mit einem Überschuß in ihrer Außenbilanz wirtschaftlich einen Teil von Nordchina. Dieses Verhältnis änderte sich wesentlich durch die Politik der unabhängigen Regierung, welche die Zentralbank der Inneren Mongolei gründete, um die Finanzierung neuer Anlagen zu erleichtern; es handelt sich hauptsächlich um die Ausbeutung von Eisen- und Kohlenvorkommen und um die Förderung von Ackerbau und Viehzucht, der herkömmlichen Erwerbszweige des Landes. Es ergaben sich aber Schwierigkeiten, teils infolge verheerender Überschwemmungen im Sommer 1939, teils aber auch infolge der für die Neuinvestierungen benötigten bedeutenden Einfuhr an industrieller Ausrüstung. 1941 änderte sich die Lage jedoch von neuem; die Zahlungsbilanz ergab in diesem Jahre einen Überschuß von schätzungsweise 34 Millionen Yüan und im ersten Vierteljahr 1942 einen Überschuß von 8 Millionen Yüan. Die Zentralbank veranlaßte eine Untersuchung über die Entwicklung leichter Industrien und half bei der Aufbringung des erforderlichen Kapitals. Die nebenstehenden Meßziffern zeigen die Entwicklung einiger Industriezweige bis zum Ausbruch des Krieges im Pazifik.

Industrielle Produktion der Inneren Mongolei
(1941 = 100)

Jahr	Mühlenprodukte	Kleider und Hüte	Chemische Erzeugnisse	Metalle	Bearbeitung von Mineralien
1938	90	7	—	—	—
1939	126	43	12	53	40
1940	104	56	63	120	93
1941	100	100	100	100	100

Nordchina bereitete 1941 einen Fünfjahresplan vor, dessen Ausführung aber durch den Ausbruch des Krieges im pazifischen Raum beeinträchtigt wurde. Der Plan erstrebte eine Steigerung der Produktion und Verwendung von Kohle, Eisen und Salz für technische Zwecke. Eingeführt werden Nahrungsmittel, deren Bezahlung durch die Überweisungen der in Mandschukuo beschäftigten Arbeiter erleichtert wird. Nach der Zollstatistik hatte der Außenhandel Nordchinas 1936 einen Wert von 332 Millionen Yüan, und in den zwölf Monaten von November 1940 bis Oktober 1941 belief sich der Handelsumsatz auf 1.383 Millionen Yüan. Aus dieser Zunahme darf jedoch nicht auf ein größeres Handelsvolumen geschlossen werden, da die Preise der meisten Waren im nordchinesischen Handel bis 1941 auf das Drei- oder Vierfache ihres Standes im Jahre 1936 gestiegen waren.

In den übrigen Teilen des von Japan beherrschten chinesischen Gebietes liegen drei Hauptzentren des Wirtschaftslebens: Schanghai, Kanton und Hankou. Schanghai hat die größte Bedeutung und auch die engste Verbindung mit der Nanking-Regierung. Durch den Ausbruch des Krieges im Pazifik wurde es weitgehend von seinen gewöhnlichen Absatzmärkten und Versorgungsquellen abgeschnitten. Mit Unterstützung der japanischen Regierung wurde die Wiederingangsetzung der örtlichen Industrien gefördert; außerdem wurden Tauschverträge mit Nordchina, Mandschukuo und der Inneren Mongolei abgeschlossen. Auch im Gebiet von Kanton, das mit dem bedeutenden Außenhafen Hongkong den Mittelpunkt des Handels von Südchina bildet, wurde der Verkehr durch den Krieg schwer gestört. Die für dieses Gebiet lebenswichtige Seidenausfuhr sank beinahe auf den Nullpunkt, doch wurden Anstrengungen unternommen, den Inlandsverbrauch anzuregen. Sofort nach der Besetzung von Hongkong brachten die japanischen Behörden eine Reihe von Tauschvereinbarungen zwischen dieser Stadt und Kanton, Swatau, Amoy, Hainan und den Philippinen zustande. Im Juni 1943 wurde ein Tauschabkommen mit Zentralchina geschlossen, auf Grund dessen Hongkong von April 1943 bis März 1944 Waren im Gesamtwert von 17 Millionen Yen ausführen und Einfuhrgüter im Betrage von 25 Millionen Yen abnehmen soll. Durch diese Vereinbarungen ist Hongkong ein Mittelpunkt für den Tauschhandel zwischen China und dem südwestpazifischen Raum geworden.

Im Mai 1941 wurden zwischen Japan und Französisch-Indochina Handelsverträge geschlossen, die gegenseitige Erleichterungen namentlich für die Errichtung von Handelsniederlassungen und für den Schiffsverkehr gewähren. Im September 1942 wurde ein Tauschvertrag mit Mandschukuo und Nordchina unterzeichnet und im März 1943 ein neuer Tauschvertrag (der zweite seiner Art) mit Japan, der eine erhöhte Ausfuhr von Harz, Nutzholz, gelbem Flachs, Reis, Rindshäuten, Knochen und anderen Rohstoffen aus Französisch-Indochina gegen die Einfuhr von Gebrauchswaren aus Japan vorsieht.

In Verlautbarungen japanischer Militär- und Marinebehörden wurde die Einleitung einer großzügigen Umgestaltung des Wirtschaftsaufbaus im südwestpazifischen Raum verkündet. Früher war dort die Rohstoffproduktion stark entwickelt, während die meisten Industrieerzeugnisse für den Bedarf des täglichen Lebens im Fernhandel eingeführt wurden. Als der Krieg eine Unterbrechung der Handelsbeziehungen und einen Mangel an Schiffsraum mit sich brachte, entstanden bei einigen Waren Überschüsse, bei anderen Verknappungen; zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten, aber auch aus anderen, mehr für die Dauer geltenden Gründen ging man dazu über, in diesem Gebiet eine Anzahl leichter Industrien zu schaffen, die im wesentlichen den örtlichen Bedarf decken sollen.

Auf Grund eines Fünfjahresplanes für die Baumwollerzeugung in den Südgebieten (einschließlich Birmas) wurden die Baumwollpflanzungen auf den Philippinen und auf Sumatra stark ausgedehnt. Bei den übrigen landwirtschaftlichen Produkten verfolgen die Behörden den Grundsatz, daß die Nahrungsmittelerzeugung gefördert werden soll, sofern es dazu beiträgt, einen

höheren Grad von Selbstversorgung für den laufenden Verbrauch sicherzustellen. So wurde beispielsweise geplant, einen Teil des Zuckerrohranbaus durch die Gewinnung anderer, dringender gebrauchter Nahrungsmittel zu ersetzen. Es ist auch beabsichtigt, die Bodenschätze und industriellen Hilfsquellen der Länder auszubeuten und zu entwickeln, soweit es die Umstände zulassen.

Die im Fernen Osten erkennbaren Tendenzen sind ein aufschlußreiches Beispiel nicht nur für die Schwierigkeiten, die sich aus einer Trennung lange bestehender Handelsverbindungen ergeben, sondern auch für die möglichen Maßnahmen zu einer planmäßigen Milderung dieser Schwierigkeiten. Von der in verschiedenen Teilen der Welt im Laufe des Krieges neu geschaffenen Konsumgüterproduktion wird vermutlich einiges auch nach dem Ausnahmezustand erhalten bleiben; es kann aber kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß sich die durch natürliche Vorteile gelenkten großen Handelsströme von neuem durchsetzen werden, sobald wieder ein Handelsverkehr auf normalerer Grundlage aufgenommen wird. Der gegenwärtige Krieg hat wohl gezeigt, daß ein Staat (der Steuern erheben und Kredit in Anspruch nehmen kann) die meisten von ihm benötigten Waren (oder brauchbare Austauschstoffe) erhalten kann, solange er bereit ist, den Preis dafür, wie hoch er auch sei, zu zahlen. Sobald aber die mannigfachen Bedürfnisse des gewöhnlichen Verbrauchs und die finanzielle Belastung des Staates nicht mehr außer Betracht bleiben können, wird sich das Problem von einer anderen Seite zeigen; der gezahlte Preis und die dafür erhältliche Menge werden wieder ernster Erwägung bedürfen und mit ihnen auch die Frage der günstigsten Produktionsbedingungen.

In der Zeit unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten wird ein großer Teil des Welthandels voraussichtlich noch weiter in der Hand staatlicher Stellen liegen. Die Demobilisation wird Zeit brauchen, und es werden vermutlich Lieferungen von dringend benötigten Gütern an notleidende Länder unter nicht rein geschäftlichen Gesichtspunkten stattfinden. Ein Teil dieser Güterbewegung wird zweifellos vorübergehender Natur sein und nur die Lücke ausfüllen, bis die normalen Versorgungsquellen wieder erschlossen sind; ein anderer Teil dürfte aber einen dauernden Handelsstrom zur Folge haben, der so bald wie möglich auf eine kommerzielle Grundlage gestellt werden muß. Es ist äußerst wichtig, daß der Zahlungsverkehr wieder in regelmäßiger geschäftlicher Form aufgenommen werden kann, denn sonst könnte der Güterstrom kaum lange weiterfließen, und ein Stillstand wäre sowohl für den Produzenten wie für seinen Abnehmer von Nachteil. Die staatlichen Stellen haben also selbst allen Grund, bei der Schaffung der Voraussetzungen für einen stetigen Gang des Handels mitzuhelfen. Gegen den Handel für amtliche Rechnung wurde oft der Vorwurf erhoben, daß er eine gewisse Willkürlichkeit in den internationalen Handel bringe, indem plötzlich Aufträge von dem einen Markt auf den anderen verlegt werden, und zwar nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen, sondern aus politischen oder anderen Gründen. Dagegen ist der private Handel bemüht, unmittelbare Verbindungen zwischen den Handels-

häusern verschiedener Länder herzustellen, und die so geschaffenen Beziehungen zeichneten sich gewöhnlich durch eine große Dauerhaftigkeit aus. Unter diesen Umständen waren die Kaufleute allerdings noch dem Wettbewerb in Preis und Güte der Waren ausgesetzt, aber sie brauchten nicht damit zu rechnen, daß die mit einem Handelspartner bestehende Verbindung aus Erwägungen außerwirtschaftlicher Art getrennt würde. Wenn also der Handel auf gewissen Gebieten und mit bestimmten Ländern auch in Zukunft einer amtlichen Lenkung unterworfen bleibt, wird es mehr als je auf die Einsicht ankommen, daß Stetigkeit zu den Voraussetzungen eines erfolgreichen internationalen Handels gehört.

Kein Land kann vertrauensvoll eine für Auslandsmärkte bestimmte Produktion unternehmen, wenn es befürchten muß, daß die Nachfrage durch Ursachen, die nichts mit dem Preis und der Beschaffenheit der hergestellten Waren zu tun haben, plötzlich umgeleitet werden kann. Es war ja lange Zeit ein beliebtes Argument der Anhänger des Schutzzolls, daß der Handel außergewöhnlichen Risiken unterworfen ist, die von der Wirtschaft bei ihren geschäftlichen Entschließungen nicht voll in Rechnung gestellt werden und die daher den Staat nötigen, besondere Sicherungen zu schaffen. Dieses Argument läßt sich nur entkräften, wenn mit einem angemessenen Grad von Stetigkeit im internationalen Güter- und Leistungsverkehr gerechnet werden kann. Zu einer Besserung in dieser Hinsicht bedarf es einerseits entsprechender Zusicherungen der staatlichen Stellen bezüglich der eigenen Handelstätigkeit, außerdem aber einer Handels- und Währungspolitik, welche eine Gewähr gegen plötzliche Änderungen der Währungskurse und gegen unerwartete Erhöhungen der Zollschranken bietet. Von 1925 bis 1929 wurden in der Stabilhaltung der Kurse und in der Vermeidung quantitativer Beschränkungen des internationalen Handels schon bedeutende Fortschritte erzielt; der Erfolg war aber nur von kurzer Dauer. Die Zollerhöhungen und Währungsabwertungen im Jahre 1930 und in den folgenden Jahren sind nur zu verstehen, wenn sie als eine Reaktion gegen den tiefen — und regellosen — Sturz der Warenpreise aufgefaßt werden, der nach 1929 die Weltmärkte und die Wirtschaft vieler Länder in Unordnung brachte. Die Stetigkeit im Außenhandel hängt somit weitgehend von der Stabilität des allgemeinen Preisniveaus ab.

Diese Stabilität wird aber nicht leicht zu erreichen sein. Viele Probleme, nicht nur währungspolitischer Natur, werden auftauchen, und einige davon werden sich am besten — wenn nicht allein — durch international vereinbarte Maßnahmen lösen lassen. Eines dieser Probleme wird darin bestehen, eine der Steigerung der Produktion entsprechende gleichzeitige Erweiterung der wirksamen Nachfrage sicherzustellen, und zwar ohne eine gefährliche Kreditinflation aufkommen zu lassen, der leicht wieder ein Rückschlag folgen kann. Für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege kann man hoffen, daß der Überfluß an aufgestauter Kaufkraft wahrscheinlich eine starke Nachfrage nach Gütern und Diensten schaffen wird, bei welcher — nach einer verhältnismäßig kurzen Atempause — die Entwicklung des Nachkriegs-Exporthandels weniger schwierig sein dürfte, als häufig befürchtet wird. Nach dem Kriege 1914–18 war der Welthandel bis 1929 trotz aller Hemmnisse mengenmäßig um beinahe 30 v. H. über den

Stand von 1914 gestiegen. In den ersten Jahren nach dem gegenwärtigen Kriege werden die Hauptaufgaben auf dem Gebiet des internationalen Handels vermutlich sein, ein praktisches Verfahren zur Finanzierung von Rohstofflieferungen zu finden und auf dem Währungsgebiet solche Maßnahmen zu vermeiden, die geeignet wären, einen willkürlichen Einfluß auf die Handelsströme auszuüben, wie es namentlich bestimmte Formen der Devisenbewirtschaftung tun. Auch hier wieder muß das Ziel sein, eine Ordnung herzustellen, die einen ständigen Fortschritt des internationalen Austauschs von Gütern und Leistungen und damit in denjenigen Zweigen jeder einzelnen Volkswirtschaft gestattet, deren Tätigkeit auf den Verkehr mit anderen Ländern gerichtet ist.

In kleinen Ländern bildet der Außenhandel in der Regel einen bedeutenderen Teil des Wirtschaftslebens als in den größeren; man kann daher sagen, daß jene mehr als diese von den Verhältnissen im Auslande abhängig sind. Diese stärkere Abhängigkeit der kleinen Länder muß einen Einfluß auf ihre Wirtschaftspolitik ausüben; sie zwingt sie z. B. dazu, ihr Kosten- und Preisgefüge rascher den Änderungen auf den Weltmärkten anzupassen. In mancher Hinsicht mag dieser Zwang seine Nachteile haben (ebenso wie für kleine Länder die Enge des heimischen Marktes hinderlich sein kann); gleichzeitig führt aber die Rücksicht auf ausländische Tendenzen zu einer größeren Beweglichkeit, als sonst nötig wäre. Es ist daher weniger wahrscheinlich, daß diese Länder lange in einer unausgeglichenen Lage bleiben werden; sie können es sich nicht leisten, zu vergessen, daß kluge Anpassung an veränderte Umstände zu den Erfordernissen des Fortschritts gehört. Ebenso wie auf anderen Gebieten des menschlichen Handelns der Grundsatz der Beharrung durch den des Wechsels ergänzt werden muß, so muß auch im Außenhandel sowohl die Notwendigkeit der Stetigkeit wie der Beweglichkeit beachtet werden — zwei Forderungen, die widerspruchsvoll erscheinen mögen, in der Praxis aber in Einklang gebracht werden können und müssen.

3. DIE PREISBEWEGUNGEN

In gewöhnlichen Zeiten gaben die Preiskennziffern die Bewegungen der Preise im allgemeinen mit bedeutender Genauigkeit wieder, wie z. B. ein Vergleich von Indexreihen zeigte, die eine ungleiche Anzahl von Waren erfaßten oder mit verschiedenen Gewichtungen berechnet waren. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen dagegen, wo zahlreiche Preise zwar amtlich festgesetzt sind, aber nicht immer tatsächlich eingehalten werden, ist es erheblich schwieriger, einen den tatsächlichen Veränderungen des Preisniveaus völlig entsprechenden Ausdruck zu finden. Zu berücksichtigen ist ferner, daß ein Preisindex als solcher nichts darüber aussagt, in welchem Umfang die zu seiner Berechnung herangezogenen Güter und Leistungen am Markt erhältlich sind. Gleichwohl aber hat der Lebenshaltungsindex in einer wachsenden Zahl von Ländern insofern an Bedeutung gewonnen, als seine Änderungen als Grundlage für die Anpassung von Löhnen und anderen Bezügen wenn nicht gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben, so doch mindestens tatsächlich anerkannt werden.

Unter diesen Umständen wird die Errechnung einer jeden Indexzahl zu einer Angelegenheit von allgemeinem Interesse, und sogar in der breiten Öffentlichkeit werden Fragen erörtert wie etwa die, ob die indirekten Steuern in die für den Index zusammengestellten Preisnotierungen einzurechnen seien oder nicht.

Ein Lebenshaltungsindex hat den Zweck, Veränderungen in den Aufwendungen zu messen, die zu einer gleichbleibenden Lebenshaltung für eine bestimmte Einkommengruppe erforderlich sind. Häufig wird aber auch versucht, ergänzende Meßziffern mit anderer Bestimmung zu errechnen. So wurden in verschiedenen Ländern Indexreihen zusammengestellt, die angeben sollen, welche Einkommensänderungen erforderlich sind, damit eine bestimmte Einkommengruppe einen gleichbleibenden Teil der erhältlichen Güter und Leistungen erwerben kann, d. h. unter Berücksichtigung der kriegsbedingten Kürzung der Versorgung, wie sie sich z. B. im Rationierungssystem zeigt. Es wird manchmal angenommen, daß solche subsidiäre Meßziffern unmittelbar einen Maßstab für die Erhöhungen bilden können, welche die Lohnsätze in verschiedenen Einkommengruppen erfahren sollten; ein Beispiel ist der „Ausgaben-Index" in der Schweiz, der die Veränderungen des Betrages messen soll, der für die gekürzte Versorgung mit den tatsächlich erhältlichen Gütern und Leistungen erforderlich ist. In anderen Ländern wurde der Grad des Ausgleichs in v. H. der Erhöhung der allgemeinen Preiskennziffer festgesetzt, ein Verfahren, das vielleicht willkürlicher ist, praktisch aber oft zu dem gleichen Ergebnis führte wie in der Schweiz, nämlich zu einer Vergütung von durchschnittlich etwa der Hälfte der Teuerung. In wieder anderen Ländern steht die Lohngestaltung in weniger enger Beziehung zu den Änderungen der Lebenshaltungskosten; die beiden Grenzfälle sind Deutschland, wo seit Kriegsbeginn (in Wirklichkeit sogar seit 1933) ein „Lohnstop" in Kraft ist, und (für eine bestimmte Zeit) die Vereinigten Staaten, wo bis zum Herbst 1942 noch Lohnerhöhungen verschiedenen Grades als Mittel dienten, Arbeiter für wichtige Produktionszweige zu gewinnen, vor allem für die in erster Reihe stehenden Kriegsindustrien. Aber auch dort, wo ein Ausgleich auf Grund einer „wissenschaftlich" errechneten Ausgaben-Indexzahl erfolgte, hat das Einkommen der Bevölkerung fast überall das gleichzeitige Angebot der für die Verbraucher erhältlichen Waren und Dienstleistungen überschritten; der Grund liegt in den erheblichen zusätzlichen Einkommen, die durch Zunahme der Anzahl der beschäftigten Männer und Frauen, längere Arbeitszeit und größere Verbreitung der Akkordarbeit, aber auch durch andere Zahlungen entstehen, wie z. B. durch die Unterstützung der Frauen und Kinder der zu den Waffen einberufenen Männer. Unter den Maßnahmen, die dagegen ergriffen wurden, daß die überschüssige Kaufkraft der Bevölkerung die Preise zu stark nach oben treibt, ist die Preislenkung naturgemäß eine der wichtigsten.

Um ein Anziehen der Kennziffer der Lebenskosten zu verhüten, das Anlaß zu einer Lohnsteigerung und damit zu einer Erhöhung sowohl der Kaufkraft der Bevölkerung wie der Produktionskosten geben könnte, haben die Behörden verständlicherweise versucht, alle Aufwärtsbewegungen derjenigen Warenpreise in möglichst engen Grenzen zu halten, die einen Einfluß auf die regelmäßig veröffentlichte Statistik der Lebenskosten haben. In vielen Fällen

haben die für die Indexzahlen verantwortlichen Stellen beim Sammeln der zugrunde gelegten Preisnotierungen offensichtlich unterlassen, jede etwa eingetretene Qualitätsverschlechterung der am Markt vorhandenen Erzeugnisse zu berücksichtigen. Es gibt indessen auch andere Methoden der Index-Stabilisierung: eine davon besteht darin, solche Warenpreise, die einen starken Einfluß auf die Lebenskosten haben, durch Zuschüsse niedrig zu halten; eine andere darin, daß von der Erhebung von Verbrauchsteuern und anderen indirekten Abgaben auf solche Waren und Dienstleistungen abgesehen wird, deren Preise bei der Errechnung der Kennziffer der Lebenskosten eine Rolle spielen.

Zur Lösung gewisser technischer Fragen, die sich bei der Indexberechnung ergeben, wenn Waren nicht mehr in derselben Menge und Güte vorhanden sind, hat in steigendem Maße die sogenannte „Ketten"-Methode Anwendung gefunden. Als eines der ersten Länder hat Deutschland dieses Verfahren im gegenwärtigen Kriege eingeführt; seinem Beispiel folgten später eine beträchtliche Zahl von Ländern.

In Deutschland wurde die Preisüberwachung 1942 im wesentlichen ebenso wie im Vorjahr gehandhabt. Trotz wachsender Schwierigkeiten blieben die Preise für rationierte Waren ziemlich unverändert, während die für Rüstungsaufträge und anderen Staatsbedarf gezahlten Preise anscheinend vollständig unter Kontrolle standen und sogar verschiedentlich, wie im Falle der Kartellpreise, herabgesetzt wurden.

Preise und Lohnsätze in Deutschland

Zeit	Großhandelspreise	Lebenshaltungskosten	Tarif-Stundenlöhne
1928, Durchschnitt .	100	100	100
1932, Dezember . .	66,0	77,9	84,2
1936, Dezember . .	75,0	81,9	83,5
1939, Januar-Juni .	76,1	83,1	84,2
1942, Dezember . .	82,4	89,5	85,9
1943, Juni	82,9	91,9	.

Von dem 1932 erreichten niedrigen Stand wurden in den folgenden vier Jahren die Großhandelspreise um fast 15 v. H. und die Lebenshaltungskosten um 5 v. H. heraufgesetzt; der Zweck war, den Unterschied zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Preisen zu verringern und überhaupt ein besseres Gleichgewicht im Kosten- und Preisgefüge herzustellen. Die Lohnsätze wurden auf dem Stande gehalten, auf den sie in den Jahren 1928 bis 1932 gesunken waren; infolge vermehrten Arbeitseinsatzes und längerer Arbeitszeit ist aber das gesamte Arbeitseinkommen bedeutend gestiegen. Im Herbst 1936 wurde, so kann man sagen, der Preisangleichungsprozeß mit der Einführung des „Preisstops" abgeschlossen, der später durch den ausdrücklich verkündeten und in Deutschland strenger als in jedem anderen Lande angewandten „Lohnstop" ergänzt wurde. Indessen werden in Deutschland auch die Nachteile eines mehr oder weniger starren Preisgebäudes nicht verkannt — und zwar nicht nur die Gefahr, daß bei diesem System der nützliche Einfluß der Preise bei der Bestimmung der Produktionsrichtung verhindert wird, sondern auch die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einer Kräftevergeudung und anderen Mißständen führen kann. Andererseits ist man aber überzeugt, daß

in Kriegszeiten kein anderes Verfahren eine kumulative Preissteigerung verhindern kann. Durch gewisse Verbesserungen des Systems versuchte man, wenigstens einige der nützlichen Wirkungen zu erzielen, die sich in gewöhnlichen Zeiten durch das Zusammenspiel von Kosten und Preisen ergeben. Der Grundgedanke war, durch Rationalisierung die Leistung zu steigern oder, mit anderen Worten, unter Anreizung des Gewinnstrebens eine Senkung der Kosten herbeizuführen, während die Preise mehr oder weniger unverändert bleiben. Dies war der Zweck des Ende 1941 eingeführten Verfahrens der Einheits- und Gruppenpreise, dessen Grundzüge sich wie folgt zusammenfassen lassen: 1) die Preise richten sich nach der Leistung und nicht nach den Kosten; 2) sie werden nicht zwischen den Parteien ausgehandelt, sondern von einer amtlichen Stelle meist nach Rücksprache mit Vertretern des betreffenden Wirtschaftszweiges festgesetzt; 3) sie werden einheitlich für alle Produzenten oder für bestimmte Gruppen von ihnen vorgeschrieben, was die Kontrolle wesentlich vereinfacht. Durch dieses zuerst bei Rüstungsaufträgen angewandte Verfahren wurden viele Tausende von Artikeln erfaßt, und es sind Bemühungen im Gange, es auch auf Waren des zivilen Verbrauchs auszudehnen.

Im Jahre 1942 schuf ein wachsendes Mißverhältnis zwischen den Inlands- und Auslandspreisen eine schwierige Lage. Der steile Preisanstieg in den Ländern, die Deutschlands wichtigste Handelspartner im Donauraum sind, konnte nur im Verkehr mit Rumänien durch Berichtigungen der Clearingkurse zu einem erheblichen Teil ausgeglichen werden.

Es ist berechnet worden, daß in Deutschland die Aufwendungen für die Ernährung etwa 50 v. H. der Ausgaben einer Durchschnittsfamilie ausmachen (gegen 15 v. H. für Miete und 10 v. H. für Kleidung); vor dem Kriege bestand etwas mehr als ein Viertel der gesamten deutschen Einfuhr aus Nahrungsmitteln; der bedeutende Preisanstieg in den landwirtschaftlichen Ausfuhrländern und die Notwendigkeit, die Erzeugung im Inland anzuspornen, veranlaßten die Behörden zur Bewilligung einiger Preiserhöhungen (für Milch, Butter, Schweinefleisch, Kartoffeln und Gemüse); eine Benachteiligung der Verbraucher wurde aber zum großen Teil durch erhöhte Zuschüsse vermieden.

Außerdem wurden, wie in früheren Jahren, wieder Maßnahmen getroffen, um die Preise der wichtigsten zwischen Deutschland und anderen Ländern ausgetauschten Waren im Verhandlungswege festzulegen. Zwischen Deutschland und Italien war ein Preisstop für den gegenseitigen Handel grundsätzlich schon im Oktober 1941 vereinbart worden, und im März 1942 wurden in Verhandlungen zwischen beiden Ländern eine ganze Reihe von Preisen für verschiedene Warengruppen festgesetzt. Ähnliche Vereinbarungen traf Deutschland auch mit einigen anderen Staaten für zahlreiche Waren. Preisfestsetzungen dieser Art können jedoch gewisse Gefahren bergen; wenn die Erzeuger in den nach Deutschland exportierenden Ländern feststellen, daß die Preise für ihre Ausfuhrgüter niedriger gehalten werden als für andere Erzeugnisse, kann dies auf die Produktion entmutigend wirken und die Ausfuhrfirmen weniger geneigt machen, nach dem Ausland zu verkaufen (nicht nur, weil die Gewinne aus

der Ausfuhr niedriger sein könnten, sondern auch weil die Zeitspanne zwischen Verkauf und Bezahlung im allgemeinen erheblich länger als bei Verkäufen im Inland ist). Im Winter 1942/43 wurde in Deutschland eine ursprünglich mit 1 Milliarde Reichsmark ausgestattete Preisausgleichskasse errichtet, um die Einfuhrwaren zu verbilligen. Durch das System der Zuschüsse konnte 1942 die Erhöhung der amtlichen Kennziffer der Lebenskosten auf 2,6 v. H. begrenzt werden; die Änderungen waren im allgemeinen geringfügig außer bei den Preisen für Textilwaren, die von 1941 bis 1942 eine Steigerung um 10,5 v. H. aufweisen. Während die Mieten unverändert gehalten wurden, sind die Baukosten weiter gestiegen; sie lagen 1942 um 20 v. H. über dem Stande von 1936.

In Italien wird eine Preisstatistik seit Kriegsbeginn nicht mehr regelmäßig veröffentlicht, es ist aber bekannt, daß die Großhandelspreise im Juni 1942 etwa 50 v. H. über der Vorkriegshöhe lagen. Von 1939 bis 1941 waren die Inlandswaren um 25 v. H. und die eingeführten Waren um 40 v. H. im Preise gestiegen. Bis zum Frühjahr 1943 dürften sich die Einfuhrpreise nicht mehr nennenswert erhöht haben (dank der Festlegung von Preisen in den Handelsverträgen, beispielsweise des Kohlenpreises, der im Kriege 1914–18 neben den Textilpreisen am stärksten von allen gestiegen war); dagegen haben die Preise der Inlandswaren weiter angezogen. Eine wirksame Preislenkung wurde sehr erschwert durch das Vorhandensein einer großen Anzahl mittlerer und kleiner Unternehmungen mit einer äußerst vielgestaltigen Produktion, die sich nicht leicht durch ein allgemeines Normierungsschema erfassen läßt. Eine gewisse Preisüberwachung hatte Italien schon 1927 eingeführt und 1940 verschärft, aber erst im Januar 1942 wurde versucht, durch Schaffung eines interministeriellen Ausschusses unter dem Vorsitz des Regierungschefs eine einheitliche und umfassende Kontrolle zustandezubringen. Es erwies sich jedoch als unmöglich, das Aufkommen eines ausgedehnten Schwarzhandels zu hohen Preisen zu verhindern, obwohl die Ausführung ungesetzlicher Geschäfte von amtlicher Seite immer wieder als eine Störung der Durchführung der Rationierung und eine Gefahr für die Erhaltung des Geldwertes gebrandmarkt wurde. Die Notwendigkeit, zu einer Steigerung der Produktion namentlich von Nahrungsmitteln anzuspornen, gab indessen zu mehreren Angleichungen nach oben Anlaß; der Unterschied zwischen den Erzeuger- und Verbraucherpreisen wird meist vom Staat durch ein System von Zuschüssen getragen, die u. a. nach der Beschaffenheit und dem Herkunftsort des Erzeugnisses abgestuft sind. So wurde z. B. der Preis für den Zentner Weizen, der sich 1942 auf 175 Lire stellte, 1943 für Nord- und Mittelitalien auf 235 Lire, für Süditalien auf 280 Lire und für Sardinien und Sizilien auf 310 Lire erhöht. Diese Subventionspolitik verursachte allerdings eine schwere finanzielle Belastung; die jährlichen Ausgaben dafür erreichten im Rechnungsjahr 1942/43 etwa 12 Milliarden Lire, wovon 2,5 Milliarden die Prämien für die Weizenernte dieses Jahres darstellten. Anfang 1943 wurde eine Nachprüfung der Preise für Kriegslieferungen eingeleitet, indem ein Sonderausschuß zur Untersuchung aller Kriegsaufträge im Werte von mehr als 3 Millionen Lire eingesetzt wurde. Ein Lohn- und Gehaltsstop war schon 1940 eingeführt worden, doch wurden eine Anzahl von Erhöhungen in besonderen Fällen zugelassen, vielfach in Form von

Familienzuschlägen. Im Frühjahr 1943 fanden umfassende Anpassungen mit Erhöhungen bis zu 30 v. H. statt, zuerst bei den Löhnen und später auch bei den Beamtengehältern.

In Südosteuropa machte der steile Preisanstieg, der das Jahr 1941 gekennzeichnet hatte, 1942 weitere, wenn auch nicht ganz so rasche Fortschritte. Allgemein gesehen, hing die Teuerung natürlich mit den Kriegslasten zusammen, zu denen auch der Ausfuhrüberschuß im Verkehr mit verbündeten Ländern gehört, und zwar in erster Linie mit Deutschland, bis zu einem gewissen Grade aber auch mit Italien; die besonderen Schwierigkeiten der südosteuropäischen Länder im Kampfe gegen die Inflation beruhen aber einerseits auf der Größe ihres landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteils, die eine wirksame Rationierung bei den gegenwärtigen Verwaltungsmethoden fast unmöglich macht, andererseits darauf, daß in den meisten Fällen voll entwickelte Kreditmärkte und eine neuzeitliche Art der Staatsfinanzierung fehlen.

Preisbewegungen in Südosteuropa

Land und Index	1939 2. Halbjahr	1940	1941	1942	Juni 1939 bis Dez. 1942
	Erhöhung in v. H.				
Bulgarien:					
Großhandelspreise	+ 5	+ 26	+ 27	+ 19	+ 101
Lebenshaltungskosten	+ 2	+ 17	+ 37	+ 24	+ 104
Jugoslawien:					
Lebenshaltungskosten	+ 13	+ 32	+ 46[1]	+ 104[1]	+ 364[1]
Rumänien:					
Einzelhandelspreise	+ 14	+ 25	+ 67	+ 48	+ 252
Slowakei:					
Lebenshaltungskosten (Nahrungsmittel)	.	+ 18[2]	+ 25	+ 17	+ 74
Türkei:					
Großhandelspreise[3]	.	+ 51[4]	+ 46	+ 134	+ 415[4]
Großhandelspreise[5]	+ 8	+ 25	+ 42	.	.
Lebenshaltungskosten	+ 6	+ 13	+ 22	+ 94	+ 184
Ungarn:					
Großhandelspreise	+ 5	+ 22	+ 26	+ 16	+ 88
Lebenshaltungskosten	+ 1	+ 15	+ 21	+ 9	+ 52

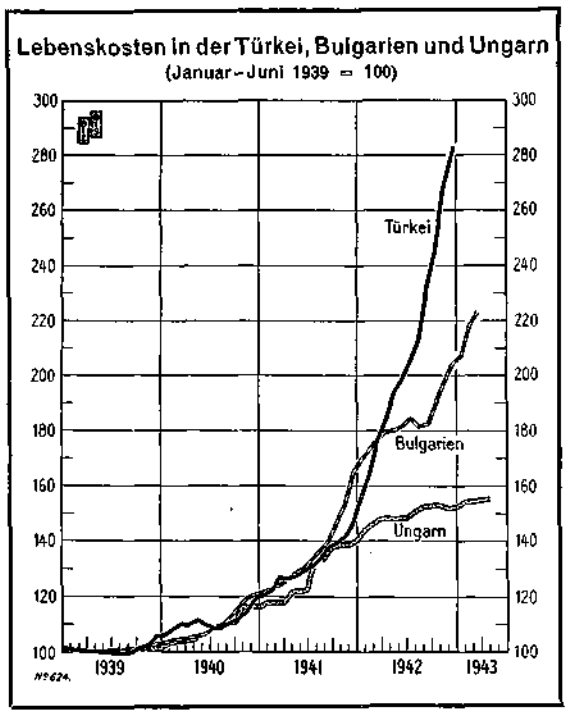
[1] Für Kroatien (Agram). [2] Januar 1939 bis Dezember 1940. [3] Index des Handelsministeriums.
[4] Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1939. [5] Handels- und Gewerbekammer Istanbul.

Preiskennziffern für Bulgarien

Zeit	Allgemeiner Großhandelsindex	Einfuhrwaren	Ausfuhrwaren	Eigene Erzeugnisse für das Inland	Lebenskosten
1939 Januar-Juni	100	100	100	100	100
1940 Dezember	132	163	113	136	124
1941 Juni	139	174	108	149	132
Dezember	168	188	134	181	156
1942 Juni	179	203	150	192	177
Dezember	201	202	169	219	197
1943 Juni	224	206	183	249	223

Wie stark die Aufwärtsbewegung der Preise im Donauraum in der letzten Zeit hauptsächlich durch inländische Einflüsse begründet ist, kann die Entwicklung in Bulgarien veranschaulichen.

Während bis Juni 1942 die Einfuhrpreise gegenüber dem Stand im ersten Halbjahr 1939 stärker gestiegen waren als die Preise der einheimischen Erzeugnisse für das Inland, war das Verhältnis Ende 1942 schon umgekehrt, als nämlich die zuletzt genannten Preise um nicht weniger als 119 v. H., die Einfuhrpreise aber nur um 102 v. H. gestiegen waren. Abgesehen von den Auswirkungen einer schlechten Ernte (der dritten in ununterbrochener Folge), wurde der Preisauftrieb durch eine bedeutende Erhöhung der Löhne beschleunigt, die sich in den meisten Fällen während des Jahres fast verdoppelten und dementsprechend die Produktion verteuerten. Die Folge war ein erneutes scharfes Ansteigen der Lebenskosten, die in Bulgarien anders als in den meisten Ländern mit der Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise Schritt gehalten haben. 1942 wurde eine Preisausgleichskasse zur Verringerung der Spanne zwischen Einfuhr- und Inlandspreisen geschaffen. Anfang 1943 wies das Handelsministerium darauf hin, daß die meisten bulgarischen Handelsverträge eine Preisklausel enthielten, auf Grund deren jeder von einem der Partner vorgenommene Aufschlag eine entsprechende Maßnahme des anderen nach sich ziehen würde.



In der Türkei wurde im zweiten Halbjahr 1942 das Experiment gemacht, den Märkten größere Freiheit zu lassen; man hoffte, daß eine Lockerung der geltenden Vorschriften ein erhöhtes Warenangebot und damit einen Preisstand herbeiführen würde, der zwar nicht so tief wie vorher die amtlichen Preise, aber wenigstens niedriger als die höchsten Notierungen des schwarzen Marktes wäre. Dadurch wurden aber die tieferen Ursachen der Teuerung nicht beseitigt; im Winter 1942/43 bedurfte es daher besonderer Maßnahmen zur Verbilligung von Nahrungsmitteln und Kleidern für die ärmeren Schichten.

Nirgends hat der Preis- und Lohnanstieg so sehr den Charakter einer Inflation angenommen wie in Griechenland. Infolgedessen hat dort die normale Ausfuhr fast aufgehört, während diejenigen Einfuhrfirmen, welche Devisen zu amtlichen Kursen kaufen konnten, notwendigerweise übertrieben hohe Gewinne erzielten. Zur Verbesserung der Lage wurde u. a. ein Sonderfonds für Ausfuhrbeihilfen errichtet, während sonst die Preisausgleichskassen ihre Entstehung gewöhnlich der Notwendigkeit einer Einfuhrförderung verdankten.

Eine Reihe handelspolitischer Maßnahmen (siehe Seite 70/71) sowie das Eintreffen von Nahrungsmitteln unter der Ägide des Roten Kreuzes dürften die Lage etwas gebessert haben. Ein Anzeichen hierfür war, daß die Arbeiter wieder die Barzahlung der Naturallöhnung vorzuziehen begannen.

In Kroatien und Serbien ergaben sich ebenfalls starke Preissteigerungen, die sich jedoch an Ausmaß mit denen in Griechenland nicht vergleichen lassen. Der amtliche Index in Agram (Zagreb) zeigt vom Sommer 1939 bis Ende 1942 eine Verdreifachung der Lebenshaltungskosten. Um die lebenswichtigen Nahrungsmittel zu verbilligen, wurde ein Preisausgleichsfonds von 2 Milliarden Kuna errichtet, dem auch der Erlös aus der Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern zugeführt wurde.

In Rumänien wurde Mitte 1941 die Veröffentlichung der amtlichen Preisstatistik eingestellt. Berechnungen der Wirtschaftszeitschrift „Argus" ergaben aber für das Frühjahr 1943 einen Stand der Einzelhandelspreise von 448 gegenüber 100 im Sommer 1939. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Preise seit Kriegsbeginn veranschaulicht die folgende Übersicht.

Preise
landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Rumänien

Erzeugnisse	Lei je Zentner im Juli				
	1939	1940	1941	1942	1943
Weizen	427	560	1.100	2.200	2.600
Mais.	407	525	720	1.050	1.800
Gerste.	315	380	750	1.400	1.660
Hafer	445	653	770	1.500	1.900
Roggen	274	560	900	1.600	1.870

Der Weizenpreis verdoppelte sich von 1940 bis 1941 und nochmals von 1941 bis 1942, dagegen betrug 1943 die Steigerung infolge einer hervorragend guten Ernte nur 18 v. H. Ende 1942 wurde der Ölindustrie ein Preisaufschlag von etwa 100 v. H. bewilligt, nachdem für das nach Deutschland ausgeführte Öl eine Preiserhöhung vom 1. Mai 1942 an um mehr als 40 v. H. vereinbart worden war.

Die folgende Tabelle zeigt die Preisentwicklung in Ungarn während der letzten Jahre. Während der Preisanstieg sich 1942 gegenüber dem Vorjahr verlangsamt hatte, wurde im Frühjahr 1943 durch neue am 1. Juli in Kraft getretene Bestimmungen eine beträchtliche Erhöhung genehmigt. Auf Grund dieser Bestimmungen würden die landwirtschaftlichen Preise durchschnittlich um 30 v. H. steigen; gleichzeitig wurde eine Ablieferungspflicht für Agrarerzeugnisse eingeführt. Auch wurden die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter nach einer Lohnskala mit Mindest- und Höchstsätzen heraufgesetzt. Die Löhne der in

Preiskennziffern für Ungarn

Zeitraum	Allgem. Großhandelsindex	Landwirtschaftliche Produkte	Industrieprodukte	Lebenskosten
1939 Januar-Juni .	100	100	100	100
1940 Dezember . .	127	146	118	116
1941 Juni	136	153	129	123
Dezember . .	161	174	152	140
1942 Juni	174	190	166	148
Dezember . .	186	204	181	152
1943 Juni	205	222	205	156

Rüstungsbetrieben beschäftigten Arbeiter wurden um 23 v. H. und die der anderen Arbeiter um 15 v. H. (zusätzlich zu bedeutenden früheren Erhöhungen) aufgebessert. Den Angestellten öffentlicher und privater Unternehmungen wurden Teuerungszulagen von 20 bis 23 v. H. bewilligt neben einigen anderen Vergünstigungen zur Verbesserung der Lage des Mittelstandes. Die Preise von Industrieerzeugnissen, die im Vergleich zu den gestiegenen Produktionskosten in vielen Fällen niedrig waren, wurden um 30 bis 40 v. H. heraufgesetzt. Der Zweck dieser Bestimmungen war, zu einer Lösung zu gelangen, die mindestens ein Jahr lang gelten könnte, also eine Art von „Preis- und Lohnstop" darstellen, gleichzeitig aber eine bessere Ausgeglichenheit der Preise und Kosten herbeiführen und die Entlohnung der verschiedenen Bevölkerungsschichten angemessener gestalten würde.

Die Lage der ungarischen Landwirtschaft hatte sich seit Kriegsbeginn erheblich gebessert; durch die neuen Bestimmungen wurden daher jetzt Maßnahmen getroffen, um den Verlust des Mittelstandes an Realeinkommen etwas auszugleichen. Es wurde jedoch betont, daß keine Bevölkerungsschicht erwarten dürfe, sich ihrem Anteil an den Kriegslasten in Gestalt höherer Lebenskosten, vermehrter Steuern und geringerer Versorgung mit den meisten Waren entziehen zu können.

In der Slowakei wurde im Frühjahr 1942 ein Oberstes Versorgungsamt errichtet, das die Lieferung von Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern zu normalen Preisen sichern soll. Es hatte sich als schwierig erwiesen, das Abwandern der Waren auf den schwarzen Markt zu verhindern, welches die tatsächlichen Lebenshaltungskosten erhöhte und zugleich die Durchführung eines wirksamen Lohnstops gefährdete. Zur Abhilfe wurde eine strengere Überwachung des Außenhandels eingeführt und der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung besondere Beachtung geschenkt; 1942 wurden 100 Millionen Kronen an direkten Zuschüssen und 200 Millionen Kronen an Prämien für Getreide, Milch und andere Molkereierzeugnisse aufgewendet.

Im Protektorat Böhmen und Mähren wurden weitere Fortschritte in der Angleichung der Kosten und Preise an das deutsche System erzielt. Für Staatsaufträge wurden Einheits- und Gruppenpreise eingeführt, allerdings in einer weniger straffen Form, da die Industrie im Protektorat nicht in so gleichmäßiger Weise rationalisiert ist wie im übrigen Reichsgebiet. Vom 1. Oktober 1942 an durften für die aus dem Protektorat ausgeführten oder dorthin eingeführten Waren höchstens die auf dem Inlandsmarkt geltenden Preise berechnet werden; Ausnahmen bedurften besonderer Genehmigung. Der Lohn- und Gehaltsstop auf dem Stande vom 15. Januar 1942 wurde verlängert; höhere Löhne sind nur bei Steigerung der Leistung zulässig.

In Frankreich zeigten die dem tatsächlichen Verbrauch im Jahre 1942 entsprechend revidierten und ausschließlich auf regulierten Preisen beruhenden Indexziffern[1] von August 1939 bis zum Sommer 1943 insgesamt eine

[1] Das Allgemeine Statistische Bureau hat die Veröffentlichung zahlreicher Groß- und Einzelhandelspreise wieder aufgenommen, und auf Grund dieser und anderer Daten haben verschiedene Institute allgemeine Preismeßziffern errechnet.

Preismeßziffern für Frankreich[1]

Monat	Großhandelspreise A	Großhandelspreise B	Einzelhandelspreise	Lebenskosten
1939 August . . .	100	100	100	100
Dezember . .	126	121	110	111
1940 Dezember . .	157	148	132	130
1941 Dezember . .	190	174	151	154
1942 Dezember . .	227	204	178	184
1943 August. . . .	245	222	200	202

[1] Errechnet von „La Conjoncture Economique et Financière".
A = gewogen nach dem Verbrauch 1938.
B = gewogen nach dem Verbrauch 1942.

Erhöhung der Großhandelspreise um 120 v. H. und der Lebenshaltungskosten um 100 v. H.; im Jahre 1942 stiegen beide Indexzahlen fast im gleichen Maße wie in den zwei vorhergehenden Jahren (etwa 20 v. H. jährlich). Es wurde auch versucht, einen Gesamtindex aller Preise zu errechnen, einschließlich der Preise für Waren, die am schwarzen Markt gekauft oder in anderer Weise erworben werden, z. B. durch Tauschgeschäfte, im Handel in ländlichen Bezirken oder durch Postsendungen von Verwandten. Der so errechnete Index (Vorkriegsstand = 100) stellte sich für Ende 1941 auf 210, für Ende 1942 auf 280 und für August 1943 auf 290. Die aufwärtsgerichtete Tendenz hat 1943 weiter bestanden, wurde aber bis zu einem gewissen Grade aufgewogen durch ein scharfes Absinken einiger mehr spekulativer Preise. Es ist zu bedenken, daß diese Preise an meist sehr engen Märkten notiert werden und in der Regel äußerst empfindlich sind, da sie nicht nur durch Änderungen auf wirtschaftlichem und währungspolitischem Gebiet beeinflußt werden, sondern auch durch Ereignisse politischer und militärischer Art, die als Anhaltspunkt für die wahrscheinliche Dauer des Krieges angesehen werden. Es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß diese Preise keineswegs den Preisstand darstellen können, auf den der Handel sich bei einer Rückkehr normaler Verhältnisse einspielen würde; das Gleichgewicht wird wahrscheinlich näher bei den amtlichen Preisen als bei denen des schwarzen Marktes gefunden werden.

Wie in anderen Ländern standen auch in Frankreich die Behörden einer Güterknappheit bei gleichzeitigem Geldüberfluß gegenüber. Es hat sich als unmöglich erwiesen, Steigerungen auch nur bei den amtlichen Preisen zu verhindern, da z. B. eine Stabilhaltung der Nahrungsmittelpreise mit der notwendigen Förderung der landwirtschaftlichen Produktion nicht vereinbar ist. Im Herbst 1942 wurde bei der Preisfestsetzung für die Weizenernte des nächsten Jahres ein umfassendes Prämiensystem eingeführt, das eine Erhöhung des Weizenpreises um 33 v. H. über den Stand von 1940/41 bewirkte. Da aber der Brotpreis bis 1942 gegenüber 1939 nur um 17 v. H. gestiegen war, mußten, um die Beibehaltung dieses amtlichen Brotpreises möglich zu machen, etwa 3 Milliarden Franken in den Haushalt eingesetzt werden. Schwierigkeiten im Transportwesen und in anderer Hinsicht führten zu einer weitgehenden Autarkie der einzelnen Departements, was die regionalen Preisunterschiede, die schon vor dem Kriege bestanden, erheblich verstärkt hat. Die Löhne und Gehälter dürften bis 1942 um etwas mehr als 25 v. H. gestiegen sein, blieben also erheblich hinter der Erhöhung der Lebenskosten zurück. Es wurden jedoch besondere Familienzulagen allgemein eingeführt und auch Unterstützungen in anderer Form geplant, so die Abgabe von Mahlzeiten in den Betrieben; auch kündigte die Regierung weitere Lohnerhöhungen mit Wirkung vom Juni 1943 an.

Für die Niederlande liegen keine Preiskennziffern mehr vor, dagegen wurde in Belgien die Bekanntgabe amtlicher Preiskennziffern für eine Reihe wichtiger Güter wie Weizen, Gerste, Roggen, Zucker, Kohle und Stahl wieder aufgenommen; diese Notierungen zeigten bis Juni 1943 Erhöhungen um 30 bis 90 v. H. des Vorkriegsstandes, nur Zucker war um 138 v. H. gestiegen. In den Niederlanden lag der Preisspiegel vor dem Kriege 30 bis 40 v. H. unter dem deutschen, Ende 1942 war er diesem aber vollständig angeglichen. Die niederländische Landwirtschaft hat seit 1940 eine umfassende Strukturwandlung erfahren, indem die Anbaufläche auf Kosten des Weidelandes erheblich erweitert wurde. Die hierdurch erzielte Zunahme der Getreideproduktion reichte jedoch nicht aus, den starken Einfuhrrückgang auszugleichen, und durch Erschöpfung der Vorräte wurde die Knappheit immer schlimmer. Da die Preise am schwarzen Markt bedeutende Höhen erreicht hatten, wurden die Befugnisse des Preiskommissars Ende 1942 erweitert. Die niederländischen Löhne wurden anscheinend nicht ganz entsprechend der Angleichung der amtlichen Preise an den deutschen Stand erhöht.

Preisbewegungen
in Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und der Schweiz

Land und Index	1939 2. Halbjahr	1940	1941	1942	Juni 1939 bis Dez. 1942
	Erhöhung in v. H.				
Dänemark:					
Großhandelspreise	+ 30	+ 34	+ 10	+ 2	+ 95
Lebenshaltungskosten	+ 10	+ 28	+ 7	+ 3	+ 56
Finnland:					
Großhandelspreise	+ 19	+ 28	+ 19	+ 25	+ 127
Lebenshaltungskosten	+ 8	+ 21	+ 15	+ 20	+ 82
Norwegen:					
Großhandelspreise	+ 19	+ 26	+ 16	+ 3	+ 79
Lebenshaltungskosten	+ 6	+ 22	+ 10	+ 4	+ 48
Schweden:					
Großhandelspreise	+ 21	+ 21	+ 12	+ 9	+ 79
Lebenshaltungskosten	+ 5	+ 15	+ 11	+ 5	+ 41
Schweiz:					
Großhandelspreise	+ 18	+ 31	+ 21	+ 8	+ 103
Lebenshaltungskosten	+ 4	+ 13	+ 15	+ 9	+ 46

Mit Ausnahme des aktiv am Kriege beteiligten Finnlands ist es den in der Übersicht enthaltenen Ländern durchweg gelungen, den Preisanstieg während des Jahres 1942 zu verlangsamen und im zweiten Halbjahr beinahe zum Stillstand zu bringen. Der stärkere Einfluß, den die Behörden demnach auf die Preisbewegungen nehmen konnten, wurde nicht allein durch eine Verschärfung der Preisüberwachung erzielt — so wichtig diese auch war —, sondern auch durch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen der einzelnen Länder, und als weiterer Umstand kam eine deutliche Abschwächung der preissteigernden Einflüsse aus dem Auslande hinzu. So stiegen in Dänemark die Einfuhrpreise 1942 nur um 1,6 v. H gegenüber 12 v. H. im Vorjahre. Der dänische Außenhandel ist zum überwiegenden Teil durch Verträge geregelt, die für die ausgetauschten Güter feste Preise vorsehen; zudem wurde der Widerstand gegen

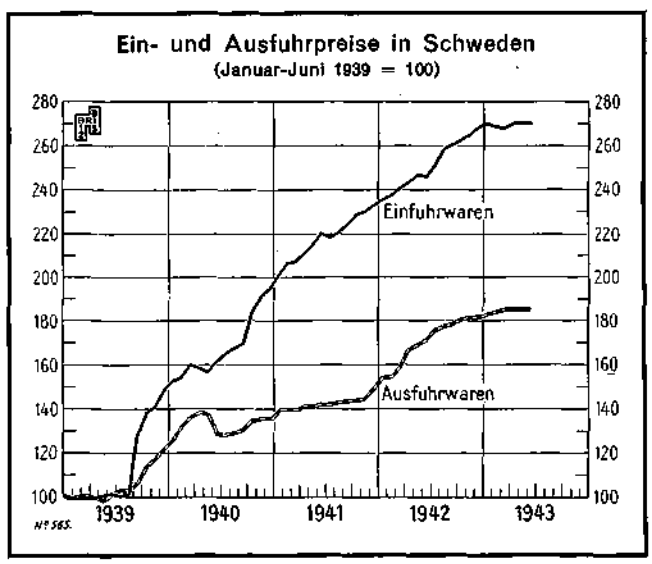
die Preiserhöhungen im Ausland gestärkt durch die Aufwertung der dänischen Krone um 8,2 v. H. im Januar 1942. Im Inland wurden Höchstpreise für etwa 90 v. H. aller Nahrungsmittel festgesetzt, von denen die meisten dank besserer Ernten reichlicher vorhanden waren. Infolge der anhaltenden Futterknapphelt (nach dem Aufhören der ausländischen Zufuhr) ist die landwirtschaftliche Erzeugung verschiedener Nahrungsmittel 1942 etwa auf die Hälfte des Vorkriegsumfangs zurückgegangen. Am Jahresende waren die Bestände an Rindern um 13 v. H., an Schweinen um 62 v. H. und an Geflügel um 65 v. H. unter die Vorkriegszahlen gesunken. Um den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben zu helfen, deren Lage sich im Vergleich zu den größeren nur sehr wenig gebessert hatte, wurde im Frühjahr 1943 ein Preisaufschlag von 24 Öre für das Kilogramm Schweinefleisch bewilligt; der größere Teil der sich daraus ergebenden Belastung wurde von Deutschland übernommen, dem daran gelegen ist, diese Produktion zu fördern. Die Löhne und Gehälter wurden während des Jahres unter Aufwendung weiterer 100 Millionen Kronen für diese Zahlungen erhöht, und zwar auch für die Arbeiter im Alter von weniger als 23 Jahren, d. h. für eine Gruppe, die an der vorhergehenden Lohnerhöhung im Februar 1940 nicht beteiligt gewesen war.

In Norwegen dürften die amtlichen Meßziffern, die in erster Linie auf den für rationierte Waren festgesetzten Preisen beruhen, die tatsächlichen Veränderungen der Lebenshaltungskosten weniger als in den anderen skandinavischen Ländern widerspiegeln. Bei Berücksichtigung der Qualitätsverschlechterung und der Notwendigkeit, die amtlichen Zuteilungen durch zusätzliche Käufe zu ergänzen, lag die wirkliche Verteuerung der Lebenshaltung Ende 1942 weit über der amtlich ausgewiesenen Steigerung um 48 v. H. Vor dem Kriege deckte Norwegen einen wesentlichen Teil seines Nahrungsmittelbedarfs durch die Einfuhr, die es hauptsächlich mit Einnahmen aus der Schiffahrt bezahlte (die norwegische Handelsflotte war die viertgrößte der Welt). Nachdem dieser Ausgleich heute nicht mehr möglich ist, haben die höheren Kosten der notwendigen Zufuhr viel zu den bestehenden Schwierigkeiten am Inlandsmarkt beigetragen.

In Finnland begegneten die Behörden bei ihren Bemühungen um die Lösung des Preisproblems zwei bedeutenden Hindernissen, nämlich den Preissteigerungen im Ausland (die insbesondere die Einfuhrwaren betreffen) und dem Rückgang der Erzeugung im Inland (lange Zeit standen bis zu 18 v. H. der finnischen Bevölkerung im Aktivdienst an der Front). Im Herbst 1942 wurde ein umfassendes Finanzprogramm unter gleichzeitiger Verschärfung der Preisüberwachung beschlossen. Nach den neuen Bestimmungen sollten die landwirtschaftlichen Preise während des folgenden Erntejahres nicht erhöht, wohl aber den Erzeugern gewisse Prämien gewährt werden; die Preise inländischer Industrieprodukte durften nur auf Grund einer Erhöhung der Materialkosten heraufgesetzt werden (während eine Kostensteigerung infolge Verminderung der Produktion oder des Umsatzes nicht zu einer Verteuerung des fertigen Artikels berechtigen würde). Entsprechend den früher aufgestellten Grundsätzen, nach denen eine Verteuerung der Lebenshaltung zu zwei Dritteln durch eine Lohnaufbesserung ausgeglichen werden sollte, wurde bestimmt, daß jeweils ein Ansteigen der amtlichen Meßziffer der Lebenskosten um 10 Punkte über 160

(1938/39 = 100) eine Lohnerhöhung um 4 v. H. zur Folge haben würde. Die Bestimmungen über die Höhe des Ausgleichs galten ursprünglich nicht für die Landarbeiter; als aber Mitte 1943 die landwirtschaftlichen Preise heraufgesetzt worden waren (während eine Erhöhung der Einzelhandelspreise durch staatliche Zuschüsse von 1,6 Milliarden finnische Mark verhindert wurde), erhielten im Zusammenhang damit die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter ebenfalls das Recht auf einen Teuerungsausgleich. Erwähnt sei auch, daß im Gegensatz zur Praxis der meisten anderen Länder eine gewisse Erhöhung der Mieten zugelassen wurde, um die Verteuerung der Instandhaltung und andere Kostensteigerungen auszugleichen; mit Wirkung vom 1. September 1942 ist ein Mietzuschlag von 20 v. H. erlaubt.

Das Wirtschaftsleben Schwedens ist seit Mitte 1942 fast auf allen Gebieten durch eine bedeutende Stabilität gekennzeichnet, so auch hinsichtlich der industriellen Erzeugung, der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten. Die hohen Staatsausgaben, die eine Kreditaufnahme von etwa 150 Millionen Kronen monatlich notwendig machen, lassen fortgesetzt überschüssige Kaufkraft entstehen; das Bruttoeinkommen der Bevölkerung ist von 1939 bis 1942 schätzungsweise um 32 v. H. gestiegen, während gleichzeitig die Menge der vorhandenen Verbrauchsgüter um 17 v. H. abnahm. Im Herbst 1942 beauftragte die Regierung einen unbeteiligten Sachverständigen (der nicht Staatsbeamter war) mit den notwendigen Verhandlungen und Ermittlungen zur Bestimmung der künftig einzuschlagenden Wirtschaftspolitik, die am besten geeignet sei, einer schädlichen Preissteigerung entgegenzuwirken. Während noch Verhandlungen mit Vertretern verschiedener Wirtschaftsgruppen über die Preise für die Ernte von 1943, die Stabilisierung der Löhne und andere Fragen stattfanden, wurde am 31. Oktober 1942 ein vorläufiger Preisstop verfügt. Einige Wochen später kam es zur Einigung über einen bedingten Lohnstop; solange die amtliche Meßziffer der Lebenskosten (1914 = 100), die im Oktober 1942 auf 239 stand, unter 249 bliebe, sollten die Lohnsätze nicht geändert werden; sie würden aber um 5 v. H. erhöht werden, wenn die Lebenshaltungskosten auf 249 oder mehr, aber noch nicht auf 257 stiegen; bei Erreichung dieser Grenze sollten neue Verhandlungen zwischen den Beteiligten stattfinden. Tatsächlich gelang es aber, die Lebenskosten niederzuhalten (zum Teil mit Hilfe staatlicher Subventionen, die jährlich 220 Millionen Kronen kosten); im Frühjahr 1943 bewegte sich die

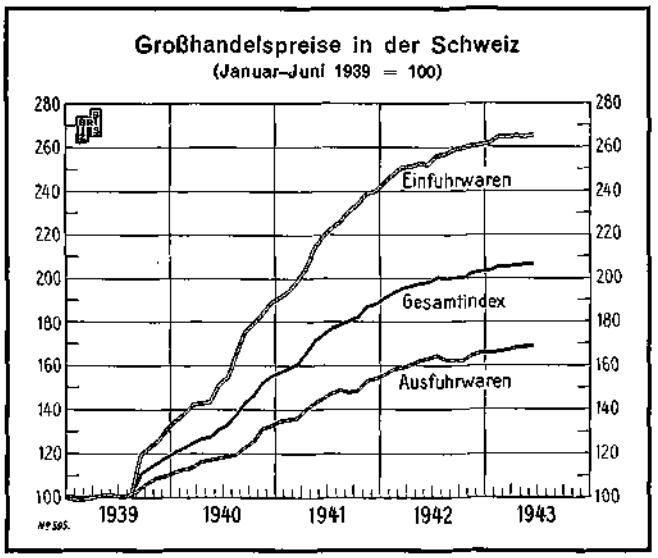


Meßziffer der Lebenshaltungskosten um 240, blieb also weit unterhalb der entscheidenden Grenze.

Die folgende Übersicht zeigt das Nachlassen des Preisanstiegs in der Schweiz. Die schweizerische Wirtschaft, die in besonderem Maße auf den Außenhandel angewiesen ist, wurde durch preissteigernde Einflüsse vom Ausland her stark betroffen, namentlich auch durch die gewaltige Erhöhung der Frachtkosten für die Zufuhren aus Übersee (1938 bestanden etwa zwei Drittel der schweizerischen Einfuhr aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln). Der vom Auslande kommende Druck nach oben machte sich 1942 indessen weniger bemerkbar, teils weil die Preise der Einfuhrwaren nicht mehr so stark stiegen wie vorher, teils weil das Einfuhrvolumen um weitere 10 v. H. auf etwa 60 v. H. der Vorkriegsziffer zurückging, so daß der Anteil der eingeführten Waren am Gesamtverbrauch wesentlich abnahm.

Preisbewegungen in der Schweiz

Index	1939 2. Halbjahr	1940	1941	1942	Juni 1939 bis Dez. 1942
	Erhöhung in v. H.				
Großhandel insgesamt	+ 18	+ 31	+ 21	+ 8	+ 103
Auslandwaren	+ 30	+ 44	+ 27	+ 9	+ 159
Inlandwaren	+ 10	+ 21	+ 16	+ 7	+ 65
Lebenskosten	+ 4	+ 13	+ 15	+ 9	+ 46

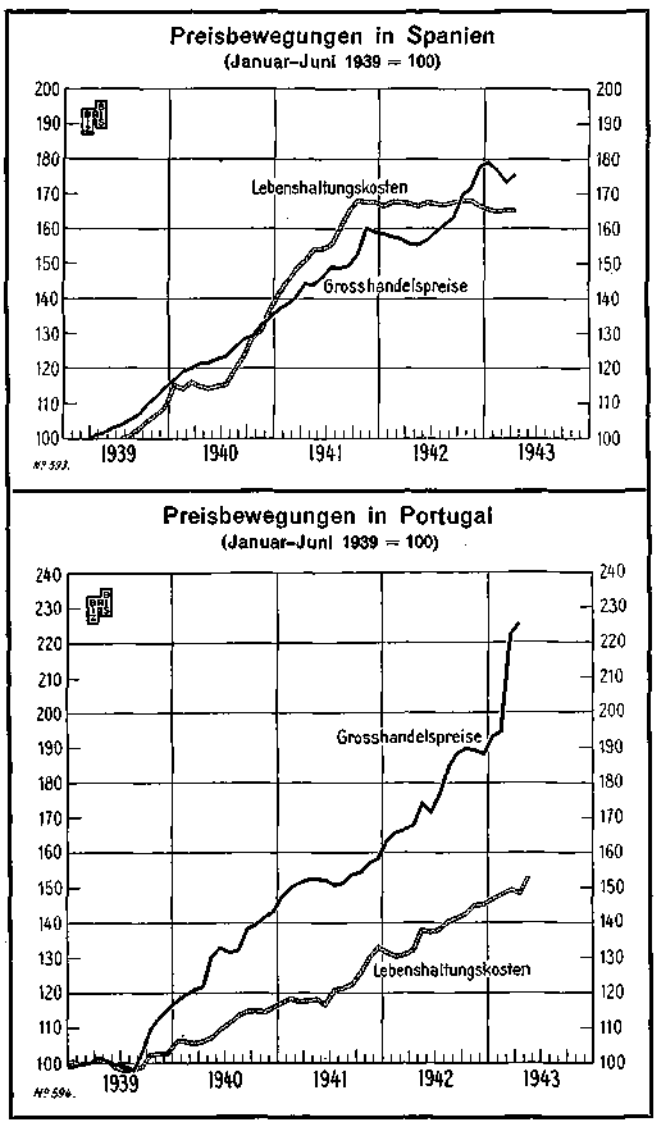


Hauptsächlich zur Verhütung übertriebener Preissteigerungen und übermäßiger Gewinne wurden in der Schweiz rund sechzig Preisausgleichskassen für Erzeugnisse wie Fensterglas, Häute und Leder, unedle Metalle und eine Anzahl von Nahrungsmitteln errichtet. Diese Kassen empfangen Zahlungen der Hersteller- und Ausfuhrfirmen (in einigen Fällen auch Beiträge der Bundesregierung), andererseits gewähren sie Beihilfen an Erzeuger- und Einfuhrfirmen, die sonst mit Verlust arbeiten würden. In den ersten Monaten des Jahres 1943 wurden Maßnahmen getroffen, um die Organisation und die Tätigkeit dieser Kassen einheitlicher zu gestalten.

Gestützt auf den eigens geschaffenen Ausgaben-Index empfahl die staatliche Lohnbegutachtungskommission im Frühjahr 1943 gestaffelte Lohnerhöhungen, die sich zwischen 38 v. H. für die unteren Einkommengruppen und 24 v. H.

für Personen mit einem Einkommen von 6.000 Franken und mehr bewegen sollten. Ende März 1943 betrug die durchschnittliche Lohnerhöhung seit Beginn des Krieges für die Industriearbeiter etwa 29 v. H. bei einer Steigerung der amtlichen Kennziffer der Lebenskosten um 47 v. H. Die landwirtschaftlichen Preise haben von August 1939 bis Ende 1942 um 64 v. H. angezogen; es wurde berechnet, daß das Einkommen aus landwirtschaftlicher Arbeit (nicht aus Landbesitz oder Kapital) von 1938 bis 1942 um etwa 50 v. H. gestiegen ist; diese Erhöhung wurde zugelassen, um die landwirtschaftliche Erzeugung während der Notzeit zu fördern und die Landwirte auch für ihr niedrigeres Einkommen in der Vorkriegszeit zu entschädigen.

Die Preisbewegungen in Spanien waren 1942 gekennzeichnet durch eine verhältnismäßig bedeutende Stabilität, die begünstigt wurde durch eine langsame, aber stetige Zunahme der laufenden Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhren. Infolge des scharfen Wettbewerbs der kriegführenden Länder um die Erlangung gewisser unentbehrlicher spanischer Erzeugnisse (hauptsächlich Metalle) sind die Ausfuhrpreise für Spanien im ganzen günstig gewesen.



Auch Portugal konnte hohe Preise für seine Ausfuhrgüter berechnen (namentlich für Wolfram, dessen Ausbeute in Ostasien nicht mehr verfügbar ist). Während 1942 die Preise der Landeserzeugnisse um 10 v. H. stiegen, erhöhten sich die der Einfuhrwaren um 27 v. H. und die Ausfuhrpreise (außer für Nahrungsmittel) um 35 v. H. Die günstige Exportlage vermehrte nicht nur die Gold- und Devisenbestände, sondern gleichzeitig auch die Kaufkraft der Bevölkerung und trug daher wesentlich zu der starken Erhöhung der Preise und Lebenshaltungskosten im Jahre 1942 bei. Am Jahresende lag die amtliche

Meßziffer der Lebenskosten 46 v. H. über dem Vorkriegsstand, die wirkliche Steigerung war aber wahrscheinlich noch etwas bedeutender, da im Index nur einheimische Erzeugnisse berücksichtigt sind. 1942 wurde ein Lohnausgleich von 20 bis 50 v. H. der Vorkriegsverdienste gewährt, und im Frühjahr 1943 wurde die Rationierung weiter ausgedehnt.

Preisbewegungen in Großbritannien, Eire, Britisch-Indien, Australien, Neuseeland, Kanada und den Vereinigten Staaten

Land und Index	1939 2. Halbjahr	1940	1941	1942	Juni 1939 bis Dez. 1942
	Veränderung in v. H.				
Großbritannien:					
Großhandelspreise	+ 25	+ 22	+ 5	+ 3	+ 64
Lebenshaltungskosten	+ 12	+ 13	+ 2	— 1	+ 28
Eire:					
Lebenshaltungskosten	+ 12	+ 11	+ 11	+ 15	+ 59
Britisch-Indien:					
Großhandelspreise	+ 36	— 12	+ 28	+ 55	+ 136
Lebenshaltungskosten	+ 9	+ 2	+ 12	+ 46	+ 81
Australien:					
Großhandelspreise	+ 5	+ 9	+ 4	+ 15	+ 38
Lebenshaltungskosten	+ 1	+ 6	+ 4	+ 9	+ 22
Neuseeland:					
Großhandelspreise	+ 5	+ 14	+ 9	+ 7	+ 39
Lebenshaltungskosten	+ 3	+ 4	+ 4	+ 2	+ 14
Kanada:					
Großhandelspreise	+ 11	+ 3	+ 11	+ 4	+ 32
Lebenshaltungskosten	+ 3	+ 4	+ 7	+ 3	+ 18
Vereinigte Staaten:					
Großhandelspreise	+ 5	+ 1	+ 17	+ 8	+ 34
Lebenshaltungskosten	+ 1	+ 1	+ 10	+ 9	+ 22

In Großbritannien wurde dieselbe Preispolitik wie im Vorjahr verfolgt, und die amtlichen Meßziffern der Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten weisen nur geringe Änderungen auf. Unter den wichtigsten Preisgruppen, aus denen der Großhandelsindex gebildet ist, verzeichnet die Gruppe „Getreide" die stärkste Erhöhung, nämlich um 123 v. H. von August 1939 bis März 1943. Nach dem Lebenskostenindex dagegen ist der Preis für Mehl nur um 26 v. H. und der Brotpreis um 9 v. H. gestiegen; die in den Meßziffern zutage tretende Verschiedenheit der Preisentwicklung beruht zum großen Teil auf den im Rahmen der Preisstabilisierungspolitik gewährten Beihilfen, die 1943 den Staat schätzungsweise 210 Millionen Pfund kosten werden gegenüber 180 Millionen 1942, 125 Millionen 1941 und 100 Millionen 1940. Die Stabilität des Lebenskostenindex beruht auch auf einer Erweiterung des Kreises der „utility"-Waren; 80 v. H. aller neuen Kleidungsstücke sind aus genormtem Material hergestellt, und fast alle neu angefertigten Möbel fallen unter diese „Behelfs"-Waren. Zudem wurde im August 1942 die Kaufsteuer auf „utility"-Stoffe und -Kleidungsstücke beseitigt. In demselben Monat wurde die Herstellung von Luxuswaren vollkommen eingestellt mit dem Ergebnis, daß abgesehen von Lebensmitteln, Getränken und Tabak die Erzeugung von anderen Verbrauchsgütern als „utility"-Waren auf etwa 20 v. H. ihres Vorkriegsumfanges zurückging.

Es ist eine viel erörterte Frage, inwieweit die amtliche Meßziffer der Lebenskosten ein wahres Bild der tatsächlichen Verteuerung der Lebenshaltung vermittelt. Auch vor dem Kriege berücksichtigte der Index nur einen Teil der laufenden Ausgaben eines Durchschnittshaushalts; seit 1939 sind eine Reihe der Waren, auf denen er aufgebaut ist, nicht mehr erhältlich, während andere, die inzwischen mehr oder weniger unentbehrlich geworden sind, bei der Indexberechnung außer Betracht bleiben. Dank der allgemeinen Lohnaufbesserung können Angehörige der unteren Einkommengruppen heute für nicht rationierte Waren, die vordem ihre Mittel überstiegen hätten, Preise zahlen, die vielfach das Doppelte der früheren betragen. Das im April 1943 mit dem Haushaltsplan veröffentlichte Weißbuch kam zu dem Schluß, daß abgesehen von den durch höhere indirekte Steuern bewußt herbeigeführten Preissteigerungen die Gesamtheit der Verbrauchsgüter und Dienstleistungen einschließlich der Luxuswaren und anderen entbehrlichen Dinge nicht mehr als 36 v. H. im Preise gestiegen sei, während der amtliche Index eine Verteuerung um 28 v. H. ausweist.

Bei den Löhnen wurde eine ähnliche Stabilität anscheinend nicht erreicht. Die Meßziffer der durchschnittlichen Wochenlöhne (d. h. der Lohnsätze) war vom Sommer 1939 bis Ende 1941 um 25 v. H. und bis Ende 1942 um 30 v. H. gestiegen, die Steigerung der Verdienste war aber noch weit bedeutender, hauptsächlich infolge von Überstunden und Nachtarbeit und wahrscheinlich auch durch verhältnismäßig vermehrte Akkordarbeit. Die vom Arbeitsministerium alle sechs Monate zusammengestellten Ziffern über den tatsächlichen Verdienst zeigten, daß das Durchschnittseinkommen von 6.250.000 Industriearbeitern von Oktober 1938 bis Januar 1943 um 65 v. H. gestiegen ist, während sich die Lohnsätze für eine gewöhnliche Arbeitswoche ohne Überstunden im Durchschnitt nur um 26 bis 27 v. H. erhöht haben. Für den Kohlenbergbau (der in den obigen Ziffern nicht erfaßt ist) ergaben die Ermittlungen des Brennstoffministeriums, daß der Durchschnittsverdienst je Schicht für alle unter und über Tage beschäftigten Grubenarbeiter (einschließlich der Jugendlichen) vom letzten Vierteljahr 1939 bis zum entsprechenden Vierteljahr 1943 ebenfalls um etwa 65 v. H. gestiegen war. Im allgemeinen weisen die Ziffern für die einzelnen Industriezweige jedoch erhebliche Unterschiede auf; die höchste Verdienststeigerung (um mehr als 75 v. H.) haben die Arbeiter der Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie zu verzeichnen.

In Eire kamen die bedeutenden Schwierigkeiten der Zufuhr aus dem Auslande in einem weiteren Preisanstieg zum Ausdruck (das Land besitzt fast keine eigenen Handelsschiffe); bis zu einem gewissen Grade hing die Preissteigerung aber auch mit einer erhöhten Nachfrage infolge der Anwesenheit amerikanischer Truppen in Nordirland zusammen. Die Meßziffer der Lebenshaltungskosten ist anhaltend gestiegen und lag Ende 1942 60 v. H. über dem Vorkriegsstand, während die entsprechende Steigerung der landwirtschaftlichen Preise 75 v. H. betrug. Bei der Haushaltsvorlage für das Rechnungsjahr 1942/43 veranschlagte der Finanzminister die zur Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten notwendigen Zuschüsse für Nahrungsmittel und Brenntorf auf 3,6 Millionen Pfund.

In anderen Ländern des Britischen Reiches war die Preisentwicklung wie in den meisten Teilen der Welt in erhöhtem Maße durch örtliche Einflüsse bestimmt. Britisch-Indien erlebte 1942 einen scharfen Preisanstieg, da es in diesem ausgedehnten Lande fast unmöglich ist, eine umfassende Preisüberwachung in Verbindung mit einer wirksamen Rationierung einzuführen und auf diese Weise die durch die angeschwollenen Kriegsausgaben entstandene überschüssige Kaufkraft zu neutralisieren. In Australien wurden neuerdings durch eine Reihe von Maßnahmen sämtliche Preise für Waren und Dienstleistungen auf dem Stande vom 16. April 1943 festgelegt; um auch die Lebenskosten auf dieser Ebene niederzuhalten, wurde eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse und eine Ermäßigung der Kaufsteuer für Kleidungsstücke und andere Textilwaren vorgenommen. In Neuseeland war seit einigen Jahren eine Regelung in Kraft, bei welcher die Lohnsätze erhöht werden durften, wenn die Preise um mehr als 2,5 v. H. stiegen. Im Dezember 1942 wurde ein umfassender Stabilisierungsplan zur Festlegung der Löhne, Gehälter, Mieten und der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse eingeführt, nachdem der Ministerpräsident erklärt hatte, daß das Volkseinkommen seit 1939 um etwa 50 Millionen Pfund gestiegen sei, während die Versorgung mit Verbrauchsgütern um mehr als 40 v. H. abgenommen habe — eine Ungleichheit, die eine strengere Überwachung des Preisgefüges besonders dringlich mache.

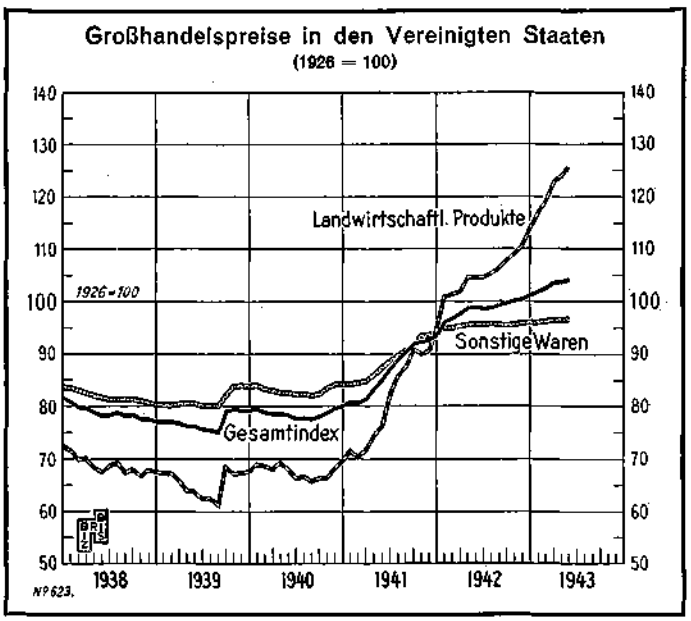
Sehr ähnliche Verhältnisse wie in Australien und Neuseeland zeigen auch die Preisbewegungen in Kanada und den Vereinigten Staaten. Vor Ausbruch des Krieges im Jahre 1939 hatten alle diese Länder einen Produktionsüberfluß und bedeutende Nahrungsmittelvorräte, die nur schwer zu lohnenden Preisen abgesetzt werden konnten. Dann führte die Behinderung der Ausfuhr durch den Krieg eine Zeitlang zu einer verstärkten Anhäufung von Überschüssen; als aber die Preise zu steigen begannen, bildeten die Vorratslager wertvolle Reserven für den wachsenden Inlandsbedarf und für Kriegszwecke. Die genannten Länder besaßen auch noch ungenutzte Hilfsquellen anderer Art, auf die sie zurückgreifen konnten, und vermochten daher ihre Kriegsproduktion in verhältnismäßig kurzer Frist beträchtlich zu steigern.

Kanada hatte im November 1941 ein ziemlich lockeres Höchstpreissystem eingeführt, durch das die Kleinhandelspreise auf den Stand vom 15. September bis 11. Oktober 1941 heruntergesetzt wurden. Der Großhandel unterlag den Höchstpreisbestimmungen nicht, man erwartete aber, daß die für den Einzelhandel festgesetzten Preise auf den Großhandel und schließlich auch auf die Erzeuger zurückwirken würden. In einzelnen Fällen griff der Staat mit Zuschüssen ein. Beispielsweise stellte sich heraus, daß die Kleinhandelspreise für Schuhe beim Inkrafttreten der Kontrolle etwa 15 v. H. über dem Stande in der Zeit vom 15. September bis 11. Oktober lagen; daraufhin verpflichteten sich die Hersteller und Einzelhändler, die Preise um je 4 v. H. zu ermäßigen, und die Regierung erklärte sich bereit, die restlichen 7 v. H. unter der Bedingung zu tragen, daß sie dieser Notwendigkeit innerhalb einer bestimmten Frist durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen enthoben würde. Dieses Verfahren hatte zwar die Wirkung, daß es die Preissteigerung verlangsamte, aber infolge

des Übergangs von Arbeitern zu hochbezahlten Zweigen der Kriegsindustrie und der Rekordernte des Jahres 1942, die den kanadischen Landwirten eine Erhöhung ihres Einkommens ohne die Beihilfen um 20 v. H. brachte, wuchs der Kaufkraftüberfluß der Bevölkerung noch weiter an. Zur Verhütung eines weiteren Anziehens der Lebenshaltungskosten und einer sich daraus ergebenden Lohnsteigerung wurden eine Reihe von Kleinhandelspreisen durch verschiedene Mittel herabgesetzt, so durch Beihilfen, Aufhebung von Abgaben oder Steuern und durch unmittelbare Verlustverkäufe durch staatliche Stellen. Die ersten Preissenkungen wurden im Dezember 1942 bei Tee, Kaffee, Milch und Apfelsinen vorgenommen; die Kosten dieser Maßnahmen für den Staat wurden auf 40 Millionen kanadische Dollar jährlich geschätzt und die Preissubventionen im Rechnungsjahr bis Ende März 1943 im ganzen auf 68 Millionen; im folgenden Jahr werden sie voraussichtlich 120 Millionen kanadische Dollar erreichen.

Für die Löhne bestehen keine Höchstgrenzen im eigentlichen Sinne, sie sind aber insofern an die Preise gebunden, als die Arbeitgeber verpflichtet sind, ihren Angestellten Teuerungszuschläge zu zahlen, die vierteljährlich revidiert werden und für jeden vollen Punkt, um den sich die Meßziffer der Lebenshaltungskosten verändert, 25 Cent wöchentlich betragen sollen. Da die Kennziffer vom Ausbruch des Krieges bis Dezember 1942 um 18 Punkte gestiegen ist, ergab sich hierbei ein Gesamtzuschlag von 4,5 kanadische Dollar wöchentlich, d. h. bei einem Angestellten, der 25 Dollar wöchentlich verdient, von 18 v. H. seines Gehaltes.

Während in den Vereinigten Staaten die Großhandelspreise 1941 um 17 v. H. anzogen, betrug die Steigerung im folgenden Jahr nur 8 v. H. Dagegen setzten die Lebenshaltungskosten ihre stetige Aufwärtsbewegung, die sich 1941 auf 10 v. H. belief, 1942 mit 9 v. H. fort, und auch im ersten Halbjahr 1943 blieb das Tempo der Zunahme bei einer Erhöhung um monatlich annähernd 1 v. H. unvermindert. Von grundlegendem Einfluß waren ein rasches Anwachsen der Kaufkraft (die privaten Einkommen betrugen Ende 1942 etwa 125 Milliarden Dollar jährlich gegenüber einem Durchschnitt von 65 Milliarden für 1935 bis 1939) und eine allmählich fortschreitende Einschränkung der Produktion für zivile Zwecke. Am schärfsten wurde die Herstellung der dauerhaften Verbrauchsgüter (Kraftwagen, Kühlschränke usw.) gedrosselt, da diese



Produktion am leichtesten auf den Kriegsbedarf umgestellt werden konnte. Im übrigen bezogen sich die einschränkenden Maßnahmen hauptsächlich auf die Industrielle Kapitalausrüstung, so daß die Herstellung von Fertigwaren für zivile Zwecke nur mittelbar und mit einer gewissen Verzögerung betroffen wurde. Außerdem konnten die Verbraucher das ganze Jahr 1942 hindurch von erheblichen Vorräten zehren, die sie selbst und die Verteiler vorher angelegt hatten. Schließlich kam die landwirtschaftliche Erzeugung, die 1942 für den zivilen Bedarf verfügbar war, nahe an diejenige der Jahre 1935-39 heran und erreichte in mancher Beziehung sogar Rekordhöhen, und auch die Einfuhr einer Reihe von Rohstoffen, namentlich von Wolle, war umfangreicher, als man erwartet hatte. Einschließlich der Benutzung von Gebäuden und anderen dauerhaften und halb dauerhaften Gütern, die bei Einführung der Kontrolle im Besitz der Verbraucher waren, lag der gesamte zivile Verbrauch im Frühjahr 1943 nicht wesentlich unter dem Vorkriegsstand. Es war jedoch eine Verschiebung zugunsten vermehrter Nahrungsmittelkäufe eingetreten; der für Nahrungsmittel tatsächlich ausgegebene Betrag war im Herbst 1942 um volle 60 v. H. höher als 1939. Diese Verschiebung der Nachfrage schuf günstige Voraussetzungen für eine Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, und unter diesen Umständen konnte sich der politische Druck zugunsten höherer Preise stark geltend machen. Ende 1942 hatten die landwirtschaftlichen Preise 110 v. H. der „Parität" erreicht (d. h. derjenigen Preislage, die dem Landwirt die gleiche Kaufkraft gegenüber den nicht landwirtschaftlichen Produkten gibt, die er 1909–14 besaß). Die sogenannten Beleihungssätze wurden für Weizen und Mais bei 85 v. H. der Parität belassen, um eine Erhöhung der Futterkosten für Vieh und Geflügel zu verhindern, für Baumwolle, Tabak, Reis und Erdnüsse aber Anfang Oktober 1942 von 85 auf 90 v. H. erhöht.

Entsprechend dem im Januar 1942 angenommenen Notgesetz über die Preisüberwachung (Emergency Price Control Act) schritt die Preisbehörde (Office of Price Administration) im Mai desselben Jahres zur Stabilisierung der Preise zahlreicher Waren auf ihrem höchsten im März erreichten Stande. Im Oktober wurde die Kontrolle unter Zugrundelegung der Preise vom 15. September auf weitere Waren, darunter auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, ausgedehnt und ein Kommissar für die Stabilisierung der Wirtschaft (Director of Economic Stabilization) ernannt. Es wurden Kontingente festgesetzt, um die künftigen Lieferungen für den zivilen Verbrauch zu beschränken, der nach einer Erklärung des Präsidenten um 25 v. H. unter den Umfang des Rekordjahres 1941 herabgesetzt werden sollte; Pläne zur Rationierung von Fleisch, Käse, eingelegten und getrockneten Früchten und Gemüsen, Fett und Öl wurden aufgestellt und in den ersten Monaten des Jahres 1943 ausgeführt. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wurde nach lebhafter Erörterung des Für und Wider beschlossen, staatliche Zuschüsse zu zahlen, um ein Steigen der Lebenshaltungskosten zu verhindern.

Wahrscheinlich ist zwar die bedeutende Zunahme, die bei den echten Spareinlagen zu beobachten ist, bis zu einem gewissen Grade eine Folge der Rationierung und der Unmöglichkeit, Waren zu kaufen, die nicht mehr erhältlich sind; doch ist die laufende Versorgung mit Verbrauchsgütern immer noch so reichlich (und zwar nicht nur im Vergleich zu der Lage in anderen Ländern),

daß die Rationierung und ähnliche Formen der Verbrauchsbeschränkung nur einen geringen Einfluß haben können und mehr Bedeutung der unmittelbaren Beschränkung der Einkommen, z. B. durch die Lohnkontrolle, zufällt. Da die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter erheblich gestiegen ist und ein 50prozentiger Zuschlag für Überstunden gezahlt wird (d. h. für eine Arbeitsleistung von mehr als 40 Wochenstunden), hat sich die Lohnsumme der Vereinigten Staaten von 61 Milliarden Dollar für 1941 auf 80 Milliarden für 1942 erhöht. Die Stundenlöhne in der Industrie sind von 78,3 Cent im Dezember 1941 auf 90,7 Cent im Dezember 1942, d. h. um volle 15 v. H. gestiegen. Die Aufsicht des Kriegsarbeitsamtes wurde auf alle Änderungen der Lohnordnungen für nicht landwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt, einschließlich derjenigen, die zwischen Arbeitgebern und -nehmern vereinbart werden. Das Amt befolgte die Politik, alle Anträge abzulehnen, bei denen es sich um Lohnerhöhungen handelt, die über den Ausgleich der 15prozentigen Lebenskostensteigerung zwischen Januar 1941 und Mai 1942 hinausgehen (entsprechend der sogenannten „kleinen Stahlformel", die in einem Konflikt mit den kleinen Stahlgesellschaften als angemessene Lösung entwickelt worden war). In einer Reihe von Fällen wurden jedoch weitere Lohnerhöhungen zugelassen: z. B. wenn die früheren Aufbesserungen weniger als 15 v. H. betragen hatten oder die Löhne auf einem unter dem Normalen liegenden Stand geblieben waren, oder wenn es als notwendig erachtet wurde, in bestimmten Industriezweigen Lohnerhöhungen zu bewilligen, die für die Förderung der Kriegsanstrengungen wesentlich waren. Der April 1943 brachte weitere Stabilisierungsmaßnahmen, u. a. wurde den Arbeitern verboten, ihre Stelle zugunsten einer besser bezahlten Arbeit zu wechseln. Mit der Stabilisierung einzelner Teile des Preisgefüges wurde eine planmäßigere Lenkung des Wirtschaftslebens in den Vereinigten Staaten ebenso notwendig wie in anderen Ländern; die Kriegseinsatzkommission (War Manpower Commission) hat die Aufgabe, sowohl die Streitkräfte wie die wichtigen Industriezweige mit Menschen zu versorgen. Von Mitte 1939 bis zum Frühjahr 1943 erhöhten sich die Stundenverdienste in der Industrie um etwa 50 v. H.; die Lohnsätze der landwirtschaftlichen Arbeiter, die der Kontrolle nicht unterlagen und 1939 niedrig waren, dürften sogar noch stärker gestiegen sein.

Nordamerika hatte 1942 die beste Weizenernte, die — mit alleiniger Ausnahme des Jahres 1928 — bisher zu verzeichnen war. Kanadas reiche Ernte im Jahre 1942 wurde auf einer Weizenanbaufläche erzielt, die kleiner war als 1928 oder 1941, sie beruht also in erster Linie auf einem höheren Ertrag je Flächeneinheit. Der am 1. August 1943 vorhandene Weizenvorrat wurde auf 688 Millionen Bushel geschätzt, d. h. auf etwas mehr als die Bestände in den Vereinigten Staaten an demselben Tage. Trotz

Weizenproduktion
in den Vereinigten Staaten und Kanada

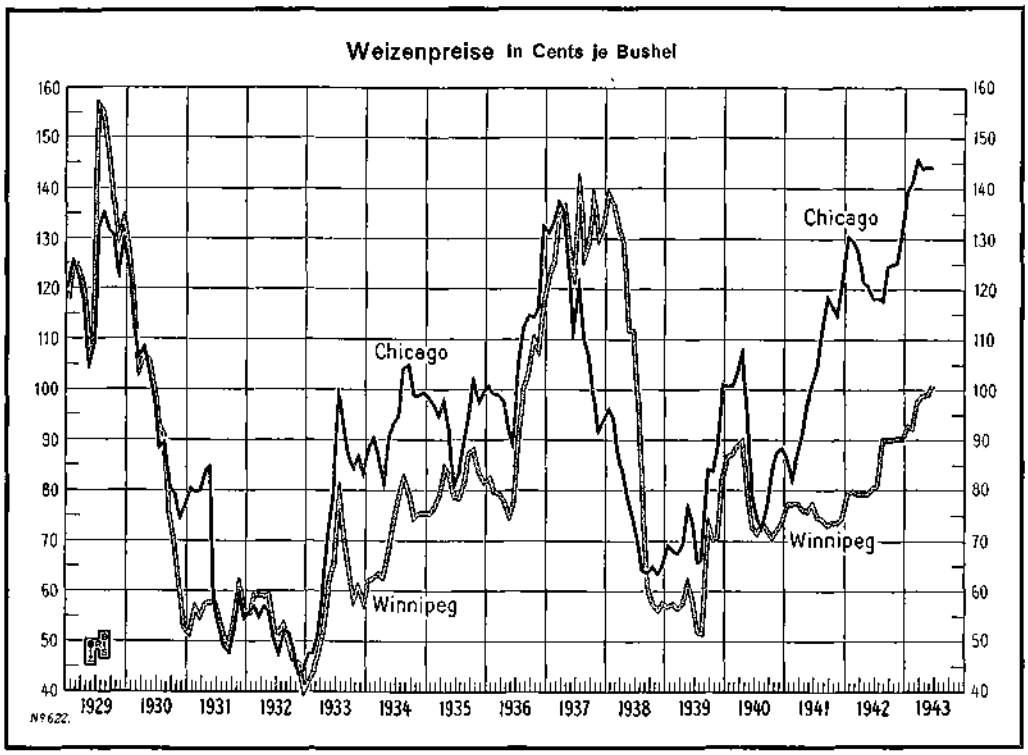
Jahr	Vereinigte Staaten	Kanada	Zusammen
	in Millionen Bushel[1]		
1934—1938 (Durchschnitt) . .	717	263	980
1939	751	521	1.272
1940	812	540	1.352
1941	946	312	1.258
1942	981	593	1.574
1943 (Schätzung)	835	615	1.450

[1] 1 Bushel Weizen = 27,2 Kilogramm.

der reichen Ernte sind die Weizenvorräte in den Vereinigten Staaten von August 1942 bis August 1943 sehr wenig gestiegen infolge eines Rekordverbrauchs, der auf 1.013 Millionen Bushel oder rund 80 v. H. mehr als die normale Menge geschätzt wird. In dieser Ziffer kommt eine stärkere Verwendung von Weizen in der Industrie (Alkoholgewinnung für Kriegszwecke) und zur Fütterung, namentlich von Schweinen, zum Ausdruck; der Schweinebestand der Vereinigten Staaten ist von etwa 50 Millionen Anfang 1939 auf ungefähr 75 Millionen Anfang 1943 gestiegen. Für die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Argentinien zusammen wird der Weizenvorrat am 1. August 1943 auf 1.748 Millionen Bushel veranschlagt. Im Vergleich zu normalen Verhältnissen (die entsprechende Ziffer für August 1938 betrug 284 Millionen Bushel) bedeutet dies eine sehr umfangreiche Vorratshaltung; in Anbetracht des höheren Weizenverbrauchs für andere Zwecke als die menschliche Ernährung erscheint aber eine anhaltende Abnahme der Vorräte bis zum Kriegsende als wahrscheinlich. Der eingetretene Wandel drückt sich in einem Anziehen der Weizenpreise sowohl in Kanada wie in den Vereinigten Staaten aus.

Weizenvorräte

Schätzung für 1. August	Vereinigte Staaten	Kanada	Argentinien	Australien	Vier Länder zusammen
	in Millionen Bushel				
1938	153	25	72	34	284
1939	253	103	230	43	629
1940	282	300	75	109	766
1941	385	480	180	55	1.100
1942	632	424	198	122	1.376
1943	650	688	245	165	1.748



Die Maisernte von 1942 war in den Vereinigten Staaten ebenfalls reichlich; sie betrug 3.175 Millionen Bushel[1] gegenüber 2.673 Millionen Bushel im Vorjahr. Dagegen litt in Argentinien der Mais außerordentlichen Wachstumsschaden durch die Dürre, die in manchen Provinzen die Ernte vollständig vernichtete. Infolgedessen fiel die gesamte Maiserzeugung Argentiniens von 356 Millionen Bushel im Jahre 1941/42 auf 76 Millionen Bushel im Jahre 1942/43; die Maisvorräte, die Anfang Mai 1942 auf 280 Millionen Bushel geschätzt worden waren und damals den Behörden wegen des Mangels an Lagerraum große Sorge bereitet hatten, schmolzen plötzlich unter das normale Ausmaß zusammen. Der Maispreis in Buenos Aires, der im November 1942 bis auf 83 Cent je Bushel gesunken war (und nur durch staatliche Stützung am weiteren Fallen verhindert wurde), erholte sich plötzlich auf 98½ Cent je Bushel Anfang 1943 und weiter auf 105 Cent im April.

Die im Mai und Juni 1943 in Hot Springs abgehaltene Ernährungs- und Agrarkonferenz befaßte sich mit Fragen des Ernährungsstandards, der Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer Anpassung an den Bedarf der Verbraucher sowie mit den Mitteln zur Verbesserung der Verteilung. Sie beschloß, eine neue internationale Einrichtung in Form eines vorläufigen Ausschusses zu schaffen, der in Washington tagen soll, bis eine ständige Ernährungsorganisation gebildet werden kann. Dem Ausschuß wurde die Förderung und Abstimmung der Forschungsarbeiten sowie die Sammlung und Verbreitung von Informationen aufgetragen; er soll den einzelnen Regierungen Vorschläge für Maßnahmen unterbreiten, die den auf der Konferenz vereinbarten Richtlinien entsprechen, und außerdem Fragen untersuchen, die etwa den Ausbau der landwirtschaftlichen Hilfsquellen, Vorkehrungen für einzelne Waren, die Verbrauchergenossenschaften, die Bodenverbesserung und andere auf der Konferenz behandelte Gebiete betreffen.

In den iberoamerikanischen Ländern waren die Preisbewegungen mehr als in anderen Teilen der Welt durch marktmäßige Einflüsse hervorgerufen. Staatliche Eingriffe durch überwachende und lenkende Maßnahmen oder durch Gewährung von Zuschüssen spielten nur auf einzelnen Gebieten der Volkswirtschaft eine Rolle; bezeichnende Fälle sind das Kaffeeabkommen unter vierzehn Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten und die Stützung der Getreidepreise in Argentinien. Beide Male sollte ein zu schädliches Sinken der Erzeugerpreise verhütet werden, das zu befürchten war, nachdem die Ausfuhr nach Europa fast aufgehört hatte und auch diejenige nach Ländern des amerikanischen Kontinents durch Mangel an Schiffsraum behindert wurde. Die Statistiken der verschiedenen iberoamerikanischen Länder lassen kaum eine einheitliche Entwicklung erkennen. In einigen Staaten sind die hauptsächlich von den Nahrungsmittelpreisen abhängigen Lebenskosten nur sehr wenig gestiegen, während in anderen Ländern deutliche Anzeichen einer durch ungedeckte Staatsausgaben hervorgerufenen Inflation vorhanden sind.

---

[1] 1 Bushel Mais = 25,4 Kilogramm.

Die Preisbewegung in einigen iberoamerikanischen Ländern

Land und Index	1939 2. Halbjahr	1940	1941	1942	Juni 1939 bis Dez. 1942
	Veränderung in v. H.				
Argentinien:					
Großhandelspreise	+ 18	+ 2	+ 37	+ 13	+ 86
Lebenshaltungskosten	+ 4	— 3	+ 10	0	+ 12
Bolivien:					
Lebenshaltungskosten	+ 38 [1]	+ 15	+ 35	+ 29	+ 178
Brasilien:					
Lebenshaltungskosten	+ 2	+ 7	+ 12	+ 5 [2]	+ 28 [3]
Chile:					
Großhandelspreise	+ 7	+ 5	+ 37	+ 23	+ 90
Lebenshaltungskosten	+ 5	+ 10	+ 23	+ 26	+ 77
Costa Rica:					
Großhandelspreise	— 1	— 6	+ 19	+ 40	+ 55
Lebenshaltungskosten	— 2	— 2	+ 9	+ 31	+ 38
Kolumbien:					
Lebenshaltungskosten	— 2	— 5	+ 4	+ 14	+ 10
Mexiko:					
Großhandelspreise	— 1	+ 1	+ 14	+ 8	+ 24
Lebenshaltungskosten	+ 1	+ 1	+ 14	+ 11	+ 30
Peru:					
Großhandelspreise	+ 11	+ 9	+ 27	+ 19	+ 82
Lebenshaltungskosten	+ 3	+ 9	+ 11	+ 9	+ 36
Uruguay:					
Lebenshaltungskosten	+ 4	+ 2	— 2	+ 4	+ 8
Venezuela:					
Lebenshaltungskosten (Nahrungsmittel)	— 7 [1]	+ 7	— 6	+ 16	+ 9

[1] Juni 1939 bis Januar 1940. [2] Dezember 1941 bis August 1942. [3] Juni 1939 bis August 1942.

In Argentinien zeigte 1942 der Lebenshaltungsindex im Endergebnis keine Veränderung, dagegen stiegen die Großhandelspreise um 13 v. H., und zwar, wie die folgende Übersicht zeigt, infolge höherer Notierungen für die nicht landwirtschaftlichen Erzeugnisse, zur Hauptsache also für die Industriewaren, die eingeführt oder unter Verwendung von eingeführten Rohstoffen hergestellt werden.

Großhandelsindex in Argentinien

Zeit	Landwirtschaftliche Erzeugnisse	Andere Erzeugnisse	Allgemeiner Großhandelsindex
	1926 = 100		
1939 August	79	109	103
Dezember	94	129	122
1940 Dezember	73	138	124
1941 Dezember	80	194	170
1942 Dezember	78	224	193

Der Preisstand der landwirtschaftlichen Produkte war Ende 1942 nicht ganz so hoch wie im August 1939. Als weitere Hilfsmaßnahme der Regierung für die Landwirtschaft wurden wiederum Mindestpreise für Weizen, Leinsamen und Mais festgesetzt. Nach dem Bericht des Banco Central für 1942 belief sich der in diesem Jahre von der Regierung zur Finanzierung der Ernte aufgenommene Betrag auf insgesamt 242 Millionen Peso, gegenüber 505 Millionen im Vorjahr; damit erreichten die gesamten Ausgaben des Staates für den Ankauf von Ernteerträgen etwa 1 Milliarde Peso. Wie schon erwähnt, änderte sich die

Preislage für Mais plötzlich infolge der langen und heftigen Dürre im Erntejahr 1942/43, welche die schlimmste seit mehr als zwanzig Jahren war, und da die Regierung sogar eine ungenügende Deckung des Inlandsbedarfs befürchtete, verbot sie damals, ganz im Gegensatz zu ihrer früheren Politik, die Ausfuhr von Mais. Die Preise für Fleischprodukte waren 1942 schon um 10 bis 25 v. H. gestiegen, ohne daß es einer unmittelbaren staatlichen Stützung bedurft hätte, da der höhere Verbrauch im Inland drei Viertel der Erzeugung aufnahm. Es wurden mehrere Aufbesserungen der Lohnsätze bewilligt, die zusammen mit der Verlängerung der Arbeitswoche in der Industrie den Durchschnittsverdienst gegenüber dem Vorjahr um 13 v. H. erhöhten. Als im Frühjahr 1943 der Lebenshaltungsindex plötzlich anstieg, setzte die Regierung Höchstpreise für eine Anzahl Verbrauchsgüter fest, darunter für Butter, Kartoffeln, Reis, Mehl, Brot und Käse.

Für Brasilien liegen seit dem Sommer 1942 keine statistischen Angaben über die allgemeinen Preisbewegungen vor. Damals war der Lebenshaltungsindex um 28 v. H. über den Stand von Juni 1939 gestiegen. In der Hoffnung, weitere Erhöhungen verhindern zu können, wurde ein Preisstop für den Einzelhandel auf der Grundlage der am 1. Dezember 1942 geltenden Notierungen verfügt; die Löhne, die im Mai 1942 festgelegt worden waren, durften zum Ausgleich der in der Zeit von Mai bis Dezember eingetretenen Lebenskostensteigerung um 25 bis 30 v. H. erhöht werden. Bei der Beschaffung der üblichen Weizenmenge aus Argentinien hatten sich Transportschwierigkeiten ergeben; für Brasilien wie für andere iberoamerikanische Länder ist die Schiffsraumfrage von entscheidender Bedeutung. 1941 übernahmen die Vereinigten Staaten nicht das volle, vorher vereinbarte Kaffeekontingent; in einem späteren Abkommen verpflichteten sie sich aber, von den Ernten der Jahre 1941/42 und 1942/43 insgesamt 12½ Millionen Sack von Brasilien unabhängig davon zu kaufen, ob Schiffsraum zur Verfügung stände. Diese Regelung trug dazu bei, die Preise zu halten, ebenso verschiedene innere Maßnahmen wie die amtliche Beleihung der Kaffee-Frachtbriefe bis zu 80 v. H. des Wertes und die Zahlung von 2 Cruzeiro für jeden vernichteten Sack Kaffee (zu 60 Kilogramm).

In Ostasien waren die Preisbewegungen in den einzelnen Gebieten sehr verschieden. Am ausgeprägtesten scheint die Preissteigerung im Währungsbereich des Tschungking-Yüan gewesen zu sein. Aber auch in den ausgedehnten und so verschiedenartigen Gebieten, die Japan unter dem Namen Großostasien vereinigt hat, gab es beträchtliche Preisunterschiede. So stieg z. B. von Juni 1937 bis Juni 1942 der Großhandelsindex in Tokio um 49 v. H., in Hsinking um 112 v. H. und in Tientsin um 401 v. H. Für Japan brachte dieser ungleichmäßige Preisanstieg eine Reihe schwieriger Probleme mit sich; es mußten Mittel gefunden werden, um einerseits die daraus entstehende Behinderung des Handels zu überwinden und andererseits zu erreichen, daß der japanische Preisspiegel nicht durch die teure Einfuhr aus Übersee erhöht werde. Um zu den gewünschten Ergebnissen zu gelangen, wurden Ausgleichskassen und besondere Handelskörperschaften errichtet, die Zuschüsse aus dem japanischen Staatshaushalt erhielten (nähere Einzelheiten siehe Seite 56/57).

Eine andere schwierige Aufgabe bestand darin, zu verhindern, daß die kriegsbedingte Ausweitung der Industrie und die dauernd zunehmende Kaufkraft der Bevölkerung die Preise im Inland zu sehr in die Höhe trieben. Im September 1939 wurde für einige wichtige Warengruppen ein Preisstop eingeführt; Ende 1942 waren aber nach den von der Bank von Japan errechneten Meßziffern die Großhandelspreise um 33 v. H. und die Lebenshaltungskosten um 29 v. H. über den Stand von Juni 1939 gestiegen.

Preisbewegungen in Japan

Index der	1939 2. Halbjahr	1940	1941	1942	Juni 1939 bis Dez. 1942
	Veränderung in v. H.				
Großhandelspreise	+ 17	— 1	+ 11	+ 3	+ 33
Lebenshaltungskosten . .	+ 9	+ 9	+ 3	+ 2	+ 29

Im Frühjahr 1943 trat ein Umschwung in der Preispolitik ein, indem eine Reihe von Maßnahmen ergriffen wurden, um einerseits die Erzeugung lebenswichtiger Güter anzuregen, andererseits aber durch staatliche Zuschüsse eine Steigerung der Lebenshaltungskosten zu verhindern. Die im September 1939 eingeführten Höchstpreise hatten oft kaum die Kosten gedeckt und vielfach hemmend auf die Produktion gewirkt; nach dem neuen System wurden Preisausgleichskassen geschaffen, die bestimmte Waren vom Erzeuger zu einem über dem amtlichen Höchstpreis liegenden Preis übernehmen konnten, so daß die höheren Produktionskosten durch die Spanne gedeckt wurden. Der dem Verbraucher berechnete Preis blieb aber dank der Subventionen unverändert. Außerdem wurde ein Prämiensystem eingeführt, das durch Anreizung des Gewinnstrebens die Ergiebigkeit der Produktion steigern sollte. Beihilfen waren schon vorher seit einiger Zeit gewährt worden, um einzelne Zweige der landwirtschaftlichen Erzeugung anzuregen; der Finanzminister erklärte Anfang 1943, daß hierfür im laufenden Haushalt etwa 400 Millionen Yen vorgesehen seien.

Infolge des Krieges bestehen erhebliche Preisunterschiede nicht nur zwischen den verschiedenen Ländern, sondern auch unter den einzelnen Teilen des Preisgefüges innerhalb jedes Landes, wie die Übersicht auf der nächsten Seite zeigt, die für eine Anzahl von Ländern die Erhöhung verschiedener Gruppen der Lebenskostenmeßziffern in v. H. angibt.

Die Titel enthalten in den einzelnen Ländern nicht genau die gleichen Posten, die Abweichungen in dieser Hinsicht sind aber wahrscheinlich nicht allzu bedeutend und schließen einen Vergleich sicherlich nicht völlig aus. Einige Merkmale sind den meisten der erfaßten Länder gemeinsam (mit Einschluß Deutschlands, wo jedoch im allgemeinen die Einzelhandelspreise für rationierte Waren nahe am Vorkriegsstand gehalten werden).

In sechs von den in der Tabelle aufgeführten neun Ländern weisen die Kosten für Bekleidung von allen Gruppen die stärkste Zunahme auf, und auch in den drei übrigen Ländern — Bulgarien, Dänemark und Vereinigte Staaten — sind die Kosten für Kleidung mehr als der Gesamtindex gestiegen. Das schärfere Anziehen der Preise für Kleidung ist die Folge einer Knappheit

Verteuerung
verschiedener Gebiete der Lebenshaltung
von Januar-Juni 1939 bis Dezember 1942

Land	Ernährung	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Miete	Sonstiges	Zusammen
	Veränderung in v. H.					
Bulgarien[1]	+ 135	+ 50	+ 112	+ 35	+ 42	+ 101
Dänemark	+ 57	+ 112	+ 84	+ 7	+ 47	+ 56
Deutschland	+ 6	— 2	+ 32	0	+ 6	+ 8
Finnland	+ 89	+ 123	+ 127	+ 12	+ 81	+ 81
Großbritannien	+ 21	+ 33	+ 82	+ 2	+ 53	+ 30
Schweden	+ 42	+ 67	+ 72	+ 2	+ 41	+ 42
Schweiz	+ 61	+ 33	+ 87	0	*	+ 46
Ungarn	+ 73	+ 31	+ 78	0	*	+ 52
Vereinigte Staaten	+ 41	+ 8	+ 25	+ 4	+ 12	+ 22

[1] *Zunahme gegenüber dem Durchschnitt im Jahre 1939.* * *Angaben nicht vorhanden.*

an Textilrohstoffen (Wolle und Baumwolle) und der Notwendigkeit, auf Austauschstoffe zurückzugreifen, deren Produktion naturgemäß teurer ist. Mehrere Länder haben sogar genaue Vorschriften erlassen, um die Preise im Altkleiderhandel aufzuhalten.

Die Mietpreise werden fast überall durch einen wirksamen amtlich verfügten Preisstop nahe über dem Vorkriegsstand gehalten; die Behörden können den Preis der schon vorhandenen Wohnungen überwachen, und die Errichtung von Neubauten ist meist genehmigungspflichtig gemacht worden, um Geld, Material und Arbeitskräfte für die Kriegführung zu sparen. Das Verbot von Mieterhöhungen wird erleichtert durch die Politik des billigen Geldes, unter deren Einfluß die Zinslasten für Hypotheken und andere Schulden so gut wie unverändert geblieben sind (was während des Krieges 1914–18 nicht der Fall war). Andere Lasten haben sich aber zweifellos erhöht, und in verschiedenen Ländern wird die Frage erörtert, in welchem Ausmaß Mieterhöhungen zuzulassen seien, um die vermehrten täglichen Ausgaben und die höheren Instandhaltungskosten, die sich nach dem Kriege ergeben werden, auszugleichen. Verschiedentlich wurde auch dem schwierigen Problem Beachtung geschenkt, wie nach dem Kriege ein freier Grundstücksmarkt wiederhergestellt werden kann, um die private Bautätigkeit neu in Gang zu bringen (siehe Einleitung, Seite 40). Der Grad der hierbei notwendigen Berichtigung der gegenwärtigen Mietpreise wird in den einzelnen Ländern verschieden sein, je nachdem, in welchem Ausmaß das allgemeine Preisniveau, wenn wieder ruhige Verhältnisse eingetreten sind, noch über dem Vorkriegsstand liegen wird. Das eine ist jedoch zu berücksichtigen: die Baukosten können zweifellos durch neue technische Verfahren (z. B. Vorausfabrikation von Einzelteilen) erheblich gesenkt werden, und sofern diese ausgedehnten Möglichkeiten voll ausgenutzt werden (was vielfach die Abschaffung gewisser Einrichtungen und Vorschriften im Gewerkschaftswesen und auf anderen Gebieten bedeuten würde), kann das Gleichgewicht am Wohnungsmarkt auf einem tieferen als dem sonst notwendigen Stande erreicht werden.

Solange der Krieg noch andauert, sind die Behörden bestrebt, eine seinen Erfordernissen angemessene Preisharmonie herzustellen. Einerseits müssen sie dafür sorgen, daß die lebenswichtige Produktion nicht durch Preise abgeschreckt wird, die im Verhältnis zu anderen Produktionszweigen zu niedrig sind, andererseits müssen sie bedenken, daß die Preise die Einkommens-

verteilung grundlegend bestimmen, und daß hierbei — nicht zum wenigsten im Kriege — die Wahrung der Gerechtigkeit und die Rücksicht auf die soziale Ordnung von höchster Bedeutung sind. Die sozialen Spannungen gegen Ende des Krieges 1914–18 waren ohne Zweifel weitgehend auf übermäßige Veränderungen der Groß- und Kleinhandelspreise zurückzuführen, die einigen hohe Gewinne verschafften und andere in Not brachten. Die strenge Kontrolle, der eine Reihe von Staaten diesmal die Preise unterwerfen konnten, bildet zusammen mit der höheren Besteuerung der Kriegsgewinne und der ausgiebigeren Unterstützung, die z. B. den Familien der zum Wehrdienst eingezogenen Männer gewährt wird, wichtige Voraussetzungen der sozialen und damit auch der wirtschaftlichen Stabilität. Einige Opfer sind gleichwohl notwendig, aber wenn ihre Gründe einleuchten, werden sie meist ohne starken Widerstand getragen. So haben die Industriearbeiter (manchmal mit überraschendem Gleichmut) weitgehende Preiserhöhungen hingenommen, welche die landwirtschaftliche Erzeugung anregen und den Landwirten eine gerechtere Entlohnung geben sollen, als sie vor dem Kriege erhalten konnten. Nur wenn die Forderungen der Billigkeit nicht beachtet werden, scheint ernste Unzufriedenheit zu entstehen; ja, es wird in solchen Fällen wahrscheinlich sogar ein heftiger Umschwung einsetzen, sobald wieder Frieden ist; die Erlangung einer sehr starken Preisaufbesserung für einen einzelnen Berufszweig wäre wahrscheinlich sogar von seinem eigenen Standpunkt unvorteilhaft.

Zahlreichen verschiedenen Einflüssen wird nach diesem Kriege die Agrarpolitik ausgesetzt sein; sie wird gewissermaßen erkennen lassen, wie weit eine Zusammenarbeit innerhalb bestimmter Ländergruppen und in der Welt im ganzen besteht. Man könnte sich beispielsweise bemühen, die Kosten der Nahrungsmittel zu senken und damit die Reallöhne zu verbessern, ohne die Exportfähigkeit durch eine Kostensteigerung zu vermindern. Die Schwierigkeiten, denen die Lösung dieser Fragen begegnen wird, werden sicherlich in jedem Lande von anderer Art sein. Eine Senkung der landwirtschaftlichen Preise kann z. B., wenn wieder Futtermittel aus dem Auslande eingeführt werden können, durch eine Verringerung der Kosten erleichtert werden. Die Tatsache, daß die Landwirte im gegenwärtigen Kriege ihre Verschuldung nicht nur nicht vermehrt, sondern sogar Schulden zurückgezahlt haben, sollte dazu beitragen, eine größere Beweglichkeit in der Durchführung von Kosten- und Preisberichtigungen zu gewährleisten. In Nordamerika haben die Mobilisierung und die Bedürfnisse der Kriegsindustrie viele junge Leute den ländlichen Bezirken entzogen (in den Vereinigten Staaten hatten auf diese Weise Anfang 1943 rund drei Millionen Personen das flache Land verlassen), und viele von ihnen werden wohl nicht mehr zu ihrer alten Beschäftigung zurückkehren; eine Verminderung der Zahl der Landarbeiter für die Dauer dürfte aber, wenn sie auch dem einzelnen Landwirt viele Schwierigkeiten bereiten mag, einen gewissen Schutz gegen die Gefahr bilden, daß die landwirtschaftliche Erzeugung bald wieder den laufenden Bedarf übersteigt. Eine weitere Sicherung in diesem Sinne könnte in einer Hebung des Ernährungsstandards liegen, die den Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel erweitern würde. Diese und andere Entwicklungen können dazu beitragen, die

Spannungen in der Übergangszeit zu mildern; gleichwohl aber werden wahrscheinlich alle vorgeschlagenen oder angedrohten Änderungen starken Widerständen begegnen, da Änderungen in der Agrarpolitik neben der Frage des täglichen Brotes auch verschiedene Seiten der herkömmlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu berühren pflegen.

Die folgende Übersicht zeigt, wie groß der Unterschied zwischen den Weizenpreisen auf dem europäischen Kontinent und in den überseeischen Ländern ist.

Weizenpreise

Land	Amtliche Preise je 100 kg				Zunahme in v. H. (Landeswährung)
	1942/43		1943/44		
	in der Landeswährung	in Schweizer Franken [1]	in der Landeswährung	in Schweizer Franken [1]	
Argentinien	Peso 6,75	6,30	Peso 6,75	6,63	0
Kanada (Winnipeg) [2]	Kan. Dollar 2,95	11,39	Kan. Dollar 3,71	14,38	+ 26
Großbritannien [3]	Pfund 1,579	27,32	Pfund 1,480	25,60	— 6
Ver. Staat. (Chikago) [2]	Dollar 4,34	18,66	Dollar 5,29	22,75	+ 22
Dänemark [4]	Kronen 28,—	25,22	Kronen 28,—	25,22	0
Belgien	Franken 200,—	27,68	Franken 200,—	27,68	0
Schweden	Kronen 27,—	27,72	Kronen 27,50	28,23	+ 2
Niederlande	Gulden 13,625	31,28	Gulden 13,875	31,85	+ 2
Deutschland	RM 21,—	36,33	RM 21,—	36,33	0
Slowakei [4]	Kronen 250,—	37,25	Kronen 250,—	37,25	0
Norwegen [4]	Kronen 35,—	34,40	Kronen 38,—	37,35	+ 9
Spanien [4]	Peseten 84,—	33,21	Pts. 94–104,—	37,16–41,11	+ 12–24
Frankreich	Franken 375,—	37,50	Franken 410,—	41,—	+ 9
Ungarn [4]	Pengö 30,—	31,26	Pengö 40,—	41,68	+ 33
Bulgarien [4]	Lewa 620,—	33,11	Lewa 820,—	43,79	+ 32
Serbien [4]	Dinar 600,—	51,90	Dinar 600,—	51,90	0
Italien [4]	Lire 175,—	39,69	Lire 235–310,—	53,30–70,30	+ 34–77
Schweiz [4]	Franken 51,50	51,50	Franken 53,50	53,50	+ 4
Rumänien	*Lei* 2.200,—	50,38	*Lei* 2.600,—	59,54	+ 18
Türkei	Pfund 20,— [5]	66,80	Pfund 20,—	66,80	0
Kroatien [4]	Kuna 600,—	51,72	Kuna 1.200,—	103,44	+ 100

[1] Umgerechnet zu den amtlichen Kursen für Argentinien, Kanada, Großbritannien, Schweden und die Vereinigten Staaten, für die übrigen Länder zu Clearingkursen. [2] Börsenkurs vom Juni.
[3] Durchschnittspreis von 10 Wochen bis 9. Oktober. [4] Erzeugerpreis. [5] Gelegentlich auch 26 türkische Pfund.

Wie in diesem Bericht mehrfach ausgeführt wird, geben eine Anzahl Regierungen bedeutende Summen für Zuschüsse aus, welche die Lebenshaltungskosten niedrig halten sollen trotz der hohen Preise, die den inländischen Erzeugern oder für die Einfuhr gezahlt werden. Wenn nach Friedensschluß die gegenwärtigen Zuteilungen erhöht und die Beschränkungen schließlich ganz aufgehoben werden, wird die Beibehaltung des Systems der staatlichen Zuschüsse zur Verbilligung der Lebenshaltung die Belastung der Staatskasse erhöhen, besonders in Ländern mit einer bedeutenden Inlandsproduktion, während andere, die einen wesentlichen Teil ihrer Nahrungsmittelversorgung einführen, den Vorteil der niedrigeren Preise im Ausland und namentlich der billigeren Frachtsätze haben werden. Die Schweiz hat ihre Politik in der Kriegszeit darauf abgestellt, daß sie die Gewährung von Subventionen nur für eingeführte Waren zuläßt, um ihre Verteilung wieder einstellen zu können, sobald es möglich sein wird, die ausländischen Güter billiger zu beschaffen.

Auch verschiedene Berichtigungen der Löhne werden sich vielleicht in einzelnen Ländern als notwendig erweisen, um wieder ein gutes Gleichgewicht sowohl im inländischen Preisgefüge wie im Verhältnis zu anderen Ländern herzustellen. Nach der Erfahrung der zwischen den beiden Kriegen liegenden zwanzig Jahre ist es ein Gemeinplatz geworden, daß die Kosten und Preise einerseits und die Devisenkurse andererseits einander in gewissem Grade entsprechen müssen. Eine Schwierigkeit bei der internationalen Behandlung dieser Fragen ergibt sich daraus, daß unter Erhöhungen der „Löhne" verschiedene Dinge verstanden werden können. In Großbritannien z. B. hat vom Sommer 1939 bis Ende 1942 eine Erhöhung der durchschnittlichen Lohnsätze sämtlicher Arbeiter für eine volle Arbeitswoche ohne Überstunden um 30 v. H. stattgefunden; gleichzeitig aber stieg der Durchschnittsverdienst (unter Berücksichtigung der längeren Arbeitszeit, der Mehrvergütung für Überstunden usw.) um volle 60 v. H. Beide Zahlen können ihre Bedeutung haben. Die Höhe der Kaufkraft der Bevölkerung, die weitgehend das Ausmaß der laufenden Nachfrage bestimmt (und daher Bedeutung erlangt, wenn es sich darum handelt, ein Sinken der Preise zu verhindern), hängt eng mit der Ziffer für die Verdienste zusammen (vielleicht mehr noch mit einer vom Statistischen Institut Oxford errechneten Zahl, welche die Erhöhung des Durchschnittsverdienstes abzüglich der Einkommensteuer mit 40 v. H. angibt). Dagegen kann es für die Bestimmung der richtigen Wechselkurse zwischen verschiedenen Ländern besser angebracht sein, die durchschnittlichen Lohnsätze zu verwenden, da sie ja den weitaus wichtigsten Bestandteil der Produktionskosten für die Gesamtwirtschaft angeben, abgesehen davon, daß sie den Faktor im Kosten- und Preisgefüge darstellen, der gegen Änderungen am widerstandsfähigsten ist. Für Schweden liegen statistische Zahlen vor, die sich auf die Lohnsätze beziehen und im großen ganzen mit den britischen Ziffern vergleichbar sein dürften; sie weisen eine Zunahme um etwa 27 v. H. zwischen dem Sommer 1939 und dem Jahresende 1942 auf. In den Vereinigten Staaten dagegen gibt es keine den britischen oder schwedischen Unterlagen entsprechende allgemeine Statistik der Lohnsätze, wohl aber existiert ein Index des „durchschnittlichen Stundenverdienstes in den Fabriken", der natürlich die höhere Bezahlung für Überstunden berücksichtigt; infolgedessen kann dieser Index, in dem auch vermehrte Arbeitsleistungen zum Ausdruck kommen, eine höhere Entlohnung auch dann verzeichnen, wenn z. B. die Akkordsätze sich nicht geändert haben. Er zeigt für die Zeit vom Sommer 1939 bis Ende 1942 eine Steigerung um 40 v. H.

Mehrfach wurde versucht, für den Devisenverkehr eine Formel zur Errechnung „richtiger Paritäten" zu ermitteln, es ist jedoch zweifelhaft, ob eine allgemein anwendbare Formel überhaupt gefunden werden kann. Sicher ist aber, daß bei jeder derartigen Berechnung der Vergleich der relativen Lohnhöhen stets eine wichtige Grundlage bilden wird. Es wäre daher sehr nützlich, wenn die für die nationale und internationale Arbeitsstatistik zuständigen Stellen eine Sammlung von Lohnstatistiken auf einer für die verschiedenen Länder einheitlichen Grundlage in die Wege leiten würden unter Berücksichtigung der verschiedenen Seiten der Lohnfragen. Die so bereitgestellten Unterlagen wären

nicht nur auf dem Gebiet der Lohnstatistik selbst sehr wertvoll, sondern auch für die währungspolitischen Erörterungen, die nach dem Kriege notwendig sein werden.

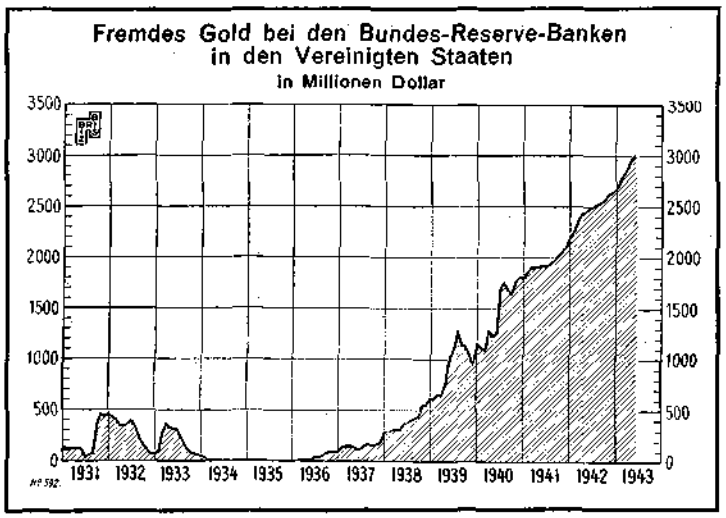
Es dürfte — wenigstens in der Theorie — allgemein anerkannt sein, daß als Grundlage für eine dauerhafte wirtschaftliche Gesundung nach dem Kriege ein gut ausgeglichener Zustand im inneren Preis- und Kostengefüge der einzelnen Länder und in ihren Beziehungen zueinander hergestellt werden muß. Es kann aber kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es sich in der Praxis oft als schwierig erweisen wird, die erforderlichen Berichtigungen der Mieten, der landwirtschaftlichen Preise und der Löhne durchzuführen, da sie in der Regel nicht ohne Einfluß auf das Realeinkommen einiger Gruppen sein werden; diejenigen, welche die Kosten der Angleichungen zu tragen haben, werden aber nicht leicht zu überzeugen sein, daß eine spätere Hebung der Produktion sie für etwalge vorübergehend notwendige Schmälerungen ihres Einkommens entschädigen wird.

III. DIE GOLDGEWINNUNG UND DIE GOLDBEWEGUNGEN

Das Jahr 1942 wird in der Geschichte des Goldes in zweifacher Hinsicht bemerkenswert bleiben: die Goldgewinnung, die schon 1941 leicht zurückgegangen war, nahm gegenüber dem Vorjahr erheblich ab, und zum erstenmal seit 1931 hat der Bestand der Vereinigten Staaten an monetärem Gold nicht zugenommen.

Von 1930 bis 1940 war die Golderzeugung im Durchschnitt jährlich um 7 v. H. gestiegen, mehr als doppelt so rasch wie in der Zeit von 1860 bis 1914. 1941 wurde der Wendepunkt erreicht, und im folgenden Jahr ging die Produktion in denjenigen Ländern, für die noch zuverlässige statistische Mitteilungen vorliegen (und auf die ungefähr drei Viertel der Goldproduktion der Welt entfallen), um etwa 7 v. H. zurück. Der Grad des Rückganges war indessen in den einzelnen Gebieten sehr verschieden, er bewegte sich von 1,8 v. H. in Südafrika bis zu 22 v. H. in den Vereinigten Staaten. Der Produktionsumfang wurde in steigendem Maße durch höhere Betriebskosten, Arbeitermangel und Schwierigkeiten in der Beschaffung von Material und Maschinen beeinträchtigt; dazu kam in einer Reihe von Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien, die Einschränkung des Goldbergbaus durch staatliche Eingriffe mit dem Ziel, Arbeitskräfte, Werkstoffe und Maschinen für die vor allem anderen wichtige Kriegsproduktion freizusetzen. Das Gold blieb indessen weiterhin als allgemein gültiges Zahlungsmittel anerkannt und hat sich in dieser Hinsicht mit mehr Erfolg behauptet als im letzten Kriege; es ist diesmal in keinem Falle zu einer Politik der Zurückweisung des Goldes gekommen, wie sie die Niederlande und Schweden in den Jahren 1916 bis 1918 vorübergehend anwandten.

Von 1934 bis 1940 hatte der Währungsgoldbestand der Vereinigten Staaten um einen Betrag zugenommen, welcher die gesamte Goldgewinnung jener sieben Jahre, die auf 8,5 Milliarden Dollar veranschlagt werden kann, noch um 6,5 Milliarden Dollar überstieg, die Zuflüsse aus gehorteten Beständen und aus den Reserven von Zentralbanken darstellten. 1941 übernahmen die Vereinigten Staaten nur noch die Hälfte des neu gewonnenen Goldes, und 1942 ging ihr Goldbestand sogar um 11 Millionen Dollar zurück. Am Ende dieses Jahres besaßen sie aber immer noch Gold im Werte von 22,7 Milliarden Dollar oder rund 70 v. H. der gesamten monetären Goldbestände der Welt. Nach wie vor kaufte das Schatzamt der Vereinigten Staaten Gold aus der inländischen Erzeugung (126 Millionen Dollar im Jahre 1942) und aus den Nachbarländern, namentlich aus Kanada und Mexiko. Da aber die Goldreserven der Vereinigten Staaten während des Jahres abnahmen, muß mehr als das gesamte neu erworbene Gold dazu gedient haben, die Goldverkäufe und insbesondere die Zunahme des für Rechnung ausländischer Zentralbanken und Regierungen in Verwahrung gehaltenen Goldes auszugleichen, die 458 Millionen Dollar betrug. Die Schweizerische Nationalbank und die Schwedische Reichsbank



wandelten erhebliche Teile ihrer Dollarguthaben in Gold um, so daß sich ihre Goldreserven im Jahre 1942 um 159 und 112 Millionen Dollar erhöhten. Auch von Brasilien, Kuba und einigen anderen iberoamerikanischen Ländern ist bekannt, daß ihre Golddepots in den Vereinigten Staaten zugenommen haben.

Der Wert der gesamten Golderzeugung außerhalb der UdSSR und der von Japan beherrschten Gebiete dürfte 1942 zwischen 1 und 1,1 Milliarde Dollar gelegen haben. Hiervon entfallen rund 458 Millionen Dollar auf das in den Vereinigten Staaten für fremde Rechnung eingelagerte Gold. Die Bestände der Südafrikanischen Reserve-Bank zeigen einen Zuwachs von 268 Millionen Dollar, der sich wahrscheinlich ausnahmslos in den Kellern der Bank befindet. Über den Verbleib der restlichen 300 bis 400 Millionen Dollar stehen ausreichende Angaben nicht zur Verfügung, vermutlich aber wurden sie zum erheblichen Teil durch die Währungsbehörden in den Goldproduktionsgebieten übernommen, was wahrscheinlich auch für die Hauptmasse des in der UdSSR und in den unter japanischer Herrschaft stehenden Gebieten gewonnenen Goldes zutrifft.

1. DIE GOLDVERSORGUNG

Die Aufstellung auf der folgenden Seite zeigt die Goldgewinnung in den Haupterzeugungsgebieten, soweit entsprechende Zahlenangaben vorliegen oder zuverlässige Schätzungen möglich sind. Für die ganze Welt wird ebenfalls provisorisch eine Ziffer angegeben, die aber, da sie zum Teil auf Schätzungen beruht, nicht unerheblichen Irrtümern unterworfen ist und lediglich die Entwicklungsrichtung der laufenden Goldversorgung in großen Zügen andeutet.

In Südafrika lag die Goldförderung des Jahres 1942 zwar unter der vorjährigen, sie war aber immer noch etwas bedeutender als 1940. Die Produktionsbedingungen und die Politik der Regierung erfuhren keine wesentlichen Änderungen. Südafrikas Wirtschaft ist seit mehr als 50 Jahren eng mit dem Schicksal der Goldindustrie verbunden. Obwohl Anstrengungen zur Erzielung einer größeren Mannigfaltigkeit unternommen worden sind, ist die Erzförderung des Landes noch immer weitgehend identisch mit der Goldgewinnung in Transvaal; von der gesamten Warenausfuhr, die 1941 einen Wert von 160 Millionen Pfund hatte, entfielen nicht weniger als 119 Millionen Pfund auf Gold;

Goldgewinnung der Welt

Länder	1929	1932	1939	1940	1941	1942
	in Tausend Unzen fein					
Südafrikanische Union	10.412	11.559	12.822	14.047	14.386	14.121
Kanada	1.928	3.044	5.095	5.311	5.328	4.800
Vereinigte Staaten [1]	2.056	2.219	4.621	4.863	4.780	3.741
Australien	426	710	1.636	1.653	1.458	1.216
Mexiko	652	584	844	883	800	850 [2]
Britisch-Westafrika	208	293	840	930	926	835
Rhodesia	562	581	800	830	794	763
Kolumbien	48	248	570	632	655	605
Britisch-Indien	364	330	318	290	286	260
Nikaragua [3]	12	14	90	140	193	221
Chile	26	38	325	341	266	182
Rumänien	71	110	154	131	96	82
Zusammen	16.765	19.730	28.115	30.051	29.968	27.676
Sonstige Länder [4]	2.427	4.524	10.872	10.649	10.032	8.824
darunter:						
UdSSR	707	1.938	4.500	4.000	*	*
Philippinen	152	230	990	1.140	1.196	*
Korea	138	276	975	1.025 [2]	*	*
Japan	335	402	850	925 [2]	*	*
Gesamte Welterzeugung	19.192	24.254	38.987	40.700 [4]	40.000 [4]	36.500 [4]
	in Millionen Dollar [5]					
Wert der gesamten Welterzeugung	672	849	1.365	1.425 [4]	1.400 [4]	1.280 [4]

[1] Ohne die Philippinen. [2] Geschätzt. [3] Für 1939-42 geschätzt (90 v. H. der Goldausfuhr).
[4] Zum Teil Schätzungen. [5] Zum gegenwärtigen Wert, d. h. eine Unze Feingold = 35 Dollar. * Nicht bekannt.

nahezu 70 v. H. der Gewinne der Goldgrubengesellschaften werden durch Steuern und andere Abgaben in Anspruch genommen (einschließlich gewisser Zahlungen an den Staat, die in den Gesellschaftsberichten zu den Betriebskosten gerechnet werden), und zu den Staatseinnahmen des Rechnungsjahres 1941/42 trug der Bergbau unmittelbar mehr als 30 v. H. und mittelbar noch mehr bei. In der Versammlung der Chemical, Metallurgical und Mining Society in Johannesburg im September 1942 erklärte der Finanzminister, daß er die Erhaltung der Goldproduktion nicht nur für die Kriegführung Südafrikas, sondern auch für die der Vereinigten Nationen für unerläßlich halte. „Es gibt Leute", fuhr er fort, „die verlangen, daß wir die Golderzeugung drosseln und unsere Kriegsproduktion verstärken, ich glaube aber, daß die Kriegsleistungen nachlassen werden, wenn dies geschieht. Die Erhaltung der Goldproduktion ist ein stabilisierender Faktor nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für unsere Politik. Da wir in nationalen Fragen keine einheitliche öffentliche Meinung besitzen, sind wir gegen wirtschaftliche Erschütterungen weit empfindlicher als andere Völker."

Die Schwierigkeiten, denen die Abnahme der Goldgewinnung zuzuschreiben ist, beruhen auf zwei Umständen, die beide mit dem Krieg zusammenhängen, nämlich auf Materialknappheit und einer Verminderung der verfügbaren Arbeitskräfte. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, haben die Grubengesellschaften eine Gemeinschaftspolitik eingeschlagen. Durch Vermittlung der Bergwerkskammer von Transvaal kamen die Grubengesellschaften des Randgebietes gegen Ende 1941 überein, ihre Vorräte an knapp gewordenen Werkstoffen (Stahl, sonstige Metalle, Gummi usw.) zusammenzulegen; dem Stores Department

der Bergwerkskammer ist die Zuteilung dieses Materials entsprechend den Produktionsplänen übertragen, wobei Gesellschaften mit ungenügenden Erzvorräten eine gewisse Vorzugsstellung genießen. Auf Grund desselben Abkommens wurden die Entwicklungsarbeiten mit Beginn des Jahres 1942 allgemein eingeschränkt, und auf diese Weise kamen verschiedene Einsparungen zustande, unter anderem ging der Verbrauch von Grubenmaterial zurück. Indessen mußte, wie der Vorsitzende einer größeren Gesellschaft ausführte, zwangsläufig eine Verschlechterung der Erzlage eintreten, die zu einem späteren Zeitpunkt wieder berichtigt werden müsse, wodurch die Betriebskosten dann entsprechend steigen würden. Die Ersparnisse infolge der Einschränkung der Erschließungsarbeiten wurden nicht zu einer Erhöhung der Dividenden oder zu größeren Zuweisungen an die finanziellen Reserven verwendet, sondern dazu benutzt, die Verarbeitung noch ärmerer Erze zu ermöglichen. 1942 erreichte der durchschnittliche Goldgehalt des aufbereiteten Erzes die niedrigste jemals verzeichnete Ziffer von 4,053 pennyweight je Tonne gegenüber 4,127 pennyweight im Vorjahre und etwa 6½ pennyweight, bevor der südafrikanische Goldpreis Ende 1932 erhöht wurde, als das südafrikanische Pfund mit einer Verzögerung von fünfzehn Monaten der Abwertung des englischen Pfundes folgte.

Die Grubenindustrie hat auch Maßnahmen getroffen, um zur Kriegführung beizutragen. Bis zum Herbst 1942 wurden 7.000 europäische Angestellte zum Militärdienst beurlaubt, bei Weiterzahlung der Hälfte oder eines Viertels des Gehalts, je nachdem, ob die Betreffenden Angehörige haben oder nicht. Weitere Angestellte wurden für kriegswichtige Arbeiten zur Verfügung gestellt, z. B. in Nichtedelmetall- und Kohlenbergwerken, an die auch eingeborene Arbeitskräfte abgegeben wurden; außerdem wird in den Werkstätten der Gesellschaften Munition hergestellt. Ende 1942 beschäftigten die Gruben des „Randes" nur noch 299.000 eingeborene Arbeiter gegenüber der Ende Februar 1942 erreichten Höchstzahl von 376.000. Trotz der Verminderung der beschäftigten Arbeiter blieb die Menge des aufbereiteten Erzes 1942 mit 66,98 Millionen Tonnen nur wenig hinter der Höchstziffer von 67,26 Millionen Tonnen für das Vorjahr zurück. Die Betriebskosten je Tonne aufbereiteten Erzes waren unverändert, für die Unze Feingold sind sie aber von 102s 6d im Jahre 1941 auf 104s 4d im Jahre 1942 gestiegen; der Goldpreis beträgt wie bisher 168s (abzüglich der sogenannten Verkaufsgebühren). Der Gesamtrohgewinn der Grubengesellschaften fiel von 45,9 Millionen Pfund im Jahre 1941 auf 43,7 Millionen im Jahre 1942, und der als Dividende gezahlte Betrag nahm von 19,4 auf 17,5 Millionen Pfund ab; die Dividenden gingen also ungefähr in demselben Ausmaß wie die Gewinne zurück.

Die Aufstellung auf der folgenden Seite zeigt die Schwankungen in der südafrikanischen Golderzeugung während des Krieges 1914–18 und in der folgenden Zeit sowie während des gegenwärtigen Krieges.

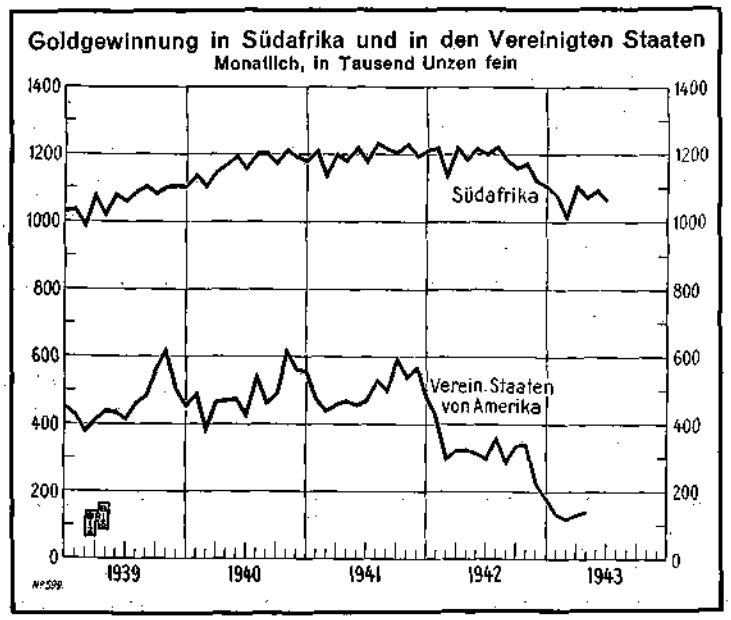
Im Kriege 1914–18 wurde die Goldindustrie noch mehr als jetzt durch steigende Kosten des Bergbaubedarfs, empfindlichen Mangel an Arbeitskräften und Beschränkungen in der Verwendung von Sprengstoffen betroffen. Nach einem Auftrieb im zweiten Kriegsjahr begann die Goldausbeute — ebenso wie

Goldproduktion in Südafrika

Jahr	Tausend Unzen	1913=100	Jahr	Tausend Unzen	1938=100
1913	8.798	*100*	1938	12.161	*100*
1914	8.394	*95*	1939	12.822	*105*
1915	9.094	*103*	1940	14.047	*116*
1916	9.297	*106*	1941	14.386	*118*
1917	9.018	*103*	1942	14.121	*116*
1918	8.418	*96*	.	.	.
1919	8.331	*95*	.	.	.
1920	8.158	*93*	.	.	.
1921	8.129	*92*	.	.	.
1922	7.010	*80*	.	.	.
1923	9.149	*104*	.	.	.

diesmal — während des dritten Jahres zu fallen. Die Einführung einer Prämie auf Gold im Jahre 1919 bewahrte zwar viele Gruben vor der Schließung, verhinderte aber nicht einen ständigen Produktionsrückgang, bis die Goldgewinnung 1922 um 20 v. H. unter dem Vorkriegsstand lag. Dieser wurde indessen 1923 dank sinkender Warenpreise und dem sich daraus ergebenden Rückgang der Betriebskosten nicht nur wieder erreicht, sondern sogar überschritten. Seitdem hielt sich die Golderzeugung bis 1929 ziemlich auf demselben Stande; sie war bis dahin nur auf 10.412.000 Unzen gestiegen. Auch die Goldproduktion der Welt blieb von 1923 bis 1929 verhältnismäßig unverändert; sie stieg in diesen sechs Jahren durchschnittlich nur um 1,3 v. H. jährlich — dann kam der große Aufschwung von 1930 bis 1940 mit der zu Beginn dieses Kapitels erwähnten Zunahme um durchschnittlich 7 v. H. im Jahr.

Kanada und die Vereinigten Staaten, nach Südafrika die beiden bedeutendsten Golderzeugungsländer, hatten 1941 zusammen eine Goldausbeute von 10,1 Millionen Unzen oder 70 v. H. der in demselben Jahre in den südafrikanischen Gruben gewonnenen 14,4 Millionen Unzen. Im Laufe des Jahres 1942 wurde die Produktion sowohl in Kanada wie in den Vereinigten Staaten weitgehend gedrosselt. Dazu führten zunächst Entwicklungen und Maßnahmen allgemeiner Art: der freiwillige Übergang von Arbeitern zu den Kriegsindustrien, die Einberufung von Männern zu den Waffen und die Lenkung der Produktion durch das System der Prioritäten bei der Zuteilung von Material und Maschinen; da aber der Arbeitermangel in den Nichteisen-Bergwerken anhielt, wurden gegen Ende des Jahres direktere Methoden angewandt. Am 8. Oktober 1942 erließ das Kriegsproduktionsamt in Washington eine Verordnung, auf Grund



deren die Goldgruben binnen einer Woche, d. h. bis zum 15. Oktober, das Brechen neuen Erzes und binnen sechzig Tagen, d. h. bis zum 7. Dezember, jegliche Tätigkeit in den Gruben, abgesehen von Instandhaltungsarbeiten, einzustellen hatten. Die Anordnung galt für alle Gruben in den Vereinigten Staaten und ihren Außenbesitzungen einschließlich Alaskas. Es gab nur zwei Ausnahmen: erstens Gruben, die als Förderungsstätten kriegswichtiger Erze eine Vorzugsstellung erhielten, und zweitens Betriebe, die 1941 (im Falle von Schachtgruben) weniger als 1.200 Tonnen Handelserz erzeugt oder (im Falle von Goldwäschereien) weniger als 1.000 Kubikyard Material bearbeitet hatten. Für diese kleinen Gruben wurde für die Zukunft eine Produktionsgrenze *von 100 Tonnen Erz oder 100 Kubikyard Material monatlich* festgesetzt. Produzenten, die sich durch die Anordnung mit besonderer oder ungerechtfertigter Härte getroffen fühlten, durften die Entscheidung des Kriegsproduktionsamtes anrufen. In den letzten Jahren stammte mehr als die Hälfte der amerikanischen Goldgewinnung aus Gruben, die über 1.200 Tonnen Erz jährlich förderten; Gruben, in denen das Gold nur als Nebenprodukt anfiel — hauptsächlich die Kupferbergwerke —, lieferten etwa 10 v. H. der Goldausbeute.

Auch in Kanada wurde die Goldproduktion planmäßig gedrosselt; der Arbeitsminister erklärte im Oktober, daß die Regierung beabsichtige, 10.000 Arbeiter nach und nach aus Goldgruben in solche zur Gewinnung von Nichtedelmetallen und in die Kriegsindustrie überzuleiten.

Diese Maßnahmen, die erst gegen Ende des Jahres in Kraft traten, konnten nicht vor 1943 zur vollen Wirkung kommen. In diesem Zusammenhang ist noch zu bemerken, daß die Produktionsziffern für die Vereinigten Staaten früher auch die Goldgewinnung auf den Philippinen enthielten. Nachdem die Zufuhr von dort gegen Ende 1941 aufgehört hat, zeigen die weiter in der bisherigen Form veröffentlichten Statistiken (z. B. im Federal Reserve Bulletin) einen Rückgang in der Golderzeugung der Vereinigten Staaten um 38 v. H., nämlich von 209,2 Millionen Dollar im Jahre 1941 auf 130,9 Millionen Dollar im Jahre 1942.

Auch in einer Reihe anderer Produktionsgebiete sank die Goldgewinnung auf Grund staatlicher Maßnahmen und infolge der Schwierigkeit der Beschaffung von ausreichenden Arbeitskräften, Material und Maschinen. In Australien ging die Golderzeugung von 1940 auf 1941 um 12 v. H. und von 1941 auf 1942 um 17 v. H. zurück. Im Frühjahr 1943 traf das Kolonialamt in London Maßnahmen zur Herabsetzung der Produktion in den Kronkolonien; in Westafrika wurde ein Plan eingeführt, der die Goldgewinnung in den Händen von sieben großen Gesellschaften zusammenfaßte. Dank der verhältnismäßig unverän-

Golderzeugung der Welt, des Britischen Reiches und Südafrikas
(z. T. geschätzt)

Produktion	1939	1940	1941	1942
	in Tausend Unzen fein			
der Welt	38.987	40.700	40.000	36.500
des Britischen Reiches	22.475	24.000	24.150	22.500
	in v. H. der Gesamtproduktion			
des Britischen Reiches	58	59	60	62
Südafrikas	33	35	36	39

derten Produktion in Südafrika ist jedoch der Anteil des gesamten Britischen Reiches an der Weltausbeute 1942 gestiegen, wie es seit Beginn des Krieges in jedem Jahr der Fall war.

Es ist zu berücksichtigen, daß die in der Tabelle auf der vorigen Seite angegebenen Prozentsätze nur annähernd richtig sein können, da über die Entwicklung der Goldausbeute in der UdSSR und in Ostasien besonders für das Jahr 1942 nur wenig bekannt ist. Es kann jedoch angenommen werden, daß sich auch in diesen beiden Gebieten Mangel an Maschinen und Werkzeugen fühlbar gemacht hat und das Angebot von Arbeitern allmählich knapper geworden ist, obwohl die asiatischen Zentren der Golderzeugung mit Ausnahme der Philippinen von den eigentlichen Kampfgebieten weit entfernt sind. Im März 1943 gab die Regierung von Mandschukuo und im folgenden Monat die japanische Regierung bekannt, daß die Goldproduktion für die Dauer des Krieges eingestellt werden würde, soweit sie nicht an die Gewinnung kriegsnotwendiger anderer Metalle, insbesondere von Kupfer, gebunden sei.

Während also Einschränkungen der Produktion die Regel bilden, haben doch einzelne Länder auch weiterhin die Goldgewinnung gefördert. So erhöhte in Rumänien die Nationalbank die Prämie auf Gold im Dezember 1942 mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1942. Der Grundpreis von 211.111 Lei für das Kilogramm blieb unverändert, aber die zulässige Prämie wurde von 318.889 Lei auf 656.389 Lei für das Kilogramm erhöht. Der Unterschied zwischen dem amtlichen und dem wirklichen Goldpreis geht zu Lasten des Staates.

Im allgemeinen suchten die Währungsbehörden ihre Goldreserven zu stärken in der Erkenntnis, daß das Gold bei der Warenbeschaffung und beim Saldenausgleich gegenüber anderen Zahlungsmitteln noch immer Vorteile bietet. Daher haben sie auch die Abgabe von Gold zur künstlerischen und gewerblichen Verwendung gedrosselt, indem die Käufer von Gold- und Silberwaren verpflichtet wurden, eine entsprechende Metallmenge in anderer Form zu liefern (Abfall, Münzen usw.). In vielen Ländern sind Anzeichen einer gesteigerten Nachfrage nach Gegenständen aus Gold, Silber und Platin sowie nach Juwelen vorhanden, worin sich eine Flucht in die Sachwerte ausdrückt. Der Erwerb von Barren und Münzen für Hortungszwecke wurde mit wenigen Ausnahmen verboten und auch tatsächlich mit beträchtlichem Erfolg unterbunden.

2. DIE GOLDBEWEGUNGEN

Die Übersicht auf der folgenden Seite zeigt die Veränderungen, die 1941 und 1942 in den ausgewiesenen Goldbeständen von Zentralbanken und Regierungen eingetreten sind.

Das Jahr 1942 zeigt im Vergleich zu früheren Jahren zwei wichtige neue Merkmale: erstens erscheinen die Vereinigten Staaten in der Gruppe der Länder, deren Goldbestände im Endergebnis abgenommen haben, und zweitens

Ausgewiesene Goldbestände

Länder	Bestand[1] Ende 1940	Bestand[1] Ende 1941	Bestand[1] Ende 1942	Zunahme (+) oder Abnahme (—) 1941	Zunahme (+) oder Abnahme (—) 1942
	In Millionen Dollar — eine Unze Feingold = 35 Dollar				
Gruppe 1: Südafrika	367	366	634	— 1	+ 268
Schweiz	502	665	824	+ 163	+ 159
Schweden	160	223	335	+ 63	+ 112
Rumänien	158	182	241	+ 24	+ 59
Brasilien	51	70	115	+ 19	+ 45
Venezuela	29	41	68	+ 12	+ 27
Türkei	88	92	114	+ 4	+ 22
Kolumbien	17	16	25	— 1	+ 9
Chile	30	30	36	0	+ 6
Peru	20	21	25	+ 1	+ 4
Kanada	7	5	6	— 2	+ 1
Belgien[2]	734	734	735	0	+ 1
Bulgarien	24	24	25	0	+ 1
Zusammen	2.187	2.469	3.183	+ 282	+ 714
Gruppe 2: Ägypten	52	52	52	0	0
Argentinien	353	354	354	+ 1	0
Böhmen und Mähren	58	61	61	+ 3	0
Britisch-Indien	274	274	274	0	0
Dänemark	52	44	44	— 8	0
Deutschland	40	40	40	0	0
Frankreich	2.000	2.000	2.000	0	0
Großbritannien[3]	1	1	1	0	0
Neuseeland	23	23	23	0	0
Portugal	59	59	59	0	0
Spanien	42	42	42	0	0
Ungarn	24	24	24	0	0
Zusammen	2.978	2.974	2.974	— 4	0
Gruppe 3: Mexiko	47	47	39	0	— 8
Vereinigte Staaten von Amerika[4]	21.995	22.737	22.726	+ 742	— 11
Uruguay	90	100	89	+ 10	— 11
Java	140	235	200[1]	+ 95	— 35[1]
Niederlande	617	575	506	— 42	— 69
Zusammen	22.889	23.694	23.560	+ 805	— 134
Gesamtbetrag[5]	29.000	30.000	30.500	+1.000	+ 500

Anmerkung: Nur „ausgewiesene Goldbestände" sind berücksichtigt. Es ist bekannt, daß mehrere Zentralbanken, u. a. die von Argentinien, Portugal und Spanien, darüber hinaus noch Gold besitzen.

[1] Zum Teil Schätzungen. [2] Ohne die Bestände des Schatzamtes im Gegenwert von 17 Millionen Dollar.

[3] Ohne das Gold des Ausgleichsfonds: 292 Millionen Dollar im Dezember 1940 und 151 Millionen Dollar am 1. September 1941.

[4] Ohne das Gold des Währungsausgleichsfonds: 48 Millionen Dollar im Dezember 1940, 25 Millionen Dollar im Dezember 1941 und 7 Millionen Dollar im September 1942.

[5] Zum Teil geschätzt; einschließlich der sonstigen Länder, jedoch ohne die UdSSR.

ist Südafrika als das Land mit der bedeutendsten Zunahme an die Spitze der Aufstellung emporgerückt. Die Schweiz und Schweden haben ihre Goldreserven weiter vermehrt, gefolgt von Brasilien, Venezuela, der Türkei und einigen anderen Ländern. Unter den in der Tabelle verzeichneten Ländern, die 1942 einen Zuwachs an Goldreserven hatten, befindet sich keine Großmacht, doch haben vermutlich sowohl die UdSSR wie Japan die Inlandserzeugung ihren Reserven zugeführt.

In Südafrika spielt das Gold zu normalen Zeiten die Rolle einer Außenhandelsware, deren Ausfuhr zur Bezahlung der Einfuhr des Landes und zur Bestreitung anderer Passiva in der Zahlungsbilanz notwendig ist. Im Laufe

des Krieges hat Südafrika jedoch erhebliche Guthaben im Auslande angesammelt, die nur teilweise zum Rückkauf von Anleihen Verwendung gefunden haben. In Anbetracht namentlich des erhöhten Transportrisikos bestand daher im Augenblick kein Anlaß, die Goldausfuhr zu beschleunigen. Einstweilen wurde die laufende Goldproduktion von der Südafrikanischen Reserve-Bank erworben, deren wichtigste Bilanzposten am Ende der Jahre 1938, 1941 und 1942 die nebenstehende Aufstellung enthält.

Südafrikanische Reserve-Bank

Bilanzposten	Ende 1938	Ende 1941	Ende 1942
	Millionen südafrikanische Pfund		
Aktiva:			
Goldmünzen und Barren	27	44	77
Anlagen und alle anderen Aktiva	25	61	76
Passiva:			
Noten in Umlauf	19	30	40
Einlagen	29	71	108
Andere Passiva	4	4	5
Bilanzsumme	52	105	153

In der Bilanz der Südafrikanischen Reserve-Bank sind die Goldkäufe zu dem alten Normalpreis von £3.17.10½ für die Unze fein unter dem Titel „Goldmünzen und Barren" gebucht, während der Unterschied zwischen dem tatsächlich an die Gruben gezahlten und dem alten Preis in dem Posten „Sonstige Aktiva" enthalten ist. Das Anwachsen der Aktivposten der Bilanz während des Jahres 1942 dürfte ausschließlich auf die Erhöhung der Goldbestände zurückzuführen sein, der auf der Passivseite eine Zunahme des Notenumlaufs um 10 Millionen und der Einlagen um 37 Millionen Pfund gegenübersteht.

Die neuerdings eingetretene Vermehrung der Goldbestände der Schweiz und Schwedens beruht teils auf einer Nettozunahme der gesamten Währungsreserven, teils auf der Umwandlung von Devisen — zum großen Teil Dollarguthaben — in Gold.

Die Gold- und Devisenbestände der Schweizerischen Nationalbank erhöhten sich während des Jahres 1942 um 70 Millionen Schweizer Franken und in den ersten sechs Monaten des folgenden Jahres um weitere 184 Millionen, so daß die Währungsreserven innerhalb von achtzehn Monaten um 254 Millionen Franken gestiegen sind. Dieser Zuwachs — der ausschließlich in Gold bestand — kann im wesentlichen als Ausdruck eines Überschusses in der Zahlungsbilanz mit den Ländern des Dollar- und Sterlingblocks angesehen werden. Gegenwärtig muß die

Währungsreserven
der Schweiz und Schwedens 1940–42

Bank und Datum	Gold	Devisen	Zusammen
	Millionen Schweizer Franken		
Schweizerische Nationalbank			
Ende 1940	2.173	997	3.170
„ 1941	2.878	679	3.558
„ 1942	3.565	63	3.628
	Millionen schwedische Kronen[1]		
Schwedische Reichsbank			
Ende 1940	672	839	1.511
„ 1941	938	873	1.810
„ 1942	1.407	640	2.047

[1] Zum jeweiligen Kurs für Gold und Devisen.

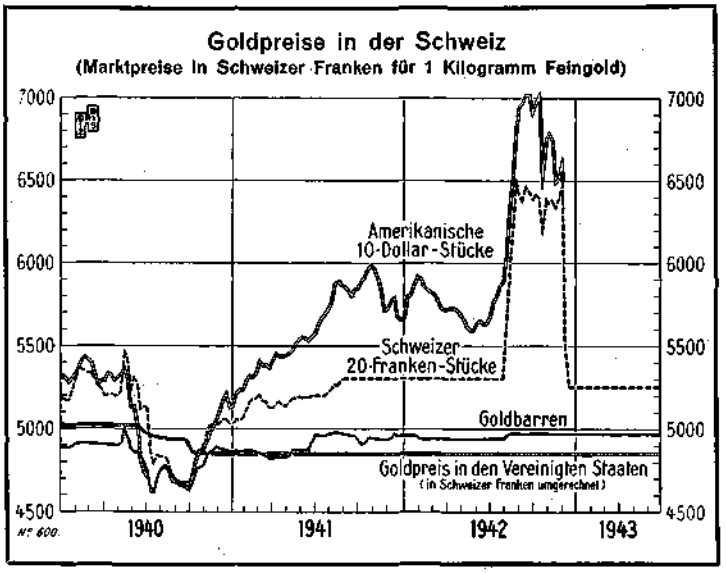
Zahlungsbilanz der meisten Länder in besondere Abteilungen für verschiedene Währungsgebiete, manchmal sogar für einzelne Länder zerlegt werden, da die Möglichkeit, Guthaben in einer Abteilung zum Ausgleich mit Ländern einer anderen Abteilung zu verwenden, nur in begrenztem Maße gegeben ist. Für die Schweiz — ein Land, für welches Unterlagen zur Veranschaulichung dieser allgemeinen Regel vorhanden sind — dürfte folgende Gliederung gelten:

A. Innerhalb des europäischen Festlandes:
1. Deutschland, Italien und die meisten besetzten Länder;
2. die Balkanländer;
3. Frankreich (mit dem ein besonderes Verrechnungsabkommen besteht);
4. Portugal, Spanien und Schweden.

B. Außerhalb des europäischen Festlandes:
1. der Dollarblock;
2. der Sterlingblock;
3. Argentinien und Brasilien (bei denen sich besondere Probleme ergeben).

Im Jahre 1942 hatte die Schweiz eine aktive Bilanz gegenüber Deutschland, Italien und den besetzten Gebieten sowie gegenüber dem Dollar- und Sterlingblock, dagegen eine passive Bilanz im Verkehr mit den Balkanländern sowie mit Portugal, Spanien und Schweden. Die Schweizerische Nationalbank führte in ihrem letzten Jahresbericht aus: „Der Spitzenausgleich der Zahlungsbilanzen erfolgt vorwiegend in Gold, seitdem der Dollar als internationales Zahlungsmittel nicht mehr die frühere Verwendungsmöglichkeit besitzt. Die Goldoperationen zwischen der Nationalbank und ausländischen Notenbanken waren deshalb zeitweise recht umfangreich. Die Schweiz muß nicht nur Warenbezüge aus verschiedenen Ländern, sondern auch Frachten mit Gold bezahlen."

Bis zum Sommer 1942 war der Handel in Goldmünzen in der Schweiz ohne weiteres zulässig; die Preise schwankten erheblich, wie aus dem folgenden Schaubild zu ersehen ist.



Im August 1942 traf die Schweizerische Nationalbank mit den Banken eine Vereinbarung über den Goldhandel, die aber nicht den gewünschten Erfolg hatte, zum Teil deshalb, weil ein erheblicher Goldverkehr außerhalb der Banken stattfand. Auf Anregung der Nationalbank regelte daher der Bundesrat den Handel mit Gold durch Beschluß vom

7. Dezember 1942, der das Recht zum Handel mit Goldmünzen oder Goldbarren auf besonders zugelassene Firmen beschränkte; außerdem bedurfte die Ein- und Ausfuhr von Gold der Genehmigung der Nationalbank, wobei die Bewilligung an besondere Bedingungen geknüpft und jederzeit widerrufen werden konnte. Die Preiskontrollstelle wurde ermächtigt, im Einvernehmen mit der Nationalbank Höchstpreise für Goldgeschäfte im Inland wie auch für die Ein- und Ausfuhr von Gold zu bestimmen. Die festgesetzten Preise betragen 4.970 Franken für das Kilogramm Feingold, 30,50 Franken für das 20-Frankenstück und 15,25 Franken für das 10-Frankenstück (mit der Abwertung des Schweizer Frankens um 30 v. H. würde der Preis für das 20-Franken-Goldstück 28,57 Franken betragen). Für die ausländischen Goldmünzen wurden entsprechende Höchstpreise bestimmt. Außerdem unterliegen alle Geschäfte einer Gebühr von ¼ v. H. und auch der Warenumsatzsteuer von 4 v. H., da Goldmünzen, gleichviel ob in- oder ausländischen Gepräges, nicht mehr die Rolle von Zahlungsmitteln spielen, sondern als Ware betrachtet werden.

Die Schweizerische Nationalbank betonte in ihrem Jahresbericht, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Zahlungsverkehr der Schweiz mit dem Ausland und auch nicht die Grundlagen der schweizerischen Währungspolitik berühren; sie seien getroffen worden, um Auswüchsen im Goldverkehr sowie der Goldarbitrage zum Nachteil der Schweiz zu begegnen. Den inländischen Firmen stellt die Schweizerische Nationalbank ein monatliches Goldkontingent für industrielle und gewerbliche Zwecke zur Verfügung. Im August 1943 begann sie, Goldmünzen aus ihren Beständen im Inland zu verkaufen; die Ausfuhr von Gold ohne besondere Genehmigung blieb aber verboten.

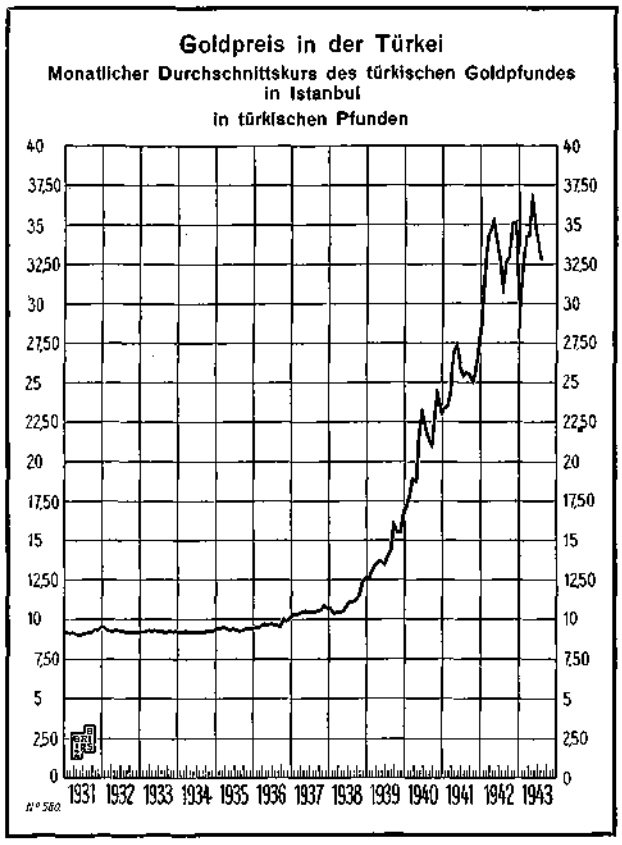
Bei der Schwedischen Reichsbank und den schwedischen Handelsbanken beliefen sich 1942 die Gold- und Devisenzugänge auf etwa 253 Millionen Kronen gegenüber 174 Millionen im Vorjahr. Es ist nicht uninteressant, diese Beträge mit den Ergebnissen der Zahlungsbilanzen für die beiden Jahre zu vergleichen.

Zahlungsbilanz Schwedens

Posten	1941	1942
	Millionen Kronen	
Laufende Posten		
Handelsdefizit	— 321	— 457
Schiffahrtseinnahmen	+ 350–400	+ 325–375
Zinsen und Dividenden	+ 75–100	+ 75–100
Schiffsverkäufe, Verkauf im Ausland eingelagerter Waren, empfangene Versicherungsleistungen, Vergütungen für Kriegsschäden usw.	+ 250	+ 250–300
Überschuß der laufenden Posten	+ 390	+ 260
Kapitalrechnung		
Wertpapierkäufe im Ausland	— 40	+ 10–20
Nettoveränderung im Clearing und in den Handelskrediten	— 300	— 55
Gesamte Kapitalausfuhr	— 340	— 40
Überschuß	+ 50	+ 220

Für 1942 entspricht der Überschuß von 220 Millionen Kronen fast genau der Nettozunahme des Gold- und Devisenbesitzes um 240 Millionen Kronen. Die Abweichung von etwa 20 Millionen Kronen ist der Unvollständigkeit der Unterlagen und der Unsicherheit der Berechnung zuzuschreiben.

Zu den Ländern der alten Welt, deren Goldreserven sich 1942 vermehrten, gehört auch die Türkei mit einem Nettozugang im Gegenwert von 22 Millionen Dollar,



der wenigstens teilweise auf dem Handel mit der UdSSR beruht. In Istanbul ist ein freier Goldmarkt erhalten geblieben, die Goldausfuhr ist aber verboten. Im Jahre 1939 betrug der Durchschnittskurs des Goldpfundes in Papierpfunden 14,32 türkische Pfund, 1940 war er 21,06 Pfund und 1941 25,57 Pfund. Anfang 1942 stiegen die Kurse scharf bis auf den Höhepunkt von 40,50 türkische Pfund an. Nachdem der Ministerpräsident die Goldspekulation öffentlich verurteilt hatte, fiel der Kurs auf 33 Pfund und im Dezember 1942 sogar auf 23,50 Pfund, stieg aber im Frühjahr 1943 erneut bis auf 37,70 Pfund.

In Portugal blieb bis Juni 1942 ein vollständig freier Markt für Gold bestehen. Dann wurde verfügt, daß die Einfuhr, Ausfuhr und Wiederausfuhr von Goldbarren und -münzen nur durch Vermittlung des Banco de Portugal erfolgen dürfe. Daraufhin fiel der Goldpreis, später stieg er aber wieder; seit dem Herbst bedürfen alle Käufe und Verkäufe von Gold in Barren und Münzen der Genehmigung der Zentralbank.

Bank von Portugal

Jahresende	Goldreserven	Gold im Ausland und Nettobesitz an Devisen	Zusammen
	in Millionen Escudo		
1939	921	700	1.621
1940	1.239	1.322	2.561
1941	1.343	4.726	6.069
1942	1.391	9.207	10.598

In der Bilanz der Bank von Portugal wird das Gold unter den „Goldreserven" und als nicht getrennt angegebener Teil des Postens „Gold im Auslande und Nettobesitz an Devisen" ausgewiesen. Die nebenstehende Übersicht zeigt das rasche Ansteigen der Aktiva unter diesen beiden Titeln seit 1939.

Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Chile und Peru vermehrten 1942 sämtlich ihren Goldbesitz, da sie ihre Ausfuhrerzeugnisse gewöhnlich zu höheren Preisen verkaufen konnten, aber Schwierigkeiten hatten, sich die Einfuhrgüter in ausreichenden Mengen zu sichern. Auch Argentinien dürfte 1942 seinen Goldbesitz bedeutend gesteigert haben. In der Bilanz der Zentralbank ist zwar der Goldbestand Ende 1941 wie Ende 1942 mit etwa 1.075 Millionen Peso ausgewiesen; der Posten „anderes Gold und Devisen", der u. a.

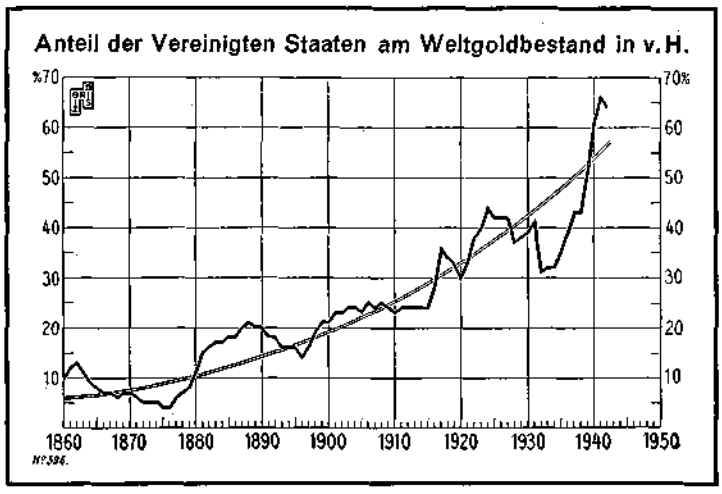
wahrscheinlich das im Auslande eingelagerte Gold enthält, hat sich aber von 467 Millionen Peso Ende 1941 auf 934 Millionen Peso Ende 1942 erhöht und ist in der ersten Hälfte des Jahres 1943 noch weiter gestiegen.

In Japan werden die Bestände an Gold und Devisen in der Bilanz der Zentralbank nicht mehr getrennt ausgewiesen. Zusammen erhöhten sie sich von 550 Millionen Yen Ende 1941 auf 681 Millionen Yen Ende 1942; der Anstieg erklärt sich wahrscheinlich zum großen Teil aus der Aufnahme der inländischen Goldausbeute in die Währungsreserven.

Zu den Zentralbanken, die im Endergebnis des Jahres 1942 Gold verloren haben, gehört die Niederländische Bank, deren Goldbestand von 1.026 Millionen Gulden Ende 1941 auf 903 Millionen Ende 1942 oder um etwa 12 v. H. zurückging. Die Abnahme der Goldreserven der Vereinigten Staaten, die zwar an sich und vor allem im Verhältnis zum Gesamtgoldbestand des Landes nur gering ist, hat besondere Bedeutung als erstes Anzeichen einer Neuverteilung des Goldes, insofern als 1942 der Ertrag der laufenden Golderzeugung der Welt von anderen Ländern aufgenommen wurde. Diese Entwicklung dürfte von den Behörden der Vereinigten Staaten begrüßt worden sein. Wenn Dollarguthaben eines anderen Landes Einfrierungsbestimmungen unterlagen, hat das Schatzamt dem Antrag auf Erteilung der erforderlichen Genehmigung zur Umwandlung dieser Dollarbeträge in Gold wohl stets stattgegeben; mit einigen iberoamerikanischen Ländern wurden Sondervereinbarungen getroffen, auf Grund deren die von ihnen im gewöhnlichen Handelsverkehr oder als Erlös von Krediten erworbenen Dollars in Gold umgewandelt werden konnten.

Für die Vereinigten Staaten entstand indessen im Verkehr mit Mittel- und Südamerika ein Defizit in der Zahlungsbilanz; gegenüber anderen Ländern, deren Belieferung weitgehend durch die verschiedenen Leih- und Pacht-Verträge bestimmt wird, hatten sie den höchsten je verzeichneten Ausfuhrüberschuß. Eine grundsätzliche Änderung der Lage für die Dauer steht also noch nicht in Aussicht; im Gegenteil kann die Nachfrage nach amerikanischen Erzeugnissen, die nach dem Kriege zu erwarten ist, das Problem einseitiger Goldbewegungen leicht von neuem entstehen lassen.

Der prozentuale Anteil an dem Währungsgold der Welt, der gegenwärtig im Besitz der Vereinigten Staaten ist, läßt sich zwar nicht genau schätzen, da einige bedeutende Bestände, z. B. die der UdSSR, unbekannt sind, doch darf man wahrscheinlich ruhig behaupten, daß er von 70 v. H. nicht weit entfernt sein kann. Nimmt man diese Zahl als richtig an, so stellt sich der gesamte, Währungszwecken dienende Goldbestand auf 32 bis 33 Milliarden Dollar, wovon sich 22¾ Milliarden Dollar im Besitz der Vereinigten Staaten und etwa 9½ Milliarden Dollar in anderen Ländern befinden. Es dürfte interessant sein, zum Vergleich daran zu erinnern, daß 1913 der Währungsgoldbestand der Welt einschließlich des damals noch bedeutenden Münzumlaufs auf 14,8 Milliarden Dollar geschätzt wurde (wobei der Dollar zum neuen Preis von 35 Dollar für die Unze Feingold gerechnet ist); hiervon befanden sich 3,2 Milliarden in den Vereinigten Staaten, während



sich der gesamte Goldbestand in der übrigen Welt auf 11½ Milliarden bezifferte. Von dem zuletzt genannten Betrag stellten 8⅓ Milliarden Dollar Zentralbank-Reserven dar und der Rest hauptsächlich in Umlauf befindliches Gold. Die ungeheuren Zugänge zum Goldbesitz der Vereinigten Staaten seit 1914 wurden auf der anderen Seite noch übertroffen von der Neugewinnung von Gold und der Abnahme des Goldmünzenumlaufs. Der Gesamtbetrag des Goldes, das sich außerhalb der Vereinigten Staaten als Währungsreserve von Zentralbanken und in geringerem Umfang von Regierungen befindet, ist heute etwas höher als vor dem Kriege 1914–18; seine Verteilung ist aber jetzt weniger gleichmäßig; einige europäische Länder besitzen mehr, andere bedeutend weniger Gold als 1914.

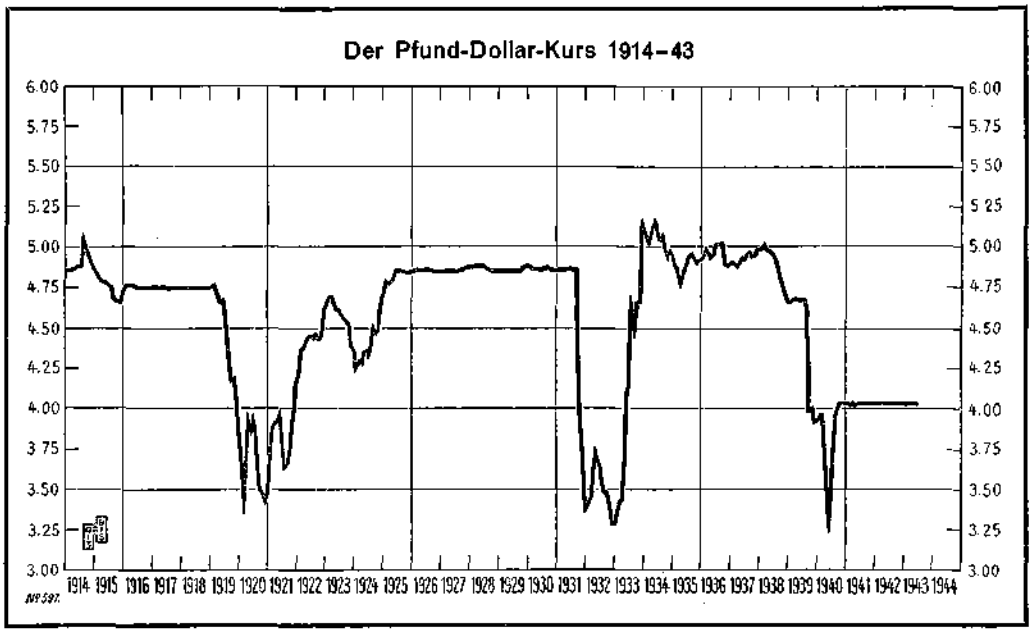
Die Bank von England hat, obwohl sie die Zentralbank des Londoner Marktes, d. h. in der Zeit vor 1914 das Finanzzentrum der Welt war, niemals große Goldreserven angesammelt. Ende 1914 belief sich ihr Goldbestand auf 35 Millionen Pfund; außerdem waren aber in Großbritannien umlaufende Goldmünzen und andere Reserven vorhanden, die auf 120 Millionen Pfund geschätzt wurden und als weiterer Schutzwall wirkten. Von den Goldmünzen wurden die meisten während des Krieges 1914–18 aus dem Verkehr gezogen und zum Teil zur Stärkung des Goldvorrats der Bank verwendet, der sich bis Ende 1918 auf 108,5 Millionen Pfund erhöht hatte. Die starke Position, die London vor 1914 unter den Devisenmärkten besaß, beruhte in der Tat weniger auf dem Umfang der Goldgrundlage als auf den weit verbreiteten, überwiegend in Form von Akzepten gegebenen Handelskrediten, durch welche die meisten anderen Märkte der Welt an London verschuldet waren. Jene Märkte mußten sich regelmäßig Pfundmittel zur Erfüllung fälliger Sterlingverbindlichkeiten beschaffen, und man konnte gewöhnlich damit rechnen, daß schon geringfügige Veränderungen im Betrage der über London finanzierten Akzepte (vielleicht infolge einer Änderung von Diskontsätzen) das Angebot und die Nachfrage nach Pfund Sterling und damit den Kurswert dieser Währung beeinflussen würden. Der Betrag der im August 1914 ausstehenden Akzepte ist auf 300—350 Millionen Pfund geschätzt worden; hiervon wurden trotz der Störungen an den Devisenmärkten und der Erklärung von Moratorien auf dem europäischen Festland mindestens zwei Drittel ordnungsmäßig eingelöst. Daß der Pfundkurs im Spätsommer und Herbst 1914 im Verhältnis zum Dollar stieg, ist ebenfalls ein Beweis für die Stärke der damaligen Stellung Londons.

Währungsgoldbestand

Länder	1913[1] Reserven	1913[1] Sonstige Bestände	1913[1] Zusammen	1929[1]	1938	1942
	in Millionen Dollar — eine Unze Feingold = 35 Dollar					
Europa:						
Belgien	81	34	115	276	581	735
Böhmen und Mähren	[2]	[2]	[2]	63	83	61
Dänemark	34	2	36	78	53	44
Deutschland	501	1.183	1.684	948	40	40
Frankreich	1.150	1.728	2.878	2.761	2.430	2.000
Griechenland	8	5	13	13	27	*
Großbritannien	288	1.016	1.304	1.217	2.690	1
Italien	489	30	518	462	193	*
Jugoslawien	19	—	19	30	57	*
Niederlande	103	19	122	330	998	506
Norwegen	20	2	22	66	94	*
Österreich	425	74	499	41	—	—
Polen	[3]	[3]	[3]	134	85	*
Portugal	15	—	15	15	69	59[4]
Rumänien	49	5	54	93	133	241
Rußland	1.332	430	1.762	249	*	*
Schweden	46	1	47	112	321	335
Schweiz	56	34	90	256	701	824
Spanien	157	—	157	838	*	42[4]
Ungarn	[2]	[2]	[2]	49	37	24
Amerika:						
Argentinien	381	102	483	753	431	354[4]
Brasilien	152	—	152	254	32	115
Chile	—	5	5	15	30	36
Kanada	272	2	274	256	192	6
Uruguay	18	7	25	117	69	89
Venezuela	3	—	3	29	52	68
Vereinigte Staaten	2.184	1.073	3.257	7.253	14.512	22.726
Asien:						
Britisch-Indien	210	—	210	218	274	274
Japan	113	32	145	918	164	*
Niederländisch-Indien	17	—	17	95	80	216
Türkei	25	215	240	25	29	114
Afrika:						
Ägypten	17	17	34	32	55	52
Südafrika	59	25	84	108	220	634
Australien:						
Australien	37	298	335	313	3	*
Neuseeland	41	8	49	47	23	23
Gesamtbestand der Welt[5]	8.373	6.481	14.854	18.927	27.000	32.500

[1] Nach Schätzungen der Goldkommission des Völkerbundes. [2] Unter Österreich enthalten.
[3] Unter Deutschland, Österreich und Rußland enthalten.
[4] Nur der veröffentlichte Bestand; es ist aber bekannt, daß ein weiterer Betrag in anderen Posten des Zentralbankausweises enthalten ist. [5] Geschätzt. * Nicht bekannt.

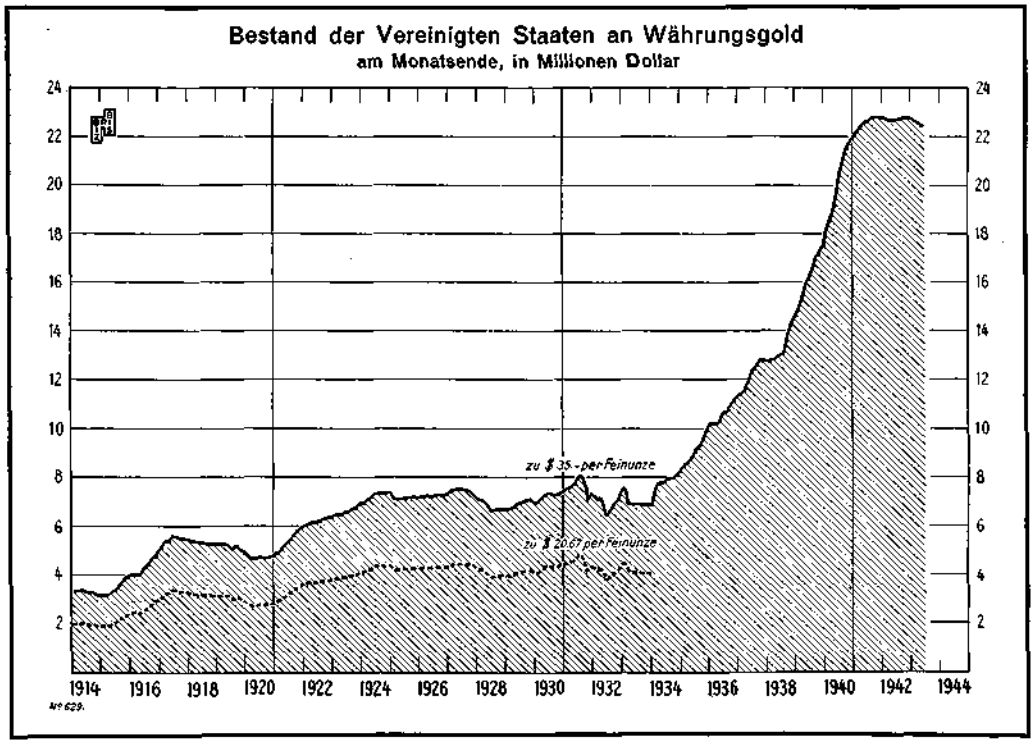
Zuweilen wird die Ansicht vertreten, die Londoner City habe in den Tagen ihrer unbestrittenen finanziellen Führung die Goldwährung „gesteuert". Wenn damit der bewußte Versuch einer Beeinflussung der Bewegung der Warenpreise gemeint ist, kann sicherlich von einer Steuerung keine Rede sein; damals hat die Bank von England niemals zu verhindern gesucht, daß die Schwankungen der Goldproduktion ihre normale Wirkung auf die Währung und das Kreditgefüge und damit auf die Preise ausübte. Ebensowenig kann man sagen, daß die Bank von England oder andere Zentralbanken es als ihre Aufgabe betrachteten, den Konjunkturkreislauf zu beherrschen; höchstens daß sie



im Rahmen ihrer üblichen Tätigkeit durch Zinserhöhungen gegen spekulative Auswüchse vorgingen, und umgekehrt die Zinssätze senkten, wenn in Zeiten der Depression der Kreditbedarf nachließ. Die internationale Kreditorganisation, die während des größeren Teiles eines Jahrhunderts mit London als Spitze nach und nach aufgebaut worden war, bildete aber ein bewegliches System, das seine wichtigste Aufgabe der Finanzierung eines rasch sich ausdehnenden Welthandels billig und wirksam erfüllte. Die Londoner Bankhäuser mit ihren langjährigen Geschäftsbeziehungen in der ganzen Welt vermieden plötzliche Kreditkündigungen; eine Freihandelspolitik, an der man in guten wie in schlechten Zeiten festhielt und mit der die Bereitwilligkeit und Fähigkeit zur Kreditgewährung verbunden war, half das Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz nicht nur Englands, sondern auch anderer Länder zu erhalten.

Nach 1920 gab es ein oberstes Finanzzentrum im alten Sinne nicht mehr; New York hatte zwar seine Stellung gefestigt und den Rahmen seiner Tätigkeit ausgedehnt, hatte aber noch damit zu tun, den notwendigen Apparat aufzubauen und seine Erfahrung auf dem Gebiete des internationalen Kredits zu erweitern. Zudem gab es fast in allen Teilen der Welt, besonders aber in Europa, unausgeglichene Bilanzen, die unbereinigt blieben, und Widersprüche in der Politik, indem sich beispielsweise hohe finanzielle Verpflichtungen der Schuldnerländer anhäuften, während gleichzeitig der Warenverkehr in steigendem Maße behindert wurde. Schließlich brach das Gebäude der internationalen Goldwährung, das in den zwanziger Jahren errichtet worden war, in einer Zeit ausgedehnter Devisenbewirtschaftung und zahlreicher Währungsabwertungen zusammen, während gleichzeitig unaufhörlich Gold nach den Vereinigten Staaten strömte.

Überblickt man die Entwicklung seit 1914 in großen Zügen, so ergibt sich, daß die Zeit der Goldzuflüsse nach den Vereinigten Staaten sich in drei Abschnitte von je etwa zehn Jahren gliedern läßt:



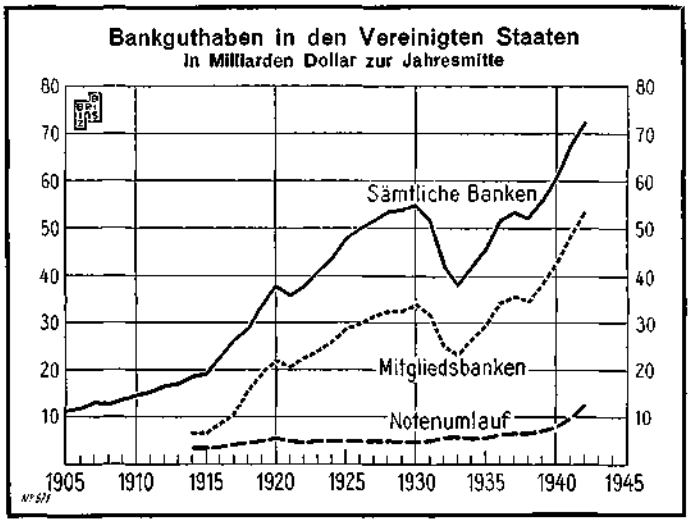
1) Während des ersten Abschnittes von 1914 bis 1924 erhöhte sich der Bestand der Vereinigten Staaten an monetärem Gold (einschließlich der in Umlauf befindlichen Münzen) von 3,2 auf 7,4 Milliarden Dollar (der Dollar ist hier und in den folgenden Absätzen stets zum gegenwärtigen Wert von 35 Dollar für die Unze Feingold gerechnet). Abgesehen von einem vorübergehenden Goldabfluß aus den Vereinigten Staaten in den Jahren 1919 und 1920 war das allgemeine Merkmal dieses Zeitabschnitts, daß Europas starker Bedarf an überseeischen Einfuhrwaren und die Unbeständigkeit der Wechselkurse in vielen europäischen Ländern den Goldstrom zum Bundes-Reserve-System hinlenkten.

2) Während des zweiten Abschnitts von 1924 bis 1933 änderte sich der Goldbesitz der Vereinigten Staaten im Endergebnis nur wenig; er belief sich am Anfang des Zeitraums auf 7,4 Milliarden und an seinem Ende auf 6,9 Milliarden Dollar. Im Jahre 1925/26 hatten die meisten europäischen Länder ihre Währung wieder in Ordnung gebracht und gingen jetzt daran, ihre Reserven aufzufüllen; sie benutzten hierzu etwaige Überschüsse, die sie in ihren Zahlungsbilanzen zu erzielen vermochten, oder die Erlöse aus Anleihen und Krediten, die von den Vereinigten Staaten in großem Umfang gewährt wurden. Entsprechend den Empfehlungen der Konferenz von Genua im Jahre 1922 gingen immer mehr Zentralbanken dazu über, Devisen in ihre Währungsreserven einzubeziehen. Dies hat zweifellos dazu beigetragen, eine Zeitlang den Druck auf das Gold zu mildern; als aber mit der einsetzenden Wirtschaftskrise auch Befürchtungen für die Währungen aufkamen, übte die Umwandlung von Devisen in Gold in einer Reihe von Ländern einen zusätzlichen Druck aus, den auch die Vereinigten Staaten verspürten.

3) Während des dritten Abschnitts von 1933 bis 1942 war die Zunahme des Goldbestandes der Vereinigten Staaten am auffallendsten; er stieg auf das Dreifache, nämlich von 6,9 Milliarden Dollar im Jahre 1933 auf 22,75 Milliarden im Jahre 1942. Das Gold wurde teils für Waren und Dienstleistungen in Zahlung genommen, teils für die Tilgung von Schulden und teils auch als Mittel zur Verlagerung von Kapitalien nach dem New-Yorker Markt.

Über die Ursachen dieses gewaltigen Goldstroms über den Atlantik ist schon viel geschrieben worden. Übereinstimmung besteht darüber, daß Gründe wie der Mangel an wirtschaftlicher Ausgeglichenheit zusammen mit politischen Befürchtungen in Europa und einer Politik hoher Zölle in den Vereinigten Staaten hierbei mitgespielt haben; welt schwerer ist aber zu entscheiden, ob auch, wie teilweise angenommen wird, die Sterilisierung des Goldes im amerikanischen Kreditwesen dazu beigetragen hat, es nach den Vereinigten Staaten zu ziehen.

Als das Bundes-Reserve-System 1914 seine Tätigkeit begann, brachte es in den Kreditapparat der Vereinigten Staaten eine in diesem Ausmaß vorher nicht gekannte Beweglichkeit, dank welcher die Finanzierung des Krieges, als es dazu kam, bedeutend leichter war, als es sonst der Fall gewesen wäre. Wie aus dem Schaubild zu ersehen ist, nahmen die Einlagen bei den Banken bis einschließlich 1920 zu. Im folgenden Jahr, während des ersten heftigen Nachkriegsrückschlags, ging das Kreditvolumen zurück; es ist aber bemerkenswert, daß in den Vereinigten Staaten, wie fast in allen Ländern, der Rückgang der Bankeinlagen von dem hohen, während des Krieges erreichten Stand verhältnismäßig gering und nur von kurzer Dauer war. Schon im Laufe des Jahres 1922 hatten die Guthaben wieder den Umfang von 1920 erreicht; danach stiegen sie ohne Unterbrechung bis Mitte 1930 kräftig an. Zwar befriedigten die Bundes-Reserve-Banken einige Jahre lang, namentlich 1923 und 1924, den Bedarf an zusätzlichem Papiergeld durch Ausgabe von Goldzertifikaten, die eine hundertprozentige Deckung erforderten, an Stelle von Bundes-Reserve-Noten, für welche die gewöhnlichen Deckungsbestimmungen galten. Dieses Verfahren verhinderte aber nicht, daß der Goldzufluß die den Mitgliedsbanken zur Verfügung stehenden Gelder vermehrte, und beschränkte also in keiner Weise ihre Fähigkeit zur Kreditgewährung. Es senkte nur die eigenen Überschußreserven der Bundes-Reserve-Banken unter den Betrag, den sie sonst aufgewiesen hätten; ob diese vorsichtigere Politik der



Währungsbehörden psychologisch eine Zurückhaltung des Marktes in der Kreditgewährung bewirkte, ist jedoch zweifelhaft.[1] Die folgenden Jahre von 1924 bis 1930 brachten im ganzen gesehen keine Erhöhung der Goldreserven der Vereinigten Staaten, und angesichts der großen Kreditausweitung, die damals stattfand, stellt sich die Frage einer Goldsterilisierung kaum. Tatsächlich läßt sich vieles zugunsten der Behauptung anführen, daß in dieser Phase das Kreditsystem der spekulativen Hochkonjunktur nicht entgegenzuwirken, noch die Verwendung der Kredite in genügender Weise unterschiedlich zu beeinflussen vermochte. Auf dem Gebiete der ausländischen Finanzierung begann der amerikanische Markt fast unmittelbar nach Beendigung des Krieges kurz- und langfristige Auslandskredite zu gewähren, und die Anleihen und Kredite an das Ausland erreichten sehr hohe Beträge. Aber auch hier wieder kann behauptet werden, daß eine richtigere Auswahl der Kreditnehmer und der Methoden, öfters auch ein größeres Maßhalten in den ausgeliehenen Beträgen besser gewesen wäre, besonders da viel zu viele Kredite kurzfristig gekündigt werden konnten, ein Recht, von dem beim Konjunkturumschwung zum Schaden für das allgemeine System in weitem Umfang Gebrauch gemacht wurde.

Nach 1930 kam in der schweren Krise und infolge der vielen Währungsänderungen die Kreditgewährung an das Ausland zum Stillstand; in den Vereinigten Staaten selbst erlitt das Kreditvolumen eine plötzliche Schrumpfung, mit der ein heftiger Preissturz einherging, der, wie gesagt werden kann, eine schmerzliche Überraschung für alle war, die an die Gefahr eines verderblichen Rückschlags deshalb nicht geglaubt hatten, weil sie sahen, daß während der vorangegangenen Hochkonjunktur weder die Warenpreise noch der Notenumlauf gestiegen waren. Durch fortgesetzte Zinssenkungen und Eingriffe zur Regelung des Marktes versuchte man, der Kreditschrumpfung zu begegnen; die Ergebnisse genügten aber nicht, um die Kontraktion, die durch Bankzusammenbrüche im ganzen Lande noch verstärkt wurde, auszugleichen. Es wurde bald offenbar, daß eine so heftige Krise keinem nützlichen Zweck dienen könne, weder der Entfernung morscher Teile aus dem Gebäude von Handel und Industrie, noch der Herbeiführung eines besseren Ausgleichs zwischen Kosten und Preisen.

Rückblickend wird man überwiegend wahrscheinlich darüber einig sein, daß es klug gewesen wäre, der Krise durch Maßnahmen mannigfacher Art und mit weit größerer Entschiedenheit entgegenzutreten. In den Vereinigten Staaten wie in mehreren anderen Ländern war eine entschlossenere Kreditausweitungspolitik nur unter Lockerung der bestehenden Vorschriften über die primäre und sekundäre Deckung möglich[2]. Dies brachte gewissermaßen, so

---

[1] Der Einfluß der Ausgabe von Goldzertifikaten in den Vereinigten Staaten auf die Kreditlage läßt sich nicht mit der im nächsten Jahrzehnt in London durch den Britischen Ausgleichsfonds bewirkten Sterilisierung vergleichen; dessen Geschäfte verhinderten tatsächlich, daß ein Zufluß von Geldern die Kreditgrundlage der Banken verbreiterte und beschränkten damit ihre Fähigkeit zur Kreditgewährung. Es wird oft gesagt, daß die Erfahrung von 1919 bis 1939 bei der Gestaltung der Kreditpolitik nach diesem Kriege nutzbar gemacht werden sollte; deshalb ist es wichtig, die während dieser zwanzig Jahre getroffenen Kreditmaßnahmen sorgfältig zu prüfen. An dieser Stelle kann höchstens beiläufig auf einzelne der Hauptprobleme hingewiesen werden.

[2] Die Lockerung wurde teilweise durch Zurückziehung von Goldzertifikaten aus dem Verkehr bewirkt. Nach den geltenden Bestimmungen durften diese Zertifikate wohl als bankmäßige Deckung und als Reserve für Noten, aber nicht als Depositenreserve angerechnet werden. Diese besondere Beschränkung bedeutete jedoch nur wenig, da die Goldbestände der Bundes-Reserve-Banken eine reichliche „Deckung" darstellten. Aber die Vorschriften über die „bankmäßige Deckung" (d. h. die hundertprozentige Sicherstellung der Noten und Depositen durch Gold und diskontfähige Papiere) erwies sich insofern als zu einengend, als sie die Fähigkeit der Bundes-Reserve-Banken zum Ankauf weiterer Staatsanleihen begrenzte, bis deren Heranziehung als sekundäre Deckung von Bundes-Reserve-Noten durch das Glass-Steagall-Gesetz vom Februar 1932 für ein Jahr zugelassen wurde — eine Ermächtigung, die nachher gesetzlich verlängert wurde.

kann man sagen, eine Entsterilisierung des Goldes, d. h. eine freiere Verwendung bereits angesammelter Reserven im Rahmen einer Krisenbekämpfung mit sich. Während dieser Zeit, von 1930 bis 1932, wechselte die Richtung des Goldstromes mehrfach, aber per Saldo nahm der Goldvorrat der Vereinigten Staaten nicht zu.

Mit der Einleitung einer neuen Politik im Jahre 1933 wurden nacheinander verschiedene finanzielle Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit getroffen: der Dollar wurde abgewertet, die Bankguthaben wurden garantiert, das billige Geld noch weiter verbilligt und dem Publikum durch vermehrte Staatsausgaben, die durch Kredite gedeckt wurden, Kaufkraft in die Hand gegeben. Wie aus der Zeichnung auf Seite 139 ersichtlich ist, hielt der Anstieg der Einlagen bis Mitte 1937 an, ständig unterstützt durch Goldzuflüsse aus dem Ausland. Im Winter 1936/37, als die Aufwärtsbewegung plötzlich einen zu nervösen und zu spekulativen Charakter annahm, begannen die Behörden die Vorschriften über die Pflichtreserven der Banken zu verschärfen, wodurch sie u. a. einen Teil des Goldzuflusses daran hinderten, die Kreditbasis zu verbreitern; und mehr durch die Macht der Verhältnisse als dank einem bestimmten Plan kam auch der Bundeshaushalt für kurze Zeit ins Gleichgewicht. Diese Politik sollte die Wirtschaftsbelebung in geordnete Bahnen lenken; um so größer war die Enttäuschung, als der ersehnte Aufschwung durch den schweren Rückschlag im Herbst 1937 plötzlich unterbrochen wurde. Über die Ursachen dieses Rückschlags wird immer noch lebhaft gestritten: die einen glauben, er erkläre sich aus den (jedenfalls doch recht milden) kreditpolitischen Maßnahmen, einschließlich der Herstellung eines Haushaltsgleichgewichts von kurzer Dauer, während andere der Erhöhung der Kosten, namentlich der Löhne, die seit 1936 im Gegensatz zu der vorsichtigen Kreditpolitik ein rasches Tempo angenommen hatte, größere Bedeutung geben. Die richtige Erklärung ist vielleicht, daß es zu einem Gegensatz zwischen den kreditpolitischen Maßnahmen einerseits und den Bewegungen der Kosten und Preise andererseits gekommen war. Wenn eine mäßigende Kreditpolitik wirksam sein soll, muß sie als ein Warnungssignal beachtet werden, das die Wirtschaft von zu scharfen Kostensteigerungen und einer zu raschen Vergrößerung der Lagerbestände abhält; das Gegenteil aber war in der Hochkonjunktur von 1936/37 tatsächlich der Fall. Bei der Wiederkehr der Depression wurde erneut eine Politik der Kreditausweitung eingeschlagen, jedoch mit stärkerer Betonung der Kaufkrafterhöhung durch Staatsausgaben.

Man verläßt sich in der Tat leicht zu sehr auf finanzielle Maßnahmen als Mittel zur Förderung des wirtschaftlichen Aufstieges und zur Aufrechterhaltung der Stabilität in einem internationalen Währungssystem. Es war weniger die Goldsterilisierung durch Maßnahmen der Kreditpolitik als das Versagen in der Herstellung eines richtigen Ausgleichs im Wirtschaftsgefüge, das anderen Ländern Schwierigkeiten in ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verursachte. Sollen diese genug Waren aufnehmen, um die übrige Welt von Spannungen in den Zahlungsbilanzen zu befreien, so müssen sie insbesondere von Zollerhöhungen in Krisenzeiten absehen, da dann die Spannung leicht über das erträgliche Höchstmaß hinausgehen kann; außerdem muß in den

Vereinigten Staaten ein ausreichender Produktions- und Beschäftigungsgrad erreicht sein, damit sie einen ständigen Markt für ausländische Rohstoffe und Erzeugnisse bilden können. Dies ist sehr wichtig, weil die Vereinigten Staaten volle 40 v. H. der Weltausbeute an industriellen Rohstoffen aufnehmen und daher bei dem Stand ihrer Industrie mehr Einfluß als jedes andere Land auf die Preise dieser Erzeugnisse und infolgedessen auf die Kaufkraft großer Teile der Welt haben. Das gegenwärtige Versiegen des Goldstroms nach den Vereinigten Staaten trotz ihres Rekord-Ausfuhrüberschusses erklärt sich, wie oben ausgeführt wurde, aus den Leih- und Pacht-Verträgen und anderen Kreditvereinbarungen, die zu den besonderen Maßnahmen der Kriegszeit gehören.

In den Jahren unmittelbar nach dem Kriege, die mit den zahlreichen Problemen des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Entfaltung ausgefüllt sein werden, wird es vielen Ländern schwer fallen, ihre hierbei entstehenden Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland aus ihren laufenden Ausfuhrerlösen oder den vorhandenen Reserven zu erfüllen. Vermutlich wird es besonderer Maßnahmen bedürfen, um dieser Lage Herr zu werden, und beispielsweise notwendig sein, verschiedenen Ländern bei ihren Bemühungen zur Auffüllung ihrer Währungsreserven zu helfen, damit sie an einem gesteigerten internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr teilnehmen können. Wenn diese Übergangsaufgaben mehr oder weniger gelöst sein werden, wird immer noch die ständige Aufgabe der Schaffung eines Systems fester Währungen mit ausreichenden Kreditmöglichkeiten für den Binnen- und Welthandel übrig bleiben; bei der Erfüllung dieser Aufgabe sollte man sich ebenso wie in der früheren Wiederaufbauperiode daran erinnern, daß, wie die Erfolge und Mißerfolge zwischen den beiden Kriegen gelehrt haben, auch die größten finanziellen Hilfen kein reibungslos arbeitendes Währungs- und Kreditsystem, sei es auf Gold basiert oder nicht, zustande bringen können, wenn die tieferliegenden wirtschaftlichen Tatsachen nicht sorgfältig beachtet werden. Abgesehen von den Einflüssen reiner Wanderkapitalbewegungen sollte sowohl ein einseitiger Goldstrom wie eine abnorme Anhäufung von Schulden oder Guthaben in der Zahlungsbilanz eines Landes als Zeichen eines Mangels an Gleichgewicht angesehen werden, der behoben werden muß, und es ist eine der wichtigeren Aufgaben der Währungsreserven, den zeitlichen Spielraum für die erforderliche Angleichung zu gewähren. Es gibt mehrere Wege, auf denen die Zentralbanken — entweder unmittelbar oder mit Hilfe eines internationalen Instituts — einander durch Kredite zur Ergänzung der vorhandenen Mittel unterstützen können. Im System des Währungswesens stehen die geld- und kreditpolitischen Aufgaben in engem Zusammenhang, und es wäre wahrhaft kurzsichtig, wenn man die in ihm enthaltenen Kreditkräfte nicht benutzen wollte, um einige der dem Warenstrom entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen und zugleich den Anstoß zu einer Wirtschaftsbelebung zu geben. Die Anregung allein genügt aber nicht; die Grundbedingungen müssen so beschaffen sein, daß sie freie Bahn lassen für eine in sich gefestigte Tätigkeit in Handel und Gewerbe, die besser als in der Vergangenheit den harten Schlägen standzuhalten vermag, denen das Wirtschaftsleben von Zeit zu Zeit ausgesetzt ist.

IV. DIE LEIH- UND PACHT-HILFE, DAS BRITISCHE „OVERSEAS DISINVESTMENT" UND DER EUROPÄISCHE VERRECHNUNGSVERKEHR

Die bedeutenden internationalen Umsätze an Gütern und Dienstleistungen, zu denen die Kriegführung Anlaß gegeben hat, spiegeln sich (wenn auch nicht vollständig) als Überschüsse oder Fehlbeträge in den finanziellen Beziehungen der betreffenden Länder wider. Dabei treten drei große Bewegungen besonders hervor: die Leih- und Pacht-Hilfe der Vereinigten Staaten nebst der an Bedeutung zunehmenden „umgekehrten" Bewegung, Großbritanniens Empfang und Verteilung von Lieferungen aus dem Britischen Reich und anderen Ländern, sowie endlich Deutschlands Rückgriff auf die Hilfsquellen Kontinentaleuropas im Wege des Verrechnungsverkehrs und durch Erhebung von Besatzungskosten und anderen Abgaben.

Das Leih- und Pacht-System wurde 1942 weiter ausgebaut durch die Erklärung der Vereinigten Nationen vom 1. Januar 1942 über die Verwendung ihrer sämtlichen Mittel zur Weiterführung des Krieges sowie durch eine Vereinbarung vom 23. Februar 1942, auf Grund deren die Bestimmungen über das „umgekehrte Leih- und Pacht-Verfahren" auf die Hilfe Großbritanniens an die Vereinigten Staaten angewandt werden. Mit diesen wurden gleiche Vereinbarungen seitdem von China und der UdSSR sowie von den Exilregierungen Belgiens, Griechenlands, Jugoslawiens, der Niederlande, Norwegens und der Tschecho-Slowakei unterzeichnet. Ferner wurde am 3. September 1942 in einem Briefwechsel zwischen dem britischen Botschafter in Washington und dem amerikanischen Staatssekretär der Grundsatz festgelegt, daß ein möglichst großer Teil der Waren und Dienste, die eine der beteiligten Regierungen dem anderen Land bewilligen würde, eine wechselseitige Hilfe („reciprocal aid") darstellen soll, so daß der Bedarf jeder Regierung an Zahlungsmitteln des anderen Landes auf ein Mindestmaß beschränkt werden kann. Ergänzend bemerkte der Präsident der Vereinigten Staaten in seinem sechsten Vierteljahresbericht über den Leih- und Pacht-Verkehr vom September 1942, daß kein Land sich an den Kriegsleistungen seiner Alliierten bereichern soll. Am 3. September 1942 sind Australien, Neuseeland und das „Kämpfende Frankreich"[1] den Vereinbarungen über die wechselseitige Leih- und Pacht-Hilfe ebenfalls beigetreten, während Kanada sich dafür entschied, seinen Beitrag zu der gemeinsamen Kriegsanstrengung außerhalb des Leih- und Pacht-Systems zu leisten.

Damit ging das Leih- und Pacht-Verfahren, das ursprünglich als ein Weg für ein neutrales Land zur Hilfeleistung an ein kriegführendes gedacht

[1] Auf Grund eines im Oktober 1943 abgeschlossenen neuen Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und dem französischen Befreiungskomitee liefern die Vereinigten Staaten Kriegsmaterial an die französischen Truppen zu Leih- und Pacht-Bedingungen, und die französischen Lieferungen an die amerikanischen Truppen erfolgen auf Grund der umgekehrten Leih- und Pacht-Hilfe. Die amerikanischen Lieferungen an die französische Zivilbevölkerung in Nordafrika finden gegen Barzahlung statt; bis Ende November 1943 waren hierfür rund 56 Millionen $ gezahlt.

war, in der allgemeinen Kriegsanstrengung der Vereinigten Nationen auf, und durch seine Erweiterung zu einer gegenseitigen Hilfeleistung wurde es in Wirklichkeit zu einer Vereinigung der Hilfsquellen unter Kriegführenden, die für ein gemeinsames Ziel kämpfen. Es bleibt jedoch ein Grundgedanke des Leih- und Pacht-Verfahrens, daß eine Rückerstattung, wenn nicht in bar, dann in Sachleistungen erfolgt zum Unterschied von der von Kanada gewählten Form der Schenkung oder gemeinschaftlichen Hilfe („mutual aid").

In welchem Umfang die umgekehrte Leih- und Pacht-Hilfe wirksam gewesen ist, läßt sich nicht angeben, da in Großbritannien von einer vollständigen Buchführung darüber abgesehen wird; diese Hilfe steigerte sich aber, als die amerikanischen Streitkräfte im Ausland und ihre Bedürfnisse zunahmen, und es ist bekannt, daß sie eine starke Belastung der laufenden Haushalte Großbritanniens, Australiens und Neuseelands bildet, ebenso wie für Kanada die gemeinschaftliche Hilfe.[1] Für Großbritannien erklärte der Schatzkanzler in seiner Haushaltsrede vom April 1943, daß der größte Teil der gegenseitigen Hilfe an die Amerikaner gegangen sei, und zwar vielfach in Form von Dienstleistungen, deren Wert weder sie noch die Engländer zu berechnen wünschten... Die Leih- und Pacht-Hilfe, die England von den Vereinigten Staaten erhalten habe, sei nicht größer als die Hilfe, die es selbst allen seinen Alliierten unentgeltlich gewährt habe.[2]

Das ursprüngliche Leih- und Pacht-Gesetz wurde am 11. März 1941 angenommen und später mit Gültigkeit bis zum Juni 1944 verlängert. Bis Ende 1941 waren Aufwendungen von 13 Milliarden Dollar[3] genehmigt und Aufträge für rund 10 Milliarden Dollar vergeben. Diese ungeheuren Summen bezeichneten aber lediglich den Rahmen der beabsichtigten Hilfe und der getroffenen Vorbereitungen; der Gesamtbetrag der bis Ende 1941 geleisteten Hilfe belief sich nur auf etwas über 1,2 Milliarden Dollar, wovon drei Viertel auf Warenlieferungen und der Rest auf Schiffsreparaturen und andere Dienst-

---

[1] Im australischen Haushalt für 1942/43 betrugen die Kosten der gegenseitigen Hilfe 59 Millionen australische Pfund; für 1943/44 wurden sie auf annähernd 100 Millionen geschätzt, d. h. auf ein Sechstel der gesamten Kriegsausgaben. Im Haushalt Neuseelands für 1942/43 belief sich die gegenseitige Hilfe auf 7 Millionen neuseeländische Pfund; für 1943/44 wurde sie auf 20 Millionen geschätzt, d. h. auf etwa ein Siebentel der gesamten Kriegsausgaben. Die im kanadischen Haushalt erscheinenden Kosten der gemeinschaftlichen Hilfe werden in Kapitel V angegeben.

[2] Weitere Mitteilungen über die gegenseitige Leih- und Pacht-Hilfe wurden im November 1943 in dem elften Leih- und Pacht-Bericht des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Kongreß und in einem Weißbuch des britischen Schatzamtes gegeben; an beiden Stellen wurde betont, daß es unmöglich sei, die gewährte und empfangene Unterstützung in Geld zu veranschlagen. Nur um die in Betracht kommende Größenordnung anzudeuten, nannte der Präsident einige Ziffern; danach hatten die Vereinigten Staaten im Leih- und Pacht-Verfahren bis Juni 1943 vom Britischen Reich für 1.171 Millionen $ Güter und Leistungen erhalten, nämlich für 871 Millionen von Großbritannien und für etwa 300 Millionen $ von den drei Ländern Australien (196 Millionen), Neuseeland (51 Millionen) und Indien (etwa 57 Millionen). Berechnungen auf Grund der Zahlen für die ersten sechs Monate 1943 ergaben als Jahreswert der den Vereinigten Staaten vom Britischen Reich geleisteten umgekehrten Leih- und Pacht-Hilfe 1,25 Milliarden $. In dem Weißbuch des britischen Schatzamtes wurde der Nettobeitrag Großbritanniens zu dem gemeinsamen Einsatz der Vereinigten Nationen bis Ende Juni 1943 auf insgesamt 2,25 Milliarden £ geschätzt, wovon 216 Millionen £ nach den Vereinigten Staaten als gegenseitige Hilfe und 180 Millionen £ nach der UdSSR gegangen waren. Der Betrag von 2,25 Milliarden £ entsprach „Zahlungen an andere Mitglieder der Vereinigten Nationen über die von diesen erhaltenen Summen hinaus" oder mit anderen Worten dem Ausmaß, in dem Großbritannien „seinen künftigen Handel belastet hat, indem es Gold und andere Kapitalanlagen hingegeben und Verpflichtungen gegenüber anderen Mitgliedern der Vereinigten Nationen übernommen hat".

[3] Die erste Bewilligung von 7 Milliarden $ erfolgte am 27. März 1941 und eine zweite von 5.985 Millionen am 28. Oktober; eine dritte in Höhe von 5.425 Millionen wurde am 5. März 1942 Gesetz, so daß sich ein Gesamtbetrag von 18,41 Milliarden $ ergibt. Diese Bewilligungen erfolgten unmittelbar an den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg fanden keine unmittelbaren Bewilligungen mehr für militärische Posten oder Handelsschiffe statt; dagegen wurden Ermächtigungen erteilt, im Leih- und Pacht-Wege Gegenstände und Dienstleistungen zu übertragen, die in den regelmäßigen Haushaltsbewilligungen für Heer und Marine enthalten sind. Bis zum Frühjahr 1943 wurden solche Übertragungen in Höhe von 35,97 Milliarden $ genehmigt.

Wert der Leih- und Pacht-Hilfe der Vereinigten Staaten[1]

Zeit	1941	1942	1943
	in Millionen Dollar		
Januar–März . . .	10	1.178	2.067
April–Juni	136	1.551	2.603
Juli–September . .	408	1.798	3.600[2]
Oktober–Dezember	690	2.482	.
Zusammen . . .	1.244	7.009	.

[1] Nach den Berichten der Leih- und Pacht-Verwaltung.

[2] Vorläufige runde Ziffer, darunter 1.050 Millionen $ für Juli und 1.262 Millionen $ für August 1943. Der bis Ende August 1943 erreichte Gesamtbetrag stellte sich auf 15.235 Millionen $; davon waren 45 v. H. nach Großbritannien, 25 v. H. nach der UdSSR und 30 v. H. an die anderen Alliierten gegangen.

leistungen entfielen. Als die Vereinigten Staaten aber im Dezember 1941 selbst in den Krieg eintraten, war die Kriegsproduktion schon in vollem Gange, und die Leih- und Pacht-Hilfe im ersten Viertel des Jahres 1942 kam beinahe derjenigen für das ganze vorhergehende Jahr gleich. Das beschleunigte Tempo hat angehalten; die geleistete Hilfe stieg von einem monatlichen Durchschnitt von 100 Millionen Dollar im Jahre 1941 auf nahezu 600 Millionen monatlich im Jahre 1942 und übersteigt seit Juni 1943 eine Milliarde Dollar monatlich.

Die Leih- und Pacht-Hilfe stellt eine Unterstützung der alliierten und befreundeten Länder dar und umfaßt nicht die Sendungen an die amerikanischen Streitkräfte im Auslande. Die nebenstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die ersten beiden Jahre der Leih- und Pacht-Hilfe von März 1941 bis Februar 1943. In diesen zwei Jahren entfielen von nahezu 10 Milliarden Dollar Aufwendungen über 80 v. H. auf verschiedene Gattungen von Waren und weniger als 20 v. H. auf Dienstleistungen; von den Waren bestanden 55 v. H. aus Kriegsgerät (36 v. H. der gesamten Lieferungen an Großbritannien, aber 67 v. H. aller Sendungen an die UdSSR); von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen (einschließlich Tabak) wurden 85 v. H. nach Großbritannien gesandt. Seit Februar 1943 wird Tabak nach Großbritannien, außer für die Streitkräfte, nicht mehr im Leih- und Pacht-Verfahren geliefert.

Verteilung der Leih- und Pacht-Hilfe[1] März 1941 bis Februar 1943

Gattung	Großbritannien	UdSSR	Andere Länder	Zusammen
	in Millionen Dollar			
Kriegsmaterial	1.301	1.028	1.965	4.294
Industriewaren	1.100	379	609	2.088
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	1.229	128	92	1.449
Dienstleistungen	801	290	710	1.801
Zusammen . . .	4.430	1.826	3.376[2]	9.632

[1] Aus dem im März 1943 veröffentlichten Bericht der Leih- und Pacht-Verwaltung.

[2] Afrika und der Mittlere Orient erhielten 1.573 Millionen, China, Indien, Australien und Neuseeland 1.344 Millionen und verschiedene andere Länder 460 Millionen Dollar.

Bis Ende 1942 erhielten das Britische Reich und die UdSSR zusammen 95 v. H. der amerikanischen Ausfuhr auf Grund des Leih- und Pacht-Gesetzes, wie aus der Aufstellung auf der folgenden Seite hervorgeht, die Aufschluß über die Richtung des Außenhandels der Vereinigten Staaten seit dem Kriege gibt, getrennt für Leih- und Pacht-Lieferungen und die übrige Ausfuhr. Gegenüber anderen Ländern als dem Britischen Reich und der UdSSR hatten die Vereinigten Staaten 1941 und 1942 eine passive Bilanz, so daß die Lieferung von Waren im Leih- und Pacht-Verfahren dahin wirkte, den von den Vereinigten Staaten zu zahlenden Geldbetrag zu erhöhen; für die Gesamtheit dieser Länder entstand also kein Transferproblem. Auch für die UdSSR

Außenhandel der Vereinigten Staaten im Leih- und Pacht-Verfahren und außerhalb desselben vom Kriegsbeginn bis Dezember 1942

(In Millionen Dollar)

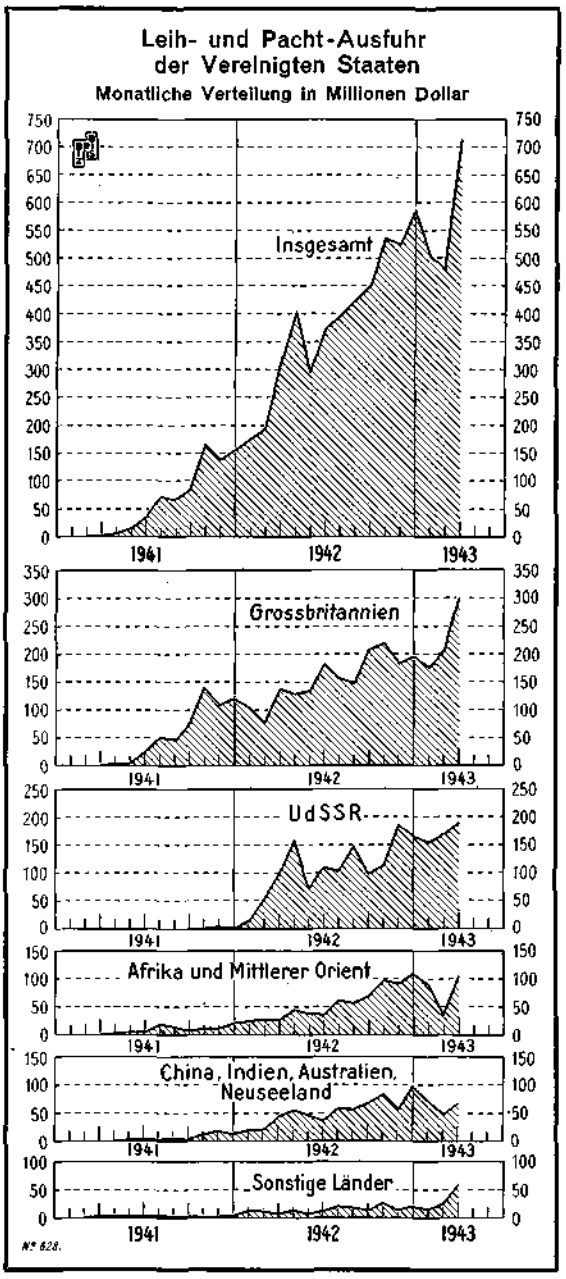
Zeit	Britisches Reich							UdSSR	Alle übrigen Länder	Zusammen für alle Länder
	Großbritannien [1]	Kanada [2]	Ägypten [3]	Indien [4]	Australien und Neuseeland	Andere Länder	Zusammen		[5]	
Ausfuhr im Leih- und Pacht-Verfahren										
1939 (Sept.–Dez.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1940	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1941	572	12	89	8	15	10	706	1	34	741
1942	1.867	110	446	287	274	128	3.112	1.314	242	4.668
Zusammen	2.439	122	535	295	289	138	3.818	1.315	276	5.409
Übrige Ausfuhr										
1939 (Sept.–Dez.)	199	210	5	21	28	45	508	30	743	1.281
1940	1.018	728	20	78	94	170	2.108	87	1.826	4.021
1941	1.070	1.007	161	90	107	338	2.773	107	1.526	4.406
1942	495	1.257	137	91	98	108	2.176	65	917	3.158
Zusammen	2.782	3.202	323	280	317	661	7.565	289	5.012	12.866
Gesamte Ausfuhr										
1939 (Sept.–Dez.)	199	210	5	21	28	45	508	30	743	1.281
1940	1.018	728	20	78	94	170	2.108	87	1.826	4.021
1941	1.642	1.019	250	98	122	348	3.479	108	1.560	5.147
1942	2.362	1.367	583	378	362	236	5.288	1.379	1.159	7.826
Zusammen	5.221	3.324	858	575	606	799	11.383	1.604	5.288	18.275
Einfuhr										
1939 (Sept.–Dez.)	56	144	3	29	9	69	330	8	541	879
1940	158	440	7	134	34	366	1.139	21	1.465	2.625
1941	139	575	12	132	154	500	1.512	30	1.803	3.345
1942	135	735	22	105	219	216	1.432	25	1.286	2.743
Zusammen	488	1.894	44	400	416	1.171	4.413	84	5.095	9.592
Überschuß der regelmäßigen Ausfuhr über die Einfuhr oder umgekehrt (–)										
1939 (Sept.–Dez.)	143	66	2	(– 8)	19	(– 44)	178	22	202	402
1940	860	288	13	(– 56)	60	(–196)	969	66	361	1.396
1941	931	432	149	(– 42)	(– 47)	(–162)	1.261	77	(–277)	1.061
1942	360	522	115	(– 14)	(–131)	(–108)	744	40	(–369)	415
Zusammen	2.294	1.308	279	(–120)	(– 99)	(–510)	3.152	205	(– 83)	3.274
Überschuß der gesamten Ausfuhr über die Einfuhr oder umgekehrt (–)										
1939 (Sept.–Dez.)	143	66	2	(– 8)	19	(– 44)	178	22	202	402
1940	860	288	13	(–56)	60	(–196)	969	66	361	1.396
1941	1.503	444	238	(–34)	(–32)	(–152)	1.967	78	(–243)	1.802
1942	2.227	632	561	273	143	20	3.856	1.354	(–127)	5.083
Zusammen	4.733	1.430	814	175	190	(–372)	6.970	1.520	193	8.683

Anmerkung: Die berichtigten Ziffern bis Ende 1942 ergeben für die Gesamtausfuhr zu Leih- und Pacht-Bedingungen 5.959 Millionen $; in dieser Summe sind aber weder die Flugzeuge enthalten, die zur Ablieferung geflogen wurden, noch die Schiffe, die mit eigener Kraft fuhren, und die zusammen mit annähernd 700 Millionen $ bewertet werden. Nur etwa 90 v. H. der „übertragenen" Güter wurden tatsächlich exportiert.

[1] Mit Eire. [2] Mit Neufundland, Labrador, St. Pierre und Miquelon, Grönland und Island.

[3] Obwohl Ägypten nicht ganz zum Britischen Reich gehört, ist seine Einreihung an dieser Stelle angebracht. Die Ziffern beziehen sich sowohl auf den Sudan wie auf das eigentliche Ägypten. [4] Mit Birma und Ceylon.

[5] Von der gesamten Leih- und Pacht-Ausfuhr nach den „übrigen Ländern" im Betrage von 276 Millionen $ betreffen 38 Millionen $ Iberoamerika und 85 Millionen China (außer der direkten finanziellen Unterstützung).



gab es ein solches nicht; von der gesamten amerikanischen Ausfuhr nach diesem Lande während der beiden Jahre entfielen nahezu 90 v. H. auf den Leih- und Pacht-Verkehr, und per Saldo waren nur etwas mehr als 100 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten in Geld zu bezahlen.

Im Verkehr mit dem Britischen Reich wurde jedoch die amerikanische Ausfuhr gegen Bezahlung in sehr bedeutendem Umfange fortgesetzt; sie machte weit mehr als die Hälfte der Gesamtausfuhr der Jahre 1941 und 1942 aus, in denen im Handelsverkehr per Saldo rund 2 Milliarden Dollar in Geld zu bezahlen waren. Die Entwicklung war aber für die einzelnen Teile des Britischen Reichs verschieden; zur näheren Betrachtung empfiehlt sich eine Dreigliederung in Großbritannien, Kanada und das übrige Britische Reich, wozu in diesem Zusammenhang auch Ägypten zu rechnen ist.

Aus besonderen Gründen wurde Leih- und Pacht-Material in sehr erheblichen Mengen nach Ägypten gesandt, namentlich im Jahre 1942, in beiden Jahren zusammen für mehr als 530 Millionen Dollar; aber auch der Einfuhrüberschuß Ägyptens im sonstigen Außenhandel war bedeutend; der Passivsaldo von etwa 260 Millionen Dollar für 1941 und 1942 wurde von Großbritannien beglichen. Andere Teile des Britischen Reiches, insbesondere Australien, Neuseeland und Indien, erhielten Leih- und Pacht-Hilfe im Werte von 720 Millionen Dollar; infolgedessen weist ihre Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten für 1941 und 1942 statt eines Passivsaldos von zusammen 220 Millionen Dollar einen Überschuß von 500 Millionen Dollar auf. Grundsätzlich wurden derartige Dollarüberschüsse (soweit sie nicht für unsichtbare Posten der Zahlungsbilanz verbraucht wurden) an Großbritannien übertragen, und der Erlös trug dazu bei, die Sterlingguthaben dieser Länder zu erhöhen.

Kanada nimmt eine besondere Stellung zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Großbritannien andererseits ein, sowohl aus geographischen Gründen wie deshalb, weil es keine Leih- und Pacht-Hilfe von den Vereinigten Staaten erhalten hat. Die in der Übersicht auf Seite 146 als Leih- und Pacht-Ausfuhr nach Kanada angegebenen 120 Millionen Dollar betreffen wahrscheinlich Island und andere Länder, die in der Statistik in einer Gruppe mit Kanada zusammengefaßt sind. Dafür war Kanadas bezahlte Einfuhr aus den Vereinigten Staaten sehr bedeutend; 1942 betrug sie weit mehr als das Doppelte derjenigen Großbritanniens und mehr als die Hälfte der Einfuhr des ganzen Britischen Reiches. Kanadas Zahlungsbilanz wies einen dauernden Überschuß im Verkehr mit Großbritannien (und dem gesamten Sterlingblock), dagegen ständig einen Fehlbetrag gegenüber den Vereinigten Staaten auf, wie die nebenstehende Tabelle zeigt. Dieser Fehlbetrag, der sich für 1939 bis 1941 auf 720 Millionen kanadische Dollar belief, wurde aus drei Quellen gedeckt: 1) für mehr als 300 Millionen kanadische Dollar wurden 1940 Gold und amerikanische Dollarwerte durch den Foreign Exchange Control Board mobilisiert (hierfür wurden 325 Millionen kanadische Dollar unmittelbar bei der Bank von Kanada aufgenommen); 2) etwa 250 Millionen kanadische Dollar wurden 1940 von Großbritannien in Gold bezahlt für in den Vereinigten Staaten zur Ausführung britischer Staatsaufträge gekaufte Materialien; 3) gemäß Vereinbarung vom April 1941 wurden in den Vereinigten Staaten gekaufte Bestandteile für die Ausführung britischer Aufträge in Kanada auf Leih- und Pacht-Grundlage für britische Rechnung geliefert. 1942 und 1943 dürfte die Lage durch die erheblichen Beträge von USA-Dollars, die infolge der zunehmenden kanadischen Rüstungslieferungen an die Vereinigten Staaten anfielen, erleichtert worden sein.

Zahlungsbilanz Kanadas gegenüber Großbritannien und den Vereinigten Staaten

Kalenderjahre	Großbritannien			Vereinigte Staaten		
	Forderungen	Verpflichtungen	Überschuß	Forderungen	Verpflichtungen	Fehlbetrag
	in Millionen kanadische Dollar					
1939	371	245	126	775	864	89
1940	636	289	347	827	1.128	301
1941	1.093	360	733	1.042	1.372	330
Zusammen . .	2.100	894	1.206	2.644	3.364	720

Der Überschuß gegenüber Großbritannien betrug in den Jahren 1939 bis 1941 insgesamt 1.206 Millionen kanadische Dollar; durch britische Investierungen in kanadischen Rüstungsbetrieben und den Ausbau von Fliegerschulen erhöhte er sich auf 1,77 Milliarden kanadische Dollar. Abgesehen von der Goldübertragung im Jahre 1940 gestaltete sich die Finanzierung der Kriegsausgaben Großbritanniens in Kanada nach der kanadischen Haushaltsstatistik für die vier Rechnungsjahre bis zum März 1943 wie in der Tabelle auf der folgenden Seite wiedergegeben.

In den vier Jahren bis März 1943 wurden britische Kriegsausgaben von 2,4 Milliarden kanadische Dollar in Kanada finanziert, und zwar auf dreierlei Weise: 700 Millionen durch Repatriierung von Anleihen der Dominion-Regierung und der Canadian National Railway Company aus britischem Besitz, 700 Millionen durch

Finanzierung britischer Kriegsausgaben in Kanada

Finanzierung durch	Rechnungsjahre bis 31. März 1940	1941	1942	1943	Gesamtbetrag für die vier Jahre
	in Millionen kanadische Dollar				
Rückführung von Anleihen [1] . . .	79	181	365	72	697
Pfundgutschrift [2]	16	190	687	(—893)	—
Darlehen an die britische Regierung (unverzinslich)	—	—	—	700	700
Schenkung an die britische Regierung	—	—	—	1.000	1.000
Zusammen . . .	95	371	1.052	879	2.397

[1] Anleihen der Dominion-Regierung und der Canadian National Railway Company aus britischem Besitz. Außerdem wurden rund 130 Millionen kan. $ privater Anleihen repatriiert.
[2] Zugunsten des Foreign Exchange Control Board.

Umwandlung gutgeschriebener Pfundbeträge in ein zinsloses Darlehen und schließlich 1 Milliarde kanadische Dollar durch eine Schenkung. Diese Schenkung zur Dekkung laufender britischer Ausgaben in Kanada in dem Ende März 1943 beendeten Rechnungsjahr war Ende Dezember 1942 restlos verwendet.

Um den weiteren Bedarf an kanadischen Dollars bis März 1943 zu decken, verkaufte Großbritannien an Kanada gewisse britische Guthaben in den Vereinigten Staaten, und die kanadische Regierung kaufte Kriegsproduktionsanlagen zurück, welche die britische Regierung bald nach Kriegsausbruch in Kanada errichtet hatte und die mit rund 200 Millionen kanadische Dollar bewertet wurden. Außerdem übernahm ab 1. April 1943 die kanadische Regierung die volle finanzielle Verantwortung für die im Ausland eingesetzten kanadischen Luftstreitkräfte und entlastete damit Großbritannien von Ausgaben im Betrage von jährlich etwa 340 Millionen kanadische Dollar. Zu Beginn des Rechnungsjahres 1943/44 bewilligte die kanadische Regierung eine weitere Milliarde kanadische Dollar als gemeinschaftliche Hilfe zur Finanzierung von Kriegsmaterallieferungen an Großbritannien und andere zu den Vereinigten Nationen gehörende Länder. Ein „War Supplies Allocation Board" wurde neu errichtet, dessen Aufgaben ungefähr denjenigen der amerikanischen Leih- und Pacht-Verwaltung entsprechen.

Großbritannien wurde von den Vereinigten Staaten auf Leih- und Pacht-Grundlage unterstützt und hat die Schenkung Kanadas erhalten, es hat seine Gold- und Dollarreserven realisiert sowie über Dollar und andere Währungen lautende Wertpapiere mobilisiert, um „cash and carry"-Zahlungen zu leisten, und es hat Schulden in eigener und fremder Währung auflaufen lassen und noch *in anderer Weise im Auslande „disinvestiert"; andererseits* hat Großbritannien der UdSSR Kriegsmaterial geliefert, dessen Wert vom Schatzkanzler im April 1943 auf 170 Millionen Pfund geschätzt wurde (neben nicht militärischen Gütern im Werte von mehr als 50 Millionen Pfund)[1], es hat die in Großbritannien[2] und im Kolonialreich stationierten amerikanischen Truppen versorgt, Leih- und

[1] Im April 1943 wurde halbamtlich erklärt, daß der Wert der nicht militärischen Lieferungen an Rußland 50 Millionen £ übersteige; diese Waren wurden von der United Kingdom Commercial Corporation gekauft und durch ihre Vermittlung verschifft.
[2] Im Krieg 1914–18 gaben die Vereinigten Staaten in 16 Monaten für die Versorgung ihrer Truppen in Großbritannien 500 Millionen £ aus, oder durchschnittlich beinahe 28 Millionen £ im Monat; 1941 und 1942 gaben sie dafür durchschnittlich nur 6.250 £ im Monat aus; der Rest wird von Großbritannien als umgekehrte Leih- und Pacht-Hilfe zur Verfügung gestellt.

Pacht-Lieferungen an andere Länder weitergegeben, an Verbündete seinerseits Hilfe auf Leih- und Pacht-Grundlage oder als Schenkung gewährt und auch sonst zu der gemeinsamen Anstrengung der Vereinigten Nationen beigetragen. Über dies alles kann keine „Bilanz" und keine „Gewinn- und Verlust-Rechnung" aufgestellt werden; es wurden aber einzelne Angaben gemacht, welche den Umfang einiger der damit verbundenen Geschäfte beleuchten.

Die britischen Barzahlungen an die Vereinigten Staaten für Heeresbedarf, Munition und die Zurverfügungstellung von Produktionsanlagen zur Weiterführung des Krieges wurden vom Schatzkanzler im April 1943 auf insgesamt 1,5 Milliarden Pfund seit Kriegsausbruch angegeben. Das „cash and carry"-Verfahren hörte mit dem Inkrafttreten des Leih- und Pacht-Gesetzes noch nicht auf*, vielmehr wurde 1941 noch für 65 v. H. und 1942 für 21 v. H. der Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten nach Großbritannien Bezahlung geleistet, wie die Tabelle auf Seite 146 zeigt. Die Zeit, als das Leih- und Pacht-Gesetz zwar angenommen, die Leih- und Pacht-Ausfuhr aber noch nicht richtig in Gang gekommen war, brachte Großbritannien gerade die größten Schwierigkeiten; da nicht vorgesehen war, das Leih- und Pacht-Verfahren auf früher abgeschlossene Verträge anzuwenden, mußten noch erhebliche Dollarbeträge bereitgestellt werden, um die bereits eingegangenen „cash and carry"-Verpflichtungen zu erfüllen. Die flüssigen Gold- und Dollarreserven Großbritanniens waren aber damals schon erschöpft. Verschiedene Notmaßnahmen wurden ergriffen: 93.000 Kilogramm Gold (im Wert von etwa 105 Millionen Dollar) aus dem Bestande der Belgischen Nationalbank wurden im März 1941 von der belgischen Regierung in London für zwei Jahre entliehen; die Reconstruction Finance Corporation gewährte im Juli 1941 einen Kredit von 425 Millionen Dollar; von der Regierung der Südafrikanischen Union wurde Gold im Werte von etwa 130 Millionen Dollar gekauft (gegen Mobilisierung und Verkauf südafrikanischer Wertpapiere in London).

Die auswärtigen Kriegsschulden Großbritanniens

Gläubiger	Ende März		
	1941	1942	1943
	Millionen Pfund Sterling		
Reconstruction Finance Corporation, zu 3 v. H.[1]	—	95	91
Belgische Regierung[2]	—	—	25
Kanadische Regierung, zinslos[3]	—	—	157
Indische Regierung, zu 2¼ v. H.[4]	—	—	30
Alle übrigen	2	15	21
Gesamtschuld	2	110	324

[1] Der zur Verfügung gestellte Gesamtkredit betrug 425 Millionen $ (Gegenwert von 106 Millionen £).
[2] Dieses Darlehen wurde tatsächlich im März 1941 aufgenommen, aber erst im März 1943 genau bekanntgegeben; es wurde im April 1943 in Gold zurückgezahlt.
[3] Gegenwert von 700 Millionen kan. $.
[4] Bemerkungen zu dieser Anleihe s. Seite 155.

Die ersten beiden dieser Geschäfte bedeuten die Eingehung einer Schuld und stellen eine direkte äußere Verschuldung der britischen Regierung dar. Die Schulden an die kanadische und die indische Regierung sowie ein Teil der Schulden an die Kolonialverwaltungen (in der Übersicht unter „alle übrigen" enthalten) stellen aufgelaufene Pfundgutschriften dar, die in direkte Verpflichtungen der britischen Regierung umgewandelt wurden. Im April 1943

* Nach dem Bericht der Leih- und Pacht-Verwaltung für den Zeitabschnitt bis Ende 1942 betrug der Wert aller auf Grund des Leih- und Pacht-Gesetzes ausgeführten Waren für die Zeit von März 1941 bis Dezember 1942 insgesamt 5.959 Millionen $; die Ausfuhr nach Leih- und Pacht-Ländern, die von den Empfangsländern bar bezahlt wurde, bezifferte sich auf 6,9 Milliarden $. Erst seit März 1942 übersteigt die monatliche Leih- und Pacht-Ausfuhr die andere Ausfuhr.

belief sich nach der Rückzahlung des Golddarlehens der belgischen Regierung die im Kriege eingegangene äußere Schuld Großbritanniens auf rund 300 Millionen Pfund.

Diese Schulden, zusammen mit der Ansammlung von Pfundguthaben durch Länder des Britischen Reiches und andere Staaten sowie der Repatriierung von Sterlinganleihen dieser Länder, ferner die Verwendung britischer Gold- und Dollarreserven bilden das in dem Haushaltsweißbuch angeführte „overseas disinvestment" oder die Inanspruchnahme ausländischer Hilfsquellen durch Großbritannien. In den drei Jahren 1940 bis 1942 bezifferte sich dieses „disinvestment" — das also sowohl die Verminderung der Anlagen im Ausland wie die Zunahme der Verpflichtungen gegenüber dem Ausland, nicht aber die Leih- und Pacht-Hilfe und die kanadische Schenkung umfaßt — auf 2.185 Millionen Pfund; für die gesamte Kriegszeit bis Ende 1942 betrug die Summe wahrscheinlich etwa 2,35 Milliarden Pfund. Für das Rechnungsjahr 1943/44 wurde mit weiteren 600 Millionen Pfund gerechnet. Die Heranziehung ausländischer Hilfsquellen durch Großbritannien hat in ihrer Zusammensetzung eine Änderung erfahren: während sie sich 1940 hauptsächlich auf Dollars und Gold erstreckte, geschieht sie jetzt weitgehend in Gestalt der Ansammlung von Sterlingguthaben und der Repatriierung von Sterlinganleihen des Auslandes.

Die Heranziehung ausländischer Quellen durch Großbritannien

Kalenderjahre	Millionen Pfund
1940	756
1941	797
1942	632
Zusammen	2.185

Die Pfundguthaben Kanadas wurden im März 1942 in eine besondere Anleihe an die britische Regierung umgewandelt, andere Länder des Britischen Reichs fuhren aber fort, ihre frühere Verschuldung in England abzutragen und ihre Sterlingreserven gewöhnlich in Form von Bankguthaben, Schatzwechseln und britischen Staatspapieren nicht nur zu behalten, sondern im allgemeinen noch zu erhöhen. Die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt die vierteljährliche Bewegung des Sterlingbesitzes von fünf Ländern, die in dieser Beziehung wichtig sind.

Die fünf Länder Eire, Indien, Australien, Neuseeland und Ägypten besaßen Ende 1942 Sterlingmittel im Gesamtbetrag von rund 660 Millionen Pfund, wovon etwa 230 Millionen Pfund während des letzten Jahres neben bedeutenden Repatriierungen von Sterlinganleihen erworben waren. Auf Indien entfielen zwei Drittel der in der gesamten Kriegszeit bis Ende 1942 angesammelten Sterlingmittel; 150 Millionen Pfund wurden allein 1942 erworben; weitere 120 Millionen kamen im ersten Halbjahr 1943 hinzu.

Die übrigen Teile des Britischen Reiches verfügen zusammen ebenfalls über erhebliche Sterlingbeträge. Von den einzelnen Gebieten hatte vielleicht Malaya vor der japanischen Besetzung den bedeutendsten Besitz; er betrug im Juli 1941 etwa 60 Millionen Pfund. Andere Länder, deren Währungsbehörden mit Pfund arbeiten, haben ihre Bestände ebenfalls erhöht; die hauptsächlichsten sind die von Westafrika, Palästina und Irak. Einige Empire-Regierungen haben ihre Pfundguthaben in besondere, meist zinslose Darlehen an das britische

Sterlingmittel des Britischen Reiches

Vierteljährliche Zu- oder Abnahme (—) und Gesamtbeträge

Zeit	Eire [1]	Indien [2]	Australien [3]	Neuseeland [4]	Ägypten [5]	Zusammen
	in Millionen Pfund Sterling					
1939 Januar–März	1 ½	9 ½	(— 6 ½)	2	(— 1 ½)	5
April–Juni	(— 3 ½)	(— 4)	(— 5 ½)	0	½	(— 12 ½)
Juli–September	1 ½	7 ½	(— 9)	(— ½)	3 ½	3
Oktober–Dezember	5	26 ½	12	5 ½	1 ½	50 ½
1940 Januar–März	1 ½	12	9	6	(— ½)	28
April–Juni	(— 2)	16	4	3 ½	5	26 ½
Juli–September	2	11	3	(— 4)	2 ½	14 ½
Oktober–Dezember	5 ½	17	13	1	5	41 ½
1941 Januar–März	4 ½	(— 45)	6	5	(— ½)	(— 30)
April–Juni	3	20 ½	(— 5)	1	4 ½	24
Juli–September	4 ½	25	(— 18)	(— 4 ½)	5 ½	12 ½
Oktober–Dezember	6	64	(— 2)	0	8	76
1942 Januar–März	4 ½	7	(— 4)	4 ½	(— ½)	11 ½
April–Juni	2 ½	29	7	5	16 ½	60
Juli–September	4	70	3	2 ½	5	84 ½
Oktober–Dezember	9	45	10	0	8	72
1943 Januar–März	4 ½	22	(— 5)	(— 2 ½)	1	20
April–Juni	4	102 ½	6 ½	5	10	128
Jahr 1939	4 ½	39 ½	(— 9)	7	4	46
1940	7	56	29	6 ½	12	110 ½
1941	18	64 ½	(— 19)	1 ½	17 ½	82 ½
1942	20	151	16	12	29	228
Gesamte Zunahme 1939–42	49 ½	311	17	27	62 ½	467
Gesamte Zunahme Ende August 1939 bis Dez. 1942	52 ½	310	36	25 ½	62 ½	486 ½
Gesamte Bestände Ende 1942 (annähernd)	120	360	70	30	80	660

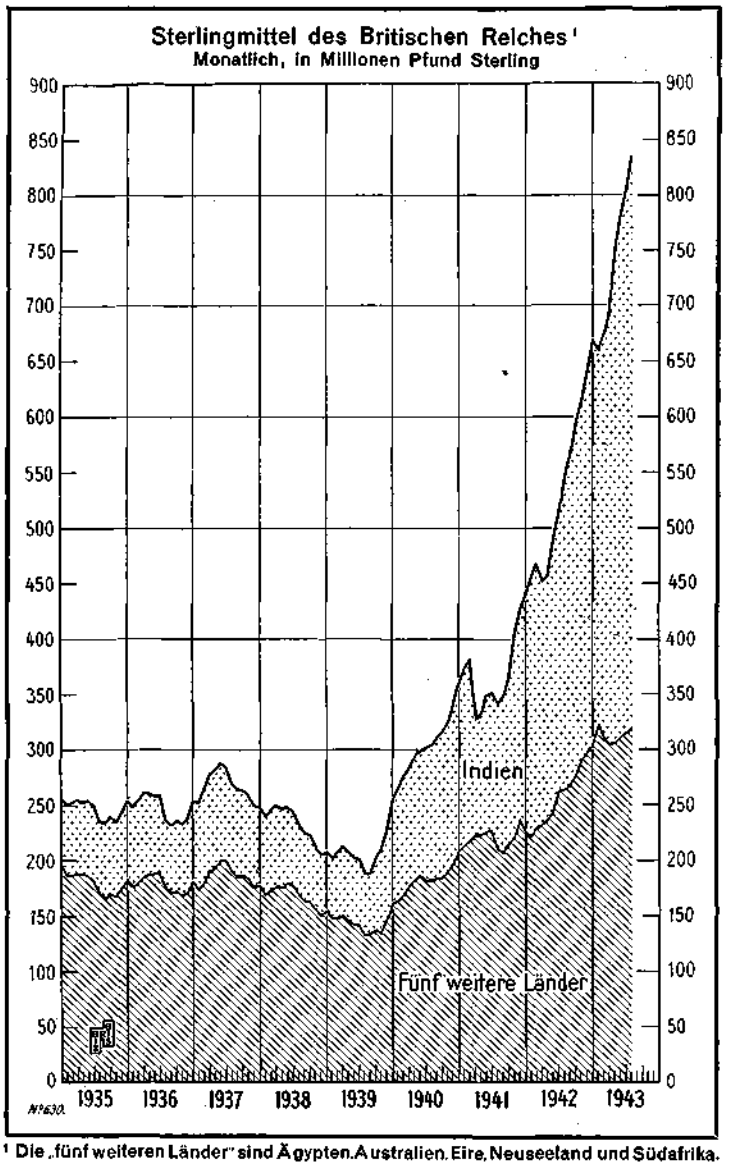
[1] Sterlingreserven der Währungskommission (seit Februar 1943 Zentralbank von Eire) und Überschuß der Sterlinganlagen der Banken in Eire über ihre Verbindlichkeiten in Pfund Sterling.
[2] Sterlingreserve der Reserve-Bank von Indien und Sterlinganlagen des Silbereinlösungsfonds.
[3] Londoner Gelder Australiens, d. h. Sterlingreserve und kurzfristig ausgeliehenes Geld der Commonwealth-Bank in London, zuzüglich der geschätzten Netto-Sterlinganlagen der Handelsbanken.
[4] Überseeische Netto-Anlagen der Reserve-Bank von Neuseeland und der Handelsbanken.
[5] Sterlingreserve der Ägyptischen Nationalbank.

Schatzamt umgewandelt; die wichtigsten dürften Neufundland, Ceylon, Ostafrika und Südrhodesia sein (in der Tabelle auf Seite 150 unter „alle übrigen" enthalten).

Außer den Ländern des Britischen Reiches besitzen auch die alliierten Regierungen in London Pfundguthaben, insbesondere die niederländische, die norwegische (aus Frachten und Entschädigungen für Schiffsverluste) und die belgische (infolge der Ausfuhr aus Belgisch-Kongo). Unter den anderen Ländern sind die in der letzten Zeit entstandenen Pfundguthaben Portugals, der Türkei und Argentiniens zu erwähnen.

Argentinien hatte bis Ende 1942 für etwa 7 Millionen Pfund Sterlingpapiere repatriiert und 17 Millionen Pfund in gesperrten Guthaben auf besonderen Pfundkonten (mit einer Kursgarantie) angesammelt. Mitte September 1943 gab das argentinische Finanzministerium bekannt, daß der Sterlingbesitz auf

42,8 Millionen Pfund gestiegen sei und Ende 1943 voraussichtlich 55 Millionen Pfund betragen würde. Damals wurde das Finanzministerium ermächtigt, argentinische Sterlinganleihen im Gesamtbetrage von 25 Millionen Pfund zu tilgen und zu diesem Zweck eine Inlandsanleihe von 500 Millionen Peso aufzunehmen; die erforderlichen Pfundmittel sollten in erster Linie bei der Zentralbank gegen Schatzanweisungen beschafft werden. Die in London begebenen argentinischen Sterlinganleihen beliefen sich auf insgesamt 39 Millionen Pfund, so daß nach der Durchführung der jetzigen Transaktion noch 14 Millionen Pfund verbleiben würden. Hierbei handelt es sich naturgemäß nur um einen Bruchteil der ausländischen Anlagen in Argentinien, die 1942 auf den Gegenwert von 530 Millionen Pfund (zu 17 Peso) geschätzt wurden; der britische Anteil betrug 60 v. H.



¹ Die „fünf weiteren Länder" sind Ägypten, Australien, Eire, Neuseeland und Südafrika.

Alles in allem kann die Größenordnung der flüssigen Sterlingmittel des Britischen Reiches (Dominions, Kolonien und sonstige Gebiete), der besonderen Anleihen aus angesammeltem Pfundbesitz an die britische Regierung, der Sterlingmittel der alliierten Regierungen in London und anderer Länder, vorwiegend auf „special" oder „registered accounts", für Ende 1942 mit mehr als einer Milliarde Pfund angegeben werden, wovon vielleicht drei Viertel aus der Zeit nach Kriegsausbruch herrühren. Bei dieser Schätzung sind aber die Repatriierung von Sterlingpapieren und andere Formen der Heranziehung britischer Pfundanlagen im Ausland nicht berücksichtigt. Zur Veranschaulichung dieser

Entwicklung werden im folgenden die Verhältnisse für die in der vorstehenden Übersicht enthaltenen fünf Länder etwas näher dargestellt.

Von dem Sterlingbesitz der Banken in Eire entfielen Ende 1942 etwas mehr als 20 Millionen Pfund auf die Reserven für die Notenausgabe der Währungskommission, während etwas weniger als 100 Millionen Pfund den Überschuß der Sterlinganlagen der irischen Banken über ihre Verbindlichkeiten darstellten; beide Posten waren hauptsächlich in britischen Staatspapieren angelegt (Mitte 1939 hatte der Gesamtbesitz noch nicht 70 Millionen Pfund betragen).

Indien hatte Exportgewinne und erhielt sehr bedeutende Zahlungen der britischen Regierung, so daß die Pfundschuld der indischen Regierung repatriiert und eine starke Sterlingreserve gebildet werden konnte.

Indiens Pfundzugänge und -abgänge

Zeit	Pfundzugänge			Pfundabgänge			Bewegung des Pfundbesitzes der Reserve-Bank 5	Repatriierungen zuzüglich Erhöhung der Pfundreserven der Reserve-Bank 6
	Käufe der Reservebank (netto) 1	Zahlungen Großbritanniens 2	zusammen	Bedarf der indischen Regierung 3	Repatriierung von Pfundpapieren 4	zusammen		
	in Millionen Pfund Sterling							
August 1939 bis März 1940	64	12	76	12	14	26	+ 50	+ 64
Rechnungsjahr								
bis März 1941	57	33	90	23	68	91	— 1	+ 67
bis März 1942	74	150	224	25	82	107	+ 117	+ 199
bis März 1943	92	233	325	38	121	159	+ 166	+ 287
Gesamtbetrag August 1939 bis März 1943	287	428	715	98	285	383	+ 332	+ 617

Quellen: Berichte der Reserve-Bank von Indien über Währungs- und Finanzwesen, Ausweise der Reserve-Bank und Indische Haushaltsstatistik.

[1] Überschuß der Pfundkäufe der Reserve-Bank von Indien am Markt, zum großen Teil Ausfuhrüberschüsse.

[2] Zahlungen des Londoner Staatssekretärs für Indien für Käufe der britischen Regierung in Indien und Ausgaben für die Verteidigung Indiens, die in Indien entstanden sind und von der britischen Regierung getragen werden. Diese Zahlungen berücksichtigen weder die allein für 1942/43 auf 45 Millionen Pfund geschätzten Kriegsmaterallieferungen noch die Leih- und Pacht-Hilfe der Vereinigten Staaten, die sich bis Dezember 1942 auf 295 Millionen Dollar belief.

[3] Pfundbedarf der indischen Regierung für Schuldendienst, Pensionen usw. zuzüglich des Bedarfs von Birma.

[4] Käufe von Pfundpapieren der indischen Regierung am offenen Markt und auf Grund der für britische Staatsangehörige bestehenden Ablieferungspflicht. Diese Ziffern geben den tatsächlichen Kostenpreis an — der repatriierte Nominalbetrag war höher. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Pfundschuld befand sich in Indien.

[5] Zunahme (+) und Abnahme (—) der Pfundreserven der Reserve-Bank von Indien.

[6] Pfundzugang im ganzen, ausgedrückt durch den Umfang der Repatriierungen und das Anwachsen des Pfundbesitzes der Reserve-Bank.

Der Sterling-„Zufluß" nach Indien während der Kriegszeit betrug bis März 1943 mehr als 600 Millionen Pfund. Davon entfielen 70 v. H. auf Zahlungen der britischen Regierung für die Verteidigung Indiens und für Käufe in Indien; der Rest erklärt sich aus dem Überschuß der indischen Ausfuhr (hauptsächlich nach Großbritannien) über den Pfundbedarf der indischen Regierung für den Schuldendienst und andere Zahlungen. Der Betrag von mehr als 600 Millionen Pfund wurde fast zur Hälfte für die Repatriierung der Pfundschuld der indischen Regierung verwendet und im übrigen als flüssige Pfundreserve angesammelt.

Auf Grund eines Finanzabkommens vom November 1939 kommt die indische Regierung für die Besoldung und Ausrüstung der in Indien ausgehobenen Landstreitkräfte auf, Großbritannien dagegen bestreitet alle Ausgaben der indischen Truppen außerhalb Indiens und die in Indien zur Verteidigung des Landes entstandenen Ausgaben für Neuanlagen. Außerdem erhält Indien Leih- und Pacht-Hilfe von den Vereinigten Staaten[1], seinerseits aber volle Bezahlung für alle Kriegslieferungen nach anderen Teilen des Empire. Das Abkommen vom Jahre 1939 hat namentlich seit Japans Kriegseintritt zu einer Kapitalbewegung von Ausmaßen geführt, die bei der Unterzeichnung des Abkommens in keiner Weise vorauszusehen waren. Die Aufwendungen für die Verteidigung Indiens beliefen sich 1941 und 1942 insgesamt auf 225 Millionen Pfund, von denen der Anteil der indischen Regierung nur 75 Millionen Pfund beträgt, während alles übrige von Großbritannien bezahlt wird. Im Voranschlag für 1942/43 war der Gesamtbetrag mit etwa 400 Millionen Pfund angesetzt, wovon Indien 100 Millionen und Großbritannien etwa 300 Millionen Pfund zahlen sollte; tatsächlich beliefen sich die britischen Zahlungen auf 233 Millionen Pfund ohne die unentgeltlichen Kriegsmateriallieferungen, die auf 45 Millionen Pfund geschätzt werden.

1939/40 wurden Sterlinganleihen der indischen Regierung für 16 Millionen Pfund durch Käufe am offenen Markt repatriiert, 1940/41 waren es 8 Millionen und 1941/42 nochmals 12 Millionen Pfund; außerdem wurden 2 Millionen Pfund 1940/41 auf Grund einer Genehmigung vom Februar 1940 gekauft. Seit dem Kriege ergab sich aber der größere Teil der Repatriierungen aus Zwangsmaßnahmen; die britischen Inhaber wurden aufgefordert, ihre Papiere dem britischen Schatzamt gegen Bezahlung in Pfund Sterling abzuliefern, die von der indischen Regierung aus dem Besitz der Reserve-Bank zur Verfügung gestellt wurden. In ähnlicher Weise wurden die in Indien befindlichen Pfundpapiere mobilisiert und in Rupien zurückgezahlt. Der erste Aufruf vom Februar 1941 umfaßte 73 Millionen Pfund, der zweite vom Dezember 1941 74 Millionen Pfund. In den drei Rechnungsjahren bis März 1942 wurden rund 187 Millionen Pfund indische Staatspapiere zurückgezahlt (die Kosten der Repatriierungen aus London betrugen, wie aus der Übersicht hervorgeht, 164 Millionen Pfund).

Über die Repatriierungen und Rückzahlungen in dem im März 1943 abgelaufenen Rechnungsjahr liegen vollständige Angaben noch nicht vor, bekannt ist aber folgendes:

a) Im Oktober 1942 wurde ein Abkommen veröffentlicht, in welchem sich das britische Schatzamt gegen eine Kapitalzahlung der indischen Regierung von 30 Millionen Pfund verpflichtete, die notwendigen Teilbeträge zur Deckung der Annuitäten für bestimmte Schulden (namentlich Eisenbahnanleihen) zur Verfügung zu stellen, die sich bis zu verschiedenen Daten zwischen 1948 und 1959 erstrecken würden und einen Kapitalwert von etwa 34 Millionen Pfund hatten (die britische Schuld von 30 Millionen Pfund ist in der Tabelle auf Seite 150 aufgeführt);

[1] Die Leih- und Pacht-Hilfe der Vereinigten Staaten an Indien belief sich bis Ende 1942 auf 295 Millionen Dollar; die umgekehrte Leih- und Pacht-Hilfe Indiens an die Vereinigten Staaten wurde auf Grund amerikanischer Unterlagen bis Ende Juni 1943 amtlich auf den Gegenwert von 57 Millionen Dollar geschätzt.

b) Ende 1942 übernahm die indische Regierung einige indische Eisenbahnanleihen zum Gesamtkostenpreis von rund 15½ Millionen Pfund;

c) Anfang Januar 1943 wurden 78 Millionen Pfund 3½ prozentige Staatspapiere zurückgezahlt, die letzte verbliebene direkte Pfundverpflichtung der indischen Regierung;

d) zu einem späteren Zeitpunkt im Januar 1943 wurden einzelne von der indischen Regierung garantierte Eisenbahnobligationen im Betrage von 20 Millionen Pfund auf das britische Schatzamt übertragen, bevor sie die indische Regierung (im März 1943) zurückkaufte, und weitere 11 Millionen wurden im Februar 1944 zur Rückzahlung gekündigt.

Das Repatriierungsprogramm der direkten und indirekten Pfundschuld der indischen Regierung ist nahezu abgeschlossen; es bleibt nur noch ein kleiner Rest von etwa 12 Millionen Pfund (der hauptsächlich aus Schuldverschreibungen in nicht britischem Besitz besteht, die nicht abgefordert werden können).

Die Gesamtschuld der indischen Regierung (in Rupien und Pfund Sterling) belief sich am 31. März 1941 auf den Gegenwert von 936 Millionen Pfund, wovon 677 Millionen oder 72 v. H. gewinnbringende Anlagen, namentlich Eisenbahnen, Bewässerungsanlagen und Versorgungsbetriebe darstellten. Die für diese Schuld zu zahlenden Zinsen betrugen insgesamt 30 Millionen Pfund, denen 25 Millionen feste Zinszahlungen gegenüberstanden, die von den Eisenbahnen und anderen Handelsunternehmungen an die Regierung geleistet wurden, so daß nur 5 Millionen Pfund als Netto-Zinsenlast übrig blieben. Da dieselben Handelsunternehmungen außerdem Gewinne von 17 Millionen Pfund an die Regierung überwiesen, ergab sich alles in allem eine Nettoeinnahme von rund 12 Millionen Pfund. Die Zinsenlast der Schuld im weitesten Sinne war also und ist nach wie vor mehr als gedeckt durch die mit Kreditmitteln geschaffenen Anlagen. Während aber vor dem Kriege 40 v. H. der Gesamtschuld in London zahlbar waren und 12 Millionen Pfund an Zinsen erforderten, ist der gesamte staatliche Schuldendienst jetzt eine inländische Angelegenheit geworden.

Dieser rasche Umschwung in Indiens Stellung gegenüber dem Ausland ist eines der bemerkenswertesten Ereignisse in der Finanzgeschichte. 1887 nahm die indische Regierung zum ersten Male Geld in London auf; zwischen 1914 und 1919 stieg ihre Schuld um 30 Millionen auf 230 Millionen Pfund, während Indien in diesen Jahren der britischen Regierung als freiwilligen Kriegsbeitrag Schenkungen von etwa 150 Millionen Pfund machte; durch die Kreditaufnahme nach 1919 stieg die Schuld (einschließlich der garantierten Eisenbahnobligationen und Annuitäten) auf etwa 350 Millionen Pfund bei Ausbruch des jetzigen Krieges. Während der ersten 3½ Jahre des gegenwärtigen Krieges wurde nicht allein die gesamte in mehr als 50 Jahren allmählich entstandene direkte Schuld zurückgezahlt, sondern in der gleichen Zeit wuchsen außerdem Indiens Pfundreserven um 330 Millionen Pfund. Im Sommer 1943 waren sie auf über 500 Millionen Pfund gestiegen, d. h. auf etwa den doppelten Wert der noch bestehenden britischen Handels- und Industrieinvestitionen in Indien, die auf etwa 250 Millionen Pfund geschätzt werden.

Die Finanzierung dieser Geschäfte war in einem Lande mit einem so engen Kapitalmarkt wie Indien naturgemäß mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Die folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der Hauptposten des Ausweises der Reserve-Bank von Indien, der Vergleichbarkeit halber in Pfund Sterling umgerechnet.

Reserve-Bank von Indien[1]

Monatsende	Aktiva						Passiva			
	Gold[2]	Pfundreserve[3]			Über Rupien lautende indische Staatspapiere	Rupien-Hartgeld	Notenausgabe		Einlagen	
		Guthaben	Wertpapiere	zusammen			Indien	Birma	Regierung	Banken
	in Millionen Pfund Sterling									
1939 März	33	11	45	55	24	53	134	8	15	9
August	33	6	45	50	28	57	127	7	11	20
1940 März	33	21	85	106	29	42	169	10	17	13
1941 März	33	32	77	108	66	26	180	13	17	27
1942 März	33	26	160	186	102	21	286	21	15	32
1943 März	33	65	316	382	131	11	483	.	27	35
Juni	33	61	426	487	89	12	550	.	19	40
Zunahme von August 1939 bis März 1943	—	59	271	332	103	(— 46)	356	.	16	15

[1] Die Rupie umgerechnet zu 1s 6d. [2] Zu der vor 1931 geltenden Parität.
[3] Die jährliche Zunahme dieses Postens entspricht nicht genau der vorhergehenden Tabelle, zum Teil wegen des Datums des Ausweises (der für den letzten Freitag und nicht den letzten Tag im März gilt), die Gesamtzunahme für den ganzen Zeitraum stimmt aber überein.

Von dem gesamten „Zufluß" von mehr als 600 Millionen Pfund von August 1939 bis März 1943 wurden etwa 180 Millionen Pfund auf dem Inlandsmarkt in Rupienwertpapieren angelegt, während 435 Millionen von der Reserve-Bank zum direkten Erwerb einerseits von Pfundguthaben und -wertpapieren, andererseits von Rupienwertpapieren im Gegenwert von 100 Millionen Pfund verwendet wurden. Der wichtigste Gegenposten dieser Ankäufe war eine Vermehrung der umlaufenden Noten und Münzen um den Gegenwert von 400 Millionen Pfund vom Beginn des Krieges bis Ende März 1943.

In schroffem Gegensatz zu der Entwicklung in Indien steht diejenige in Australien und Neuseeland. Beide Länder unterhalten ihre Streitkräfte im Ausland selbst, bezahlen ihre Kriegsausrüstung, soweit sie nicht im Leih- und Pacht-Wege geliefert wird, und sind den Abkommen über die gegenseitige Hilfe beigetreten. Weder Australien noch Neuseeland war in der Lage, Sterlingschulden zu repatriieren, wenn auch beide ihre Guthaben in London 1942 in bescheidenem Ausmaß erhöhen konnten; dies war jedoch nicht die Folge einseitiger Zahlungen, sondern einer Reihe anderer Umstände.

Von Australien kauft die britische Regierung weiterhin vertragsgemäß Fleisch, Butter und Käse; dazu übernimmt sie die gesamte Wollschur (1942 mit einem 15prozentigen Preisaufschlag) ohne Rücksicht darauf, ob sie verschifft wird oder nicht. Andererseits hatte aber Australien erhebliche Außenzahlungen

zu leisten, insbesondere für den Unterhalt der australischen Streitkräfte im Ausland und die Einfuhr von Kriegsmaterial. Einige Angaben über die Kriegsausgaben im Ausland enthält der in der folgenden Übersicht dargestellte Haushaltsplan.

Haushalt Australiens

Titel	Rechnungsjahr 1. Juli–30. Juni				
	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43[1]	1943/44
	Rechnungsabschluß			Voranschlag	
	in Millionen australische Pfund				
Kriegsausgaben: in Australien	19	127	273	480	500
im Ausland	5	43	47	80	70
im ganzen	24	170	320	560	570
Zivilausgaben	85	89	101	152[2]	145
Zusammen	109	259	421	712	715
Steuern	90	126	180	252	273
Sonstige laufende Einnahmen	22	24	36	30	39
Zusammen	112	150	216	282	312
Anleihen	(— 3)	109	205	430	403
Zusammen	109	259	421	712	715

[1] Berichtigter Voranschlag bis Mai 1943 einschließlich der Nachtragsziffern.
[2] Von der Zunahme der Zivilausgaben entfallen 30 Millionen australische Pfund auf die Errichtung eines nationalen Wohlfahrtsfonds als Grundlage eines Ausbaus der sozialen Fürsorge.

Die Kriegsausgaben im Ausland, die sich bis zum Juni 1943 auf insgesamt 175 Millionen australische Pfund beliefen, sind der Teil, der unmittelbar von Australien getragen wird; soweit sie ohne übermäßige Schwächung der Londoner Guthaben nicht laufend bestritten werden können, wurden sie auf Konten verbucht, welche die Schatzämter des Dominions und Großbritanniens gegenseitig führen. Von Juli bis Dezember 1940 wurden nur 12 Millionen Pfund Sterling auf diese Weise aufgenommen, die im Oktober 1943 zurückgezahlt worden sind. Die Zunahme des von Australien übernommenen Anteils im Rechnungsjahr 1942/43 beruhte weniger auf einer Ausgabensteigerung als auf dem Umstand, daß Australien eine höhere Belastung selbst zu tragen vermochte, und zwar erklärt sich der befriedigende Stand seiner Zahlungsbilanz zum Teil aus den Ausgaben der amerikanischen Streitkräfte in Australien.

Australien konnte während des Krieges außer den vertraglichen Tilgungszahlungen auf seine äußere Schuld, die weiterhin etwa 600 Millionen Pfund Sterling beträgt, keine nennenswerten Rückzahlungen leisten, hat aber einige Konversionen vorgenommen. 1941 wurden Anleihen des Bundes und der Bundesstaaten in Höhe von rund 30 Millionen Pfund Sterling in eine 40- bis 45jährige 3½prozentige Bundesanleihe zum Ausgabekurs von 99 v. H. umgewandelt. Seit Dezember 1941 waren fast ein Jahr lang australische Anleihen zu den festgesetzten „Mindestkursen" in London kaum zu verwerten, im Oktober 1942 begannen diese Anleihen aber wieder zu steigen, und im November war es möglich, eine 3prozentige 2- bis 4jährige Anleihe zu 98 v. H. zur Umwandlung der 2¾prozentigen Schuldverschreibungen von 1939 im Betrage von 16½ Millionen Pfund Sterling auszugeben, die am 1. Januar 1943 fällig wurden.

Die inländischen Staatsausgaben wurden teilweise mit Hilfe des Kredits der Commonwealth-Bank gedeckt. Auf die Notenausgabe waren weniger die Schwankungen des Sterlingbesitzes als vor allem die Zunahme der anderen Anlagen der Bank von Einfluß.

Commonwealth-Bank von Australien

Wochenausweise gegen Ende des Monats	Aktiva				Bilanzsumme[3]	Passiva	
	Sterlingreserve[1]	Anlagen		Diskontierungen und Vorschüsse		Notenumlauf	Einlagen usw.
		Obligationen	Bundes-Schuldverschreibungen[2]				
	in Millionen australische Pfund						
1938 Dezember	42	46	52	15	159	50	88
1939 „	45	50	51	19	173	55	95
1940 „	87	56	37	27	218	65	128
1941 „	60	68	82	23	243	82	135
1942 „	79	101	158	20	370[4]	123	154
1943 Juni	80	112	214	22	440[4]	138	178

[1] Einschließlich der in London kurzfristig angelegten Gelder.
[2] Einschließlich eines kleinen Betrages britischer Papiere und Kolonialpapiere (deren Gesamtbetrag von 18 Millionen australische Pfund im Jahre 1938 auf 12 Millionen im Jahre 1940 gesunken ist).
[3] Nur Emissions- und Bankabteilung, wie in den Wochenausweisen angegeben. [4] Vorläufig.

Durch die Kriegsvorschriften über die Bankenaufsicht wurden die Handelsbanken verpflichtet, ihre „überschüssigen investierbaren Gelder", d. h. den Betrag, um den ihre Aktiva den Durchschnitt von August 1939 übersteigen, bei der Commonwealth-Bank anzulegen. Die Verzinsung wird so bemessen, daß der Gewinn jeder Bank nachher ihrem Durchschnittsgewinn der drei Vorkriegsjahre entspricht. Der Zinssatz kann also für die einzelnen Banken verschieden sein, im Durchschnitt dürfte er aber ¾ v. H. betragen. Diese Einlagen können nur mit Zustimmung der Commonwealth-Bank abgezogen werden; auch dürfen langfristige Staatspapiere (im Gegensatz zu Schatzwechseln) nur mit ihrer Einwilligung gekauft werden. Die Commonwealth-Bank bestimmt ferner die Politik der Banken auf dem Gebiete der privaten Vorschüsse und Diskontierungen.

Australische Handelsbanken

Zeit (Durchschnitt)	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva	
	Kassenbestand	Kriegseinlagen	Staatspapiere		Vorschüsse		Einlagen	
			Schatzwechsel	Anleihen			in laufender Rechnung	auf Zeit
	in Millionen australische Pfund							
1938 Oktober–Dezember	35	—	19	21	291	380	120	198
1939 „ „	37	—	23	24	294	393	128	200
1940 „ „	43	—	41	50	282	433	153	205
1941 „ „	45	3	46	63	279	452	175	203
1942 „ „	47	64	64	60	244	490	231	191
1943 Januar–März. . . .	45	89	83	63	234	518	262	197

Auch Neuseeland verkauft vereinbarungsgemäß Fleisch, Molkereierzeugnisse und Wolle an Großbritannien und hat eine ähnliche Abmachung mit dem britischen Schatzamt getroffen wie Australien; die Eingänge auf diesem gegenseitigen Schatzamtskonto erscheinen im Staatshaushalt unter der Bezeichnung „Darlehen der britischen Regierung auf Grund des ‚Memorandum of Security'-Abkommens"; die Ausgaben im Ausland werden aber nicht wie in Australien gesondert von den anderen Kriegsaufwendungen aufgeführt. Der Voranschlag für 1940/41 enthielt 19,75 Millionen neuseeländische Pfund für Ausgaben der neuseeländischen Land- und Luftstreitkräfte im Ausland; dieser Betrag hat sich mit dem Anwachsen der gesamten Kriegsausgaben zweifellos bedeutend erhöht.

Staatshaushalt Neuseelands[1]

Titel	Rechnungsabschlüsse			Voranschlag
	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43
	in Millionen neuseeländische Pfund			
Ausgaben				
Krieg	8,0	27,1	52,4	183,0[3]
Sozialversicherung	10,8	12,6	13,5	16,0
andere	35,7	35,5	36,0	33,1
Zusammen[2]	54,5	75,2	101,9	182,1
Laufende Einnahmen				
Steuern	44,5	61,3	68,1	77,8
sonstige	7,2	6,2	10,0	14,2
Zusammen	51,7	67,5	78,1	92,0
Einkünfte aus Krediten				
von Großbritannien	—	6,0	8,2	46,0[4]
innere Kriegsanleihen	3,1	12,2	23,5	35,6
Netto-Kreditaufnahme (abzüglich Tilgungen)	3,1	14,5	24,4	81,6
Leih- und Pacht-Hilfe	—	—	—	10,0[4]
Zusammen[2]	54,8	82,0	102,5	183,6

[1] Rechnungsjahre April–März. Ordentlicher, Kriegs- und Sozialversicherungshaushalt zusammengefaßt. Außerdem besteht ein „Development Account", das 1941/42 durch einen Kredit von 12 Millionen neuseeländische Pfund gedeckt wurde, während 1942/43 dafür 4,5 Millionen vorgesehen waren.
[2] Die Unterschiede zwischen den gesamten Einnahmen und Ausgaben beruhen weitgehend auf Schwankungen der Kassensalden.
[3] Die Schlußrechnung wies die tatsächlichen Kriegsausgaben im Jahre 1942/43 mit 144 Millionen neuseeländische Pfund aus.
[4] Die Schlußrechnung zeigt nur einen Betrag von 15,4 Millionen neuseeländische Pfund als Kredit von Großbritannien, aber 26,8 Millionen wurden für Leih- und Pacht-Rechnung vereinnahmt.

Es wurde bekanntgegeben, daß sich der von Großbritannien entliehene Betrag Ende 1942 insgesamt auf brutto 20,2 Millionen Pfund Sterling bezifferte, wovon 11,4 Millionen zurückgezahlt waren; im März 1943 wurden weitere 8 Millionen Pfund abgedeckt, so daß nur noch 0,8 Millionen Pfund Sterling verbleiben; hierbei ist jedoch die 1943 etwa neu entstandene Verschuldung nicht berücksichtigt.

Neuseelands Lage gegenüber dem Ausland wurde weitgehend bestimmt durch das Steigen der Ausfuhr von 67,5 Millionen neuseeländische Pfund im Jahre 1941 auf 80,9 Millionen im Jahre 1942, wodurch sich der Ausfuhrüberschuß von 18,3 auf 27,2 Millionen neuseeländische Pfund erhöhte. Infolgedessen sind im Jahre 1942 die Sterlinganlagen der Reservebank und der Handelsbanken zusammen von 25,3 Millionen auf 40,6 Millionen neuseeländische Pfund angewachsen. Diese Entwicklung wurde ausgenutzt, um im Dezember 1942 eine Anleihe von 6 Millionen Pfund Sterling zu konvertieren und verschiedene kleine Rückzahlungen in London vorzunehmen. Die gesamte äußere Staatsschuld hält sich bei etwa 160 Millionen Pfund Sterling; wie im Falle Australiens haben auch in Neuseeland während des Krieges keine nennenswerten Rückzahlungen oder Repatriierungen stattgefunden.

Reserve-Bank von Neuseeland

Gegen Ende des Monats[1]	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva			
	Gold	Sterling-devisen	Anlagen	Vorschüsse an den Staat[2]		Notenumlauf	Einlagen		
							des Staates	der Banken	andere
	in Millionen neuseeländische Pfund								
1938 Dezember . .	2,8	4,7	3,6	16,4	28,5	16,6	2,8	7,2	0,1
1939 „ . .	2,8	7,0	3,6	23,6	37,4	19,2	2,6	13,3	0,0
1940 „ . .	2,8	12,5	3,8	27,0	47,3	22,7	8,0	12,7	0,4
1941 „ . .	2,8	13,3	3,8	25,5	47,2	24,6	9,0	10,7	0,3
1942 „ . .	2,8	26,6	4,5	28,8	64,7	30,8	10,8	18,5	0,7
1943 Juni	2,8	29,7	10,3	43,2	89,5	32,4	19,1	30,1	4,6

[1] Letzter Wochenausweis jedes Monats.
[2] Vorschüsse an das Marketing Department und andere Vorschüsse an die Regierung.

Auf die innere Lage waren die Zunahme der Sterlinganlagen und die staatliche Kreditaufnahme von Einfluß; die Notenausgabe stieg 1941 um 8 v. H. und 1942 um 25 v. H. Die Handelsbanken übernahmen im Jahre 1942 Staatspapiere in verhältnismäßig bedeutendem Umfang, während ihre privaten Kredite und Diskontierungen zurückgingen; die Einlagen auf Zeit blieben unverändert, dagegen stiegen diejenigen in laufender Rechnung um 31 v. H. gegenüber nur 9 v. H. im Jahre 1941. Zu den gesamten 1942 aufgenommenen Staatskrediten von 35,5 Millionen neuseeländische Pfund haben die verschiedenen Quellen etwa wie folgt beigetragen: Zeichnungen des Publikums 15,5 Millionen, Regierungsstellen 4,2 Millionen, die Handelsbanken 8,3 Millionen und die Reserve-Bank 7,5 Millionen. Der bei den Banken im ganzen aufgenommene Betrag entsprach also ungefähr dem der öffentlichen Zeichnungen.

Neuseeländische Handelsbanken

Gegen Ende des Monats[1]	Aktiva				Passiva[3]	
	Kassenbestand[2]	Nettoanlagen im Ausland	Staatspapiere	Vorschüsse und Diskontierungen	Einlagen	
					auf Sicht	auf Zeit
	in Millionen neuseeländische Pfund					
1938 Dezember	11,4	2,1	8,8	57,8	34,2	29,8
1939 „	17,8	7,1	15,2	51,1	41,3	31,9
1940 „	18,6	11,9	17,5	48,1	49,7	29,4
1941 „	15,9	12,0	23,0	50,5	54,0	29,0
1942 „	22,6	14,0	34,3	44,0	70,9	28,8
1943 März . . .	24,4	14,9	36,2	44,9	77,1	28,6

[1] Letzter Montag im Monat.
[2] Einlagen bei der Reserve-Bank und Noten der Reserve-Bank.
[3] Nur in Neuseeland.

Die Sterlinganlagen der Nationalbank von Ägypten nahmen 1942 um fast 30 Millionen Pfund Sterling zu, d. h. beinahe um den gleichen Betrag wie in den vorhergehenden drei Jahren zusammen. Im September 1943 beschloß die ägyptische Regierung, ihre gesamte öffentliche Schuld, einschließlich der äußeren, in neue Inlandsanleihen umzuwandeln; die äußere Schuld bestand hauptsächlich aus Sterlinganleihen im Gesamtbetrag von etwas über 90 Millionen Pfund Sterling; ein großer Teil dieser Schuldverschreibungen befand

sich aber in Frankreich und in Ägypten selbst; außerdem hatten kurz vorher einige Repatriierungen aus London stattgefunden; der Finanzminister schätzte den britischen Besitz auf 14 Millionen ägyptische Pfund und die anderen Bestände außerhalb Ägyptens auf 18 Millionen ägyptische Pfund.

Von ausschlaggebendem Einfluß waren die erheblichen Ausgaben der Streitkräfte der Vereinigten Nationen in Ägypten, die 1941 auf 63 Millionen und 1942 auf mehr als 100 Millionen ägyptische Pfund geschätzt wurden, sowie der Ankauf der Baumwollernten für amtliche britische Rechnung. Infolge der Aufnahme der Sterlingbeträge ist der Markt sehr flüssig und die Zinssätze sind niedrig; die ägyptische Staatsrechnung für 1942 ergab einen Überschuß von rund 10 Millionen ägyptische Pfund, und die staatlichen Baumwollanleihen wurden stark überzeichnet.

Nationalbank von Ägypten[1]

Monatsende	Aktiva						Bilanzsumme	Passiva			
	Gold[3]	Sterlingreserven[4]			Ägyptische Staatspapiere[5]	Vorschüsse und Diskontierungen		Notenumlauf	Einlagen		
		Wertpapiere	Guthaben usw.	zusammen					der Regierung[5]	der Banken (netto)[7]	andere
	in Millionen ägyptische Pfund[2]										
1938 Dez.	6,2	14,5	1,5	16,0	16,0	10,2	51,2	20,4	4,8	0,1	17,2
1939 „	6,2	18,9	0,6	19,5	12,9	14,0	56,4	26,4	2,6	0,7	17,0
1940 „	6,2	31,8	0,6	32,4	29,6	9,1	81,1	37,3	4,8	2,5	26,4
1941 „	6,2	45,0	5,9	50,9	52,0	6,9	119,4	50,7	21,3	4,1	33,4
1942 „	6,2	71,5	8,6	80,1	69,9	6,0	166,7	75,3	28,6	12,4	39,1
1943 Juni	6,2	78,5	12,8	91,3	101,0	3,7	209,0	82,4	51,3	13,2	48,3

[1] Emissions- und Bankabteilung zusammengefaßt.
[2] Das ägyptische Pfund ist fast paritätisch mit dem englischen Pfund; der in der Bilanz von 1942 angewandte Wechselkurs ist 100 Pfund Sterling = 97,50 ägyptische Pfund. [3] Zur Parität vor 1931.
[4] Die Wertpapiere dienen als Deckung für die Notenausgabe und bestehen aus britischen Schatzwechseln und Kriegsanleihe. Auch bei anderen ägyptischen Banken vermehrte sich ihr überschüssiger Sterlingbesitz, fortlaufende Ziffern liegen aber nicht vor. Schätzungsweise haben sämtliche ägyptischen Banken von Beginn des Krieges bis Ende 1941 Sterlingreserven im Gegenwert von etwa 80 Millionen ägyptische Pfund angesammelt.
[5] Ägyptische Staatspapiere und vom ägyptischen Staat garantierte Wertpapiere nebst einem sehr geringen Betrag anderer Anlagen (1942: 1,3 Millionen ägyptische Pfund).
[6] Nach dem Jahresbericht der Nationalbank für 1942 enthält dieses Konto auch „Kapitalbeträge"; die Zunahme bedeutet daher nicht notwendigerweise einen bedeutenden Überschuß an Staatseinkünften.
[7] Die Konten der Banken erscheinen auf beiden Seiten der Bilanz; hier ist nur der Nettobetrag angegeben.

Der Notenumlauf erhöhte sich 1941 um 13,4 Millionen und 1942 um 24,6 Millionen ägyptische Pfund; von der Zunahme im letztgenannten Jahr drängten sich 45 v. H. auf den Monat Juni zusammen, der starke Abziehungen von Bankeinlagen brachte. Schon im Jahresbericht der Nationalbank für 1941 wurde darauf hingewiesen, daß der Notenumlauf in den Monaten am stärksten zunahm, in denen britische militärische Mißerfolge zu Besorgnissen unter der Bevölkerung Anlaß gaben (wie es ähnlich auch in anderen Ländern zu beobachten ist). Zum Teil beruhte die Erhöhung des Notenumlaufs im Jahre 1942 auch darauf, daß ägyptische Noten in den besetzten Gebieten verwendet wurden.

Die Südafrikanische Union benutzte den bedeutenden Überschuß ihrer Handelsbilanz (der zum Teil auf dem Ankauf der Wollschur durch die britische Regierung beruht) zur Ansammlung von Gold und zur Tilgung ihrer Sterlingverschuldung.

Reserve-Bank von Südafrika

Gegen Ende des Monats[1]	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva			
	Gold[2]	Goldaufgeld[3]	Sterlingbesitz	Vorschüsse an den Staat	Anlagen		Notenumlauf	Einlagen des Staates	Einlagen der Banken	Einlagen andere
	in Millionen südafrikanische Pfund									
1938 Dezember	26,7	13,6	8,1	1,7	1,8	52,1	19,1	1,6	24,4	3,2
1939 „	30,2	18,1	8,0	—	2,6	59,0	20,7	5,4	24,1	4,4
1940 „	44,6	32,1	0,8	1,0	3,6	82,2	23,7	2,0	45,6	6,3
1941 „	44,4	32,3	0,3	—	28,5	105,8	28,6	17,4	47,2	7,1
1942 „	77,0	65,2	0,9	2,8	7,3	153,6	39,6	2,6	99,0	6,9
1943 Juni	70,9	59,8	12,0	—	28,6	172,2	45,7	5,9	108,9	6,4

[1] Letzter Ausweis des Monats. [2] Zur Parität vor 1931.
[3] „Sonstige Aktiva" der Bank, hauptsächlich der Unterschied zwischen Ankaufspreis und Bilanzwert des Goldes.

1942 stieg der Goldbesitz um 33 Millionen südafrikanische Pfund und das Goldaufgeld-Konto ungefähr um den gleichen Betrag; die Notenausgabe erhöhte sich um 11 Millionen südafrikanische Pfund oder etwa ein Drittel, während die Guthaben der Handelsbanken bei der Reserve-Bank auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 99 Millionen zunahmen. Die anderen Aktiva der Handelsbanken in Südafrika veränderten sich im Berichtsjahr nur wenig, aber die Einlagen stiegen um 51 Millionen auf 197 Millionen südafrikanische Pfund. Der Sterlingbesitz der Reserve-Bank, der bis 1942 auf der den täglichen Bedürfnissen entsprechenden Mindesthöhe gehalten wurde, stieg im ersten Halbjahr 1943 auf 12 Millionen südafrikanische Pfund.

Die äußere Schuld der Union und der Provinzen, die vor dem Kriege etwas über 100 Millionen Pfund Sterling betrug, verminderte sich durch eine Rückzahlung von 8 Millionen Pfund im Juli 1940 und durch die Repatriierung von zwei Gruppen abgeforderter Wertpapiere Ende 1941 und Ende 1942, von denen die erste 32 Millionen und die zweite 42 Millionen Pfund Sterling umfaßte. Dadurch wurde der Überschuß in der Zahlungsbilanz der Union weitgehend beseitigt. Die Repatriierungen kommen in der Zunahme der „Anlagen" der Reserve-Bank im Dezember 1941 und im ersten Halbjahr 1943 zum Ausdruck, da die Sterlingpapiere in erster Linie von der Reserve-Bank erworben wurden, die sie in London mit Gold bezahlte. Um der Regierung die Möglichkeit zu geben, diese Wertpapiere durch Rückkauf von der Reserve-Bank zu tilgen, wurden in Südafrika innere Anleihen aufgelegt, und zu demselben Zweck wurde auch der Haushaltsüberschuß des Jahres 1942 von etwa 6 Millionen südafrikanische Pfund verwendet. Bemerkenswert ist, daß der Haushalt ohne Kreditaufnahme im Gleichgewicht blieb, obwohl die Wehrausgaben von 2 Millionen südafrikanische Pfund im Jahre 1939 auf 80 Millionen für 1942 gestiegen sind. Die gesamte innere und äußere Staatsschuld belief sich 1942 auf 380 Millionen südafrikanische Pfund; davon waren 80 v. H. in werbenden Anlagen (Eisenbahnen, Post, Telegraph usw.) verkörpert.

Neben der Repatriierung der äußeren Staatsschuld wurden auch von der privaten Verschuldung erhebliche Beträge aus britischem in südafrikanischen Besitz übergeführt, insbesondere Goldminenaktien. Der Gouverneur der Reserve-

Bank empfahl auf der Generalversammlung im Juli 1942 auch den Gemeinden, öffentlichen Körperschaften und Privatfirmen, die günstige Gelegenheit zu ergreifen, inländische Mittel zur Abdeckung südafrikanischer Auslandsverbindlichkeiten zu verwenden. Für den Staat ist die Möglichkeit weiterer Repatriierungen von Sterlingschulden nur noch in sehr begrenztem Maße vorhanden, da beinahe seine gesamte Schuld zurückgezahlt ist; als einzige Sterlinganleihe verblieben die im Mai 1939 ausgegebenen 3½prozentigen Schuldverschreibungen 1954–59 im Betrage von 5 Millionen Pfund Sterling.

Die Südafrikanische Union war bis 1939 Kreditnehmer am Londoner Markt; vom Ausbruch des Krieges bis zum März 1943 hat sie aber ihren Goldbestand um nahezu 80 Millionen Pfund Sterling (zum Marktpreis) vermehrt, Sterlingschulden der Regierung im Betrage von mehr als 80 Millionen Pfund zurückgezahlt und in erheblichem Umfang Aktien von Goldminen und anderen Unternehmungen repatriiert.

Die folgende Tabelle faßt die in den vorhergehenden Absätzen enthaltenen Angaben über das britische „overseas disinvestment" in Sterlingwährung in runden Ziffern zusammen, und zwar gegenüber sieben Ländern des Britischen Reichs (jedoch ohne Berücksichtigung der kanadischen Schenkung von 225 Millionen Pfund, der Verwendung des britischen Goldbesitzes, der Mobilisierung von Dollar-Wertpapieren usw.). In den 3½ Jahren bis März 1943 erreichte die Disinvestierung gegenüber den genannten sieben Ländern fast 1,35 Milliarden Pfund; auf Indien mit 640 Millionen Pfund und Kanada mit 415 Millionen entfallen beinahe 80 v. H. des Gesamtbetrages, der sich fast zu gleichen Teilen einerseits aus der Ansammlung von Sterlingforderungen in Form von Guthaben und anderen Anlagen oder von besonderen Krediten, andererseits aus der Repatriierung von Sterlinganleihen zusammensetzt.

Ansammlung von Sterlingforderungen und Repatriierung von Sterlinganleihen[1] von September 1939 bis März 1943

Land	Ansammlung von Sterlingguthaben usw.	Besondere Kredite an die britische Regierung	Repatriierte Sterlinganleihen	Zusammen
	in Millionen Pfund Sterling			
Kanada[2]	—	155	260[3]	415
Eire	55	—	—	55
Indien	330	30	280	640
Ägypten	60	—	—	60
Australien	30	—	—	30
Neuseeland	25	—	—	25
Südafrika[4]	(—10)	—	130[5]	120
Zusammen	490	185	670	1.345

[1] Die Beträge sind jeweils auf 5 Millionen £ abgerundet.
[2] Ohne die Zahlung von 62½ Millionen £ in Gold im Jahre 1940 und die kanadische Schenkung von 225 Millionen £ im Jahre 1942.
[3] Repatriierung von Wertpapieren (einschließlich der privaten) zuzüglich der zum Rückkauf britischer Beteiligungen verwendeten 200 Millionen $.
[4] Außerdem hat die Reserve-Bank von Südafrika ihren Goldbestand um nahezu 80 Millionen £ vermehrt.
[5] Runde Ziffer mit einem Zuschlag für die privaten Repatriierungen.

Die Repatriierung von Sterlingpapieren und die Ansammlung von Sterlingguthaben waren also von gleichem Umfang. Aber die Möglichkeit zur Schuldenrepatriierung ist beschränkt, und ihre Grenzen sind für einige Länder bereits deutlich in Sicht. Die Repatriierung der Pfundschuld der kanadischen Dominion-Regierung war im März 1942 praktisch beendet, als die Schenkung von 225 Millionen Pfund erfolgte. Der britische Besitz an anderen kanadischen Wertpapieren

als denen der Dominion-Regierung beläuft sich auf den Gegenwert von gut 250 Millionen Pfund, und es wurde beschlossen, diese Anlagen im Interesse beider Teile bestehen zu lassen. Australien und Neuseeland sind den Vereinbarungen über die „gegenseitige Hilfeleistung" beigetreten und waren überhaupt nicht in der Lage, einen nennenswerten Teil ihrer Verschuldung in London einzulösen. Andererseits war die Repatriierung der staatlichen Sterlingschulden Indiens und der Südafrikanischen Union im März 1943 nahezu beendet.

Die britische Sterling-Disinvestierung gegenüber dem gesamten Ausland muß von September 1939 bis zum März 1943 bereits 1,5 Milliarden Pfund überschritten haben, und in der gleichen Zeit wurden ebenfalls 1,5 Milliarden Pfund in Gold und Dollars in den Vereinigten Staaten ausgegeben. Der Nettobetrag der gesamten Heranziehung ausländischer Quellen stellte sich indessen nicht auf mehr als 3 Milliarden Pfund, sondern hatte bis zum März 1943 nur etwa 2,5 Milliarden Pfund erreicht. Der Unterschied bezeichnet ungefähr die Gold- und Dollarbeträge, die von Ländern innerhalb des Britischen Reiches gegen Pfund erworben wurden.

Auf dem europäischen Festland wurden die bedeutendsten Kapitalbewegungen dadurch bestimmt, daß Deutschland Hilfsquellen anderer Länder verwendete durch die Technik des Verrechnungsverkehrs und die namentlich zur Deckung von Besatzungskosten erhobenen Abgaben. Deutschlands Clearing-Verschuldung wird durch die Schulden der Deutschen Verrechnungskasse dargestellt; es gibt aber einige Verbindlichkeiten ähnlicher Art, wie die Schulden der Reichskreditkassen an Zentralbanken, die von diesen häufig in Verbindung mit den Clearingforderungen ausgewiesen werden und mit ihnen zusammen betrachtet werden können.

Über den Stand des Verrechnungsverkehrs in Deutschland wird keine regelmäßige Statistik veröffentlicht; es wurden aber Schätzungen über den Umfang der in Reichspapieren angelegten ausländischen Guthaben bei der Verrechnungskasse vorgenommen, und die Schuld des Reiches an die Hauptverwaltung der Reichskreditkassen wird in dem monatlichen Ausweis über die Reichsschuld angegeben. Die nebenstehende Übersicht zeigt die jährlichen Erhöhungen dieser beiden Posten und ihre Zunahme für die drei Jahre 1940–42 im ganzen; da die deutschen Verrechnungsschulden in den ersten Monaten 1940 so gut wie getilgt waren und die Schulden der Reichskreditkassen erst auf den Monat Mai 1940 zurückgehen, kann die

Anlegung von Clearingsalden usw. in Reichswerten

Schuldner	1940	1941	1942	1940–42
	in Milliarden Reichsmark			
Verrechnungskasse[1]	1,5	6,0	7,0	14,5
Reichskreditkassen[2]	1,5	3,0	2,7	7,2
Zusammen . . .	3,0	9,0	9,7	21,7

[1] Nach Dr. G. Keiser in der „Bankwirtschaft" 1943, Nr. 5. Dieser Posten enthält auch Reichspapiere im unmittelbaren Besitz der Banken in Holland und in Böhmen und Mähren.

[2] Schuld des Reiches an die Hauptverwaltung der Reichskreditkassen laut Ausweis über die Reichsschuld. Die entsprechenden Verbindlichkeiten der Reichskreditkassen bestehen aus umlaufenden Reichskreditkassenscheinen und Schulden der Reichskreditkassen an Zentralbanken.

Zunahme in den Jahren 1940–42 als annähernd gleichbedeutend mit den ausstehenden Gesamtbeträgen angesehen werden.

Deutschlands eigentliche Clearingschulden bezifferten sich demnach Ende 1942 auf rund 14½ Milliarden Reichsmark, wovon beinahe die Hälfte während des letzten Jahres aufgelaufen war. Ferner hatten die Reichskreditkassen Schulden an Zentralbanken im Betrage von etwa 4½ Milliarden Reichsmark, während für rund 2½ Milliarden Reichskreditkassenscheine im Verkehr waren (s. Seite 204); die Schulden an Zentralbanken beruhen auf der Einziehung von Reichskreditkassenscheinen (wie in Belgien) oder auf direkten Vorschüssen an die Wehrmacht (wie in Dänemark). Ohne den tatsächlichen Umlauf an Reichskreditkassenscheinen, der hauptsächlich die besetzten Ostgebiete betraf, hätten also nach deutschen Quellen Deutschlands Clearingschulden und diese anderen Verbindlichkeiten Ende 1942 zusammen etwa 19 Milliarden Reichsmark betragen (wobei die Schulden jedoch zum Teil auf die Währungen der Gläubigerländer lauten).

Diese Ziffern finden auf der Seite der ausländischen Gläubiger in großen Zügen ihre Bestätigung. Da die deutschen Schulden im allgemeinen direkt gegenüber den Zentralbanken bestehen oder von diesen finanziert werden, läßt sich aus den in den Ausweisen der europäischen Zentralbanken regelmäßig gemachten Angaben eine Statistik zusammenstellen. Die von acht Ländern veröffentlichten Unterlagen dieser Art zeigen ein Anwachsen der Forderungen an Deutschland, wie es die Zeichnungen auf den Seiten 168/69 veranschaulichen; die vierteljährlichen und jährlichen Veränderungen werden in der Tabelle auf der folgenden Seite auch zahlenmäßig angegeben. In den Schaubildern und der Tabelle wurden die Landeswährungen der besseren Vergleichbarkeit halber in Reichsmark umgerechnet.[1]

Die Übersicht beruht auf statistischen Unterlagen, welche die Clearingforderungen der genannten Länder gegenüber allen übrigen Ländern erfassen. Im allgemeinen werden diese Gesamtziffern nicht nach den einzelnen Schuldnerländern gegliedert, es ist aber bekannt, daß in allen Fällen Deutschland der weitaus bedeutendste Schuldner ist. Auf Deutschland entfielen Ende 1942 von den belgischen Clearingforderungen 90 v. H., von den ungarischen 98 v. H., von den niederländischen 99 v. H. und von den französischen Gesamtforderungen 100 v. H.; ähnliche Verhältnisse gelten für Dänemark und andere Länder. Die Ungenauigkeit ist also nicht erheblich, wenn man die angegebenen Ziffern ganz auf die deutschen Clearingschulden bezieht.

Die gesamten Reichsmarkforderungen der acht in der Aufstellung erwähnten Länder erreichten Ende 1942 rund 11,5 Milliarden Reichsmark oder 60 v. H. des Gesamtbetrags für alle Länder, wie er nach deutschen Quellen angegeben wurde; die Zunahme für die acht Länder belief sich während des Jahres auf 5,7 Milliarden Reichsmark gegenüber 4,2 Milliarden im Jahre 1941. Zudem wurden 1942 mehr als 800 Millionen Reichsmark durch die Schatzämter in den Niederlanden, Ungarn, Rumänien und Bulgarien übernommen und

[1] Fast der gesamte deutsche Exporthandel und damit ein großer Teil des europäischen Handels wird in Reichsmark durchgeführt. Nach dem Jahresbericht der Golddiskontbank für 1942 hat ihr Kurssicherungsgeschäft viel von seiner Bedeutung verloren, „da der deutsche Exporteur jetzt fast ausschließlich in Reichsmark fakturiert".

Deutschlands Clearingschulden und Verpflichtungen ähnlicher Art

Vierteljährliche (und jährliche) Zunahme oder Abnahme (—) und ungefähr ausstehende Gesamtbeträge

Zeit	Frankreich [1]	Belgien	Niederlande [2]	Dänemark [3]	Ungarn [4]	Rumänien [5]	Bulgarien [6]	Böhmen und Mähren	Zusammen
	in Millionen Reichsmark*								
1941 Jan.-März	50	140	130	90	—	10	50	60	530
April-Juni	100	95	385	105	—	130	130	50	995
Juli-Sept.	200	255	375	105	65	125	80	150	1.355
Okt.-Dez.	250	195	365	125	20	10	80	255	1.300
1942 Jan.-März	350	180	270	105	80	(-90)	55	(-25)	925
April-Juni	200	310	(-20)	105	85	80	70	150	980
Juli-Sept.	500	450	330	95	(-40)	85	45	(-20)	1.435
Okt.-Dez.	600	535	495	135	100	40	65	335	2.325
1943 Jan.-März	500	485	510	165	(-20)	(-75)	30 [7]	195	1.790
April-Juni	750	440	270	260	110	65	35 [7]	305	2.235
Juli-Sept.	750	505	415	225	170	35	35 [7]	375	2.510
Jahr 1941	600	685	1.255	425	85	275	340	515	4.180
Jahr 1942	1.650	1.475	1.075	430	225	115	255	440	5.665
Gesamtbetrag (ungefähr)									
Ende 1942	2.400	2.415	2.490	1.245	310	405	695	1.550	11.510
Sept. 1943	4.400	3.845	3.685	1.895	570	430	795 [7]	2.425	18.045

Anmerkung: *Im allgemeinen sind nur Clearingforderungen aufgeführt, die von der Zentralbank (im Falle Frankreichs von der Staatskasse) finanziert oder refinanziert wurden.* Für Belgien sind indessen gewisse Forderungen ähnlicher Art hinzugenommen, insbesondere ein Konto, das eingezogene Reichskreditkassenscheine ausweist und dessen Bestand sich Ende 1942 auf 286 Millionen RM bezifferte; für Dänemark, das *als einziges Land die Besatzungskosten als Reichsmarkforderung bucht, sind diese ebenfalls einbezogen;* sie beliefen sich Ende 1942 auf 670 Millionen RM, d. h. auf mehr als die Hälfte der gesamten Forderung an Deutschland. Für Bulgarien ist der Nettobetrag auf Clearingkonto ausgewiesen (Aktiva abzüglich Passiva), jedoch zuzüglich der über Reichsmark lautenden, von der Nationalbank aus ihren Clearingguthaben gekauften bulgarischen Schatzscheine. *Seit der Aufhebung des deutschen Verrechnungsverkehrs mit den Niederlanden* sowie mit Böhmen und Mähren besitzen die Zentralbanken dieser Länder direkte Reichsmarkforderungen.

Nicht berücksichtigt sind in der Übersicht die durch die Schatzämter übernommenen Beträge (z. B. in den Niederlanden) oder Reichsmarkforderungen von Privatbanken (z. B. in Ungarn) und privaten Einzelpersonen oder Firmen (z. B. weisen die belgischen Staatseisenbahnen in der Bilanz für 1942 eine Forderung von 2.004 Millionen belgische Franken [160 Millionen RM] für Militärtransporte und die Benutzung des Eisenbahnmaterials durch die Deutsche Reichsbahn aus, während andererseits die Reichsbahn in ihrer Bilanz für 1942 Forderungen von 237 Millionen RM an die Eisenbahnen in den besetzten Gebieten ausweist).

* Die Zahlen sind auf 5 Millionen RM abgerundet.

[1] Vorschüsse der französischen Staatskasse zur Finanzierung des Ausfuhrüberschusses gegenüber Deutschland. Der Gesamtbetrag für 1941 soll 600 Millionen RM gewesen sein; in Ermangelung von Einzelangaben für dieses Jahr wurde eine steigende Tendenz während des Jahres angenommen.

[2] Die Ziffern der Niederländischen Bank zeigten für April–Juni 1942 einen Rückgang um 20 Millionen RM. Anfang April 1942 wurden aber rund 300 Millionen RM an das niederländische Schatzamt überwiesen.

[3] *Einschließlich der Besatzungskosten, die im Falle Dänemarks als Forderung an Deutschland gebucht werden.*

[4] Der entsprechende Posten des Ausweises der Ungarischen Nationalbank verringerte sich Mitte September 1942 um 40 Millionen RM, als das Ungarische Schatzamt 161 Millionen RM übernahm; im ganzen wurden auf diese Weise während des Jahres 225 Millionen RM übertragen. Der Abnahme um 20 Millionen RM bis Ende März 1943 folgte in der ersten Aprilwoche eine Zunahme um mehr als 100 Millionen RM, als anscheinend ein neuer Kredit bewilligt wurde.

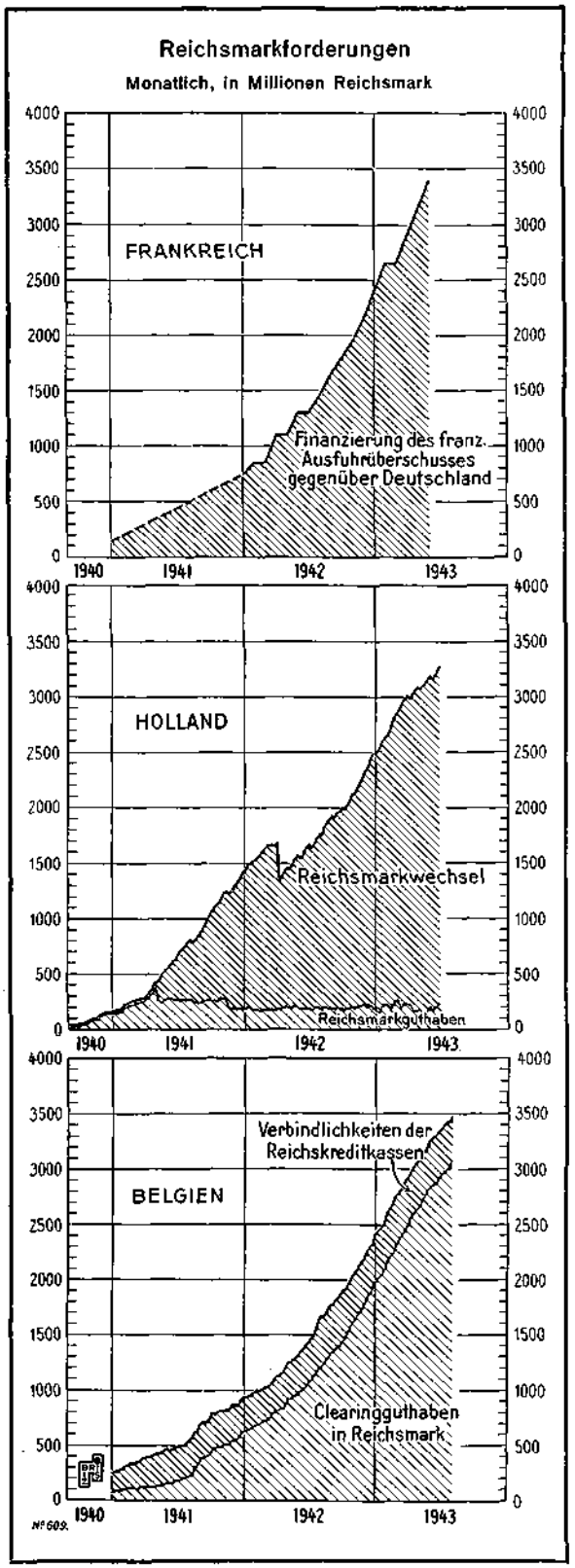
[5] In den ersten beiden Monaten 1942 fielen die Clearingguthaben um 135 Millionen RM, wovon 50 Millionen RM zum Ankauf von Gold dienten. Ebenso sanken sie im Februar und März 1943 um 100 Millionen RM, von denen wiederum 50 Millionen RM einem Goldkauf entsprachen.

[6] In den drei Monaten von Juni bis August 1942 fielen die von der Bulgarischen Nationalbank ausgewiesenen Netto-Clearingforderungen insgesamt um 50 Millionen RM gegenüber einer durchschnittlichen Zunahme von über 30 Millionen RM *in den übrigen Monaten des Jahres, so daß anzunehmen ist, daß rund 150 Millionen RM* für besondere Zwecke verwendet wurden. [7] Schätzungen.

teilweise zu besonderen Zahlungen in Deutschland verwendet. In den ersten neun Monaten 1943 sind die Verrechnungskonten der acht Länder um 6,5 Milliarden Reichsmark angewachsen.

Weitere Länder mit bedeutenden Clearingforderungen an Deutschland, für die aber keine regelrechte fortlaufende Statistik vorliegt, sind Italien, die Schweiz, Spanien, die Slowakei, Kroatien* und Griechenland.

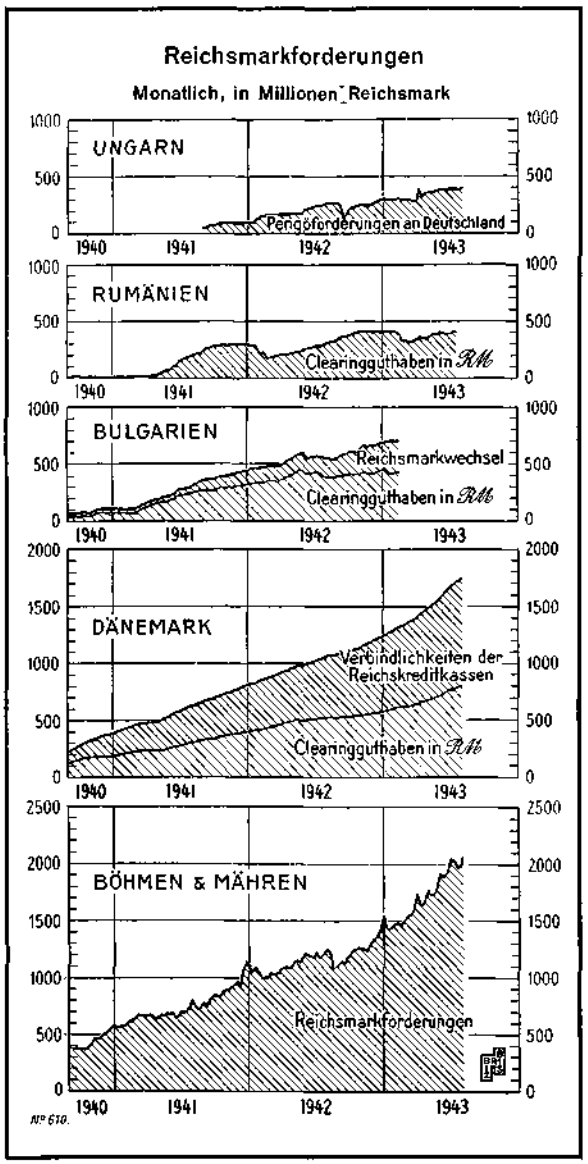
* Die Clearingforderungen erschienen zum erstenmal in dem Ausweis der Kroatischen Staatsbank vom 15. Oktober 1943 mit einem Gesamtbetrage von 2,95 Milliarden Kuna.



Andere europäische Länder als Deutschland haben meist nur verhältnismäßig geringe Clearingschulden. Nur Finnland scheint nach allen Seiten hin Schuldner zu sein (hauptsächlich aber gegenüber Deutschland und weitgehend aus Kriegsmaterallieferungen): der Gesamtbetrag der finnischen Clearingschulden stieg von 75 Millionen Reichsmark Ende 1941 auf 150 Millionen[1] Ende 1942. Frankreichs Clearingschuld an die Schweiz wurde im September 1942 halbamtlich auf 1 Milliarde französische Franken (Gegenwert von 100 Millionen Schweizer Franken) geschätzt. Auf gewisse Clearingschulden Italiens wird an späterer Stelle eingegangen. Die folgenden Absätze enthalten zunächst ausführlichere Angaben über die Entwicklung des Verrechnungsverkehrs in einzelnen Ländern.

Frankreichs Überschuß im Verrechnungsverkehr mit Deutschland war 1941 geringer als der Belgiens und nur halb so hoch wie der niederländische; 1942 erreichte er aber weit mehr als das Doppelte seines früheren Umfangs, so daß er die anderen beiden wichtigsten Länder, die nach Deutschland auf Kredit liefern, übertraf. Der Umfang der französischen Ausfuhr nach Deutschland wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet: in den ersten fünf Monaten 1942 belief sie sich auf 14,7 Milliarden

[1] Gegenwert von 3 Milliarden finnische Mark. Außerdem besteht noch eine kurzfristige Auslandsschuld in ähnlicher Höhe teils gegenüber Schweden, teils gegenüber den Vereinigten Staaten.



französische Franken (über 70 v.H. der gesamten französischen Ausfuhr), während die Einfuhr nur 3,7 Milliarden Franken betrug; der Ausfuhrüberschuß von 11 Milliarden Franken wurde vom französischen Schatzamt finanziert. Die Geamtforderung im Verrechnungsverkehr mit Deutschland entsprach Ende 1942 ungefähr 2,4 Milliarden Reichsmark.

Nächst Frankreich führte Belgien 1942 am meisten nach Deutschland auf Kredit aus; die Ziffer in der Übersicht für 1941 enthält außer dem Clearingsaldo die während des Jahres eingezogenen, 1940 ausgegebenen Reichskreditkassenscheine im Betrage von 286 Millionen Reichsmark; das Guthaben auf dem eigentlichen Clearingkonto im Verkehr mit Deutschland war 1942 dreieinhalb Mal so hoch wie 1941. Der Gesamtbetrag der belgischen Forderung an Deutschland entsprach Ende 1942 einem Gegenwert von etwa 2,4 Milliarden Reichsmark.

Mit geringem Abstand von Frankreich und Belgien folgen die Niederlande. Die Ausweise der Niederländischen Bank zeigen an sich für 1942 nur eine Zunahme von 1.075 Millionen Reichsmark, gegenüber 1.255 Millionen im Jahre 1941; außerdem kaufte aber das niederländische Schatzamt Anfang April 1942 noch rund 300 Millionen Reichsmark von der Notenbank. Nach inoffiziellen Berichten fanden in der Folge ähnliche Käufe regelmäßig an jedem Monatsende statt, allerdings in wesentlich geringerer Höhe. Da diese Reichsmarkbeträge in den Ausweisen des Schatzamtes nicht unter den Aktiven angegeben sind, müssen sie außer Ansatz bleiben. Ende 1942 besaß die Niederländische Bank insgesamt fast 2,5 Milliarden Reichsmark (wovon 2,3 Milliarden in Reichspapieren angelegt waren[1]); einschließlich des Besitzes des niederländischen Schatzamtes würde die Gesamtforderung der Niederlande etwa 3 Milliarden Reichsmark betragen.

[1] Die Niederlande können Reichsmarkguthaben unmittelbar in Reichspapieren anlegen. Andere Länder besitzen nur unverzinsliche Reichsmarkguthaben bei der Verrechnungskasse in Berlin, die sie für eigene Rechnung in Reichswerten anlegt.

Über das Guthaben Italiens im Verrechnungsverkehr mit Deutschland fehlen statistische Unterlagen; die Zunahme der Aktiva des italienischen Schatzamtes in den beiden letzten Jahren läßt aber vermuten, daß der gesamte Clearingüberschuß bei etwa 15 Milliarden Lire oder 2 Milliarden Reichsmark liegt, wenn der 1940 in das Clearing aufgenommene Wert des Vermögens deutscher Volkszugehöriger, die aus Südtirol umgesiedelt wurden, hinzugerechnet wird. Die Höhe des auf Grund dieser Rückwanderung in das deutsch-italienische Clearing eingebrachten Betrages ist nicht bekanntgegeben worden, es waren aber bis Ende 1942 fast 240.000 Personen aus Südtirol umgesiedelt, von denen 62.000 Vermögensträger waren.

Umsiedlung deutscher Volksgruppen[1]

(Stand Ende 1942)

Beginn der Umsiedlung	Abwanderungsgebiet	Umsiedler	Vermögensträger
1939 November	Estland und Lettland[2]	80.076	35.000
November	Südtirol	237.802	62.000
November	Wolhynien, Galizien, Narew	134.950	60.000
1940 September	Generalgouvernement	30.756	7.000
Oktober	Bessarabien-Nordbuchenland	137.116	55.000
Dezember	Dobrudscha-Südbuchenland	77.238	20.000
1941 Januar	Litauen	50.904	15.000
Juni	Frankreich	15.353	6.000
November	Provinz Laibach	14.810	4.500
Dezember	Bulgarien	865	70
Dezember	Serbien	1.925	690
1942 Februar	UdSSR	5.314	1.500
April	Griechenland (Herakleion)	144	31
Juli	Slowakei	551	13
Oktober	Kroatien	18.302	5.000
	Zusammen	806.106	271.804

[1] Nach Pressemitteilungen über den Jahresbericht für 1942 der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft, die im Herbst 1939 gegründet wurde, um die ordnungsgemäße Überleitung des Vermögens der Umsiedler zu bewirken.

[2] Darunter 16.244 Umsiedler aus der Nachumsiedlung von Februar 1941.

(Die Umsiedlung deutscher Volksgruppen, die im Herbst 1939 begann, hatte 1942 ihren Höhepunkt überschritten. Obwohl die letzten Umsiedlungen noch nicht abgeschlossen waren, trat damit die Arbeit der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft während des Jahres in eine neue Phase, in der es hauptsächlich darauf ankam, die Umsiedler in ihrer neuen wirtschaftlichen Umgebung zu fördern. Bis Ende 1942 hatte ein endgültiger Vermögensausgleich in 195.000 Fällen stattgefunden mit Barauszahlungen im Gesamtbetrage von 219 Millionen Reichsmark; dazu kamen 260 Millionen Reichsmark hauptsächlich für Unterstützungen und Kredite.)

Dänemark ist das einzige Land, wo die Kosten für den Unterhalt der Besatzungstruppen, für Befestigungen usw. als eine Forderung in Reichsmark gebucht werden; diese Forderung ist zusammen mit dem Clearingguthaben in den Ziffern der Übersicht enthalten. 1941 verteilte sich der Gesamtbetrag von 425 Millionen Reichsmark zu gleichen Teilen auf das Clearing und die Besatzungskosten. 1942 war die Gesamtzunahme unter beiden Titeln praktisch die gleiche wie im Vorjahr, dabei war aber das Anwachsen des Clearingbetrages namentlich im dritten Vierteljahr verhältnismäßig geringer, während die Besatzungskosten, die vorher durchschnittlich 17—18 Millionen Reichsmark

im Monat betragen hatten, sich im letzten Vierteljahr auf mehr als 30 Millionen monatlich erhöhten. Gegen Ende 1942 wurden die Einkaufsbeschränkungen für die deutschen Wehrmachtsangehörigen und die Zollkontrolle für deutsche Reichsangehörige aufgehoben. Zudem erklärte sich die dänische Regierung mit der Versorgung der Besatzungstruppen aus dänischen Quellen einverstanden, während bisher Nahrungsmittel entweder eingeführt oder über Clearingkonto im Lande gekauft werden mußten. Die dänische Gesamtforderung in Reichsmark betrug Ende 1942 etwa 1,25 Milliarden Reichsmark.

In Ungarn eröffneten die Nationalbank und die Handelsbanken 1941 der Deutschen Verrechnungskasse einen Pengökredit, um die Auszahlung von Forderungen ungarischer Exporteure zu ermöglichen. Angesichts des weiteren Steigens der Forderungen der Exporteure gewährten die ungarischen Banken im Frühjahr 1942 einen neuen Vorschuß von 100 Millionen Reichsmark, mit dem sich der Betrag der von der Nationalbank und den ungarischen Banken unmittelbar finanzierten Forderungen im ganzen auf den Gegenwert von 300 Millionen Reichsmark erhöhte. Mit einem erheblichen Teil dieses Vorschusses griffen die ungarischen Banken auf die Nationalbank zurück, die ihnen Kredite in laufender Rechnung eröffnete. Diese Kredite und die eigenen Vorschüsse der Nationalbank wurden in deren Ausweis als „dem Ausland in Pengö gewährte Vorlagen" gesondert aufgeführt, und dieser Posten ist in der Übersicht wiedergegeben (welche also, wie nochmals bemerkt sei, die von den Handelsbanken ohne Inanspruchnahme der Nationalbank finanzierten Beträge nicht enthält).

Auf Grund einer Vereinbarung mit Deutschland übernahm die ungarische Regierung im September 1942 von der Nationalbank 161 Millionen Reichsmark; bis Ende des Jahres hatte sie 225 Millionen Reichsmark im Rahmen des deutsch-ungarischen Devisenausgleichs gekauft. Die für diese Reichsmarkankäufe erforderlichen Pengöbeträge wurden durch Ausgabe von Schatzscheinen aufgebracht, die aber größtenteils von den Banken zur Rediskontierung bei der Nationalbank eingereicht wurden (diese verbuchte sie unter demselben Posten wie die refinanzierten Pengövorschüsse, dessen Bezeichnung am 7. Dezember 1942 in „zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande gewährte Vorlagen" geändert wurde).

Die von Ungarn unmittelbar übernommenen Reichsmarkbeträge und die Pengövorschüsse beliefen sich Ende 1942 zusammen auf 540 Millionen Reichsmark, was eine Zunahme um 357 Millionen Reichsmark während des Jahres bedeutet. Außerdem waren 137 Millionen Reichsmark vom Schatzamt für besondere Zahlungen verwendet worden. Die von der Ungarischen Nationalbank Ende 1942 ausgewiesene und in der Übersicht auf Seite 167 enthaltene Gesamtforderung bezifferte sich auf den Gegenwert von 310 Millionen Reichsmark[1].

---

[1] Ferner werden die Clearingguthaben und die entsprechenden Forderungen an ungarische Exporteure in den Ausweisen der Nationalbank unter „Sonstige Aktiva" und „Sonstige Passiva" gebucht, bis die Auszahlung erfolgt oder ein formaler Vorschuß geleistet wird (siehe Fußnote [1] zur Tabelle über die Ungarische Nationalbank auf Seite 239).

Der Reichsmarkbesitz der Rumänischen Nationalbank ist 1942 nach der Übersicht um 115 Millionen Reichsmark angewachsen, also um weniger als die Hälfte der Zunahme von 275 Millionen im Jahre 1941. Tatsächlich kaufte aber die Nationalbank ungefähr den gleichen Reichsmarkbetrag wie im Vorjahr, doch wurde in den ersten beiden Monaten des Jahres 1942 der Gegenwert von 50 Millionen Reichsmark dazu benutzt, von Deutschland Gold zu erwerben, und 85 Millionen Reichsmark wurden an die Regierung verkauft, die sie zum Rückkauf rumänischer Anleihen von Deutschland und für andere Zwecke verwendete. In den ersten Monaten 1943 gingen die Clearingforderungen abermals um 100 Millionen Reichsmark zurück, wovon 50 Millionen zum Goldankauf dienten. Die Rumänische Nationalbank hat den Ankauf von Reichsmark zweimal für längere Zeit ausgesetzt, das erste Mal von Ende Oktober 1941 bis Januar 1942 (vor dem ersten Goldkauf) und das zweite Mal von Ende Oktober 1942 bis Januar 1943 (unmittelbar vor dem zweiten Goldkauf). Ende 1942 betrug die gesamte Clearingforderung etwa 400 Millionen Reichsmark.

Bei der Bulgarischen Nationalbank belief sich der Reichsmarkbesitz Ende 1942 auf nahezu 700 Millionen Reichsmark; davon entfielen rund 450 Millionen Reichsmark auf Clearingforderungen und 250 Millionen Reichsmark auf „Anlagen". Diese Anlagen bestehen aus bulgarischen Schatzwechseln, die über Reichsmark lauten und der deutschen Rüstungs- und Schwerindustrie für erteilte Aufträge im voraus in Zahlung gegeben werden. Die Nationalbank kaufte sie zurück, um Reichsmarkguthaben zu verwerten. Später wurden Vorkehrungen getroffen, wonach die Nationalbank dem Staat unmittelbar Reichsmark gegen Schatzwechsel zur Verfügung stellt.

Der Reichsmarkbesitz der Nationalbank für Böhmen und Mähren nahm 1942 weiter zu und wäre noch höher, wenn zwei Umstände nicht von Einfluß gewesen wären: der Kauf von Reichspapieren durch die Handelsbanken und die Zahlung eines „Matrikularbeitrags" durch das Protektorat an das Reich. Reichsmarkguthaben entstehen nicht nur im Handel mit Deutschland, sondern auch durch die Ausfuhr nach den südosteuropäischen Ländern, soweit diese ihre Schulden an das Protektorat aus Reichsmarkforderungen gegenüber Deutschland begleichen dürfen. 1942 wurden einige in Privatbesitz befindliche Schuldverschreibungen südosteuropäischer Länder zur Ablieferung an die Nationalbank aufgerufen, um zur Verrechnung mit Clearingschulden gegenüber diesen Ländern zu dienen.

Über den Verrechnungsverkehr anderer Länder mit Deutschland liegen weniger statistische Angaben vor, einige Hinweise können aber doch gegeben werden. Die slowakischen Forderungen gegenüber Deutschland stiegen 1941 von 85 Millionen auf 170 Millionen Reichsmark und wuchsen 1942 weiter an[1]. Im November 1942 wurde das Finanzministerium ermächtigt, von

[1] Nur ein Teil der Clearingforderungen wird von der Slowakischen Nationalbank finanziert; ihre Bilanz zum Jahresende 1942 gibt diese Forderungen mit 1.575 Millionen Kronen (185 Millionen RM) an, gegenüber 845 Millionen Kronen (99 Millionen RM) Ende 1941.

der Nationalbank Reichsmark bis zum Betrage von 700 Millionen slowakische Kronen (60 Millionen Reichsmark) zu kaufen; hiervon sollten 500 Millionen Kronen zu Zahlungen an Deutschland im Zusammenhang mit der Auswanderung von Juden aus der Slowakei und 200 Millionen Kronen für Lieferungen aus Deutschland verwendet werden. Im Juni 1943 wurde dem Finanzministerium eine weitere Ermächtigung erteilt, von der Nationalbank Reichsmark zu kaufen.

Nur wenige Nachrichten stehen über die Verhältnisse in Griechenland zur Verfügung. Die Ausfuhr ging fast ausschließlich nach Deutschland; die bekanntgegebenen Ziffern für die ersten fünf Monate 1942 ergaben folgende Lage (umgerechnet in Reichsmark).

Außenhandel Griechenlands
Januar–Mai 1942

Länder	Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß der Ausfuhr (+) oder Einfuhr (—)
	in Millionen Reichsmark[1]		
Deutschland . .	8,4	22,9	+ 14,5
Italien	4,4	1,5	— 2,9
alle übrigen . . .	12,0	1,2	— 10,8
Zusammen . . .	24,8	25,6	+ 0,8

[1] Zum amtlichen Kurs 60 Drachmen = 1 RM.

Der griechische Ausfuhrüberschuß gegenüber Deutschland betrug in der genannten Zeit fast 3 Millionen Reichsmark monatlich; danach hatte Griechenland eine Clearingforderung von insgesamt 78 Millionen Reichsmark gegenüber Deutschland, die bei gleicher durchschnittlicher Zunahme am Jahresende rund 100 Millionen Reichsmark erreicht hätte. Im zweiten Halbjahr 1942 erlebte Griechenland aber eine heftige Inflationsperiode; die Ausfuhr nach Deutschland ging stark zurück und lebte erst nach der Gründung der „Degriges" wieder auf (siehe Seite 70 und 254). Italien dagegen führte mehr nach Griechenland aus, als es von dort erhielt. Als im März 1943 die griechische Schuld auf 100 Millionen Lire (oder etwa 13 Millionen Reichsmark) angewachsen war und die italienischen Exporteure 250 Tage auf den Lire-Erlös ihrer Ausfuhren nach Griechenland warten mußten, wurden sie mit Hilfe eines Vorschusses der italienischen Staatskasse bezahlt, der aus einem neuen Clearingkonto allmählich abzudecken war, das auf italienischer Seite durch die Überwachung der Ausfuhrgenehmigungen im Gleichgewicht gehalten werden sollte. Die übrigen Länder, darunter die Türkei, Serbien und Rumänien, lieferten in den ersten fünf Monaten des Jahres 1942 zehnmal so viel nach Griechenland als sie von dort beziehen konnten.

Nach Berichten aus Spanien wurden die während des Bürgerkrieges eingegangenen Schulden gegenüber Deutschland durch Zahlungen für die an der russischen Front kämpfende „Blaue Division" und durch die Übernahme der Überweisungen in Deutschland beschäftigter spanischer Arbeiter durch Spanien allmählich getilgt. Die für 1942 veröffentlichten Außenhandelsziffern lassen ein Anhalten des spanischen Ausfuhrüberschusses gegenüber Deutschland erkennen. Nach Angaben von deutscher Seite hatte Spanien eine bedeutende Reichsmarkforderung im laufenden Clearing, so daß die nach Deutschland liefernden spanischen Exporteure etwa drei Monate auf die Auszahlung ihres Ausfuhrerlöses in Peseten warten mußten.

Für die meisten der vorstehend erwähnten Länder waren die im Wege des Clearingverfahrens an Deutschland gegebenen Kredite nach Umfang und Dauer vertraglich nicht begrenzt. Die oben behandelten ungarischen Vorschüsse waren nur der Höhe nach beschränkt, während ihre Fälligkeit unbestimmt blieb. Ähnlich verhielt es sich mit den von der Schweiz eingeräumten Krediten. Im Juli 1941 wurde bekanntgegeben, daß die Bundesregierung den Schweizer Exporteuren im Rahmen des Verrechnungsabkommens mit Deutschland Kredite bis zu 400 Millionen Schweizer Franken garantieren würde (über den bereits ausstehenden „normalen" Betrag von etwa 50 Millionen Franken hinaus), während weitere 400 Millionen Franken für die Zeit bis Ende 1942 zur Verfügung gestellt werden würden (insgesamt also zum amtlichen Kurse von 1 Reichsmark = 1,76 Schweizer Franken Kredite im Gegenwert von etwa 465 Millionen Reichsmark); die Wartezeit für die Schweizer Exporteure sollte nicht mehr als drei Monate betragen. Verhandlungen über die Verlängerung des Verrechnungsabkommens, das Ende 1942 ablief, führten zu keinem endgültigen Ergebnis; der bestehende Clearing-Mechanismus wurde jedoch beibehalten, und es wurde u.a. bestimmt, daß die nach Deutschland liefernden Schweizer Exporteure die von dem früheren Kredit unbenutzt gebliebenen Restbeträge in Anspruch nehmen könnten. Am 1. Oktober 1943 wurde ein neues Abkommen unterzeichnet, das auf dem Grundsatz beruht, daß der Verrechnungsverkehr künftig in der Hauptsache ohne Kredite auskommen soll; daher ist mit einer allmählichen Verlängerung der Wartezeit für die Schweizer Exporteure bis zum Erhalt der Zahlung in ihrer Währung zu rechnen.

Im Gegensatz zu den Krediten, die Deutschland von anderen Ländern eingeräumt wurden, waren die von Schweden bewilligten verzinslich und sowohl der Zeit wie der Höhe nach fest begrenzt. Im Herbst 1941 stellte das schwedische Versorgungsamt dem Clearingamt für den Rest des Jahres einen Kredit von 100 Millionen Kronen zur Finanzierung der Ausfuhr nach Deutschland zur Verfügung; der Kredit sollte durch eine erststellige Belastung der deutschen Lieferungen von Kohle, Koks und chemischen Erzeugnissen während des ersten Halbjahres 1942 zurückgezahlt werden. Bis zum Jahresende waren von diesem Kredit 90 Millionen Kronen in Anspruch genommen; drei Viertel dieses Betrages wurden bei Fälligkeit im Juni 1942, der Rest im zweiten Halbjahr zurückgezahlt.

Die unmittelbar von schwedischen Exporteuren selbst gewährten Kredite konnten überdies teilweise durch das Staatliche Exportkreditamt gesichert werden; im Herbst 1941 gaben schwedische Exporteure von Zellulose, Nutzholz und Papier für Aufträge von 59 Millionen Kronen bis zum März 1942 befristete Kredite von 44 Millionen Kronen, wovon 22 Millionen Kronen garantiert waren; auch diese Kredite sind schon zurückgezahlt. Für 1942 wurden von schwedischen Exporteuren neue Kredite von rund 115 Millionen Kronen im allgemeinen etwa auf ein Jahr gewährt, die ebenfalls zur Hälfte durch amtliche Garantien gedeckt waren. Die Summe der Ende 1942 ausstehenden amtlichen und privaten Kredite im Gegenwert von rund 70 Millionen Reichsmark entsprach also ungefähr dem Stande des Vorjahres. Neben den Krediten hatte Deutschland Ende 1942 ein Guthaben auf dem Clearingkonto von etwa 30 Millionen Kronen,

das mit der jahreszeitlichen Zunahme des Handels bis Mai 1943 auf mehr als 90 Millionen Kronen angewachsen war, in den späteren Monaten aber abnahm. Für das erste Halbjahr 1943 wurden keine neuen amtlichen oder privaten Kredite gewährt, sondern von den ausstehenden Vorschüssen 8 Millionen Kronen zurückgezahlt.

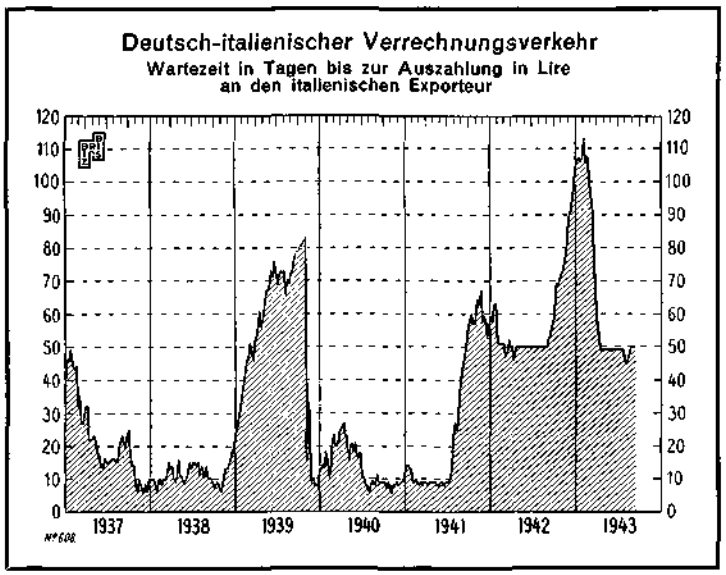
In Italien wurden wöchentlich Angaben veröffentlicht, aus denen Datum und Nummer des letzten im Verrechnungsverkehr abgewickelten Ausfuhrgeschäfts hervorgehen. Diese Nummern ließen zwar nicht den Wert, wohl aber den Umfang der Exportgeschäfte mit jedem einzelnen Clearingpartner erkennen. Sie wurden für die folgende Übersicht benutzt, welche die Anzahl der Geschäfte in den Kalenderjahren 1939–42 zeigt (die nicht notwendigerweise im gleichen Jahr bezahlt wurden).

Anzahl der Ausfuhrgeschäfte Italiens 1939–42

Clearingpartner	Tausend Geschäfte				v. H. der Gesamtzahl			
	1939	1940	1941	1942	1939	1940	1941	1942
Deutschland[1]	107	115	146	109	*30*	*43*	*56*	*50*
Schweiz	69	62	52	28	*19*	*23*	*20*	*13*
Ungarn	2	12	16	16	*1*	*4½*	*6*	*7½*
Schweden	17	12	13	12	*5*	*4½*	*5*	*5½*
Alle übrigen	161	67	33	52	*45*	*25*	*13*	*24*
Zusammen	356	268	260	217	*100*	*100*	*100*	*100*

[1] Mit Böhmen und Mähren.

Die Anzahl sämtlicher über das Clearing abgewickelten italienischen Exportgeschäfte ging also von 356.000 im Jahre 1939 (als England noch beteiligt war) auf 260.000 im Jahre 1941 und 217.000 im Jahre 1942 zurück. Im Verkehr mit Deutschland stieg die Zahl der Ausfuhren bis 1941 sowohl absolut wie relativ, während sie gegenüber den anderen Ländern (außer Ungarn) abnahm. 1942 sank auch die Zahl der Exporte nach Deutschland um ein Viertel[1], und der deutsche Anteil, der von 30 v. H. im Jahre 1939 auf 56 v. H. für 1941 angewachsen war, ging 1942 auf 50 v. H. zurück. Der



[1] Nach halbamtlichen Mitteilungen hat jedoch der Umsatz im deutsch-italienischen Handel wertmäßig von 650 Millionen RM im Jahre 1939 auf mehr als 2 Milliarden RM im Jahre 1941 und auch 1942 noch weiter zugenommen.

Anteil der vier an der Spitze der Liste stehenden Länder zusammen stellte sich 1940 auf 75 v. H., 1941 auf 87 v. H. und 1942 auf 76 v. H. der italienischen Exportgeschäfte. Im zuletzt genannten Jahr trat eine bemerkenswerte Steigerung des Exportgeschäfts mit den Ländern Rumänien, Bulgarien und Kroatien ein (die in der Übersicht auf der vorhergehenden Seite unter „alle übrigen Clearingpartner" enthalten sind).

Der italienische Ausfuhrüberschuß im Verkehr mit Deutschland und die Heimsendung von Ersparnissen der in Deutschland beschäftigten italienischen Arbeiter hat zu einem ständigen Anwachsen der deutschen Clearingschuld an Italien geführt. Eine Vorstellung hiervon vermittelt die Zeichnung auf der vorhergehenden Seite, welche zeigt, wieviel Tage die italienischen Exporteure vom Zeitpunkt der Reichsmark-Einzahlung des deutschen Importeurs in Berlin bis zur Auszahlung des Lire-Erlöses in Rom warten mußten. Diese Zeit war im ersten Halbjahr 1942 vertraglich auf 50 Tage begrenzt; seit September stieg die Zahl der Wartetage jedoch ununterbrochen bis über 100 am Jahresende. Infolge neuer Verhandlungen zu Beginn des Jahres 1943 ging sie aber Mitte April wieder auf 50 Tage zurück.

Wartezeit im italienischen Verrechnungsverkehr

in Tagen von der Einzahlung des ausländischen Importeurs an sein Verrechnungsinstitut in Landeswährung bis zur Auszahlung des Lire-Erlöses an den italienischen Exporteur[1]

Land	Am Ende des Jahres			
	1939	1940	1941	1942
Kroatien[2]	29	9	8	202
Griechenland	13	—	—	169
Deutschland	13	11	56	105
Dänemark	49	65	14	70
Bulgarien	59	11	15	63
Frankreich	—	—	—	42
Türkei	85	72	379	36
Finnland	35	43	72	23
Spanien	22	22	22	22
Slowakei	20	17	15	22
Portugal	11	11	11	17
Schweden	45	31	11	17
Rumänien	9	10	42	17
Ungarn	—	8	11	15
Schweiz	7	8	8	13

[1] Berücksichtigt sind nur die Verrechnungsabkommen, die Ende 1942 noch in Kraft waren. Andere sind weggelassen, z. B. wurde der Verrechnungsverkehr mit Estland, Lettland und Litauen im November 1942 aus der amtlichen Statistik ausgeschieden, nachdem die italienischen Exporteure 539, 561 und 1.027 Tage auf Zahlung gewartet hatten (die letzten eingegangenen Zahlungen beziehen sich für Estland und Lettland auf Mai 1941 und für Litauen auf Januar 1940).

[2] Für 1939 und 1940 Jugoslawien. Die anteilsmäßige Bedeutung Deutschlands und Italiens für den kroatischen Handel kommt in dem Umsatz ihrer Währungen an der Börse in Agram (Zagreb) zum Ausdruck:

Zeitraum	RM	Lire
	in Millionen Kuna	
1941 Juli-September	416	159
Oktober-Dezember	788	344
1942 Januar-März	699	547
April-Juni	777	358
Juli-September	947	216

Die politischen Ereignisse im September 1943 führten zu einigen Schwierigkeiten. Zwar nahm die Verrechnungskasse in Berlin weiter Zahlungen für italienische Exporteure entgegen, die Beträge konnten aber nicht in Lire umgewandelt werden, da auf italienischer Seite kein voll arbeitsfähiges Clearinginstitut mehr vorhanden war. Auch die Lohnersparnisse der italienischen Arbeiter konnten nicht transferiert werden. Die Lira wurde mit Wirkung vom 15. September 1943 gegenüber der Reichsmark von 7,6 auf 10 Lire für die Reichsmark abgewertet, und bei den Zahlungen der deutschen Wehrmacht wurden vorübergehend Reichskreditkassenscheine benutzt (s. Seite 205).

Die nebenstehende Tabelle gibt an, wie viele Tage die italienischen Exporteure jeweils am Ende der Jahre 1939–42 auf den Lire-Erlös ihrer Ausfuhr nach verschiedenen Ländern warten mußten. Die Anzahl der Ausfuhr-

geschäfte mit der Schweiz fiel 1942 auf wenig mehr als die Hälfte derjenigen im Jahre 1941, und gleichzeitig stieg die italienische Clearingschuld; trotzdem blieb die Schweiz nächst Deutschland noch immer der bei weitem bedeutendste Clearingpartner Italiens. Im Verkehr mit Ungarn konnte die Zahl der Geschäfte gehalten werden. Ungarn eröffnete 1941 im Verrechnungsverkehr mit Italien einen Kredit, der aber erst im Dezember 1942 mit 16 Millionen Pengö (Gegenwert von etwa 10 Millionen Reichsmark) in Anspruch genommen wurde. Weder für die Schweiz noch für Ungarn dauerte die Wartezeit im Jahre 1942 länger als 20 Tage; gewöhnlich betrug sie nur 10 Tage oder noch weniger (d. h. nur die für den Postlauf und das normale amtliche Verfahren erforderliche Mindestzeit).

Gegenüber Schweden hat sich der Stand des italienischen Clearings im zweiten Halbjahr 1942 etwas verschlechtert; am Jahresende belief sich die Schuld Italiens auf 12 Millionen schwedische Kronen, und die schwedischen Exporteure mußten ungefähr sechs Wochen auf den Erlös ihrer Ausfuhr in Kronen warten. Der Handel mit anderen Ländern war weniger umfangreich, allerdings wurde im September 1942 berichtet, daß Rumänien eine Clearingforderung gegenüber Italien von 1 Milliarde Lei hatte (Gegenwert von rund 17 Millionen Reichsmark); die italienische Schuld an die Slowakei bezifferte sich Ende 1942 auf 50 Millionen slowakische Kronen (4½ Millionen Reichsmark), gegenüber Bulgarien war Italien aber Gläubiger.

Das Jahr 1942 war gekennzeichnet durch besondere Bemühungen der Gläubigerländer, ihre Reichsmarkforderungen zu verwerten. Dieses Ziel wurde hauptsächlich auf folgenden Wegen angestrebt:

a) Ankauf von Gold.

Wie auf Seite 172 erwähnt, kaufte die Rumänische Nationalbank unter Verwendung ihres Reichsmarkbesitzes zwei Posten Gold im Gesamtwert von 100 Millionen Reichsmark.

Weitere Bezahlungen von Clearingschulden in Gold sind nicht bekannt; in einigen Fällen scheint sogar Deutschland Gold gegen Reichsmark gekauft zu haben, z. B. Ende August 1940 für rund 25 Millionen Reichsmark von den Niederlanden[1].

Der Gouverneur der Slowakischen Nationalbank erklärte auf der ordentlichen Generalversammlung der Bank am 27. Februar 1943, daß sie mit Unterstützung der Deutschen Reichsbank für nahezu 200 Millionen slowakische Kronen (ungefähr 17 Millionen Reichsmark) freie Devisen erworben habe, die zum Ankauf wichtiger Rohstoffe im Ausland benötigt wurden.

b) Repatriierung von Wertpapieren aus deutschem Besitz.

1941 hatte deutsches Kapital eine bedeutende Rolle bei der Anlagetätigkeit in den südosteuropäischen und anderen Ländern gespielt, wobei

[1] Der niederländische Goldbestand hat in der Zeit von August 1940 bis Juni 1943 verschiedentlich abgenommen, insgesamt um 250 Millionen hfl oder um den Gegenwert von 330 Millionen RM. Am 5. Juli 1943 wurden einige Änderungen im Ausweis der Niederländischen Bank vorgenommen; der Goldbesitz nahm um 46 Millionen hfl zu, offenbar durch eine Übertragung von dem Posten „Sonstige Aktiva".

die Landeswährung vielfach gegen Reichsmark-Clearingforderungen beschafft wurde. Diese Tätigkeit scheint 1942 erheblich nachgelassen zu haben, da sie in den betreffenden Ländern eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hatte. In Rumänien und Bulgarien fand eine Bestandsaufnahme ausländischer Anlagen statt; in Bulgarien wurde ein neues Gesetz über Aktiengesellschaften eingebracht, auf Grund dessen Gesellschaften, deren Kapital sich zu mehr als der Hälfte in ausländischen Händen befindet, auf gerichtliche Anordnung hin liquidiert werden können. In Ungarn wurde zum erstenmal der Umfang der ausländischen Beteiligung an ungarischen Gesellschaften veröffentlicht. Eine Verordnung über die Anlage ausländischen Kapitals in Italien wurde im Oktober 1942 zum Gesetz erhoben; amtlich wurde erklärt, es sei nicht beabsichtigt, ausländisches Kapital überhaupt auszuschließen, sein Zufluß solle nur entsprechend den Erfordernissen des Landes geregelt werden; insbesondere sollte ohne besondere Genehmigung der Ankauf von Gebäuden und Industrieunternehmungen in Italien oder von Aktien italienischer Handels- und Industriegesellschaften mit ausländischem Kapital verboten sein.

Außer den auf Seite 172 erwähnten Rückzahlungen der rumänischen Regierung wurde die Abdeckung weiterer rumänischer Schulden gegenüber Deutschland vereinbart, und im Mai 1943 wurde die Mobilisierung bestimmter rumänischer Anleihen, die sich in deutschen Händen befinden, von der Reichsbank angeordnet.

Die ungarische Regierung leistete 1942 besondere Zahlungen, „wie sie unter normalen Verhältnissen nicht stattgefunden hätten"; dazu gehörte insbesondere die Tilgung des ungarischen Anteils an den alten tschechoslowakischen und jugoslawischen Staatsschulden sowie die Rückzahlung bestimmter Kronen- und Markschulden Österreich-Ungarns aus der Zeit vor 1918, die in Deutschland untergebracht waren. Im August 1943 fand ein weiterer Aufruf ungarischer Schuldverschreibungen und Zinsscheine in Deutschland statt. Ferner wird berichtet, daß zwischen deutschen und ungarischen Banken Vereinbarungen über den Rückkauf ungarischer Aktien aus deutschem Besitz getroffen wurden und daß diese Transaktionen Anfang 1943 begannen; der Umfang des Abkommens ist noch nicht bekannt, Kapitalbeteiligungen scheinen aber ausgeschlossen zu sein.

In den zweieinhalb Monaten bis Mitte August 1942 nahm der Reichsmarkbesitz der Bulgarischen Nationalbank um rund 50 Millionen ab, eine Bewegung, die zum mindesten teilweise auf der Rückgabe in Deutschland befindlicher bulgarischer Staatspapiere aus den Jahren 1892 bis 1909 beruht, deren Mobilisierung von der Reichsbank im September 1942 angeordnet wurde.

c) Erteilung von Aufträgen nach Deutschland.

Ein Verfahren, vorhandenen Reichsmarkguthaben eine bestimmte Verwendung zu geben, bestand darin, daß bedeutende Aufträge in Deutschland zur Lieferung nach dem Kriege vergeben wurden, z. B. von den rumänischen Eisenbahnen (auf Grund des Abkommens vom 4. Dezember 1940).

Eine weitere wichtige Vereinbarung dieser Art wurde im August 1942 bekanntgegeben; es waren deutsche Sonderlieferungen von Maschinen, Werkzeugen, Rohstoffen usw. an amtliche Stellen in Bulgarien im Gegenwartswert von insgesamt 12 Milliarden Lewa (360 Millionen Reichsmark) zu bewirken; die Pläne sahen Lieferungszeiten von 2 bis 2½ Jahren vor, so daß mit dem Eintreffen des Materials in Bulgarien etwa Ende 1944 gerechnet wurde. Im April 1943 wurde erklärt, daß die nach Deutschland gelegten bulgarischen Aufträge 20 Milliarden Lewa (600 Millionen Reichsmark) erreicht hätten. Im September 1943 wurde das rumänische Finanzministerium ermächtigt, von der Nationalbank 200 Millionen Reichsmark zur Regelung von Ansprüchen aus in Deutschland erteilten Rüstungsaufträgen und anderen Bestellungen zu übernehmen. Die Vergebung ähnlicher Aufträge stand auch in Ungarn zur Erörterung.

Die besetzten Gebiete leisteten Beiträge zur deutschen Kriegswirtschaft auch in Gestalt von Zahlungen an die deutschen (in weit geringerem Ausmaß auch an die italienischen) Behörden für Besatzungskosten und ähnliche Lasten wie Einquartierung von Truppen und Requisitionen. Um die Bedeutung auch dieses Faktors zu zeigen, wurde die folgende Tabelle für vier Länder zusammengestellt, für welche Angaben zur Verfügung stehen.

Das Anwachsen der Clearingforderungen
und die Zahlung der Besatzungskosten 1940–42

Land	Jährliche Summen									Gesamtbeträge		
	1940			1941			1942			1940 bis 1942		
	Clearingforderungen	Besatzungskosten	Zusammen	Clearingforderungen	Besatzungskosten	Zusammen	Clearingforderungen	Besatzungskosten	Zusammen	Clearingforderungen	Besatzungskosten	Zusammen
	in Millionen Reichsmark[1]											
Frankreich .	150	2.000	2.150	600	5.500	6.100	1.650	8.600	10.250	2.400	16.100	18.500
Belgien . .	250	350	600	680	1.300	1.980	1.480	1.500	2.980	2.410	3.150	5.560
Niederlande	160	500	660	1.250	1.600	2.850	1.400	2.000	3.400	2.810	4.100	6.910
Dänemark .	190	200	390	210	210	420	170	260	430	570	670	1.240
Zusammen	750	3.050	3.800	2.740	8.610	11.350	4.700	12.360	17.060	8.190	24.020	32.210

[1] Die Ziffern sind auf die nächsten 10 Millionen abgerundet.

Anmerkung: Die Zahlen für die Clearingforderungen sind nach früheren Angaben wiederholt. Für die Niederlande ist der im April 1942 durch das Schatzamt übernommene Betrag berücksichtigt.

Bei den Besatzungskosten wurde die Tabelle aus folgenden Unterlagen zusammengestellt: die in Frankreich für Besatzungskosten tatsächlich gezahlten Beträge (vom 25. Juni 1940 bis zum 10. Mai 1941 täglich 400 Millionen Franken, seit dem 11. Mai 1941 täglich 300 Millionen Franken), umgerechnet zu 20 Franken = 1 RM, beliefen sich 1940 auf 4 Milliarden RM, 1941 auf 6.075 Millionen RM und 1942 auf 5.475 Millionen RM. Die tatsächlich in Anspruch genommenen (d. h. von den Konten bei der Bank von Frankreich abgezogenen) Beträge bezifferten sich 1940 auf 1,73 Milliarden RM, 1941 auf 5.116 Millionen RM und 1942 auf 7.861 Millionen RM. Die Requisitionen und Einquartierungskosten usw. wurden 1941 mit 375 Millionen RM angegeben und sind für 1942 mit 750 Millionen RM verbucht. In der Übersicht wurden die tatsächlich in Anspruch genommenen Beträge zuzüglich Requisitionen angegeben (mit einem Zuschlag für die Requisitionen im Jahre 1940).

Für Belgien gibt der Haushalt für 1941 die Besatzungskosten mit 1.212 Millionen RM und die Kosten für Einquartierung u. dgl. mit 92 Millionen RM an. Die Beträge für Besatzungskosten in den Niederlanden beruhen auf der für 1941 gegebenen, nicht amtlichen Schätzung von 100 Millionen Gulden monatlich. Sowohl für Belgien wie für Holland sind die Zahlen für 1940 und 1942 Schätzungen, die u. a. auf den für 1941 vorhandenen Ziffern beruhen. Für Dänemark zeigt die Statistik das Anwachsen der Reichsmarkforderungen infolge von Vorschüssen an die Besatzungsbehörden (im Ausweis der Nationalbank unter „Sonstige Aktiva" gebucht).

Die von diesen vier Ländern — Frankreich, Belgien, Niederlande und Dänemark — im Verrechnungsverkehr und durch Zahlung von Besatzungskosten jährlich beigesteuerten Beträge stiegen von 3,8 Milliarden Reichsmark im Jahre 1940 (dessen zweite Hälfte allein in Frage kam) auf 11,3 Milliarden für 1941 und auf 17,1 Milliarden im Jahre 1942. Von dem Gesamtbetrag von mehr als 32 Milliarden Reichsmark in den zweieinhalb Jahren bis Ende 1942 entfielen drei Viertel auf Besatzungskosten, während ein Viertel über die Verrechnungskonten ging; zwei Drittel der Besatzungskosten zahlte Frankreich, das restliche Drittel die anderen drei Länder zusammen. Schätzungen für die ersten neun Monate 1943, wie sie die folgende Tabelle enthält, ergeben für diese vier Länder einen Jahresbetrag von mehr als 20 Milliarden Reichsmark.

Auch andere Länder in Europa zahlen Besatzungskosten, doch sind die Angaben darüber lückenhaft. Die gesamten bei der Bank von Norwegen von den Besatzungsbehörden aufgenommenen Kredite sollen nach Schätzungen unterrichteter Kreise von 1,5 Milliarden norwegische Kronen im Dezember 1940 auf 3,8 Milliarden im Dezember 1941 und auf mehr als 6 Milliarden Kronen im Dezember 1942 gestiegen sein, d.h. auf rund 3,5 Milliarden Reichsmark; dem steht im Verrechnungsverkehr eine geringe Schuld an Deutschland gegenüber, die indessen auf Einfuhren der Besatzungstruppen beruht. Die Vorschüsse der Bank von Griechenland im Verrechnungsverkehr und für die Besatzungskosten hatten sich Ende 1942 (seit April 1941) zusammen auf einen Betrag von rund 200 Milliarden Drachmen erhöht (Gegenwert von 3,33 Milliarden Reichsmark zum amtlichen Kurs von 60 Drachmen = 1 Reichsmark, ein Betrag, dessen Höhe durch die bedeutende Preissteigerung in Griechenland bedingt ist). In dem ersten von der Kroatischen Staatsbank veröffentlichten Ausweis für April 1943 erschienen „Forderungen an das Ausland", die auf Vorschüssen an die verbündeten Heere beruhten, in Höhe von 2.750 Millionen Kuna; bis Ende September 1943 waren diese Forderungen auf 9.020 Millionen angewachsen. Auch Serbien leistet Zahlungen für die dort stehenden Truppen, ihre Höhe ist jedoch nicht bekannt.

Das Anwachsen der Clearingforderungen und die Zahlung von Besatzungskosten

Schätzung für 1943 (neun Monate)

Land	Januar-September 1943		
	Clearingforderungen	Besatzungskosten	Zusammen
	in Millionen Reichsmark		
Frankreich . . .	2.000	7.800	9.800
Belgien	1.400	1.300	2.700
Holland	1.200	1.600	2.800
Dänemark . . .	300	350	650
Zusammen . .	4.900	11.050	15.950

Einschließlich der Kriegsbeiträge des Generalgouvernements und des Protektorats Böhmen und Mähren, aber ohne die gesamten Abgaben der besetzten Teile Rußlands dürfte Deutschland nach den vorliegenden Berichten in den zweieinhalb Jahren bis Ende 1942 von europäischen Ländern rund 45–50 Milliarden Reichsmark[1] als Besatzungskosten und im Verrechnungsverkehr

[1] Dr. Günter Keiser gab im „Bank-Archiv" vom 15. Februar 1942 für sämtliche Länder im Jahre 1941 einen Gesamtbetrag von 15—17 Milliarden RM an. Auf die in der Tabelle auf der vorhergehenden Seite enthaltenen vier Länder entfallen also etwa drei Viertel der Summe für das genannte Jahr.

erhalten haben. Von der Gesamtsumme stellen etwa zwei Drittel Besatzungskosten dar, während für das restliche Drittel deutsche Schulden auf Verrechnungskonto eingegangen wurden.

Die Aufbringung dieser gewaltigen Summen hatte naturgemäß erhebliche währungspolitische Auswirkungen in den betreffenden Ländern. Um den gesamten amtlich finanzierten Betrag für jedes Land zu erhalten, muß man die Zahlungen für Besatzungskosten und die Clearingvorschüsse zu den Ausgaben des nationalen Haushalts hinzurechnen; die finanziell entscheidende Frage ist dann, welche Anteile von dem Gesamtbetrag durch Steuern (und andere laufende Einnahmen), durch Ausweitung des Bankkredits und durch direkte Inanspruchnahme der Zentralbank gedeckt sind. Das Verhältnis ist in den einzelnen Ländern verschieden, gewöhnlich trägt aber einen überragenden Teil der Lasten die Zentralbank. Es ist daher von Interesse, in welchem Grade einerseits die Zahlung von Besatzungskosten sowie das Anwachsen der Clearingforderungen, andererseits die Erhöhung des Notenumlaufs einander entsprechen, soweit die betreffenden Posten in den Bilanzen der Zentralbanken ausgewiesen werden; eine solche Übersicht gibt die folgende Tabelle.

Clearingforderungen, Besatzungskosten und Notenumlauf

Land	Auszahlungen für Clearingforderungen oder Besatzungskosten [1]		Erhöhung des Notenumlaufs		Auszahlungen in v. H. der Erhöhung des Notenumlaufs		Gesamtbetrag der Clearingforderungen (oder Besatzungskosten) in v. H. des Notenumlaufs		
	während des Jahres						am Jahresende		
	1941	1942	1941	1942	1941	1942	1940	1941	1942
	in Milliarden Einheiten der Landeswährung				in v. H.		in v. H.		
Belgien [2]	8,6	18,4	13,6	19,4	*63*	*95*	*9*	*24*	*44*
Bulgarien [3]	11,0	8,2	6,9	5,5	*159*	*149*	*51*	*107*	*119*
Dänemark [4]	0,88	0,69	0,10	0,14	*880*	*493*	*109*	*201*	*243*
Frankreich [5]	42,0	116,2	49,1	112,6	*86*	*103*	*37*	*53*	*55*
Niederlande	0,95	0,81	0,56	0,92	*170*	*88*	*8*	*49*	*62*
Ungarn	0,14	0,37	0,60	0,97	*23*	*38*	—	*7*	*17*
Rumänien	16,5	6,8	32,3	20,7	*51*	*33*	*1*	*18*	*20*
Slowakei	0,45	0,73	0,37	0,72	*122*	*101*	*24*	*42*	*57*
Böhmen und Mähren	5,1	4,4	2,9	4,7	*176*	*94*	*101*	*124*	*114*

[1] Soweit von der Zentralbank ausgewiesen. [2] Einschließlich der eingezogenen Reichskreditkassenscheine.
[3] Einschließlich der „Anlagen" in Reichsmark. Ohne diesen Posten hätten die Netto-Clearingforderungen Ende 1942 80 v. H. des Notenumlaufs betragen.
[4] Verrechnungsverkehr und Besatzungskosten zusammen.
[5] Besatzungskosten (*Nettobewegung der Sondervorschüsse der Bank von Frankreich und des Kontos der Reichskreditkassen* während des Jahres — siehe Seite 212).

Im Jahre 1942 bestand eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Anwachsen der Clearingforderungen und der Ausweitung des Notenumlaufs in Belgien, den Niederlanden, der Slowakei sowie in Böhmen und Mähren; in Frankreich war eine Parallelität mit der Zahlung der Besatzungskosten zu beobachten.

In Ungarn und Rumänien stieg der Notenumlauf im Jahre 1942 bedeutend stärker als die von der Zentralbank ausgewiesenen Clearingforderungen — das

bedeutet, daß der Zentralbankkredit auch aus anderen Gründen ausgeweitet wurde; ohne die Reichsmarkkäufe der Schatzämter in diesen Ländern wäre die Übereinstimmung aber größer gewesen. In Dänemark und Bulgarien dagegen hat sich der Notenumlauf weniger erhöht als die Clearingforderungen — in jedem dieser beiden Länder sind aber die „Sonstigen Verbindlichkeiten" der Zentralbank beträchtlich gestiegen, in Dänemark die Guthaben der Banken und in Bulgarien das Konto des Schatzamtes.

In Dänemark, Bulgarien sowie in Böhmen und Mähren war Ende 1942 der Gesamtbetrag der Clearingforderungen höher als die Notenausgabe; in den Niederlanden und der Slowakei betrugen die Clearingforderungen rund 60 v. H. der Notenausgabe, in Belgien über 40 v. H. und in Rumänien und Ungarn rund 20 v. H. In dieser Hinsicht erklärte einer der Vizepräsidenten der Deutschen Reichsbank[1], es sei die eigene Angelegenheit der einzelnen Länder, mit den kriegsbedingten Mangelerscheinungen fertig zu werden und die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, daß schädigende Rückwirkungen auf ihre Währung vermieden bleiben. Wie im zwölften Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erwähnt, wurde schon in verschiedener Weise versucht, die unerwünschten währungspolitischen Auswirkungen direkter Vorschüsse der Zentralbanken zur Finanzierung von Clearingforderungen und Besatzungskosten auszugleichen. In Dänemark, wo die Zunahme des Notenumlaufs am wenigsten ausgeprägt war, wurden Maßnahmen zur Bindung der Kassenreserven der Banken und zur Ausgabe von „Sterilisierungs"-Anleihen getroffen. In Böhmen und Mähren gab die Zentralbank mehrere Jahre lang verzinsliche Kassenscheine aus, um die überschüssigen Gelder am Markt abzuschöpfen; das niederländische Schatzamt übernahm einen Teil der Reichsmarkforderungen gegen Schatzscheine, welche die Niederländische Bank am Markt verkaufen kann. In Ungarn werden die Clearingforderungen teilweise von den Handelsbanken finanziert, und in Belgien gingen die Bemühungen dahin, die Ausweitung durch Bezahlung der Forderungen von Exporteuren in gesperrten Schatzscheinen zu unterbinden. Näheres über die verschiedenen kreditpolitischen Maßnahmen, die von den einzelnen Ländern getroffen wurden, enthält Kapitel V.

Um den unerwünschten währungspolitischen Folgen entgegenzuwirken, bemühte man sich, das Anwachsen der Zentralbankvorschüsse einzudämmen; so haben z. B. die Zentralbanken in Ungarn, Bulgarien und Rumänien von Zeit zu Zeit ihren Ankauf von Reichsmarkbeträgen (namentlich aus der Kapitaleinfuhr) streng begrenzt. Vom Standpunkt der Geldausweitung ist es aber nutzlos, lediglich die eine Anlage der Zentralbank gegen eine andere auszuwechseln; das Austauschen von Clearingforderungen im Zentralbank-Ausweis gegen etwas anderes, sei es nun ein Schatzschein (wie in den Niederlanden) oder selbst Gold (wie in Rumänien), bringt keine Verminderung des Geldumlaufs mit sich (wenn es auch aus anderen Gründen erwünscht sein mag).

Eine gewisse Gegenwirkung gegen die Ausfuhrüberschüsse und mit ihnen auch gegen die Geldausweitung wird dadurch erzeugt, daß man die Exporteure

[1] E. Puhl, Die Stellung der Reichsmark im Südosten. Südost-Echo vom 16. Oktober 1942.

auf ihr Geld warten läßt, bis es durch den natürlichen Ablauf des Verrechnungsverkehrs frei wird, d. h. bis durch Einfuhrgeschäfte ein Ausgleich zustande kommt. Wie bereits in diesem Kapitel erwähnt, erhöhte sich die Frist für die Bezahlung der italienischen Ausfuhr nach Deutschland, die auf 50 Tage begrenzt worden war, 1942 auf mehr als 100 Tage; die Vereinbarung, welche die Wartezeit für Schweizer Ausfuhrfirmen im Verkehr mit Deutschland auf 90 Tage beschränkte, lief Ende 1942 ab[1]. Die spanischen und slowakischen Exporteure hatten bei der Ausfuhr nach Deutschland ebenfalls etwa 100 Tage auf die Auszahlung des Erlöses zu warten; auch in Schweden und Ungarn erhielten die Exporteure nicht mit Sicherheit sofortige Zahlung in ihrer heimischen Währung. Anfang 1943 wurden von Deutschland sowohl mit Italien wie mit Ungarn Verhandlungen eingeleitet, um die Auszahlung an die Ausfuhrfirmen in diesen Ländern zu beschleunigen.

Das Anwachsen der deutschen Clearingschulden beruht auf dem deutschen Einfuhrüberschuß nebst Fracht- und Versicherungskosten usw., auf Zahlungsverpflichtungen für deutsche Rüstungsaufträge an Lieferanten in den besetzten Gebieten sowie auf Zahlungen für die deutsche Wehrmacht und der Überweisung von Ersparnissen ausländischer Arbeiter[2] in Deutschland. Die Beschleunigung der Zunahme der deutschen Clearingschulden in den Jahren 1942 und 1943 ist nicht nur eine Folge der Verschärfung des Krieges, sondern weitgehend auch der gestiegenen Preise in den Ausfuhrländern.

Im Verrechnungsverkehr besteht ein offensichtlicher Interessenkonflikt zwischen den Gläubigern, die einführen, d. h. ihre Reichsmarkforderungen in Waren umwandeln wollen, und Deutschland, das den größtmöglichen Beitrag der europäischen Wirtschaft erstrebt. Zu dieser Frage hat einer der Vizepräsidenten der Deutschen Reichsbank erklärt[3], Deutschland wisse, daß seine wachsende Clearingverschuldung an andere Länder zum Teil mit Besorgnis betrachtet wird; man müsse sich aber darüber klar sein, daß Deutschland bei seiner Kriegführung gezwungen ist, auch auf die europäischen Hilfsquellen zurückzugreifen, so daß zur Zeit der volle gütermäßige Ausgleich zwischen den einzelnen Ländern notgedrungen zurückgestellt werden müsse.

Es gibt jedoch noch einen weiteren, weniger offenkundigen Widerstreit zwischen den deutschen Interessen selbst. In dem Bestreben, Reibungen im Clearingverkehr zu vermeiden und die Zahlungen an die ausländischen Exporteure sofort in ihrer Landeswährung zu leisten (so daß die Ausfuhrfirmen in ihrer Geschäftstätigkeit nicht dadurch behindert werden, daß ihre Mittel auf unbestimmte Zeit im Verrechnungsverkehr festliegen), wird der Clearingverkehr in fast allen Ländern unmittelbar von der Zentralbank finanziert. Das bedeutet, daß der Zentralbankkredit und im allgemeinen auch der Notenumlauf

---

[1] Das neue, am 1. Oktober 1943 unterzeichnete Abkommen sah die allmähliche Verlängerung der Wartezeit bis auf neun Monate oder 270 Tage vor.

[2] Die Überweisungen von ausländischen Arbeitern durch die deutschen Devisenbanken beliefen sich 1940 auf 120 Millionen RM, 1941 auf 383 Millionen RM, 1942 auf 606 Millionen RM und in den ersten vier Monaten des Jahres 1943 auf 230 Millionen RM, im ganzen also auf 1.339 Millionen RM. Hierbei handelt es sich nur um Überweisungen durch die Banken von zwölf Ländern; ausgenommen sind die Niederlande sowie Böhmen und Mähren (gegen welche keine Devisengrenze besteht), ferner Rumänien, Kroatien, die Baltischen Staaten und schließlich die Ukraine und Weißrußland (bei denen andere Zahlungsmethoden angewandt wurden).

[3] In dem bereits auf der vorigen Seite erwähnten Aufsatz im Südost-Echo.

mehr oder weniger gleichlaufend mit den Clearingguthaben steigen (wie oben gezeigt wurde). Bei der beträchtlichen Höhe dieser Forderungen, berechnet in der Währung der Gläubigerländer, und dem verhältnismäßig geringen Umfang ihrer Kapitalmärkte ist es immer schwieriger geworden, einen nennenswerten Teil dieser Forderungen außerhalb der Zentralbank zu finanzieren, so daß die unerwünschten währungspolitischen Auswirkungen der Anhäufung von Clearingforderungen in den Gläubigerländern sich also verschärften. Erhöhter Notenumlauf zur Finanzierung der Clearingforderungen (und Besatzungskosten) in Verbindung mit sinkender Inlandserzeugung und abnehmender Einfuhr waren dann die Ursache rasch steigender Preise und Kurse, einer Suche nach „Sachwerten" und anderer Inflationsanzeichen. Höhere Preise in großen Teilen Europas müssen aber die deutsche Einfuhr verteuern, und die Mobilisierung von Hilfsmitteln für Deutschland kann durch die sozialen Einflüsse einer kumulativen Inflation ernstlich gefährdet werden.

Die Gegenmaßnahmen, die auf diesem Gebiete getroffen wurden, sind der Preisstop und die Stabilisierung der Devisenkurse. Wenn sich auch ein europäischer Preisstop für sämtliche Güter als unmöglich erwiesen hat, so konnte doch wenigstens ein Preisstop für Außenhandelswaren angestrebt werden. Die meisten neuen Verrechnungs- und Handelsabkommen (die häufig nur für jeweils wenige Monate getroffen werden) enthalten Bestimmungen, welche die Preise der wichtigeren Austauschgüter festlegen; außerdem wurden Maßnahmen ergriffen, um durch Einsatz von Sondermitteln zu einem Preisausgleich zu gelangen. Ferner wurden, wie der Jahresbericht der Deutschen Reichsbank ausführt, trotz einer Schmälerung der Kaufkraft in einigen Ländern durch Preis- und Lohnsteigerungen oder aus anderen Gründen die Devisenkurse nicht angepaßt, weil Deutschland die Bemühungen dieser Länder um die Stabilerhaltung des Wertes ihrer Währungen unterstützen will.

Demnach ergeben sich aus der Clearinglage zwei Probleme, die Deutschland und die Clearinggläubiger gleichermaßen berühren: die viel erörterte Frage der künftigen Rückzahlung und das näherliegende Problem der Inflation in der Gegenwart.

V. DIE STAATSFINANZEN, KREDITMÄRKTE UND AKTIENBÖRSEN

1. DIE STAATSFINANZEN UND KREDITMÄRKTE

Die Methoden der Kriegsfinanzierung haben im vergangenen Jahr im ganzen gesehen keine auffallenden Veränderungen erfahren, doch führt die lange Dauer des Krieges zu beträchtlichen Anspannungen, von denen in einigen Fällen Anzeichen sichtbar geworden sind. Das eigentliche Problem ist immer die Abschöpfung der durch Staatsausgaben geschaffenen überschüssigen Kaufkraft. Die Vereinigten Staaten und Japan haben neue und erhebliche Steuererhöhungen vorgenommen; dagegen standen in England und Deutschland, wo die Besteuerung bereits mehr oder weniger die Grenzen des Möglichen erreicht hatte, andere Methoden der Abschöpfung im Vordergrund: in England (wie übrigens auch in den Vereinigten Staaten) sind mit großem Nachdruck Werbefeldzüge für das Sparen („savings campaigns") durchgeführt worden, und in Deutschland wurden Maßnahmen ergriffen, um Sondereinnahmen zu erlangen und um den Staat der Vorlage von Betriebskapital an die Rüstungsindustrie zu entheben. In den genannten vier Ländern sind die Zinssätze für lang- und mittelfristige Staatsanleihen während der Berichtszeit unverändert geblieben, und zwar betrugen sie etwa 3½ v. H. in Deutschland und Japan, 2½ v. H. in England und 2–2½ v. H. in den Vereinigten Staaten. Zeichen von Anspannung waren deutlicher in Italien zu erkennen, wo ein kleinerer Teil der Staatsausgaben durch Steuern gedeckt wurde als in den anderen kriegführenden Ländern und wo Anfang 1943 bei der Emission eines neuen dreijährigen Staatspapiers eine Rendite von mehr als 6 v. H. ohne Steuerabzug geboten wurde. Die anderen europäischen Länder hatten neben der Deckung ihrer eigenen Staatsausgaben verschiedentlich Besatzungskosten und Clearingvorschüsse an Deutschland zu finanzieren; der schwerste Fall von Inflation lag in Griechenland vor.

Einen rohen Maßstab für den Erfolg der Bestrebungen zur Abschöpfung der überschüssigen Kaufkraft bietet der Grad der Ausweitung des Notenumlaufs, die in Kapitel VI untersucht wird. Die folgenden Ausführungen bringen zunächst Einzelheiten über die interessanteren Fälle der finanziellen Entwicklung.

In Deutschland wurde die Zunahme der öffentlichen Schuld vom Herbst 1942 bis zum Frühjahr 1943 durch besondere Maßnahmen etwas verlangsamt. Diese erfolgten in den beiden Richtungen einer Kürzung der Ausgaben durch Einschränkung der Vorschußzahlungen bei Rüstungsaufträgen und einer Erhöhung der Einnahmen mit Hilfe einer Ablösung der Gebäudeentschuldungssteuer.

Von Kriegsbeginn an waren die Rüstungsaufträge bis zu 60 v. H. und mehr durch zinsfreie Staatsvorschüsse finanziert worden, deren Gesamtbetrag zeitweise etwa 5 Milliarden Reichsmark erreichte (während die zu demselben

Zweck ausgegebenen Wehrmachtverpflichtungsscheine[1] bei einem durchschnittlichen Umlauf von nur 300 Millionen Reichsmark weit geringere Bedeutung hatten); für Teillieferungen waren auch Teilzahlungen geleistet worden.

Das Verfahren der Teilzahlungen blieb bestehen, aber die Vorschußzahlungen wurden vom 1. Oktober 1942 an erheblich verringert mit dem Ziel ihrer allgemeinen Einstellung nach einer Übergangszeit von sechs Monaten. Nach Ablauf dieser Zwischenzeit sollten die Auftragnehmer ihre eigenen Mittel in vollem Umfange heranziehen und darüber hinaus erforderliche Beträge sich durch Bankkredite beschaffen. Den Banken können alle aus diesen Aufträgen entstehenden Forderungen in vereinfachter Form als Sicherheit abgetreten werden. Findet eine Bank diese Abtretung und etwaige andere ihr verpfändete Sicherheiten zur Deckung des Kredites nicht genügend, so kann sie noch eine Staatsgarantie bis zu 30 v. H. der Auftragssumme verlangen (für welche die Bank dem Reich 1 v. H. jährlich von dem in Anspruch genommenen Kredit zu zahlen hat). Es wurde geschätzt, daß ungefähr die Hälfte der erwähnten Summe von 5 Milliarden Reichsmark von den Auftragnehmern aus ihren eigenen Mitteln aufgebracht werden könnte, während die andere Hälfte bei den Banken entliehen werden müßte.

Die allmähliche Abschaffung der Vorschußzahlungen im Laufe von sechs Monaten hätte für die Reichskasse während der Übergangszeit eine Entlastung von monatlich etwa 800 Millionen Reichsmark bedeutet. Amtliche Zahlen sind nicht veröffentlicht worden, doch wurde berichtet, daß in der Praxis viele Ausnahmen von der Regel gemacht wurden, besonders in jenen Industriezweigen, wo Vorschußzahlungen auch im Frieden üblich waren, und gegenüber Firmen, die infolge des geringen Umfangs ihrer Kapitalmittel im Verhältnis zu ihrem Umsatz im Kriege nur mit Schwierigkeit Bankkredit erhalten könnten. Die Entlastung der Reichskasse blieb daher hinter der oben erwähnten Ziffer zurück.

Die zweite außerordentliche Maßnahme war die Ablösung der Gebäudeentschuldungssteuer durch eine Pauschalzahlung. Diese Steuer war dem Hausbesitz ursprünglich im Jahre 1926 auferlegt worden, nachdem die Inflation die Last der Hypothekenschulden vermindert hatte; sie wurde von den Ländern des Reiches meist unter dem Namen „Hauszinssteuer" erhoben.

Durch Verordnung vom 31. Juli 1942 wurde die Hauszinssteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1943 abgeschafft; die Länder sind seitdem ohne eigene steuerliche Einnahmequelle, und über einen Ausgleich wurde noch nichts bekanntgegeben[2]. Die Hauseigentümer hatten per 31. Dezember 1942 eine einmalige Abgeltungszahlung in bar an das Reich in Höhe der zehnfachen jährlichen Steuer, d. h. im Gegenwartswert von 13¼ Jahreszahlungen zu leisten, wobei allerdings gewisse Erleichterungen vorgesehen waren. Besondere Steuer-

[1] Diese Wehrmachtverpflichtungsscheine, welche verschiedentlich zur Vorfinanzierung benutzt wurden, waren in Wirklichkeit unverzinsliche Schatzanweisungen mit verschiedenen Laufzeiten. Sie waren nicht lombardfähig, die Banken nahmen sie aber von der Industrie mit 3–3½ v. H. zum Diskont herein.

[2] Die Gesamtausgaben der Länder beliefen sich auf ungefähr 3 Milliarden RM und ihr reiner Finanzbedarf nach Abzug verschiedener Einkünfte auf 2,6 Milliarden RM, so daß die Hauszinssteuer von verhältnismäßig erheblicher Bedeutung war. Die letzten erhältlichen amtlichen Ziffern für die Hauszinssteuer sind von 1940 und zeigen einen Gesamtbetrag von 842 Millionen RM, davon zahlte Preußen 511 Millionen RM und Berlin allein 148 Millionen RM.

vergünstigungen wurden den Steuerpflichtigen gewährt, wenn sie die Barzahlung aus vorhandenen eigenen Mitteln leisteten (z. B. durch Abhebung von Bankguthaben oder Verkauf von Wertpapieren) oder private Kredite bei Verwandten und Freunden, bei Banken oder gegen eine gewöhnliche Hypothek aufnahmen. Andererseits konnten die Hauseigentümer auch die Steuerzahlung ganz oder teilweise durch amtliche „Abgeltungsdarlehen" von Hypothekenbanken, Bodenkreditinstituten, Sparkassen oder Versicherungsgesellschaften decken; diese Darlehen sind jährlich mit 4½ v. H. zu verzinsen und mit 4 v. H. des ursprünglichen Kreditbetrages zu tilgen, so daß die Jahresleistungen 85 v. H. der früheren jährlichen Steuer betragen und sich auf 17 Jahre erstrecken. Es wurde erwartet, daß die Versicherungsgesellschaften und Sparkassen solche Darlehen aus vorhandenen Mitteln und den regelmäßigen Eingängen aus Prämien und dem Einlagenzufluß geben würden; die Hypothekenbanken und Bodenkreditinstitute, deren Einnahmen aus neuen Mitteln kleiner waren, durften besondere Pfandbriefe auf den Markt bringen.

Die gesamten Einnahmen des Reiches aus der Ablösung hätten ohne die bewilligten Ausnahmen, bei denen Kriegsschäden und andere Umstände berücksichtigt wurden, etwa 8,5 Milliarden Reichsmark betragen; der tatsächliche Ertrag wurde auf 7,75 Milliarden Reichsmark[1] geschätzt, von denen wahrscheinlich etwa 3,6 Milliarden mit Hilfe von Abgeltungsdarlehen und etwas mehr als 4 Milliarden in anderer Weise bezahlt wurden. Die ersten Abgeltungspfandbriefe wurden im Oktober 1942 ausgegeben, und bis zum Frühjahr 1943 waren insgesamt für etwa 1,1 Milliarde Reichsmark solcher 4prozentigen Pfandbriefe zum festgesetzten Kurse von 102½ ausgegeben.

Obgleich die Ablösungszahlungen durch die Steuerpflichtigen bis zum 31. Dezember 1942 geleistet werden sollten, wurden zur Schonung des Geldmarktes am Jahresende technische Maßnahmen ergriffen, so daß ein großer Teil der Erlöse (schätzungsweise 4 Milliarden Reichsmark) von den Banken erst im Laufe der ersten Hälfte des Januar 1943 an das Reich abgeführt wurde.

Haushaltsrechnungen werden in Deutschland seit zehn Jahren nicht veröffentlicht, doch liegen einige Angaben über die Einnahmen vor, die gestatten, mit einer gewissen Genauigkeit auch die Ausgaben zu schätzen. Diese Schätzungen sind allerdings im Berichtsjahr ebenfalls schwieriger geworden; die Statistik der ordentlichen Steuereinkünfte wird seit März 1942 nicht mehr veröffentlicht, die Zahlung der Hauszinssteuer-Ablösung erstreckte sich über das Jahresende hinaus, und über die anderen laufenden Einkünfte außer den Steuern sind nur wenige Angaben veröffentlicht. Durch Verbindung aller über Steuereinnahmen, andere laufende Einkünfte und die Kreditaufnahme vorliegenden Informationen ist jedoch versucht worden, ein Bild zu geben, das so vollständig ist, wie es die lückenhaften Unterlagen erlauben.

---

[1] Eine gewisse Bestätigung dieser Ziffer ergibt sich aus der Bewegung der Reichsschulden. Die Gesamtschuld stieg im Oktober um 5,18 und im November um 6,59 Milliarden RM, d. h. in beiden Monaten zusammen um 11,77 Milliarden RM; im Dezember belief sich der Zuwachs auf 4,13 Milliarden RM, während im Januar eine Verminderung um 0,08 Milliarden RM eintrat, so daß der Netto-Anstieg für diese zwei Monate 4,05 Milliarden RM ausmachte. Der Unterschied von 7,72 Milliarden RM zwischen den beiden Zeiträumen entspricht ungefähr dem Ertrag der Hauszinssteuer-Ablösung. Im Februar 1943 wurde die frühere Zuwachsrate mit 6,4 Milliarden RM wieder aufgenommen, ein Anzeichen dafür, daß die Hauszinssteuer-Ablösung beendet war.

In großen Zügen läßt sich sagen, daß die gesamten Haushaltseinnahmen des Reiches und daher auch die gesamten Ausgaben von 75 Milliarden Reichsmark 1940/41 auf annähernd 100 Milliarden 1941/42 und auf mehr als 120 Milliarden Reichsmark 1942/43 gestiegen sind, wobei die Rechnungsjahre jeweils mit dem Monat März enden; die Ausgaben für zivile Zwecke wurden im September 1941 amtlich auf jährlich 20 Milliarden Reichsmark beziffert. Die gesamten Einnahmen aus Steuern und anderen laufenden Einkünften stiegen von 37 Milliarden Reichsmark 1940/41 auf 47 Milliarden 1941/42 und 68 Milliarden 1942/43. Das ordentliche Steueraufkommen war 1942/43 mit 34,7 Milliarden um 7 v. H. höher als 1941/42, während der jährliche Anstieg im ersten Jahre des Krieges 33 v. H. betragen hatte. Wenn man aber die außerordentlichen Einnahmen aus der Hauszinssteuer-Ablösung im Jahre 1942/43 hinzurechnet, ergibt sich gegenüber 1941/42 ein absolutes Mehr von 10 Milliarden, verglichen mit 5 Milliarden im Vorjahr. Die anderen laufenden Einkünfte stiegen ebenfalls beträchtlich, insbesondere durch die Zahlung von Besatzungskosten, wie die Tabelle zeigt.

Haushaltseinnahmen des Reiches

Zeit	Steuern [1]	Andere laufende Einnahmen: innere [2]	Andere laufende Einnahmen: äußere [3]	Gesamte laufende Einnahmen	Kreditaufnahme	Gesamte Haushaltseinnahmen
	in Milliarden Reichsmark					
Rechnungsjahr						
1940/41	27,2	3,3	6,5	37,0	37,8	74,8
1941/42	32,3	3,6	11,0	46,9	52,1	99,0
1942/43	42,4	4,0	22,0	68,4	55,8	124,2
Kalenderjahr						
1940	26,2	2,9	4,0	33,1	33,7	66,8
1941	30,7	3,4	10,0	44,1	48,9	93,0
1942	37,8	3,9	19,0	60,7	57,2	117,9

[1] Amtliche vierteljährliche Statistik bis März 1942. Für das Haushaltsjahr 1942/43 ist die im November 1943 vom Staatssekretär im Reichsfinanzministerium genannte Zahl von 34,7 Milliarden RM, vermehrt um 7,7 Milliarden RM aus der Hauszinssteuer-Ablösung, eingesetzt. Die ordentlichen Steuereinkünfte für das Kalenderjahr 1942 dürften etwa 34,1 Milliarden RM betragen; zusammen mit den bis zum 31. Dezember 1942 für die Hauszinssteuer-Ablösung schätzungsweise eingegangenen 3,7 Milliarden RM ergeben sich die 37,8 Milliarden RM in der Tabelle. Wie oben dargelegt, ist ein Teil der Hauszinssteuer-Ablösung in Wirklichkeit durch Kreditaufnahme gedeckt worden, aber es ist nicht leicht, eine entsprechende Berichtigung der Zahlen vorzunehmen.

[2] Schätzungen auf Grund bekannter Zahlen für die laufenden Einkünfte aus dem Inland in früheren Jahren.

[3] Runde Zahlen (gestützt u. a. auf die Angaben in Kapitel IV) für die von den besetzten Gebieten bezahlten Besatzungskosten *einschließlich der Kriegsbeiträge Böhmens und Mährens sowie des Generalgouvernements.* Nach den amtlichen (vom Staatssekretär im Reichsfinanzministerium mitgeteilten) Zahlen betragen die gesamten inneren und äußeren laufenden Einnahmen außer den Steuereinnahmen 1941/42 etwa 14 Milliarden RM und 1942/43 rund 26 Milliarden RM.

Die gesamte Kreditaufnahme des Reiches stieg von 38 Milliarden Reichsmark 1940/41 auf 52 Milliarden 1941/42 und auf 56 Milliarden Reichsmark 1942/43. Die jährliche Vergrößerung des aufgenommenen Betrages war somit 1942/43 niedriger als vorher; dies beruhte auf zwei Umständen, nämlich einer geringeren Zunahme der Ausgaben und einer stärkeren Erhöhung der laufenden Einnahmen (durch die Hauszinssteuer-Ablösung und die Besatzungskosten). Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Kreditaufnahme des Reiches in den letzten drei Jahren.

Zunahme oder Abnahme (—) der Reichsschuld[1]

Zeit	Lang- und mittelfristig			Kurzfristig				Gesamte Aufnahme von Kassenmitteln	Reichskreditkassendarlehen	Insgesamt
	Schatzanweisungen (netto)[2]	Liquiditäts-Anleihen (netto)[2]	Insgesamt (netto)[3]	Reichsbank (Betriebskredit)	Schatzwechsel und -anweisungen	Steuergutscheine	Insgesamt (netto)[4]			
	in Millionen Reichsmark									
1940 April–Juni	2.000	1.766	3.715	370	3.726	— 387	3.784	7.499	634	8.133
Juli–Sept.	2.383	1.696	4.079	— 59	4.738	— 59	4.620	8.699	875	9.574
Okt.–Dez.	2.717	2.597	5.286	— 46	4.509	— 9	4.514	9.800	—	9.800
1941 Jan.–März	3.777	1.312	4.879	— 400	5.421	— 2	5.019	9.898	411	10.309
1941 April–Juni	3.479	1.251	4.585	719	5.420	— 1	6.203	10.788	664	11.452
Juli–Sept.	2.714	2.721	5.398	— 139	6.700	— 2	6.559	11.957	1.168	13.125
Okt.–Dez.	3.652	2.553	6.183	134	6.982	— 1	7.115	13.298	764	14.062
1942 Jan.–März	3.829	2.745	7.102	— 445	5.909	— 1	5.613	12.715	751	13.466
1942 April–Juni	3.784	2.235	6.024	360	8.201	— 367	8.194	14.218	594	14.812
Juli–Sept.	2.618	1.461	4.046	123	10.003	—1.144	8.982	13.028	788	13.816
Okt.–Dez.	4.397	2.558	6.931	— 933	9.414	— 823	7.658	14.589	566	15.155
1943 Jan.–März	1.172	3.470	4.468	873	5.995	— 28	6.840	11.308	688	11.996
1943 April–Juni	3.453	2.583	5.994	— 83	12.025	— 7	11.935	17.929	361	18.290
Juli–Sept.	2.895	2.780	5.631	— 26	13.365	— 5	13.335	18.966	497	19.463
Rechnungsjahr										
1940/41	10.877	7.371	17.959	— 135	18.394	— 457	17.937	35.896	1.920	37.816
1941/42	13.674	9.270	23.268	269	25.011	— 5	25.490	48.758	3.347	52.105
1942/43	11.972	9.724	21.469	423	33.613	—2.362	31.674	53.143	2.636	55.779
Kalenderjahr										
1940	7.841	8.232	15.880	— 205	17.358	—1.124	16.279	32.159	1.508	33.667
1941	13.622	7.837	21.045	314	24.523	— 6	24.896	45.941	3.007	48.948
1942	14.628	8.999	24.103	— 896	33.527	—2.335	30.447	54.550	2.699	57.249
Gesamte Schuld Ende 1942	47.392	32.149	80.307	—	88.742	1.206	91.089	171.396	7.219	178.615[5]

[1] Der Tabelle liegt die ausführliche Statistik der Reichsschuld zugrunde, die regelmäßig jeden Monat veröffentlicht wird. Wiedergegeben ist die vierteljährliche Zu- oder Abnahme der Hauptposten, jedoch mit folgenden Abweichungen von den amtlichen Unterlagen: Zunächst sind nur die inländischen „neuen" Schulden, d.h. die seit 1924 begründeten, berücksichtigt. Zweitens sind, um die Netto-Aufnahme von Kassenmitteln zu erhalten, Emissionen ohne Eingang von Barmitteln und zu Entschädigungszwecken weggelassen worden, insbesondere die Emissionen zur Entschädigung deutscher Inhaber österreichischer Staatsanleihen und tschechoslowakischer Staatsanleihen. Es war allerdings nicht möglich, die Schatzanweisungen auszusondern, die zur Abfindung der deutschen Aktionäre der Österreichischen Nationalbank, der Bank von Danzig und der früheren Wertpapiersammelbanken sowie zur Umwandlung des deutschen Anteils an den jugoslawischen Regierungsanleihen ausgegeben wurden, da kein Unterschied zwischen diesen und den anderen am Markt begebenen Stücken gemacht wurde; der in Frage kommende Betrag dürfte jedoch nicht sehr bedeutend sein. Drittens wurden einige Umgruppierungen vorgenommen. Die Steuergutscheine von 1939 und Einlagen bei der Reichskasse (Betriebsanlage- und Warenbeschaffungs-Guthaben), welche amtlich „unter dem Strich", d.h. außerhalb der veröffentlichten Gesamtschuld ausgewiesen werden, sind hier unter die kurz- bzw. langfristigen Schulden aufgenommen. Die Darlehen von der Rentenbank (gegen welche Noten ausgegeben sind) stellen eine Art von Zentralbankkredit dar und wurden in Übereinstimmung mit dem in diesem Bericht auch bei andern Ländern gewählten Verfahren zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten übertragen (von den langfristigen in der veröffentlichten Übersicht). Andererseits stellt das Darlehen von den Reichskreditkassen, das in der amtlichen Statistik unter den kurzfristigen „sonstigen Darlehen" erscheint, eine ausländische Einnahmequelle dar; es ist daher aus der regelmäßigen kurzfristigen Verschuldung herausgenommen und in einer besonderen Spalte aufgeführt worden. Das Ergebnis dieser Änderungen ist besonders für 1942/43 erheblich: wie die Tabelle zeigt, beträgt der durch die Aussonderung des Reichskreditkassendarlehns und die Einbeziehung der (getilgten) Steuergutscheine entstehende Unterschied im ganzen mehr als 5 Milliarden RM im Jahr, um welche die kurzfristige Verschuldung in der Tabelle niedriger ist als nach der amtlichen Übersicht.

[2] Konversionen und Tilgungen sind von den laufenden Neuausgaben abgesetzt, u.a. die 1941 vorgenommene Rückzahlung der 5prozentigen Anleihe von 1927.

[3] Die Zahlen für die vierteljährliche und jährliche Kreditaufnahme verstehen sich netto, d.h. abzüglich der Tilgung und Einlösung der besonderen, nicht mit Eingang von Barmitteln verbundenen Kredite, die in den vorhergehenden Spalten nicht enthalten sind. Für 1942 enthält die Gesamtziffer auch 765 Millionen RM Einlagen bei der Reichskasse (Betriebsanlage- und Warenbeschaffungs-Guthaben).

[4] Darunter Darlehen von der Rentenbank: 252 Millionen RM für 1940, 65 Millionen RM für 1941 und 150 Millionen RM für 1942.

[5] Die Summe aller Verbindlichkeiten des Reiches am Ende des Jahres 1942 wurde amtlich mit 185,6 Milliarden RM angegeben; hiervon sind in der Tabelle nicht berücksichtigt 2,6 Milliarden RM „Altverschuldung", 1,2 Milliarden RM Auslandsschulden und 3,2 Milliarden RM Verpflichtungen aus Sonderemissionen und ohne Eingang von Kassenmitteln.

Der monatliche Durchschnittsbetrag der vom Reich im Kreditwege aufgenommenen Kassenmittel, der sich 1941/42 auf 4,1 Milliarden Reichsmark und 1942/43 auf 4,4 Milliarden stellte, ist neuerdings in rascherem Zeitmaß angestiegen: er erhöhte sich für das Vierteljahr April–Juni 1943 auf monatlich 6 Milliarden und für Juli–September desselben Jahres auf 6,3 Milliarden Reichsmark. Das Reich nimmt hauptsächlich in drei Formen Kredit auf: langfristig durch (verzinsliche) Schatzanweisungen und durch Liquiditäts-Anleihen, kurzfristig durch (unverzinsliche) Schatzanweisungen und Reichswechsel. Der Anteil der kurzfristigen Schuldaufnahme stieg von etwas mehr als 50 v. H. für die Jahre 1940/41 und 1941/42 auf 60 v. H. für 1942/43 und für das Vierteljahr Juli–September 1943 weiter auf 70 v. H.

Neue Formen von Anleihen sind in letzter Zeit nicht eingeführt worden, doch wurden die Ende 1941 geschaffenen Einrichtungen des „Eisernen Sparens" sowie der „Betriebsanlage-Guthaben" und „Warenbeschaffungs-Guthaben" beibehalten. Das „Eiserne Sparen", das eine Bildung von Sparguthaben bedeutet, die bis mindestens ein Jahr nach Kriegsende gesperrt sind, wurde für den Sparer noch günstiger gestaltet (durch Vergrößerung des Steuervorteils), technisch vereinfacht (besonders bezüglich der Zinsberechnung, die den Kreditinstituten sehr viel Mehrarbeit verursacht hatte) und mit Wirkung vom 1. Januar 1943 weiter ausgedehnt: der monatliche Mindestbetrag wurde ermäßigt und der Höchstbetrag allgemein von 26 auf 39 Reichsmark heraufgesetzt, während der Betrag, der von einmaligen Zuwendungen eisern gespart werden kann, auf insgesamt höchstens 1.000 Reichsmark im Jahr erhöht wurde. Die „Eisernen" Sparkonten haben jedoch nur einen kleinen Bruchteil der laufenden Ersparnisse gebunden, nämlich etwa 70–80 Millionen Reichsmark im Monat von einer Zunahme aller Spareinlagen um monatlich 1.750 Millionen im Jahre 1942; der Bestand der Eisernen Sparguthaben hatte Ende März 1943 die Summe von 1 Milliarde Reichsmark überschritten. Die Einzahlungen auf Betriebsanlage-Guthaben und ähnliche Guthaben bei der Reichskasse, die ebenfalls bis nach dem Kriege gebunden sind, ergaben innerhalb der ersten Frist, die bis zum 10. Januar 1942 lief, 710 Millionen Reichsmark. Eine zweite Einzahlung, die bis zum 30. April 1942 zugelassen war, ergab noch eine Summe von rund 50 Millionen Reichsmark; zu weiteren Einzahlungen ist nicht aufgefordert worden.

Im Jahre 1942 machte das deutsche System der staatlichen Kreditaufnahme, das auf Seite 201–202 des zwölften Jahresberichtes dargestellt wurde, weitere Fortschritte in der Richtung auf eine vollkommene Stückelosigkeit, d. h. auf die Ausgabe und Übertragung von Reichsanleihen ausschließlich durch Eintragung im Reichsschuldbuch ohne Ausgabe effektiver Anleihestücke oder anderer Urkunden (Ersatz des Wertpapiers durch das „Wertrecht"). Das System wurde während des Jahres vereinfacht und weiter ausgedehnt.

Der Berliner Kassenverein, der sich seit 1882 im Wertpapierdepotgeschäft und im stückelosen Übertragungsverkehr für die Banken spezialisiert hatte, wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1942 durch die Reichsbank übernommen, und

auch das Spezialgeschäft der anderen zehn Kassenvereine wurde bei der Reichsbank zentralisiert. Seit Januar 1943 ist die Reichsbank die einzige Wertpapiersammelbank in Deutschland, d. h. die alleinige Zentralstelle des Reiches für die Sammelverwahrung und den Verkehr mit Schuldbuchforderungen.

Dieser Verkehr erfuhr im Jahre 1942 zwei beachtliche Ausdehnungen. Erstens wurden vom 10. August an die unverzinslichen Schatzanweisungen mit längerer Laufzeit in das System der Sammelverwahrung einbezogen; es war dies das erste Geldmarktpapier, das in dieser Weise behandelt wurde. Zweitens wurde vom 17. August an das Verfahren bei der Ausgabe der verzinslichen Schatzanweisungen geändert. Früher mußten die Zeichner ausdrücklich erklären, ob sie effektive Stücke zu erhalten wünschten, oder ob sie sich mit einer Eintragung im Schuldbuch begnügten. Bei einer neuen Folge, deren Abgabe im August 1942 begann, wurden die „Schatzanweisungen" grundsätzlich als Anteile an Schuldbucheintragungen auf den Namen einer Sammelbank ausgegeben, während solche Zeichner, die effektive Stücke zu erhalten wünschten, einen besondern Antrag stellen und auf die Stücke warten mußten. Auf diese Weise steht mit wenigen unbedeutenden Ausnahmen diese ganze Anleihe im Reichsschuldbuch auf den Namen der Reichsbank (Wertpapiersammelbank) als Gläubiger; die Reichsbank führt Konten für die Banken, durch welche sie die Zeichnungen erhalten hat, und die Banken erkennen wiederum in ihren Büchern die einzelnen Geldgeber mit den von diesen gekauften Schatzanweisungen.

Es wird geltend gemacht, daß die Schuldbucheintragung außer einer großen Ersparnis für die Reichsschuldenverwaltung an Zeit, Arbeit und Material für den Geldgeber die Vorteile größerer Bequemlichkeit, geringerer Kosten und höherer Sicherheit gegen Verlust oder Diebstahl biete als die alte Methode der Ausgabe von Anleihestücken und Zinsscheinen wie in anderen Ländern. Ferner sei bemerkt, daß die Einführung solcher Schuldbuchforderungen an der Effektenbörse beschleunigt wurde; die Schatzanweisungen von 1942 Serie III sind schon zwölf Tage nach Schluß der Emission eingeführt worden, während bei der ersten Serie 4½ Monate vergangen waren, bevor sie notiert wurde.

Eine neue Verordnung vom 22. Dezember 1942 brachte eine wichtige Änderung des Gesetzes von 1937 über die Verwahrung von Wertpapieren; früher war die ausdrückliche Genehmigung des Eigentümers erforderlich, bevor seine einer Privatbank anvertrauten Wertpapiere in einem „Sammeldepot" zusammengefaßt werden konnten. Seit dem 1. Februar 1943 sind nun die Kreditinstitute berechtigt, die von ihnen verwahrten Wertpapiere ohne vorherige Zustimmung des Hinterlegers der Reichsbank (Wertpapiersammelbank) zur Sammelverwahrung anzuvertrauen. Diese Maßnahme zur Vereinfachung des Wertpapierverkehrs wurde besonders den Banken in den durch Luftangriffe gefährdeten Gebieten als Sicherung gegen Verlust oder Zerstörung empfohlen. Auf Grund der gegenwärtigen Entwicklung ist die Reichsbank im Begriff, allmählich sowohl die einzige Depotstelle für effektive Einzelstücke als auch die Zentralstelle für den gesamten Verkehr in Schuldbuchforderungen zu werden.

Das deutsche Verfahren der Ausgabe, Übertragung, Verzinsung und Tilgung von Anleihen einfach durch zentrale Buchungen, das seit Beginn des Krieges außerordentliche Fortschritte gemacht hat — der Reichsbank war zuerst durch das neue Gesetz von 1939 der Charakter einer Wertpapiersammelbank verliehen worden —, darf nicht nur als ein Kriegsnotbehelf betrachtet werden, sondern ist das Ergebnis einer zusammenhängenden Entwicklung, die sich über mehr als zehn Jahre erstreckt.

Die Ausweissumme der Deutschen Reichsbank stieg 1942 um fast 7 Milliarden Reichsmark gegen 6,5 Milliarden im Vorjahr; mehr als zwei Drittel der Erhöhung von 1942 entfiel auf das letzte Vierteljahr, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist.

Deutsche Reichsbank

Monatsende	Aktiva					Ausweissumme	Passiva		
	Kreditgewährung an das Reich				Alle anderen Anlagen		Noten	Fremde Gelder	Alle anderen Verbindlichkeiten
	Betriebskredit 1	Schatzwechsel 2	Reichsanleihen 3	insgesamt	4	5		6	
	In Millionen Reichsmark								
1939 August . . .	680	10.272	1.308	12.260	1.421	13.681	10.907	1.480	1.294
Dezember. .	785	11.392	1.197	13.374	1.820	15.194	11.798	2.018	1.378
1940 Dezember. .	580	15.419	389	16.388	1.602	17.990	14.033	2.561	1.396
1941 Dezember. .	895	21.656	391	22.942	1.524	24.466	19.325	3.649	1.492
1942 März	450	21.673	298	22.421	1.402	23.823	19.774	2.762	1.287
Juni	810	22.848	220	23.878	1.468	25.346	20.954	2.990	1.402
September .	933	23.996	272	25.201	1.416	26.617	22.037	2.985	1.595
Dezember. .	—	29.283	297	29.580	1.767	31.347	24.375	5.292	1.680
1943 März	873	27.869	125	28.867	1.567	30.434	24.697	4.340	1.397
Juni	790	30.890	68	31.748	1.494	33.242	26.650	4.881	1.711
September .	765	35.010	106	35.881	1.771	37.652	30.099	5.601	1.952

[1] Dieser Posten wird im Reichsbank-Ausweis nicht gesondert aufgeführt; die Zahlen sind den Übersichten über die Reichsschuld entnommen.

[2] Darunter auch kleine Beträge anderer Inlandswechsel und die Auslandswechsel. Der gesamte Wechselbestand der Reichsbank bei Ausbruch des Krieges belief sich auf 10–11 Milliarden RM und entsprach annähernd dem Gesamtbetrag der alten „Sonderwechsel", die sich damals vollständig im Besitz der Reichsbank befanden. Die Sonderwechsel hatten mit ihren Prolongationen ursprünglich eine Laufzeit von 5 Jahren, aber es kann wohl angenommen werden, daß ihre Einlösung den praktischen Bedürfnissen des Reiches und der Zentralbank angepaßt wurde (s. auch Fußnote zu S. 198). Da gewöhnliche Handelswechsel kaum noch vorhanden sind, darf angenommen werden, daß die Erhöhung des Bestandes der Reichsbank an „Wechseln und Schecks einschließlich Schatzwechseln" von 10 Milliarden RM im August 1939 auf fast 30 Milliarden RM Ende 1942 ausschließlich der Hereinnahme von Schatzwechseln zuzuschreiben war.

[3] Darunter wahrscheinlich kleine Beträge anderer Anleihen.

[4] Einschließlich der unbelasteten Golddeckung, die mit 71 Millionen RM seit der Vorkriegszeit praktisch unverändert ist.

[5] Nur die wichtigsten Aktiva und Passiva werden wöchentlich ohne Addition veröffentlicht. Die Summe ist hier zur Erleichterung hinzugefügt.

[6] Ausgewiesen als „täglich fällige Verbindlichkeiten".

Die Verteilung der Ausweitung auf das Jahr 1942 war durch die Hauszinssteuer-Ablösung erheblich beeinflußt. Nachdem diese Ende Juli angeordnet worden war, kam es zu Verkäufen von Reichsanleihen zu Liquiditätszwecken mit einer rückgängigen Kurstendenz. Die Reichsbank kaufte einen kleinen Betrag dieser Anleihen am Markte, insgesamt bis zum Jahresende noch nicht 80 Millionen Reichsmark; der ganze Betrag wurde mit weiteren Posten Anfang

1943 wieder verkauft, und Ende Juni belief sich der Bestand der Zentralbank an Reichsanleihen auf die außerordentlich niedrige Ziffer von nur 68 Millionen Reichsmark.

Zur Hauptsache erfolgte die Ausweitung 1942 durch Ankauf und Diskontierung von Schatzwechseln, deren Bestand bei der Reichsbank sich um 7,6 Milliarden Reichsmark erhöhte; hiervon entfielen 5,3 Milliarden auf das letzte Vierteljahr und 3,7 Milliarden allein auf die letzten zehn Tage im Dezember, da die übliche Anspannung zum Jahresende durch die Zahlung von etwa 3,7 Milliarden Reichsmark für die Hauszinssteuer-Ablösung noch verschärft wurde. Der Zufluß von Mitteln zu den Reichskassen kam darin zum Ausdruck, daß der Betriebskredit des Reiches im Dezember vollständig abgedeckt wurde, während er gewöhnlich um das Jahresende besonders stark in Anspruch genommen wird; auch der beträchtliche Anstieg der fremden Gelder zu der Rekordziffer von fast 5,3 Milliarden Reichsmark war wohl wenigstens teilweise auf das Konto des Reiches zurückzuführen, das nicht besonders ausgewiesen wird. Ein bemerkenswerter Zug des Ausweises ist es, daß dieser Posten auch 1943 so hoch blieb. Die Notenausgabe, welche 1941 um 5,3 Milliarden Reichsmark gestiegen war, erhöhte sich 1942 nur um 5.050 Millionen, wovon 2,3 Milliarden auf das letzte Vierteljahr entfielen. Im ersten Viertel des Jahres 1943 blieb der Notenumlauf entsprechend der Jahreszeit ziemlich unverändert, die dann folgenden Erweiterungen — um 1.950 Millionen im zweiten und 3.450 Millionen im dritten Vierteljahr — brachten ihn jedoch im September 1943 zum ersten Male auf mehr als 30 Milliarden Reichsmark, womit der Vorjahrstand um etwa 8 Milliarden überschritten war.

Am Jahresende 1942 befand sich das deutsche Banksystem in einer Übergangsperiode; die Konten der Steuerzahler mußten bis zum 31. Dezember 1942 mit der Zahlung für die Hauszinssteuer-Ablösung belastet werden, aber die meisten Privatbanken überwiesen die Eingänge hieraus weitgehend erst in der Zeit vom 2. bis zum 16. Januar 1943 an das Reich. Am 31. Dezember 1942, dem Stichtag für die Bilanzen, waren für das Reich Zwischenkonten eröffnet worden, auf denen ein großer Teil der noch ausstehenden Steuereingänge vorläufig verbucht wurde. Diese Zwischenkonten wurden von den Banken nicht besonders ausgewiesen, sie sind vielmehr in der Tabelle auf der folgenden Seite unter den fremden Geldern enthalten.

Die zusammengefaßten Bilanzsummen von neun wichtigen Banken wiesen 1942 eine Erhöhung um etwa ein Drittel auf, ähnlich wie 1941 und 1940. Andererseits sind die fünf Großbanken bezüglich des Anwachsens ihrer Einlagen und ihrer Bilanzziffern deutlich in eine Periode des „Ritardando" eingetreten, und die für eine von ihnen veröffentlichten Ziffern zeigen auch eine Verlangsamung des Umsatzes seit dem Kriege[1]. Die fremden Gelder der Großbanken sind im Jahre 1942 um 2,3 Milliarden Reichsmark gestiegen, schätzungsweise etwa 1,1 Milliarde stand jedoch auf dem Zwischenkonto des Reiches, so daß der wirkliche Zuwachs an privaten Einlagen nur 1,2 Milliarden betragen

[1] Die Deutsche Bank gab bei Veröffentlichung ihres Jahresberichts für 1942 Zahlen bekannt, aus denen hervorging, daß der jährliche Umsatz von 1933 bis 1938 mit ungefähr dem Siebzigfachen der gesamten Einlagen (ohne Bankeinlagen) ziemlich konstant geblieben, seit dem Kriege aber verhältnismäßig zurückgegangen ist und 1942 nur noch die vierzigfache Einlagenhöhe betrug.

Deutsche Bankbilanzen

Banken Jahresende	Aktiva						Bilanzsumme	Passiva		Prozentuale Erhöhung der Bilanzsumme gegen das Vorjahr
				Reichspapiere				Fremde Gelder usw.		
	Barreserve	Wirtschaftskredite	Wechsel	kurzfristig	lang- und mittelfristig	zusammen		insgesamt	hiervon Spareinlagen	
	1	2	3	4	5		6			
	in Millionen Reichsmark									
5 Großbanken[7]										
1938	751	3.365	2.146	1.229	603	1.832	9.012	7.627	866	*11,7*
1939	741	3.495	2.039	2.627	347	2.974	10.143	8.804	1.083	*12,6*
1940	896	2.748	2.167	5.139	1.171	6.310	12.995	11.699	1.516	*28,1*
1941	1.005	3.081	2.166	7.043	1.791	8.834	15.927	14.623	2.178	*22,6*
1942	1.084	3.889	2.366	8.823	1.243	10.066	18.259	16.882	3.081	*14,6*
Bank der Deutschen Arbeit[8]										
1938	62	171	89	57	103	160	513	473	91	*16,5*
1939	58	179	45	590	18	608	918	880	99	*78,9*
1940	63	266	97	1.108	234	1.342	1.795	1.751	130	*95,6*
1941	95	410	120	1.744	259	2.003	2.654	2.597	181	*47,9*
1942	133	493	223	2.525	282	2.807	3.681	3.606	280	*38,7*
3 Banken mit Sonderaufgaben[9]										
1938	417	90	1.387	700	355	1.055	3.925	2.839	2	*9,9*
1939	416	146	941	2.499	356	2.855	5.304	4.248	2	*35,1*
1940	495	241	1.407	3.613	528	4.141	7.136	6.122	2	*34,5*
1941	579	323	916	6.627	924	7.551	10.198	9.226	4	*42,9*
1942	631	605	1.124	11.964	1.160	13.124	16.224	15.294	5	*59,1*
9 Banken zusammen[10]										
1938	1.229	3.627	3.622	1.986	1.061	3.047	13.450	10.940	959	*11,3*
1939	1.215	3.820	3.025	5.716	721	6.437	16.365	13.933	1.184	*21,7*
1940	1.444	3.255	3.671	9.860	1.933	11.793	21.926	19.572	1.648	*34,0*
1941	1.679	3.814	3.202	15.414	2.974	18.388	28.778	26.446	2.363	*31,3*
1942	1.848	4.987	3.713	23.312	2.685	25.997	38.164	35.782	3.366	*32,6*

[1] Kasse, Reichsbank- und Postscheckguthaben, Kupons, Schecks, „Nostroguthaben" und Kredite an Banken.

[2] Sonstige Kredite und Warenvorschüsse.

[3] Diese „Wechsel" können größtenteils als einmal weiterbegebene Reichspapiere angesehen werden, und zwar als Solawechsel und Mefo-Bescheinigungen, die bei den Banken beliebt waren, da sie zum Vorteil des Bilanzbildes als Wechsel ausgewiesen werden konnten.

[4] Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. [5] Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen.

[6] Einschließlich anderer Posten außer den besonders ausgewiesenen.

[7] Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, Reichs-Kredit-Gesellschaft und Berliner Handels-Gesellschaft.

[8] Die Bank der Deutschen Arbeit kann zwar auf Grund ihres Bilanzumfangs, der sich seit 1938 verfünffacht hat (gegenüber einer Verdoppelung bei den anderen Großbanken zusammen), jetzt zu den Großbanken gezählt werden (an dritter Stelle nach der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, aber vor der Commerzbank), dürfte jedoch wegen ihrer Struktur und der Art ihrer Tätigkeit eher unter die Spezialbanken einzureihen sein: als Hausbank der Deutschen Arbeitsfront spiegelt sie deren finanzielle Stärke wider, insbesondere die vermehrten Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen bei verminderten Ausgängen und die Spargelder für den Ankauf der Volkswagen. In Anbetracht der Ausdehnung ihrer Bilanz verdoppelte die Bank im Jahre 1942 ihr Kapital von 25 auf 50 Millionen RM.

[9] Die drei Geldzentralen, nämlich die Deutsche Girozentrale (für die Sparkassen), die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse (für die Genossenschaften) und die Preußische Staatsbank (Seehandlung).

[10] Die Gesamtmittel der neun Banken beliefen sich Ende 1938 auf 44 v. H. der Mittel aller „berichtenden Banken", d. h. derjenigen, welche bis Juli 1939 Monatsbilanzen veröffentlichten.

haben dürfte (gegen 2,9 Milliarden 1941). Von diesen 1,2 Milliarden entfielen etwa 900 Millionen auf Spareinlagen (bei den drei Banken mit einem ausgedehnten Filialnetz). Damit stiegen die Spareinlagen bei diesen Banken 1942 um mehr als 40 v. H., während das für sie wichtigste Geschäft der kommerziellen Einlagen stockte[1].

[1] Dieser Stillstand der kommerziellen Einlagen bei den Großbanken dauerte, wie berichtet wird, im ersten Viertel des Jahres 1943 noch an, wurde aber etwa seit April durch eine neue Zunahme abgelöst (während gleichzeitig Wirtschaftskredite aus den Erlösen von Industrie-Emissionen am Markt zurückgezahlt wurden).

Andererseits hat sich das Geschäft der Großbanken in Wirtschaftskrediten wieder belebt; diese stiegen von 2,75 Milliarden Reichsmark Ende 1940 (dem niedrigsten Punkt seit vielen Jahren) auf 3,1 Milliarden Ende 1941 und dann in beschleunigtem Tempo auf 3,9 Milliarden Ende 1942. Dieser Anstieg scheint hauptsächlich mit der Kreditgewährung an öffentliche Stellen des Reiches und andere zentrale Organe für die Wareneinfuhr oder -verteilung zusammenzuhängen, womit auch eine Tendenz zum Großkredit verbunden ist, wie der höhere Durchschnittsbetrag der neu gewährten Kredite zeigt. Bei steigenden Wirtschaftskrediten und annähernd unveränderten kommerziellen Einlagen mußten andere Aktiva zurückgehen: tatsächlich waren die langfristigen Reichstitel um 550 Millionen Reichsmark niedriger als im Vorjahr. Die Zunahme des Schatzwechselbestandes um 1,8 Milliarden im Jahre 1942 beruhte auf Vorbereitungen für die Zahlung der Hauszinssteuer-Ablösung im Januar 1943.

Die Bank der Deutschen Arbeit setzte ihr Wachstum im Vergleich mit den Großbanken fort, doch war ihre Entwicklung ebenfalls verlangsamt. Anders als die Großbanken übertrug sie vor dem Jahresende alle bei ihr für die Hauszinssteuer-Ablösung eingegangenen Beträge an das Reich, so daß die Zunahme ihrer fremden Gelder um 1.010 Millionen Reichsmark eine Nettoziffer darstellt, die unmittelbar mit den 850 Millionen für 1941 zu vergleichen ist. Auch diese Bank weist einen Anstieg der Wirtschaftskredite auf, aber nur um 80 Millionen (20 v. H. gegenüber 26 v. H. bei den fünf Großbanken); im Gegensatz zu den Großbanken ist ihr Bestand an langfristigen Reichsanleihen leicht angewachsen.

Die erwähnten sechs Banken zusammen kauften 1942 für mehr als 2,5 Milliarden Reichsmark kurzfristige Reichspapiere, während sie für mehr als 500 Millionen langfristige abgaben, so daß sich ein Nettozugang von 2 Milliarden zu ihrem Bestande ergab, welcher am Jahresschluß 12,9 Milliarden oder fast 60 v. H. ihrer gesamten Aktiva betrug.

Bei den drei Banken mit Sonderaufgaben nahmen die fremden Gelder um 6 Milliarden Reichsmark zu, wovon 4,2 Milliarden auf die Deutsche Girozentrale entfielen; im Jahresbericht dieser Bank wird jedoch erklärt, daß von dieser Summe 2,3 Milliarden für die Zahlung der Hauszinssteuer-Ablösung im neuen Jahr beiseite gestellt worden waren. Auch ohne diese Zahlung war der Zuwachs bei der Deutschen Girozentrale weit bedeutender als bei den Großbanken, woraus die erhöhte Bedeutung der Sparkassen für die Reichsfinanzen hervorgeht.

Die Sparkasseneinlagen (auf welche rund drei Viertel aller Spareinlagen entfallen) haben in den Jahren 1937 und 1938 um je 10 v. H. zugenommen. 1939 wurden zum ersten Male die Spareinlagen der Ostmark und des Sudetenlandes in die Reichsstatistik einbezogen; wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätte auch 1939 der Anstieg 10 v. H. ausgemacht. Die gewaltige Aufwärtsbewegung der Spareinlagen setzte nach Ausbruch des Krieges ein; der Zuwachs betrug 1940 6½ Milliarden, 1941 gegen 9½ Milliarden und 1942 annähernd 14 Milliarden, d. h. 30, 33 und 37 v. H. Die anderen Einlagen bei den Sparkassen stehen größtenteils auf Girokonten oder hängen mit dem Kreditgeschäft zusammen, das verhältnismäßig an Bedeutung verloren

hat. Im August 1943 wurden im Zusammenhang mit Luftangriffen und umfangreichen Evakuationen einiger Städte solchen Sparern, die sich zum Wechsel ihres Wohnortes gezwungen sahen, besondere Erleichterungen bei der Abhebung von Sparguthaben zugestanden, was bei der Ausweitung des Notenumlaufs zu jener Zeit eine gewisse Rolle spielte. Im November wurden Erleichterungen ähnlicher Art auch von den städtischen und ländlichen Kreditgenossenschaften gewährt durch Ausgabe von „Garantieschecks", mit denen die Inhaber über ihr Konto bei einer Genossenschaftsbank durch die Vermittlung einer anderen verfügen können.

Sparkasseneinlagen in Deutschland[1]

Jahr	Bestand am Ende des Jahres			Zuwachs während des Jahres an Spareinlagen	
	Spareinlagen	Giroeinlagen	Sämtliche Einlagen		
	in Milliarden Reichsmark				in v. H.
1939	21,5	.	.	3,8	21
1940	28,0	5,6	33,6	6,5	30
1941	37,3	7,7	45,0	9,3	33
1942	51,2	9,0	60,2	13,9	37

[1] Für Ende September 1943 wurden die gesamten Einlagen mit 73 Milliarden RM angegeben, und zwar die Spareinlagen mit 61,8 Milliarden und die sonstigen Einlagen (Giroeinlagen) mit 11,2 Milliarden RM.

Als Ergänzung zur Statistik der Reichsfinanzen und des Banksystems sind Schätzungen der Geldkapitalbildung in Deutschland von besonderem Interesse, wie sie die folgende Tabelle für die letzten Jahre wiedergibt.

Die deutsche Geldkapitalbildung und die Verschuldung des Reiches[1]

Finanzierungsquellen	Aug.–Dez. 1939	1940	1941	1942	Insgesamt
	in Milliarden Reichsmark				
Notenumlauf	3,4	2,3	5,5	5,0	16,2
Bankeinlagen[2]	2,2	8,9	8,3	5,6	25,0
Spareinlagen[3]	0,8	8,9	14,2	21,0	44,9
Versicherungen usw.[4]	0,8	3,6	4,2	4,5	13,1
Kapitalmarkt[5]	—	3,6	6,0	5,0	14,6
Inland, soweit bekannt	7,2	27,3	38,2	41,1	113,8
Ausland:					
Reichskreditkassen[6]	—	1,5	3,0	2,7	7,2
Verrechnungskasse[7]	—	1,5	6,0	7,0	14,5
Ausland, soweit bekannt	—	3,0	9,0	9,7	21,7
Insgesamt, soweit bekannt	7,2	30,3	47,2	50,8	135,5
Nicht bekannte Quellen[8]	2,1	1,2	1,6	5,8	10,7
Gesamte Geldkapitalbildung[9]	9,3	31,5	48,8	56,6	146,2
Zunahme der Reichsschuld[10]	10,3	33,7	48,9	53,2	146,1

[1] Nach Keiser, Die Hypothek des Krieges. Bankwirtschaft 1943, Nr. 5.
[2] Sämtliche Giroeinlagen bei Banken, Sparkassen usw. Guthaben des Auslands sind für 1941 und 1942 abgesetzt, im letzten Jahre auch für die Hauszinssteuer-Ablösung auf Zwischenkonto verbuchte Zahlungen in Höhe von 4 Milliarden RM.
[3] Bei allen Instituten, nicht allein bei den Sparkassen.
[4] Durch Versicherungsgesellschaften und Gemeinden übernommene Liquiditäts-Anleihen.
[5] Vom Markt, d. h. außerhalb der Banken aufgenommene Schatzanweisungen einschließlich einiger Käufe der Versicherungseinrichtungen und anderer Anstalten.
[6] Die Erhöhung des Darlehns der Reichskreditkassen an das Reich nach der amtlichen Schuldenübersicht.
[7] Anlage von Clearing-Guthaben durch die Verrechnungskasse in Berlin und unmittelbare Käufe von Reichspapieren in den Niederlanden sowie in Böhmen und Mähren.
[8] Erwerb kurzfristiger Reichspapiere durch unbekannte Stellen; 1939 überwiegend Steuergutscheine. Keiser meint in dem erwähnten Artikel, die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der nicht nachzuweisenden Käufe 1942 stattfand, lege die Vermutung nahe, daß eine der Öffentlichkeit nicht bekannte neue Finanzierungsquelle erschlossen worden sei. Er deutet auch an, daß ein Teil der Mittel unbekannten Ursprungs aus dem Ausland stammen könne.
[Weitere Fußnoten siehe nächste Seite]

Diese Tabelle ist insofern aufschlußreich, als sie verschiedene Merkmale der deutschen Kriegsfinanzierung erkennen läßt. Von der gesamten von August 1939 bis Dezember 1942 aufgenommenen Reichsschuld waren 15 v. H. mit ausländischen Mitteln finanziert — zu denen wahrscheinlich auch noch ein Teil der Mittel aus nicht bekannten Quellen gehört (die im ganzen weitere 7 v. H. ausmachen)[11]. Etwa 114 Milliarden Reichsmark

sind aus bekannten inländischen Quellen finanziert worden: 36 v. H. von den Banken (Zentralbank und Handelsbanken), der sehr hohe Anteil von 39 v. H. von den Sparkassen und 12 v. H. von Versicherungsgesellschaften; auf alle diese Stellen entfallen somit 87 v. H. der Gesamtziffer, während nur 13 v. H. am Markt untergebracht wurden. In Wahrheit war der Anteil der Anstalten noch höher, da ein Teil der Käufe am Markt ebenfalls für ihre Rechnung erfolgte.

Der „Markt" bedeutet hier also nicht das „Publikum". Die kurzfristige Kreditaufnahme des Reiches erfolgte fast ausschließlich bei Anstalten; ein erheblicher Teil entfällt auf die Reichsbank und die Handelsbanken, aber auch die Sparkassen und manche andere Kreditinstitute sind auf die Wahrung einer liquiden Verfassung bedacht. Weitere Geldgeber, die ihre Mittel in kurzfristigen Reichswerten anlegen, sind u. a. die Deutsche Verrechnungskasse, die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden sowie Banken in den Niederlanden und in Böhmen und Mähren. Auch über die Verteilung der lang- und mittelfristigen Kreditaufnahme des Reiches unter Einschluß der Steuergutscheine sind neuerdings interessante Schätzungen veröffentlicht worden.

Verteilung der lang- und mittelfristigen Kreditaufnahme des Reiches[1]

Kalenderjahre und Schuldarten	Kreditinstitute				Sonstige Abnehmer	Zusammen[2]
	Banken	Sparkassen	Genossenschaften	Zusammen		
	in Milliarden Reichsmark					
1940 Schatzanweisungen	2,1	2,4	0,9	5,4	2,85	8,25[3]
Liquiditäts-Anleihen	—	3,7	0,5	4,2	4,1	8,3
Steuergutscheine	0,6	—	0,1	0,7	(—1,8)	(—1,1)
Zusammen	2,7	6,1	1,5	10,3	5,15	15,45
1941 Schatzanweisungen	2,0	4,7	1,65	8,35	4,75	13,1
Liquiditäts-Anleihen	—	2,8	0,25	3,05	4,85	7,9
Steuergutscheine	—	—	—	—	—	—
Zusammen	2,0	7,5	1,9	11,4	9,6	21,0
1942 Schatzanweisungen	0,5	6,8	1,9	9,2	5,85	15,05
Liquiditäts-Anleihen	—	3,6	0,6	4,2	4,8	9,0
Steuergutscheine	(—1,2)	—	(—0,1)	(—1,3)	(—1,0)	(—2,3)
Zusammen	(—0,7)	10,4	2,4	12,1	9,65	21,75
Drei Jahre 1940–42						
Schatzanweisungen	4,6	13,9	4,45	22,95	13,45	36,4
Liquiditäts-Anleihen	—	10,1	1,35	11,45	13,75	25,2
Steuergutscheine	(—0,6)	—	—	(—0,6)	(—2,8)	(—3,4)
Zusammen	4,0	24,0	5,8	33,8	24,4	58,2

[1] Schätzungen aus „Bankwirtschaft" 1943, Nr. 15.
[2] Die geringen Abweichungen der Gesamtziffern von den auf Seite 189 angegebenen dürften auf Berichtigungen in der vorstehenden Übersicht beruhen.
[3] Unter Berücksichtigung der von der Reichsbank 1940 abgestoßenen Schatzanweisungen.

Fortsetzung der Fußnoten von Seite 196:

[9] Die gesamte Geldkapitalbildung braucht nicht notwendigerweise der Zunahme der Reichsschuld zu entsprechen, aber in Kriegszeiten, wenn die privaten Kreditoperationen unbedeutend sind, ist der Unterschied nicht groß. Die Tatsache, daß die Geldkapitalbildung in den Jahren 1939 bis 1941 niedriger war als die Kreditaufnahme des Reiches, dürfte eine Netto-Rückzahlung von privaten Krediten anzeigen. 1942 scheint eine Netto-Erhöhung um mehr als 2 Milliarden RM stattgefunden zu haben, zum Teil infolge der Hauszinssteuer-Abgeltungsdarlehen.

[10] Gemäß den Schätzungen auf den vorhergehenden Seiten, 1942 abzüglich 4 Milliarden RM wegen der verzögerten Zahlung der Hauszinssteuer-Ablösung. Die Zahlen unterscheiden sich sehr wenig von denen Keisers, der für den ganzen Zeitraum 145 Milliarden RM rechnet.

[11] Von den 21,7 Milliarden RM für die Verrechnungskasse und die Reichskreditkassen entsprechen 2,6 Milliarden RM dem Umlauf an Reichskreditkassenscheinen, ohne den sich der Gesamtbetrag also auf etwa 19 Milliarden RM belaufen würde; weitere Einzelheiten siehe Kapitel IV.

Von den 58 Milliarden Reichsmark für die drei Jahre 1940–42 nahmen die verschiedenen Gruppen der Kreditinstitute fast 34 Milliarden auf, hiervon allein die Sparkassen 24 Milliarden. Auf die Versicherungsgesellschaften, die Reichspost und ähnliche Unternehmungen entfielen jährlich 4–5 Milliarden Reichsmark Liquiditäts-Anleihen, die an „sonstige Abnehmer" ausgegeben wurden. Hiernach verbleiben im Jahre 1940 nur etwa 1 Milliarde Reichsmark und in den Jahren 1941 und 1942 je 4¾ Milliarden, im ganzen also ungefähr 10½ Milliarden Reichsmark netto (ausgegebene Schatzanweisungen abzüglich eingereichte Steuergutscheine) oder etwa 7–8 v. H. der gesamten Kreditaufnahme des Reiches in den drei Jahren. Von diesen verbleibenden 10½ Milliarden Reichsmark wurde aber ein erheblicher Teil von den Gemeinden als Anlage für ihre Reserven, von den Versicherungsgesellschaften, von Reichspost und Reichsbahn sowie von anderen öffentlichen oder halböffentlichen Fonds aufgenommen, so daß der Betrag der unmittelbar vom „Publikum" (im Sinne von Einzelpersonen) gekauften Reichswerte tatsächlich sehr gering war.

Die Zinssätze am deutschen Geld- und Kapitalmarkt waren bis 1941 im Fallen, aber 1942 zeigten sie trotz außerordentlich hoher Geldflüssigkeit eine bemerkenswerte Stabilität unter dem Einfluß des sogenannten Zinsstops, d. h. der Entscheidung der Behörden, zur Erhaltung der reibungslosen Tätigkeit des Kreditsystems kein weiteres Fallen der Sätze zuzulassen; der Zinssatz für Gemeindeanleihen wurde jedoch auf 4 v. H. ermäßigt. Am Markt für kurzfristige Gelder ist der Banksatz seit April 1940 mit 3½ v. H. unverändert geblieben; der Privatdiskontsatz, der 1940 dreimal und 1941 einmal gesenkt worden war, betrug das ganze Jahr 1942 hindurch unverändert $2^1/_8$ v. H.

Dreimonatsschatzwechsel (Reichswechsel), die zum Privatdiskontsatz ausgegeben wurden und für jedes gewünschte Datum erhältlich waren, hatten 1941 an Bedeutung gewonnen und blieben auch 1942 als besonders geeignete Liquiditätsanlage begehrt. Auch die ebenfalls dreimonatigen Solawechsel der Golddiskontbank mit der etwas geringeren Rendite von $2^1/_{16}$ v. H. wurden von den Banken gekauft, namentlich zur Verbesserung des Bilanzbildes am Jahresende; obwohl sie nämlich von der Golddiskontbank gegen von der Reichsbank übernommene Staatspapiere ausgegeben wurden, konnten sie in den Bankbilanzen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen unter „Wechsel" (also nicht unter den Reichswerten) eingesetzt werden. Im Jahre 1942 stieg in bemerkenswerter Weise die Bedeutung der von der Reichsbank ausgegebenen Sonderwechsel-Bescheinigungen[1]; Ende 1942 besaßen die Banken usw. hiervon 2.758 Millionen Reichsmark gegenüber 1.985 Millionen Ende 1941. Diese Papiere hatten, obwohl sie nicht weiterbegeben werden konnten, den

[1] In der Zeit des Wiederaufbaus der deutschen Wehrmacht wurden die staatlichen Rüstungsaufträge von Anfang 1935 bis März 1938 mit Sechsmonatswechseln bezahlt, die von der Metallurgischen Forschungsgesellschaft G. m. b. H. akzeptiert waren, den sogenannten „Mefo"- oder Sonderwechseln. Diese waren nach Ablauf von drei Monaten bei der Reichsbank diskontierbar und entwickelten sich zu einem wichtigen Anlagepapier für die Banken. Als ihre Ausgabe 1938 eingestellt wurde, floß die gesamte umlaufende Menge von etwa 12–13 Milliarden RM zur Reichsbank, die an ihrer Stelle bis zum Frühjahr 1939 sechsmonatige „Blockwechsel" an den Markt gab. Im Herbst 1939 sammelte sich wiederum der gesamte ausgegebene Betrag, der durch Einlösungen auf 10–11 Milliarden zurückgegangen war, bei der Reichsbank. Seitdem gab die Reichsbank wahrscheinlich den größten Teil dieser Wechsel an die Deutsche Golddiskontbank, die Konversionskasse für Auslandsschulden und die Deutsche Verrechnungskasse weiter, deren Anlagebedarf erheblich gewachsen war. Der bei der Reichsbank verbliebene Rest diente bis Juni 1943 als Unterlage für die Ausgabe eines Geldmarktpapiers, der sogenannten Mefo-Bescheinigung oder Sonderwechsel-Bescheinigung.

Ausgegebene Solawechsel der Deutschen Golddiskontbank

Monatsende	1939	1940	1941	1942	1943
	in Millionen Reichsmark				
März	1.507	306	672	445	382
Juni	1.322	985	539	565	450
September . .	630	1.242	382	557	713
Dezember . .	637	2.524	1.773	1.847	-

großen Vorteil, daß sie für jeden Betrag und jede beliebige Fälligkeit von drei Monaten bis zu einem Jahr erhältlich waren; sie wurden von den Banken viel zur Vorbereitung der Hauszinssteuer-Ablösung verwendet. Auch sie durften in den Bankbilanzen als „Wechsel" ausgewiesen werden. Als ihre Ausgabe Anfang Juli 1943 eingestellt wurde, stieg wieder die Bedeutung der Solawechsel der Deutschen Golddiskontbank, deren Umlauf bis November 1943 auf 2.276 Millionen anwuchs. Die längerfristigen unverzinslichen Schatzanweisungen wurden 1942 unverändert mit Laufzeiten von etwa sechs Monaten und zwei Jahren zum Satze von $2^3/_8$ und $2^7/_8$ v. H. abgegeben. Der Tagesgeldsatz zeigte geringe Schwankungen um den Durchschnitt von 1,83 v. H.

1942 bestand bei der Kreditaufnahme des Reiches im ganzen gesehen eine Tendenz, den Nachdruck mehr auf kurzfristige Emissionen zu verlegen. In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, daß die Reichsbank über das Jahresende an die Banken für ungefähr 500 Millionen Reichsmark Reichswechsel mit der ausnehmend kurzen Laufzeit von 10–14 Tagen verkaufte. Obwohl die Reichskasse außer den normalen Steuern den zehnfachen Jahresbetrag der Hauszinssteuer innerhalb von drei Monaten einzog, waren die von den Banken und am Markt getroffenen Vorbereitungen ausreichend, und es gab keinerlei besondere Schwierigkeiten in den Augenblicken der größten Anspannung, weder am Jahresschluß noch während der ersten Hälfte des Januar 1943.

Am Markt für langfristiges Geld wurde der Satz der verzinslichen Schatzanweisungen auf 3½ v. H. gehalten, aber infolge einer Änderung der Provisionsberechnung erhöhte sich im April 1943 der Ausgabekurs tatsächlich um ¼ auf 99½ v. H. Entsprechend wurde auch der Abgabekurs für Liquiditäts-Anleihen um $^1/_8$ v. H. heraufgesetzt. Außer diesen geringfügigen Erhöhungen der Abgabekurse wurde die Laufzeit der Schatzanweisungen und Liquiditäts-Anleihen etwas verlängert.

Das Jahr 1942 war bemerkenswert durch die ersten großen Konversionen von Vorkriegsanleihen des Reiches. Im Mai und August 1942 wurden die zweite und die dritte Folge der 4½prozentigen Schatzanweisungen von 1937 in Höhe von 800 und 850 Millionen Reichsmark konvertiert; fast die gesamten Beträge wurden in 3½prozentige Schatzanweisungen umgetauscht, während Umwandlungen in Liquiditäts-Anleihe und Barrückzahlungen nur in geringem Maße stattfanden. Die vier Folgen der 4½prozentigen Schatzanweisungen von 1938 im Gesamtbetrage von ungefähr 6,8 Milliarden Reichsmark wurden alle zu verschiedenen Daten im Jahre 1943 gekündigt. Nachdem die vierte Tranche im November 1943 erledigt war, blieben zunächst keine weiteren Konversionen von Bedeutung mehr möglich.

Bei den anderen als Reichsanleihen war der allgemeine Zinsstop weiter in Kraft, und der Reichswirtschaftsminister machte es in einem Erlaß vom 10. August

1942 den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen zur Pflicht, für jede Zinsermäßigung, die sie allgemein oder für einzelne Kredite vornehmen wollen, vorher eine besondere Genehmigung einzuholen; Ausnahmen galten besonders im Zusammenhang mit der Pfandbriefkonversion nach dem im zwölften Jahresbericht erwähnten vereinfachten Verfahren. Die privaten Emissionen nahmen 1942 zu; die Ausgabe neuer Industrieobligationen (zu 4 v.H.) stieg von 540 Millionen Reichsmark 1941 auf 850 Millionen für 1942 und etwa 900 Millionen in den ersten drei Vierteljahren von 1943. Vom Ausbruch des Krieges bis zum September 1943 wurden etwa hundert Industrieanleihen von zusammen 3,2 Milliarden Reichsmark ausgegeben — dieser Betrag erscheint zwar wenig bedeutend im Vergleich zu den Reichsanleihen, übersteigt aber andererseits den Gesamtumlauf an inländischen Industrieanleihen Ende 1938, der sich nur auf 2.740 Millionen Reichsmark stellte.

Es ist nicht möglich, einen Überblick über die Lage der Staatsfinanzen im Protektorat Böhmen und Mähren zu geben, da weder Haushaltsrechnungen noch Statistiken über Steueraufkommen und Kreditaufnahme veröffentlicht werden. Es wird ein jährlicher „Matrikularbeitrag" an das Reich gezahlt, dessen Betrag aber nicht bekanntgegeben wurde. Um die Mittel für diese Auflage zu beschaffen, sind 1942 zwei Anleihen aufgelegt worden, die sich zusammen auf 5,5 Milliarden Kronen (den Gegenwert von 550 Millionen Reichsmark) beliefen, und zwar 3 Milliarden Kronen 3¾prozentige 50jährige Obligationen zu pari und 2,5 Milliarden 3½prozentige 20jährige Schatzanweisungen zu 99. Zu denselben Bedingungen wurden 1943 weitere Zertifikate ausgegeben, und zwar für 4 Milliarden Kronen im März und für 2 Milliarden im September. Im September 1943 wurde auch eine 3½prozentige Liquiditäts-Anleihe von 1 Milliarde Kronen nach deutscher Weise laufend aufgelegt.

Die Währungslage des Protektorats wird von den engen Beziehungen zu Deutschland beherrscht und der sich daraus ergebenden Anhäufung von Reichsmarkforderungen, die seit 1940 den Notenumlauf überstiegen.

Nationalbank für Böhmen und Mähren

Monatsende	Aktiva			Bilanzsumme [2]	Passiva		
	Reichsmarkforderungen [1]	Inlandskredite	Gold und Devisen		Notenumlauf	Girokonten usw.	Kassenscheine
	In Millionen Kronen						
1939 Dezember	3.791	1.896	2.402	10.046	6.345	1.054	525
1940 Dezember	7.816	24	2.232	11.140	6.453	1.560	1.002
1941 Dezember	12.957	840	2.300	16.548	9.396	2.800	1.842
1942 März	12.735	840	2.291	16.363	9.755	2.943	1.837
Juni	14.207	917	2.291	17.810	10.409	3.679	1.847
September	14.025	917	2.267	17.605	11.404	2.015	1.847
Dezember	17.366	845	2.243	20.879	14.089	1.666	1.775
1943 März	19.306	896	2.241	22.824	15.408	2.574	1.826
Juni	22.368	944	2.261	25.816	17.450	2.137	2.174
September	26.122	1.202	2.287	30.216	20.086	1.960	2.432

[1] Im Ausweis „Andere Aktiven". Ende 1939 wurden von 3.791 Millionen 2.831 Millionen K als Forderungen an Deutschland spezifiziert, und es kann angenommen werden, daß die anderen in dieser Rubrik aufgeführten Posten seitdem unverändert rund 1 Milliarde K betragen haben.

[2] Mit Einschluß anderer Posten außer den hier aufgeführten.

Der Zuwachs an Reichsmarkforderungen (4,4 Milliarden Kronen im Jahre 1942 und mehr als 5 Milliarden 1941) wäre ohne die Zahlung des Matrikularbeitrags und die unmittelbaren Käufe von Reichsanleihen durch die Handelsbanken noch bedeutender gewesen. In früheren Jahren stand nur einem Teil der Zunahme der Reichsmarkforderungen eine Erhöhung des Notenumlaufs gegenüber, während andere Teile auf die Girokonten entfielen und durch Kassenschein-Verkäufe der Nationalbank am Markte absorbiert wurden. 1942 dehnte sich dagegen der Notenumlauf um 4,7 Milliarden Kronen (rund 50 v. H.) aus, also um einen Betrag, der größer war als der Anstieg der Reichsmarkforderungen. Die Giroguthaben erreichten ihren höchsten Stand von mehr als 4,3 Milliarden Kronen gegen Ende Juli 1942, gingen jedoch in den folgenden Wochen rasch zurück und lagen Ende Dezember gegen das Vorjahr um mehr als 1,1 Milliarde niedriger, was anscheinend dem Abbau der Vorschußzahlungen bei Staatsaufträgen zuzuschreiben war, der entsprechend den Maßnahmen im übrigen Reiche vorgenommen wurde.

Den Berichten zufolge sind die Einlagen bei den weitgehend unter deutschem Einfluß stehenden großen Handelsbanken um 5.060 Millionen auf 28.440 Millionen Kronen Ende 1942 gestiegen; im Jahre 1941 standen einer Erhöhung der Einlagen um 4.450 Millionen Kronen Käufe von Reichsschatzwechseln im Betrage von 2.970 Millionen und von Anleihen des Protektorates in Höhe von 1.270 Millionen gegenüber, während die Kreditgewährung an die Privatwirtschaft im ganzen unverändert blieb, und dieselben Einflüsse waren auch 1942 maßgebend. Die Einlagen bei den Sparkassen stiegen um 3.840 Millionen auf 20.863 Millionen Kronen. Die Konzentration des Bankwesens durch Liquidationen und Fusionen, die in den letzten Jahren vor sich ging, wurde im Sommer 1943 abgeschlossen.

Im letzten Vierteljahr 1942 wurden zum erstenmal Reichsanleihen an der Prager Börse eingeführt. Der offizielle Diskontsatz blieb unverändert 3½ v. H.; auf diese Höhe war er im Oktober 1940 heraufgesetzt worden, um ihn dem Reichsbank-Diskontsatz anzugleichen; auch die anderen Zinssätze sind durch die im übrigen Reich geltenden Sätze bestimmt.

Anders als das Protektorat Böhmen und Mähren, das jetzt weitgehend in das Reich eingegliedert ist, blieb das Generalgouvernement ein „Nebenland". Seine Haushaltsvoranschläge sind in der folgenden Tabelle zusammengefaßt.

Haushalt des Generalgouvernements

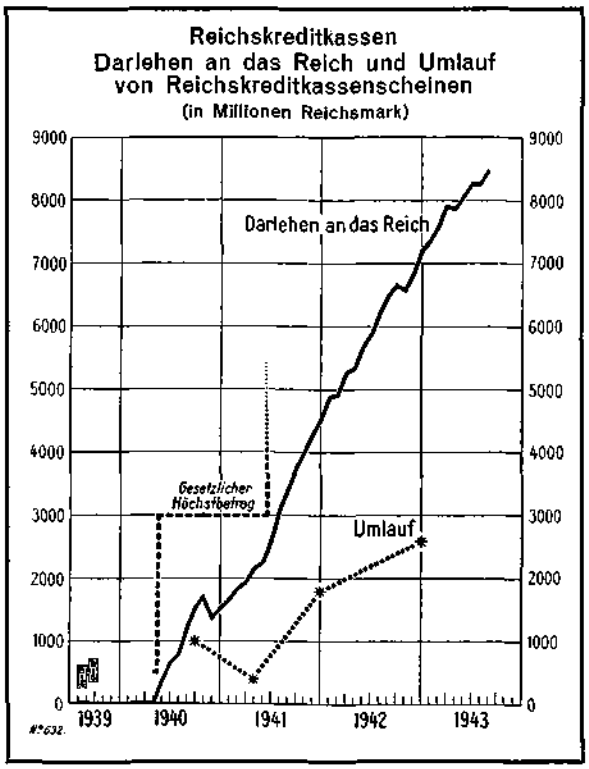
Bezeichnung	Voranschläge für April–März			
	1940/41	1941/42	1942/43	1943/44
	in Millionen Zloty			
Ausgaben – ordentliche . . .	1.004	1.768	2.701	3.656
außerordentliche	278	714	477	628
Insgesamt . . .	1.282	2.482	3.178	4.284
Ordentliche Einnahmen	974	1.768	2.701	3.656
Fehlbetrag	308	714	477	628

Die Ausgaben sind von der Errichtung des Generalgouvernements bis 1942/43 auf das 2½fache gestiegen, wobei sich der in den ordentlichen Haushalt eingestellte, in den letzten beiden Jahren durch die ordentlichen Einnahmen

gedeckte Betrag jedes Jahr erhöht hat. Die außerordentlichen Ausgaben wurden grundsätzlich durch Kreditaufnahme gedeckt, und zwar beliefen sich die Kreditermächtigungen 1940/41 auf 258 Millionen Zloty und in den drei folgenden Jahren auf 461, 372 und 594 Millionen Zloty; außerdem wurde für 1942/43 die Genehmigung erteilt, bis zu 100 Millionen Zloty bei der Emissionsbank als Betriebskredit in Anspruch zu nehmen. Im Rechnungsjahr 1941/42 wurde das Gebiet des Generalgouvernements durch die Eingliederung des Distrikts Galizien erweitert. Das Generalgouvernement zahlt jährlich einen „Kriegsbeitrag" an das Reich, dessen Höhe nicht bekanntgegeben wurde; er ist vermutlich in den ordentlichen Ausgaben des Haushalts enthalten.

Ein Überblick über die währungspolitische Entwicklung kann nicht gegeben werden, da die Emissionsbank in Krakau, die den Geschäftsbetrieb im April 1940 aufgenommen hat, keine Ausweise oder Bilanzen veröffentlicht. Auch über die Lage der Handelsbanken liegen keine Ausweise vor. Die bei ihnen bestehenden „Altguthaben" aus der Zeit vor der Besetzung blieben grundsätzlich gesperrt, doch wurden gewisse Teilrückzahlungen vorgenommen. Der größte Teil des Bankgeschäftes im Generalgouvernement entfällt auf die Hilfsinstitute der deutschen Großbanken. Ende 1942 arbeiteten im Generalgouvernement 57 Sparkassen mit insgesamt 578 Millionen Zloty Einlagen, von denen 167 Millionen „Altguthaben" waren; zur Hauptsache handelte es sich um Einlagen in laufender Rechnung, nur 30 Millionen Zloty waren Spareinlagen.

Die Reichskreditkassen, welche anfänglich nur Zahlstellen für die deutsche Wehrmacht waren und unter dem Namen „Reichskreditkassenscheine" tatsächlich deutsches Staats-(Militär-)geld ausgaben, erweiterten ihre Geschäftstätigkeit hauptsächlich während des Ostfeldzuges und wurden zu Hilfs-Zentralbanken für die besetzten Gebiete sowie zu Clearingstellen zwischen diesen und dem Reich. Strenge „Devisen"-Vorschriften wurden erlassen, um zu verhindern, daß die Ausgabe der Kassenscheine den Wert der Reichsbanknoten in Deutschland ungünstig beeinflussen könnte. Die Ausgabe der Kassenscheine wurde beschränkt; sobald Vorkehrungen getroffen werden konnten, um die deutschen Wehrmachtsangehörigen jeweils in der Währung des besetzten Landes zu besolden, wurden die Scheine zurückgezogen und die Kassen im



allgemeinen geschlossen. In Dänemark wurden der deutschen Wehrmacht dänische Kronen gegen Reichsmarkgutschrift bei der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen in Berlin zur Verfügung gestellt; in Belgien, den Niederlanden, Frankreich und später in Griechenland wurde die weitere Ausgabe von Reichskreditkassenscheinen dadurch überflüssig, daß die bestehenden Zentralbanken Zahlungen in heimischer Währung für Besatzungskosten leisteten; in Polen, Kroatien, Serbien, der Ukraine und dem „Ostland" wurden dagegen neue Zentralbanken gegründet. In der U.d.S.S.R. erhielt man Rubelzahlungsmittel, wenn russische Heereskassen erbeutet wurden, und später auch, als die Spartätigkeit wieder begann, und entsprechend wurde die Ausgabe von Kassenscheinen eingeschränkt.

Die Politik, den Umlauf von Reichskreditkassenscheinen zu beschränken und sie, sobald sich die Möglichkeit bot, durch die Landeswährung zu ersetzen, wurde aus praktischen Gründen eingeschlagen. Da die Reichskreditkassenscheine ein festes Wertverhältnis zur Landeswährung haben, war ihre Kaufkraft in den einzelnen Ländern verschieden; weil sie aber knapper sind als die heimische Währung und dadurch, daß sie auf Reichsmark lauten, einen gewissen Nimbus haben, wurden sie vielfach der Landeswährung vorgezogen und hatten die Tendenz, ein Aufgeld zu bekommen oder gehortet zu werden.

Obwohl die Tätigkeit der Reichskreditkassen auch 1942 eine gewisse weitere Ausdehnung erfuhr, lag das besondere Kennzeichen dieses Jahres und der ersten Monate 1943 in der Anzahl der aufgehobenen Kassen. Die Ausdehnung betraf 1942 hauptsächlich die U.d.S.S.R. und Frankreich, wo zwei neue Kassen (in Caën und in Reims) eröffnet wurden, während eine weitere (in Tours) wiedereröffnet wurde, nachdem die Truppen im November die Demarkationslinie überschritten hatten. Ferner wurde mit Sitz in Brüssel ein „Sonderbevollmächtigter West" für die Reichskreditkassen im Westen eingeschaltet (während die Hauptverwaltung in Berlin ihr Hauptaugenmerk auf die Kassen im Osten und Südosten richtete). Andererseits wurden im Mai zehn Kassen (in den besetzten polnischen und russischen Gebieten) und im September 1942 eine Kasse in Zweigstellen der Zentralnotenbank Ukraine umgewandelt, zwei Kassen (in Transnistrien) wurden von der Rumänischen Nationalbank übernommen und 16 (davon 14 in den früheren baltischen Ländern) gingen im März 1943 in der neugegründeten Notenbank im Ostland auf.

Ende 1942 bestanden 52 Reichskreditkassen: 16 in Westeuropa, nämlich eine in den Niederlanden (Amsterdam), 4 in Belgien (davon eine in Brüssel) und 11 in Frankreich (davon eine in Paris); 5 waren in Südosteuropa, und zwar je eine in Rumänien (Bukarest), Bulgarien (Sofia), Griechenland (Saloniki), Kroatien (Agram) und Serbien (Belgrad); von den Ende 1942 in den östlichen Gebieten bestehenden 31 Kassen wurden ungefähr die Hälfte in den ersten Monaten des Jahres 1943 geschlossen. Außer den 52 Kassen umfaßte die Organisation Ende 1942 noch 74 Wechselstellen verschiedener Art (darunter 16 in Urlauberzügen). In allen Gebieten, wo Reichskreditkassenscheine in Umlauf gewesen waren, blieben sie gesetzliches Zahlungsmittel mit einem festen Kurs im Verhältnis zur Landeswährung und könnten jederzeit wieder ausgegeben werden, sofern die deutschen Behörden dies im militärischen Interesse als wünschenswert ansehen sollten.

Bilanzen der Reichskreditkassen werden nicht veröffentlicht, doch sind einige Angaben verfügbar, welche die untenstehende Tabelle zeigt.

Das Darlehen der Reichskreditkassen an das Reich zeigt an

a) die Ausgabe von Kassenscheinen (soweit sie nicht durch andere Aktiva, z. B. Vorschüsse und Diskontierungen, gedeckt sind, die aber, wie bekannt ist, sehr unbedeutend sind) sowie

b) die Schuld der Reichskreditkassen an ausländische Zentralbanken aus Verbindlichkeiten, die von der deutschen Wehrmacht in Landeswährung eingegangen sind. Die für die Reichskreditkassen angegebenen Zahlen enthalten weder die als Besatzungskosten in den verschiedenen Ländern (außer Dänemark) bezahlten Beträge noch die Clearingschulden der Deutschen Verrechnungskasse gegenüber dem Ausland. Das Reichskreditkassendarlehen an das Reich stieg 1942 um 2,7 Milliarden Reichsmark gegen 3 Milliarden 1941 und betrug Ende 1942 im ganzen etwa 7,2 Milliarden Reichsmark. Bis September 1943 war es auf 8.760 Millionen Reichsmark angewachsen. Die Ausweitung des Umlaufs um 800 Millionen Reichsmark im Jahre 1942 ist natürlich das Nettoergebnis der gesamten Neuausgaben abzüglich der Rückziehungen; von den Ende 1942 noch in Umlauf befindlichen Reichskreditkassenscheinen in Höhe von 2,6 Milliarden Reichsmark war ein wesentlicher Teil im Ostland im Verkehr.

Die in Sofia und Bukarest eröffneten Reichskreditkassen dienten nur als Verbindungsstellen. Durch eine im Januar 1942 getroffene Vereinbarung wurde der Betrag in Landeswährung, mit dem die Bulgarische Nationalbank die deutsche Wehrmacht versorgte, auf wöchentlich höchstens 100.000 Reichsmark begrenzt. Das frühere „Kantinengeld" in Gestalt von Reichskreditkassenmünzen, welches auf dem Balkan von den deutschen Soldaten bei Einkäufen in den Kantinen und Marketendereien zum zehnfachen Nennwert in Zahlung gegeben werden konnte, wurde im August 1942 eingezogen und in Bulgarien durch ein neu ausgegebenes „Behelfszahlungsmittel für die deutsche Wehrmacht" ersetzt; dieses bestand aus Scheinen über 1, 5, 10 und 50 Reichspfennig und wurde im Truppengeldverkehr ebenfalls mit dem zehnfachen Nennwert verwendet (aber nur zum Nennwert, wenn es zu Käufen von Zivilpersonen benutzt wurde). Im März 1943 wurde das Wehrmachtsbehelfsgeld zum erstenmal auch in Griechenland verwendet.

Reichskreditkassen

Jahresende	Darlehen an das Reich [1]	Umlauf von Reichskreditkassenscheinen [2]	Schulden an Zentralbanken [3]
	in Millionen Reichsmark		
1940	1.500	(700)	(800)
1941	4.500	1.900	2.700
1942	7.200	2.600	4.600

[1] Gesamtbetrag der kurzfristigen „sonstigen Darlehen", wie in der Reichsschuldenübersicht angegeben, abzüglich eines kleinen Betrages für andere Posten, die dieser Titel außer dem Reichskreditkassendarlehen enthalten kann. Die gesetzliche Höchstgrenze von 3 Milliarden RM wurde im August 1941 aufgehoben.

[2] Tatsächlich in Umlauf befindliche Reichskreditkassenscheine. Die Zahlen für Ende 1941 und 1942 wurden amtlich im Verwaltungsbericht der Reichsbank für 1942 veröffentlicht. Für Ende 1940 wurde die Mitte zwischen den halbamtlichen Ziffern genommen, die M. Kretzschmann in einem Aufsatz in „Deutsche Geldpolitik" (Schriften der Akademie für Deutsches Recht) erwähnt, nämlich höchstens rund 1 Milliarde RM für Herbst 1940 und etwa 400 Millionen für Ende April 1941.

[3] Die Differenz zwischen den beiden ersten Spalten umfaßt die Schulden der Reichskreditkassen aus der Einziehung von Kassenscheinen gegen Landeswährung und aus der direkten Ausgabe von Landeswährung an die deutschen Militärbehörden gegen Reichsmarkgutschrift in Berlin. Von dem Gesamtbetrag Ende 1942 wurden etwa 300 Millionen RM der Emissionsbank in Brüssel und gegen 650 Millionen RM der Nationalbank von Dänemark geschuldet. 1941 und 1942 war der Hauptteil der neuen Verschuldung in den neubesetzten östlichen Gebieten entstanden, doch war auch Südosteuropa daran beteiligt.

Vor der Kapitulation Italiens wurde der Zahlungsbedarf der deutschen Streitkräfte in Italien auf Grund einer besonderen Regelung finanziert, die den Verrechnungsverkehr nicht belastete und auch keine Verpflichtung der Reichskreditkassen begründete. Nur ein Teil der deutschen Soldzahlungen wurde in Lire zur Verfügung gestellt, der Rest aber in Deutschland in Reichsmark gezahlt. Im September 1943 begannen die deutschen Militärbehörden unter Verwertung vorhandener Lireguthaben mit der Ausgabe von Reichskreditkassenscheinen (zum Kurs von 1 Reichsmark = 10 Lire). Mit Wirkung vom 26. Oktober 1943 trat eine Regelung in Kraft, nach welcher laufend Lire in den benötigten Beträgen zur Verfügung zu stellen waren, und die Ausgabe von Reichskreditkassenscheinen wurde wieder eingestellt. Die umlaufenden Scheine wurden von den Handelsbanken bis zum 10. November eingezogen und bis zum 16. November an die Banca d'Italia zur Einlösung in Lire abgeführt. Auch die eine Zeitlang von den deutschen Militärbehörden ausgegebenen Zirkularschecks wurden aus dem Verkehr gezogen.

Infolge des Mangels an statistischen Unterlagen wurde es immer schwieriger, die Entwicklung der Finanz- und Währungslage in Italien zu verfolgen, bis Anfang August 1943 der neue Finanzminister in einer Rede einige der wichtigsten Ziffern bekanntgab; diese Zahlen sind in den folgenden Absätzen zusammen mit anderen verfügbaren statistischen Angaben verwertet. Die Lage des Staatshaushaltes in den letzten Jahren ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Staatshaushalt Italiens[1]

Rechnungsjahr (Juli bis Juni)	Ausgaben			Steuern und andere Einnahmen	Haushaltsfehlbetrag	Schulden		
	militärische	sonstige	insgesamt			Anleihen [2]	andere [3]	insgesamt
	in Milliarden Lire							
1938/39	15,0	24,9	39,9	27,6	12,3	0,2	12,0	12,2
1939/40	27,7	32,7	60,4	32,4	28,0	21,1	6,9	28,0
1940/41	58,9	39,3	98,2	34,2	64,0	14,2	49,8	64,0
1941/42	71,3	47,3	118,6	41,2	77,4	45,6	31,7	77,3
1942/43	81,0	54,2	135,2	48,9	86,3	48,9	37,4	86,3
1943/44	100,0	48,0	148,0	50,0	98,0	.	.	.

[1] Für 1938/39 bis 1941/42 Schlußrechnungen, für 1942/43 vorläufige Ergebnisse und für 1943/44 Voranschlag. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt sind in der Tabelle zusammengefaßt.
[2] Kurz- und langfristig; während des Krieges hauptsächlich durch Neunjahres-Schatzanweisungen.
[3] Schwebende Schuld und Vorschüsse der Banca d'Italia sowie noch nicht bezahlte Ausgabenrückstände.

Die militärischen Ausgaben betrugen während des mit Juni 1941 endenden Rechnungsjahres weniger als 5 Milliarden Lire im Monat, stiegen auf monatlich ungefähr 7 Milliarden Lire zu Beginn des Jahres 1943 und weiter auf monatlich 8 Milliarden während des Sommers. Auch die anderen Ausgaben nahmen beträchtlich zu, wofür Preissubventionen und Staatsschuldendienst die beiden wichtigsten Ursachen waren. Für das Jahr 1942/43 wurden die Beihilfen zur Niedrighaltung der Preise mit 11,8 Milliarden Lire angegeben; der Schuldendienst stieg von 4,5 Milliarden Lire 1934/35 auf 14 Milliarden für 1942/43 und

wurde für 1943/44 auf 16,5 Milliarden veranschlagt (womit er dann ein Drittel der ordentlichen Einnahmen beanspruchen würde). 1942/43 wurden scharfe Einsparungen an den Ausgaben vorgenommen, u. a. durch Einstellung einiger dringender öffentlicher Arbeiten für 3½ Milliarden Lire. Die gesamten Haushaltsausgaben erhöhten sich von 1939/40 bis 1942/43 auf mehr als das Doppelte, und der Prozentsatz der Deckung durch ordentliche Einnahmen fiel von 53 auf 32; nach Angabe des italienischen Finanzministers war dies der niedrigste Prozentsatz von allen kriegführenden Ländern.

Haushaltseinnahmen Italiens

Einnahmen	Rechnungsjahr (Juli–Juni)		
	1940/41	1941/42	1942/43
	in Millionen Lire		
Direkte Steuern	8.914	9.548	10.817
Indirekte Steuern und Abgaben	8.954	11.127	11.330
Zölle und indirekte Verbrauchssteuern	6.328	6.135	6.132
Monopoleinnahmen	4.499	6.017	8.213
Lotterieeinnahmen	519	584	673
Haupteinnahmequellen	29.215	33.412	37.166
Rückzahlungen u. Beteiligungen	700	1.298	1.217
Verschiedene Einnahmen	4.118	3.508	4.644
Gesamte ordentliche Einnahmen	34.033	38.218	43.027
Erstattung von Kriegsausgaben	201	3.006	5.857
Gesamte Einnahmen	34.234	41.224	48.884

Die in der nebenstehenden Tabelle zusammengestellten Haushaltseinnahmen stiegen von 1940/41 bis 1942/43 um 14,7 Milliarden Lire; davon entfielen 9 Milliarden auf die Steuern und anderen ordentlichen Einnahmen und 5,7 Milliarden auf die Rückerstattung von Beträgen, die für Kriegsausgaben gezahlt worden waren.

Wie oben gezeigt, wurde der Haushaltsfehlbetrag durch lang- und kurzfristige Kreditaufnahmen und durch Erhöhung der Nettoverpflichtungen der Staatskasse gedeckt, welche die schwebende Schuld und die unbezahlten

Vermögen und Schulden des italienischen Staates

Ende des Rechnungsjahres (30. Juni)	Vermögenswerte			Gesamte Verpflichtungen 3	Schuldenüberschuß	Ungedeckte Fehlbeträge (netto) 4
	frei verfügbar 1	andere 2	zusammen			
	in Milliarden Lire					
1935	24,3	72,3	96,6	126,0	29,4	16,4
1936	24,5	76,8	101,3	133,4	32,1	22,3
1937	29,4	82,7	112,1	154,0	41,9	33,0
1938	27,3	89,3	116,6	162,9	46,3	42,4
1939	27,5	93,8	121,3	175,2	53,9	54,3
1940	34,4	103,1	137,5	210,4	72,9	61,3
1941	41,9	103,5	145,4	281,8	136,4	110,9
1942	.	.	.	.	.	142,6
1943	.	.	.	.	.	180,0

[1] Vermögenswerte der Staatskasse (zuletzt 1935 gesondert angegeben mit 7,3 Milliarden Lire) und verschiedene bewegliche und unbewegliche Vermögenswerte (zuletzt 1935 gesondert angegeben mit 16,9 Milliarden Lire). In den amtlichen Aufstellungen werden außerdem etwa 30 Milliarden Lire industriellen Vermögens als „frei verfügbar" aufgeführt.

[2] Hier sind außer den vorstehend erwähnten 30 Milliarden Lire an Industrievermögen (1935–41 fast unverändert) erfaßt: *militärisches Material* (1935: 24,2 Milliarden, 1941: 51,6 Milliarden), sonstiges Vermögen der Staatsverwaltung (1935: 4,8 Milliarden, 1941: 7,3 Milliarden) und wissenschaftliches und künstlerisches Material (1935–41 fast unverändert 14 Milliarden Lire).

[3] Brutto-Verbindlichkeiten der Staatskasse (zuletzt 1935 gesondert angegeben mit 23,7 Milliarden Lire) zuzüglich der Staatsschuld (konsolidierte, ewige, tilgbare und sonstige).

[4] Finanziell bedeutsamer Teil der vorhergehenden Spalte (Netto-Verbindlichkeiten der Staatskasse); nach den letzten gesonderten Angaben betrug am 30. Juni 1935 das Bruttovermögen der Staatskasse 7,3 Milliarden *und ihre Bruttoverbindlichkeiten 23,7 Milliarden Lire* (vgl. Anm. [1] und [3]). *Die jährliche Zunahme der Nettoverbindlichkeiten* der Staatskasse stellt den nicht durch lang- und mittelfristige Kredite gedeckten Teil des Haushaltsfehlbetrages dar.

Ausgabenrückstände umfassen. In vorstehender Tabelle sind die gesamten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des italienischen Staates sowie die Nettoverpflichtungen der Staatskasse am Ende der letzten Rechnungsjahre wiedergegeben.

Das rasche Anwachsen der Verbindlichkeiten der Staatskasse ist ein besonderes Kennzeichen der letzten Jahre. In den drei Kriegsjahren Italiens bis Juni 1943 wurde der gesamte Haushaltsfehlbetrag von 228 Milliarden Lire (wie er sich aus der Tabelle auf Seite 205 ergibt) in Höhe von 109 Milliarden durch Aufnahme lang- und mittelfristiger Kredite gedeckt, während 119 Milliarden zu den Netto-Verbindlichkeiten (ungedeckten Fehlbeträgen) der Staatskasse hinzutraten, die dadurch von 61 Milliarden Lire Ende Juni 1940 auf 180 Milliarden Ende Juni 1943 gestiegen sind.

Eine Übersicht der Staatsschuld und der Verbindlichkeiten der Staatskasse für Ende März 1943, die in einer ausländischen Fachzeitschrift (als erste Veröffentlichung dieser Art seit 1935) erschienen ist, wird in der folgenden Tabelle gekürzt wiedergegeben.

Italienische Staatsschuld und Verbindlichkeiten der Staatskasse Ende März 1943

Bezeichnung	Milliarden Lire
Neunjährige Schatzanweisungen	123,7
Sonstige fundierte und tilgbare Schulden[1]	86,7
Gewöhnliche Schatzwechsel .	43,3
Vorschüsse der Banca d'Italia[2]	59,9
Sonstige Vorschüsse in laufender Rechnung[3] . . .	53,8
Staatsnoten[4]	5,8
Annuitäten	38,9
Gesamte Schulden und Verbindlichkeiten . . .	412,1

[1] Einschließlich der Kreditzertifikate zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten.
[2] 1 Milliarde Lire ordentliche und 58.882 Millionen Lire außerordentliche Vorschüsse.
[3] Meist von der Cassa dei Depositi e Prestiti, der Zentralanstalt der Sparkassen.
[4] Die Ausgabe kleiner Staatsnoten wird in Kapitel VI behandelt.

Der Ausdruck „Annuitäten" bezieht sich auf die Zahlungsrückstände des Staates, für welche ein System von jährlichen Zins- und Tilgungszahlungen vorgesehen ist, die weitgehend durch die Banca d'Italia unter Vermittelung des Consorzio per sovvenzioni su valori industriali finanziert werden, wie im zwölften Jahresbericht der Bank näher dargelegt ist. Die Rückstände wuchsen von 2,6 Milliarden Lire im Juni 1939 auf 16,0 Milliarden im Juni 1940; Ende März 1942 war das Finanzministerium für die nächsten zehn Jahre mit Annuitätenzahlungen im Gegenwartswert von 29,7 Milliarden Lire belastet, die aus der Aufschiebung der Bezahlung von Kriegsaufträgen herrührten (davon waren 10 Milliarden Lire bis Ende 1941 durch das Consorzio refinanziert worden); im März 1943 standen die Annuitäten mit 38,9 Milliarden Lire zu Buch.

Die Aufnahme längerfristiger Kredite durch die italienische Regierung erfolgte während des Krieges fast nur durch Ausgabe von 5prozentigen steuerfreien neunjährigen Schatzanweisungen zu 97,5 v. H. (mit einer Rendite von 5,93 v. H. einschließlich der Prämien usw.); die 1941/42 im Kreditwege aufgenommenen 45 Milliarden Lire wurden durch zwei Ausgaben derartiger Papiere im September 1941 und im Februar 1942 beschafft. Unter den im Jahre 1942 sonst noch getroffenen Maßnahmen ist die Schaffung von besonderen 3prozentigen fünfjährigen Schatzanweisungen zu erwähnen, die als gesperrte Zwangsanlage von Mitteln aus drei verschiedenen Quellen dienten: a) von den Steuerzahlern behaltene Kriegsgewinne, b) 20 v. H. der neuen Kapitalien aus

privaten Aktienemissionen oder sonstigen Kapitalerhöhungen und c) Gelder in Höhe jener Beträge, die zu Aktienkäufen an der Börse verwendet wurden; da diese neuen Schatzanweisungen mehr für Zwecke der Wirtschaftslenkung als zur Erzielung von Einnahmen geschaffen waren, wurden keine bedeutenden Erlöse aus ihnen erwartet. Anfang 1943 wurden diese Maßnahmen übrigens geändert und für den unter c) genannten Fall überhaupt aufgehoben.

Im September 1942 wurde mit einer Ausgabe von neunjährigen Schatzanweisungen zu 4 v. H. eine Zinssenkung versucht, und zwar wurde der Ausgabepreis auf 92 ermäßigt (die Rendite mit Prämien usw. war jedoch noch 5,68 v. H.); die Zeichnung ergab 25 Milliarden Lire. Auch einige andere Zinssätze wurden ermäßigt, darunter der Diskont für Schatzwechsel, und zwar für Zwölfmonats-Wechsel von 5 auf 4 v. H. und für die anderen entsprechend, während die ein- bis zweimonatigen Wechsel gänzlich abgeschafft wurden. Anfang 1943 wurden jedoch die Bemühungen zur Verbilligung der Zinssätze eingestellt. Obwohl der Banksatz mit 4½ v. H. (seit 1936) unverändert blieb, wurde der Zinssatz für Einlagen der Banken bei der Banca d'Italia im März 1943 mit rückwirkender Kraft vom 12. Dezember 1942 an von 1½ auf 3 v. H. erhöht und für Einlagen Privater, die bisher unverzinslich waren, wurde ein Satz von 1½ v. H. festgesetzt. Die Sätze für Schatzwechsel wurden wieder auf den Stand vor September 1942 erhöht und die ein- bis zweimonatigen Wechsel zum Satz von 3¼ v. H. wieder eingeführt. Im Juni 1943 ergab eine Emission 5prozentiger steuerfreier fünfjähriger Schatzanweisungen zu 97 einen Erlös von 12 Milliarden Lire (ohne die Zeichnungen in Sizilien und Sardinien); diese Schatzanweisungen konnten nach drei Jahren zu Steuerzahlungen verwendet werden, und für diesen Zeitraum von drei Jahren stellt sich die steuerfreie Rendite einschließlich der Prämien (die nochmals ½ v. H. jährlich ausmachen) auf reichlich 6 v. H. Als später der Markt für Staatsanleihen infolge der Entwicklung im Juli 1943 schwächer wurde, kam es zu Notierungen, denen Renditen bis zu 12 v. H. entsprachen (ohne Berücksichtigung der Prämien).

Der Finanzminister erklärte in seiner Rede Anfang August 1943, daß die lang- und mittelfristige (fundierte und tilgbare) Staatsschuld zuzüglich der ausgegebenen Staatsnoten am 30. Juni 1943 eine Summe von 256,9 Milliarden Lire erreicht hatte, wozu noch die schwebende Schuld von 168,9 Milliarden hinzuzurechnen ist (Schatzwechsel und Verschuldung an die Banca d'Italia und die Cassa dei Depositi e Prestiti); dies ergibt insgesamt 425,8 Milliarden Lire ohne die Annuitäten für die Ausgabenrückstände.

Im Juli 1943, so erklärte der Finanzminister ferner, gingen die laufenden Einnahmen zurück, und der Gesamtbetrag der umlaufenden Schatzanweisungen nahm ebenfalls ab, so daß die Staatskasse sich in jenem Monat in größtem Umfange auf die Banca d'Italia zurückgreifen mußte, deren Hilfe sich auf 10,4 Milliarden Lire belief, womit die gesamte unmittelbare Verschuldung der Staatskasse bei der Bank auf 58 Milliarden Lire anwuchs. Berücksichtigt man außerdem die Unterstützung, welche die Bank dem Consorzio per sovvenzioni su valori industriali im Zusammenhang mit der Abtretung von Kreditzertifikaten der Staatskasse und von Kreditforderungen für Militärlieferungen gewährt (34,2 Milliarden Lire), ferner die Zahlungen für den Unterhalt von Soldatenfamilien

und für öffentliche Arbeiten, die Bezahlung von Kriegslieferungen und Kriegsdienstleistungen sowie die zahlreichen anderen Fälle, in denen die Bank für verschiedene Zwecke mittelbar oder unmittelbar Noten zur Verfügung gestellt hat, so ergibt sich, daß das Anwachsen des Notenumlaufs der Banca d'Italia von 25,3 Milliarden Lire kurz vor dem Eintritt Italiens in den Krieg auf 96,5 Milliarden Lire am 20. Juli 1943 allein auf die Anforderungen des Staates zurückzuführen war. (Die Entwicklung des Notenumlaufs in Italien nach Maßgabe der neusten Ziffern wird auf Seite 334/35 behandelt.) Im Oktober 1943 wurde in Norditalien die Abhebung von Bankeinlagen Beschränkungen unterworfen.

Hinsichtlich der besetzten Länder in Westeuropa ist es im allgemeinen notwendig, die Anordnung der veröffentlichten Haushaltsziffern etwas zu ändern, um eine gewisse Einheitlichkeit und einen klareren Einblick in die Verhältnisse zu gewinnen, als ihn die amtlichen Statistiken vermitteln. In Frankreich werden z. B. sowohl die Besatzungskosten wie die Finanzierung des Clearingverkehrs als außerordentliche Ausgaben im Zusammenhang mit dem Waffenstillstand bezeichnet und außerhalb des Staatshaushalts aufgeführt; in Belgien werden dagegen die Besatzungskosten als Haushaltsausgaben behandelt, der Verrechnungsverkehr aber wird unmittelbar durch die Emissionsbank außerhalb des Haushalts finanziert; in Dänemark schließlich werden sowohl die Zahlungen an die Besatzungsbehörden als auch die Finanzierung des Clearings unmittelbar durch die Nationalbank außerhalb des Staatshaushalts vorgenommen. Es ist klar, daß die zur Bezahlung von Besatzungskosten und zur Bevorschussung von Clearingforderungen in Landeswährung (unter Staatsgarantie) erforderlichen Finanzierungsmaßnahmen vom währungs- und finanzpolitischen Standpunkt den Staatsausgaben gleichzustellen sind. Beispielsweise hat es einen bestimmten Sinn, wenn die durch die Besteuerung oder durch Inanspruchnahme der Zentralbank aufgebrachten Beträge zur Gesamtheit der öffentlichen Finanzgebarung in Beziehung gesetzt werden, aber nicht, wenn sie nur mit den ordentlichen Haushaltsausgaben (ausschließlich der Besatzungskosten und des Clearings) verglichen werden. Obwohl die Informationen nicht vollständig und in einigen Fällen nur lückenhaft sind, wird der Grundsatz der Vereinheitlichung bei den statistischen Darstellungen auf den folgenden Seiten doch nach Möglichkeit befolgt.

In Frankreich war die Haushaltslage 1942 durch die Ausgaben beherrscht, die sich aus dem Waffenstillstand ergaben. Die monatlichen Ausweise der Staatskasse, die 1942 wieder veröffentlicht wurden, nachdem sie seit August 1939 eingestellt waren, zeigen für das genannte Jahr insgesamt Ausgaben in Höhe von 305½ Milliarden französische Franken; davon entfallen 157½ Milliarden, also mehr als die Hälfte, auf Ausgaben im Zusammenhang mit dem Waffenstillstand. Zu diesen Ziffern müssen die Einnahmen und Ausgaben der Caisse autonome d'amortissement hinzugefügt werden (die den Schuldendienst aus besonderen Staatseinnahmen durchführt); sie sind mit ungefähr 10 Milliarden Franken (netto) ausgeglichen. Von den 1941 gezahlten Besatzungskosten wurde ein Teil erst 1942 tatsächlich verwendet, und unter Berücksichtigung dieser Tatsache ergibt sich ein ausgezahlter Gesamtbetrag von

353½ Milliarden Franken (gegen 246 Milliarden 1941). Die Steuern und anderen laufenden Einnahmen deckten 33,6 v. H. der gesamten Ausgaben einschließlich derjenigen der Tilgungskasse, aber nur 29,2 v. H., wenn die verzögerte Verwendung der Besatzungskosten in Rechnung gestellt wird.

Frankreichs Staatshaushalt und Staatskassenrechnung[1]

Posten	Kalenderjahr		
	1941	1942	1943[2]
	in Milliarden Franken		
Ausgaben nach dem Staatshaushalt[3]	122	133	144
für den Waffenstillstand:			
Besatzungskosten[4]	130	124½	210
Clearing mit Deutschland[5]	12	33	50
Vorschüsse der Staatskasse und sonstige Ausgaben	2	15	15
Gesamtausgaben der Staatskasse	266	305½	419
Steuern und andere ordentliche Einnahmen	79	96	102
Gesamte Kreditfinanzierung der Staatskasse	187	209½	317
Netto-Kreditfinanzierung[6]	167	257½	317
Kreditaufnahme bei der Bank von Frankreich			
Brutto	71	68	.
Netto[7]	51	116	.
Sonstige Quellen – Insgesamt	116	141½	.
Davon			
langfristige Kreditaufnahme	1¼	16½	.
kurzfristige Kreditaufnahme	89½	113	.
Verschiedenes[8]	25	12	.

Die Steuereinnahmen stiegen 1942 an; vollständige Veröffentlichungen für dieses Jahr zeigen Einnahmen in Höhe von 79 Milliarden Franken gegenüber 64 Milliarden 1941. Für 1943 wurden höhere Steuersätze eingeführt, und die Voranschläge beliefen sich auf etwa 22 Milliarden Franken mehr als jene für 1942. Andererseits blieben die eigentlichen Haushaltsausgaben 1942 um etwa 5½ Milliarden hinter den Voranschlägen zurück. Infolgedessen war der tatsächliche Fehlbetrag für 1942 in Höhe von 37 Milliarden um ungefähr 20 Milliarden Franken niedriger als vorgesehen war. Dieser Fehlbetrag stellte aber noch nicht einmal ein Fünftel des Gesamtbetrages dar, der auf dem Kreditwege finanziert werden mußte.

[1] Für 1941 und 1942 erzielte Ergebnisse; für 1943 Voranschlag.

[2] Im August 1943 wurden zusätzliche Kredite in Höhe von 4,7 Milliarden ffrs bewilligt, großenteils für Staatszuschüsse zur Stabilisierung der Preise. Auch der Voranschlag für die Einkünfte wurde um 2,1 Milliarden ffrs erhöht. In den ersten neun Monaten des Jahres beliefen sich die Staatsausgaben auf 96,5 Milliarden ffrs, während die Steuern und anderen Einnahmen 84,7 Milliarden ergaben; die Besatzungskosten betrugen 162,6 Milliarden und die Vorschüsse auf das Guthaben im Clearing mit Deutschland 40,0 Milliarden ffrs.

[3] Für 1941 und 1942 ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen; für 1943 wurde die Unterscheidung abgeschafft. Die Ziffern enthalten nicht die Caisse autonome d'amortissement.

[4] Für 1941 hätten die Zahlungen an die deutschen Behörden, die bis zum 10. Mai 400 Millionen ffrs pro Tag und nachher 300 Millionen ffrs pro Tag ausmachten, im ganzen 122½ Milliarden ffrs ergeben, durch Einquartierungskosten und andere Ausgaben erhöhte sich die Summe aber auf 130 Milliarden ffrs. Für 1942 hätte sich zum Tagessatz von 300 Millionen ein Gesamtbetrag von 109½ Milliarden ffrs ergeben, durch die sonstigen Unkosten erhöhte er sich aber auf 123½ Milliarden ffrs, wie im Ausweis der Staatskasse angegeben ist; hier sind noch die Nettoauslagen für Requisitionen für Rechnung der deutschen Behörden in Höhe von 1 Milliarde ffrs hinzugefügt. Diese Ziffern enthalten auch die Zahlungen an Italien, die jedoch vergleichsweise geringfügig waren; für 1942 dürften sie auf 2,1 Milliarden ffrs zu schätzen sein. Auf Grund eines Gesetzes vom 9. Februar 1943 wurde ein neues Konto bei der Staatskasse für die Vorschüsse der französischen Regierung zur Deckung der Ausgaben der italienischen Truppen in Frankreich eröffnet. Für 1943 ist der Tagessatz der Zahlungen an Deutschland auf 500 Millionen ffrs erhöht worden, abzüglich 200 Millionen im Monat, *aber zuzüglich eines Gesamtbetrages von 10 Milliarden ffrs für die rückwirkende Anwendung des Satzes* von 500 Millionen ffrs vom 11. November 1942 ab. Dies ergibt einen Gesamtbetrag von 190 Milliarden ffrs, wozu noch die Quartierkosten und das neue Konto für Zahlungen an Italien kommen, was zusammen einen zusätzlichen Betrag von wenigstens 20 Milliarden ffrs ausmacht.

[5] Vorschüsse der Staatskasse an das französische Clearinginstitut zur Finanzierung des Fehlbetrages aus dem deutsch-französischen Clearing.

[6] Infolge der Auffüllung des Reichskreditkassenkontos im Jahre 1941 und seines Abbaus im Jahre 1942 ergibt sich ein zutreffenderes Bild, wenn man nicht von der Zahlung, sondern von der Verwendung der Besatzungskosten ausgeht. Die obigen Zahlen für die Netto-Kreditfinanzierung ergeben sich, wenn man die verwendeten Besatzungskosten für 1941 mit 101½ Milliarden ffrs und für 1942 mit 157 Milliarden ffrs zugrunde legt, und die jeweiligen Quartier- und Requisitionskosten berücksichtigt, die oben unter [4] angegeben sind.

[7] Unter Berücksichtigung der Verwendung der Besatzungskosten durch die deutschen Behörden, wie unter [6] angegeben, nicht nur der formellen Zahlungsdaten.

[8] Für 1942 einschließlich der Ziehungen auf die Staatskassenkonten in Höhe von 3½ Milliarden ffrs und etwa 6 Milliarden ffrs schwebender Posten (teilweise infolge von Geschäften mit überseeischen Gebieten, die vom Mutterlande abgeschnitten sind).

Die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Waffenstillstand, wie sie sich aus den Ausweisen der Staatskasse ergeben (d. h. unter Ausschluß beispielsweise der von den Eisenbahnen und der Post-, Telephon- und Telegraphenverwaltung getragenen Ausgaben), beliefen sich 1941 auf 142 Milliarden Franken und sind 1942 auf 157½ Milliarden Franken gestiegen; für 1943 dürften sie wahrscheinlich insgesamt etwa 260 Milliarden Franken erreichen. In Wirklichkeit war die Zunahme der Waffenstillstandsausgaben von 1941 auf 1942 noch erheblicher, da ein größerer Teil der für Besatzungskosten bereitgestellten Mittel zur Verwendung gekommen ist (siehe die Tabelle auf der folgenden Seite); diese Ausgaben sind noch immer von beherrschendem Einfluß auf die Kassenlage des französischen Staates und auch auf die Währungsverhältnisse Frankreichs.

1942 beliefen sich die gesamten Staatsausgaben, soweit sie nicht durch ordentliche Einnahmen gedeckt waren, auf beinahe 210 Milliarden Franken, doch brachte die eigentliche Kreditaufnahme nur etwas weniger als 200 Milliarden ein. Die Bewegung der Staatsschulden seit dem Kriege zeigt die folgende Tabelle. Die gesamte Verschuldung ist fast auf das Dreifache ihres Vorkriegsstandes gestiegen; dabei ist der Anteil der langfristigen Schulden von mehr als zwei Dritteln auf weniger als ein Drittel zurückgegangen, während die kurzfristige Verschuldung entsprechend an Gewicht zugenommen hat.

Die langfristigen Emissionen des Staates und anderer öffentlicher Körperschaften wurden nach dem Waffenstillstand weitgehend zu Konversionszwecken vorgenommen; diese Konversionen betrafen frühere Anleihen im Betrage von etwa 100 Milliarden Franken und senkten die effektiven Renditen bis auf etwas über 3½ v. H. Im Januar 1943 konnte die Caisse autonome eine Konversion alter Emissionen in 3½prozentige Obligationen zu pari durchführen.

Auf die mittel- und kurzfristigen Emissionen, nämlich Schatzwechsel, vierjährige Sparscheine und Vorschüsse der Bank von Frankreich, entfielen 1942 ungefähr 90 v. H. der Zunahme der gesamten öffentlichen Schuld. Die wichtigste Neuerung in der staatlichen Kreditaufnahme war die Einführung 3prozentiger vierjähriger Sparscheine im Mai 1942 in Abschnitten bis zu 1 Million Franken; die Zinszahlung geschieht für die ersten zwei Jahre

Frankreichs öffentliche Verschuldung[1]

Schulden	Stand Ende August 1939	Stand Ende Dez. 1941[2]	Stand Ende Dez. 1942	*Bewegung im Jahre 1942*	Stand Ende Sept. 1943	*Bewegung 1943 (neun Monate)*
	in Milliarden Franken					
Langfristig:						
fundiert	55	55	44	*— 11*	44	—
amortisierbar	248	278	306	*+ 28*	344	*+ 38*
Kurz- und mittelfristig:						
Schatzwechsel usw.	107	321	421	*+ 100*	485	*+ 64*
Bank von Frankreich	36	227	295	*+ 68*[3]	382	*+ 87*[3]
Insgesamt . . .	446	881	1.066	*+ 185*[4]	1.255	*+ 189*[4]

[1] Einschließlich der Caisse autonome d'amortissement.

[2] Für 1. Januar 1942 veröffentlichte Ziffern.

[3] Dieser Posten enthält in Wirklichkeit alle Emissionsbanken (einschließlich derjenigen der Kolonien), betrifft jedoch naturgemäß fast ganz die Bank von Frankreich. Nach den Jahresschlußausweisen stiegen die Vorschüsse der Bank von Frankreich 1942 um 67¼ Milliarden ffrs.

[4] Nicht alle Veränderungen beruhen auf Aus- oder Eingängen von Barmitteln; gewisse Faktoren wie Konversionen, Schwankungen der Devisenkurse usw. spielen ebenfalls eine Rolle. 1942 führten diese Faktoren zu einer Abnahme um 12 Milliarden ffrs, so daß die Eingänge aus der Kreditaufnahme sich im ganzen auf 197 Milliarden beliefen.

durch Abzug vom Ausgabepreis und für die letzten zwei Jahre durch einen Zuschlag bei der Einlösung. Eine vorzeitige Rückzahlung kann unter gewissen genau bestimmten Bedingungen, die später erweitert wurden, erfolgen. Von diesen Sparscheinen wurden im Durchschnitt ungefähr 1 Milliarde Franken monatlich ausgegeben, und im März 1943 waren etwa 10 Milliarden in Umlauf. (Im Februar 1943 erging eine Verordnung, welche die Einzahlung von „Reserven für die Erneuerung von Vorräten" zu Gunsten der Staatskasse zwangsweise vorschrieb. Das so eingeführte System unterscheidet sich von der deutschen Einrichtung der „Betriebsanlage-Guthaben" und „Warenbeschaffungs-Guthaben" u. a. auch dadurch, daß die Reserven in Frankreich bei einer Bank und nicht unmittelbar bei der Staatskasse eingezahlt werden und 2¼ v. H. Zinsen tragen, was dem Satz für einjährige Schatzwechsel entspricht.)

Die gewöhnlichen Vorschüsse der Bank von Frankreich an die Regierung gingen 1942 um 1¼ Milliarde Franken zurück, aber die Sondervorschüsse für die Besatzungskosten stiegen um 68½ Milliarden. In welchem Ausmaß die Besatzungskosten durch unmittelbare Kreditaufnahme bei der Bank von Frankreich bestritten worden sind, ergibt sich aus der folgenden Tabelle.

Finanzierung der französischen Besatzungskosten und anderen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Waffenstillstand[1]

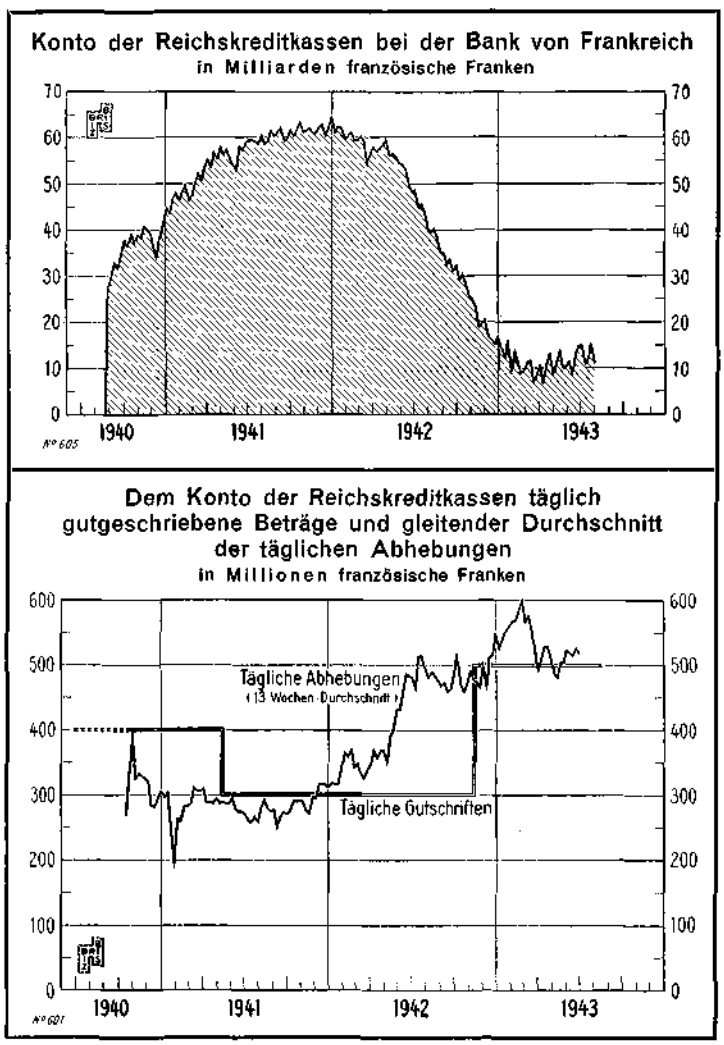
Zeit	Gesamte Ausgaben im Zusammenhang mit dem Waffenstillstand[1]			Davon Besatzungskosten im eigentlichen Sinne		
	Gesamte Ausgaben	gedeckt durch: Sonder-Vorschüsse der Bank von Frankreich	gedeckt durch: Schatzwechsel	Gesamte Zahlungen[2]	davon: von den deutschen Behörden verwendete Beträge[3]	davon: Bewegung des Reichskreditkassenkontos[4]
	in Milliarden Franken					
1940 . . . . . [5]	80,0	80,7	(— 0,7)	80,0	35,2	+ 44,8
1941 . . . . . [6]	142,0	61,8	80,2	121,5	101,7	+ 19,8
1942 . . . . . [7]	157,5	68,5	89,0	109,5	157,2	(— 47,7)
Insgesamt . . .	379,5	211,0	168,5	311,0	294,1	+ 16,9
1943 Januar-September [8]	202,6	84,8	117,8	144,4	145,8	(— 1,4)
Insgesamt . . .	582,1	295,8	286,3	455,4	439,9	+ 15,5

[1] Gesamte Kosten der Besatzung, Einquartierung usw. zuzüglich der Finanzierung des Exportüberschusses an Deutschland (wie in den Haushaltsrechnungen angegeben).
[2] In der Annahme, daß Zahlungen auf Grund der in Anmerkung [4] zur Tabelle auf Seite 210 angegebenen Tagessätze, und zwar jeweils für 10 Tage im voraus geleistet wurden.
[3] Tatsächlich für Zahlungen oder zur Ansammlung eines Notenvorrats bei der Bank von Frankreich verwendet.
[4] 1940 und 1941 wurden Beträge auf dem Konto der Reichskreditkassen bei der Bank von Frankreich angesammelt (+), 1942 aber wieder abgezogen (—).
[5] 25. Juni 1940 bis 2. Januar 1941.
[6] 3. Januar bis 31. Dezember 1941.
[7] Kalenderjahr 1942.
[8] 1. Januar bis 30. September 1943.

Bis Ende September 1943 beliefen sich die gesamten bezahlten Beträge auf 582 Milliarden Franken oder den Gegenwert von 29 Milliarden Reichsmark; davon wurden 50,8 v. H. durch Vorschüsse der Bank von Frankreich und 49,2 v. H. durch kurzfristige Schatzwechsel finanziert.

Von den Besatzungskosten im eigentlichen Sinne, die auf das Konto der Reichskreditkassen bei der Bank von Frankreich gezahlt werden, waren 1940

nur ungefähr die Hälfte und 1941 nur vier Fünftel der gutgeschriebenen Beträge tatsächlich verwendet worden, 1942 aber wurden außer den im Laufe des Jahres eingegangenen 109½ Milliarden Franken fast 50 Milliarden von dem angesammelten Guthaben abgezogen. Nachdem die Zahlungen Frankreichs vom 11. November 1942 an auf täglich 500 Millionen Franken erhöht wurden, entsprechen die von den Besatzungsbehörden verwendeten Beträge annähernd den laufenden Gutschriften, daher bewegte sich der Kontostand der Reichskreditkassen in den ersten drei Vierteln des Jahres 1943 bei ziemlich geringen Veränderungen zwischen 7 und 16 Milliarden Franken.



Anmerkung. Die Zahlen für das Konto der Reichskreditkassen sind den Wochenausweisen der Bank von Frankreich entnommen. Der durchschnittlich pro Tag verwendete Betrag wurde aus den gutgeschriebenen Summen und der wöchentlichen Bewegung des Kontos errechnet.

Im Mai 1942 begannen die Ausgaben der Besatzungsbehörden die täglichen Einzahlungen auf das Konto der Reichskreditkassen beträchtlich zu übersteigen. Diese Erhöhung fiel anscheinend mit dem Beginn umfangreicher Arbeiten deutscher Stellen (z. B. der Organisation Todt) und mit bedeutenden Rüstungsaufträgen zusammen (für die im Sommer halbamtlich eine Ziffer von 100 Milliarden Franken genannt wurde), während gleichzeitig die Besatzungsbehörden zweifellos größere Notenreserven ansammelten.

Somit haben nicht die offiziellen Termine und Beträge der Zahlungen, wie sie die Statistik des Tresors zeigt, sondern die wirkliche Zeit sowie die Art und Weise der Verwendung der Beträge durch die deutschen Behörden das Tempo der Ausdehnung des Geldvolumens bestimmt. Die vier verschiedenen Stufen dieser Entwicklung sind in der Tabelle auf der folgenden Seite dargestellt.

Verwendung und Finanzierung der Besatzungskosten in Frankreich

Bezeichnung	Entwicklungsstufen				Im ganzen
	25. Juni 1940 bis 30. April 1941	1. Mai 1941 bis 30. April 1942	1. Mai 1942 bis 31. Dez. 1942	1. Januar 1943 bis 30. Sept. 1943	25. Juni 1940 bis 30. Sept. 1943
	310 Tage	365 Tage	245 Tage	273 Tage	1.193 Tage
	in Millionen Franken				
Tagesdurchschnitt					
Gutschriften	413 [1]	300	300	529 [2]	382
Abzüge	226	295	475	534	369
Überschuß	+ 187	+ 5	— 175	— 5	+ 13
	in Milliarden Franken				
Gesamtbeträge					
Gutschriften	128,0 [3]	109,5	73,5	144,4 [4]	455,4 [4]
Abzüge	70,1	107,7	116,3	145,8	439,9
Überschuß der Gutschriften (+) oder Abzüge (—)	+ 57,9	+ 1,8	— 42,8	— 1,4	+ 15,5
Finanzierung der abgezogenen Beträge					
durch Schatzwechsel	24,3	50,3	25,4	59,5	159,6
durch die Bank von Frankreich:					
Erhöhung der besonderen Vorschüsse	103,7	59,2	48,1	84,8	295,8
Bewegung des Reichskreditkassenkontos [5]	— 57,9	— 1,8	+ 42,8	+ 1,4	— 15,4
Insgesamt	45,8	57,4	90,9	86,2	290,4
Zunahme des Notenumlaufs	57,9 [6]	59,3	91,1	85,2	293,5 [6]
	in Milliarden Franken				
Monatsdurchschnitt:					
Abzüge	6,9	9,0	14,5	16,2	11,1
Finanzierung durch Schatzwechsel	2,4	4,2	3,2	6,6	4,0
durch die Bank von Frankreich	4,5	4,8	11,4	9,6	7,1
Zunahme des Notenumlaufs	5,7 [6]	4,9	11,4	9,5	7,4 [6]

[1] Den Zahlungen lag in dieser Periode ein Tagessatz von 400 Millionen ffrs zugrunde, der durchschnittlich gutgeschriebene Betrag ist jedoch etwas höher, weil die Zahlungen für 10 Tage im voraus erfolgten.
[2] Seit dem 1. Januar 1943 betrugen die Zahlungen 500 Millionen ffrs pro Tag, hinzu kam jedoch ein Teil der Nachzahlung für die Zeit seit dem 11. November 1942; vgl. Anm. [4] zur Tabelle auf Seite 210.
[3] Einschließlich 4 Milliarden ffrs, die für die Zeit bis zum 10. Mai 1941 im voraus bezahlt worden waren.
[4] Einschließlich 5 Milliarden ffrs, die für die Zeit bis zum 10. Oktober 1943 im voraus bezahlt worden waren.
[5] Ansammlung von Beträgen auf dem Konto (—) oder Überschuß von Abziehungen (+).
[6] Vom 10. Juni 1940 an.

Abgesehen von der ersten Periode, für welche die Erhöhung des Notenumlaufs nicht genau festgestellt werden kann (da die Veröffentlichung der Ausweise der Bank von Frankreich vom 10. Juni 1940 an eingestellt war) und in welcher andere Kreditposten von Bedeutung waren (besonders die gewöhnlichen Vorschüsse an die Staatskasse), hat der Notenumlauf fast genau gleichlaufend mit der Finanzierung der verwendeten Besatzungskosten durch die Bank von Frankreich zugenommen. In der zweiten Phase von 12 Monaten bis zum 30. April 1942 belief sich der monatlich von den Besatzungsbehörden abgezogene Betrag im Durchschnitt auf 9 Milliarden Franken; hiervon wurden 4,2 Milliarden durch Ausgabe von Schatzwechseln und 4,8 Milliarden von der Bank von Frankreich gedeckt; der Notenumlauf stieg um 4,9 Milliarden im Monat.

In der dritten Entwicklungsstufe von acht Monaten bis zum 31. Dezember 1942 belief sich der monatlich verwendete Betrag auf durchschnittlich 14,5 Milliarden Franken; nur 3,2 Milliarden wurden durch Schatzwechsel aufgebracht und 11,4 Milliarden von der Bank von Frankreich; der Notenumlauf stieg um 11,4 Milliarden Franken monatlich. Die Besatzungsbehörden verwendeten also vom Mai 1942 an monatlich 5½ Milliarden Franken mehr, andererseits wurden 1 Milliarde Franken weniger durch Schatzwechsel aufgebracht; infolgedessen wurden 6½ Milliarden mehr von der Bank von Frankreich entnommen, und der Notenumlauf stieg in der Zeit von Mai bis Dezember 1942 um fast 11½ Milliarden monatlich statt wie vorher nur um weniger als 5 Milliarden. In den ersten neun Monaten der vierten Phase, die mit dem Beginn des Jahres 1943 einsetzte, erhöhte sich der monatliche Durchschnitt der verwendeten Beträge auf 16,2 Milliarden Franken, von denen 6,6 Milliarden durch Ausgabe von Schatzwechseln und 9,6 Milliarden seitens der Bank von Frankreich gedeckt wurden; der Notenumlauf stieg um 9,5 Milliarden Franken im Monat.

Die vermehrten Ausgaben der Besatzungsbehörden und als Folge davon die Abzüge vom Konto der Reichskreditkassen führten, da keine entsprechende Erhöhung der Schatzwechselausgabe erfolgte, in den letzten acht Monaten von 1942 unmittelbar zu einer Erweiterung des Notenumlaufs von mehr als dem Doppelten des früheren Ausmaßes. Hierzu wird im Jahresbericht der Bank von Frankreich für 1942 bemerkt: „die Bank erkennt in vollem Umfange die Last der Frankreich auferlegten finanziellen Verpflichtungen, welche die Gefahr in sich bergen, daß alle Anstrengungen zur Wiedergesundung des Wirtschaftslebens vereitelt werden".

Das Geschäft der Bank von Frankreich befindet sich, abgesehen von ihrer Beanspruchung für die Besatzungskosten und der Erhöhung des Notenumlaufs, im Stillstand, wie sich aus den Bankausweisen ergibt.

Bank von Frankreich

Um das Monatsende	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva			
	Gold	Vorschüsse an den Staat		Sonstige Kredite [3]		Notenumlauf	Laufende Konten		
		gewöhnliche [1]	besondere [2]				Schatzamt [4]	Private [5]	Reichskreditkassen
	In Milliarden Franken								
1939 August . . .	97	21	—	27	166	142	3	18	—
Dezember .	97	35	—	17	171	151	2	15	—
1940 Dezember .	85	64	72	16	292	218	1	27	41
1941 Dezember .	85	69	143	15	365	270	2	25	65
1942 März	85	66	159	15	375	286	1	29	58
Juni	85	62	178	15	392	309	1	30	49
September .	85	68	187	17	409	340	1	33	32
Dezember .	85	68	211	18	435	383	1	30	17
1943 März	85	66	236	17	460	410	1	35	11
Juni	85	70	261	17	486	434	1	31	15
September .	85	70	296	17	522	468	1	33	15

[1] Ohne den Dauervorschuß von 10 Milliarden ffrs, der die ganze Zeit hindurch unverändert war.
[2] Sondervorschüsse an die französische Regierung zur Bestreitung der Besatzungskosten; die gesetzliche Höchstgrenze dieser Kredite wurde mehrfach erhöht, zuletzt am 30. September 1943 auf 321 Milliarden ffrs.
[3] Diskontierte Wechsel, 30tägige und andere Vorschüsse sowie am Markt gekaufte Wechsel.
[4] Einschließlich des Kontos der autonomen Tilgungskasse. [5] Einschließlich anderer Sichtverbindlichkeiten.

Der ausgewiesene Goldbestand beträgt unverändert 85 Milliarden Franken; die gewöhnlichen Vorschüsse an den Staat bewegen sich etwas unterhalb des im Juni 1940 festgesetzten Höchstbetrages von 70 Milliarden. Die Entwicklung in Nordafrika brachte in der ersten Novemberhälfte 1942 eine gewisse Belebung des Kreditgeschäftes; infolge von Einlagenabhebungen bei den Banken kam die Bank von Frankreich unter einen gewissen Druck, und die Summe der „sonstigen Kredite" stieg von 17 Milliarden Franken am 29. Oktober auf 22 Milliarden Franken am 12. November; die schwierige Situation ging aber bald vorüber, und Mitte Dezember war die frühere Lage wiederhergestellt.

Das neue Bankengesetz vom 13. Juni 1941 verpflichtete alle in Frankreich tätigen Aktienbanken, vom 31. März 1942 an Bilanzen nach einheitlichem Muster zu veröffentlichen, und zwar die Banken, deren Einlagen 500 Millionen Franken oder mehr betragen (von denen es 31 gibt), monatlich und die kleineren Banken (etwa 150) vierteljährlich. Die gesamten Einlagen der in der Tabelle erfaßten 24 Banken stiegen 1942 um 29 Milliarden Franken, d. h. um 22 v. H. (für alle Privatbanken in Frankreich belief sich die Zunahme in den zwölf Monaten bis März 1943 auf 44½ Milliarden Franken oder 28 v. H.). Die Bewegung beschleunigte sich im dritten Vierteljahr, als die Zunahme bei den 24 Banken fast 10 Milliarden Franken erreichte, verlangsamte sich aber auf 6 Milliarden Franken im letzten Vierteljahr.

Bankeinlagen in Frankreich

Monatsende	Pariser Banken			Zehn Provinzbanken	Zusammen 24 bedeutende einheimische Banken[2]
	sechs Großbanken	zwei banques d'affaires	sechs sonstige Banken[1]		
	in Milliarden Franken				
1941 Dezember[3]	96,4	8,0	11,9	16,6	132,9
1942 März	98,7	8,8	12,2	17,7	137,3[4]
Juni	105,1	9,4	12,6	18,6	145,7
September	112,1	9,5	13,8	20,1	155,5
Dezember	114,9	10,9	14,7	21,2	161,8
1943 März	120,5	10,5	.	.	.
Juni	127,2	11,8	14,4[1]	23,5	176,9[4]
September	131,0	.	.	.	.

[1] Am 30. Juni 1943 nur fünf Banken, da eine kleine Bank ausfiel, deren Einlagen Ende 1942 auf 320 Millionen ffrs herabgesunken waren.

[2] Außerdem befanden sich unter den größeren Banken 4 ausländische Banken mit Einlagen von 5 Milliarden ffrs Ende 1942 und eine Kolonialbank, deren Einlagen ungefähr 1 Milliarde ffrs betrugen. Unter den ausländischen Banken war die bedeutendste die unter deutschem Einfluß stehende Aero-Bank, deren Einlagen von 1,1 Milliarde ffrs am 30. Juni 1942 auf 3,0 Milliarden ffrs am 30. Juni 1943 anstiegen.

[3] Die Zahlen für Dezember 1941, denen noch das frühere Schema zugrunde liegt, sind mit denen für 1942 nicht genau vergleichbar.

[4] Die gesamten Einlagen der 181 einheimischen und ausländischen Banken beliefen sich am 31. März 1942 auf 155,7 Milliarden und am 31. März 1943 auf 200,2 Milliarden ffrs.

In Fortsetzung der im zwölften Jahresbericht enthaltenen Angaben werden in der folgenden Tabelle die Bilanzen der vier Großbanken mit Hauptsitz in Paris zusammengestellt. Der Einlagenzuwachs bei diesen Banken belief sich 1942 auf 14,5 Milliarden Franken gegenüber 14,7 Milliarden 1941 und 19,9 Milliarden 1940; die Erhöhung um 19 v. H. für 1942 war verhältnismäßig bedeutend geringer als der Gesamtzuwachs für alle Banken, aber anscheinend hat sich die Einlagenzunahme bei den Privatbanken in Frankreich ebenso verlangsamt, wie sich die Erhöhung des Notenumlaufs beschleunigt hat. Im November 1942 wurden von den vier in der Tabelle aufgeführten Banken etwa 2½ Milliarden Franken Einlagen abgezogen (ein gleicher Betrag von Schatzwechseln wurde rediskontiert oder bei Fälligkeit nicht erneuert).

Bilanzen der vier französischen Großbanken[1]

Monatsende	Aktiva			Passiva
	Kasse	Wechsel [2]	Vorschüsse und Überziehungskredite	Einlagen und laufende Konten
	in Milliarden Franken			
1938 Dezember . .	3,9	21,3	7,7	33,6
1939 „ . .	4,9	29,3	8,1	42,1
1940 „ . .	6,4	46,1	8,6	62,0
1941 „ . .	6,9	61,6	8,5	76,7
1942 März	7,2	62,5	9,7	78,6
Juni	6,9	68,1	10,2	84,4
September . .	6,9	73,1	10,2	89,5
Dezember . .	8,8	72,9	10,6	91,2
1943 März	7,7	73,8	9,6	96,3
Juni	7,5	79,4	9,3	102,0
September . .	7,9	84,2	8,9	104,8

[1] Crédit Lyonnais, Comptoir National d'Escompte, Société Générale und Crédit Industriel et Commercial. Auf diese vier Banken entfallen 57 v. H. der gesamten Einlagen, die in der vorigen Tabelle aufgeführt sind, und ungefähr 51 v. H. der Einlagen der 181 Bilanzen veröffentlichenden Banken.

[2] In den Wechselbeständen der Banken überwiegen jetzt Schatzwechsel.

Drei bedeutende Banken haben kürzlich Schritte unternommen, um ihr Kapital besser mit ihren vermehrten Verpflichtungen aus Einlagen in Einklang zu bringen: im dritten Vierteljahr 1942 erhöhte die Société Générale ihr eingezahltes Kapital von 312½ auf 750 Millionen Franken (und das genehmigte Kapital auf 1.500 Millionen), während die in der Tabelle nicht berücksichtigte Banque Nationale pour le Commerce et l'Industrie eine Kapitalerhöhung von 350 auf 525 Millionen Franken vornahm; im Januar 1943 ließ sich der Crédit Lyonnais ermächtigen, sein Kapital von 400 Millionen auf 1 Milliarde Franken zu erhöhen. Selbst nach diesen Erhöhungen blieben aber Kapital und Reserven niedrig im Verhältnis zu den fremden Geldern.

1941 war mit der Steigerung der Einlagen eine gleichlaufende Erhöhung des Schatzwechselbestandes verbunden, 1942 wurden dagegen die Kassenreserven verstärkt (im letzten Vierteljahr), und es fand auch eine gewisse Belebung des Geschäfts in Vorschüssen und Überziehungskrediten statt (besonders im ersten Vierteljahr). Wenn diese vier Banken als typisch angesehen werden können, dann haben die Privatbanken 1942 nur für 23 Milliarden Franken Schatzwechsel aufgenommen gegen ungefähr 31 Milliarden 1941. Einlagen auf Zeit machten bei diesen Banken weniger als 1 v. H. aller Einlagen aus, und ihr Bestand an langfristigen Staatsanleihen war kaum nennenswert.

Unter diesen Umständen hat der Anstieg der Spareinlagen noch an Bedeutung gewonnen. Die Tabelle zeigt, daß die steigende Tendenz in den letzten Jahren zu Beginn des Jahres 1943 einen starken Auftrieb erhielt, als der für das einzelne Guthaben zugelassene Höchstbetrag heraufgesetzt wurde.

Im ganzen gesehen, war die Zunahme der Einlagen 1942 mit 13,8 Milliarden Franken mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Aber selbst diese verhältnismäßig bedeutende Ziffer entsprach nur 43 v. H. des Einlagenzuwachses bei den Privatbanken und 12 v. H. der Ausweitung des Notenumlaufs. Immerhin stellt das gegenwärtige Anwachsen der Spareinlagen, das dem landwirtschaftlichen Teil der Bevölkerung zugeschrieben wird, eine sehr bedeutsame Änderung der Entwicklung dar. Von 1938 bis Mitte 1941 hatten sich die Einlagen bei den Handelsbanken mehr als verdoppelt, während die Spareinlagen nur um 14 v. H. gestiegen waren. 1942 stiegen die Einlagen sowohl bei den Handelsbanken wie bei den Sparkassen um rund 20 v. H.

Bewegung der Sparkasseneinlagen in Frankreich[1]

Zeit	Caisse Nationale	Caisses ordinaires	Insgesamt
	in Milliarden Franken		
1940 Januar-Dezember	+ 0,6	— 0,6	0,0
1941 „ „	+ 3,3	+ 3,5	+ 6,7
1942 „ „	+ 6,6	+ 7,2	+ 13,8
1942 Januar-März	+ 1,9	+ 2,5	+ 4,4
April-Juni	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,6
Juli-September	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,6
Oktober-Dezember . . .	+ 2,0	+ 2,2	+ 4,1
1943 Januar-März	+ 3,8	+ 5,3	+ 9,1
April-Juni	+ 2,9	+ 3,0	+ 5,9
Stand der gesamten Einlagen Ende 1942	38,4	52,0	90,3

[1] Überschuß der Einlagen (+) oder Abhebungen (—).

Für 1942 wurde der Höchstbetrag der Spareinlagen auf einem einzelnen Konto von 20.000 auf 25.000 Franken erhöht. Der eigentliche Zinssatz wurde von 2¾ v. H. für 1940 auf 2½ v. H. für 1941 ermäßigt; 1942 wurde er weiter auf 2¼ v. H. gesenkt, doch wurde für die „stabilen" Konten, die Abhebungen von weniger als 8.000 Franken im Laufe des Jahres aufwiesen, zusätzlich ½ v. H. gezahlt (zusammen also 2¾ v. H.). Von Januar 1943 an wurde der allgemeine Zinssatz weiter auf 1¾ v. H. ermäßigt, aber der Zuschlag für die „stabilen" Konten auf ¾ v. H. erhöht, so daß diese 2½ v. H. erhielten. Zur gleichen Zeit wurde die Höchstgrenze für die Guthaben auf 40.000 Franken erhöht (und die bei den „stabilen" Konten zugelassenen Rückzahlungen auf 10.000 Franken).

Eine besondere Erscheinung der letzten drei Jahre war die rasche Ausdehnung des Postgirosystems. Die Einlagen auf den privaten Konten, welche im August 1939 nur 4 Milliarden Franken betrugen, wuchsen auf 13,7 Milliarden im Dezember 1941 und 18,8 Milliarden im Dezember 1942 an. Bei dem Anwachsen in jüngster Zeit hat zweifellos die gesetzliche Verpflichtung zur Begleichung gewisser Zahlungen durch Scheck eine Rolle gespielt.

Die Zinssätze waren 1942 weiter im Sinken begriffen. Außer der erwähnten Bewegung der Sparkassensätze wurde der Satz für zweijährige Schatzscheine im Mai 1942 um ¼ auf 2½ v. H. herabgesetzt. Der Diskontsatz der Bank von Frankreich blieb, seitdem er im März 1941 auf 1¾ v. H. ermäßigt worden war, unverändert. Die folgende Tabelle, welche die jährliche Durchschnittshöhe verschiedener Zinssätze und Renditen wiedergibt, läßt erkennen, wie beträchtlich die allgemeine Zinssenkung seit 1938 gewesen ist.

Zinssätze in Frankreich in v. H.

Jahresdurchschnitt	3 prozentige ewige Rente	Obligationen		Aktien-Rendite	Diskontsatz der Bank von Frankreich	Einjährige Schatzwechsel
		am Markt	Neuausgaben			
1938	4,02	6,10	6,93	4,29	2,70	3,13
1939	3,95	4,97	5,71	4,26	2,00	2,75
1940	4,06	4,79	5,91	3,99	2,00	3,00
1941	3,19	3,40	4,50	1,94	1,80	2,51
1942	3,14	3,08	3,73	1,22	1,75	2,25

In Belgien wurde weder die Staatsschlußrechnung für 1942 noch ein vollständiger Voranschlag für 1943 veröffentlicht, aber die übliche Statistik der Steuereingänge und der Staatsschuld liegt vor und läßt ein einigermaßen klares Bild der Entwicklung gewinnen.

Die gesamten Einnahmen aus Steuern und Krediten (einschließlich der Finanzierung des Clearings mit Deutschland) waren 1942 mit 53 Milliarden belgische Franken viermal so hoch wie 1939 (als sie 12½ Milliarden Franken betrugen); für 1943 erscheint nach den Ergebnissen der ersten neun Monate ein Gesamtbetrag von 64 Milliarden Franken als wahrscheinlich. Der durch Steuern aufgebrachte Anteil hat sich in dem von der Tabelle erfaßten Zeitraum vermindert, während die Kreditaufnahme auf dem Markt verhältnismäßig an Bedeutung zugenommen hat. Die Ausgaben in Verbindung mit dem Waffenstillstand (Besatzungslasten und Clearingfinanzierung) machten 1941 mehr als die Hälfte, 1942 und 1943 aber fast zwei Drittel der gesamten Staatsausgaben aus.

Steueraufkommen und Staatskredit in Belgien

Bezeichnung	Kalenderjahr 1940	1941	1942	1943 (neun Monate)
	in Milliarden bfrs			
Kreditfinanzierung:				
durch die Zentralbank				
Clearingkonto [1]	3,2	8,5	18,5	17,9
direkte Kreditgewährung [2]	6,1	5,8	3,2	(—4,2)
Insgesamt	9,3	14,3	21,7	13,8
am Markt – langfristig	0,5	3,5	(—0,1)	2,3
mittelfristig	—	5,4	10,1	4,4
kurzfristig	5,6	4,7	7,3	16,0
Insgesamt [3]	6,1	13,6	17,3	22,7
Gesamte öffentliche Kreditfinanzierung	15,4	27,9	39,0	36,5
Steueraufkommen	8,2	12,3	13,8 [4]	11,2
Gesamte Einnahmen aus Steuern und Krediten	23,6	40,2	52,8	47,7
Besatzungskosten [5]	4,5	16,3	18,5	15,0
Clearingkonto	3,2	8,5	18,5	17,9
Sonstige Ausgaben [5]	16,9	20,3	21,0	17,1
Gesamte Ausgaben [6]	24,6	45,1	58,0	50,0
	in v. H.			
Prozentuale Gliederung der gesamten Finanzierung durch Steuern und Kredite:				
Zentralbankkredit	*39,4*	*35,6*	*41,1*	*28,9*
Kreditaufnahme am Markt	*25,8*	*33,8*	*32,8*	*47,6*
Steueraufkommen	*34,8*	*30,6*	*26,1*	*23,5*

[1] Nach dem Ausweis der Emissionsbank.
[2] Zunahme der bei der Nationalbank und der Emissionsbank untergebrachten staatlichen Schuld nach den besonderen vierteljährlichen Übersichten (einschließlich der Käufe am Markt). Die Zahlen stimmen nicht genau mit denen der an späterer Stelle folgenden Übersicht der Wochenausweise der beiden Banken überein, da diese Ausweise nicht an das Monatsende gebunden sind.
[3] Zunahme der gesamten öffentlichen Verschuldung abzüglich der Beträge unter [2].
[4] Da die Abrechnungsperiode für die Einnahmen aus 1942 ausnahmsweise bis Ende April 1943 verlängert wurde, erhöhte sich die Gesamtsumme auf 14,4 Milliarden bfrs.
[5] Für 1940 und 1941 Schlußrechnung, für 1942 und die ersten neun Monate von 1943 Voranschläge.
[6] Diese Summe ist natürlich etwas höher als diejenige der Einnahmen aus Steuern und Krediten, welche die laufenden Einnahmen außer den Steuern und verschiedene andere Staatskonten nicht enthält.

Die inländische öffentliche Verschuldung Belgiens stieg von 1939 bis 1942 auf mehr als das Doppelte und erreichte bis September 1943 111 Milliarden Franken ohne die Guthaben der Postscheckkontoinhaber von 3 Milliarden und die Staatsgarantie für den Vorschuß der Nationalbank an die Emissionsbank (zur Finanzierung des Clearings mit Deutschland) in Höhe von 44 ½ Milliarden Franken.

Der Hauptteil der öffentlichen Finanzierung seit 1939 war kurzfristig, aber 1942 gewannen auch die mittelfristigen Anleihen wachsende Bedeutung. Im Juni 1942

Belgiens inländische Staatsschuld[1] (und staatliche Garantieverpflichtungen)

Monatsende	Staatsschuld				Staatsgarantie bei der Nationalbank
	langfristig [2]	mittelfristig [3]	kurzfristig [4]	insgesamt [5]	[6]
	in Milliarden belgische Franken				
1939 Dezember	35,2	0,7	4,4	40,3	—
1940 „	36,1	0,7	15,7	52,5	1,5
1941 „	39,5 [7]	6,8	25,7	71,9	10,6
1942 März	39,4	7,4	30,5	77,3	11,9
Juni	39,3	10,7	32,6	82,6	15,1
September	39,2	13,0	35,8	88,0	19,7
Dezember	38,9	16,8	36,7	92,4	26,9
1943 März	38,9	18,7	40,6	98,2	33,0
Juni	42,5	20,5	41,2	104,2	38,5
September	42,3	21,2	47,5	111,0	44,5

[1] Ohne die Sichtverbindlichkeiten von 3,1 Milliarden bfrs wegen der Einlagen im Postscheckverkehr. [2] Nach mehr als 5 Jahren fällig.
[3] Nach 1 bis 5 Jahren fällig. [4] Innerhalb eines Jahres fällig.
[5] Neben der inländischen Verschuldung besteht eine Auslandsverschuldung, die im September 1943 mit 17 Milliarden bfrs ausgewiesen wurde.
[6] Wegen des Vorschusses an die Emissionsbank, welche das Clearing mit Deutschland finanziert.
[7] Von der Erhöhung der langfristigen Inlandsverschuldung im Jahre 1941 rührten 1,3 Milliarden bfrs von einer Umwandlung von Auslandsschulden her.

wurde eine 3½prozentige 5- bis 15jährige Emission zu pari herausgebracht, die 4,4 Milliarden Franken ergab; diese Schatzanweisungen sind nach fünf Jahren zu 101, nach zehn Jahren zu 107 und nach 15 Jahren zu 115 rückzahlbar, wobei die Rendite sich je nach der Fälligkeit auf 3,7, auf 4,2 und auf 4,5 v. H. stellt; eine zweite Folge derselben Schatzanweisungen, die im Dezember 1942 ausgegeben wurde, erbrachte 5,2 Milliarden Franken. Im April 1943 wurde eine 3½prozentige

Zusammengefaßte Ausweise der Belgischen Nationalbank und der Emissionsbank in Brüssel[1]

Gegen Ende des Monats	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva		
	Forderungen an Deutschland			Kredite an					
	Clearingguthaben [2]	sonstige [3]	zusammen	die Privatwirtschaft [4]	den Staat [5]		Noten [6]	Laufende Konten [7]	Postscheckkonten [8]
	in Milliarden belgische Franken								
1940 Dezember	0,9	2,3	3,2	1,3	14,0	41,7	34,8	2,6	3,4
1941 „	7,9	3,8	11,7	0,9	19,6	55,5	48,5	2,3	3,7
1942 März	10,2	3,9	14,1	0,8	22,3	60,4	52,5	2,9	3,8
Juni	13,6	4,7	18,3	0,5	23,0	65,1	56,7	3,5	3,8
September	18,2	5,7	23,9	0,4	23,3	70,8	62,4	3,4	3,8
Dezember	24,7	5,5	30,2	0,7	23,2	77,6	67,9	4,5	4,0
1943 März	31,4	5,3	36,7	0,5	19,1	79,9	70,6	3,8	4,2
Juni	36,8	5,3	42,1	0,4	17,7	83,9	74,5	3,7	4,3
September	42,9	5,2	48,1	0,6	20,8	93,4	80,7	4,5	6,6

[1] Weggelassen sind in der Tabelle hauptsächlich der Goldbestand der Nationalbank, der unverändert mit 21,7 Milliarden bfrs ausgewiesen wird (und sich bis auf 8 Millionen bfrs im Ausland befindet), und Forderungen von etwas mehr als 1 Milliarde bfrs an die Bank von Frankreich. Die Emissionsbank wird mit laufenden Vorschüssen der Nationalbank finanziert und bildet daher praktisch eine besondere Abteilung der letzteren. Diese Vorschüsse stiegen 1942 von 10,7 auf 26,9 Milliarden und weiter bis auf 44,5 Milliarden bfrs im September 1943.
[2] Emissionsbank, „Créance en devises étrangères" und seit Februar 1943 Schatzanweisungen, die für Zahlungen durch das Clearing ausgegeben wurden.
[3] Emissionsbank, zwei Konten der Reichskreditkasse zuzüglich des Postens „Ausländische Münzen und Noten" (bis Dezember 1942 bei der Nationalbank und dann auf die Emissionsbank übertragen).
[4] Fast sämtlich von der Nationalbank.
[5] Ausschließlich Kredite von der Nationalbank (einschließlich der am Markt gekauften Wertpapiere) bis auf 3.060 Millionen bfrs (unverändert) von der Emissionsbank zur Flüssigmachung der Postscheckguthaben. Die für Clearingzahlungen zugeteilten Schatzanweisungen (vgl. Anm. [2]) sind abgesetzt.
[6] Umlauf der Nationalbank abzüglich geringer Bestände der Emissionsbank.
[7] Nationalbank und Emissionsbank zusammen. Bei der Emissionsbank besteht ein Konto der Reichskreditkasse (231 Millionen bfrs am 31. Dezember 1942 und 186 Millionen bfrs am 31. Dezember 1941). [8] Emissionsbank.

steuerfreie Anleihe mit 44jähriger Laufzeit zu 94 ausgegeben, welche 3,6 Milliarden Franken einbrachte. Lieferungen an den Staat im Werte von mehr als 75.000 belgische Franken sowie an die deutschen Militärbehörden werden mit 3½prozentigen fünfjährigen Schatzanweisungen bezahlt, die in der Schuldenübersicht enthalten sind (ihr Betrag wurde Mitte 1942 auf 1–2 Milliarden Franken geschätzt).

Die kurzfristige Verschuldung geschah fast gänzlich in Form von Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von höchstens 120 Tagen. Ende 1942 befanden sich 18,4 Milliarden Franken, d. h. die Hälfte, bei der Zentralbank, aber der Anteil der von dieser aufgenommenen Schatzwechsel nahm ab, und in den ersten neun Monaten von 1943 ging ihr Bestand an Staatstiteln sogar um 2,4 Milliarden Franken zurück. Um jedoch die Ausweitung des Zentralbank-Kredits im ganzen beurteilen zu können, muß man auch das Clearing in Betracht ziehen, wie es in der Tabelle am Fuße der vorhergehenden Seite geschehen ist.

1942 wurden 3,6 Milliarden belgische Franken unmittelbar an die Regierung ausgeliehen, die Finanzierung des Clearings und ähnlicher Konten erforderte jedoch weitere 18,5 Milliarden, so daß der gesamte für öffentliche Rechnung gewährte Kredit 22,1 Milliarden Franken ausmachte, gegenüber 14,1 Milliarden 1941; der Notenumlauf nahm in fast demselben Ausmaß 1941 um 13,7 und 1942 um 19,4 Milliarden Franken zu. In den ersten neun Monaten von 1943 wuchs das Clearingkonto um weitere 18 Milliarden Franken an.

Belgische Handelsbanken[1]

Monatsende	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva	
	Kasse [2]	Kredite an die Privatwirtschaft [3]	Kredite an die Regierung: Schatzwechsel	Kredite an die Regierung: langfristige Anleihen		Laufende Konten [4]	Einlagen auf Zeit [5]
	in Milliarden belgische Franken						
1939 Dezember	1,5	9,0	0,7	3,2	20,0	11,5	1,2
1940 „	2,2	7,3	4,3	3,3	22,1	14,8	1,2
1941 „	2,2	5,8	9,4	3,9	26,4	16,6	2,2
1942 März	1,4	5,7	11,2	3,9	27,2	19,3	2,3
Juni	0,8	5,8	13,3	3,9	28,9	20,5	2,9
September	0,8	6,0	16,0	3,8	32,1	22,5	3,8
Dezember	2,3	6,5	15,8	3,7	33,5	23,0	4,5
1943 März	2,2	6,3	20,7	4,0	38,5	27,1	5,3
Juni	0,9	6,2	23,5	3,9	40,0	27,7	6,0
September	1,1	5,7	28,6	3,4	44,2	31,4	6,6

[1] Ohne die Zweiganstalten und Geschäftsstellen im Ausland und in Belgisch-Kongo.
[2] Einschließlich der (in der vorhergehenden Übersicht unter „Laufende Konten" enthaltenen) Guthaben bei der Nationalbank. [3] Vorschüsse und Überziehungskredite, Handelswechsel und Akzeptkredite.
[4] Auf Sicht oder mit einmonatiger Kündigung. [5] Auf mehr als einen Monat.

Die Bestände der Handelsbanken an Schatzwechseln stiegen 1942 um 6,4 Milliarden Franken gegen 5,1 Milliarden 1941 (sie bildeten den Hauptteil der kurzfristigen Staatspapiere, die am Markt untergebracht waren), während die langfristigen Staatsanleihen leicht abnahmen. In den ersten neun Monaten von 1943 übernahmen die Banken für annähernd 13 Milliarden Franken Schatzwechsel,

was die Verminderung des unmittelbaren Staatskredits bei der Nationalbank erklärt. Das Jahr 1942 brachte eine Umkehr in der seit langem bestehenden sinkenden Tendenz der Sparkasseneinlagen, indem sich 1942 zum erstenmal seit 1937 ein Überschuß der Einzahlungen ergab; der Gesamtbestand der Sparkasseneinlagen Ende 1942 betrug 12,8 Milliarden Franken.

Bewegung der Sparkasseneinlagen in Belgien[1]

Zeit	Millionen bfrs
1939 Januar–Dezember . . .	— 1.052
1940 „ „ . . .	— 747
1941 „ „ . . .	— 233
1942 „ „ . . .	+ 841
1942 Januar–März	+ 175
April–Juni	+ 171
Juli–September	+ 181
Oktober–Dezember . .	+ 314
1943 Januar–März	+ 716
April–Juni	+ 536
Juli–September	+ 681
Einlagenbestand Ende 1942	12.803

[1] Überschuß der Einlagen (+) oder Abhebungen (—) bei der Caisse Générale d'Epargne (ohne die am Jahresschluß gutgeschriebenen Zinsen).

Die Postscheckguthaben sind 1942 ebenfalls angestiegen, nämlich um ungefähr 0,8 auf 5,7 Milliarden Franken, etwas weniger als in den vorhergehenden zwei Jahren; der Postgiroverkehr hat sich seit dem Kriege erheblich ausgedehnt, und der Bestand auf den Konten ist auf das Doppelte des Ende 1939 ausgewiesenen Bestandes von 2,9 Milliarden Franken angewachsen.

Die Sätze am Markt der kurzfristigen Anlagen blieben so gut wie unverändert; der Diskontsatz der Notenbank beträgt seit Januar 1940 2 v. H. Die durchschnittliche Rendite der 3prozentigen Staatsrente fiel von 4,4 v. H. für 1940 auf 3,7 v. H. für 1941 und 3,5 v. H. für 1942, und dieser Rückgang setzte sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1943 fort.

Seit dem 28. Februar 1943 wendete die Emissionsbank ein neues Verfahren zur Bezahlung der Clearinggläubiger an. An Stelle der Vorauszahlungen der vollen Beträge in bar erfolgten die Zahlungen für Warenlieferungen und Dienstleistungen von mehr als 10.000 Franken zu 70 v. H. in bar und zu 30 v. H. in auf den Namen lautenden, nicht übertragbaren Zertifikaten der Emissionsbank, die mit 1½ v. H. verzinst werden. Von Juni an wurde der in Zertifikaten gezahlte Teil auf 20 v. H. herabgesetzt, und die Staatskasse nahm die Zertifikate für bestimmte direkte Steuern in Zahlung. Im August 1943 wurde die Laufzeit der Zertifikate auf höchstens ein Jahr festgesetzt und ihre Übertragung durch Indossament zugelassen. Der Gegenwert dieser Zertifikate wurde von der Emissionsbank in besonderen Schatzanweisungen angelegt, die in den Bankausweisen getrennt veröffentlicht werden. Die auf diese Weise „sterilisierten" Beträge sind verhältnismäßig klein, wie aus der nebenstehenden Tabelle ersichtlich ist: in den sieben Monaten bis Ende September 1943 stiegen die gesamten Forderungen der Emissionsbank aus dem Clearingverkehr um 14.380 Millionen Franken, wovon 13.940 Millionen aus Barzahlungen und weniger als 440 Millionen — noch nicht 4 v. H. des Gesamtbetrages — aus Zahlungen in Zertifikaten herrührten.

Emissionsbank in Brüssel

Gegen Ende des Monats	Ausstehende Clearingforderungen	
	in bar bezahlt	in Zertifikaten bezahlt
	In Millionen Franken	
1943 Februar .	28.903	—
März . . .	31.361	116
April . . .	33.123	206
Mai	35.563	281
Juni . . .	36.775	326
Juli	38.164	353
August . .	41.106	380
September	42.846	435

Auch für die Niederlande ergibt sich in Ermangelung einer Haushaltsstatistik der umfassendste Überblick über die Staatsfinanzen durch Ermittelung des Gesamtbetrages der Steuereinnahmen und der staatlichen Kreditfinanzierung. Die gesamten Ausgaben, die sich 1939 auf 1 Milliarde Gulden beliefen, dürften 1941 etwa 3,7 Milliarden und 1942 mehr als 4 Milliarden Gulden betragen haben. Das Clearing erforderte 1942 ungefähr 1 Milliarde Gulden, etwas mehr als 1941, während der für Besatzungskosten bezahlte Betrag wahrscheinlich von schätzungsweise 1,2 Milliarden für 1941 auf etwa 1,5 Milliarden Gulden für 1942 stieg.

Steuern und Staatskredit in den Niederlanden

Bezeichnung	Kalenderjahr 1940	1941	1942	1943 (sechs Monate)
	in Millionen Gulden			
Kreditfinanzierung:				
durch die Zentralbank				
Clearingkonto	107	945	1.010 [1]	390 [1]
direkte Kreditgewährung	168	(—248)	—	—
Insgesamt	275	697	1.010	390
am Markt				
lang- und mittelfristig	448	875	869	(—119)
kurzfristig: Schatzwechsel	633	608	716	595
sonstige	(—137)	292	(—129)	486
Insgesamt	944	1.775	1.456	962
Gesamte öffentliche Kreditfinanzierung	1.219	2.472	2.466	1.352
Steuereinnahmen	925	1.219	1.600 [2]	800 [2]
Gesamte Einnahmen aus Steuern und Krediten	2.144	3.691	4.066	2.152
	in v. H.			
Prozentuale Gliederung der gesamten Einnahmen aus Steuern und Krediten:				
Zentralbankkredit	*12,8*	*18,9*	*24,8*	*18,1*
Kreditaufnahme am Markt	*44,0*	*48,1*	*35,8*	*44,7*
Steueraufkommen	*43,2*	*33,0*	*39,4*	*37,2*

[1] Die Zunahme der mit dem Clearing zusammenhängenden Ausweisposten der Niederländischen Bank beträgt nur 810 Millionen hfl, da aber Anfang April 1942 etwa 220 Millionen hfl im Tausch gegen Schatzwechsel auf die Staatskasse übertragen wurden, beläuft sich die gesamte Finanzierung von Reichsmarkforderungen auf ungefähr 1.030 Millionen hfl. Über 20 Millionen hfl dieser Schatzwechsel ist bis Ende des Jahres verfügt worden, so daß die Zunahme bei der Zentralbank netto etwa 1.010 Millionen hfl betrug. Da auch die übrigen 200 Millionen hfl Schatzwechsel in der ersten Hälfte des Jahres 1943 am Markt verkauft worden sind, wurde dieser Betrag von der gleichzeitigen Erhöhung der Clearingforderungen um 590 Millionen hfl abgesetzt.

[2] Schätzungen, teilweise auf Grund der veröffentlichten Ziffer von 604 Millionen hfl für die ersten fünf Monate 1942 (gegen 450 Millionen für denselben Zeitraum 1941).

Die verhältnismäßige Bedeutung der Steuereinnahmen stieg von 1941 auf 1942, und dasselbe gilt für die Verschuldung bei der Zentralbank, während der Anteil der Kreditaufnahme am Markt abnahm; in der ersten Hälfte des Jahres 1943 trat eine entgegengesetzte Bewegung in Erscheinung.

Die kurzfristige Verschuldung erfolgt im allgemeinen durch Ausgabe von Schatzwechseln, deren Umlauf am Markt von 1.670 Millionen Gulden Ende 1941 auf 2.710 Millionen Gulden im Oktober 1942, d. h. um 1.040 Millionen Gulden zunahm. In diesem Monat wurden etwa 330 Millionen Gulden dieser Schatzwechsel durch eine langfristige Anleihe ersetzt, die auch zur Konsolidierung anderer Posten der schwebenden Schuld diente, u. a. von 400 Millionen Gulden, die in laufender Rechnung bei verschiedenen öffentlichen und halböffentlichen Körperschaften aufgenommen worden waren. Ende Juni 1943 hatten die ausgegebenen Schatzwechsel den Betrag von 3 Milliarden Gulden und die gesamte kurzfristige Schuld 4 Milliarden überschritten.

Die langfristige Schuld ist vom Ausbruch des Krieges bis Ende 1942 um mehr als 2 Milliarden Gulden gestiegen (unter Berücksichtigung der Tilgungen und Konsolidierungen).

Niederländische Staatsschuld (und Garantieverpflichtungen)

Monatsende [1]	Staatsschuld						Staatsgarantie für Clearingvorschüsse [5]
	kurzfristig				langfristig	insgesamt	
	Zentralbank [2]	Schatzwechsel [3]	sonstige [4]	insgesamt			
	in Millionen Gulden						
1938 Dez.	—	221	553	774	3.212	3.986	—
1939 „	83	426	569	1.078	3.140	4.218	—
1940 „	251	1.059	432	1.742	3.588	5.330	110
1941 „	3	1.667	724	2.394	4.463	6.857	1.050
1942 „	199	2.383	595	3.177	5.332	8.509	1.860
1943 Juni	—	3.014	1.045	4.059	5.213	9.272	2.770

[1] Das tatsächliche Ausweisdatum ist der erste Tag des folgenden Monats.

[2] Direkte Kreditaufnahme ohne die Clearingfinanzierung. Für Ende 1942 stellten die 199 Millionen hfl den Rest der Schatzwechsel dar, welche die Niederländische Bank gegen Reichsmark übernommen hatte (und die in der vorigen Tabelle unter „Clearingkonto" berücksichtigt waren).

[3] Nur am Markt (d. h. ohne die Bestände der Niederländischen Bank).

[4] Einschließlich der Verschuldung in laufender Rechnung bei verschiedenen öffentlichen Instituten, der Ausgabe von Staatskassenscheinen usw.

[5] Ungefähr entsprechende Ziffern aus dem Ausweis der Niederländischen Bank.

Die Aufnahme einer Anleihe von 1 Milliarde Gulden im Jahre 1942 war die größte Operation, die bis dahin am niederländischen Markt durchgeführt worden war; die Tilgung soll in 20 gleich großen Jahresraten erfolgen, so daß die durchschnittliche Laufzeit zehn Jahre beträgt. Etwa 400 Millionen Gulden wurden bei verschiedenen öffentlichen Instituten fest untergebracht zur Konsolidierung von Vorschüssen in laufender Rechnung, die der Staatskasse früher gewährt worden waren; auf die am Markt aufgelegten 600 Millionen Gulden wurden fast 860 Millionen gezeichnet, so daß die Zuteilungen um 30 v. H. gekürzt wurden. Im Juli 1943 wurde eine weitere Anleihe von 1 Milliarde Gulden aufgelegt unter Erhöhung des Ausgabekurses um ¼ v. H. Von dieser Anleihe wurden 300 Millionen Gulden durch öffentliche Anstalten übernommen, und auf die am Markt aufgelegten 700 Millionen wurden 939 Millionen Gulden gezeichnet, so daß die Zuteilungen diesmal um 26 v. H. gekürzt werden mußten.

Wenn in den Niederlanden Zwangsanleihen auch nicht tatsächlich durchgeführt wurden, so hat ein gewisser Zwang doch nicht gefehlt. Seit Ausbruch des Krieges wird bei Auflegung einer Anleihe stets eine Zwangsanleihe für den Fall angedroht, daß die „freiwillige" Anleihe nicht erfolgreich wäre. Die Bedingungen der Zwangsanleihe wurden von Fall zu Fall für den Kapitalgeber weniger anziehend gemacht; so drohte dem Markt 1942 eine

Ausgabe langfristiger Staatsanleihen in den Niederlanden

Datum der Ausgabe	Zinssatz	Ausgabekurs	Längste Laufzeit	Ausgegebener Betrag
	v. H.	v. H.	Jahre	Millionen Gulden
Vor der Besetzung:				
1940 Januar	4	100	30	300
Februar	4	100	40	300
Nach der Besetzung:				
1941 Februar	4	100	10	500
November . . .	3½	97½	20	500
1942 November . . .	3½	99½	20	1.000
1943 Juli	3½	99¾	20	1.000

2prozentige 40jährige Zwangsanleihe, falls die 3½prozentige Anleihe nicht befriedigend gezeichnet worden wäre. Ferner sind Lebensversicherungsgesellschaften, Sparkassen, Pensionskassen und ähnliche Einrichtungen angewiesen, den Hauptteil ihrer Mittel in Staatswerten anzulegen und den Erwerb anderer Anleihen sowie von Grundbesitz, Hypotheken usw. einzuschränken. Für die Anleihe von 1942 wurden gewisse Quoten festgesetzt, welche die Kapitalgeber erfüllen mußten, wenn sie eine Zwangsanleihe vermeiden wollten; Einzelpersonen hatten von 2 v. H. bei einem Reinvermögen von 20.000 Gulden bis zu 5 v. H. bei einem Vermögen von 800.000 Gulden, bei höheren Vermögen 10 v. H. zu zeichnen, Aktiengesellschaften 3 v. H. ihres Netto-Geschäftskapitals und Geldinstitute wie Versicherungsgesellschaften und Sparkassen 8 v. H. ihrer gesamten Aktiva. Im Juli 1943 waren die Bedingungen für die angedrohte Zwangsanleihe noch schärfer: doppelter Betrag der „freiwilligen" Anleihe, Ausgabe zu pari, Zinsfuß 2 v. H. bei unbefristeter Laufzeit.

Der Notenumlauf der Niederländischen Bank ist 1942 infolge der Finanzierung von Forderungen an Deutschland in beschleunigtem Maße gestiegen.

Die Forderungen an Deutschland (hauptsächlich das in Reichsschatzanweisungen angelegte Guthaben im Verrechnungsverkehr) stiegen 1942 um

Niederländische Bank

Gegen Ende des Monats	Aktiva						Bilanzsumme [4]	Passiva		
	Forderungen an Deutschland [1]			Kredit an den Staat [2]	Private Inlandskredite [3]	Gold		Noten	Konten Privater	Sonderkonto der Regierung [5]
	„Verschiedene Konten"	Auslandswechsel	insgesamt							
	in Millionen Gulden									
1939 Dezember . .	29	2	31	83	238	1.014	1.431	1.152	229	—
1940 „ . .	123	15	138	261	211	1.102	1.783	1.552	175	—
1941 „ . .	153	930	1.083	18	165	1.026	2.357	2.116	182	—
1942 März	158	1.128	1.285	(—126)	196	1.026	2.573	2.217	168	—
Juni	161	1.109	1.270	187	151	943	2.616	2.393	160	—
September .	161	1.360	1.521	265	143	925	2.926	2.680	180	—
Dezember . .	151	1.742	1.893	176	204	903	3.244	3.034	141	—
1943 März	188	2.091	2.279	122	150	886	3.506	2.998	437 [6]	—
Juni	192	2.292	2.484	—	140	886	3.578	2.596	340	568
September [7] .	159	2.623	2.778	2	138	932	3.927	3.041	675	100

[1] Bis auf einen kleinen Betrag, der dem Stand dieser Posten vor 1940 entspricht. Die Summe von 2.279 Millionen hfl in der Tabelle gilt für den 29. März 1943. Nach dem Jahresbericht der Niederländischen Bank für das Geschäftsjahr bis 31. März 1943 betrug an diesem Tage der Bestand an Auslandswechseln, Auslandsguthaben und ausländischen Zahlungsmitteln 2.221 Millionen hfl, wovon 2.206 Millionen hfl auf Reichsmark lauteten.

[2] Netto, d. h. direkte Vorschüsse und bei der Bank direkt untergebrachte Schatzwechsel abzüglich Guthaben in laufender Rechnung; im März 1942 bestand ein Guthabenüberschuß. Kleine Abweichungen gegenüber den vorhergehenden Tabellen erklären sich hauptsächlich aus den verschiedenen Stichtagen.

[3] Ohne die unmittelbar bei der Bank untergebrachten Schatzwechsel, aber einschließlich der Anleihe an Niederländisch-Ostindien, die in dem von der Tabelle erfaßten Zeitraum von 61 auf 53 Millionen hfl zurückging.

[4] Einschließlich einiger kleinerer Posten, die in der Tabelle nicht einzeln aufgeführt sind.

[5] Eröffnet in Verbindung mit der Einziehung der großen Banknoten.

[6] Wahrscheinlich sind die eigentlichen privaten Konten auf dem Stande von ungefähr 150–200 Millionen hfl geblieben und vorübergehend auch die eingezogenen Banknoten unter diesem Titel verbucht worden, bevor sie am 19. April 1943 als neuer Posten in den Ausweis aufgenommen wurden.

[7] Mit dem 5. Juli 1943 traten eine Reihe von Änderungen im Ausweis ein; insbesondere erhöhte sich der Goldbestand um 46 auf 936 Millionen hfl, ferner gingen die „verschiedenen Konten" auf der Aktivseite von 192 auf 7 Millionen hfl zurück, während zwei Posten neu ausgewiesen wurden, nämlich „Korrespondenten im Ausland" mit 78 Millionen hfl und „Ausländische Zahlungsmittel" mit 28 Millionen hfl. Ende September 1943 betrugen die „Verschiedenen" 4 Millionen hfl, die „Korrespondenten" 114 Millionen hfl und die „Ausländischen Zahlungsmittel" 41 Millionen hfl. Der Vergleichbarkeit halber sind diese drei Posten in der Tabelle als „Verschiedene Konten" zusammengefaßt.

810 Millionen Gulden; außerdem erhöhte sich der vom Staat bei der Zentralbank aufgenommene Kredit zur Übernahme von Reichsmark-Anlagen; in den ersten drei Vierteln des Jahres 1943 betrug der Anstieg der Forderungen an Deutschland 880 Millionen Gulden gegenüber 440 Millionen in der entsprechenden Zeit 1942. Ein Teil der Zunahme der Clearingguthaben scheint mit einer Verminderung des Goldbestandes um 140 Millionen Gulden in den 12 Monaten bis März 1943 in Verbindung zu stehen; andererseits erhöhte sich der Goldbestand im Juli 1943 durch einen Übertrag von den „Verschiedenen Konten" um 46 Millionen Gulden.

Der Rückgang des Notenumlaufs und die Zunahme der privaten Guthaben im ersten Vierteljahr 1943 waren durch die Einziehung der großen Banknoten begründet, die am 13. März verordnet worden war (siehe Seiten 338–339), und nicht durch eine Erhöhung der Kassenreserven der Banken, die nur in weit geringerem Umfang anstiegen.

Niederländische Handelsbanken[1]

Monatsende	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva		
	Barreserve [2]	Schatzwechsel	Wertpapiere [3]	Kredite an die Privatwirtschaft [4]	Alle übrigen Aktiva		Einlagen auf Sicht usw. [5]	Einlagen auf Zeit	Alle übrigen Passiva [6]
	in Millionen Gulden								
1939 Dezember	76	226	36	413	183	934	536	40	358
1940 „	51	547	33	290	168	1.089	699	57	333
1941 „	55	793	29	223	144	1.244	872	69	303
1942 März	35	907	22	188	113	1.265	910	82	273
Juni	47	965	16	165	111	1.304	942	93	269
September	62	997	14	165	109	1.347	964	99	284
Dezember	55	863	20	194	103	1.235	874	101	260
1943 März	83	916	19	176	103	1.298	917	109	272
Juni	110	978	16	165	107	1.376	991	120	264

[1] Vier große Banken: Amsterdamsche Bank, Incasso-Bank, Rotterdamsche Bankvereeniging und Twentsche Bank.
[2] Einschließlich des täglichen Geldes. In der Zunahme dieses Postens im März 1943 kommt die Einziehung der großen Banknoten zum Ausdruck.
[3] Einschließlich der Beteiligungen.
[4] Vorschüsse, Überziehungskredite und Handelswechsel.
[5] Im Ausweis „Gläubiger".
[6] Einschließlich des Kapitals und der Reserven.

Die in der Tabelle berücksichtigten vier Banken verwalten ungefähr die Hälfte aller Einlagen bei den Handelsbanken in den Niederlanden. Die Entwicklung ihrer Bilanzen wird hauptsächlich durch die Rückzahlung von privaten Krediten und die staatliche Kreditaufnahme in Form von Schatzwechseln beeinflußt (ihr Besitz an langfristigen Staatsanleihen ist ohne Bedeutung).

Während die Ausdehnung des Notenumlaufs sich beschleunigte, ging die Zuwachsrate aller Bankeinlagen von 185 Millionen Gulden für 1941 auf nur noch 34 Millionen für 1942 zurück; im ersten Halbjahr 1943 erhöhte sie sich aber wieder. Auch andere Unternehmen als Banken haben sich in steigendem Maße an der Zeichnung von Schatzwechselausgaben beteiligt, und in den Bilanzen der Industrie- und Handelsfirmen sind Schatzwechsel weitgehend an die Stelle von Bankguthaben getreten.

Bei den Sparkassen war im Laufe des Jahres 1941 die Periode des dauernden Überwiegens der Abhebungen über die Einzahlungen zu Ende gegangen, und 1942 ergab sich ein Einzahlungsüberschuß von rund 90 Millionen Gulden. Auch die andere große Gruppe von Sparinstituten, die Boerenleenbanken, hatten einen Einlagenzuwachs von schätzungsweise 90 Millionen Gulden. Die Summe der Einlagen bei der Postsparkasse, den privaten Sparkassen und den Boerenleenbanken stellte sich Ende 1942 auf ungefähr 1,6 Milliarden Gulden und blieb damit noch etwas unter der Ziffer von 1.640 Millionen Gulden für Ende 1939. Die erhebliche Zunahme der Spareinlagen im zweiten Vierteljahr 1943 beruhte zum Teil auf der Einziehung der großen Banknoten.

Bewegung der Sparkasseneinlagen in den Niederlanden[1]

Zeit	Postsparkasse	Private Sparkassen	Insgesamt
	in Millionen Gulden		
1939 Januar-Dezember . . .	— 26	— 56	— 81
1940 „ „ . . .	— 169	— 79	— 248
1941 „ „ . . .	— 49	— 13	— 62
1942 „ „ . . .	+ 51	+ 40	+ 91
1942 Januar-März	+ 14	+ 17	+ 31
April-Juni	+ 11	+ 10	+ 21
Juli-September	+ 14	+ 10	+ 24
Oktober-Dezember . .	+ 12	+ 3	+ 15
1943 Januar-März	+ 51	+ 32	+ 83
April-Juni	+ 71	+ 35	+ 106

[1] Überschuß der Einlagen (+) oder Abhebungen (—).

Die Hypothekenbanken befinden sich seit der Abwertung von 1936 in schwieriger Lage infolge des Wettbewerbs der Versicherungsgesellschaften und anderer Geldgeber mit überschüssigen Mitteln; der Pfandbriefumlauf der 47 niederländischen Hypothekenbanken fiel von 1.000 Millionen Gulden 1934 auf 700 Millionen Gulden 1941, gleichlaufend mit der Abnahme ihrer ausstehenden Hypothekendarlehen. Anfang 1942 wurde versucht, die Hypothekenzinsen bei etwa 3¾ bis 4 v. H. zu stabilisieren, während der Minimalzins für Pfandbriefe auf 3½ v. H. festgesetzt wurde. Um die Lage der Hypothekenbanken zu erleichtern, wurde im Laufe des genannten Jahres später verordnet, daß der Zinssatz für neue Hypotheken nicht unter 4 v. H. liegen dürfe und daß Versicherungsgesellschaften, Sparkassen und Pensionskassen die Gewährung von Hypothekendarlehen zugunsten der Anlagen in Staatspapieren einschränken sollten.

Die Zinssätze blieben im allgemeinen das ganze Jahr hindurch unverändert. Der amtliche Diskontsatz beträgt 2½ v. H., seit er im Juni 1941 von 3 v. H. auf den genannten Satz herabgesetzt worden ist. Die Durchschnittsrendite der Obligationen setzte jedoch ihre Abwärtsbewegung fort und ging von 4,02 v. H. für 1941 auf 3,58 v. H. für 1942 zurück.

Der Haushalt Dänemarks schloß auch in den Finanzjahren 1941/42 und 1942/43 wieder mit Überschüssen ab. Dagegen stieg die mit der deutschen Besetzung zusammenhängende staatliche Kreditaufnahme, die außerhalb des Staatshaushalts verbucht wird, von 890 Millionen Kronen für 1941/42 auf 935 Millionen Kronen für 1942/43; die Abnahme des zur Finanzierung des Clearings mit Deutschland erforderlichen Betrages wurde durch die Erhöhung der Besatzungskosten (einschließlich der Ausgaben für Befestigungsarbeiten) mehr als ausgeglichen.

Haushalt[1] und Staatskredit in Dänemark

Bezeichnung	Rechnungsjahr April/März			
	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43
	in Millionen dänische Kronen			
Einnahmen	648	884	931	1.125
Ausgaben	639	827	896	1.081
Überschuß	9	57	34	44
Clearingkonto	—	498	476	343
Besatzungskosten	—	514	414	592
Gesamte staatliche Kreditfinanzierung	(— 9)	955	856	891
Finanziert durch die Zentralbank (netto)[2]	83	932	737	443
in anderer Weise	(— 92)	23	119	448

[1] Für 1939/40 bis 1941/42 Schlußrechnungen; für 1942/43 vorläufige Ergebnisse.
[2] Erhöhung der Posten „Clearingkonten", „sonstige Debitoren" zuzüglich des „Ausgleichskontos" und der Bewegung der Konten des Staates bei der Nationalbank.

1942/43 wurden wie in den früheren Jahren alle Zahlungen für die Clearingfinanzierung und für die Besatzungskosten ausschließlich unmittelbar durch die Nationalbank geleistet. Auf Grund des Gesetzes vom 3. Juli 1942 gab jedoch das Finanzministerium Schuldscheine, Schatzkammerscheine und Sparobligationen aus, deren Erlös auf ein (gesperrtes) Sonderkonto des Finanzministeriums bei der Nationalbank übertragen wurde. Wenn auch keine gesetzliche Verbindung zwischen diesen Überweisungen und der Finanzierung der Besatzungskosten und des Clearings besteht, dürfte doch vom währungspolitischen Standpunkt der deutlichen Änderung erhebliche Bedeutung beizulegen sein, die seit Mitte 1942 stattgefunden hat: 1940/41 wurden 98 v. H. des gesamten öffentlichen Kredits durch die Nationalbank aufgebracht, 1941/42 waren es 87 v. H., aber 1942/43 nur 50 v. H.; diese Änderung wurde mit Hilfe kurzfristiger Staatspapiere herbeigeführt, die am Markt verkauft wurden, um den Einfluß der zunehmenden Kreditgewährung seitens der Nationalbank auszugleichen.

Im September 1943 beliefen sich die Forderungen der Nationalbank an Deutschland (welche von der dänischen Regierung garantiert sind) auf etwa 3,8 Milliarden Kronen und stellten damit mehr als 90 v. H. der Aktiva der Bank dar. Dieser Kreditschöpfung der Zentralbank für öffentliche Rechnung entsprachen folgende Bewegungen anderer Posten (von Dezember 1939 bis September 1943): Kredite an die Privatwirtschaft wurden im Ausmaß von 480 Millionen zurückbezahlt, der Notenumlauf erweiterte sich um 590 Millionen, die Reserveguthaben der Handelsbanken (und andere private Konten) stiegen um 1.580 Millionen, während der Staat 980 Millionen der Nationalbank durch Rückzahlung seiner Überziehungskredite und Ansammlung eines hohen Guthabens wieder zuführte. Die Zunahme der Reserveguthaben der Handelsbanken betrug also fast das Dreifache der Ausdehnung des Notenumlaufs, die ihrerseits nur 16 v. H. der Kreditschöpfung für öffentliche Rechnung ausmachte.

Obgleich die Lage in Dänemark im Jahre 1942 im Vergleich zu anderen europäischen Ländern günstig erschien, war doch der Grund zu einer starken Ausdehnung des Handelsbankkredites gelegt, und die Nationalbank beobachtete die Währungsentwicklung „mit größter Besorgnis", wie sie in ihrem Jahresbericht bemerkte. Es bestand die doppelte Aufgabe, neu geschaffene Zentralbankkredite zu neutralisieren oder wieder abzuschöpfen und schon vorhandene Kredite zu binden. Dementsprechend gingen die von der Nationalbank emp-

Nationalbank von Dänemark

Monatsende	Aktiva							Bilanzsumme	Passiva			
	Forderungen an Deutschland			Inländische Kreditgewährung an			Gold und Auslandsanlagen		Noten	Einlagen und laufende Konten		
	Besatzungskosten [1]	Clearingkonto [2]	insgesamt	die Privatwirtschaft: Obligationen	die Privatwirtschaft: sonstige [3]	den Staat				der Banken usw.	des Staates: allgemeines Konto	des Staates: Sonderkonto [4]
	in Millionen dänische Kronen											
1939 Dez.	47	—	47	189	394	147	125	952	600	134	—	—
1940 „	466	412	878	174	82	—	126	1.309	741	350	—	—
1941 „	907	849	1.756	148	44	—	125	2.118	842	882	148	—
1942 März	975	974	1.949	53	43	—	124	2.216	815	1.016	156	—
Juni	1.097	1.052	2.149	36	59	—	114	2.405	844	1.172	145	—
Sept.	1.212	1.104	2.316	80	51	—	114	2.608	847	1.033	193	277
Dez.	1.390	1.181	2.571	88	56	—	115	2.877	983	1.002	242	358
1943 März	1.567	1.317	2.884	71	38	—	115	3.156	964	1.262	229	416
Juni	1.839	1.547	3.386	62	36	—	118	3.647	1.058	1.571	159	537
Sept.	2.080	1.749	3.829	56	46	—	117	4.093	1.193	1.714	214	619

[1] Die Zahlen entsprechen dem Posten „Verschiedene Debitoren" im Monatsausweis der Nationalbank. Der geringe Betrag, der darunter normalerweise ausgewiesen wurde und sich im allgemeinen etwa auf dem Stande vom Dezember 1939 hielt, ist abzuziehen, um die wirkliche Schuld der Reichskreditkassen an die Nationalbank zu erhalten. Um die Kontinuität zu wahren, wurden von März 1942 an 61 Millionen dKr zugesetzt, d. h. der Buchverlust an der Reichsmark, der dem „Ausgleichskonto" des Staates belastet wurde, als die dänische Krone im Januar 1942 aufgewertet wurde. Die für Ende 1942 in die Tabelle eingesetzte Ziffer von 1.390 Millionen dKr ist folgendermaßen errechnet: die deutsche Schuld aus Zahlungen an die Wehrmacht betrug 1.284 Millionen dKr, das „Ausgleichskonto" 61 Millionen dKr und die normalen „Verschiedenen Debitoren" 45 Millionen dKr (nach dem Jahresbericht der Nationalbank).

[2] Zu diesem Posten ist von März 1942 an der Rest des „Ausgleichskontos" in Höhe von 64 Millionen dKr hinzugefügt. Die Erhöhung im Jahre 1942 um 332 Millionen dKr gibt den dänischen Überschuß aus dem Clearing während des Jahres an. Nach dem Jahresbericht der Nationalbank ging der Umsatz in sämtlichen Clearings von 2.950 Millionen dKr für 1941 auf 2.500 Millionen dKr für 1942 zurück.

[3] Gesamte Kreditgewährung im Inland ohne Obligationen und Aktien und ohne die Überziehung des Staatskontos.

[4] Neu eröffnet auf Grund der Gesetze vom 3. Juli 1942 und vom 8. Juli 1943, vgl. Text.

fohlenen Gegenmaßnahmen dahin, a) den neugeschaffenen Zentralbankkredit durch staatliche Kreditaufnahme am Markte abzuschöpfen und b) die Barreserven der Handelsbanken zu binden und dadurch die Grundlage für eine sekundäre Kreditausweitung bei den Handelsbanken zu schmälern. Das Ergebnis dieser Empfehlungen war die Annahme von zwei Gesetzen vom 3. Juli 1942, die folgende Hauptbestimmungen enthielten:

A. Die Regierung wurde ermächtigt, durch den Finanzminister bis zu 200 Millionen Kronen 1¾prozentige zweijährige Schuldverschreibungen an Geldgeber, die nicht Banken sind, auszugeben, ferner bis zu 300 Millionen (nach späterer Erhöhung 400 Millionen) sechsmonatige Schatzkammerscheine zu ¾ v. H., besonders zur Zeichnung durch Banken; schließlich betraf die Ermächtigung die Ausgabe eines unbeschränkten Betrages 5½jähriger Sparobligationen mit einer effektiven Verzinsung von 4,1 v. H. Die Erlöse dieser Emissionen sollten einem besonderen Konto gutgebracht werden, über welches nur mit Zustimmung der Haushaltskommission des Reichstages verfügt werden darf (ohne Genehmigung nur für Zwecke der Tilgung der nach Maßgabe desselben Gesetzes ausgegebenen Papiere).

B. Die Handelsbanken hatten Reserven in bar und als Guthaben bei der Nationalbank zu unterhalten, deren Höhe der Summe folgender Posten entsprechen sollte:

1) 40 v. H. der Zunahme ihrer Einlagen und laufenden Konten seit August 1939,
2) 15 v. H. des jeweiligen Gesamtbestandes dieser Einlagen und Konten,
3) 5 v. H. der innerhalb von drei Monaten rückziehbaren Spareinlagen,
4) 100 v. H. der Einlagen anderer Banken, die als Reserveguthaben anzusehen sind.

Ende 1942 belief sich das Guthaben auf dem gesperrten Sonderkonto des Staates auf 358 Millionen Kronen, die den Barerlös der Ausgabe von 98 Millionen Schuldscheinen, 250 Millionen Schatzkammerscheinen und 13 Millionen Sparobligationen darstellten.

Die Höhe der Barreserven, welche die Banken nach den Vorschriften des Gesetzes vom 3. Juli 1942 besitzen müssen, wird nicht gesondert ausgewiesen, doch gibt der Jahresbericht der Nationalbank bekannt, daß der gesamte auf Grund des Gesetzes festgelegte Betrag sich Ende 1942 auf 670 Millionen Kronen belief; hiervon standen 550 Millionen Kronen auf besonderen „Liquiditäts-Konten" (welche die Nationalbank mit ¼ v. H. verzinst), während 120 Millionen Kronen auf den allgemeinen zinslosen Konten bei der Nationalbank standen oder als Bargeld in den Kassenschränken der Banken ruhten.

Zur gleichen Zeit, als diese Maßnahmen in Kraft traten, erklärte sich die Nationalbank bereit, für die Banken und Sparkassen Konten mit sechsmonatiger Kündigung zu eröffnen und mit ¾ v. H. zu verzinsen; im Dezember 1942 waren auf diese Konten 199 Millionen Kronen eingezahlt worden. Somit umfaßten Ende 1942 die „Sterilisierungsmaßnahmen" der Regierung und der Nationalbank im ganzen Mittel im Betrage von 1.227 Millionen Kronen (die eine jährliche Zinslast von etwa 4 Millionen Kronen ergaben). Der Präsident der Nationalbank stellte jedoch fest, daß die Maßnahmen, die man ergriffen hatte, noch nicht genügten und daß weitere Schritte in Aussicht genommen seien.

Dänische Handelsbanken

Monatsende	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva			
	Barreserve	Wechsel [1]	Vorschüsse und Überziehungen	Wertpapiere [1]		Private Einlagen: laufende Konten	Private Einlagen: Einlagen auf Zeit	Private Einlagen: insgesamt	Einlagen anderer Banken [2]
	in Millionen dänische Kronen								
1939 Dezember	211	440	1.671	615	3.564	843	1.612	2.455	132
1940 „	450	381	1.533	789	3.759	958	1.657	2.615	243
1941 „	952	280	1.473	1.006	4.409	1.258	1.857	3.115	395
1942 März	1.044	261	1.406	1.063	4.461	1.246	1.951	3.197	436
Juni	1.207	273	1.428	1.070	4.775	1.438	1.962	3.400	462
September	839	365	1.471	1.167	4.794	1.407	2.052	3.459	450
Dezember	889	360	1.482	1.168	5.011	1.517	2.078	3.595	487
1943 März	946	359	1.453	1.209	5.105	1.429	2.188	3.617	580
Juni	1.130	309	1.448	1.286	5.608	1.708	2.224	3.932	689
September	1.198	236	1.419	1.316	5.728	1.659	2.310	3.969	806

[1] Die neuen Schatzkammerscheine werden von den Banken anscheinend unter diesen beiden Posten verbucht. Wahrscheinlich sind ungefähr ein Drittel des Wechselbestandes und zwei Drittel der Wertpapiere Staatstitel, welche demnach etwa 15–20 v. H. aller Aktiva ausmachen. [2] Einschließlich der Sparkassen.

Anfang Juli 1943 nahm das Parlament eine Reihe weiterer Anti-Inflationsmaßnahmen an, darunter Steuern auf Kriegsgewinne und die Einführung eines Sparzwanges; außerdem wurden zwei neue Sterilisierungs-Anleihen von je 200 Millionen Kronen aufgelegt: eine fünfjährige 2½prozentige und eine zehnjährige 3prozentige. In den ersten drei Vierteln des Jahres 1943 fand eine Kreditschöpfung durch die Zentralbank für öffentliche Rechnung in großem Ausmaß statt; sie betrug etwa 1.260 Millionen Kronen gegen 560 Millionen Kronen in der entsprechenden Zeit 1942; es wurden jedoch nur 18 v. H. davon durch die Nettoerhöhung der beiden Staatskonten sterilisiert und weitere 3 v. H. durch Verkauf von Obligationen durch die Nationalbank absorbiert. Ende September 1943 beliefen sich die durch die Sterilisierungsmaßnahmen festgelegten Gelder insgesamt auf 2,2 Milliarden Kronen.

Bewegung der dänischen Sparkasseneinlagen[1]

Zeit	Millionen Kronen
1939 Januar-Dezember	— 33
1940 „ „	— 63
1941 „ „	+ 217
1942 „ „	+ 255
1942 Januar-März	+ 91
April-Juni	+ 49
Juli-September	+ 76
Oktober-Dezember	+ 40
1943 Januar-März	+ 123
April-Juni	+ 78
Juli-September	+ 92
Gesamter Einlagenbestand Ende 1942	2.589

[1] Überschuß der Einzahlungen (+) oder Abhebungen (—) unter Einschluß der zugeschriebenen Zinsen.

Die Änderung der Lage bei den Handelsbanken im Jahre 1942 spiegelt die „Sterilisierungsmaßnahmen" der Regierung wider; das Absinken der Kassenreserven im dritten Vierteljahr um 370 Millionen Kronen war im wesentlichen das Ergebnis des Kaufes von Schatzkammerscheinen und anderen Staatspapieren durch die Banken. Im Jahre 1943 wurde die Verfassung der Banken jedoch von neuem sehr flüssig. Die Sparkasseneinlagen begannen schon früher anzusteigen als in Belgien und den Niederlanden, und Anfang 1943 nahm der Anstieg an Geschwindigkeit zu.

Die Zinssätze für kurzfristige Anlagen unterlagen während des Jahres nur geringen Veränderungen, aber die „Sterilisierungsmaßnahmen" von Juli 1942 waren nicht ohne Einfluß auf den Markt der langfristigen Wertpapiere, welcher einen der schärfsten Rückschläge der letzten Jahre erlitt. In der ersten Jahreshälfte waren die Anleihekurse sehr stark gestiegen; den höchsten Stand erreichten sie im Juni, als die Rendite für die 3½prozentigen Staatsanleihen auf 3,91 v. H. stand, dem tiefsten Punkt seit vielen Jahren. Die Nationalbank, welche durch Verkäufe am offenen Markt ihren Anleihebesitz ständig gesenkt hatte, besaß Ende Juli nur noch einen Bestand von 32 Millionen, den kleinsten Betrag seit mehr als zehn Jahren. Dann fielen die Kurse plötzlich, besonders im September und Oktober 1942 und nochmals im Januar und Februar 1943, so daß die Rendite der 3½prozentigen Renten im Februar 1943 auf 4,65 v. H. stieg; ein gewisses Nachlassen des Kursdruckes trat im März ein, und bis September 1943 war die Rendite auf 4,20 v. H. zurückgegangen.

Im Laufe des Jahres 1942 wurden durch den Staat und von anderer Seite eine Anzahl von Konvertierungen durchgeführt, die allerdings nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Umlaufs an Obligationen betrafen, welche im

allgemeinen 4½ bis 5 v. H. Zinsen abwerfen. Die Nationalbank bemerkte in ihrem Jahresbericht für 1942, daß einige Konvertierungen nicht befriedigend verlaufen seien, „teilweise infolge der herrschenden Unsicherheit über die Kursentwicklung der langfristigen Obligationen, besonders aber infolge der ganz verschiedenen Haltung des Marktes gegenüber Anlagen auf kurze und auf lange Frist. Während kurzfristige Papiere vom Markt immer leicht aufgenommen worden sind, übten die Käufer bei einigen umfangreichen Angeboten langfristiger Anleihen mehr Zurückhaltung".

Über die finanzielle Entwicklung in Norwegen sind nur spärliche Angaben veröffentlicht, und eine regelmäßige Statistik ist kaum vorhanden. Die Ausgaben der Regierung in Oslo waren 1942 etwa doppelt so hoch wie die Haushaltsausgaben vor dem Kriege. Die Staatsschuld, die sich nach der letzten amtlichen Mitteilung Ende 1939 auf 1.450 Millionen Kronen belief, ist bis Ende 1942 schätzungsweise um etwa 1.900 auf ungefähr 3.350 Millionen Kronen gestiegen (ohne die Verschuldung bei der Bank von Norwegen wegen der Besatzungskosten). Bis Ende 1942 hat die Regierung in Oslo im ganzen für 725 Millionen Kronen Anleihen aufgelegt und für etwa 1.250 Millionen Kronen Schatzwechsel ausgegeben; davon entfallen auf das Jahr 1942 etwa 675 Millionen Kronen Schatzwechsel und 425 Millionen Kronen 3½prozentige Anleihen mit 40jähriger Laufzeit, die in zwei Ausgaben großenteils von Banken und Versicherungsgesellschaften zum Weiterverkauf an das Publikum mit 99¾ übernommen wurden. Im Juni 1943 wurden zwei weitere Anleihen zu 99¾ v. H. ausgegeben, nämlich eine 3½prozentige von 150 Millionen mit 40jähriger Laufzeit und eine 2½prozentige von 100 Millionen Kronen auf sieben Jahre. Gleichzeitig wurde eine zwölfjährige Prämienanleihe im Betrage von 50 Millionen Kronen ausgegeben.

Zu den ordentlichen Haushaltsausgaben müssen die Besatzungskosten hinzugerechnet werden, die sich im Jahre 1942 schätzungsweise auf 200 Millionen Kronen im Monat beliefen. Diese Mittel werden nicht allein für den Unterhalt der deutschen Truppen verwendet, sondern auch für die deutsche Zivilverwaltung, zur Errichtung von Befestigungen und zu Investierungen hauptsächlich in der Aluminiumindustrie und in Wasserkraftwerken; diese Industriefinanzierung wird direkt durch die Bank von Norwegen vorgenommen. Die Bank hat seit März 1940 keine Ausweise mehr veröffentlicht, doch liegen Schätzungen vor, die in der nebenstehenden Tabelle zusammengestellt sind. Mitte 1943 erreichten die für Besatzungskosten geleisteten Zahlungen insgesamt etwa 7 Milliarden Kronen, von denen rund 2 Milliarden durch die Ausgabe von Schatzwechseln aufgebracht waren; zusammen mit den im vorhergehenden Absatz erwähnten unmittelbaren Staatsschulden (unter Einschluß der beiden im Juni 1943 aufgenommenen Anleihen) muß die Gesamtschuld den Betrag von 9 Milliarden Kronen übersteigen.

Bank von Norwegen

Jahresende	Insgesamt gezahlte Besatzungskosten	Notenumlauf[1]
	in Millionen Kronen	
1939	—	575
1940	1.500	1.000
1941	3.800	1.500
1942	6.000	2.000

[1] Die letzte in den regelmäßigen Bankausweisen veröffentlichte Ziffer belief sich auf 600 Millionen Kronen im März 1940.

1942 wurde die Veröffentlichung der Monatsausweise der norwegischen Handelsbanken eingestellt. Dagegen liegen die Jahresbilanzen der drei größten Banken vor, welche ungefähr die Hälfte der Mittel aller Banken vereinigen; diese Bilanzen liegen der folgenden Tabelle zugrunde.

Drei große Banken in Norwegen[1]

Jahresende	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva	
	Barreserven	Wertpapiere	Wechsel	Darlehen		Einlagen	Kapital und Rücklagen
	in Millionen norwegische Kronen						
1939	24	137	198	399	910	457	102
1940	230	191	153	322	1.081	730	103
1941	309	265	351	261	1.340	978	104
1942	238	280	596	228	1.495	1.115	105

[1] Christiania Bank og Kreditkasse, Den Norske Creditbank und Bergens Privatbank.

Es ist bemerkenswert, daß 1942 die Einlagen um 138 Millionen gestiegen sind — die Hälfte der Zunahme von 1941 —, während die Barreserven der Banken zurückgingen. Die drei in der Tabelle erfaßten großen Banken besaßen Ende 1942 schätzungsweise für 465 Millionen Kronen Schatzwechsel; alle Handelsbanken des Landes haben wahrscheinlich ungefähr 500 Millionen Kronen von den während des Jahres ausgegebenen kurz- und langfristigen Staatspapieren im Betrag von etwa 1,1 Milliarde Kronen übernommen. Über die Entwicklung der Einlagen bei den Sparbanken liegen keine Nachrichten vor.

Bei den Zinssätzen traten nur geringe Veränderungen ein. Der Diskontsatz der Bank von Norwegen ist mit 3 v. H. seit Mai 1940 unverändert geblieben. Die drei größten Banken, welche im Mai 1941 die bisher für Sichteinlagen gewährte Verzinsung von ½ v. H. aufgehoben hatten, wurden durch den Finanzminister angewiesen, auf Sichteinlagen von weniger als einer Million Kronen von Dezember 1941 an ¼ v. H. und von März 1942 an ½ v. H. zu vergüten. Vom Oktober 1943 an wurde der Satz für Sichtguthaben wieder auf ¼ v. H. gesenkt, dagegen für Zeitgelder folgende Sätze eingeführt: ½ v. H. für Einlagen auf vier Monate, ¾ v. H. für solche auf acht Monate und 1 v. H. für Zwölfmonatsgelder.

Finnland, das im Winter 1939/40 dreieinhalb Monate im Kriege mit der UdSSR gestanden hatte, trat im Juni 1941 erneut in den Krieg ein. Ausschließlich durch die militärischen Ausgaben entstanden in den drei Jahren 1940–42 Haushaltsfehlbeträge von je ungefähr 10 Milliarden finnische Mark, die zu einer Verzehnfachung der öffentlichen Schuld von 3,4 Milliarden Mark im Dezember 1938 auf 36,6 Milliarden im Dezember 1942 führten.

Die Einnahmen des Staates sind als Folge vermehrter Steuererträge, neuer Steuern (darunter einer Kapitalsteuer) und höherer sonstiger Einkünfte gestiegen. Auch die Zivilausgaben haben zugenommen, weitgehend infolge höherer Aufwendungen für die Verzinsung der öffentlichen Schuld und für

Die Finanzen Finnlands[1]

Kalenderjahr	Haushalt					Zu- oder Abnahme (–) der Staatsschuld[3]					
	Einnahmen[2]	Ausgaben			Fehlbetrag	Inlandsschuld				Auslandsschuld	Gesamte Schuld
		zivile	militärische	insgesamt		langfristig	kurzfristig an Zentralbank	kurzfristig an andere	kurzfristig insgesamt		
	in Milliarden finnische Mark										
1938	5,0	3,7	1,2	5,0	—	0,1	—	(—0,1)	—	(—0,2)	(—0,2)
1939	4,5	4,0	2,7	6,7	2,2	0,8	0,6	0,1	1,5	0,7	2,2
1940	6,0	5,2	12,3	17,5	11,6	0,5	4,9	4,2	9,6	2,0	11,6
1941	10,9	7,1	13,8	20,9	10,0	1,8	5,2	2,4	9,4	0,6	10,0
1942	17,4	7,5	19,2	26,7	9,3	3,8	3,8	1,1	8,7	0,6	9,3
1943	18,5	8,5	20,0	28,5	10,0	.	.	.	.	.	.
Öffentliche Schuld Ende 1942 (insgesamt)						12,6	14,6	4,7	31,9	4,7	36,6

[1] Die Zahlen bis 1941 aus einem Aufsatz von Dr. Matti Leppo in den von der Bank von Finnland herausgegebenen „Wirtschaftlichen Untersuchungen"; für 1942 runde Ziffern für die Haushaltsergebnisse nach amtlichen Mitteilungen, Schuldenbewegung nach der amtlichen Statistik. Für 1943 Voranschläge; in den ersten drei Vierteljahren betrugen die militärischen Ausgaben 14,2 Milliarden fmk.

[2] Ordentliche Haushaltseinnahmen sowie gewisse Kapitaleinkünfte, die sich von 1938–41 zwischen 0,3 und 0,5 Milliarden fmk bewegten und den ordentlichen Einnahmen gleichstehen; 1942 gingen etwa 13 Milliarden fmk aus gewöhnlichen Steuern und 4 Milliarden fmk aus anderen Quellen ein.

[3] Die Inlandsschuld, die sich Ende 1938 auf 2,6 Milliarden fmk belief und fast ausschließlich langfristig war, hatte sich Ende 1942 auf 31,9 Milliarden fmk erhöht; hiervon waren 12,6 Milliarden langfristig und 19,3 Milliarden kurzfristig (darunter die Zentralbankkredite). Die Auslandsschuld stieg von 0,8 Milliarden fmk Ende 1938 auf 4,7 Milliarden Ende 1942; hiervon waren 3,7 Milliarden konsolidiert und 1 Milliarde schwebend; die Zunahme um 2 Milliarden im Jahre 1940 geht in der Hauptsache auf Kredite zurück, die von den Vereinigten Staaten während des Winterkrieges 1939/40 gewährt worden waren und mit 23 Millionen $ verbucht sind; weitere Kredite erhielt Finnland von Schweden und (im Verrechnungsverkehr) von Deutschland.

Beamtengehälter (zum Teilausgleich der höheren Lebenskosten). Die in der Übersicht angegebenen Gesamtbeträge enthalten nicht die Ausgaben für die staatliche Schuldentilgung und für die an die Bevölkerung Kareliens gezahlten Entschädigungen, die ursprünglich auf etwa 12½ Milliarden finnische Mark veranschlagt waren, sich dann aber auf höchstens 7 Milliarden beschränkten; diese Entschädigungen wurden zum Teil im Jahre 1943 ausgezahlt, und zwar überwiegend mittels besonderer Schuldverschreibungen.

Die Haushaltsfehlbeträge wurden hauptsächlich durch Aufnahme von Inlandskrediten gedeckt; die Inlandsschuld ist in den vier Jahren 1939–42 um 29,3 Milliarden Mark gestiegen, die je zur Hälfte am Markt und von der Zentralbank entliehen wurden. Die Kreditaufnahme am Markt ergab 1942 nahezu 5 Milliarden Mark; 3,8 Milliarden wurden langfristig aufgenommen, hauptsächlich seit März 1942 durch die Begebung der 5½prozentigen Vaterlandsanleihe, während 1,1 Milliarde durch Steuergutscheine und andere kurzfristige Papiere aufgebracht wurden. Für 1943 wurden, da die militärischen Ausgaben in den ersten drei Vierteljahren monatlich 1,6 Milliarden Mark betrugen und Anleihen beim Publikum schwer unterzubringen waren, besondere Maßnahmen als notwendig erachtet, darunter die Ausgabe einer 3½prozentigen fünfjährigen Zwangsanleihe auf der Grundlage des Einkommens und des Kapitals, deren Ertrag auf 3,5 Milliarden Mark veranschlagt wurde.

Von den langfristigen Anleihen des Jahres 1942 dürften 2,6 Milliarden Mark durch die Handelsbanken übernommen worden sein, wie die Vergrößerung ihres Bestandes an Schuldverschreibungen andeutet. Dagegen hat

der Wechselbestand der Banken nach einem raschen Anwachsen bis Juni 1942 in der zweiten Jahreshälfte um mehr als 1 Milliarde Mark abgenommen. Die Einlagen und laufenden Konten sind 1942 um 3,1 Milliarden Mark angeschwollen, d. h. um mehr als das Doppelte des Zuwachses von 1941, wobei der Anstieg der Einlagen auf Zeit nach ihrem Stillstand in den Jahren vorher besonders bemerkenswert ist.

Die finnischen Handelsbanken[1]

Monatsende	Aktiva				Bilanzsumme [4]	Passiva		
	Barreserven	Inlandswechsel [2]	Darlehen und Überziehungskredite	Schuldverschreibungen [3]		Laufende Konten und Einlagen		
						laufende Konten	Einlagen auf Zeit	zusammen [5]
	in Millionen finnische Mark							
1939 Dezember	809	1.904	7.732	1.255	13.178	2.459	6.940	10.766
1940 „	1.854	3.826	7.194	1.655	16.076	4.690	7.470	13.488
1941 „	2.056	2.528	8.124	3.612	18.113	6.030	7.408	14.829
1942 März	1.581	3.420	7.956	4.334	18.995	6.361	7.920	15.889
Juni	1.549	4.131	8.144	4.740	20.437	6.926	8.307	17.041
September	1.985	3.663	8.260	5.993	21.815	7.068	8.448	17.620
Dezember	1.639	3.070	8.724	6.165	21.668	7.228	8.597	17.931
1943 März	2.002	3.512	8.953	6.298	22.869	7.745	9.393	19.499
Juni	1.885	4.302	9.332	6.736	24.636	8.272	10.162	21.169
September	1.784	5.470	9.469	6.992	26.132	8.605	10.622	22.270

[1] Alle Handelsbanken. [2] Einschließlich Schatzwechsel usw. [3] Einschließlich Staatsschuldverschreibungen.
[4] Einschließlich anderer nicht besonders angeführter Posten. [5] Darunter auch die Konten der Kreditinstitute.

Die Beschleunigung der Zunahme der Einlagen und laufenden Konten setzte sich auch 1943 fort; der Anstieg in den ersten drei Vierteljahren übertraf denjenigen des ganzen Jahres 1942. Auf der Aktivseite war besonders die weitere Ausdehnung des Wechselbestandes bemerkenswert, während die Barreserven der Banken abnahmen. Bei den gewöhnlichen Sparkassen überstiegen 1942 die Einzahlungen zum erstenmal seit 1938 die Abhebungen.

Die Bewegung der Sparkasseneinlagen in Finnland

Kalenderjahr	Einzahlungen	Abhebungen	Bewegung [1]
	in Millionen finnische Mark		
1940	2.220	2.301	— 81
1941	2.487	2.779	— 292
1942	2.993	2.210	+ 783

[1] Überschuß der Einzahlungen (+) oder Abhebungen (—) bei den gewöhnlichen Sparkassen (ohne die Zinsgutschriften). Der Spareinlagenbestand belief sich Ende 1942 auf 8.856 Millionen Mark; weitere 1.036 Millionen Mark befanden sich bei der Postsparkasse.

Die Aufnahme neuer Staatskredite bei der Bank von Finnland (die unter „Diskontierungen" und „Verschiedene Konten" ausgewiesen wird) ging von 5,2 Milliarden Mark für 1941 auf 3,8 Milliarden im Jahre 1942 zurück, dagegen nahm der Notenumlauf rascher zu, während die Guthaben bei der Notenbank in laufender Rechnung vermindert wurden.

Nach der Rekordzunahme des Notenumlaufs um 2,3 Milliarden Mark im Jahre 1942 und einem weiteren Anschwellen im gleichen Ausmaß zu Beginn des neuen Jahres trat im zweiten Vierteljahr 1943 ein Notenrückfluß ein; dieser war auf einen Zwangsanleiheplan zurückzuführen, der vorsah, die umlaufenden Noten abzustempeln und teilweise durch Staatsanleihen zu ersetzen.

Bank von Finnland

Monatsende	Aktiva			Bilanzsumme	Passiva		
	„Verschiedene Konten“ [1]	Diskontierte Inlandswechsel [1]	Gold und Devisen	[2]	Notenumlauf	Laufende Konten Privater	Clearingkonten und andere Auslandsschulden
	In Millionen finnische Mark						
1938 Dezember	78	1.042	3.402	5.325	2.086	850	79
1939 „	228	2.358 [3]	2.905	6.809	4.039	686	94
1940 „	1.540	5.275	1.781	9.492	5.551	834	633
1941 „	—	12.225	1.104	14.178	7.317	1.258	2.536
1942 März	382	13.010	973	15.168	7.751	1.103	3.292
Juni	449	14.153	926	16.359	7.975	1.166	4.058
September	108	14.746	789	16.417	8.501	1.095	3.473
Dezember	—	15.873	667	17.576	9.617	1.179	3.362
1943 März	95	17.568	580	19.510	10.206	1.265	4.644
Juni	914	15.635	499	18.230	9.087 [4]	1.152	4.502

[1] Die staatliche Kreditaufnahme wird unter diesen beiden Posten verbucht und nicht gesondert ausgewiesen; die vom Staat bei der Bank aufgenommene Summe stieg von Null Ende 1938 auf 10,7 Milliarden fmk Ende 1941 und 14,6 Milliarden fmk Ende 1942; Ende März 1943 soll sie 16,3 Milliarden fmk betragen haben. Die Kreditgewährung an die finnische Privatwirtschaft war verhältnismäßig gering.
[2] Einschließlich anderer, nicht gesondert aufgeführter Posten. [3] Darunter 315 Millionen fmk Rediskontierungen.
[4] Bis September 1943 war der Notenumlauf wieder auf rund 9,6 Milliarden fmk gestiegen.

Trotz der erheblichen staatlichen Kreditaufnahme bei der Zentralbank war der Markt nicht besonders flüssig, da das Publikum den Noten vor Bankguthaben den Vorzug gab. Daß die Zunahme der Kassenbestände bei den Handelsbanken (und der laufenden Konten bei der Zentralbank) im Jahre 1942 aufhörte, zeugte von einer gewissen Versteifung während des Jahres, die auch 1943 noch anhielt; der Banksatz blieb jedoch unverändert 4 v. H. wie seit zehn Jahren. Nach einer Verordnung des Finanzministers vom Februar 1943 dürfen die Kreditinstitute die Darlehenszinssätze nicht ohne vorherige Prüfung jedes einzelnen Falles durch das Ministerium über den Stand vom Oktober 1940 erhöhen; in demselben Monat legte die Bank von Finnland neue Richtlinien für die Kreditgewährung der Banken fest, namentlich um Spekulationskäufe von Grundbesitz und Aktien zu verhindern.

In Südosteuropa standen drei Länder, nämlich Ungarn, Bulgarien und Rumänien, unter ähnlichen Einflüssen; im Gegensatz zu 1941 erfuhren sie keine Gebietserweiterungen, dienten aber nach wie vor in verschiedenem Grade als Durchzugsgebiet und als Operations- oder lediglich als Versorgungsbasis für die deutschen Truppen, während sie gleichzeitig selbst aktiv am Krieg beteiligt blieben. So hatten sie außer ihren eigenen Kriegsausgaben den Verrechnungsverkehr mit Deutschland und die Aufwendungen in den neu angeschlossenen Gebieten zu finanzieren. Da ihre Geld- und Kapitalmärkte nach westeuropäischen Maßstäben wenig entwickelt sind, wurden an die Zentralbanken hohe Anforderungen gestellt.

Wenn auch bis zum Herbst 1943 in Ungarn seit 1939/40 keine Staatsschlußrechnung veröffentlicht worden war und die dem Parlament vorgelegten Haushaltsvoranschläge einen Teil der Kriegskosten und anderen außerordentlichen Ausgaben nicht enthielten, liegen doch gewisse Angaben über die Durchführung des im März 1938 in Angriff genommenen Fünfjahresplanes

vor, durch den 1 Milliarde Pengö für „Investierungen" aufgebracht werden sollten, nämlich 600 Millionen Pengö aus besonderen Quellen, wozu auch eine Kapitalsteuer gehört, und der Rest im Kreditwege (durch die „Investierungs"-Anleihe von 1938–40). In dem Plan waren ursprünglich nur 600 Millionen Pengö für Rüstungszwecke vorgesehen, dieser Betrag wurde aber stufenweise erhöht, und die tatsächlichen Rüstungsausgaben beliefen sich im ganzen, wie der Finanzminister im Oktober 1942 mitteilte, auf 4,5 Milliarden Pengö; die anderen „Investierungen" (Straßenbau usw.), die ursprünglich mit 400 Millionen Pengö angesetzt waren, erreichten tatsächlich einen Betrag von 1,1 Milliarde Pengö.

Ungarns Staatshaushalt[1]

Bezeichnung	Schlußrechnung		Voranschlag			
	1938/39	1939/40[2]	1941	1942	1943[3]	1944[4]
	In Millionen Pengö					
Einnahmen	1.017	2.053	1.549	2.199	2.769	3.906
Ausgaben	930	1.822	1.769	2.337	2.920	4.180
Überschuß (+) oder Fehlbetrag (—)	+ 87	+ 231	— 220	— 138	— 151	— 274

[1] Ohne Staatsbetriebe und außerordentliche Ausgaben.
[2] Das Haushaltsjahr wurde von Juli–Juni auf Januar–Dezember verlegt; der Übergangs-Haushalt für 1939/40 umfaßte 18 Monate (Juli 1939–Dezember 1940).
[3] Die Beendigung des Fünfjahresplans, der gesondert finanziert wurde, zeigt sich in der Einbeziehung eines größeren Teils der Kriegsausgaben in den ordentlichen Haushalt für 1943; die veranschlagten Ausgaben des Honvedministeriums wurden von 580 Millionen Pengö im Jahre 1942 auf 845 Millionen für 1943 erhöht, woraus sich zum Teil das Anschwellen der gesamten Ausgaben im ordentlichen Haushalt erklärt. Die tatsächlichen Einnahmen im Jahre 1943 lagen weit über dem Voranschlag und betrugen in den ersten acht Monaten des Jahres 2,73 Milliarden Pengö.
[4] Die ordentlichen Wehrausgaben sind mit 1.513 Millionen Pengö in dem Voranschlag für 1944 enthalten.

Als Nettodefizit im ordentlichen Haushalt für die Zeit von 1938/39 bis 1942 ergeben sich nur 40 Millionen Pengö; hierzu kommt der Gesamtfehlbetrag der Staatsbetriebe von nahezu 200 Millionen Pengö; während des gleichen Zeitraums hat sich aber die inländische Staatsschuld auf 3.640 Millionen Pengö Ende 1942 erhöht und damit beinahe verzehnfacht. Von der Zunahme um 3.265 Millionen Pengö beruhten 350 Millionen auf der 1942 vorgenommenen Aufwertung der Kriegsanleihen von 1914–18, während 500 Millionen eine Schuld an die Nationalbank aus der Einziehung von Banknoten darstellten, die früher in den Ungarn in den Jahren 1938–41 eingegliederten Gebieten in

Ungarns Staatsschuld 1942[1]

	Millionen Pengö	
Inlandsschuld		
Vor 1938 entstanden:		377
1938–42 entstanden:		3.265
davon Nationalbank	754[2]	
Schatzwechsel	1.210[3]	
5proz. Investierungsanleihe 1938–40	395	
4½ proz. Siebenbürgen-Anleihe 1941	230	
4proz. Siebenbürgen-Anleihe 1942	99	
Verschiedene kleinere Anleihen	227	
Aufwertung der Kriegsanleihen von 1914–18	350	
Gesamte Inlandsschuld Ende 1942		3.642
Auslandsschuld		1.227
Gesamte Staatsschuld		4.869

[1] Nach Angaben des Finanzministers bei der Vorlage des Haushaltsvoranschlags für 1943.
[2] Diese Ziffer wurde vor der Rückzahlung von 30 Millionen Pengö am Jahresende genannt, durch welche der Posten sich auf den in der Bilanz der Nationalbank angegebenen Betrag von 724 Millionen Pengö verminderte; von diesem Gesamtbetrag stellten nur 221 Millionen Pengö direkte Abziehungen des Schatzamtes dar; den Rest bildeten Vorschüsse im Zusammenhang mit der Einziehung von Banknoten in den neu eingegliederten Gebieten.
[3] Nur 1.120 Millionen Pengö Schatzwechsel, die bei Banken, Industrieunternehmungen usw. untergebracht wurden, und 90 Millionen Pengö laufende Überziehungskredite des Schatzamtes bei den Banken.

Umlauf waren; mithin betrugen die Bareingänge etwas mehr als 2,4 Milliarden Pengö, was auf die Höhe der außerordentlichen Ausgaben (hauptsächlich für Rüstungen und den Krieg) schließen läßt, die im Laufe der fünf Jahre im Kreditwege finanziert worden sind.

1942 beliefen sich die Nettoeinnahmen aus Krediten für Zwecke des Staatshaushalts auf 770 Millionen Pengö, wovon der Hauptteil auf die 4prozentige Siebenbürgen-Anleihe von 100 Millionen und zwei Ausgaben 4½prozentiger Schatzwechsel von 200 und 500 Millionen Pengö entfiel, die im wesentlichen bei den Handelsbanken untergebracht wurden (die an Industrieunternehmungen abgegebenen Schatzwechsel wurden ebenfalls weitgehend von den Banken weiterfinanziert). Außerdem schuf die ungarische Regierung 750 Millionen 4prozentige Schatzwechsel (deren Betrag im August 1943 auf 1 Milliarde erhöht wurde), um sich die zur Übernahme von Reichsmarkforderungen der Nationalbank erforderlichen Mittel zu beschaffen; 400 Millionen Pengö dieser Wechsel wurden 1942 untergebracht und weitere 180 Millionen im ersten Halbjahr 1943. Der Verrechnungsverkehr mit Deutschland wurde vom Schatzamt, von den Handelsbanken und der Nationalbank finanziert (wie auf Seite 171 näher erläutert ist); Ende 1942 bezifferte sich der Gesamtbetrag der Reichsmarkanlagen und der Pengövorschüsse an die Deutsche Verrechnungskasse auf 540 Millionen Reichsmark im Gegenwert von 900 Millionen Pengö; von dieser Summe waren mehr als 500 Millionen Pengö mittel- oder unmittelbar von der Nationalbank finanziert, rund 300 Millionen von den Handelsbanken und weniger als 100 Millionen (netto) vom Staat (nach Verwendung des Gegenwertes von rund 230 Millionen Pengö für außerordentliche Zahlungen in Deutschland).

Ungarische Handelsbanken[1]

Monatsende	Aktiva						Bilanzsumme	Passiva		
	Barreserven	Kredite an die Privatwirtschaft		Verrechnungsguthaben in Deutschland[3]	Staatspapiere			Einlagen usw.		Rediskontierungen und Indossamente
		Diskontierungen und Vorschüsse[2]	Wertpapiere		kurzfristig	langfristig		laufende Konten	Spareinlagen	
	in Millionen Pengö									
1940 Dezember	143	1.211	288	—	492	100	2.748	846	581	550
1941 „	152	1.821	354	—	428	199	3.343	1.045	581	996
1942 Juni . . .	123	1.610	369	278	576	189	3.528	1.082	597	1.108
Dezember	173	2.127	386	282	1.169	189	4.706	1.309	698	2.009
1943 Juni . . .	186	1.962	384	285	1.915	178	5.240	1.479	729	2.350

[1] Zehn Banken, auf die etwa zwei Drittel der Mittel aller Banken entfallen. [2] Einschließlich Rediskontierungen.
[3] Ende Dezember 1942 entfielen von dem Gesamtbetrag der von allen Handelsbanken zusammen gewährten Kredite von 330 Millionen Pengö 282 Millionen auf die zehn Banken. Die Zahlen der Tabelle sind Bruttobeträge und enthalten die weiterfinanzierte Summe, die als Gegenposten verbucht und in der Tabelle (mit anderen Refinanzierungen) unter „Rediskontierungen und Indossamente" eingeschlossen ist.

Im Jahre 1942 eröffneten die Handelsbanken einen neuen Kredit von 200 Millionen Reichsmark (Gegenwert von 330 Millionen Pengö) „zur Förderung des Warenhandels" mit Deutschland; außerdem wurden während des Jahres der ungarischen Privatwirtschaft 300 Millionen Pengö Diskontierungen und

Vorschüsse gewährt und 740 Millionen Pengö kurzfristige Staatspapiere übernommen, so daß sich die gesamten Aktiva im Jahre 1942 um mehr als 1,3 Milliarden Pengö erhöhten, d. h. um mehr als das Doppelte der Zunahme im Vorjahr. Da die laufenden Konten nur um 250 Millionen Pengö und die Spareinlagen um 100 Millionen gestiegen sind, mußten rund 1 Milliarde Pengö anderweitig beschafft werden, und zwar haben sich die mittel- oder unmittelbar bei der Nationalbank vorgenommenen Rediskontierungen auf mehr als 2 Milliarden Pengö verdoppelt, d. h. auf einen Betrag, der beinahe dem gesamten Bestand der privaten Diskontierungen und Vorschüsse entspricht; mehr als zwei Drittel der Zunahme der Aktiva der Handelsbanken wurden 1942 also bei der Zentralbank refinanziert. Demnach beruhte das gleichzeitige Anwachsen des Wechselbestandes der Nationalbank um mehr als 900 Millionen Pengö mittelbar auf der staatlichen und sonstigen öffentlichen Finanzierung (trotz einiger Rückzahlungen auf die direkte Staatsschuld an die Bank); die Notenausgabe stieg um 970 Millionen Pengö. 1943 trat eine Beschleunigung der Ausweitung ein; in den ersten neun Monaten des Jahres überstieg die Zunahme schon 1 Milliarde Pengö, das Doppelte des Betrags für denselben Zeitabschnitt im Jahre 1942.

Ungarische Nationalbank

Monatsende	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva			
	Forderungen an Deutschland [1]	„Sonstige Aktiva" [2]	Schuld des Staates [3]	Diskontbestand [4]	Gold und Devisen	[5]	Noten	Giroguthaben usw. staatliche	Giroguthaben usw. sonstige	„Sonstige Passiva"
	in Millionen Pengö									
1939 Dezember	—	329	312	585	201	1.486	975	100	86	187
1940 „	—	338	570	710	159	1.843	1.387	84	77	165
1941 „	140	481	790	1.196	118	2.795	1.984	372	100	267
1942 März . . .	267	412	760	1.117	118	2.734	1.999	316	64	286
Juni. . . .	404	514	761	1.205	114	3.054	2.176	325	75	408
September	339	586	761	1.732	101	3.577	2.470	456	73	510
Dezember.	506	685	724	2.107	102	4.178	2.958	448	111	594
1943 März . . .	470	861	718	2.196	104	4.404	2.976	479	86	798
Juni. . . .	653	905	690	2.183	105	4.573	3.201	370	84	854
September	933	1.151	666	2.919	104	5.811	3.974	546	103	1.127

[1] Bis zum 30. November 1942 verbucht als „Auf Grund des Artikels 57 Absatz g) der Statuten dem Ausland in Pengö gewährte Vorlagen"; ab 7. Dezember 1942 als „Zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland gewährte Vorlagen" auf Grund der gleichen Ermächtigung. Ende 1942 entfielen 490 Millionen Pengö der Vorschüsse auf Deutschland und 16 Millionen auf Italien.

Den in der Übersicht ausgewiesenen Forderungen an Deutschland liegen drei Arten von Geschäften zugrunde: a) die direkten Pengövorschüsse der Nationalbank, b) die Refinanzierung der Forderungen von Handelsbanken und c) die Rediskontierung der zur Übernahme von Reichsmark von der Nationalbank durch das Schatzamt bei den Handelsbanken untergebrachten Schatzscheine. Der Gesamtbetrag aller dieser Forderungen stieg 1942 um 370 Millionen Pengö gegen 140 Millionen im Jahre 1941. Außerdem erhöhte sich der Posten „Sonstige Aktiva", unter welchem die Forderungen ungarischer Exporteure an Deutschland verbucht wurden, bis ein formeller Vorschuß geleistet wurde (ausgeglichen durch einen Gegenposten unter „Sonstige Passiva"), während des Jahres um rund 200 Millionen Pengö. Beide Posten zusammen nahmen 1942 mithin um 570 Millionen Pengö zu. In den ersten drei Vierteljahren 1943 belief sich die Zunahme der beiden Posten auf 890 Millionen Pengö — das Dreifache der gleichen Zeit 1942.

[2] Siehe Anmerkung [1].

[3] Ende 1942 entfielen 221 Millionen Pengö auf unmittelbare lang- und kurzfristige Vorschüsse an die Staatskasse und 504 Millionen auf Vorschüsse im Zusammenhang mit der Einziehung von Banknoten in den in letzter Zeit rückgegliederten Gebieten.

[4] Nach dem Jahresbericht der Nationalbank für 1942 beliefen sich Ende 1942 die Diskontierungen von Staatspapieren auf 941 Millionen Pengö, von Wechseln auf das Institut zur Regulierung des Ungarischen Geld- und Kapitalmarktes auf 428 Millionen und von Wechseln auf das Institut für industrielle Arbeitsbeschaffung auf 109 Millionen; damit entfielen 70 v. H. des Wechselbestandes von 2.107 Millionen Pengö auf diese drei Gruppen von Papieren.

[5] Einschließlich einiger anderer, hier nicht einzeln aufgeführter Posten.

Das Verfahren, Staatspapiere unmittelbar bei den Handelsbanken unterzubringen, während die Nationalbank als Refinanzierungsstelle eintrat, verhinderte das Entstehen einer übermäßigen Flüssigkeit am Markt, wie sie in einigen anderen Ländern anzutreffen war, wo der Staat in erster Linie bei der Zentralbank Geld aufnahm. Neben der Finanzierung der Staatsausgaben, der Kriegsindustrien und des Verrechnungsverkehrs mit Deutschland war der normale Kreditbedarf der Privatwirtschaft verhältnismäßig gering, obwohl einige christliche Firmen, die jüdische Geschäfte übernahmen, bedeutende neue Kredite von den Banken erhielten. Im April 1942 forderte die Nationalbank die Banken auf, alle neuen Kreditbegehren sorgfältig zu prüfen und alle nicht mit der Kriegführung und der öffentlichen Versorgung zusammenhängenden Kredite, namentlich solche für Spekulationszwecke, abzulehnen. Der Banksatz ist seit Oktober 1940 mit 3 v. H. unverändert geblieben; der Marktsatz für erstklassige Handelswechsel schwankte erheblich zwischen 3¾ und 6 v. H., nachdem der frühere Höchstsatz von 6½ v. H. während des Jahres herabgesetzt worden war. Ein repräsentativer langfristiger Satz zeigte die in der Tabelle wiedergegebene Bewegung, wobei er im Juni 1942 am tiefsten und im Dezember am höchsten stand. Eine bemerkenswerte Neuerung wurde vom Finanzminister in seiner Haushaltsrede im Oktober 1943 angekündigt: eine neue langfristige Anleihe soll begeben werden, deren Wert in Weizen festgelegt ist, wobei 3prozentige 25jährige Schuldverschreibungen über 5, 10, 25 und 100 Zentner zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden sollen. Der Ausgabekurs betrug 40 Pengö je Zentner; dieser Kurs wurde auch als Mindestkurs für die Rückzahlung der Schuldverschreibungen garantiert: die erste Tranche wurde auf 200 Millionen Pengö festgesetzt.

Langfristiger Zinssatz in Ungarn[1]

Jahr	niedrigster	höchster
	in v. H.	
1939	6,25	8,33
1940	6,10	7,69
1941	4,90	6,25
1942	5,71	7,09

[1] Die von der Ungarischen Nationalbank veröffentlichte Rendite der 5%igen Zwangsanleihe von 1924.

Ausgaben der bulgarischen Staatskasse

Kalenderjahr	Nach dem veröffentlichten ordentlichen Haushalt	Sonstige Ausgaben	Gesamte Ausgaben
	in Milliarden Lewa		
1938	7,0	(—0,3)	6,7
1939	7,6	(—0,4)	7,2
1940	8,5	0,3	8,8
1941	10,1	5,1	15,2
1942	14,4	10,3	24,7
1943	21,8	18,7	40,5
Zusammen . .	69,4	33,7	103,1

Die vom Finanzminister angegebenen Gesamtbeträge für den ordentlichen Haushalt entsprechen den veröffentlichten Ziffern. Die gesamten Auszahlungen der Staatskasse werden monatlich in ihren statistischen Nachweisungen veröffentlicht; die Ziffer für 1943 geht von 10,1 Milliarden Lewa für die ersten drei Monate des Jahres aus. Diese Schätzung kann allerdings überschritten werden, da die Auszahlungen für das zweite Vierteljahr 1943 einem Jahresbetrag von mehr als 60 Milliarden Lewa entsprachen. Die zweite Spalte stellt die Unterschiedsbeträge zwischen den beiden anderen dar und vermittelt eine gewisse Vorstellung vom Umfang der Sonderhaushalte.

In Bulgarien erklärte der Finanzminister Anfang August 1943 in einer Rede, daß die Summen der ordentlichen Haushaltspläne für die sechs Jahre 1938–43 zwar nur 69,4 Milliarden Lewa ergäben, die tatsächlichen Ausgaben einschließlich der verschiedenen Sonderhaushalte aber 103 Milliarden Lewa erreichen würden; diese Ziffer entspricht genau den in den Ausweisen des Schatzamtes für 1938–42 veröffentlichten Gesamtausgaben der Staatskasse zuzüglich einer auch in der nebenstehenden Tabelle zugrundegelegten Schätzung für 1943. Geht man von einem

Friedenshaushalt von 7 Milliarden Lewa aus, so würde nach den Ausführungen des Finanzministers der Krieg bis Ende 1943 dem bulgarischen Staate 61 Milliarden Lewa kosten.

Die inländische Kreditaufnahme belief sich nach den Mitteilungen des Finanzministers auf 21 Milliarden Lewa unter Einschluß des Erlöses der Zwangsanleihe von 1941, der Ausgabe von Schatzscheinen und der „zwei oder drei" bei der Landwirtschafts- und Genossenschaftsbank unmittelbar aufgenommenen Kredite, jedoch ohne die inländische Finanzierung des Verrechnungsverkehrs mit Deutschland durch die Nationalbank.

Nach der amtlichen Statistik ist die inländische Staatsschuld in den drei Jahren 1940–42 ohne die Kreditaufnahme bei der Nationalbank um 18,3 Milliarden Lewa gestiegen.

Die inländische Staatsschuld Bulgariens[1]

Am Jahresende	Konsolidiert	Schwebend	Insgesamt
	in Milliarden Lewa		
1939	5,9	4,2	10,1
1940	5,9	7,5	13,4
1941	5,9	11,1	17,0
1942	14,0	14,4	28,4
Zunahme 1939–42 . . .	+ 8,1	+ 10,2	+ 18,3

[1] Ohne die Garantieverpflichtungen, die laufende staatliche Kreditaufnahme bei der Nationalbank und die Finanzierung des Verrechnungsverkehrs.
Die Auslandsschuld wurde für Ende 1939 mit 12,6 Milliarden und für Ende 1942 mit 12,4 Milliarden Lewa ausgewiesen.

Wie im zwölften Jahresbericht der Bank erwähnt, wurde 1941 eine 5prozentige 15jährige Anleihe zwangsweise untergebracht, die in jenem Jahr ungefähr 3,5 Milliarden Lewa ergab; die Zeichnungsliste wurde auch das ganze Jahr 1942 hindurch offen gehalten und erst im Juni 1943 geschlossen, als ein Gesamtbetrag von 9,5 Milliarden erreicht war. Im Mai 1943 wurde eine neue 5prozentige 25jährige Zwangsanleihe genehmigt, die alle Personen mit einem Kapital von mehr als 100.000 Lewa zeichnen müssen; während die erste Anleihe bei großen Instituten untergebracht wurde, war die zweite eine „Volks"-Anleihe und erfaßte weitgehend auch die Masse der Bevölkerung. Für diese zweite Zwangsanleihe war eine Einzahlung in fünf gleichen Teilbeträgen zwischen Mai 1943 und Juni 1944 vorgesehen, und es wurde damit gerechnet, daß sie sich im ganzen auf 12–15 Milliarden Lewa belaufen würde; die erste Teilzahlung erbrachte 2,1 Milliarden Lewa. Die Staatskasse hat auch durch Vermittlung der Nationalbank 3prozentige Schatzscheine in Umlauf gebracht; diese sind, wie auf Seite 336 näher dargelegt wird, gleichbedeutend mit einer zusätzlichen Ausgabe von verzinslichen Noten.

Die Übersicht auf der nächsten Seite enthält die Hauptposten der Bilanz der Nationalbank bis zum 15. Februar 1943; nach diesem Zeitpunkt wurde die Veröffentlichung eingestellt. Von der Zunahme der Bilanzsumme um 8,9 Milliarden Lewa im Jahre 1942 entfielen 8,6 Milliarden auf die Reichsmarkforderungen: um 4,7 Milliarden stiegen die Clearingguthaben, und 3,9 Milliarden wurden zum Rückkauf über Reichsmark lautender Schatzwechsel verwendet, die vorher von der bulgarischen Regierung an deutsche Firmen als Vorschußzahlung für Aufträge gegeben worden waren und bei der Nationalbank als „Anlagen" verbucht werden. Der Notenumlauf erhöhte sich um 5,4 Milliarden Lewa; wie in Kapitel VI dargelegt wird, gibt dieser Betrag aber nicht die ganze tatsächliche Vermehrung

Bulgarische Nationalbank

Monatsende	Aktiva						Bilanzsumme	Passiva			
	Gold und Devisen	Reichsmarkforderungen			Vorschüsse und Wechsel	„Sonstige Aktiva“ [2]		Notenumlauf [4]	Laufende Konten und Einlagen		
		Clearingguthaben [1]	„Anlagen“	zusammen					Staat	Banken	andere
	in Millionen Lewa										
1939 Dezember .	2.010	1.782	866	2.648	1.470	138	10.530	4.245	1.479	1.328	1.028
1940 „ .	2.010	2.336	1.824	4.160	2.243	488	13.220	6.518	1.934	1.059	791
1941 „ .	2.774	10.447	4.731	15.178	1.693	741	25.075	13.467	5.727	944	1.448
1942 März	2.774	11.509	5.460	16.969	562	2.440	27.010	12.823	5.454	2.250	2.053
Juni	2.929	13.962	5.218	19.180	504	3.804	30.370	13.861	6.251	3.494	2.375
September .	3.089	13.413	7.210	20.623	885	3.414	31.768	16.448	5.390	2.744	3.565
Dezember .	3.095	15.158	8.648	23.806	1.003	2.451	33.990	18.922	6.222	1.553	3.026
1943 Februar [5] . .	3.095	14.283	10.105	24.388	580	2.201	33.901	18.464	6.589	2.119	3.017

[1] Bruttoguthaben; die verhältnismäßig geringen Clearingverbindlichkeiten werden auf der Passivseite ausgewiesen und bezifferten sich am Ende der Jahre 1939–42 auf 33, 26, 17 und 444 Millionen Lewa.
[2] Nicht alle sonstigen Aktiva des Ausweises, sondern nur der besondere Posten „Sonstige Aktiva“.
[3] Hierunter einige in der Tabelle nicht besonders aufgeführte Posten. Ein als „Staatsschuld“ bezeichneter Aktivposten von 3.333 Millionen Lewa Ende 1942 ist der Restbetrag älterer Kredite, der allmählich getilgt wird.
[4] Außerdem sind Schatzscheine in Umlauf (siehe Kapitel VI).
[5] 15. Februar 1943, nach dem letzten veröffentlichten Ausweis.

der Umlaufsmittel an; die zu Beginn der Jahre 1942 und 1943 erscheinende Abnahme des Notenumlaufs ist nämlich der Niederschlag der Ausgabe von Schatzscheinen, die im Verkehr als Banknoten dienen sollten. Das Anschwellen des Kontos der Regierung dürfte sich zum Teil aus der Unterbringung derartiger Schatzscheine bei der Nationalbank erklären, die sie unter „Sonstige Aktiva“ verbucht, bis sie in den Verkehr gegeben werden können.

Eine bemerkenswerte Erscheinung des Jahres 1942 war das bedeutende Anwachsen der Bankeinlagen; die Zunahme belief sich bei den in der Übersicht erfaßten bedeutenden Banken auf 9,2 Milliarden Lewa gegenüber nur 3,8 Milliarden im Jahre 1941 und 1,6 Milliarden 1940.

Bankeinlagen in Bulgarien

Monatsende	Landwirtschafts- und Genossenschaftsbank	Postsparkasse	Volksbanken	Große Privatbanken	Zusammen
	in Millionen Lewa				
1939 Dezember . .	6.255	3.613	3.209	2.330	15.407
1940 „ . .	7.021	4.047	3.622	2.296	16.986
1941 „ . .	7.992	5.061	4.990	2.770	20.813
1942 März	8.403	5.236	5.325	3.493	22.457
Juni	9.106	5.605	5.658	3.776	24.145
September . .	9.645	6.060	6.245	4.233	26.183
Dezember . .	11.428	6.632	7.086	4.840	29.986
1943 März	12.262	6.852	7.191	4.832	31.127
Juni	13.034	6.976	7.192	4.959	32.161

Der Banksatz wurde auf 5 v. H. belassen, und der Diskontsatz der großen Privatbanken betrug nominell 6–8 v. H. Die langfristigen Renditen sind schwer zu bestimmen, da Staatsanleihen kaum am Markt sind; ihre Rendite dürfte indessen sicherlich wenigstens doppelt so hoch sein wie die 5 v. H. betragende Verzinsung der Zwangsanleihen.

Die Form der Veröffentlichungen über die verschiedenen Haushaltspläne in Rumänien macht es schwierig, ein klares Bild der Entwicklung zu gewinnen; so enthalten die in der beigefügten Übersicht wiedergegebenen Zahlen nicht alle Kriegsausgaben, für die ein besonderer Fonds außerhalb des Haushalts geschaffen wurde; auch für Bessarabien und das Buchenland bestehen Sonderhaushalte. Über die Staatsschuld liegen statistische Angaben aus der letzten Zeit nicht vor.

Summen des rumänischen Staatshaushalts[1]

Kalenderjahr	Ordentlicher Haushalt[2]	Landesverteidigung[3]	Zusammen
	in Milliarden Lei		
1938	30,3	3,6	33,9
1939	32,9	6,9	39,8
1940	39,5	15,0	54,6
1941	56,8	17,9	74,7
1942	99,5	26,6	126,1

[1] Nach dem Bulletin der Nationalbank.
[2] Einnahmen aus ordentlichen Steuern und Überschüsse der autonomen Institutionen und der Staatsbetriebe.
[3] Einschließlich Luftwaffe und Marine.

Im Juni 1941 verpflichtete sich die Nationalbank, dem Staat Vorschüsse bis zum Betrage von 12 Milliarden Lei zur Deckung des „außerordentlichen Bedarfs" des Schatzamtes zu gewähren. Diese Vorschüsse wurden bis zum Juni 1942 von der Bank unter „Verschiedene Konten" auf der Aktivseite, dann aber gesondert ausgewiesen. Da der Posten „Verschiedene Konten" jedoch weiter stieg, scheint ein neuer Kredit gewährt worden zu sein; in der untenstehenden Übersicht sind die beiden Posten der Gleichmäßigkeit halber verschmolzen.

Die Bilanzsumme der Nationalbank hat sich 1942 um 48 Milliarden Lei erhöht gegenüber 44 Milliarden im Vorjahre; die Verteilung der Ausweitung

Ausweis der Rumänischen Nationalbank

Gegen Ende des Monats	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva				
	Gold[1]	Clearingkonten[2]	Wechsel (und Wertpapiere)[3]	„Verschiedene Konten"[4]	Alle übrigen Aktiva		Notenumlauf	Einlagen usw. öffentliche[5]	Einlagen usw. private	Einlagen usw. andere Sichtverbindlichkeiten	Alle übrigen Passiva
	in Milliarden Lei										
1939 Dezember	20,8	0,8	20,1	8,5	24,1	74,3	48,8	1,5	7,5	1,3	15,2
1940 „	32,2	0,6	22,9	5,4	30,4	91,5	64,3	3,0	8,6	3,4	12,2
1941 „	34,3	17,1	31,8	21,6	30,6	135,4	96,7	5,6	16,1	6,2	10,8
1942 März	37,7	11,8[6]	33,9	27,9	29,4	140,7	96,0	5,5	18,3	9,7	11,2
Juni	39,6	16,7	33,6	28,5	30,2	148,6	97,6	8,2	21,5	8,9	12,4
September	42,5	21,6	35,6	30,5	37,3	167,5	102,8	9,2	22,8	10,6	22,1
Dezember	45,5	23,9	40,8	32,1	40,8	183,1	117,4	6,6	23,7	8,4	27,0
1943 März	46,4	19,5[7]	40,1	38,9[7]	42,3	187,2	119,0	5,7	24,0	11,1	27,4
Juni	49,4	23,3	41,3	40,2	41,0	195,2	122,5	9,4	25,5	13,1	24,7
September	54,5	25,3	52,9	43,2	38,9	214,8	140,2	7,5	27,5	12,6	27,0

[1] Im Mai 1940 neu bewertet, der Buchgewinn von etwa 10½ Milliarden Lei floß dem Staate zu.
[2] „Devises en comptes de clearing, décomptées".
[3] Der Wertpapierbesitz (einschließlich der Beteiligungen an Banken) belief sich am Ende der Jahre 1939–42 auf 2,2, 2,4, 4,7 und 6,3 Milliarden Lei.
[4] Einschließlich des Vorschusses an das Schatzamt von 12 Milliarden Lei, der seit dem 20. Juni 1942 gesondert erscheint.
[5] Finanzministerium, öffentliche Dienste und Caisse autonome.
[6] Die Verrechnungskonten nahmen 1942 von 16,9 Milliarden Lei am 24. Januar in zwei Stufen auf 10,4 Milliarden am 28. Februar ab; diesen Rückgängen entsprachen Zunahmen des Goldbesitzes um 3 Milliarden Lei und der Vorschüsse der Bank an den Staat um mehr als 3 Milliarden Lei. Clearingguthaben wurden also teilweise zum Ankauf von Gold benutzt und teilweise an den Staat übertragen zur Rückzahlung von Reichsmarkschulden oder für andere Zwecke.
[7] Am 20. Februar 1943 wiesen die Clearingkonten einen Rückgang von 23,2 auf 19,2 Milliarden Lei und die „Verschiedenen Konten" eine entsprechende Zunahme auf, anscheinend wurden also Clearingforderungen in Höhe von 4 Milliarden Lei an die Regierung übertragen gegen Erhöhung ihres Vorschusses bei der Bank.

auf die einzelnen Posten des Ausweises war aber verschieden: 1941 stiegen die drei Posten „Verschiedene Konten" (welche die Vorschüsse an das Schatzamt enthielten), die Vorschüsse auf Reichsmarkforderungen im Verrechnungsverkehr und der Wechselbestand (der weitgehend aus Schatzwechseln besteht, die zugunsten von Rüstungsfirmen durch die Caisse autonome d'amortissement *et de financement rediskontiert waren)* insgesamt um 39 Milliarden Lei und trugen damit den Hauptteil der Zunahme in jenem Jahr; 1942 erhöhten sich dieselben drei Posten aber nur um 25 Milliarden Lei. Dagegen nahm diesmal der Goldbesitz um 11 Milliarden Lei zu (teilweise infolge eines Goldkaufs von Deutschland); ferner sind andere Aktivposten, die 1941 im Endergebnis nur geringe Veränderungen aufwiesen und die in der Tabelle nicht einzeln aufgeführt sind, um 10 Milliarden Lei angewachsen, und zwar die Anlagen „im Zusammenhang mit verschiedenen Zeitverbindlichkeiten" um 6 Milliarden und die „Besonderen Devisenrückstellungen" um 4 Milliarden (beide Posten enthalten wahrscheinlich für besondere Zwecke bereitgestellte Clearingguthaben). Obwohl demnach die unmittelbare Kreditgewährung an den Staat und die Bevorschussung von Clearingforderungen nachgelassen zu haben scheinen, beruhte wahrscheinlich doch die gesamte Erhöhung des Ausweises im Jahre 1942, die etwas größer war als 1941, mittelbar oder unmittelbar auf verschiedenen Formen der öffentlichen Finanzierung.

Der Notenumlauf erhöhte sich 1942 um 21 Milliarden Lei gegen 32 Milliarden im Jahre 1941, und auch die privaten Konten und sonstigen Sichtverbindlichkeiten sind weniger als im Vorjahr gestiegen. Aber auch hier wieder nahmen andere Verbindlichkeiten, die 1941 keine Erhöhung aufwiesen, um über 14 Milliarden Lei zu: die „Zeitverbindlichkeiten" um 7½ Milliarden und die „Verschiedenen Konten" ebenfalls um 7½ Milliarden; der Jahresbericht der Bank enthält keine Erklärung für diese Erhöhungen.

Im Dezember 1942 wurde das Schatzamt ermächtigt, Kassenscheine auszugeben, die einen Teil der Banknotenausgabe ersetzen sollten, wie auf Seite 337 dargelegt ist; bis März 1943 waren über 9 Milliarden Lei dieser Kassenscheine im Verkehr. Trotz dieser Ausgabe stieg der Notenumlauf 1943 in den ersten drei Vierteljahren um 23 Milliarden Lei, d. h. beinahe um das Vierfache der Zunahme in der entsprechenden Zeit 1942; auf der Aktivseite schwollen der Wechselbestand um 12 Milliarden Lei an, die „Verschiedenen Konten" um 11 Milliarden und der Goldbesitz um 9 Milliarden. Ein beachtenswerter Versuch, die Ausweitung einzudämmen, wurde im Herbst 1943 unternommen, als die Bauern aufgefordert wurden, ihre Schulden (von denen viele seit 1934 ausstanden) in Weizen zu bezahlen, dessen Preis sich in zwei Jahren mehr als verdoppelt hatte.

Die Bilanzsumme der achtzehn großen Handelsbanken stieg 1942 um 14 Milliarden Lei gegenüber 10 Milliarden im Jahre 1941. Im Zusammenhang mit der Preissteigerung scheint eine weitere Ausdehnung der (unter „Debitoren" verbuchten) Kredite an Handel und Industrie stattgefunden zu haben; die Banken spielten bei der unmittelbaren Finanzierung der Staatsausgaben eine sehr geringe Rolle — ihr Wertpapierbesitz ist sogar seit 1940 zurückgegangen. 1942 teilte die Nationalbank den Banken mit, daß nur drei Gruppen

Handelsbanken in Rumänien

Monatsende	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva		
	Kassenbestand	Wechsel	Debitoren	Wertpapiere		Einlagen	Kreditoren	Rediskontierungen
	in Milliarden Lei							
1939 Dezember	5,4	3,5	9,5	3,0	26,4	3,2	12,2	3,8
1940 „	6,1	3,3	9,0	3,8	25,6	2,9	12,7	3,3
1941 „	7,3	4,7	15,3	3,5	35,7	5,6	17,3	3,9
1942 März	5,6	5,3	16,4	3,4	34,8	6,1	17,2	3,3
Juni	8,0	5,9	18,2	3,0	39,6	7,6	18,9	4,1
September	8,9	5,9	21,9	3,1	44,7	10,2	20,6	4,2
Dezember	11,0	6,0	23,9	2,9	49,6	12,0	21,9	5,0
1943 März	11,1	6,0	24,7	2,7	49,3	12,7	22,5	4,7

neuer Kredite genehmigt würden: zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen, zur Förderung der Industrie und zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Von den Ende 1942 ausgewiesenen Einlagen von 12 Milliarden Lei waren 10,8 Milliarden Spareinlagen.

Einlagen
der Rumänischen Postsparkasse

Monatsende	Spareinlagen	Postscheckguthaben	Zusammen
	in Milliarden Lei		
1939 Dezember	3,2	2,1	5,3
1940 „	3,3	2,1	5,4
1941 „	5,4	4,7	10,1
1942 Juni	6,8	6,4	13,1
Dezember	9,0	9,1	18,1
1943 Juni	10,8	13,8	24,6

Die Einlagen bei der Rumänischen Postsparkasse sind bedeutend angewachsen, besonders die Postscheckguthaben, die bis Juni 1943 auf nahezu 14 Milliarden Lei gestiegen waren. Die Anlegung der neuen Einlagen bei der Post, 8 Milliarden Lei im Jahre 1942 und 6½ Milliarden im ersten Halbjahr 1943, bildet ohne Zweifel eine der wichtigsten Quellen des Staatskredits außerhalb der Nationalbank.

Der Banksatz betrug unverändert 3 v. H., seitdem er im September 1940 auf diesen Satz gesenkt worden war; der Zins für die Kreditgewährung der Handelsbanken, der ständig 4 v. H. über dem Banksatz gehalten wird, stellte sich also auf 7 v. H.; die Rendite der an der Börse gehandelten Staatsschuldverschreibungen liegt bei etwa 9 v. H.

Der ordentliche Haushalt der Slowakei für 1942 war anscheinend gut ausgeglichen; der Voranschlag ergab 2,4 Milliarden Kronen Ausgaben und 2,2 Milliarden Einnahmen, davon 1,6 Milliarden Steuern; das Steueraufkommen war aber tatsächlich 1 Milliarde Kronen höher als veranschlagt, und auch die Staatseisenbahnen schlossen mit einem Überschuß ab an Stelle eines erwarteten Fehlbetrages von 100 Millionen Kronen. Alle Überschüsse aus dem ordentlichen Haushalt wurden zweifellos auf den sogenannten Investitionshaushalt übertragen, dessen Ausgaben sich im übrigen nach der Möglichkeit der Kreditbeschaffung am Markt richteten. Der Staat hat keine unmittelbaren Kredite bei

der Zentralbank aufgenommen; den Haupteinfluß auf die Währungslage hatte die Finanzierung des Verrechnungsverkehrs mit Deutschland, doch wurde nur ein Teil der gesamten Forderungen von der Zentralbank finanziert.

Slowakische Nationalbank[1]

Monatsende	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva		
	„Andere Aktiva"[1]	Wechsel und Schecks	Lombard	Staatsnotenschuld	Gold und Devisen		Notenumlauf	Girverpflichtungen	Sonstige Passiva
	in Millionen slowakische Kronen								
1939 Dezember . . .	898	333	3	469	57	1.787	1.392	208	87
1940 „ . . .	1.022	257	260	469	108	2.147	1.657	207	181
1941 „ . . .	1.441	242	209	469	97	2.639	2.023	147	364
1942 März	1.540	132	124	469	82	2.590	1.957	154	370
Juni	1.710	285	108	460	74	2.878	2.069	334	366
September . . .	1.944	323	106	460	66	3.121	2.416	91	505
Dezember . . .	2.189	484	200	460	78	3.568	2.742	177	541
1943 März	2.205	448	110	453	85	3.470	2.583	236	536
Juni	2.361	451	204	453	50	3.675	2.752	192	616
September . . .	2.234	580	447	453	56	3.912	3.185	143	469

[1] Nach den Jahresschlußbilanzen beliefen sich die in diesem Posten enthaltenen Verrechnungsguthaben am Ende der Jahre 1940 bis 1942 auf 398, 845 und 1.575 Millionen Kronen.

Die (unter dem Titel „Andere Aktiva" verbuchten) Clearingforderungen erhöhten sich 1942 um 730 Millionen Kronen (gegen 450 Millionen im Jahre 1941) und die Diskontkredite um 240 Millionen, während der Notenumlauf um 720 Millionen Kronen zunahm. Das Anwachsen der „Sonstigen Passiva" um 180 Millionen Kronen im Jahre 1942 entspricht der Auszahlung eines Teils der Clearingforderungen in Kassenscheinen.

Bei den Handelsbanken nahmen 1942 die Debitoren um 500 Millionen Kronen und die Wertpapiere um 90 Millionen Kronen zu, während die Verpflichtungen aus laufenden Konten und Spareinlagen zusammen nur um 140 Millionen stiegen; die laufenden Konten wiesen im zweiten Halbjahr sogar einen Rückgang um 90 Millionen Kronen auf. Um günstige Voraussetzungen für die Begebung einer Staatsanleihe zu schaffen, waren im Frühjahr 1942 die Banken veranlaßt worden, den Habenzinssatz für laufende Konten von 2¼ auf 1½ v. H. herabzusetzen, während der Satz für Spareinlagen unverändert blieb. Die verhältnismäßige Stockung der Einlagenbewegung und die Verpflichtung der Banken zum Ankauf von Staatspapieren erklären die Zunahme der Rediskontierungen bei der Nationalbank.

Bilanzen slowakischer Handelsbanken

Jahresende	Aktiva				Passiva	
	Kassenbestand	Wechsel	Wertpapiere	„Debitoren"	Laufende Konten	Spareinlagen
	in Millionen slowakische Kronen					
1941	425	322	684	2.500	2.226	1.671
1942	430	185	778	3.000	2.274	1.762

Für die verhältnismäßig angespannte Lage des Marktes, die 1942 eintrat und auch 1943 anhielt, bestanden im wesentlichen vier Gründe: die Auszahlung

eines Teiles der Clearingforderungen in Kassenscheinen, der Abruf des größeren Teils der beschlagnahmten Bankguthaben von Juden durch die Regierung, die Verpflichtung der Aktiengesellschaften, einen bestimmten Teil ihrer Reserven in Staatspapieren anzulegen, und die offensichtliche Bevorzugung der Noten vor den Bankeinlagen durch die Bevölkerung.

1942 wurden zwei Staatsanleihen begeben: eine 4½prozentige Investitionsanleihe von 600 Millionen Kronen und 500 Millionen 3prozentige Kassenscheine. Der Erlös dieser Anleihen diente zum Teil der Finanzierung des Verrechnungsverkehrs mit Deutschland. Im Juni 1943 wurde der Finanzminister gesetzlich ermächtigt, einen erheblichen Teil der Forderungen der Nationalbank im Zusammenhang mit dem deutschen Clearing zu übernehmen und die hierzu erforderlichen Mittel im Kreditwege aufzubringen. Banken und Kreditgenossenschaften wurden zur Anlegung von 22 v. H., Sparkassen von 33 v. H. ihres Einlagenzuwachses in Staatspapieren verpflichtet, ebenso die Versicherungsgesellschaften für den Hauptteil ihrer Prämienreserven und alle Aktiengesellschaften für bestimmte Anteile ihrer Rücklagen.

Im Juli 1942 wurde in Berlin ein Abkommen über die Aufteilung des Staatsvermögens und der Staatsverbindlichkeiten Jugoslawiens von den Erwerberstaaten unterzeichnet. Die inländische Staatsschuld, die sich auf 30,5 Milliarden Dinar belief, wurde ungefähr der Größe der übernommenen Gebiete entsprechend so aufgeteilt, wie die nebenstehende Tabelle zeigt. Die Erwerberstaaten verpflichteten sich, die ehemals jugoslawischen Schulden in ihrem Gebiet bis zum 22. November 1942 zu kündigen und in eigene Staatsanleihen umzutauschen; sollte die von einem der Staaten zurückgezogene jugoslawische Schuld hinter dem vorgesehenen Anteil zurückbleiben, so war der Unterschied in bar oder in Schuldverschreibungen des jeweiligen Landes bei einer unter deutscher Verwaltung in Belgrad errichteten Verrechnungsstelle zur Verfügung zu stellen, welche sie abschließend unter diejenigen Erwerberstaaten verteilen sollte, die mehr als ihre Quoten zurückgezogen hatten. Ein Verzeichnis der jugoslawischen Staatsschulden war dem Berliner Abkommen beigefügt, das auch die Auslandsschuld regelte und sich sehr eingehend mit der Übertragung der anderen Aktiva und Passiva in dem aufgeteilten Gebiet befaßte; ferner sah es eine Auseinandersetzung zwischen den Erwerberstaaten über die frühere Jugoslawische Nationalbank, die Staatshypothekenbank, die Privilegierte Agrarbank und die Postsparkasse vor, deren Verbindlichkeiten von der früheren jugoslawischen Regierung garantiert worden waren.

Aufteilung der jugoslawischen Staatsschuld

Erwerberstaaten	in v. H.
Deutschland	5
Italien[1]	8
Ungarn	8
Bulgarien	8
Serbien[2]	29
Kroatien	42
Zusammen	100

[1] Einschließlich Albaniens und Montenegros.
[2] Einschließlich 4 v. H. für das Banat.

Kroatien und Serbien (die 1941 als neue Staaten errichtet wurden) traten das Erbe des jugoslawischen Bankwesens an, und in beiden Fällen wurden die jugoslawischen Moratoriumsbestimmungen beibehalten; die Aktiva

und Passiva der alten Jugoslawischen Nationalbank (die in Liquidation trat) wurden von zwei neuen Zentralbanken übernommen; in beiden Fällen mußten Zahlungen an verbündete Armeen geleistet werden, und Clearingforderungen gegenüber Deutschland sammelten sich an.

In Kroatien war der ordentliche Haushalt nach dem Voranschlag für 1942 mit 10,9 Milliarden und für 1943 mit 16,4 Milliarden Kuna ausgeglichen; 1943 waren 33 v. H. der Ausgaben für militärische Zwecke (einschließlich der Ustascha-Verbände) und weitere 25 v. H. für das Ministerium des Innern (einschließlich der Polizei) vorgesehen.

Haushaltsvoranschläge Kroatiens

Kalenderjahr	1942	1943
	in Millionen Kuna	
Ausgaben für		
Landesverteidigung [1]	2.874	5.393
Inneres	1.332	4.113
Schatzamt	1.592	2.828
alle übrigen Zwecke [2]	5.093	4.041
Zusammen	10.891	16.375
Einnahmen aus		
direkten Steuern	3.446	6.260
indirekten Steuern	4.328	4.727
Monopolen usw.	3.117	5.388
Zusammen	10.891	16.375

[1] Einschließlich 2.113 Millionen Kuna für die Ustascha-Verbände im Jahre 1943.

[2] Einschließlich der Ministerien für Erziehung, das Gesundheitswesen usw.

Diese Zahlen enthalten aber nicht die anderweitig gedeckten außerordentlichen Haushalte; in den ersten vier Monaten 1943 wurden 4,75 Milliarden Kuna außerordentliche Ausgaben (mit 3 Milliarden für die Landesverteidigung) bewilligt; von dieser Summe sollten 1,25 Milliarden Kuna durch Veräußerung des auf Grund eines Gesetzes vom November 1942 beschlagnahmten Vermögens von Juden und 3,5 Milliarden Kuna im Kreditwege gedeckt werden. Nach einer Mitteilung des Finanzministers vom Mai 1943 wurden die gesamten Staatsausgaben in den zwei Jahren vom 10. April 1941 bis zum 31. März 1943 zu 55,3 v. H. durch laufende Einnahmen und zu 44,7 v. H. durch Kredite gedeckt, so daß die außerordentlichen Aufwendungen wahrscheinlich ebenso hoch wie die ordentlichen Haushaltsausgaben waren. Hierbei sind aber die Zahlungen an die verbündeten Heere noch nicht berücksichtigt, die unmittelbar von der Staatsbank finanziert werden.

Die staatliche Kreditaufnahme am Markt erfolgte durch drei Ausgaben von Schatzanweisungen. Die erste Ausgabe im Dezember 1941 betrug etwa 2 Milliarden Kuna; ein großer Teil dieses Betrages scheint durch die Zwangskonsolidierung großer Posten zum Umtausch eingereichter Banknoten der ehemaligen Jugoslawischen Nationalbank gedeckt worden zu sein. Drei Monate später fand eine zweite Ausgabe im Betrage von 1 Milliarde Kuna statt, der zunächst keine weiteren folgten; erst im Mai 1943 erbrachte eine dritte Folge 3,4 Milliarden Kuna; die Bedingungen dieser Ausgabe zeigt die nachfolgende Übersicht. Obwohl ein Betrag von insgesamt 6,4 Milliarden Kuna als ausgegeben erscheint, sind einige verhältnismäßig kurzfristige Anweisungen inzwischen schon fällig geworden; im Juli 1943 wurde der ausstehende Gesamtbetrag mit 4 Milliarden Kuna genannt. Im März 1942 wurde der amtliche Diskontsatz von 5 auf 4 v. H. und der Lombardzins von 6 auf 5½ v. H. gesenkt; ein Versuch, auch niedrigere Marktsätze einzuführen, mußte später

Kroatische Schatzanweisungen

Fälligkeit	Zinssatz	Ausgabekurs
3 Monate . . .	3 v. H.	100,00
6 Monate . . .	3¼ v. H.	99,85
1 Jahr	4 v. H.	99,50
3 Jahre	5 v. H.	98,50
10 Jahre	6½ v. H.	97,00

aufgegeben werden. Im Mai 1943 wurde der Lombardsatz wieder auf 6 v. H. erhöht, während der Diskontsatz unverändert blieb.

Die erste Aufgabe der Kroatischen Staatsbank bestand in der Einziehung und Umwechslung der Noten der ehemaligen Jugoslawischen Nationalbank. Dabei entstanden verschiedene Schwierigkeiten, insbesondere da große Beträge von Dinarnoten in beiden Richtungen über die praktisch oftmals offene Grenze zwischen Kroatien und Serbien geschmuggelt wurden, je nach den Gerüchten über ihre Behandlung in dem einen oder anderen Lande; aus diesem Grunde wurden für Posten von mehr als 3.000 Dinar nicht neue Noten, sondern nur Empfangsbescheinigungen ausgegeben. (Noten zu 100 Dinar und darüber wurden als Banknoten angesehen, die kleineren Noten zu 50 Dinar und darunter wurden aber wie staatliches Scheidegeld behandelt.) Der Umtausch begann im Juni 1941 und fand seinen Niederschlag in der bedeutenden Zunahme der Giroverpflichtungen der Staatsbank. Im Dezember 1941 gingen diese Verpflichtungen auf die Hälfte zurück, als die erste Folge der Schatzanweisungen ausgegeben wurde. Der Notenumlauf stellte sich Ende Dezember 1941 auf 8.352 Millionen Kuna. (Diese Zahlen sind dem im Sommer 1942 veröffentlichten Bericht der Bank für 1941 entnommen.)

Kroatische Staatsbank

Monatsende	Notenumlauf	Giroguthaben
	in Millionen Kuna	
1941 April . . .	.	196
Mai	.	364
Juni	.	2.277
Juli	.	2.700
August . .	.	2.533
September	.	2.606
Oktober . .	.	2.518
November	.	2.728
Dezember	8.352	1.363

Für das Jahr 1942 steht kein statistisches Material zur Verfügung, die auf Seite 321 näher behandelte neue Satzung der Bank schreibt jedoch die Veröffentlichung eines vierzehntägigen Ausweises vor; der erste Ausweis für den 30. April 1943 sowie die Monatsendausweise für Juni und die folgenden Monate sind in der Tabelle auf der folgenden Seite wiedergegeben.

Der gesamte Notenumlauf der Jugoslawischen Nationalbank war in den zwölf Monaten bis März 1941 um 5 Milliarden Dinar gestiegen und erreichte am 31. März 1941, dem letzten Ausweistage vor Ausbruch der Feindseligkeiten, seinen höchsten Betrag mit 15,4 Milliarden; der damalige Umlauf im Gebiete des späteren Kroatiens wurde auf 6,4 Milliarden Dinar geschätzt. Als Gegenposten für diese Noten und die übrigen von der ehemaligen Nationalbank übernommenen Verbindlichkeiten schuf die Regierung Schuldverschreibungen, die im Ausweis der Staatsbank und in der Übersicht auf der folgenden Seite als besonderer Posten erscheinen.

Der Umlauf an Kunanoten bezifferte sich im April 1943 auf 22,2 Milliarden, hat sich also in zwei Jahren mit einer Zunahme um 15,8 Milliarden Kuna mehr als verdreifacht. Für diese beträchtliche Ausweitung nannte der Finanzminister

Kroatische Staatsbank

Monatsende	Aktiva							Bilanzsumme	Passiva		
	Gold und Devisen	Vorschüsse an verbündete Heere [1]	Clearingforderungen	Diskontierungen und Vorschüsse [2]	Umgetauschte alte Noten usw. [3]	Schuld des Finanzministeriums [4]	Alle übrigen Aktiva		Notenumlauf	Giroverpflichtungen	Alle übrigen Passiva
	in Millionen Kuna										
1943 April	1.276	2.750	—	14.876	7.794	—	1.211	27.907	22.240	3.976	1.691
Juni	1.298	4.289	—	13.849	7.813	500	1.260	29.009	24.195	3.086	1.728
Juli	2.009	5.589	—	15.776	7.810	1	1.234	32.419	25.692	4.567	2.160
August . . .	2.194	7.859	—	18.925	7.811	220	1.316	38.325	28.269	7.660	2.396
September .	3.136	9.021	—	20.764	7.859	310	1.259	42.349	31.816	7.948	2.685
Oktober . . .	114	9.978	2.714	22.690	7.859	348	1.155	44.858	34.316	7.566	2.976

[1] Ausgewiesen als Vorschüsse auf Forderungen im Ausland.

[2] Ende 1942 hatte nur eine Bank in Agram (Zagreb) Rediskontierungen, die sich auf 131 Millionen Kuna bezifferten.

[3] Die kroatische Staatsschuld, die als Gegenposten für die von der Staatsbank übernommenen Verbindlichkeiten der ehemaligen Jugoslawischen Nationalbank geschaffen wurde; Verbindlichkeiten für eingezogene Noten bilden den Hauptteil dieses Postens, der auch Verpflichtungen für Einlagen und alte Verrechnungskonten enthält, welche die neue Bank übernommen hat.

[4] Dem Finanzministerium können bis zum Betrage von 500 Millionen Kuna Kredite in laufender Rechnung gewährt werden.

in einer Rede am 6. Mai 1943 drei Gründe: Kredite an die neue Regierung, Vorschüsse an die verbündeten Truppen auf kroatischem Gebiet und Finanzierung des Verrechnungsverkehrs mit Deutschland und Italien.

Der genaue Betrag der staatlichen Kreditaufnahme bei der Zentralbank wurde allerdings vom Finanzminister im Mai 1943 nicht angegeben und wird auch nicht als besonderer Posten von der Staatsbank ausgewiesen, da aber der Kontakt zwischen der Bank und der kroatischen Wirtschaft nach zuverlässigen Meldungen nicht bedeutend war, ist ohne Zweifel anzunehmen, daß die Kredite an den Staat unter „Diskontierungen und Vorschüsse" ausgewiesen werden. Diese Geldaufnahme erklärt sich nach den Mitteilungen des Finanzministers aus der Aufstellung und Organisierung einer kroatischen Wehrmacht, aus „öffentlichen Arbeiten" einschließlich der Beseitigung der durch Partisanen verursachten Schäden, aus der Fürsorge für Flüchtlinge aus Gebieten, wo Partisanenkämpfe stattfinden, und endlich aus den Ausgaben im Zusammenhang mit der Gründung des kroatischen Staates.

Die Vorschüsse der Staatsbank an die verbündeten Heere wurden für Soldzahlungen und Tagegelder, für den Bau von Kasernen und verschiedene andere Ausgaben verwendet; sie erscheinen im Ausweis als besonderer Posten. Der dritte und geringste der vom Finanzminister angegebenen Gründe für die Ausweitung des Notenumlaufs war die Finanzierung des Clearingüberschusses; die Handelsbilanz Kroatiens war im Verkehr mit Deutschland und Italien passiv, ein Überschuß entstand aber namentlich durch den Eisenbahnverkehr und andere Dienstleistungen sowie die Lohnüberweisungen der in Deutschland tätigen kroatischen Arbeiter. Eine Verordnung vom 14. Oktober 1943 zur Änderung der Satzung der Staatsbank erlaubte dieser u. a. die Finanzierung des Verrechnungsverkehrs.

In den sechs Monaten bis Oktober 1943 stieg der Notenumlauf um 12,1 Milliarden und die Giroguthaben um 3,6 Milliarden Kuna, und zwar beruhten diese Erhöhungen auf einer staatlichen Kreditaufnahme von 7,8 Milliarden, der Zahlung von 7,2 Milliarden an die verbündeten Heere und von 2,7 Milliarden Kuna für Vorschüsse auf Clearingforderungen (die bis zum September unter „Gold und Devisen" verbucht waren). Die Notenvermehrung hat sich ständig beschleunigt: die Erhöhung des Umlaufs betrug im Mai und Juni je 1 Milliarde Kuna, im Juli 1½ Milliarden, im August 2½ und im September 3½ Milliarden; im Oktober betrug die Zunahme wieder nur 2½ Milliarden; für die sechs Monate zusammen ergibt sich also eine Steigerung um 12 Milliarden Kuna, was einer jährlichen Ausweitung um mehr als 100 v. H. entspricht. Die Ausgabe besonderer Noten durch die Stadt Agram (Zagreb) und den Staat wird auf Seite 345 behandelt.

Die Bilanzen der wichtigsten Banken Kroatiens für Ende 1942 wurden veröffentlicht und sind in der folgenden Übersicht zusammengestellt; der Gesamtbetrag der Einlagen und laufenden Konten, einschließlich der Sparkonten, belief sich nur auf 13,8 Milliarden Kuna, eine im Vergleich zum Notenumlauf sehr kleine Ziffer. Ein neues Bankengesetz vom September 1942 enthält Bestimmungen, welche die Sicherheit von Bankeinlagen gewährleisten sollen. Der bescheidene Einlagenstand in Kroatien erhellt die Gründe, welche die Regierung nötigen, sich zur Deckung ihres Kreditbedarfs hauptsächlich an die Staatsbank zu wenden.

Kroatische Banken

Ende 1942	Handelsbanken [1]	Staatliche Banken [2]	Sparkassen [3]	18 Banken zusammen
	in Millionen Kuna			
Aktiva:				
Kassenbestand und flüssige Mittel	1.188	2.003	681	3.872
Wertpapiere	1.060	2.127	69	3.256
Vorschüsse und Kontokorrentkredite	3.228	2.629	294	6.151
Hypothekarkredite	119	1.079	6	1.204
Passiva:				
Kapital und Rücklagen	727	63	84	874
Einlagen	1.501	4.168	1.083	6.752
Laufende Konten	3.963	2.409	689	7.061

[1] Sechs Banken in Agram (Zagreb).
[2] Drei staatliche Banken: die Postsparkasse, die Sparkasse des Unabhängigen Staates Kroatien und das Staatliche Kreditinstitut (die ehemalige jugoslawische Staatshypothekenbank).
[3] Neun gewöhnliche Sparkassen.

Über die Entwicklung in Serbien gelangten seit der Besetzung nur wenige statistische Angaben ins Ausland. Die neue Serbische Nationalbank hat weder Ausweise noch Bilanzen veröffentlicht, und auch über die Handelsbanken und Sparkassen stehen keine Zahlen zur Verfügung. Eine für 1942 veröffentlichte Übersicht zeigte den Haushalt mit 3.406 Millionen Dinar ausgeglichen, und der Voranschlag für 1943 belief sich auf 5,48 Milliarden Dinar; diese Zahlen enthielten aber weder die außerordentlichen Ausgaben noch die Zahlung der Besatzungskosten oder die Finanzierung des Verrechnungsverkehrs.

Tatsächlich wurde ein erheblicher Teil der Staatsausgaben durch Vorschüsse der Serbischen Nationalbank gedeckt, wobei der Notenumlauf sich

erhöhte und der Markt Anzeichen ungewöhnlicher Flüssigkeit aufwies. Das Maß der Ausdehnung läßt sich infolge Fehlens zuverlässiger Unterlagen nicht beurteilen. Anfang Juni 1942 soll der Notenumlauf 10 Milliarden Dinar betragen haben; hiervon waren 6,8 Milliarden auf den Umtausch alter jugoslawischer Noten zurückzuführen, während der Rest zum großen Teil für Besatzungskosten und die Finanzierung von Clearingforderungen ausgegeben wurde; ferner beliefen sich die verzinslichen Guthaben bei der Nationalbank auf 1,8 Milliarden Dinar, die außerdem für nahezu 1 Milliarde Dinar Kassenscheine ausgegeben hatte.

Diese Kassenscheine waren 1942 das einzige am Markt vorhandene serbische Wertpapier. Sie wurden seit März 1942 von der Nationalbank zur Abschöpfung überschüssiger Gelder zu Diskontsätzen von ursprünglich 2 v. H. für drei Monate und 3 v. H. für zwölf Monate ausgegeben. Im November 1942 wurden die Sätze auf 2½ und 3½ v. H. erhöht, und im August 1943 beschloß die Nationalbank, zweijährige Kassenscheine zu 3½ v. H. auszugeben. Die von der Nationalbank ausgegebenen Kassenscheine waren jederzeit zum Nennwert rediskontierbar.

Im Jahre 1943 wurde versucht, die Beanspruchung der Nationalbank zu verringern. Mit Wirkung vom April wurden eine Anzahl indirekter Steuern erhöht und die Eisenbahn-Personentarife verdoppelt. Besondere Maßnahmen wurden gegen die Notenhortung ergriffen, und die erste langfristige Staatsanleihe wurde im März 1943 in Form einer 4½prozentigen 30jährigen Anleihe von 1 Milliarde Dinar zum Ausgabekurs von 98½ von der Staatlichen Hypothekenbank in Belgrad und der Postsparkasse übernommen. Eine weitere Anleihe von 2 Milliarden Dinar wurde im Juli 1943 zu 98½ begeben, und zwar in dreifacher Gestalt als 4½prozentige Schuldverschreibungen, 2½prozentige Prämienschuldverschreibungen und reine Prämienschuldverschreibungen ohne Verzinsung, aber mit höheren Prämien.

Der Banksatz betrug unverändert 4 v. H., seit er im Dezember 1941 auf diesen Stand herabgesetzt worden war. Mit Wirkung vom Juli 1943 wurden die Zinssätze für Einlagen bei den Handelsbanken festgesetzt, die sich zwischen 1 v. H. für Sichtkonten und 3 v. H. für einjährige Einlagen bewegen; die Sparkassen zahlten verschiedene Sätze von 2 v. H. für Sichteinlagen bis zu 3½ v. H. für einjährige Einlagen. Das Moratorium für Schulden aus der Zeit vor dem 6. April 1941 wurde bis zum 30. Juni 1944 verlängert.

Griechenland erlebt seit dem zweiten Halbjahr 1942 eine so stürmische Inflation, wie sie in Europa seit beinahe zwanzig Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Die statistischen und anderen Unterlagen sind zwar etwas lückenhaft, alle vorliegenden Angaben bestätigen aber die Heftigkeit der Kreditausweitung; die Aktien der Nationalbank zu 1.000 Drachmen wurden zu 2.000.000 Drachmen und darüber notiert, als die Athener Börse Mitte Dezember 1942 wiedereröffnet wurde, und der Kurs für das „Goldpfund" an der schwarzen Börse schwankte zwischen 170.000 und 600.000 Drachmen (dem Höchstkurs im Oktober 1942) bei einer Parität für das Pfund Sterling von 600 Drachmen.

Der Notenumlauf der Bank von Griechenland, der im Dezember 1938 nur 7 Milliarden Drachmen betragen hatte, stieg auf mehr als 300 Milliarden im Dezember 1942 und weiter auf mehr als 1,2 Billionen Drachmen im September 1943.

Bank von Griechenland

Monatsende	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva			
	Gold und Devisen [1]	Vorschuß an den Staat	Forderungen an Deutschland und Italien [2]	Anlagen	Alle anderen Aktiva		Notenumlauf	Einlagen		
								Staat	Banken	andere [3]
	in Milliarden Drachmen									
1938 Dezember	3,9	9,8	—	0,5	4,6	18,7	7,2	0,5	1,0	8,1
1939 „	4,2	12,9	—	0,4	5,9	23,4	9,5	0,5	0,4	10,6
1940 „	11,9	16,5	—	0,4	7,8	36,6	15,4	1,1	0,4	15,2
1941 März[4]	20,9	15,7	—	0,5	6,1	43,2	18,1	1,7	0,6	17,7
Juni[5]	.	.	.	.	.	.	24,0	.	.	.
Dezember[6]	25,9	44,7	.	.	.	.	48,8	17,2	.	.
1942 Mai[5]	.	.	.	.	.	.	85,2	.	.	.
Juni[5]	.	.	.	.	.	.	100	.	.	.
Dezember[7]	25,9	105,7	198,4	13,8	.	.	306,0	.	22,3	17,8[8]
1943 März[7]	.	.	.	.	.	.	400	.	.	.
September[7]	.	.	.	.	.	.	1.276	.	.	.

Anmerkung: Der Krieg mit Italien begann im Oktober 1940, die Feindseligkeiten mit Deutschland im März 1941, und im April wurde Griechenland von deutschen und italienischen Streitkräften besetzt.

[1] Gesperrte Gold-, Pfund- und Dollarbestände im Ausland. Ende 1942 waren vorhanden 1 Million £ in Goldbarren und 2,4 Millionen £ in Goldmünzen (beides in den Vereinigten Staaten gesperrt), 43 Millionen £ in Pfund Sterling (aus Vorschüssen Großbritanniens von 1940/41 zur Deckung der Kriegsausgaben) und 14,5 Millionen $ Bankguthaben in den Vereinigten Staaten.

[2] Besatzungskosten und Verrechnungskonten. Auf Grund einer in Rom im Frühjahr 1942 unterzeichneten Vereinbarung wurde der griechische Staat nur mit einem Teil der Besatzungskosten belastet, darüber hinaus ausgegebene Beträge wurden auf das deutsch-italienische Verrechnungskonto übertragen; der griechische Staat mußte aber den überschießenden Betrag in Drachmen vorstrecken.

[3] Einschließlich der internationalen Finanzkommission (1938 6,1 Milliarden Drachmen, 1939 9 Milliarden, 1940 11,8 Milliarden und März 1941 12,1 Milliarden).

[4] 15. März 1941, letzter regelmäßiger Ausweis, der veröffentlicht worden ist.

[5] Vom Finanzminister im Juni 1942 genannte Notenumlaufsziffern.

[6] Aus der in der griechischen Presse veröffentlichten Jahresschlußbilanz.

[7] Nach Mitteilungen in der griechischen Presse. Die Hauptposten des Ausweises wurden für den 15. Dezember 1942 bekanntgegeben. Der Notenumlauf wurde für den 25. März 1943 mit „etwas über 400 Milliarden Drachmen" angegeben. Am 30. September 1943 bezifferte er sich auf 1.276 Milliarden Drachmen, gegenüber 1.135 Milliarden am 10. September, als die sonstigen Verbindlichkeiten mit 265 Milliarden Drachmen angegeben wurden.

[8] Umlauf von Bank-Schuldverschreibungen.

Durch die Besetzung wurde Griechenland von seinen gewöhnlichen ausländischen Zufuhren abgeschnitten, so daß bald Verknappungen, namentlich an Nahrungsmitteln entstanden. Gleichzeitig vermehrte sich der Geldumlauf, indem die deutsche Wehrmacht für rund 10 Millionen Reichsmark Reichskreditkassenscheine ausgab, die später von der Bank von Griechenland gegen ihre eigenen Noten umgetauscht wurden; ferner gaben die italienischen Behörden Noten der Mittelmeer-Bank aus. Die weitgehend aus Zöllen und Tabaksteuern herrührenden Staatseinkünfte sanken erheblich, da die Einfuhr aufhörte und die bedeutendsten Tabakgebiete Bulgarien angegliedert wurden. Im Juni 1942 erklärte der Finanzminister, daß die Staatsrechnung für das Finanzjahr 1941/42 ohne die Besatzungskosten mit 16,5 Milliarden Drachmen Einnahmen und 30,3 Milliarden Drachmen Ausgaben abgeschlossen hätte.

Es entwickelte sich eine heftige Wirtschaftskrise, von der namentlich der Lebensmittelmarkt betroffen wurde, und die Ausfuhr nach Deutschland kam zum Erliegen. Die griechische Regierung mußte Notmaßnahmen ergreifen, und die deutschen und italienischen Behörden setzten im Oktober 1942 besondere Sachverständige ein. Ein ausführlicher Bericht über das eingeschlagene Verfahren ist nicht veröffentlicht worden, es wurde aber gemeldet, daß folgende Maßnahmen, im allgemeinen seit November 1942, ergriffen wurden:

a) Besondere Nahrungsmitteleinfuhren fanden statt, wobei die Einrichtungen des Roten Kreuzes eine wichtige Rolle spielten.
b) Die Zwangsablieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der inländischen Ernte des Jahres 1942 wurden zu 25 v. H. in bar und zu 75 v. H. in Ende März 1943 fälligen Schatzwechseln bezahlt.
c) Die Steuersätze wurden der inneren Entwertung der Währung entsprechend bedeutend erhöht, und 60 v. H. der im Rechnungsjahr 1943/44 fälligen Steuern mußten schon 1942/43 im voraus bezahlt werden.
d) Andere Staatseinkünfte wurden durch besondere Maßnahmen gesteigert: insbesondere mußten alle Aktiengesellschaften ihr Kapital bis zum 15. März 1943 um 20 v. H. (Banken nur um 10 v. H.) erhöhen und eine entsprechende Neubewertung ihrer Aktiva vornehmen; die Erlöse mußten ohne Gegenleistung an den Staat abgeführt oder die neuen Aktien unmittelbar an den Staat ausgegeben werden. Diese Maßnahme wurde in doppelter Beziehung als vorteilhaft angesehen, weil sie einerseits auf die Aktienkurse drückte und die Aktionäre (als Besitzer von Sachwerten) indirekt besteuerte, andererseits dem Staate Geldmittel verschaffte.
e) Die staatlichen Gehälter und Löhne wurden heraufgesetzt, um sie mit den jeweiligen Preisen besser in Einklang zu bringen.
f) Alle bis zum 14. November 1942 nicht in Anspruch genommenen Bankkredite wurden gestrichen, und die Einräumung neuer Kredite im Betrage von mehr als 1 Million Drachmen an Privatpersonen oder mehr als 10 Millionen Drachmen an Gesellschaften durch die Handelsbanken wurde der Aufsicht eines Sonderausschusses der Bank von Griechenland unterstellt (dem auch deutsche und italienische Sachverständige angehören).
g) Der Höchstbetrag für die Abhebung von Bankeinlagen, der bereits von 30.000 auf 50.000 Drachmen heraufgesetzt war, wurde mit Wirkung vom 16. November 1942 weiter auf wöchentlich 100.000 Drachmen erhöht; vorher war das Moratorium vielfach durch ein System des Barzahlungsrabatts umgangen worden, der zeitweise nahezu 20 v. H. betrug. Die Ausstellung von Überbringerschecks und ihre Weitergabe durch Indossament wurden zugelassen (was vorher nicht der Fall war). Ferner durften mit Wirkung vom 19. Dezember 1942 neue „freie" Konten ohne Abhebungsbeschränkung eröffnet werden, wobei die Einzahlungen ausschließlich in Banknoten erfolgen müssen.
h) Die Einlage von Geldern bei den Sparkassen wurde gefördert, indem die obere Grenze für die einzelnen Sparkonten bei der Postsparkasse im Januar 1943 auf 300.000 Drachmen erhöht wurde.
i) Alle Banken wurden verpflichtet, eine „Reserve" in Staatspapieren zu halten, und zwar in Höhe von 25 v. H. gegen Spareinlagen und Einlagen ohne festen Fälligkeitstermin und von 50 v. H. gegen Festeinlagen.

Außerdem wurden, wie auf Seite 70 erwähnt, zur Wahrnehmung der deutschen und der italienischen Interessen zwei Monopolgesellschaften gegründet, die „Degriges" und die „Sacig". Bereits früher war die Einfuhr mit einer Sondersteuer von 100 v. H. des Preises belegt worden, um dem Staat Mittel zu verschaffen und die übermäßigen Gewinne der Einfuhrfirmen zu kürzen. Diese Steuer wurde auf ein Mehrfaches ihres früheren Maßes erhöht und war jetzt an die Monopolgesellschaften zu entrichten; sie wurde teils zur Subventionierung der Ausfuhr nach Deutschland und Italien, teils zur Deckung

der Besatzungskosten verwendet. Die Ein- und Ausfuhrpreise sowie die Verwendung der Einfuhrgüter wurden der Überwachung durch die Monopolgesellschaften unterstellt.

Der amtliche Kurs der Reichsmark von 60 Drachmen wurde, obwohl seit der Zeit seiner Festsetzung in Griechenland die Aktienkurse auf das Zehnfache und die Warenpreise auf das Hundertfache und mehr gestiegen waren, nicht geändert in der Erwägung, daß eine Anpassung an die Kaufkraftparität dem Inflationsprozeß neue Nahrung geben würde. Tatsächlich bestand das Verfahren der Degriges in einer überwiegend mengenmäßigen Vermittlung von Geschäften, wobei Ausfuhrmengen gegen Einfuhrmengen gehandelt wurden, so daß der Wechselkurs hierbei eine untergeordnete Rolle spielte, und bei Kapitalübertragungen von Griechenland nach Deutschland war ein Zuschlag von verschiedener Höhe, im allgemeinen 540 Drachmen je Reichsmark, an die deutschen Militärbehörden zu zahlen, so daß sich ein effektiver Kurs von 600 Drachmen = 1 Reichsmark ergab. Ein griechischer Börsenfachmann[1] erklärte Anfang 1943, daß der in der Bilanz der Bank von Griechenland ausgewiesene Gold-, Pfund- und Dollarbestand im Werte von 26 Milliarden Drachmen die Notenausgabe voll decken würde, wenn er nach dem Kriege zu dem neuen Stand der Drachme neu bewertet würde; für das „Goldpfund" wurde ein Kurs von 20.000 Drachmen, das Sechzehnfache des Kurses vom April 1941, vorgeschlagen.

Als Folge der Notmaßnahmen ist nach deutschen Quellen in den ersten Monaten des Jahres 1943 eine gewisse vorläufige Stabilisierung der inneren Lage Griechenlands eingetreten. Die Ausfuhr nach Deutschland war wieder in Gang gekommen; in drei Monaten hatte die „Degriges" Genehmigungen zur Einfuhr von Waren aus Griechenland im Gegenwert von 120 Millionen Reichsmark erhalten. Die Bankkredite waren abgebaut worden und die Notierungen für Gold, Devisen und Wertpapiere erheblich zurückgegangen. Im Februar 1943 gab der Finanzminister aber bekannt, daß die Haushaltsausgaben ohne Besatzungskosten einem Jahresbetrag von 250 Milliarden Drachmen entsprächen, wovon 170 Milliarden auf Gehälter und Pensionen entfielen, und da in den folgenden Monaten weitere Gehaltserhöhungen vorgenommen wurden, sind diese Ziffern noch höher gestiegen. Auch nahm der Notenumlauf noch mit unverminderter Geschwindigkeit zu; der Steigerung um 200 Milliarden Drachmen im zweiten Halbjahr 1942 folgte in den ersten drei Monaten 1943 eine weitere Erhöhung um 100 Milliarden.

In den folgenden sechs Monaten beschleunigte sich die Ausweitung wieder, und die Zunahme der Notenausgabe betrug mehr als 800 Milliarden Drachmen, so daß sich der Notenumlauf in dem halben Jahr bis September 1943 verdreifachte. Weitere Notmaßnahmen wurden ergriffen, u. a. übernahm der Staat die Hälfte des Wertpapierbesitzes der Banken und setzte bei allen Banken und Aktiengesellschaften Regierungskommissare zur Überwachung der Geschäfte ein. Im Oktober 1943 erklärte der schon erwähnte griechische

[1] Philaretos in einem Aufsatz in der Athener Presse, der in der „Deutschen Volkswirtschaft" 1943, Nr. 18, und im „Südost-Echo" vom 12. Februar 1943 angeführt wurde.

Sachverständige[1], daß die Notenausgabe noch voll durch Gold, Pfund Sterling und Dollar gedeckt wäre, wenn der Wechselkurs für das „Goldpfund" statt des damaligen Marktkurses von 400.000 Drachmen nur 100.000 Drachmen betragen würde.[2]

Verglichen mit der Lage in den kriegführenden Staaten und den besetzten Gebieten in Europa bilden die Verhältnisse in den drei neutralen Ländern Schweiz, Schweden und Portugal einen eindrucksvollen Gegensatz; die Schweiz und Schweden waren zwar durch bedeutende Wehrausgaben belastet, die aber ohne oder fast ohne die Hilfe der Zentralbanken im Inland finanziert wurden, wobei die verhältnismäßig geringfügige Zunahme des Notenumlaufs in *diesen beiden Ländern und seine beträchtlichere Erhöhung in Portugal zum* großen Teil gegen Gold erfolgten. Keine der drei Zentralbanken hat direkte Vorschüsse zur Finanzierung des Verrechnungsverkehrs gegeben.

Die Zentralbanken der Schweiz, Schwedens und Portugals

Um das Monatsende	Schweiz			Schweden				Portugal			
	Gold und Devisen	Notenumlauf	Gesamte Einlagen [1]	Gold und Devisen [2]	Notenumlauf	Einlagen		Gold und Devisen (netto)	Notenumlauf	Einlagen	
						Staat [3]	Banken			Staat	Banken
	Millionen Franken			Millionen Kronen				Millionen Escudo			
1939 Dezember .	2.623	2.050	769	1.314	1.422	267	153	1.621	2.550	161	603
1940 „ .	3.170	2.273	1.178	1.214	1.482	380	324	2.561	2.903	247	851
1941 „ .	3.558	2.337	1.236	1.496	1.700	297	417	6.069	4.488	325	2.433
1942 März	3.577	2.238	1.467	1.585	1.649	406	631	7.439	4.475	1.126	2.992
Juni	3.594	2.246	1.477	1.622	1.705	375	544	8.267	4.614	1.141	3.567
September .	3.572	2.340	1.303	1.675	1.832	661	266	9.452	4.944	1.572	3.949
Dezember .	3.628	2.637	1.290	1.736	2.016	744	161	10.598	5.481	1.933	4.189
1943 März	3.738	2.579	1.308	1.789	1.931	653	223	11.358	5.440	2.472	4.441
Juni	3.812	2.642	1.351	1.865	1.969	563	173	11.925	5.679	2.731	4.532
September .	*3.930*	*2.905*	*1.455*	*1.931*	*2.133*	*361*	*307*	*12.598*	*6.128*	*2.337*	*4.977*
Zunahme von Dez. 1939 bis Dez. 1942	1.005	587	501	422	594	477	8	8.977	2.931	1.772	3.586

[1] Gesamtbetrag der Sichtverbindlichkeiten. Die verhältnismäßig geringen Einlagen des Staates erscheinen nur in den Jahresbilanzen; sie beliefen sich Ende der Jahre 1939–42 auf 11, 7, 195 und 14 Millionen SFr.

[2] Gold zum Tageswert (Buchwert und Berichtigungskonto) sowie Nettodevisenbestand (zum Buchwert). Abweichungen von den entsprechenden Zahlen in Kapitel III beruhen darauf, daß dort auch die Devisen zum Tageswert angegeben sind (nach einer nur einmal im Jahre für Dezember veröffentlichten Berechnung).

[3] Einlagen staatlicher Anstalten, nahezu ausgeglichen durch einen Aktivposten „Kredite an die Reichsschuldenverwaltung" (675 Millionen Kr Ende Dezember 1942).

In der Schweiz begannen die außerordentlichen Wehrausgaben 1934 und erreichten in den neun Jahren bis 1942 einen Betrag von 4.160 Millionen Franken, von denen etwa zwei Drittel Mobilisierungsausgaben darstellten; 260 Millionen Franken entfielen auf die Vorkriegszeit und 3,9 Milliarden auf die Kriegsjahre 1939–42. Der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts war mit insgesamt rund 200 Millionen Franken in den Jahren 1939–42 verhältnismäßig geringfügig; außerhalb des Staatshaushalts wurden aber 1941–43 amtliche

[1] Nach dem „Südost-Echo" vom 5. November 1943.

[2] Im November 1943 schwankte der Kurs des „Goldpfundes" zwischen 800.000 und 1,9 Millionen Drachmen.

Kredite in Höhe von 800 Millionen Franken an Deutschland zur Deckung von passiven Clearingsalden gewährt. Für 1943 wurden die außerordentlichen Haushaltsausgaben auf nahezu 1,5 Milliarden Franken veranschlagt.

In den Jahren 1939–42 wurden etwa 940 Millionen Franken durch außerordentliche Steuern aufgebracht, davon über die Hälfte durch eine als „Wehropfer" bezeichnete Vermögensteuer; 1940 wurden 250 Millionen dem Währungsausgleichsfonds der Nationalbank entnommen, was einer Ausweitung des Zentralbankkredits gleichkam; der Rest wurde im Kreditwege beschafft, und zwar fast 1,7 Milliarden Franken langfristig, im allgemeinen zu 3½ v. H., mehr als 800 Millionen durch 5- bis 7jährige Schatzanweisungen und etwa 800 Millionen durch 1- bis 5jährige Schatzwechsel. Abgesehen von der Entnahme von 250 Millionen Franken aus dem Währungsausgleichsfonds war die unmittelbare Beanspruchung der Nationalbank gering und nur vorübergehend. Auch die Kreditausweitung bei den Schweizer Handelsbanken war unbedeutend, wie die Einlagenziffern der Großbanken zeigen.

Einlagen der Handelsbanken in der Schweiz, in Schweden und Portugal[1]

Jahresende	Schweiz[2]	Schweden	Portugal
	Millionen Einheiten der Landeswährung		
1939	3.015	4.401	2.117
1940	3.095	4.321	2.758
1941	3.162	4.879	4.261
1942	3.344	5.157	5.771
Zunahme in v. H. 1939–42	11	17	173

[1] Sämtliche Einlagen bei Handelsbanken einschließlich der Spareinlagen.
[2] Einschließlich der Kassenobligationen und Kassenscheine.

In Schweden stiegen die Ausgaben im ordentlichen Haushalt zusammen mit den Nettoausgaben im Kapitalhaushalt von 2,8 Milliarden Kronen in dem (im Juni endenden) Rechnungsjahr 1939/40 auf 4 Milliarden Kronen für 1941/42; hiervon war etwa die Hälfte für militärische Zwecke bestimmt. (Die Ausgabenvoranschläge für 1942/43 und für 1943/44 umfaßten jeder etwas mehr als 4 Milliarden Kronen, wovon mehr als die Hälfte auf die Landesverteidigung entfiel.)

Die Gesamtausgaben in den drei Jahren 1939/40 bis 1941/42 betrugen 10,7 Milliarden Kronen, davon wurden 6,2 Milliarden durch die ordentlichen Einnahmen und 4,5 Milliarden auf andere Weise aufgebracht. Die öffentliche Schuld erhöhte sich um 4,3 auf 6,9 Milliarden Kronen; von den neu aufgenommenen Schulden waren 3 Milliarden konsolidiert und 1,3 Milliarden schwebend. Etwa 1 Milliarde Kronen der langfristigen Schuld wurden 1941/42 durch zwei Verteidigungsanleihen, eine 3½prozentige und eine 3prozentige, aufgebracht. Von der schwebenden Schuld entfielen im Juni 1942 nur 300 Millionen Kronen auf Schatzwechsel, während mehr als 1 Milliarde der Zentralbank geschuldet wurde; die Schwedische Reichsbank besaß etwa 600 Millionen Kronen Staatspapiere, die sie für abgelieferte Auslandswerte erhalten hatte, die vom Staat für Einkäufe im Ausland verwendet worden waren, und 380 Millionen Kronen waren der Reichsschuldenverwaltung zur Verfügung gestellt als Gegenposten von eingezahlten Geldern staatlicher Anstalten. Die Schwedische Reichsbank hat also, wenn sie auch für unmittelbare Kredite an den Staat zur Deckung des inländischen Haushaltsbedarfs nicht in Anspruch genommen

wurde, doch in gewissem Umfang Staatsschuldverschreibungen an Stelle von Auslandsguthaben erhalten und eine versteifende Wirkung auf den Geldmarkt durch Ansammlung öffentlicher Gelder ausgeglichen.

In einigen anderen Ländern — das Beispiel Dänemarks wurde schon dargestellt — wird die Anlegung staatlicher Guthaben bei der Zentralbank in der ausdrücklichen Absicht der Abschöpfung von Geldern vom Markt vorgenommen. Etwas Derartiges war 1942 auch in Portugal der Fall, wo Notenumlauf und Bankeinlagen weit stärker als in der Schweiz und in Schweden zugenommen haben. Obwohl der Gesamthaushalt Portugals für 1942 mit etwa 3 Milliarden Escudo ausgeglichen war, wovon fast ein Drittel für Wehrausgaben bestimmt war, begab die Regierung zwei Konsolidierungsanleihen zu 3½ und 3 v. H. sowie 2½prozentige Schatzanweisungen im Gesamtbetrage von 1,4 Milliarden Escudo, deren Erlös dem Konto des Schatzamtes bei der Bank von Portugal gutgeschrieben wurde; hierdurch wurde ein Teil der Gelder, die infolge des verstärkten Devisenzuflusses während des Jahres auf den Markt gekommen waren, abgeschöpft.

Die Abschöpfungsmaßnahmen in Portugal scheinen sich hauptsächlich auf den Notenumlauf ausgewirkt zu haben, der 1942 weniger stark zunahm als 1941, während in der Schweiz und in Schweden seine Ausweitung größer war als im vorhergehenden Jahr. Andererseits nahmen bei den Handelsbanken in Portugal sowohl die Einlagen wie die Kassenreserven 1942 stärker zu als je zuvor, wogegen in der Schweiz keine nennenswerte Veränderung eingetreten ist und in Schweden die Kassenreserven der Banken infolge der Übernahme von Schatzwechseln sich erheblich verringerten.

Der Banksatz blieb in der Schweiz seit November 1936 unverändert 1½ v. H. und in Schweden seit Mai 1941 ebenfalls unverändert 3 v. H. und auch die anderen Marktsätze zeigten die Tendenz, sich auf einem niedrigeren Stande zu stabilisieren. In Portugal indessen hielt die zunehmende Verflüssigung des Marktes und die Abwärtsbewegung der Sätze weiter an; nachdem der Banksatz seit 1936 bei 4½ v. H. gehalten worden war, wurde er im März 1941 auf 4 v. H., im September 1942 auf 3½ v. H. und im April 1943 weiter auf 3 v. H. ermäßigt.

Die Bank von Spanien war während des Bürgerkrieges von 1936–39 in zwei Teile gespalten, von denen der eine von der sogenannten republikanischen und der andere von der Nationalregierung beherrscht wurde. Schon bei Beendigung der Feindseligkeiten wurden verschiedene Maßnahmen zur Ordnung des Geld- und Bankwesens ergriffen, aber erst am 13. März 1942 erhielt die Bank von Spanien die gesetzlichen Grundlagen zur formalen Bereinigung ihrer Konten. Die nachfolgende Tabelle enthält eine vereinfachte Übersicht der in der Bilanz vom 31. Dezember 1941 vorgenommenen Berichtigungen. Während die Vorschüsse an die Nationalregierung (7,6 Milliarden Peseten während des Bürgerkrieges zuzüglich 2,5 Milliarden in den folgenden sechs Monaten) und die auf ihrer Grundlage ausgegebenen Noten zum vollen Wert weitergeführt wurden, sind die Vorschüsse an die frühere republikanische Regierung abgeschrieben und der auf sie gegründete Notenumlauf sowie die „roten" Konten

Bilanzbereinigung der Bank von Spanien
am 31. Dezember 1941

Bilanzposten	Ursprüngliche Ziffern	Abschreibung (netto)	Berichtigte Ziffern
	in Millionen Peseten		
Aktiva:			
Gold [1]	3.679	3.162	517
Vorschüsse an die			
Nationalregierung [2]	10.170	—	10.170
republikanische Regierung	23.158	22.740	418
Alle anderen Aktiva	8.663	1.045	8.617
Zusammen	46.670	26.947	19.722
Besondere Staatsschuldverschreibung (Gesetz vom 13. März 1942)	—	—	4.438
Zusammen	46.670	26.947	24.160
Passiva:			
Notenausgabe der			
Nationalregierung	13.536	—	13.536
republikanischen Regierung [3]	12.755	13.991	(—1.236)
Private Konten:			
Nationalregierung	5.513	—	5.513
bei Zweiganstalten	11.512	7.443	4.069
Alle anderen Passiva	3.354	1.075	2.278
Zusammen	46.670	22.509	24.160

[1] Der Goldbestand war von 3.494 Millionen auf 185 Millionen Peseten gesunken; durch die Neubewertung erhöhte sich dieser Restbestand um 332 Millionen auf die oben angegebene Summe von 517 Millionen Peseten.
Davon 70 Millionen Peseten Schatzwechsel.
[3] Durch neuere Ermittelungen nach dem 31. Dezember 1941 erhöhte sich der Notenumlauf für Rechnung der republikanischen Regierung noch um 1.236 Millionen Peseten.

nicht anerkannt worden. Weitere Berichtigungen betrafen den Goldbestand, der von der republikanischen Regierung verbraucht worden war (der geringe Restbestand wurde neu bewertet), und einige weniger bedeutende Posten des Ausweises. Durch die Bereinigung ist die Bilanzsumme etwa auf die Hälfte zusammengeschmolzen; die Passiva gingen von 46,7 auf 24,2 Milliarden Peseten und die Aktiva von 46,7 auf 19,7 Milliarden Peseten zurück; der so entstandene Fehlbetrag von 4,4 Milliarden Peseten wurde durch eine der Bank übergebene besondere Schuldverschreibung des Staates ausgeglichen (die aus dem Anteil der Regierung am Gewinn der Bank allmählich getilgt werden soll).

Im November 1942 wurde der in Madrid abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre der Bank von Spanien ein Bericht über ihre Geschäftstätigkeit

Bank von Spanien

Monatsende	Aktiva						Bilanzsumme	Passiva			
	Reserven		Private Kredite	Schulden des Staates				Notenumlauf	Einlagen		
	Gold [1]	Silber	[2]	Vorschuß an das Schatzamt [3]	besondere Schuldverschreibung	sonstige Posten des Schatzamtes	[4]	[5]	des Staates [5]	private: freie	private: „deblokkierte" [6]
	in Millionen Peseten										
1935 Dezember	2.536	688	4.887	—	—	717	12.792	4.837	283	1.323	—
1941 „	487	616	2.854	10.170	4.438	441	23.085	13.536	1.650	3.653	2.498
1942 „	487	624	3.067	10.170	4.417	547	23.032	15.738	1.072	3.450	769
1943 Juni	749 [7]	626	3.350	10.170	4.417	622	22.741	15.192	3.250	2.762	738
September	927 [7]	626	3.074	10.170	4.417	1.088	23.026	15.610	3.114	2.737	733

[1] Darunter Gold und Devisen bei Korrespondenten. [2] Diskontierungen, Vorschüsse und Kontokorrentkredite.
[3] Darunter 70 Millionen Peseten Schatzwechsel. [4] Einschließlich anderer, hier nicht besonders aufgeführter Posten.
[5] Seit Dezember 1941 nur für die Nationalregierung.
[6] Diese „deblockierten" Guthaben können zum Ankauf von Staatspapieren verwendet werden.
[7] Darunter auch Gold vom Instituto de Moneda Extranjera: 252 Millionen Peseten im Juni und 430 Millionen Peseten im September 1943.

von 1936 bis 1941 vorgelegt und die Bilanz für den 31. Dezember 1941 veröffentlicht, die erste seit 1935; später wurden auch die Bilanzen für Dezember 1942 sowie für Juni und September 1943 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Dadurch, daß die für Rechnung der früheren republikanischen Regierung ausgegebenen Noten für nichtig erklärt wurden, war die tatsächliche Notenausgabe im September 1943 nur etwas mehr als dreimal so hoch wie Ende 1935, was im Vergleich mit der Notenvermehrung in anderen Ländern während der gleichen Zeitspanne nicht ungünstig ist. Der Goldverlust war größer, als er erscheint, da das Gold 1935 zur Parität bewertet war; der Zugang in den ersten drei Vierteljahren 1943 erklärt sich hauptsächlich aus der Übernahme von Gold vom Deviseninstitut. Im September 1943 bestanden zwei Drittel der Aktiva aus Staatsschulden in der einen oder anderen Form, es waren aber auch Anzeichen einer allmählichen Zunahme der Kreditgewährung an die private Wirtschaft in Spanien vorhanden. Am 1. Januar 1943 wurde das allgemeine Moratorium, das seit August 1938 für alle vor oder in dem Bürgerkrieg eingegangenen Schulden galt, aufgehoben.

In der Türkei wurde gegen Ende 1942 eine sehr interessante und bedeutsame Maßnahme getroffen, indem die außergewöhnlichen Kriegsgewinne mit einer Pauschalsteuer belegt wurden, die durch ihre Art und Höhe sowie die Form ihrer Erhebung die Eigenschaften einer Vermögensabgabe einer besonderen Bevölkerungsschicht erhielt.

Das Gesetz vom 11. November 1942 verfolgte anscheinend die Absicht, Personen und Firmen zu besteuern, die durch die besonderen Umstände des Krieges, durch Geschäfte am schwarzen Markt oder durch Spekulation ungebührliche Gewinne erzielt hatten, welche aus technischen oder anderen Gründen durch die normale Besteuerung nicht erfaßt wurden; theoretisch waren alle Personen und Firmen steuerpflichtig, die Vermögen besaßen oder Einkommensteuer zahlten. Es wurde erwartet, daß die Abgabe nicht nur der Staatskasse Mittel zuführen, sondern auch die Spekulation eindämmen, die Preise senken sowie gehamsterte oder sonst verborgene Warenvorräte auf den Markt bringen würde.

Das Gesetz enthielt keinen Steuertarif, sondern es setzte lediglich obere und untere Grenzen für die Zahlungen bestimmter Gruppen von Steuerpflichtigen fest. Die tatsächliche Erhebung der Steuer wurde einer besonderen Kommission und örtlichen Ausschüssen übertragen, die in jedem Wilajet aus Vertretern des Finanzministeriums, der Handelskammer und der örtlichen Behörden gebildet wurden. Die Kommission hatte sehr weitgehende Einschätzungsbefugnisse; sie entschied nämlich, wer die Steuer zu zahlen hatte und welcher Betrag in jedem einzelnen Falle zu entrichten war. Die Steuerzahler hatten keine Vordrucke auszufüllen, sondern erhielten lediglich einen Steuerbescheid über einen bestimmten Betrag, und gegen die Einschätzung der Kommission gab es kein Einspruchsrecht.

Außerdem wurde ein allgemeines Ausreiseverbot erlassen, die Bankkonten wurden gesperrt, und innerhalb von zwei Wochen mußte volle Zahlung geleistet werden. Später wurde die Frist um zwei weitere Wochen (im ganzen also auf einen Kalendermonat) verlängert gegen Zahlung eines Zuschlags von 1 v. H. für die erste und von 2 v. H. für die zweite Woche (der Zuschlag entsprach also einem Jahressatz von durchschnittlich 78 v. H.). Während der Einziehung wurde ferner bekanntgegeben, daß Steuerpflichtige, die 20 v. H. des Gesamtbetrags auf einmal in bar zahlten, für die restlichen 80 v. H. Bankkredite gegen besondere Sicherheitsleistung und monatliche Zahlung von 1½ v. H. Zinsen (d. h. von 18 v. H. im Jahre) aufnehmen könnten. Diese Kredite wurden jedoch nur gegen einige besonders bezeichnete Vermögenswerte, wie Grundbesitz, Schiffe, Staatsschuldverschreibungen und solche Waren gewährt, an denen der Staat interessiert war (z. B. Baumwolle, Häute, Mineralien und landwirtschaftliche Erzeugnisse). Trotz der harten Bedingungen hätte wahrscheinlich ein großer Teil der Steuer ohne diese Kredite nicht bezahlt werden können; die Warenbevorschussung war einige Wochen vorher als Maßnahme im Kampf gegen die Inflation verboten worden. Eine weitere Zahlungsfrist von einem Monat wurde solchen Personen bewilligt, die für den vollen Betrag Staatspapiere hinterlegten oder eine Bankbürgschaft stellten. Veranlagte Personen, die nicht innerhalb der festgesetzten Frist zahlten, konnten zur Zwangsarbeit in Ost-Anatolien herangezogen, und ihr Eigentum und das ihrer Familie konnte eingezogen werden. Nachstehend sind die wichtigsten Punkte der Entwicklung in zeitlicher Folge zusammengestellt:

1942	11. November	Annahme des Gesetzes über die Vermögensabgabe.
	12. „	Inkrafttreten des Gesetzes.
	16. „	Sperrung der Bankguthaben.
	17. Dezember	Veröffentlichung der Liste der Steuerpflichtigen und der Steuereinschätzungen; Eintritt der Fälligkeit der Steuer.
1943	1. Januar	Fristablauf für die zinslose Zahlung.
	18. „	Fristablauf für die Zahlung mit Zinsen.
	20. „	Ablauf der Verzugsfrist für sämtliche Zahlungen.

Der Ertrag der Abgabe wurde ursprünglich auf rund 500 Millionen türkische Pfund, später aber nur auf 422 Millionen veranschlagt. Istanbul wurde mit 344 Millionen und die übrige Türkei mit 78 Millionen veranlagt; infolge von Zahlungseinstellungen, Geschäftsschließungen und aus anderen Gründen wurden aber etwa 40–50 Millionen Pfund der für Istanbul veranlagten Beträge gestrichen. Die endgültigen Veranlagungen betrugen demnach für Istanbul etwa 300 Millionen Pfund und für die gesamte Türkei rund 380 Millionen. (Später wurden noch einige weitere Steuerbescheide zugestellt, deren Beträge aber anscheinend verhältnismäßig gering waren und das Ergebnis wohl nicht wesentlich ändern dürften.) Die gesamte Einschätzung für die Vermögensabgabe entsprach ungefähr den Haushaltseinnahmen des laufenden Jahres aus der regelmäßigen Besteuerung oder der Hälfte des bedeutend erhöhten Notenumlaufs Ende 1942.

Die tatsächlich eingegangenen Steuerzahlungen wurden zu verschiedenen Zeitpunkten veröffentlicht. Bis zum 1. Januar 1943 (d. h. innerhalb der Frist für die zinslose Zahlung) waren in Istanbul weniger als ein Fünftel, in der übrigen Türkei

Die Zahlung der türkischen Vermögensabgabe

Eingegangene Zahlungen bis	Istanbul	Übrige Türkei	Zusammen
	in Millionen türkische Pfund		
1943 1. Januar . . .	58	52	110
25. Februar. . .	123	57	180
15. März	135	60	195
30. Juni	190	65	255
	in v. H. der Einschätzung		
1943 1. Januar . . .	*19*	*67*	*29*
25. Februar. . .	*41*	*73*	*47*
15. März	*45*	*77*	*51*
30. Juni	*63*	*83*	*67*

aber zwei Drittel der veranlagten Beträge entrichtet. In den folgenden Monaten wurden aber große Beträge vereinnahmt, und Ende Juni 1943 waren auch in Istanbul fast zwei Drittel des veranlagten Betrages bezahlt.

Die währungspolitischen Wirkungen der Vermögensabgabe lassen sich nicht vollständig aufzeigen, da keine Ausweise der Handelsbanken zur Verfügung stehen, die nachstehende Übersicht läßt aber den Niederschlag der Entwicklung in dem Ausweis der Zentralbank erkennen.

Türkische Zentralbank

Gegen Monatsende	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva			
	Gold [1]	Verrechnungskonto	Kredite an den Staat: gegen Schatzwechsel	Kredite an den Staat: gegen Gold [2]	Handelswechsel	[3]	Notenausgabe (netto) [4]	Pfundeinlagen	Golddeckung für Staatskredit [2]	Verrechnungskonto
	in Millionen türkische Pfund									
1939 Dezember . .	36	11	141	—	217	499	281	30	—	47
1940 „ . .	108	27	139	115	264	745	404	78	78	32
1941 „ . .	110	57	137	168	299	861	512	78	78	22
1942 März	124	73	137	168	339	926	559	98	78	29
Juni	136	62	135	250	327	1.000	591	118	78	27
September . .	138	48	134	250	367	1.038	647	93	78	27
Dezember . .	142	58	134	250	487	1.178	734	144	78	23
1943 März	179	67	134	250	455	1.192	717	182	78	25
Juni	196	63	132	250	410	1.151	734	147	78	22
September . .	201	70	132	250	430	1.177	741	143	78	36

[1] Einschließlich des im Ausland befindlichen Goldes. Eine Verbindlichkeit in Höhe von 1 Million türkische Pfund für ein Golddepot wurde abgezogen.
[2] Neues Konto für Kredite an den Staat gegen hinterlegtes Gold, eröffnet im Juli 1940 auf Grund des Gesetzes Nr. 3850. [3] Einschließlich einiger hier nicht einzeln angeführter Posten.
[4] Netto, d. h. unter Abzug eines geringen Betrags von Noten im Besitz der Bank.

Die Zunahme des Notenumlaufs, die im Durchschnitt des Jahres 1941 monatlich 9 Millionen Pfund und des ersten Halbjahres 1942 monatlich 13 Millionen betrug, hat sich in den drei Monaten bis September 1942 weiter auf 19 Millionen Pfund im Monat beschleunigt (ein Teil der Zunahme war wohl schon auf die Gerüchte über die bevorstehende Steuer zurückzuführen). Zunächst bewirkte die Vermögensabgabe eine Verstärkung dieser Bewegung — in den drei Monaten bis Dezember betrug die Vermehrung 29 Millionen Pfund monatlich. Im Januar 1943 trat indessen ein Rückgang um 44 Millionen ein, während die Einlagen bei der Bank im Zusammenhang mit der Einziehung der Steuer durch den Staat (dessen Konto nicht gesondert ausgewiesen wird)

anstiegen. Bis Juni 1943 war der Notenumlauf indessen wieder auf den Stand vom Dezember 1942 zurückgegangen, während in den drei Monaten bis September 1943 wieder eine geringe Zunahme eintrat.

Die wichtigste Veränderung bei den Aktivposten der Zentralbank war die Zunahme der diskontierten Wechsel in den drei Monaten bis Ende Dezember 1942 um 120 Millionen Pfund, ein Zeichen für die Verknappung des Marktes infolge der Abgabe; im Juni 1943 war mehr als die Hälfte dieses Zentralbankkredits wieder zurückgezahlt. Das Anwachsen der Auslandsanlagen der Bank soll wenigstens zum Teil auf dem Widerruf von Einfuhrbestellungen durch Firmen beruhen, welche die Einziehung der Waren zur Entrichtung der Abgabe befürchteten.

Fiskalisch gesehen war die Steuer erfolgreich, indem sie innerhalb weniger Monate 255 Millionen Pfund erbrachte. Währungspolitisch wurde zwar keine Verminderung des Notenumlaufs erreicht, aber seine Zunahme verlangsamt, und die vorübergehende Ausweitung des Zentralbankkredits war nicht bedeutend. Die allgemeinwirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich schwer beurteilen: eine Einfuhrschrumpfung soll einige Verknappungen verursacht haben, und in den ersten Tagen nach der Einführung der Steuer trat eine Geschäftsstockung ein; einige Preise gingen wenigstens vorübergehend zurück, und die Spekulation (z. B. in Gold) wurde eingedämmt.

Ausländische Presseberichte schrieben der Durchführung der Vermögensabgabe noch andere als rein finanz- und währungspolitische Beweggründe zu und wiesen darauf hin, daß vier Fünftel des Gesamtbetrages in Istanbul mit seiner gemischten ausländischen Bevölkerung veranlagt wurden. Von rund 90.000 Steuerpflichtigen befanden sich 66.000 in Istanbul, und 4.000 sollen allein die Hälfte der gesamten Steuer entrichtet haben; da sich aber in der Türkei schätzungsweise vier Fünftel der Industrie und des Handels in nicht türkischen Händen befinden und weitgehend in Istanbul konzentriert sind, kann es nicht überraschen, daß ein erheblicher Teil der Steuer von Ausländern in der Stadt zu zahlen war, die noch immer den wirtschaftlichen Mittelpunkt der heutigen Türkei bildet.

In Großbritannien stiegen die Haushaltsausgaben von 4.780 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1941/42 auf 5.620 Millionen für 1942/43, d. h. um 18 v. H. gegenüber einer Zunahme um 24 v. H. im vorigen Rechnungsjahr; die Ausgaben für die „supply services", welche als Kriegsausgaben angesehen werden können, beliefen sich in beiden Rechnungsjahren gleicherweise auf 94 v. H. der gesamten Ausgaben. Die Leih- und Pacht-Hilfe der Vereinigten Staaten erscheint im britischen Haushalt nicht, wohl aber berücksichtigt dieser unter den Ausgaben die umgekehrte Leih- und Pacht-Hilfe an die Vereinigten Staaten und die „Gegenseitigkeitshilfe" an andere Mitgliedsstaaten der Vereinigten Nationen, wobei allerdings keine Einzelkonten für die verschiedenen Empfänger geführt wurden. Die Haushaltsausgaben enthalten ferner auch den Gegenposten der kanadischen Beitragsleistung von 225 Millionen Pfund für 1942/43 und die Auslagen zur Deckung der lokalen Kriegskosten

„von Tunis bis Birma" in Höhe von 400 bis 500 Millionen Pfund Sterling, da dieser Betrag, wie der Schatzkanzler im April 1943 erklärte, bei den beteiligten Ländern leihweise aufgenommen war. (Näheres über die Leih- und Pacht-Hilfe und verwandte Fragen wurde in Kapitel IV ausgeführt.)

Die Finanzen Großbritanniens

Zeitraum	Haushalt (kassenmäßig)[1]								Kriegsschädengesetz	Nettokreditaufnahme
	Laufende Einnahmen				Ausgaben			Fehlbetrag		
	Steuern [2]	andere laufende Einnahmen [3]	Kriegsbeitrag Kanadas	insgesamt	für den Krieg [4]	sonstige	insgesamt		[5]	
	In Millionen Pfund Sterling									
1940 April–Juni	180	8	—	188	613	82	695	507	—	507
Juli–September	252	12	—	264	875	40	915	651	—	651
Oktober–Dezember	290	10	—	300	1,012	86	1.098	798	—	798
1941 Januar–März	637	20	—	656	1.137	22	1.159	503	—	503
1941 April–Juni	302	17	—	319	985	89	1.074	755	—	755
Juli–September	392	26	—	418	1.110	51	1.161	743	30	713
Oktober–Dezember	454	30	—	484	1.168	92	1.260	776	2	774
1942 Januar–März	814	38	—	853	1.238	42	1.280	427	(— 12)	439
1942 April–Juni	435	22	98	555	1.198	97	1.295	741	—	741
Juli–September	511	41	57	608	1.229	70	1.299	690	1	689
Oktober–Dezember	503	31	70	604	1.364	98	1.461	858	(— 1)	859
1943 Januar–März	1.034	20	—	1.053	1.505	63	1.568	514	—	514
1943 April–Juni	524	13	—	537	1.304	100	1.404	868	—	868
Juli–September	651	31	—	682	1.304	92	1.396	714	13	701
Rechnungsjahr										
1940/41	1.359	50	—	1.409	3.637	230	3.867	2.458	—	2.458
1941/42	1.962	112	—	2.074	4.502	274	4.776	2.702	20	2.682
1942/43	2.483	113	225	2.820	5.296	327	5.623	2.803	—	2.804
Kalenderjahr										
1940	1.216	41	—	1.257	3.086	247	3.333	2.076	—	2.076
1941	1.784	93	—	1.877	4.401	254	4.654	2.777	32	2.745
1942	2.263	131	225	2.619	5.029	306	5.335	2.716	(— 12)	2.729

[1] Ohne die sich gegenseitig ausgleichenden Posten und die Leih- und Pacht-Hilfe der Vereinigten Staaten; die Ausgaben ohne die Tilgungen in Höhe von 17,0 Millionen £ für 1940/41, 12,2 Millionen £ für 1941/42 und 14,4 Millionen £ für 1942/43.

[2] Steuern, Zölle, Akzisen und Kraftfahrzeugsteuer.

[3] Verschiedene Einkünfte (aus den Gewinnen der Bank von England, dem Währungsausgleichsfonds usw.) sowie Nettoeinnahmen der Postverwaltung und verschiedene andere Einkünfte.

[4] Gesamte „supply services" (mit Ausnahme der Post).

[5] Netto-Überschuß der Beiträge oder Auszahlungen (—) auf Grund des Kriegsschädengesetzes. Obgleich diese Beiträge in ihrer Wirkung den Steuern sehr ähnlich sind, werden sie außerhalb des Haushalts verbucht; geleistete Zahlungen werden aber unter die Haushaltsausgaben aufgenommen, während gleichzeitig ein zu ihrer Deckung ausreichender Betrag von der Kriegsschädenrechnung auf die „vermischten Einnahmen" übernommen wird. In dieser Spalte sind nur die Nettobeträge angegeben; der Präsident des Kriegsschädenausschusses stellte im April 1943 fest, daß die bisher ausgezahlten Entschädigungen 100 Millionen £ überstiegen.

Die Steuereinnahmen stiegen von 1.962 Millionen Pfund im Jahre 1941/42 auf 2.483 Millionen für 1942/43, d. h. um 27 v. H. gegenüber 44 v. H. im Vorjahr. Zum erstenmal erbrachte die Einkommensteuer mehr als 1 Milliarde Pfund, wobei etwa 200 Millionen von 7 Millionen Lohnempfängern stammten, die der Steuer unterlagen. Eine bemerkenswerte Erscheinung der letzten Jahre ist der erhöhte Anteil der direkten Steuern, nämlich 62,5 v. H. des gesamten Steueraufkommens von 1942/43 gegen etwa 55,6 v. H. 1939/40.

Der Haushaltsvoranschlag für 1943/44 weist Gesamtausgaben von 5.760 Millionen Pfund und laufende Einnahmen von 2.910 Millionen auf, was

einen Fehlbetrag von 2.850 Millionen Pfund ergibt; die kanadische „gemeinschaftliche Hilfe" für 1943/44, welche für alle Mitglieder der Vereinigten Nationen bestimmt sein soll, ist in diesen Ziffern nicht enthalten. Da alle Möglichkeiten voll ausgenutzt sind, haben sowohl die Einnahmen wie die Ausgaben die Tendenz, ihr Anwachsen zu verlangsamen, doch scheint der Fehlbetrag mit ungefähr 2,8 Milliarden Pfund unverändert zu bleiben. Zwei Ausgabeposten verdienen besondere Erwähnung: die Zuschüsse zur Niedrighaltung der Lebenskosten stiegen von 70 Millionen 1940 auf 142 Millionen Pfund 1941, erreichten 150 Millionen 1942 und entwickelten sich 1943 entsprechend einem Jahresbetrag von 180 Millionen; die sozialen Ausgaben ohne die Arbeitslosenunterstützungen beliefen sich 1938 auf 160 Millionen und wurden für 1943 auf 220 Millionen Pfund veranschlagt.

Quellen
des britischen Staatskredits
September 1939 bis März 1943

	in v. H.
Langfristig:	
Kleine Sparanleihen	21
Langfristige Anleihen	34
Kurzfristig:	
Schatzwechsel	10
Einlagen beim Schatzamt	11
Steuergutscheine	5
Außerplanmäßige Mittel [1]	19
Insgesamt	100

[1] Einschließlich verschiedener anderer Quellen, wie Auslandskredite und zinslose Darlehen.

Die gesamte Kreditaufnahme im Kriege belief sich von September 1939 bis Ende März 1943 auf 8.667 Millionen Pfund und setzte sich — wie der Schatzkanzler in seiner Haushaltsrede mitteilte — folgendermaßen zusammen: 55 v. H. langfristige öffentliche Anleihen, 26 v. H. kurzfristige Staatskredite und 19 v. H. außerplanmäßige Mittel, direkte Auslandskredite und zinslose Darlehen.

Die Tabelle auf der folgenden Seite enthält eine Übersicht der staatlichen Kreditaufnahme nach den vom Schatzamt veröffentlichten Ausweisen.

Von den 1942/43 aufgenommenen Krediten entfielen 63 v. H. auf die langfristigen Schulden, während es 1941/42 74 v. H. waren. Bei den sogenannten Sparemissionen brachten 1942/43 die nationalen Sparzertifikate 204 Millionen Pfund, die 3prozentige Verteidigungsanleihe 111 Millionen und die 3prozentige Sparanleihe 457 Millionen Pfund ein; alle diese Papiere sind nicht börsengängig. Bei der zuweilen vorgenommenen Unterscheidung zwischen „kleinen" und „großen" Sparern umfaßt die erste Gruppe die nationalen Sparzertifikate, die Verteidigungsanleihe und das Anwachsen der Sparkonten, während die Sparanleihe zusammen mit anderen langfristigen Staatsanleihen zur zweiten Gruppe gehört. Bei den Emissionen am Markte wurden im Jahre 1942/43 durch die laufenden Ausgaben 2½prozentiger nationaler Kriegsanleihen 535 Millionen Pfund aufgebracht, während 122 Millionen Pfund 3prozentige Fundierungsanleihe 1959–69 und 124 Millionen 3prozentige nationale Verteidigungsanleihe 1954–58 direkt an die Staatsschuldenkommission zur Anlage von Sparkasseneinlagen abgegeben wurden.

Das britische Anleiheprogramm ist bemerkenswert wegen der großen Verschiedenheit der Papiere, die dem Kapitalgeber angeboten werden. Von Januar 1943 an wurde der Höchstbetrag an Sparzertifikaten, die der einzelne Kapitalgeber erwerben darf, von 500 auf 750 Pfund Nennwert heraufgesetzt, für den zusätzlichen Betrag von 250 Pfund konnten aber nur Zertifikate einer

Entwicklung der Staatsschuld Großbritanniens

Zeitraum	Lang- und mittelfristige Schulden				Kurzfristige Schulden					Gesamte Schuld
	Sparanleihen	Marktemissionen	„sonstige Schulden" [1]	Gesamtbetrag [2]	Kassenvorschüsse [3]	Schatzwechsel	Einlagen beim Schatzamt	Steuergutscheine	Gesamtbetrag [2]	[4]
	in Millionen Pfund Sterling									
1940 April–Juni	88	246	5	334	— 25	198	—	—	173	507
Juli–September	88	79	15	177	55	295	124	—	474	651
Oktober–Dezember	92	213	8	308	45	231	214	—	490	798
1941 Januar–März	182	129	7	315	36	60	92	—	187	503
1941 April–Juni	251	247	10	506	15	145	90	—	250	755
Juli–September	174	143	38	352	60	220	81	—	361	713
Oktober–Dezember	207	296	63	571	5	— 30	212	17	203	774
1942 Januar–März	355	204	8	563	— 57	74	—315	175	—124	439
1942 April–Juni	173	184	181	536	2	18	95	90	205	741
Juli–September	170	140	29	335	34	55	169	96	354	689
Oktober–Dezember	147	277	3	423	— 2	140	206	93	437	859
1943 Januar–März	262	179	3	473	60	6	3	— 27	41	514
1943 April–Juni	311	330	2	641	10	189	— 44	71	227	868
Juli–September	155	279	2	433	— 40	50	189	69	268	701
Rechnungsjahr										
1940/41	449	667	35	1.134	111	784	430	—	1.324	2.458
1941/42	987	891	119	1.992	23	409	67	192	690	2.682
1942/43	772	780	216	1.768	94	218	473	252	1.036	2.804
Kalenderjahr										
1940	339	638	28	985	71	682	338	—	1.091	2.076
1941	814	816	118	1.744	116	395	474	17	1.002	2.745
1942	845	805	222	1.857	— 23	286	155	453	871	2.729
Gesamte Schuld Ende März 1943	2.706	8.210	372	11.288	289	2.839	969	443	4.540	15.828[5]

[1] Einschließlich der auf Seite 150 angegebenen direkten Auslandskredite.
[2] Netto, d. h. ohne Tilgungsfonds und Amortisationen.
[3] „Ways and means advances"; diese werden teils von der Bank von England und teils von Regierungsstellen gewährt. Die Vorschüsse der Bank von England sind verzinslich, und zwar zu einem Satz, der seit Anfang 1939 zwischen ½ und 1 v. H. schwankt; sie erreichen im allgemeinen ihren höchsten Stand am Ende des Jahres, und zwar beliefen sie sich am 31. Dezember 1941 auf 66 Millionen £ und am 31. Dezember 1942 auf 68 Millionen £. Die Vorschüsse der Regierungsstellen sind teils verzinslich und teils zinslos; der Satz schwankte 1939 zwischen $^{11}/_{16}$ und 3¼ v. H., seit 1940 beträgt er jedoch $^{15}/_{16}$ bis 1 v. H.
[4] Einschließlich geringfügiger Bewegungen der Guthaben des Schatzamtes.
[5] Ohne die alte „Kriegsschuld" von 1.032 Millionen £ an die Vereinigten Staaten, mit welcher sich der Gesamtnennwert auf 16.860 Millionen £ erhöhen würde. Diese Ziffer enthält nicht die aufgelaufenen Zinsen der nationalen Sparzertifikate, die im März 1942 auf 172 Millionen £ geschätzt wurden.

neuen Folge gekauft werden, die mit einer steuerfreien Verzinsung von 1,4 v. H. ausgestattet sind (gegen 3,2 v. H. bei der gewöhnlichen Ausgabe). Auf Grund einer Verfügung des Schatzamtes vom Oktober 1941 wurde die Ausgabe von Staatsanleihen als Inhaberschuldverschreibung und als Schuldbucheintragung (inscribed stock) eingestellt und zum Grundsatz erklärt, daß alle zukünftigen Emissionen in Form von Namenspapieren (registered stock) erfolgen sollten, die mittels „deed" (gesiegelter Urkunde) übertragen werden können. Man nahm zunächst an, daß die Einstellung der Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen nur eine Kriegsmaßnahme sei, durch eine neue Verfügung vom Dezember 1942 wurde aber die Schuldbuchforderung als Form der Staatsanleihen endgültig abgeschafft.

Die kurzfristige Kreditaufnahme erfolgte hauptsächlich in drei Formen, wobei der klassische marktfähige Schatzwechsel immer mehr den beiden im

Laufe des Krieges eingeführten neuartigen Papieren Platz machte: den Steuergutscheinen und den Schatzamtsquittungen, die beide nicht börsenfähig sind. Der gesamte Umlauf an Schatzwechseln überschritt mit 2.840 Millionen Pfund Ende März 1943 die Summe der in anderer Form aufgenommenen kurzfristigen Staatsschulden noch um mehr als 1.100 Millionen, doch war die Bedeutung der Schatzwechsel insofern im Abnehmen, als 1942/43 nur ein Fünftel der kurzfristigen Kredite in dieser Form aufgenommen wurde. 1942 wurde ungefähr ein Drittel aller umlaufenden Schatzwechsel im Tenderverfahren ausgegeben (gegenüber zwei Dritteln 1938), während der Rest laufend („on tap") an Regierungsstellen und andere öffentliche Körperschaften (seit Juli 1941 auch an Zentralbanken im Britischen Reich) abgegeben wurde; von den Tender-Schatzwechseln wurde nur etwa ein Drittel den Geldmarktfirmen zugeteilt. In absoluten Zahlen jedoch ist ihr Bestand bei den Diskonthäusern entsprechend dem Gesamtumlauf gestiegen. In den letzten Jahren hat sich die Struktur des Londoner Geldmarktes durch eine Reihe von Fusionen verstärkt, und in der ersten Hälfte des Jahres 1943 haben verschiedene Firmen mit Rücksicht auf die Steigerung ihrer Umsätze im Kriege ziemlich beträchtliche Kapitalerhöhungen vorgenommen.

Umlauf an Schatzwechseln in Großbritannien[1]

Ende Februar	Emittiert durch wöchentliche Angebote („Tender")[2]	Laufend emittiert („Tap")[3]	Insgesamt
	in Millionen Pfund Sterling		
1938	532	273	805
1939	351	500	851
1940	801	622	1.423
1941	845	1.369	2.214
1942	905	1.613	2.518
1943	980	1.830	2.810

[1] Die Übersicht ist für Ende Februar aufgestellt, da nach den statistischen Veröffentlichungen eine genaue Gliederung des Umlaufs für Ende Dezember oder Ende März nicht möglich ist.

[2] Diese Wechsel werden im Wege von Angeboten ausgegeben, die jeden Freitag für die kommende Woche ergehen und deren Ergebnisse regelmäßig veröffentlicht werden. Alle diese Wechsel haben eine Laufzeit von 3 Monaten.

[3] „Tap-Wechsel" können die Regierungsstellen und andere öffentliche Körperschaften jederzeit erwerben. Ihr Zinssatz liegt gewöhnlich $^1/_{16}$ v. H. niedriger als der Durchschnittssatz der wöchentlich angebotenen Wechsel, aber in einigen besonderen Fällen werden die Wechsel nur der Form nach verzinst. Die Ausgabe erfolgt für 3 Monate oder auch für passende kürzere Laufzeiten.

Steuergutscheine (Tax-reserve certificates) wurden erstmals im Dezember 1941 ausgegeben; sie sind nicht übertragbar und sollen dazu dienen, jene Beträge abzuschöpfen, die für Steuerzahlungen bereitgehalten werden, welche nicht weniger als zwei Monate und nicht mehr als zwei Jahre nach dem Ankaufstage fällig werden; sie tragen 1 v. H. steuerfreie Zinsen (was ungefähr der Bruttoverzinsung der Schatzwechsel entspricht), können aber auch nach zwei Monaten auf Wunsch ohne Verzinsung vorzeitig zurückgezahlt werden. Sie haben sich als sehr volkstümlich erwiesen; ihr Gesamtumlauf ist ständig gestiegen und bezifferte sich Ende Juni 1943 auf 514 Millionen Pfund.

Von besonderem Interesse war im Berichtsjahr die wachsende Bedeutung der Schatzamtsquittungen (Treasury deposit receipts) als bewegliches Mittel zur Anlage flüssiger Gelder der Banken. Diese erstmals 1940 eingeführten Bescheinigungen erhalten die Banken für Einlagen beim Schatzamt auf sechs Monate, die mit $1^1/_8$ v. H. verzinst werden; die Quittungen können nicht weiterbegeben, wohl aber jederzeit zur Einzahlung gezeichneter Anleihebeträge für Rechnung der Banken selbst oder ihrer Kunden verwendet werden; auch gewähren sie das Recht auf Rückzahlung der Einlage vor Fälligkeit mit einem

Steuergutscheine und Einlagen beim Schatzamt in Großbritannien

Zeit	Steuergutscheine			Einlagen beim Schatzamt				
	Brutto-Ausgabe	Einlösungen	Netto-Ausgabe	Brutto-einzahlung	Rückzahlungen bei Fälligkeit	Rückzahlungen vor Fälligkeit	Rückzahlungen insgesamt	Einzahlungsüberschuß
	in Millionen Pfund Sterling							
1940 Juli–Dezember	—	—	—	386	—	48	48	338
1941 Januar–Juni.	—	—	—	587	313	93	406	181
Juli–Dezember	17	—	17	880	466	122	588	292
1942 Januar–Juni.	271	6	265	638	534	324	858	(—220)
Juli–Dezember	234	46	188	1.029	517	137	654	375
1943 Januar–Juni.	253	209	44	1.195	866	370	1.236	(— 41)
Zusammen . . .	775	261	514	4.715	2.695	1.095	3.790	925

Abschlag auf Grund des Banksatzes (zur Zeit 2 v. H.). Von den bis Ende Dezember 1942 ausgegebenen 3.520 Millionen Pfund wurden 2.695 Millionen, also mehr als drei Viertel, bis zur Fälligkeit behalten; Rückzahlungen vor Fälligkeit wurden in besonders großem Maße im ersten Vierteljahr 1942 und während der ersten Hälfte des Jahres 1943 verlangt, als die Sparfeldzüge beträchtliche Abrufe von den Banken für Anlagezwecke verursachten. Wie die folgende Tabelle zeigt, sind die Einlagen beim Schatzamt unter den Aktiven der Clearingbanken die zweitwichtigsten geworden.

Londoner Clearingbanken[1]

Monatsende	Aktiva: Flüssige Aktiva: Barreserve [2]	Tägliches Geld [3]	Wechsel [4]	Schatzamtsquittungen	Anlagen	Vorschüsse	Schecks zur Einziehung usw.	Bilanzsumme	Passiva: Einlagen und laufende Konten	Liquidität in v. H. der Einlagen und laufenden Konten: primär [5]	sekundär [6]
	in Millionen Pfund Sterling										
1939 Dezember. .	274	174	334	—	609	1.002	106	2.697	2.441	11	21
1940 „ . .	324	159	265	314	771	906	117	3.050	2.800	12	26
1941 „ . .	366	141	171	758	999	807	146	3.582	3.329	11	32
1942 März	347	137	163	476	1.050	838	122	3.316	3.072	11	25
Juni	355	147	292	543	1.058	800	129	3.497	3.263	11	30
September .	349	127	277	693	1.097	774	106	3.591	3.358	10	33
Dezember. .	390	142	198	896	1.120	773	165	3.864	3.629	11	34
1943 März	377	139	172	884	1.132	777	125	3.776	3.542	11	34
Juni	387	165	236	859	1.159	744	144	3.868	3.630	11	35
September .	389	148	209	1.045	1.160	733	122	3.985	3.737	10	38

[1] Die Juni- und Dezember-Ziffern gelten für den letzten Tag, die für März und September angegebenen für verschiedene Tage gegen Ende des Monats.

[2] Guthaben bei der Bank von England und Bestand an Noten und Münzen.

[3] Ausleihungen am Markt auf Abruf und mit kurzer Kündigungsfrist.

[4] Handelswechsel sind kaum noch vorhanden, nachdem die Bestände der Banken in dem in der Tabelle erfaßten Zeitraum wahrscheinlich um etwa 100 Millionen £ abgenommen haben und in diesem Umfang durch Schatzwechsel ersetzt wurden.

[5] Kassenreserven in v. H. der Einlagen und laufenden Konten.

[6] Andere flüssige Aktiva als Barreserven in v. H. der Einlagen und laufenden Konten.

Während vor dem Kriege die Kredite an die Wirtschaft die bedeutendsten und lohnendsten Aktiva der Banken waren, hat das System der Ratenzahlungen (progress payments) an Staatslieferanten die Kriegsindustrie größtenteils vom Bankkredit unabhängig gemacht, und die Banken haben, den Weisungen der Regierung folgend, die Kreditgewährung eingeschränkt, soweit sie nicht mit der Kriegführung in Zusammenhang steht*. Der Posten „Vorschüsse" in den Bankbilanzen wurde schon 1941 von dem Posten „Anlagen" überholt und 1942 auch von den Einlagen beim Schatzamt, so daß er auf den dritten Platz unter den Aktiven der Banken gesunken ist.

Bewegung der Bestände an Staatspapieren[1] bei den Londoner Clearingbanken

Kalenderjahr	Wechsel	Schatzamtsquittungen	Anlagen	Insgesamt
	Nettozugang (+) oder -abgang (—) in Millionen £			
1940	— 69	+ 314	+ 162	+ 407
1941	— 94	+ 444	+ 228	+ 578
1942	+ 27	+ 138	+ 121	+ 286
Drei Jahre	— 136	+ 896	+ 511	+ 1.271
Bestand Ende 1942	198	896	1.120	2.214

[1] In der Annahme, daß die diskontierten „Wechsel" und die „Anlagen" ausschließlich Staatskredite darstellen, aber ohne die mittelbar gewährten Staatskredite (in Form von Guthaben bei der Bank von England oder am Markt ausgeliehener täglicher Gelder). Tatsächlich ist die Erhöhung noch etwas größer, da der Bestand an Handelswechseln abgenommen hat (siehe Fußnote [4] zu der Tabelle auf der vorigen Seite).

Der Gesamtbestand der Banken an Staatspapieren war Ende 1942 mit ungefähr 2,2 Milliarden Pfund fast dreimal so groß wie die Wirtschaftskredite und belief sich auf 60 v. H. der Einlagen; von den in den drei Jahren 1940–42 hereingenommenen Staatspapieren entfielen nahezu drei Viertel auf Einlagenbescheinigungen des Schatzamtes. Im Jahre 1942 waren die Ansprüche der Regierung an die Banken nur halb so groß wie 1941, infolgedessen verlangsamte sich auch die Erhöhung der Einlagen; sie belief sich nur auf 300 Millionen gegenüber 530 Millionen Pfund im Vorjahr.

Die Zunahme der Einlagen bei den Clearingbanken ist in den letzten Jahren den Geschäftsunternehmungen und nicht den Einzelpersonen zuzuschreiben, wie eine im Haushaltsweißbuch wiedergegebene Untersuchung zeigte; es wurde nachgewiesen, daß in den 2½ Jahren vom Juni 1940 bis Dezember 1942 die persönlichen Einlagen um 200 auf 820 Millionen Pfund, d. h. um 33 v. H., die Konten von Unternehmungen aber um 1.150 auf 2.040 Millionen Pfund, d. h. um 129 v. H. gestiegen waren. (Außer den regelmäßigen, auf Geld lautenden und in den Bilanzen ausgewiesenen Bankkonten muß die Einführung und das Anwachsen der „Kartenkonten" und des „Karten-Bankwesens" erwähnt werden. Dieser Zweig der Banktätigkeit ist durch das Rationierungswesen entstanden und 1942 auch auf die Textilrationierung ausgedehnt worden; alle Übertragungen von Kartenabschnitten und Urkunden, die solche Abschnitte darstellen, werden außerhalb des reinen Kleinhandelsgeschäftes durch die Banken vorgenommen, welche „Schecks" auszahlen, Konten erkennen oder belasten und Überträge ausführen, die alle auf Stückzahlen von Kartenabschnitten lauten.)

* Vom 1. März 1943 an verbot das Handelsamt für alle der Preiskontrolle unterworfenen Waren mit Ausnahme von Möbeln den Verkauf auf Abzahlung.

Die Konzentration auf den Erwerb von Schatzamtsquittungen hat die Banken sehr flüssig gemacht, und zwar ist das Verhältnis aller flüssigen Aktiva zu den Einlagen von 32 v. H. Ende 1939 auf 38, 43 und 45 v. H. Ende 1940, 1941 und 1942 gestiegen. Die veröffentlichte primäre Barliquidität blieb 1942 und 1943 auf 11 v. H. mit einem vorübergehenden Absinken auf 10 v. H. im September; in Wirklichkeit sind diese Ziffern etwas durch „window dressing" beeinflußt, und das wahre Verhältnis dürfte etwa um 2 v. H. niedriger liegen. Die Verbesserung betraf die Liquidität zweiten Grades, die bis auf 38 v. H. im September 1943 gestiegen ist.

Seit der Einführung der Schatzamtsquittungen ist die Kassenlage der Banken im allgemeinen durch Veränderung ihrer Bestände an diesen Papieren geregelt worden, doch hat auch der übliche unmittelbare Verkehr mit Schatzwechseln zwischen der Bank von England und den Clearingbanken nicht aufgehört, und natürlich kann man Schatzwechsel auch ablaufen lassen. Ferner trägt zur Beweglichkeit am Diskontmarkt die Einrichtung der mehr oder weniger laufend („on tap") vorgenommenen Geschäfte am offenen Markt bei; obgleich eine Änderung nicht ausdrücklich bekanntgegeben wurde, weiß man am Diskontmarkt, daß der Regierungsmakler in der Praxis in angespannten Zeiten Schatzwechsel für Rechnung der Bank von England zu Marktsätzen kaufen wird.

Während der Einlagenzuwachs bei den Clearingbanken sich von 19 v. H. für 1941 auf 9 v. H. für 1942 verlangsamt hat, setzte der Notenumlauf der Bank von England, der mehr als hundertprozentig durch Staatsanleihen gedeckt ist, seine Ausdehnung im gleichen Tempo von jährlich etwa 22–23 v. H. fort.

Bank von England

Gegen Ende des Monats	Aktiva		Bilanzsumme[1]	Passiva				
					Laufende Konten usw.			
	Staatspapiere	Alle sonstigen Aktiva		Noten	Schatzamt und öffentliche Verwaltung	Banken	Andere	zusammen
	in Millionen Pfund Sterling							
1939 Dezember	728	33	761	555	30	117	42	189
1940 „	851	34	885	616	17	181	53	251
1941 „	1.019	35	1.054	752	11	220	54	285
1942 März	931	34	965	759	21	116	51	188
Juni	1.015	37	1.052	801	11	172	49	232
September	1.018	36	1.054	838	10	136	52	197
Dezember	1.190	33	1.223	923	9	223	49	281
1943 März	1.120	40	1.160	935	6	144	57	207
Juni	1.233	34	1.267	946	10	238	55	303
September	1.209	33	1.242	986	9	173	55	238

[1] Zusammengefaßter Ausweis der Emissions- und Bankabteilung, jedoch unter Ausschaltung von Doppelzählungen, die sich aus der Banknotenreserve der Bankabteilung ergeben würden.

Die anderen Bewegungen im Ausweis sind ohne besondere Bedeutung; die Bank von England erwarb genügend Staatspapiere, um die Ausdehnung des Notenumlaufs zu decken und die Kassenreserven der Banken, wie oben

gezeigt wurde, auf etwa 11 v. H. ihrer gesamten Einlagen und laufenden Konten zu halten. Die Zurückziehung der großen Noten aus dem Verkehr wird auf Seite 337–338 behandelt.

Wie in früheren Jahren fanden auch 1942 kaum andere Emissionen am Kapitalmarkt statt als die für Rechnung des Staates; dagegen wurden einige Kapitalrückzahlungen vorgenommen. Bezeichnend für die Lage ist die Umkehrung der ständigen Wachstumsbewegung bei den Baugesellschaften infolge der Einstellung der privaten Bautätigkeit — eine Zunahme der gesamten Vorschüsse um 4 Millionen Pfund im Jahre 1938 wurde durch einen Überschuß der Rückzahlungen abgelöst, der in jedem der beiden Jahre 1941 und 1942 ungefähr 24 Millionen Pfund betrug, und so kam es zu einer erhöhten Investierung von Geldern in Staatsanleihen.

Vorschüsse der Baugesellschaften[1]

Jahr	Neue Vorschüsse	Rückzahlungen[2]	Nettobewegung
	In Millionen Pfund Sterling		
1938	44,4	40,7	+ 3,7
1941	2,2	26,4	— 24,2
1942	4,1	29,0	— 24,9

[1] Sieben bedeutende Gesellschaften.
[2] Einschließlich Zinsen.

Die Zinssätze waren praktisch ohne Bewegung: der Banksatz beträgt seit Oktober 1939 unverändert 2 v. H.; die Renditen der Schatzwechsel von 1 v. H., der Einlagen beim Schatzamt von $1\frac{1}{8}$ v. H. und der 7- bis 9jährigen Nationalen Kriegsanleihe „on tap" von $2\frac{1}{2}$ v. H. werden durch den Abzug der Einkommensteuer zum Standardsatz halbiert. Die Gewinne der Clearingbanken waren in keinem Falle so hoch, daß sie zur Übergewinnsteuer hätten herangezogen werden können.

Der Schatzkanzler teilte im Juni 1943 mit, daß der Durchschnittszinssatz der Inlandsverschuldung vor dem Kriege 3 v. H. betragen habe, im Laufe des Krieges aber auf $2\frac{1}{2}$ v. H. gesenkt worden sei; der Durchschnittssatz für alle neuen Kriegskredite in England war 2 v. H., die nach Abzug der Einkommensteuer für den Staat nur eine Last von etwas mehr als 1 v. H. darstellten. In seiner Haushaltsrede im April 1943 erklärte der Schatzkanzler: „Wir haben ein neues Verfahren entwickelt und die öffentliche Meinung über die Höhe einer gerechten Verzinsung der Staatsschuld gründlich geändert. Wir werden nicht nur mit niedrigen Zinsen vom Krieg in den Frieden übergehen, sondern wir werden auch bei dem Wiederaufbau nach dem Kriege den Vorteil billigen Geldes genießen. Es ist die Absicht der Regierung, ihre gegenwärtige Politik des billigen Geldes auch nach dem Kriege beizubehalten."

Der Staatshaushalt von Kanada ist seit dem Kriege beträchtlich beeinflußt durch die dortigen britischen Kriegsausgaben, die in kanadischen Dollars finanziert werden mußten, gleichviel wie die Verrechnung mit Großbritannien stattfand (durch Pfunderwerb Kanadas, Repatriierung kanadischer Wertpapiere, durch Schenkung von Kanada oder in anderer Weise), und die daher entsprechend berücksichtigt werden müssen, um ein umfassendes Bild der staatlichen Finanzen zu vermitteln.

Die Finanzen Kanadas[1]

Hauptposten	Rechnungsjahr 1. April—31. März					
	1939	1940	1941	1942	1943	1944
	in Millionen kanadische Dollar					
Kriegsausgaben						
kanadische	34	142	819	1.415	2.994	4.890[2]
britische in Kanada[3]	—	95	371	1.052	879	.
Insgesamt	34	237	1.190	2.467	3.873	4.890
Sonstige Ausgaben	515	526	463	513	593	611
Kredite und Investierungen	25	43	30	39	54	.
Insgesamt	574	806	1.683	3.019	4.520	5.501
Steuern und laufende Einnahmen	499	535	857	1.469	2.261[4]	2.752[4]
Kreditaufnahme	98	416	737	2.027	1.510	.
Zu- oder Abnahme (—) des Saldos[5]	(—23)	(—145)	89	(—477)	749	.
Insgesamt	574	806	1.683	3.019	4.520	5.501

[1] Bis 1942 Rechnungsziffern, 1943 vorläufige Ziffern, 1944 Voranschlag.
[2] Darunter 1 Milliarde kan.$ Ausgaben auf Grund des Gesetzes über die gegenseitige Hilfe.
[3] Aufgliederung dieses Postens siehe Seite 149.
[4] Von den 1943 und 1944 erhobenen Einkommen- und Übergewinnsteuern werden schätzungsweise 100 Millionen und 250 Millionen kan.$ nach dem Kriege zurückvergütet werden.
[5] Unter Einschluß verschiedener kleinerer Posten.

Im Rechnungsjahr bis März 1943 belief sich der gesamte Finanzbedarf auf 4,5 Milliarden kanadische Dollar, von denen fast 3,9 Milliarden Kriegsausgaben darstellten; 50 v. H. aller Ausgaben wurden durch Steuern und andere laufende Einnahmen gedeckt. Die Kriegsausgaben sind weiter im Steigen

Bank von Kanada

Monatsende	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva				Sonstige Passiva
	Gold[1]	Devisen[2]	Staatsanleihen[3] kurzfristig	Staatsanleihen[3] langfristig	Sonstige Aktiva		Noten[4]	Einlagen des Staates	Einlagen der Banken	Einlagen andere	
	in Millionen kanadische Dollar										
1939 Dezember	226	64	182	50	5	527	233	46	217	18	13
1940 „	—	38	448	127	12	626	360	11	218	10	28
1941 „	—	201	392	217	34	843	496	74	232	6	35
1942 März	—	276	387	209	20	892	509	119	242	6	16
Juni	—	1	494	322	26	843	541	31	221	27	22
September	—	1	629	285	22	936	625	19	246	25	22
Dezember	—	1	807	209	31	1.048	694	52	260	19	24
1943 März	—	0	753	276	16	1.045	719	21	261	25	19
Juni	—	47	817	313	21	1.198	758	90	301	19	29

[1] Im Frühjahr 1940 an das Devisenkontrollamt übertragen.
[2] Seit April 1940 besteht dieser Posten fast ganz aus Sterlingwerten, die das Devisenkontrollamt von Zeit zu Zeit vorübergehend verpfändete, um sich kanadische Dollars zu beschaffen. Ende 1941 waren 201 Millionen kan.$ derart verpfändet — eine Art kurzfristiger Kreditaufnahme des Staates bei der Bank. Dieser Posten der Bank von Kanada stieg im März 1942 auf 474 Millionen kan.$. Die Rückzahlung erfolgte in zwei Stufen: durch einen Teil des Erlöses der zweiten „Victory Loan" im März und durch Verkauf von 193 Millionen kan.$ kurzfristige Staatspapiere an die Bank von Kanada im Juni 1942.
[3] Staatsanleihen der Regierung des Dominions und der Provinzen. Außer den unmittelbar bei der Bank untergebrachten Anleihen sind Käufe am offenen Markt durchgeführt worden, um die Kassenreserven der „chartered banks" zu erhalten.
[4] Einschließlich der Reservebestände der „chartered banks". Außerdem sind Noten der „chartered banks" in Umlauf, deren Gesamtbetrag von 85 Millionen kan.$ im Dezember 1939 auf 60 Millionen kan.$ im Dezember 1942 gesunken ist (siehe Seite 273).

begriffen; der Voranschlag für das mit März 1944 endende Rechnungsjahr sieht Ausgaben von insgesamt 5,5 Milliarden kanadische Dollar vor, wovon 4,9 Milliarden Kriegsausgaben darstellen, und zwar einschließlich eines Betrages von 1 Milliarde für „gemeinschaftliche Hilfe", der wahrscheinlich überschritten werden wird.

Der Besitz der Bank von Kanada an Staatsanleihen stieg von 232 Millionen kanadische Dollar im Dezember 1939 auf 1.130 Millionen im Juni 1943; hierin sind jedoch die 325 Millionen kanadische Dollar enthalten, welche der Bank im April 1940 übergeben wurden, als ihr Gold- und Devisenbestand auf das Devisenkontrollamt übertragen wurde; die Netto-Erhöhung beträgt somit nur 573 Millionen.

Den Gegenposten zu diesen Käufen von Staatsanleihen bildete die Erhöhung der Notenausgabe und der Reserveguthaben der „chartered banks". Die in der Tabelle auf der vorigen Seite angegebenen Zahlen für den Notenumlauf enthalten auch die verhältnismäßig bedeutenden Beträge, die in den Tresoren der Banken ruhen; der wirkliche Umlauf der Noten der Bank von Kanada stieg von 156 Millionen Dollar im Dezember 1939 auf 256, 372 und 553 Millionen im Dezember der Jahre 1940, 1941 und 1942.

Die „chartered banks" erhöhten ihren Wertpapierbestand zwischen Dezember 1939 und Juni 1943 um etwas mehr als 1 Milliarde kanadische Dollar, während ihre Sichtverbindlichkeiten um fast 1,3 Milliarden zunahmen. Die Ausleihungen der Banken stiegen bis zum Frühjahr 1942, gingen dann aber wieder zurück; dies war teilweise das Ergebnis der strengen Vorschriften für das Abzahlungsgeschäft, beruhte aber auch darauf, daß die Banken den Zeichnern der ersten „Victory Loan" vom Juni 1941 großzügig Kredite gewährten, während sie dies 1942 anscheinend nicht im gleichen Maße getan haben.

„Chartered banks" in Kanada[1]

Monatsende	Aktiva					Bilanzsumme	Passiva			
	Barreserve [2]	Devisen [3]	Kredite und Diskontierungen [4]	Anleihen [5]	Sonstige Aktiva		Noten	Einlagen [4] auf Sicht	Einlagen [4] auf Zeit	Sonstige Passiva
	in Millionen kanadische Dollar									
1939 Dezember	292	132	1.141	1.646	612	3.822	85	1.033	1.741	963
1940 „	323	159	1.148	1.531	570	3.731	80	1.163	1.641	846
1941 „	356	168	1.201	1.759	653	4.137	71	1.436	1.669	962
1942 März . . .	348	166	1.334	1.881	624	4.352	71	1.755	1.550	976
Juni . . .	327	181	1.165	1.883	639	4.195	72	1.523	1.598	1.002
September	366	185	1.077	2.340	594	4.561	69	1.738	1.748	1.006
Dezember	367	231	1.199	2.293	657	4.767	60	1.984	1.673	1.049
1943 März . . .	377	223	1.027	2.689	599	4.915	54	1.927	1.890	1.044
Juni . . .	421	204	1.256	2.687	665	5.233	49	2.319	1.762	1.084

[1] Zehn „chartered banks". [2] Guthaben bei der Bank von Kanada und Noten der Bank von Kanada.
[3] Ausländische Anleihen und Nettoguthaben bei ausländischen Banken. [4] Nur in Kanada.
[5] Hauptsächlich Staatsanleihen (des Dominions und der Provinzen).

Die staatliche Kreditaufnahme hat in Kanada hauptsächlich zwei Formen angenommen: besondere Emissionen, im allgemeinen in Gestalt von Schatzwechseln, wurden unmittelbar an die Banken ausgegeben und Kriegsanleihen

am Markte aufgelegt. Im Juli 1942 wurde eine neue Art der Kreditaufnahme bei den Banken mit einer Ausgabe von 75 Millionen kanadische Dollar sechsmonatiger „Einlagenzertifikate" mit ¾ v. H. Verzinsung eingeleitet, und in den folgenden Wochen wurden weitere Emissionen zu denselben Bedingungen vorgenommen, so daß sich ihr Gesamtbetrag im Oktober auf 645 Millionen kanadische Dollar stellte. Als der Erlös der dritten sogenannten „Victory Loan" hereinkam, zahlte die Regierung 205 Millionen zurück, so daß Ende 1942 noch 440 Millionen kanadische Dollar ausstanden.

Die staatliche Kreditaufnahme beim Publikum erfolgte in Form von „Victory Loans", die als 3prozentige 14jährige und als 1¾prozentige 3½jährige Schuldverschreibungen ausgegeben wurden. Die im Februar und März 1942 ausgegebene zweite „Victory Loan" erbrachte 840 Millionen und die dritte Anleihe, die im Oktober und November 1942 herauskam, 990 Millionen kanadische Dollar; zusammen gingen im Jahre 1942 also 1.830 Millionen kanadische Dollar ein. 1943 wurden zwei weitere Anleihen emittiert; die vierte im April ergab 1.100 Millionen und die fünfte im Oktober 1943 1.200 Millionen kanadische Dollar.

Für die Vereinigten Staaten war das Jahr 1942 eine Zeit des Übergangs zu voller Kriegstätigkeit, und diesen Wechsel geben die Haushaltsziffern in bemerkenswerter Weise wieder. Die Kriegsausgaben (welche auch die Auslagen für die Leih- und Pacht-Hilfe einschließen) stellten sich 1940/41 auf 6,3 Milliarden, erreichten 1941/42 mit 26 Milliarden Dollar das Vierfache und stiegen 1942/43 mit 72 Milliarden Dollar nochmals auf das Dreifache (Finanzjahre vom 1. Juli bis 30. Juni). Auf diese Weise war im letztgenannten Jahr der monatliche Ausgabendurchschnitt auf die Höhe der Jahresausgaben zwei Jahre vorher (d. h. im ersten Jahre des Rüstungsprogrammes) angewachsen. Gleichzeitig wurden die zivilen Ausgaben, obwohl sie den erhöhten Schuldendienst enthalten, leicht gesenkt. Die Einnahmen stiegen von 7,6 Milliarden Dollar 1940/41 um fast 70 v. H. auf 12,8 Milliarden für 1941/42 und für 1942/43 um weitere 70 v. H. auf 22,3 Milliarden Dollar. Der Haushaltsfehlbetrag sprang von 5,1 Milliarden 1940/41 auf 19,6 Milliarden 1941/42 und auf 55,9 Milliarden 1942/43. Die berichtigten Voranschläge für 1943/44 umfassen Ausgaben von insgesamt 106 Milliarden Dollar einschließlich 100 Milliarden Kriegsausgaben und Einnahmen von 38 Milliarden, so daß sich ein Fehlbetrag von 68 Milliarden ergibt, der im Kreditwege zu decken ist. Eine Übersicht der (kassenmäßigen) Staatseinnahmen und -ausgaben wird auf der folgenden Seite gegeben.

Das nationale Rüstungsprogramm wurde im Juni 1940 in Angriff genommen, und die Kriegsausgaben in den Kalenderjahren 1940–42 stiegen, indem sie sich von Jahr zu Jahr vervierfachten, von etwa 3 auf 13 und auf 50 Milliarden Dollar. Seit dem zweiten Halbjahr 1942 machen die Kriegsausgaben mehr als 90 v. H. der gesamten Ausgaben aus. Übrigens besteht eine auffallende Parallele zwischen 1940–43 und 1916–19: in der ersten Hälfte 1943 waren die Kriegsausgaben fast fünfzigmal so hoch wie drei Jahre vorher, und

Die Finanzen der Vereinigten Staaten

Zeit	Einnahmen[1]			Ausgaben			Fehlbetrag	Bewegung der öffentlichen Guthaben[4]	Kreditfinanzierung insgesamt[5]
	Steuern	andere laufende Inlandseinnahmen[2]	insgesamt	für den Krieg[3]	andere Ausgaben	insgesamt			
	in Millionen Dollar								
1940 Juli–Sept. . .	1.439	50	1.489	663	1.620	2.283	794	+ 599	1.393
Okt.–Dez. . .	1.383	52	1.435	1.199	1.659	2.858	1.423	— 331	1.092
1941 Jan.–März. .	2.276	171	2.447	1.968	1.617	3.585	1.138	+ 989	2.127
April–Juni. .	2.000	235	2.235	2.471	1.513	3.984	1.749	+ 512	2.261
1941 Juli–Sept. . .	1.884	60	1.944	3.430	1.571	5.001	3.057	— 84	2.973
Okt.–Dez. . .	2.161	61	2.222	4.835	1.647	6.482	4.260	+ 1.788	6.048
1942 Jan.–März. .	4.810	73	4.883	7.121	1.557	8.678	3.795	+ 43	3.838
April–Juni. .	3.667	83	3.750	10.627	1.609	12.236	8.486	+ 425	8.911
1942 Juli–Sept. . .	3.777	84	3.861	14.766	1.540	16.306	12.445	+ 1.437	13.882
Okt.–Dez. . .	3.840	69	3.909	17.348	1.452	18.800	14.891	+ 6.301	21.192
1943 Jan.–März. .	6.765	184	6.949	18.461	1.384	19.845	12.896	— 5.850	7.046
April–Juni. .	6.978	585*	7.563	21.535	1.693	23.228	15.665	+ 5.170	20.835
1943 Juli–Aug.[6] .	4.151	577*	4.728	13.664	1.065	14.729	10.001	— 2.818	7.183
Rechnungsjahr									
1940/41 . .	7.099	508	7.607	6.301	6.409	12.711	5.103	+ 1.770	6.873
1941/42 . .	12.522	277	12.799	26.011	6.386	32.397	19.598	+ 2.172	21.770
1942/43 . .	21.360	922	22.282	72.109	6.070	78.179	55.897	+ 7.058	62.955
Kalenderjahr									
1940	5.579	256	5.835	2.779	6.881	9.660	3.824	— 531	3.293
1941	8.321	527	8.848	12.704	6.348	19.052	10.204	+ 3.205	13.409
1942	16.094	309	16.403	49.862	6.158	56.020	39.617	+ 8.206	47.823

[1] Nettoeinnahmen, d. h. gesamte Einnahmen ohne Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.
[2] Panamakanalgebühren und verschiedene andere Einnahmen.
[3] Vor Dezember 1941 Wehrausgaben. Die Kriegsausgaben waren in Wirklichkeit etwas größer als die Haushaltsstatistik ausweist, da auch von staatlichen Körperschaften Kriegsausgaben getragen wurden, die sich im Jahre 1941/42 auf 2,2 Milliarden $ beliefen und für 1942/43 auf weitere 3,3 Milliarden $ geschätzt wurden.
[4] Bewegungen des allgemeinen Fonds der Staatskasse und der Guthaben von Regierungsstellen beim Schatzamt.
[5] Zunahme des Umlaufs an staatlichen und staatlich garantierten Wertpapieren.
[6] Nur 2 Monate; im September 1943 betrugen die gesamten Ausgaben 7.212 Millionen $. * Vorläufig.

eine weitere Erhöhung ist geplant; von 1915/16 bis 1918/19 stiegen die Kriegsausgaben ebenfalls auf das Fünfzigfache, nämlich von knapp 290 Millionen auf mehr als 14,4 Milliarden, und auch damals plante man eine weitere Erhöhung.

Als Ergebnis des steigenden Volkseinkommens und erhöhter Tarife haben sich die Steuereinnahmen von 1940/41 auf 1942/43 verdreifacht. Das Steuergesetz von 1942, welches im Oktober des genannten Jahres verabschiedet wurde, führte zusätzliche Steuern ein, deren voller Jahresertrag auf 8,6 Milliarden Dollar veranschlagt wurde, wovon 1,7 Milliarden als Nachkriegsvergütung zurückgezahlt werden sollen, so daß der Nettoertrag 6,9 Milliarden Dollar betragen würde. Abgesehen von Maßnahmen, die ein Mehraufkommen von 3 Milliarden Dollar aus der normalen Einkommensteuer bewirken sollten, führte das Gesetz eine neue sogenannte „Victory Tax" ein, die von Gehältern und Löhnen an der Quelle erhoben wird und 5 v. H. aller Einkommen von mehr als 12 Dollar in der Woche beträgt, womit ungefähr 40 Millionen Steuerzahler erfaßt werden. Man erwartet, daß die Steuer 3,1 Milliarden Dollar einbringt, von denen mehr als 1,1 Milliarde als Nachkriegsvergütung zurückgezahlt wird. Diese „Nachkriegsvergütungen", die sich auf 25 v. H. der von unverheirateten

und 40 v. H. der von verheirateten Steuerzahlern entrichteten Steuern belaufen (mit einer Begrenzung auf 500 und 1.000 Dollar im Jahr), können jedoch in vielen Fällen im folgenden Jahr als Steuerguthaben bei der gewöhnlichen Einkommensteuer und bei dem Teil der „Victory Tax", der nicht an der Quelle erhoben wird, beansprucht werden. Die Steuerzahler dürfen also z. B. in ihrer Steuererklärung im März 1944 Käufe von amerikanischen Staatsanleihen, Lebensversicherungsprämien und gewisse Schuldenrückzahlungen bis zum Betrage des rückzahlbaren Teiles der auf das Einkommen vom Vorjahr entrichteten „Victory Tax" absetzen, statt auf dessen eigentliche Rückerstattung zu warten. Ähnliche Vorschriften gelten für die Mehrgewinnsteuer; von den seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes erhobenen 1,9 Milliarden Dollar sind 550 Millionen zur Rückerstattung nach dem Kriege gutgeschrieben worden, sie können aber laufend zur Verfügung gestellt werden, um verschuldeten Steuerzahlern zu helfen. Im Oktober 1943 wurde eine neue Steuervorlage eingebracht.

Die Bundesschuld der Vereinigten Staaten
Zunahme oder Abnahme (—) der verzinslichen (unmittelbaren und garantierten) Schuld und Stand der Gesamtschuld[1]

Zeit	Lang- und mittelfristig						Kurzfristig				Insgesamt
	Schatzscheine (Notes)	Schatzanweisungen	Sparanweisungen	Sonder-Emissionen	Garantierte Anleihen[2]	Insgesamt[3]	Schatzwechsel	Schuldzertifikate	Steuergutscheine	Insgesamt	
	In Millionen Dollar										
1940 Juli–Sept.	1	680	139	288	289	1.392	1	—	—	1	1.393
Okt.–Dez.	— 206	725	151	307	114	1.085	7	—	—	7	1.092
1941 Jan.–März	— 456	1.572	404	313	4	1.833	294	—	—	294	2.127
April–Juni	— 24	683	715	437	455	2.262	— 1	—	—	— 1	2.261
1941 Juli–Sept.	—	— 46	818	538	569	1.929	— 298	—	1.343	1.045	2.973
Okt.–Dez.	299	3.198	1.008	324	— 612	4.223	697	—	1.128	1.825	6.048
1942 Jan.–März	— 426	2.543	2.296	351	— 651	4.123	— 350	—	65	— 285	3.838
April–Juni	1.118	2.175	1.752	552	—1.118	4.480	856	3.096	479	4.431	8.911
1942 Juli–Sept.	1.269	3.333	2.291	624	4	7.534	2.111	3.115	1.122	6.348	13.882
Okt.–Dez.	1.905	7.850	2.571	523	— 269	12.614	2.008	4.323	2.247	8.578	21.192
1943 Jan.–März	— 66	5	2.841	972	67	3.850	2.607	627	— 38	3.196	7.046
April–Juni	— 629	8.247	3.365	867	— 258	11.656	2.630	5.400	1.149	9.179	20.835
1943 Juli–Aug.[4]	2.707	—	1.438	1.036	— 158	5.057	982	936	208	2.126	7.183
Rechnungsjahr											
1940/41	— 685	3.660	1.409	1.345	862	6.572	301	—	—	301	6.873
1941/42	991	7.870	5.874	1.765	—1.812	14.754	905	3.096	3.015	7.016	21.770
1942/43	2.479	19.435	11.068	2.986	— 456	35.654	9.355	13.465	4.480	27.301	62.955
Finanzjahr											
1940	— 25	1.079	986	1.139	280	3.438	— 145	—	—	— 145	3.293
1941	— 181	5.407	2.945	1.612	416	10.246	692	—	2.471	3.163	13.409
1942	3.866	15.901	8.910	2.050	—2.034	28.751	4.625	10.534	3.913	19.072	47.823
Gesamte Schuld Ende 1942	9.863	49.268	15.050	9.032	4.283	88.046	6.627	10.534	6.384	23.545	111.591

[1] Ende 1942 belief sich die unmittelbare Bruttoverschuldung auf 108 Milliarden $, von denen 107 Milliarden $ verzinslich waren. Die gesetzliche Grenze für diese Verschuldung wurde im April 1943 von 125 Milliarden $ auf 210 Milliarden $ erhöht. Außerdem waren Ende 1942 Schulden in Höhe von 4 Milliarden $ garantiert.

[2] Von staatlichen Körperschaften (Refico u. a.) ausgegebene und vom Staat garantierte Anleihen. Seit dem letzten Vierteljahr 1941 werden diese Anleihen planmäßig durch unmittelbare Regierungsanleihen ersetzt.

[3] Einschließlich nicht besonders aufgeführter kleiner Beträge von Postsparguthaben und Anleihen aus der Zeit vor dem Krieg 1917–18 und anderer nicht besonders aufgeführter Verbindlichkeiten. Diese Posten ergeben jedoch *in keinem Vierteljahr eine Erhöhung oder (bei Rückzahlungen) Verminderung um mehr als etwa 50 Millionen $.*

[4] Nur 2 Monate.

1942/43 beliefen sich die gesamten Ausgaben auf 78 Milliarden und die Einnahmen auf 22 Milliarden Dollar, so daß ein Fehlbetrag von 56 Milliarden entstand, der durch Kreditaufnahme des Staates zu decken war; tatsächlich wurden aber während des Finanzjahres nicht weniger als 63 Milliarden Dollar durch Anleihen aufgebracht, und der Überschuß von 7 Milliarden diente zur Erhöhung des allgemeinen Fonds des Schatzamtes. Die vorstehende Tabelle zeigt die Beschleunigung der Kreditaufnahme von weniger als 13 Milliarden im ersten Halbjahr 1942 auf mehr als 35 Milliarden in der zweiten Hälfte desselben Jahres und den Rückgang infolge höherer Steuereinnahmen auf 28 Milliarden im ersten Halbjahr 1943.

Etwa 27 Milliarden Dollar oder 43 v. H. aller 1942/43 eingegangenen Schulden waren kurzfristige Kredite; 13,5 Milliarden wurden durch Schuldzertifikate aufgebracht, die ein besonders für die Banken geeignetes Papier darstellen. Diese Zertifikate, die zu pari (mit anhängendem Zinsschein) zu einem festen Zinssatz und mit höchstens einjähriger Laufzeit ausgegeben werden, kamen zuerst im April 1942 an den Markt. Ferner wurden im Rechnungsjahr 1942/43 für 9,5 Milliarden Dollar Schatzwechsel und für 4,5 Milliarden nicht börsengängige Steuergutscheine (tax-anticipation notes) ausgegeben. Von den langfristigen Krediten wurden etwa 19 Milliarden Dollar, also mehr als die Hälfte, mittels Schatzanweisungen aufgebracht, deren Laufzeit sich in der Regel bis zu etwa 20 Jahren erstreckte. Von der anderen Hälfte war der bei weitem wichtigste Posten die Ausgabe von 11 Milliarden Dollar nicht börsengängiger Sparobligationen.

Das gewaltige Anwachsen der Kriegsausgaben in den Vereinigten Staaten war also mit einer Schuldenaufnahme von ungeheurem Ausmaß verbunden, die allein im Rechnungsjahr 1942/43 fast das Vierfache der gesamten Bundesschuld von 1930 betrug, und 1943/44 müssen noch größere Summen aufgenommen werden. Unter diesen Umständen sind erhebliche Anstrengungen gemacht worden, um Anleiheformen zu schaffen, die für alle Gruppen von Geldgebern geeignet sind, und um namentlich mit Hilfe einer Reihe von „Verkaufsfeldzügen" unmittelbar vom Publikum Geld aufzunehmen, d. h. von anderen Kapitalgebern als den Banken. 1941 wurden zwei neue Papiere eingeführt, die Sparobligationen (defence savings bonds) und die Steuergutscheine (tax-anticipation notes), welche beide nicht börsengängig waren; 1942 wurden neue Serien von Steuergutscheinen geschaffen, um die alten zu ersetzen, und der Höchstbetrag für den einzelnen Zeichner von Sparobligationen wurde von 50.000 auf 100.000 Dollar erhöht. Weitere Schritte wurden im Mai, August und Dezember mit der Ausgabe von börsengängigen Schatzanweisungen gemacht, die während eines Zeitraums von zehn Jahren von Banken nicht für eigene Rechnung erworben werden können; sie wurden in großem Umfang an Lebensversicherungsgesellschaften verkauft. Ferner wurde das Ausgabeverfahren geändert; statt die Zeichnungslisten wie früher schon nach 24 oder 48 Stunden zu schließen, ließ man sie für die neuen Anleihen jeweils mehrere Wochen lang aufliegen, um eine bessere Verteilung der Anleihen zu erreichen — ein Verfahren, das mit der fortlaufenden Abgabe von börsengängigen Anleihen vergleichbar ist, die in England und Deutschland schon gebräuchlich war.

Damit verbunden waren eine Anzahl von Kriegsanleihe-Feldzügen (drives), bei denen eine Mischung von lang- und kurzfristigen Staatspapieren in einem begrenzten Zeitraum zum Verkauf angeboten wurde: die erste gemischte Kriegsanleihe dieser Art vom Dezember 1942 umfaßte sechs verschiedene Anleihetypen und erbrachte 13 Milliarden Dollar, von denen die Banken 5 Milliarden gezeichnet hatten; im April 1943 ergab die zweite derartige Kriegsanleihe 18,5 Milliarden, wovon wieder 5 Milliarden Bankzeichnungen waren; im September/Oktober 1943 erbrachte der dritte „drive", diesmal unter Ausschluß der Banken, 19 Milliarden Dollar.

Unterbringung der Bundesschuld in den Vereinigten Staaten[1]

Zeit	Banken			Andere Kapitalgeber					Alle Kreditgeber zusammen
	Bundes-Reserve-Banken	Handelsbanken [2]	Insgesamt	Genossenschaftliche Sparkassen	Versicherungsgesellschaften [3]	Bundesbehörden	Alle übrigen [3]	Insgesamt	
	in Millionen Dollar								
1940 (zwölf Monate)	(—300)	1.470	1.170	120	600	1.090	310	2.120	3.290
1941 „ „	70	4.030	4.100	460	1.100	1.910	5.820	9.310	13.410
1942 „ „	3.940	19.550	23.490	860	3.000	2.710	17.760	24.330	47.820
1943 (sechs Monate)	1.010	10.660	11.670	720	1.800	2.070	11.620	16.210	27.880
Gesamtbestände Ende 1942. . . .	6.190	41.340	47.530	4.560	11.000	12.240	36.260	64.060	111.590
	in Prozenten der jeweiligen Gesamtkreditaufnahme								
1940 (zwölf Monate)	(—9,1)	44,7	35,6	3,6	18,2	33,1	9,4	64,4	100
1941 „ „	0,5	30,1	30,6	3,6	8,2	14,2	43,4	69,4	100
1942 „ „	8,2	40,9	49,1	1,8	6,3	5,7	37,1	50,9	100
1943 (sechs Monate)	3,6	38,2	41,9	2,6	6,5	7,4	41,6	58,1	100

[1] Diese Zahlen beruhen auf einer Statistik, die nur die Unterbringung der verzinslichen (staatlichen und staatlich garantierten) Wertpapiere betrifft. Die Ziffern für die Banken und die Bundesbehörden sowie die Gesamtbeträge sind auf 10 Millionen $ abgerundet.

[2] Ende 1942 entfielen von der für alle Handelsbanken angegebenen Summe 90 v. H. auf die Mitgliedsbanken des Bundes-Reserve-Systems.

[3] In der zugrundeliegenden Statistik des Federal Reserve Bulletins sind diese beiden Spalten auf 100 Millionen $ abgerundet; in der obigen Tabelle sind für die Versicherungsgesellschaften die Originalziffern wiedergegeben, während bei „Alle übrigen" die notwendigen Zehner hinzugefügt wurden, um die Summe der vier Spalten mit der Spalte „Insgesamt" in Übereinstimmung zu bringen.

Im ganzen verkaufte das Schatzamt 1942 an andere Kapitalgeber als Banken mehr als 24 Milliarden Dollar; trotzdem aber war der Anlagebedarf der Banken sehr groß. Die Mitgliedsbanken des Bundes-Reserve-Systems haben ihren Bestand an Staatspapieren 1942 fast verdoppelt, und 1943 setzte sich die Erhöhung fort, wie die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt. Die Gesamtheit der anderen Aktiva der Mitgliedsbanken hat abgenommen. Die Kredite, die von Juni 1940 bis Dezember 1941 um mehr als 4 Milliarden Dollar kräftig gestiegen waren, fielen 1942 um 2 Milliarden und im ersten Halbjahr 1943 um fast 1,3 Milliarden. Dies war das Ergebnis verschiedener gegenläufiger Bewegungen. Die einschränkenden Bestimmungen vom September 1941 in bezug auf die Konsumentenkredite der Bundes-Reserve-Banken wurden im Mai 1942 noch verschärft, und die Bankkredite für nicht kriegsmäßige Zwecke nahmen weiter ab (wenigstens zum Teil infolge des verringerten Bedarfs der Wirtschaft

Alle Mitgliedsbanken des Bundes-Reserve-Systems in den Vereinigten Staaten

Monatsende	Aktiva				Passiva			
	Reserveguthaben	Kredite	Wertpapiere des Bundes	Wertpapiere alle sonstigen	Sichteinlagen [1]	Sichteinlagen des Bundes	Zeiteinlagen [2]	Einlagen insgesamt [3]
	in Millionen Dollar							
1940 Juni . . .	13.751	13.969	14.722	5.760	27.877	711	11.459	42.039
Dezember	13.992	15.321	15.823	5.982	30.429	616	11.687	46.007
1941 Juni . . .	12.959	16.729	18.078	5.852	32.678	619	11.898	48.076
Dezember	12.396	18.021	19.539	5.961	33.754	1.709	11.878	51.192
1942 Juni . . .	12.295	16.928	24.096	5.774	36.966	1.724	11.673	53.434
Dezember	13.072	16.088	37.546	5.629	42.570	7.923	12.366	67.276
1943 Juni . . .	12.093	14.823	46.980	5.352	48.957	7.236	13.392	73.465

[1] Berichtigte Ziffern ohne die Einlagen anderer Banken und des Bundes und ohne schwebende Kassenposten.
[2] Von Einzelpersonen, Handelsgesellschaften und Körperschaften.
[3] Bruttoeinlagen ohne die der Banken untereinander.

an solchen Krediten entsprechend dem rückgängigen Absatz von Automobilen und anderen dauerhaften Verbrauchsgütern). Andererseits wurden bei den Banken beträchtliche Kreditansprüche als unmittelbare Folge des Krieges gestellt. Bei allen Handelsbanken in den Vereinigten Staaten betrug 1942 der Nettorückgang der Ausleihungen mehr als 2 Milliarden Dollar; die Kredite zur Finanzierung von Kriegsaufträgen erhöhten sich um ungefähr 1,7 Milliarden, während diejenigen für andere Zwecke um fast 4 Milliarden abnahmen.

Die Beschaffung von Betriebskapital[1] für die amerikanische Kriegsindustrie erfolgt hauptsächlich auf drei Arten. Erstens wurden Heer und Flotte durch Gesetz vom 22. Juni 1940 ermächtigt, bis zur Höhe von 30 v. H. der Auftragsbeträge unmittelbare Vorschüsse zu gewähren (später wurden weitere Vorschüsse bis zu 20 v. H. an Unterlieferanten zugelassen); diese Vorschüsse waren anfangs zinsfrei, in der Folge aber mit 2½ v. H. zu verzinsen. Zweitens wurde am 9. Oktober 1941 dieses System der „progress payments" durch das Gesetz über die Abtretung von Forderungen ergänzt, welches zum erstenmal die Abtretung von Forderungen gegen den Bund gestattete; kraft dieser Vorschrift konnten die Auftragnehmer von den Banken Kredite erhalten, bei denen Forderungen gegen den Staat als Sicherheit dienten. Tatsächlich trug dieses Gesetz jedoch nicht erheblich zur Ausdehnung der Kreditmöglichkeiten der Banken bei. Drittens ermächtigte eine Verordnung des Präsidenten vom 26. März 1942 das Kriegs- und Marine-Amt und die Schiffahrtskommission, Kredite für Zwecke der Kriegsproduktion zu garantieren; die Bank, welche den Kredit gibt, zahlt für die Garantie je nach ihrer Höhe eine Provision von 10 bis 50 v. H. des Zinseingangs. Auf diese Weise sind eine Anzahl bedeutender Bankkredite zustande gekommen[2].

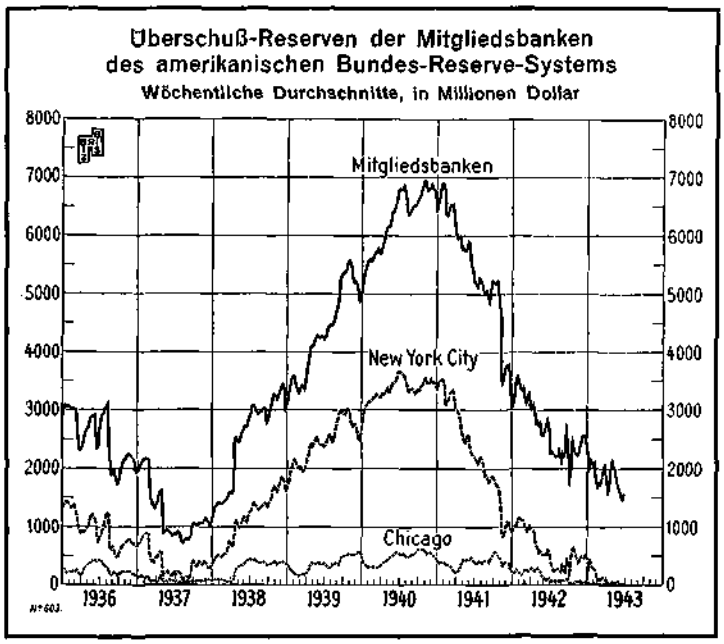
[1] Anlagekapital wird durch die Reconstruction Finance Corporation und ihr Hilfsinstitut, die Defense Plant Corporation, beschafft.

[2] Bis Ende Dezember 1942 waren garantierte Kredite in Höhe von 2,7 Milliarden $ genehmigt worden; davon waren 800 Millionen $ in Anspruch genommen, 1.450 Millionen $ noch verfügbar und 450 Millionen $ schon zurückgezahlt. Bis August 1943 waren Bürgschaftskredite von 5.150 Millionen $ genehmigt worden, von denen 1.650 Millionen $ in Anspruch genommen, 2.480 Millionen $ noch verfügbar und etwa 1.020 Millionen $ schon zurückgezahlt waren. Etwa 80 v. H. der ausstehenden Kredite waren durch die Garantien gedeckt.

Den Gegenposten zu der Erhöhung der Kreditgewährung der Banken an den Staat bildet eine Zunahme der Sichteinlagen, die 1942 im ganzen etwa 16 Milliarden Dollar ausmachte und verhältnismäßig am stärksten in den landwirtschaftlichen Bezirken war. Ende 1942 war die Verteilung der Einlagen höchst ungewöhnlich, die Guthaben des Publikums hatten sich um 8,8 auf 42,6 Milliarden Dollar erhöht, während die Bundeseinlagen um 6,2 Milliarden auf den sehr hohen Stand von 7,9 Milliarden Dollar angewachsen waren. Entgegen der Praxis in anderen Ländern unterhält die amerikanische Regierung bei den bedeutendsten Privatbanken im ganzen Lande Konten, um die Einzahlungen und Überweisungen der Erlöse von Bundesanleihen zu erleichtern, und Ende 1942 waren die Guthaben auf diesen Konten ausnahmsweise hoch infolge der gerade aufliegenden „Victory Loan", welche die umfangreichste Kreditoperation darstellte, die bis dahin in der Finanzgeschichte der Vereinigten Staaten vorgekommen war. Im ersten Vierteljahr 1943 gingen die Guthaben des Bundes bei den Mitgliedsbanken auf nur 2,6 Milliarden im März herunter, während die anderen Einlagen zunahmen; nachher stiegen die Staatseinlagen aber erneut, und als im April und Mai 1943 weitere Bundesanleihen gezeichnet wurden, erreichten sie die Rekordhöhe von rund 10 Milliarden Dollar.

In den 15 Monaten bis März 1943 stiegen die Sichteinlagen der Wirtschaft und von Privatpersonen bei allen Handelsbanken des Landes um 15 auf 53 Milliarden Dollar. Eine vom Bundes-Reserve-System angestellte Untersuchung ergab, daß mehr als zwei Drittel aller Sichteinlagen Geschäftsguthaben waren und weniger als ein Drittel Einzelpersonen (einschließlich der Landwirte) gehörte; von der Zunahme um 15 Milliarden entfielen aber ungefähr drei Viertel auf die Geschäftskonten und ein Viertel auf die persönlichen Einlagen; jene waren um die Hälfte und diese nur um ein Drittel gestiegen. Eine weitere Erhebung, die über die Verhältnisse im Juli 1943 angestellt wurde, bestätigte diese Ergebnisse. Es wurde hinzugefügt, daß nach allen vorhandenen Unterlagen sowohl die täglich fälligen Guthaben in Höhe von 19 Milliarden Dollar wie auch die Zeitgelder von 31 Milliarden (bei Banken und Sparkassen) zur Hauptsache Einzelpersonen gehörten; danach waren also deren gesamte „Barreserven" wesentlich höher als die der Unternehmungen.

Die Reserveguthaben der Mitgliedsbanken hatten ihren höchsten Punkt mit 14 Milliarden Dollar Ende 1940 erreicht; danach gingen sie bis September 1942 zurück und sanken in diesem Monat für einige Wochen unter 12 Milliarden Dollar. Der Hauptgrund für ihre Abnahme waren die Abhebungen von Geldern von den Banken, während die Goldzufuhren aufgehört hatten, die den vorangegangenen Anstieg hauptsächlich bewirkt hatten. Andererseits sind die gesetzlichen Pflichtreserven, die sich Ende 1940 auf ungefähr 7 Milliarden Dollar belaufen hatten, infolge der wachsenden Einlagen bei den Mitgliedsbanken ständig weiter gestiegen; im November 1941 nahm der Bundes-Reserve-Rat eine allgemeine Erhöhung des Prozentsatzes der Pflichtreserven vor. Der Reservenüberschuß verringerte sich daher sowohl durch die Abnahme der Gesamtreserven als auch durch die Erhöhung der Pflichtreserven und fiel von fast 7 Milliarden Ende 1940 unter 2 Milliarden Dollar Ende September



1942. Diese „Überschuß-Reserven" waren jedoch nicht gleichmäßig verteilt; die Rückgänge hatten namentlich in New York und Chikago stattgefunden, da in diesen beiden „Zentralreservestädten" die Zeichnungen auf Staatsanleihen sehr beträchtlich waren, während ein erheblicher Teil der Erlöse und auch der Steuereingänge aus diesen Zentren anderwärts ausgegeben wurde.

Obgleich die Banken in diesen „Zentralreservestädten" eine außerordentliche Abnahme ihrer Reserven zu verzeichnen hatten, kauften sie doch weiterhin Staatsanleihen. Die Barreserven der Handelsbanken können aber durch Maßnahmen der Zentralbank beeinflußt werden. Zur Behebung der Schwierigkeiten standen den Bundes-Reserve-Banken drei Wege zur Verfügung: a) Milderung der Reservenvorschriften, b) Erleichterung der Kreditgewährung, c) Operationen am offenen Markt. Alle diese Mittel wurden 1942 angewendet.

Pflichtreserven der Mitgliedsbanken des amerikanischen Bundes-Reserve-Systems

Tag der Änderung [1]		Vorgeschriebene Reserven [2] gegen			
		reine Sichteinlagen bei den			Termin-Einlagen (alle Banken)
		„central reserve city"-Banken [3]	„reserve city"-Banken [4]	„country"-Banken [5]	
		in v. H.			
1917	21. Juni	13	10	7	3
1936	16. August	19 ½	15	10 ½	4 ½
1937	1. März	22 ¾	17 ½	12 ¼	5 ¼
	1. Mai	26	20	14	6
1938	16. April	22 ¾	17 ½	12	5
1941	1. November	26	20	14	6
1942	20. August	24	20	14	6
	14. September	22	20	14	6
	3. Oktober	20	20	14	6

[1] Datum, von dem ab die neuen Sätze in Kraft getreten sind (für 1917 ursprüngliche Sätze). [2] In Prozenten der Einlagen.
[3] Nur die Mitgliedsbanken in New York und Chikago.
[4] Mitgliedsbanken in zehn anderen Städten, wo die Bundes-Reserve-Banken Niederlassungen haben. [5] Alle anderen Mitgliedsbanken.

a) Die ursprünglichen durch das Bundes-Reserve-Gesetz erlassenen Vorschriften über die Reservehaltung waren von 1917 bis 1936 in Kraft. Das Bankengesetz von 1935 ermächtigte den Bundes-Reserve-Rat, den Prozentsatz der Pflichtreserven der Mitgliedsbanken bis auf höchstens das Doppelte der ursprünglichen Höhe heraufzusetzen, und in den Jahren 1936 und 1937 fanden drei solche Erhöhungen statt, die den Prozentsatz bis auf das zulässige Höchstmaß

brachten. Nach einer Senkung im Jahre 1938 wurde der Pflichtsatz im November 1941 wieder bis zur Höchstgrenze heraufgesetzt. Die bis dahin vorgenommenen Änderungen galten für alle Banken gleichmäßig. Am 7. Juli 1942 wurde jedoch das Bundes-Reserve-Gesetz dahin geändert, daß die Reservenvorschriften für die Banken in den beiden „Zentralreservestädten" unabhängig von denen für die anderen Reserveplätze geändert werden konnten. Dies ermöglichte eine der besonderen Stellung New Yorks und Chikagos Rechnung tragende Modifizierung der Politik: für diese beiden Hauptplätze des Bundes-Reserve-Systems wurden die Vorschriften über die Reservehaltung gegen Sichteinlagen im August, September und Oktober 1942 derart gemildert, daß Reserven von insgesamt etwa 1,2 Milliarden Dollar frei wurden und der Prozentsatz für die Pflichtreserven auf etwas weniger als das Anderthalbfache seiner ursprünglichen Höhe und damit auf den gleichen Stand wie in den anderen Reservestädten sank. Außerdem wurden im April 1943 die Mitgliedsbanken hinsichtlich der Guthaben der Bundesregierung, welche Erlöse von Kriegsanleihen darstellten, von den Bestimmungen über die Reserven befreit.

b) Eine Vereinfachung und Verbilligung der Kreditaufnahme durch die Mitgliedsbanken und andere Banken fand 1942 ebenfalls statt. Während der Mindestankaufsatz der Bundes-Reserve-Banken für 90-Tage-Bankakzepte, dem in Europa der amtliche Diskontsatz ungefähr entspricht, mit ½ v. H. unverändert blieb (seit Oktober 1933), wurde für den Ankauf aller Schatzwechsel, die den Reserve-Banken seit dem 30. April 1942 angeboten wurden, ein Satz von $^3/_8$ v. H. festgelegt. Im August erklärten die Reserve-Banken sich damit einverstanden, daß der ursprüngliche Verkäufer auf Wunsch solche Wechsel vor Verfall zum gleichen Satz zurückkaufen könnte. Durch diese Maßnahme wurden die Schatzwechsel für die Mitgliedsbanken praktisch gleichbedeutend mit Kassenreserven.

Im März und April 1942 senkten eine Reihe von Bundes-Reserve-Banken die den Mitgliedsbanken berechneten Sätze für Kredite, die durch Staatsanleihen gesichert waren, auf 1 v. H., und im Oktober setzten alle Bundes-Reserve-Banken einen neuen Satz von ½ v. H. für solche Kredite an Mitgliedsbanken gegen Staatspapiere fest, die auf weniger als ein Jahr befristet waren. Diese Möglichkeiten wurden jedoch wenig in Anspruch genommen, und die Intervention der Bundes-Reserve-Banken bestand hauptsächlich im Ankauf von Staatsanleihen.

c) Die Operationen am offenen Markt, welche eine Reihe von Jahren eine geringere Rolle gespielt hatten, da die Staatspapierbestände bei den Bundes-Reserve-Banken sich ständig auf etwas mehr als 2,2 Milliarden Dollar hielten, erlangten mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg erhebliche Bedeutung. Am 8. Dezember 1941 gab der Board of Governors eine Erklärung heraus, in der es hieß, das System sei bereit, seine Vollmachten dazu zu verwenden, daß jederzeit ein reichliches Angebot an Mitteln zur Finanzierung des Krieges gesichert sei, und seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß am Markt der amerikanischen Bundesanleihen eine vom Standpunkt der staatlichen Bedürfnisse befriedigende Lage erhalten bleibe.

Die Bundes-Reserve-Banken verfolgten also in ihrer Politik am offenen Markt zwei Hauptziele, nämlich erstens die Reserven der Mitgliedsbanken angesichts der Erhöhung ihrer Einlagen zu stärken und Barabhebungen zu decken, und zweitens geordnete Verhältnisse am Markt der Staatsanleihen zu erhalten, besonders während der Durchführung umfangreicher Emissionen.

Außerdem änderte das zweite Kriegsvollmachtengesetz vom 27. März 1942 das Bundes-Reserve-Gesetz dahin ab, daß es den Reserve-Banken erlaubte, Staatsanleihen unmittelbar von der Regierung zu kaufen, was bis dahin verboten war; diese Änderung gilt jedoch nur bis Ende 1944, und die Reserve-Banken dürfen in keinem Zeitpunkt für mehr als 5 Milliarden Dollar direkt erworbene Staatsanleihen besitzen. Auf Grund dieser Befugnis haben die Bundes-Reserve-Banken von Zeit zu Zeit besondere eintägige Zertifikate gekauft, welche entsprechend ihren Bedingungen am folgenden Tage eingelöst wurden; solche Zertifikate wurden besonders im Juni, September und November 1942 gekauft; der größte Ankauf im Jahre betrug 422 Millionen Dollar am 30. November 1942.

Die folgende Tabelle zeigt, daß im Jahre 1941 die Bundes-Reserve-Banken in Verfolg ihrer zurückhaltenden Politik fast überhaupt nicht am Markt intervenierten; sie ließen vielmehr die Abzüge von Geldern unmittelbar auf die Reserven der Mitgliedsbanken zurückfallen und verstärkten ihre Wirkung auf die Überschußreserven sogar, indem sie am 1. November die Pflichtreserven erhöhten.

Bewegung der wichtigsten Posten
bei den amerikanischen Bundes-Reserve-Banken

Zeit	Aktiva			Passiva			Geldumlauf [3]
	Bestände an Staatspapieren			Gesamte Reserveguthaben der Mitgliedsbanken	Überschußreserven der Mitgliedsbanken	Bundes-Reserve-Noten	
	langfristig [1]	kurzfristig [2]	insgesamt				
	in Millionen Dollar						
1941 Januar-März	—	—	—	— 655	— 839	+ 223	+ 192
April-Juni	—	—	—	— 320	— 566	+ 578	+ 688
Juli-September	—	—	—	+ 176	— 41	+ 497	+ 551
Oktober-Dezember	+ 60	+ 10	+ 70	— 777	—2.084	+ 957	+ 997
1942 Januar-März	—	— 10	— 10	+ 125	— 12	+ 449	+ 406
April-Juni	+ 92	+ 309	+ 401	— 270	— 711	+ 723	+ 817
Juli-September	+ 71	+ 852	+ 922	— 713	— 672	+1.270	+1.320
Oktober-Dezember	+1.732	+ 890	+2.622	+1.525	+ 298	+1.502	+1.707
1943 Januar-März	—1.155	+ 885	— 270	— 358	— 470	+ 561	+ 840
April-Juni	— 688	+1.971	+1.283	— 674	— 306	+1.104	+1.171
Juli-September [4]	— 74	+2.076	+2.002	+ 402	+ 681	+1.266	+1.293
Gesamtbestand Ende 1942	4.138	2.051	6.189	13.117	1.988	12.082	15.410

[1] Staatsanleihen (unmittelbare und garantierte) und Schatznoten. [2] Schatzzertifikate und Schatzwechsel.
[3] Der gesamte Geldumlauf enthält außer dem Hauptposten, den Bundes-Reserve-Noten, auch die staatlichen Geldzeichen, d. h. hauptsächlich das Silbergeld und die Scheidemünzen. [4] Bis 22. September.

Mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg änderte sich das Bild, doch fand zunächst noch kein großer Wechsel statt, bis im zweiten Vierteljahr 1942 für mehr als 300 Millionen Dollar kurzfristige Staatspapiere

gekauft wurden, denen im dritten Vierteljahr 850 Millionen und im letzten Vierteljahr nahezu 900 Millionen folgten; der Erwerb von langfristigen Staatspapieren (Anleihen und „Notes") war verhältnismäßig weniger bedeutend, bis im letzten Viertel des Jahres für 1,7 Milliarden derartige Werte gekauft wurden, womit die gesamten Ankäufe in diesem Vierteljahr 2,6 Milliarden Dollar erreichten. Dagegen stieg der Umlauf an Bundes-Reserve-Noten und anderen Zahlungsmitteln beträchtlich, besonders in der zweiten Hälfte von 1942, während sich die Überschußreserven der Mitgliedsbanken erst im letzten Viertel des Jahres etwas erhöhten.

In der ersten Hälfte des Jahres 1943 konnten die Reserve-Banken die langfristigen Papiere, die sie im letzten Vierteljahr 1942 gekauft hatten, wieder abstoßen, doch kauften sie für etwa 2,9 Milliarden Dollar kurzfristige Papiere, so daß sich ihre Bestände an amerikanischen Staatsanleihen per Saldo um 1 Milliarde Dollar erhöhten und im Juni 1943 den Stand von 7,2 Milliarden erreichten. Trotzdem aber nahmen die Überschußreserven der Mitgliedsbanken in diesem Halbjahr um weitere 800 Millionen ab und beliefen sich im Juni 1943 auf nur 1,2 Milliarden Dollar; in New York und Chikago waren fast keine Überschußreserven mehr vorhanden.

Die Tatsache, daß die New-Yorker Mitgliedsbanken keine nennenswerten Barreserven mehr über die gesetzlich vorgeschriebenen hinaus unterhalten, bedeutet natürlich in keiner Weise, daß diese Banken illiquid geworden sind. Sie haben im Gegenteil erhebliche Reserven zweiten Grades in Form von Schatzwechseln angesammelt, die, wie bereits erwähnt, seit August 1942 praktisch den Kassenreserven gleichwertig geworden sind. Außerdem bildete seit der ersten Ausgabe von Schuldzertifikaten im April 1942 eine reichliche Reservehaltung an diesen Papieren mit höchstens einjähriger Laufzeit ebenfalls einen Teil der Liquiditätsvorsorge der Banken.

New-Yorker Mitgliedsbanken des amerikanischen Bundes-Reserve-Systems

Monatsdurchschnitt	Überschußreserven	Schatzwechsel	Schuldzertifikate
	in Millionen Dollar		
1941 März	3.203	227	—
Juni	2.238	582	—
September	1.834	495	—
Dezember	989	365	—
1942 März	962	334	—
Juni	556	391	297
September	302	735	962
Dezember	416	1.737	1.478
1943 März	96	1.814	1.966
Juni	22	2.092	2.539

Trotz der Kriegsverhältnisse, der Ausdehnung des Zahlungsmittelumlaufs und der Bankeinlagen sowie des gewaltigen Kreditprogramms der Regierung haben sich die Zinssätze während der Berichtszeit nicht wesentlich verändert. Die Renditen für kurzfristige Anlagen haben seit 1941 etwas angezogen, sind aber noch immer sehr niedrig; die Herabsetzung einiger Sätze der Bundes-Reserve-Banken und die Festsetzung eines neuen Satzes für den Ankauf von Schatzwechseln (sowie die spätere Schaffung der Rückkaufsmöglichkeit) gaben keinen Anstoß in der Richtung einer Geldverbilligung, sondern waren mehr Abwehrmaßnahmen gegenüber der steigenden Tendenz der Marktsätze. Der Satz für Dreimonatsschatzwechsel, der den kurzfristigen Markt beherrscht, stieg

von 0,014 v. H. im Durchschnitt des Jahres 1940 auf 0,103 v. H. für 1941 und 0,326 v. H. für 1942; der Ankaufssatz der Bundes-Reserve-Banken verhinderte einen Anstieg über 0,375 v. H. in der ersten Hälfte 1943.

Was die Sätze für Kredite der Handelsbanken betrifft, so ergab eine vom Bundes-Reserve-Rat im Frühjahr 1942 vorgenommene Untersuchung folgendes: während der Durchschnittssatz sowohl für Kriegszwecke als auch für andere Zwecke 3½ v. H. betrug, bezahlten die großen Kreditnehmer mit Aktiven von mehr als 5 Millionen Dollar durchschnittlich nur den dritten Teil der Zinsen, welche die kleinen Kreditnehmer mit Aktiven bis zu 50.000 Dollar zahlen mußten, nämlich 1,8 v. H. gegen 5,5 v. H. Scheinbare regionale Differenzen erklärten sich weitgehend durch Unterschiede in der Größe und Geschäftsart der kreditnehmenden Firmen, wenn auch eine gewisse Neigung des Zinsgefälles nach dem mittleren Westen hin unverkennbar war. Eine überraschende Tatsache, die durch die Untersuchung zutage trat, war die, daß trotz der ständig verfolgten Politik billigen Geldes die am häufigsten angewandten Zinssätze von 1936 und 1942 sehr wenig verschieden waren. Aus Gründen, die mit der Beschaffung der Unterlagen zusammenhängen, erscheint es jedoch wahrscheinlich, daß in der genannten Zeit tatsächlich eine leichte Ermäßigung der Zinssätze stattgefunden hat. Seit dem Frühjahr 1942 war aber eine gewisse Versteifung der Lage offensichtlich; der durchschnittliche Zinssatz für Wirtschaftskredite der Banken in der Stadt New York zog von seinem Rekord-Tiefstand von 1,85 v. H. im März 1942 auf 2,70 v. H. im Juni 1943 an.

Am Markt der langfristigen Werte stieg der Durchschnittssatz für steuerfreie Schatzanweisungen mit längerer als 12jähriger Laufzeit, welcher von 2,21 v. H. im Jahre 1940 auf 1,95 v. H. für 1941 gefallen war, im Jahre 1942 auf 2,02 v. H. Den besten Maßstab für die Entwicklung der Zinssätze für langfristige Anlagen bieten jedoch die Bedingungen der jüngsten Ausgaben steuerpflichtiger Schatzanweisungen gegen Barmittel. Bis Dezember 1941 wurde der Zinssatz dieser Schatzanweisungen auf 2½ v. H. gehalten, während die Laufzeiten verlängert wurden. Anfang Dezember 1941 (vor Ausbruch der Feindseligkeiten im Pazifik) wurde ein Versuch zur Verbesserung der Anleihebedingungen mit einer Ausgabe zu 2 v. H. und einer Laufzeit von 10–14 Jahren unternommen; dieser Satz wurde jedoch später nur bei 7- bis 9jährigen Emissionen beibehalten, während für

Ausgabe langfristiger Schatzanweisungen in den Vereinigten Staaten

Ausgabemonat	Zinssatz	Laufzeit	Angebotener Betrag	Barzeichnungen
	v. H.	Jahre	Millionen Dollar	
1941 März	2½	11–13	530	6.140
Juni	2½	15–17	660	8.270
Oktober	2½	26–31	1.310	10.450
Dezember	2	10–14	530	4.730
„ [1]	2½	26–31	1.070	6.980
1942 Februar	2½	10–13	1.510	4.700
Mai [2]	2½	20–25	880	880
„	2	7– 9	1.290	3.280
Juli	2	7– 9	2.100	3.850
August [2]	2½	20–25	1.240	1.240
Oktober	2	7– 9	1.960	1.960
Dezember [2]	2½	21–26	2.830	2.830
„	1¾	5	3.060	3.360
1943 April [2]	2½	21–26	3.760	3.760
„	2	7– 9	4.930	12.760

[1] Eine weitere Ausgabe der Emission vom Oktober.
[2] Diese Emission war für Banken nicht erhältlich.

längerfristige 2½ v. H. gezahlt wurden. Die öffentlichen Zeichnungen gegen Barzahlung überstiegen die gesamten Emissionen im Jahre 1941 beträchtlich, 1942 aber in schwächerem Maße. Dieser Rückgang hat anscheinend hauptsächlich drei Gründe: erstens waren die Anleihebeträge bedeutend höher, zweitens wurden sie zu einem Kurse herausgebracht, der bei sofortigem Wiederverkauf nur geringen Gewinn bot und daher spekulative Zeichner nicht reizte, und drittens waren die Emissionen in einigen Fällen (wie z. B. für die 2½prozentigen Bonds vom Mai 1942) nicht fest begrenzt, so daß alle Zeichner Zuteilungen erhielten. Eine Rekord-Überzeichnung fand bei einer den Banken im April 1943 angebotenen Anleihe statt.

In Japan wurde im Mai 1942 eine Finanz-Kontroll-Körperschaft gebildet, die in enger Zusammenarbeit mit der Bank von Japan und dem Finanzministerium bei der Aufstellung und Durchführung von Plänen zur Deckung des staatlichen Finanzbedarfs mitwirken soll. Die Körperschaft schreibt vor, welche Beträge die verschiedenen Institutionen in jedem Vierteljahr „sparen" müssen, und weist ihnen den Betrag von Staatsanleihen zu, den sie zu übernehmen haben. Die Pläne gründen sich auf Schätzungen des Volkseinkommens, dessen Zusammensetzung die obenstehende Tabelle in den Grundzügen wiedergibt. So wurde für 1942/43 geplant, 7 Milliarden Yen durch Steuern zu erheben, während 23 Milliarden (direkte staatliche Kreditaufnahme und Investierungen) durch Sparen aufzubringen waren. Tatsächlich ergaben 1942/43 Steuern und andere Einnahmen des Schatzamtes 6.570 Millionen Yen, während der „gesparte" Betrag sich nach den veröffentlichten Ziffern auf 23.460 Millionen Yen belief.

Verteilung des Volkseinkommens in Japan[1]

Rechnungsjahr vom 1. April bis 31. März	Staatsbedarf			Kapitalinvestierungen [4]	Privater Verbrauch	Insgesamt
	Steuern und andere Einkünfte [2]	Kreditaufnahme [3]	insgesamt			
	in Milliarden Yen					
1941/42	5	13	18	5	17	40
1942/43	7	17	24	6	15	45
1943/44	10	21	31	6	13	50

[1] Die Methode der Errechnung des Volkseinkommens ist nicht bekannt, die Ziffern sind daher wahrscheinlich mit denen für die westlichen Länder nicht ohne weiteres vergleichbar.

[2] Dieser Posten entspricht ungefähr dem ordentlichen Haushalt der 13 Ministerien, der jedoch teilweise durch Kreditaufnahme finanziert wird.

[3] Diese Spalte enthält die gesamten Kriegsausgaben, die auf 49 besondere Haushaltsrechnungen verteilt sind und größtenteils im Kreditwege gedeckt werden.

[4] Zur Stärkung der Kriegswirtschaft, durch Kreditaufnahme gedeckt.

Sparkapitalbildung in Japan[1]

Rechnungsjahr (1. April bis 31. März)	1942/43	1943/44
	Milliarden Yen	
Einlagen bei		
Banken	9,21	10,3
Postsparkasse	3,35	4,2
Genossenschaftlichen Kreditinstituten	2,31	2,7
Sonstigen Instituten	2,87	3,5
Insgesamt	17,74	20,7
Private Wertpapierkäufe	5,72 [2]	6,3
Gesamte Sparkapitalbildung	23,46	27,0

[1] D. h. Geldkapitalbildung ohne Bank von Japan.

[2] Post-Lebensversicherung 540 Millionen, Post-Pensions-Fonds 290 Millionen, Treuhand-Gesellschaften 550 Millionen, Versicherungsgesellschaften 1,27 Milliarden und Finanzgesellschaften 220 Millionen Yen.

In der vorstehenden Tabelle sind die Zahlen, die sich auf die Geldkapitalbildung beziehen, zusammen mit den Quoten wiedergegeben, die zur Aufbringung der für 1943/44 als notwendig erachteten Summe von 27 Milliarden Yen festgesetzt sind. Für die erste Hälfte des Rechnungsjahres von April bis September 1943 wurden die gesamten „Ersparnisse" mit 13.750 Millionen Yen angegeben.

Der Haushaltsvoranschlag für 1943/44 zeigt Gesamtausgaben in Höhe von 40.280 Millionen Yen; davon sind aber 4,2 Milliarden Überträge zwischen den Haushaltsrechnungen, und von den Kriegsausgaben sollen 3,3 Milliarden Yen durch Kreditaufnahme in den besetzten Gebieten gedeckt werden — hierunter ist die Ausgabe von Noten durch die Südsee-Entwicklungsbank zu verstehen[1]. Die in Japan aufzubringenden Einnahmen betragen somit etwa 33 Milliarden Yen (etwas mehr als in der Tabelle auf Seite 286 angegeben, wahrscheinlich infolge der beiden Nachtragshaushalte; zwei weitere Nachtragshaushalte in Höhe von 620 und 129 Millionen Yen wurden im Juni und im November 1943 verabschiedet).

Haushaltsausgaben Japans

Voranschlag für 1943/44	Millionen Yen
Ordentliche Haushaltsausgaben	10.000
Erster Nachtrag	2.350
Zweiter Nachtrag	930
Zusammen	13.280
Kriegsausgaben	21.000
Zusammen	34.280
Militär-„Reserve-Fonds"	6.000
Gesamte Haushaltsausgabe	40.280

Die Anhäufung der Haushaltsfehlbeträge seit Beginn des „chinesischen Zwischenfalls" Mitte 1937 ergibt sich am besten aus der Emission von Staatsanleihen seit jener Zeit.

Ausgabe und Umlauf von Inlandsanleihen in Japan

Monate	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943
	in Millionen Yen						
Januar-März	185	932	1.130	1.375	1.603	3.149	3.966
April-Juni	7	905	1.103	1.418	2.048	3.837	4.700*
Juli-September	212	1.112	1.417	1.329	2.170	3.304	3.800*
Oktober-Dezember	1.109	1.401	1.669	2.633	3.271	3.866	.
Januar-Dezember	1.513	4.350	5.319	6.755	9.092	14.156	.
Gesamtumlauf am Jahresende	10.585	14.935	20.254	27.008	36.101	50.256	.

* Vorläufig.

Die gesamte innere Anleiheschuld stieg von 9 Milliarden Yen Ende 1936 auf 50 Milliarden Ende 1942 und erhöhte sich 1943 in einem Tempo, das einer Jahreszunahme um 15 Milliarden Yen entspricht. Im Hinblick auf diese außerordentliche Ausweitung der öffentlichen Verschuldung erscheint die Tabelle auf der folgenden Seite interessant, welche die wichtigsten Inhaber von Staatsanleihen angibt und erkennen läßt, wie die neuen Emissionen untergebracht worden sind.

[1] In der Haushaltsdebatte teilte der Finanzminister mit, daß außerdem 1,6 Milliarden Yen durch Verkauf beschlagnahmter Waren in den besetzten Gebieten aufgebracht werden würden.

Die wichtigsten Inhaber japanischer Staatsanleihen

Bezeichnung	Bank von Japan	Sonstige Institute: Andere Spezialbanken	Handelsbanken	Schatzamtseinlagen-Büro[1]	Sparkassen	Insgesamt	Alle Institute zusammen	Andere Kapitalgeber[2]	Insgesamt
	in Millionen Yen								
Gesamtumlauf am Jahresende									
1936	829	323	2.561	1.910	1.016	5.810	6.639	2.433	9.072
1937	1.387	342	2.500	2.248	1.145	6.235	7.622	2.963	10.585
1938	1.641	708	3.634	3.177	1.424	8.943	10.784	4.151	14.935
1939	2.417	1.082	4.618	4.674	1.873	12.247	14.664	5.590	20.254
1940	3.949	1.084	5.957	6.465	2.583	16.089	20.038	6.970	27.008
1941	5.340	1.634	7.944	8.129	3.307	21.014	26.354	9.747	36.101
1942	5.842	2.143	11.329	11.251	4.712	29.435	35.277	14.979	50.256
Zunahme während des Jahres									
1937	558	19	(—61)	338	129	425	983	530	1.513
1938	454	366	1.134	929	279	2.708	3.162	1.188	4.350
1939	576	374	984	1.497	449	3.304	3.880	1.439	5.319
1940	1.532	2	1.339	1.791	710	3.842	5.374	1.380	6.754
1941	1.391	550	1.987	1.664	724	4.925	6.316	2.777	9.093
1942	502	509	3.385	3.122	1.405	8.421	8.923	5.232	14.155
Gesamte Zunahme 1937–42	5.013	1.820	8.768	9.341	3.696	23.625	28.638	12.546	41.184
	in v. H.								
Anteil an der Zunahme									
1937	*36,9*	*1,3*	—	*22,3*	*8,5*	*28,1*	*65,0*	*35,0*	*100*
1938	*10,4*	*8,4*	*26,1*	*21,4*	*6,4*	*62,3*	*72,7*	*27,3*	*100*
1939	*10,8*	*7,0*	*18,5*	*28,2*	*8,4*	*62,1*	*72,9*	*27,1*	*100*
1940	*22,7*	*0*	*19,8*	*26,5*	*10,5*	*56,9*	*79,6*	*20,4*	*100*
1941	*15,3*	*6,0*	*21,9*	*18,3*	*8,0*	*54,2*	*69,5*	*30,5*	*100*
1942	*3,5*	*3,6*	*23,9*	*22,1*	*9,9*	*59,5*	*63,0*	*37,0*	*100*
Durchschnitt 1937–42	*12,2*	*4,4*	*21,3*	*22,7*	*9,0*	*57,4*	*69,6*	*30,4*	*100*

[1] Aufnahme- und Anlage-Institut für die Gelder der Postsparkasse.
[2] Einschließlich Treuhand- und Versicherungsgesellschaften, die Ende 1939 zusammen ungefähr 1.130 Millionen Yen besaßen und für welche späterhin keine Ziffern mehr vorliegen.

Während des dargestellten sechsjährigen Zeitraums sind etwa 70 v. H. der Emissionen bei den verschiedenen in der Tabelle näher bezeichneten Instituten untergebracht worden (und weitere Beträge bei Versicherungs- und Treuhandgesellschaften); die Bank von Japan hat im ganzen 12–13 v. H. der gesamten Emissionen übernommen.

Die Kreditaufnahme des Staates erfolgte in Japan fast ausschließlich durch Ausgabe von 3½prozentigen Anleihen mit einer Laufzeit von 11 bis 17 Jahren. Diese Anleihen werden in erster Linie durch die Bank von Japan übernommen, die sie an andere Kapitalgeber verkauft. Die Entwicklung des Ausweises der Bank von Japan hängt somit hauptsächlich davon ab, wie große Teile der ausgegebenen Anleihen vom Publikum nicht aufgenommen werden, sondern im Bestande der Bank verbleiben.

1941 übernahm die Bank von Japan für 1,4 Milliarden Yen Staatsanleihen, und der Notenumlauf stieg um 1,2 Milliarden. 1942 übernahm sie nur für 500 Millionen Yen Staatsanleihen, der Notenumlauf dehnte sich aber wieder um 1,2 Milliarden aus, während die Regierung ihre Einlagen um etwa 1,2 Milliarden

Bank von Japan[1]

Gegen Ende des Monats	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva			
	Gold und Devisen [2]	Diskonten und Vorschüsse	Staatsanleihen [3]	Konten der Agenturen		Notenumlauf	Einlagen der Regierung	Garantierte Einlagen [4]	Laufende Konten
	in Millionen Yen								
1936 Dezember	599	745	829	34	2.512	1.866	227	—	129
1937 „	853	628	1.387	57	3.039	2.305	303	—	132
1938 „	556	509	1.841	110	3.477	2.755	286	—	131
1939 „	553	1.065	2.417	198	4.725	3.679	547	—	162
1940 „	566	819	3.949	289	6.141	4.777	738	—	229
1941 März . . .	593	652	3.572	286	5.623	4.197	938	—	121
Juni . . .	585	575	4.025	322	6.021	4.216	839	170	205
September	572	518	4.119	373	6.086	4.484	877	200	121
Dezember	550	904	5.340	466	7.751	5.979	824	260	186
1942 März . . .	546	497	5.018	411	6.855	5.143	881	221	166
Juni . . .	564	373	5.887	492	7.950	5.419	1.298	220	237
September	675	386	5.672	536	8.002	5.370	1.615	245	244
Dezember	566	1.586	5.842	1.001	10.306	7.149	2.045	302	356
1943 März . . .	579	1.605	5.641	1.633	10.234	6.568	2.542	264	378
Juni . . .	602	862	7.387	1.777	11.036	7.155	2.525	169	362

[1] Die Dezember-Ziffern im oberen Teil der Tabelle sind den Jahresschlußbilanzen, die vierteljährlichen Ziffern für 1941 und 1942 den Wochenausweisen entnommen, und zwar den dem Monatsende am nächsten liegenden.

[2] Bis Ende 1940 wurden zwei Posten „Goldmünzen und Goldbarren" sowie „Konten ausländischer Agenturen" ausgewiesen, seitdem ein Posten „Barrengold und Devisenkonten".

[3] „Staatsanleihen" nur in der Bilanz, in den Wochenausweisen „Staatsanleihen und andere Wertpapiere". Der Bestand an anderen Wertpapieren dürfte sehr gering sein.

[4] Dies sind die Reserveguthaben der Banken von Korea (Tschosen) und Formosa (Taiwan), die bis 1941 in Form von Noten der Bank von Japan gehalten wurden. Der Notenumlauf der beiden genannten Banken betrug Ende 1942 insgesamt 1.198 Millionen Yen gegen 994 Millionen Ende 1941.

erhöhte. Die Erklärung liegt in einer Ausdehnung des Zentralbankkredites hauptsächlich gegenüber den Banken (Diskontierungen und Vorschüsse), die es diesen ermöglichen sollte, ihren Anteil an Staatsanleihen zu kaufen; ein beachtenswerter Gegenposten zu diesen Käufen war die noch stärkere Erhöhung der Staatseinlagen; diese beiden Einflüsse walteten auch noch im ersten Vierteljahr 1943. In den sechs Jahren von Ende 1936 bis Ende 1942 übernahm die Bank von Japan für 5 Milliarden Yen Staatsanleihen, während der Notenumlauf um 5,3 Milliarden auf nahezu das Vierfache seines früheren Standes stieg.

Die Entwicklung der japanischen Handelsbanken zeigt die Tabelle auf der folgenden Seite.

Im Jahre 1942 stieg der Wertpapierbestand der Handelsbanken um 4,2 Milliarden Yen, während die Vorschüsse, die größtenteils an die Rüstungsindustrie gegeben wurden, um 2,5 Milliarden zunahmen; die Erhöhung der Einlagen betrug nur 6,3 Milliarden Yen. Im Gegensatz zu der Entwicklung in vielen anderen Ländern hat die staatliche Kriegsfinanzierung nicht zu einer größeren Flüssigkeit des Marktes und zur Rückzahlung von Wirtschaftskrediten geführt; dieser charakteristische Zug der Lage in Japan beruht zweifellos weitgehend darauf, daß die gesamte staatliche Kreditaufnahme langfristig ist, während die Banken die wachsenden Kreditansprüche der Kriegsindustrie befriedigen sollten. Die Knappheit des Marktes zeigte sich darin, daß die Banken Ende 1942 bei der

Bankeinlagen und verwandte Posten in Japan

Monatsende	Handelsbanken			Einlagen bei anderen Banken [2]	Alle Bank-einlagen	Einlagen bei Treuhand-gesell-schaften [3]	Schatz-amts-einlagen-Büro [4]
	Vor-schüsse	Investie-rungen	Einlagen [1]				
	in Millionen Yen						
1937 Dezember	7.712	4.645	12.352	3.395	15.747	1.865	3.905
1938 „	8.716	6.123	15.073	4.044	19.117	2.045	4.715
1939 „	11.152	7.791	19.794	5.298	25.092	2.323	6.082
1940 „	13.554	9.624	24.390	6.800	31.190	2.603	8.148
1941 März	13.363	10.298	23.739	7.125	30.864	2.710	8.671
Juni	13.727	11.717	26.818	7.703	34.521	2.861	9.260
September	13.817	12.155	26.069	8.044	34.113	2.943	9.813
Dezember	15.143	12.781	29.406	8.395	37.801	3.047	10.169
1942 März	15.275	13.645	28.939	8.782	37.721	3.150	11.079
Juni	16.335	14.864	32.800	9.622	42.422	3.280	12.124
September	16.594	15.292	31.926	10.172	42.098	3.406	13.103
Dezember	17.658	16.979	35.738	10.831	46.569	3.518	13.816
1943 März	18.446	17.312	36.058	12.072	48.130	3.690	15.155
Mai	19.020	18.106	37.564	11.896	49.460	3.814	.

[1] Von den 37,6 Milliarden Yen im Mai 1943 waren 19,0 Milliarden Yen Termineinlagen mit 3,3 v. H. Verzinsung.
[2] Ende 1942 hatten die Spezialbanken ohne die Bank von Japan einen Bestand von 3.350 Millionen Yen und die Sparkassen einen Bestand von 7.480 Millionen Yen.
[3] Diese stehen mit den Privatbanken in enger Verbindung.
[4] Einlagen der Postsparkasse.

Bank von Japan Kredite aufnahmen, um ihren Anteil an den Staatsanleihen übernehmen zu können. Auf die Handelsbanken entfallen nach wie vor fast 80 v. H. aller Bankeinlagen in Japan.

1942 wurden weitere Schritte in dem umfangreichen Plan zur Vereinfachung und Rationierung des Bankwesens in Japan unternommen; zwei bemerkenswerte Verschmelzungen alteingesessener „banques d'affaires" mit modernen Depositenbanken waren die der Mitsui-Bank mit der Dai-Ichi-Bank (Bank Nr. 1) und die der Mitsubishi-Bank mit der Dai-Hyaku-Bank (Bank Nr. 100). Nach dem Plan sollen nach dem Zusammenlegungsprozeß von den sieben führenden japanischen Banken nur vier bestehen bleiben, während von den kleinen und mittelgroßen Banken viele aufgesogen werden sollen. Eine Verordnung vom 20. Mai 1943 gestattete den gewöhnlichen Banken, Spareinlagen anzunehmen und Treuhandgeschäfte durchzuführen, wodurch die Verbindung zwischen diesen beiden Arten von Geschäften noch enger gestaltet und die Konzentration des Bankwesens begünstigt wurde. Die Umgestaltung der Yokohama Specie Bank ist auf Seite 57/58 erwähnt.

Die Kriegsfinanzierungsbank wurde Anfang 1942 mit der Aufgabe gegründet, Finanzierungen durchzuführen, die für die Kriegswirtschaft notwendig, aber für die bestehenden Institute ungeeignet sind. Bilanzen hat diese Bank nicht veröffentlicht, doch wurde im Oktober 1942 bekanntgegeben, daß sie Kredite in Höhe von 400 Millionen Yen gewährt hatte, und zwar hauptsächlich ohne Sicherheiten; der übliche Zinssatz für zehnjährige Kredite war 4,8–5 v. H. Der Geldbedarf der Bank wurde für 1943 auf 1,5 Milliarden Yen angesetzt; davon waren 1 Milliarde durch Ausgabe von Schuldverschreibungen aufzubringen und 500 Millionen Yen bei der Industriebank oder dem Schatzamtseinlagen-Büro; 1,3 Milliarden Yen dienten zu Vorschüssen an die

Ausgabe und Tilgung von Inlandsanleihen in Japan

Kalenderjahr	Gemeindeanleihen	Bankobligationen	Gesellschaftsanleihen	Insgesamt
	in Millionen Yen			
	Neuausgabe[1]			
1937	252	654	337	1.243
1938	180	845	665	1.690
1939	261	539	1.285	2.085
1940	227	1.391	1.325	2.943
1941	170	1.767	2.105	4.042
1942	299	2.733	2.338	5.370
	Tilgung			
1937	222	206	283	711
1938	147	559	172	878
1939	143	275	191	609
1940	167	256	242	665
1941	148	281	280	709
1942	186	539	357	1.082

[1] Einschließlich der Refundierungen.

Tauschhandels-Körperschaft sowie die wichtigsten Schlüsselindustrien, während 200 Millionen Yen für Investierungen bereitgestellt wurden.

Außer den sehr großen Emissionen von staatlichen Schuldverschreibungen hat der Kapitalmarkt auch einen steigenden Betrag privater Obligationen besonders von Banken und Industriegesellschaften aufgenommen, wie die nebenstehende Tabelle zeigt. Die Zinssätze sind ohne bemerkenswerte Änderungen geblieben. Staatsanleihen mit 11- bis 17jähriger Laufzeit bringen 3½ v. H. Zinsen und werden zu 98 ausgegeben. Der amtliche Diskontsatz beträgt seit April 1936 unverändert 3,285 v. H.; zu diesem Satz gewährt die Bank auch Kredite mit staatlichen Schuldverschreibungen als Nebensicherheit, d. h. zu einem Satz, der unter der Rendite der Anleihen selbst liegt. Die Zentralbank von Mandschukuo senkte im April 1943 ihren Diskontsatz von 4,2 auf 4 v. H. (während der Ausgabekurs der staatlichen Schuldverschreibungen von 96 auf 98 erhöht wurde).

In der Einleitung zu diesem Bericht (Seite 16 und folgende) wurde bei Erörterung der finanziellen Quellen, aus denen die Kriegskosten aufgebracht werden, eine Art von Rangfolge der Verfahren zur Deckung von Staatsausgaben je nach ihrer Widerstandskraft gegen eine Inflation aufgestellt. Die Veranschaulichung dieser Verfahren durch entsprechende Beispiele begegnet einer gewissen Schwierigkeit, da die „echten Ersparnisse" nicht leicht abzugrenzen und noch schwerer unmittelbar zu messen sind; auf mittelbarem Wege können sie aber mit einiger Annäherung bestimmt werden. Für viele Länder ist die Höhe der gesamten Staatsausgaben bekannt und auch, welche Summen durch Steuern (und andere laufende Einnahmen) und durch Kredite gedeckt sind. Von diesen sind im allgemeinen die vom Staate bei den Handelsbanken und bei der Zentralbank entliehenen Beträge aus statistischen Veröffentlichungen zu entnehmen, so daß die Höhe der „außerhalb der Banken" aufgenommenen Summen ebenfalls feststellbar ist.

Der so ermittelte Restbetrag würde zwar in gewöhnlichen Zeiten nicht einmal annähernd ein Maß für die Gesamtheit der echten Ersparnisse einer Volkswirtschaft bilden, da dann auch die private Kreditgewährung noch eine bedeutende Rolle spielt, was beispielsweise für die Vereinigten Staaten sogar noch in den Jahren 1940 und 1941 zutraf. Wenn ein Land aber, wie Großbritannien und Deutschland, sich schon mehrere Jahre im Kriege befindet, hat jede private Kreditgewährung, die nicht mit der Kriegführung

Staatsfinanzierung in Großbritannien und Deutschland 1940–42

Quellen der Aufbringung der Staatsausgaben	Großbritannien				Deutschland			
	1940	1941	1942	Zusammen 1940-42	1940	1941	1942	Zusammen 1940-42
	Millionen Pfund				Milliarden Reichsmark			
Inlandsfinanzierung:								
Steuern und andere laufende inländische Einnahmen	1.259	1.828	2.343	5.430	29,1	34,1	45,7	108,9
Kredite außerhalb der Banken:								
Sparanleihen	316	380	353	1.049	—	—	1,0	1,0
andere (Restbetrag)	413	644	1.021	2.078	10,6	11,9	11,9	34,4
Zusammen	1.988	2.852	3.717	8.557	39,7	46,0	58,6	144,3
Kredite von Sparinstituten	128	221	238	587	8,9	14,2	20,0	43,1
Gesamtaufkommen außerhalb der Kreditbanken	2.116	3.073	3.955	9.144	48,6	60,2	78,6	187,4
Kredite der Handelsbanken	405	611	345	1.361	8,9	8,3	5,6	22,8
der Zentralbank	62	135	171	368	2,3	5,5	5,0	12,8
der Banken überhaupt	467	746	516	1.729	11,2	13,8	10,6	35,6
Im Inland finanzierte Ausgaben insgesamt	2.583	3.819	4.471	10.873	59,8	74,0	89,2	223,0
Auslandsfinanzierung:								
Laufende Einnahmen	—	—	225	225	5,5	13,0	21,7	40,2
Kredite	756	797	632	2.185	1,5	6,0	7,0	14,5
Auslandsfinanzierung insgesamt	756	797	857	2.410	7,0	19,0	28,7	54,7
Gesamte Staatsausgaben	3.339	4.616	5.328	13.283	66,8	93,0	117,9	277,7

	1940	1941	1942	Durchschnitt 1940-42	1940	1941	1942	Durchschnitt 1940-42
	in v. H. aller im Inland finanzierten Ausgaben							
Steuern und andere laufende inländische Einnahmen	*48,7*	*47,9*	*52,4*	*49,9*	*48,7*	*46,1*	*51,3*	*48,9*
Kredite außerhalb der Banken								
Sparanleihen	*12,2*	*9,9*	*7,9*	*9,6*	—	—	*1,1*	*0,4*
andere (Restbetrag)	*16,0*	*16,9*	*22,8*	*19,1*	*17,7*	*16,1*	*13,3*	*15,4*
Zusammen	*76,9*	*74,7*	*83,1*	*78,7*	*66,4*	*62,2*	*65,7*	*64,7*
Kredite von Sparinstituten	*5,0*	*5,8*	*5,3*	*5,4*	*14,9*	*19,2*	*22,4*	*19,3*
Gesamtaufkommen außerhalb der Kreditbanken	*81,9*	*80,5*	*88,5*	*84,1*	*81,3*	*81,4*	*88,1*	*84,0*
Kredite der Handelsbanken	*15,7*	*16,0*	*7,7*	*12,5*	*14,9*	*11,2*	*6,3*	*10,2*
der Zentralbank	*2,4*	*3,5*	*3,8*	*3,4*	*3,8*	*7,4*	*5,6*	*5,8*
der Banken überhaupt	*18,1*	*19,5*	*11,5*	*15,9*	*18,7*	*18,6*	*11,9*	*16,0*
Im Inland finanzierte Ausgaben insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*

Die obige Statistik ist aus Unterlagen über die Staatsfinanzierung und die Geldkapitalbildung zusammengestellt; obwohl der Vergleich in erster Linie den Quellen der im Inland finanzierten Ausgaben gilt, sind der Vollständigkeit halber auch die ausländischen Quellen hinzugefügt. Die Zahlen für Großbritannien beruhen größtenteils auf Angaben, die in diesem Kapitel schon an früherer Stelle enthalten sind, wobei aber die geringfügigen Berichtigungen der Einnahmen und Ausgaben berücksichtigt wurden, die das Haushalts-Weißbuch brachte. Um den Vergleich mit Deutschland zu ermöglichen, wurde der staatliche Rückgriff auf Zentralbank und Handelsbanken jeweils der Erhöhung des Geldumlaufs und der gesamten Bankeinlagen gleichgesetzt. Die Sparkasseneinlagen und die Ausgaben von Sparbonds sind der "Statistical Summary" der Bank von England entnommen. Die „anderen" Inlandskredite sind der verbleibende Restbetrag, in dem sich daher auch die Fehler und Lücken bei den anderen Posten auswirken. Die laufenden Einnahmen aus dem Ausland für 1942 sind der Finanzierungsbeitrag Kanadas, und die ausländische Kreditfinanzierung entspricht dem „overseas disinvestment". Obwohl der Beitrag Kanadas in seiner Wirkung der Leih- und Pacht-Hilfe der Vereinigten Staaten ähnlich ist (die weggelassen wurde), erschien seine Berücksichtigung doch angebracht wegen der Vergleichbarkeit mit früheren Jahren (in denen die Zahlungen an Kanada als Verminderung von Auslandsvermögen ebenfalls aufgeführt wurden). Die Zahlen für Deutschland beruhen auf den in diesem Kapitel an früherer Stelle wiedergegebenen statistischen Unterlagen, insbesondere der Übersicht über die Geldkapitalbildung von Dr. Keiser. Das nachweisbare Aufkommen aus inländischen Quellen außerhalb der Banken (Versicherungsgesellschaften, Kapitalmarkt usw.) wurde um den Restbetrag aus nicht bekannten Quellen erhöht, der allerdings, wie Keiser bemerkt, teilweise ausländischer Herkunft sein könnte. Da diese Erhöhung aber nur 3½ v. H. der gesamten Kreditaufnahme im Inland ausmacht, werden die oben angegebenen Prozentzahlen dadurch kaum beeinflußt. Die laufenden inländischen Einnahmen sind der Tabelle auf Seite 188 dieses Kapitels entnommen; der Posten „Steuern" für 1942 enthält das Gesamtergebnis der Hauszinssteuer-Ablösung in Höhe von 7,7 Milliarden RM (obwohl ein gewisser Teil dieses Betrages durch private Kredite aufgebracht wurde), doch sind die erst in der ersten Januarhälfte 1943 bezahlten 4 Milliarden RM vom Gesamtbetrag der Kredite und bei den Krediten von Banken abgesetzt. Die Ziffern für die laufenden Auslandseinnahmen enthalten die Besatzungskosten (s. Seite 188) und das Reichskreditkassendarlehen (Seite 189); als Auslandskredite sind

zusammenhängt, nahezu aufgehört, und dann kann die Erhöhung des Notenumlaufs und der Einlagen bei den Handelsbanken dem Rückgriff des Staates auf den Kredit der Zentralbank und der Handelsbanken ungefähr gleichgesetzt werden. (Bei den Banken können zwar noch Rückzahlungen von Wirtschaftskrediten stattfinden, aber diese werden durch die höheren Barreserven der Banken weitgehend ausgeglichen.)

Mit anderen Worten ist also die gesamte „Geldkapitalbildung" ungefähr gleich der staatlichen Kreditaufnahme, was durch sorgfältige Berechnungen über die Geldkapitalbildung in Deutschland seit dem Kriege bestätigt wird, die auf Seite 196 in diesem Kapitel wiedergegeben wurden. Die bei andern Geldgebern außerhalb der Banken aufgenommenen Kredite ergeben dann annähernd die Höhe der echten Ersparnisse in Geldform[1]. Eine Ergänzung dieser Statistik über die Geldkapitalbildung durch das Aufkommen aus Steuern (und andern laufenden Einnahmen) und die Anordnung aller Zahlen nach Maßgabe der erwähnten „Rangfolge" ergibt die Tabelle auf Seite 292, welche auch die entsprechenden Ziffern für Großbritannien enthält.

Untersuchungen dieser Art begegnen gewissen Schwierigkeiten sowohl wegen der einzuschlagenden Wege als auch wegen der Unterlagen, und auch im vorliegenden Falle bedarf es einiger Vorbehalte, die sich aus den Anmerkungen zu der Tabelle ergeben. So ist für England der Finanzierungsbeitrag Kanadas unter die laufenden ausländischen Einnahmen aufgenommen, und bei Deutschland ist das Gesamtergebnis der Hauszinssteuer-Ablösung von 7,7 Milliarden Reichsmark bei den laufenden inländischen Einnahmen des Jahres 1942 eingesetzt, obwohl davon aus technischen Gründen etwa 4 Milliarden Reichsmark erst im Januar 1943 endgültig der Reichskasse überwiesen wurden und ein gewisser Teil dieser Gelder eigentlich aus einer Kreditaufnahme bei Privaten stammte. Immerhin darf angenommen werden, daß die Zusammenstellung trotz der erwähnten Schwierigkeiten und geringfügiger Ungenauigkeiten der benutzten Quellen im großen ganzen doch ein ziemlich richtiges Bild der Entwicklung bis Ende 1942 vermittelt.

Außer den schon in der Einleitung hervorgehobenen Hauptergebnissen des Vergleichs läßt die Tabelle verschiedene interessante Züge der Kriegsfinanzierung in den beiden Ländern erkennen. In den drei Jahren 1940–42 wurde nicht ganz ein Fünftel der gesamten Haushaltsausgaben in Deutschland wie in Großbritannien im Ausland finanziert — wobei jedoch bei Großbritannien die Leih- und Pacht-Hilfe und bei Deutschland Requisitionen und andere Beschlagnahmen in der UdSSR nicht berücksichtigt sind.

Bei der inländischen Finanzierung der Ausgaben weisen die Aufstellungen auf einen erheblichen Unterschied der angewendeten Verfahren hin: in

die für die Verrechnungskasse (Seite 196) angegebenen Zahlen eingesetzt. Die Summe der Ausgaben entspricht der Tabelle auf Seite 188.

Beim Vergleich der Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die Kredite der Handelsbanken im Falle Großbritanniens die Zunahme sämtlicher Einlagen bei den Handelsbanken darstellen (von denen etwas mehr als 80 v. H. auf die Clearingbanken entfallen), im Falle Deutschlands aber die Erhöhung sämtlicher „Giroguthaben" bei Banken, Sparkassen, auf Postscheckkonten usw. Als „Kredite von Sparinstituten" ist für Großbritannien die Zunahme der Spareinlagen bei Postsparkasse und Sparbanken eingesetzt, für Deutschland dagegen die Erhöhung aller Spareinlagen, nicht nur bei den Sparkassen allein.

[1] Auch die Einlagen bei den Handelsbanken können natürlich sowohl in England wie in Deutschland echte Spargelder enthalten, doch dürfte dies die Vergleichbarkeit der Zahlen kaum beeinträchtigen.

Deutschland hat man infolge der „geräuschlosen" Finanzierung durch Kreditinstitute und andere Stellen von der Ausgabe besonderer Staatspapiere für die kleinen Sparer abgesehen — der unter der Bezeichnung „Sparanleihen" im Jahre 1942 erscheinende Betrag von 1 Milliarde Reichsmark stellt die „Eisernen Sparguthaben" dar, die in Deutschland der Sparanleihe am nächsten verwandt sind. In Großbritannien dagegen machen die Sparanleihen fast 10 v. H. der im Inland finanzierten Staatsausgaben aus. Andererseits haben die gewöhnlichen Spareinlagen als Quelle der Staatsfinanzierung in Deutschland die drei- bis vierfache Bedeutung im Vergleich zu England. Da aber diese Einlagen höchstens auf ein Jahr festgelegt sind, binden sie das Geld nicht in demselben Maße wie eine besondere Anleihe; Sparguthaben, die abgehoben werden können, haben eher die Tendenz, die langfristige Staatsverschuldung aufzulockern, zu „dekonsolidieren". Alle „Kleinsparbeträge" zusammen (Sparguthaben und Sparanleihen) machten in Großbritannien 15 v. H. und in Deutschland nahezu 20 v. H. der gesamten Inlandsfinanzierung aus. Bei den „sonstigen" Kapitalgebern, d. h. bei Versicherungsgesellschaften und anderen Anstalten sowie den Einzelpersonen, sind die Hundertsätze etwa umgekehrt, nämlich 15 v. H. in Deutschland und 21 v. H. in Großbritannien.

Aus bereits früher erwähnten Gründen ist eine Zusammenstellung über die Staatsfinanzierung in den Vereinigten Staaten in der gleichen Form wie für Großbritannien und Deutschland nicht möglich, doch wird in den Vereinigten Staaten eine regelmäßige Statistik über die wichtigsten Inhaber der Staatspapiere veröffentlicht, die zusammen mit den Haushaltsziffern der folgenden Tabelle zugrunde liegt.

Finanzierung der Bundesausgaben in den Vereinigten Staaten 1940–1942

Quellen	1940	1941	1942	Insgesamt 1940–42	1940	1941	1942	Durchschnitt 1940–42
	in Millionen Dollar				in v. H.			
Unterbringung von Staatsschuldverschreibungen bei								
Bundes-Reserve-Banken	(—300)	70	3.936	3.705	*(—3,1)*	*0,3*	*7,0*	*4,4*
allen Handelsbanken	1.465	4.030	19.550	25.045	*15,1*	*21,2*	*34,9*	*29,5*
Zusammen	1.165	4.100	23.485	28.750	*12,0*	*21,5*	*41,9*	*33,9*
anderen Kapitalgebern	2.128	9.308	24.338	35.774	*22,1*	*48,9*	*43,4*	*42,2*
Gesamte staatliche Kreditaufnahme	3.293	13.408	47.823	64.524	*34,1*	*70,4*	*85,3*	*76,1*
Steuern und sonstige laufende Einnahmen	5.835	8.848	16.403	31.086	*60,4*	*46,4*	*29,3*	*36,7*
Bewegung der öffentlichen Konten	531	(—3,205)	(—8.206)	(-10.880)	*5,5*	*(—16,8)*	*(—14,6)*	*(—12,8)*
Gesamtausgaben	9.660	19.052	56.020	84.732	*100*	*100*	*100*	*100*
	in Millionen Dollar				in v. H.			
Jährliche Geld- und Kreditausweitung								
Geldumlauf	1.134	2.428	4.250	7.812	*14,9*	*29,1*	*19,5*	*20,6*
Bankguthaben[1]	6.632	5.904	17.505	30.041	*85,1*	*70,9*	*80,5*	*79,4*
Insgesamt	7.796	8.332	21.755	37.853	*100*	*100*	*100*	*100*

[1] Alle Banken ohne Genossenschaftliche Sparbanken.

In den drei Jahren 1940 bis 1942 war die Geld- und Kreditausweitung mit nahezu 38 Milliarden Dollar erheblich bedeutender als die Übernahme von Staatsschuldverschreibungen durch die Gesamtheit der Banken, die nicht ganz 29 Milliarden Dollar betrug. Aber in diesem dreijährigen Zeitraum befanden sich die Vereinigten Staaten nur während eines vollen Jahres tatsächlich im Kriege, und in diesem Jahr vollzog sich eine bedeutsame Wandlung. In den Jahren 1940 und 1941 erwarben die Banken insgesamt für 5,3 Milliarden Dollar Staatsschuldverschreibungen, während sich die Erhöhung des Notenumlaufs und der Bankguthaben auf 16,1 Milliarden belief — mit anderen Worten, die Ausweitung des privaten Kredits war noch recht erheblich. Dagegen nahmen die Banken im Jahre 1942 für 23,5 Milliarden Dollar Staatspapiere auf, während Notenumlauf und Bankkredit sich nur um 21,8 Milliarden ausdehnten — es wurden also per Saldo private Kredite zurückgezahlt. In dieser Richtung setzte sich die Entwicklung auch in den ersten sechs Monaten des Jahres 1943 fort: die Banken übernahmen Staatsschuldverschreibungen im Betrage von 11,8 Milliarden Dollar, aber das Geld- und Kreditvolumen erweiterte sich nur um 9,4 Milliarden Dollar, und es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß die Netto-Geldkapitalbildung erheblich hinter der Zunahme der Staatsverschuldung zurückblieb.

Die vorstehende Tabelle ist insofern nicht ganz vollständig, als die tatsächliche Inanspruchnahme des Zentralbankkredits in den Vereinigten Staaten in der fraglichen Zeit noch höher war als der Ankauf von Staatswerten durch die Bundes-Reserve-Banken. In früheren Jahren hatten der Erwerb von Gold und Wertpapierkäufe am offenen Markt dazu geführt, daß die Reserveguthaben der Mitgliedsbanken weit über ihren vorgeschriebenen Sollbetrag anschwollen; es war also Zentralbankkredit geschaffen worden, der mehrere Jahre brachlag. Die gegenwärtige Verwendung dieses früher geschaffenen Kredits entspricht annähernd dem Nettorückgang der Überschußreserven der Mitgliedsbanken. Die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt, daß in den beiden Jahren 1941 und 1942 die Neuschöpfung von Bundes-Reserve-Kredit nur 4,4 Milliarden Dollar, die Verwendung früher bereitgestellten Kredits aber 4,6 Milliarden betrug, so daß sich ein Gesamtbetrag von 9 Milliarden Dollar ergab. Zusammen mit einer Erhöhung der Goldvorräte um fast 1 Milliarde (und den Bewegungen verschiedener anderer Posten) stand die gesamte Verwendung von Zentralbankkredit einer Erhöhung der Pflichtreserven der Mitgliedsbanken um 3,7 Milliarden und einer Ausweitung des Geldumlaufs um 6,7 Milliarden Dollar in den beiden Jahren 1941 und 1942 gegenüber. Mit der Abnahme der Überschußreserven auf etwas mehr als 1 Milliarde Dollar im Sommer 1943 war der früher geschaffene Kredit so gut wie erschöpft, und die Handelsbanken waren mehr auf die Neuschöpfung von Reserve-Bank-Kredit — durch Staatspapierkäufe der Reserve-Banken — angewiesen.

Auch im Jahre 1942 griff in den Vereinigten Staaten die Regierung noch in sehr hohem Ausmaß auf die Banken zurück, und einer der Gründe hierfür war das äußerst rasche Anwachsen der Bundesausgaben. Während sich von 1940 bis 1942 die (im Inland finanzierten) Staatsausgaben in Deutschland um 50 v. H. und in Großbritannien um 75 v. H. erhöhten, betrug der Zuwachs in den Vereinigten Staaten 480 v. H. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß diese

Gesamtinanspruchnahme von Bundes-Reserve-Kredit in den Vereinigten Staaten

Kalenderjahr	Frühere[1] Kreditschöpfung	Neue[2] Kreditschöpfung	Zusammen
	in Millionen Dollar		
1940 (zwölf Monate)	(—1.410)	(—320)	(—1.730)
1941 „ „	2.330	90	2.420
1942 „ „	2.300	4.320	6.620
1943 (neun Monate)[3]	90	3.040	3.130

[1] Abnahme oder Zunahme (—) der Überschußreserven der Mitgliedsbanken. Mit Rücksicht auf die 1941 und 1942 vorgenommenen Änderungen des Prozentsatzes der Pflichtreserven ist der geschätzte Betrag dieser Änderungen in Höhe von 1,2 Milliarden $ für 1941 abgesetzt und für 1942 zugefügt.

[2] Einschließlich verschiedener Posten, die zu den in der vorigen Tabelle aufgeführten Käufen oder Verkäufen (—) von Staatspapieren noch hinzukommen.

[3] Vom 1. Januar bis 22. September 1943.

Zahlen nur die Ausgaben der Bundesregierung wiedergeben und daß die Vereinigten Staaten ein Bund von Einzelstaaten mit besonderen Haushalten sind. In Großbritannien und Deutschland betragen die Ausgaben der nachgeordneten Gebietskörperschaften knapp ein Zwanzigstel der Ausgaben der Zentralregierung[1]. In den Vereinigten Staaten stellt sich die Lage jedoch wesentlich anders dar: obwohl die Bundesausgaben sich von 1932 bis 1939 verdoppelt haben, erreichten sie doch erst in diesem letzten Jahr die gleiche Höhe wie die Ausgaben der Einzelstaaten und der Gemeinden zusammen, und erst mit dem Anlaufen des Rüstungsprogramms im Jahr 1940 gewannen sie endgültig den Vorsprung. Aber selbst als die Ausgaben der Einzelstaaten und Gemeinden 1942 nur noch 14 v. H. der Bundesausgaben betrugen, hatten sie im Verhältnis zum zentralen Haushalt immer noch das dreifache Gewicht wie in Deutschland und Großbritannien.

Haushalt des Bundes sowie der Einzelstaaten und Gemeinden in den Vereinigten Staaten

Haushalt von	Ausgaben				Einnahmen				Fehlbetrag			
	1939	1940	1941	1942	1939	1940	1941	1942	1939	1940	1941	1942
	in Milliarden Dollar											
Bund	8,9	9,7	19,1	56,0	4,9	5,8	8,8	16,4	4,0	3,8	10,2	39,6
Einzelstaaten und Gemeinden	8,9	8,6	8,5	8,0	8,7	9,1	9,5	9,7	0,2	(+0,5)	(+1,0)	(+1,7)
Zusammen .	17,8	18,3	27,6	64,0	13,6	14,9	18,3	26,1	4,2	3,4	9,2	37,9

Die Zunahme der Bundesausgaben allein belief sich in den Jahren 1940 bis 1942 auf 480 v. H., die der gesamten öffentlichen Ausgaben (des Bundes, der Einzelstaaten und Gemeinden) aber nur auf 250 v. H. Andererseits gingen die laufenden Einnahmen im Haushalt der Bundesregierung im gleichen Zeitraum von 60 v. H. auf nur 29 v. H. der Ausgaben zurück, die gesamten Einnahmen (von Bund, Einzelstaaten und Gemeinden) jedoch von 81 v. H. auf 41 v. H. der gesamten Ausgaben.

Welchen Grad der Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens die Kreditaufnahme des Staates bei den Banken in einem Lande verursacht, hängt nicht

[1] Dieses Verhältnis ist natürlich weitgehend kriegsbedingt: seit dem letzten vollen Friedensjahr haben sich die Ausgaben des zentralen Haushalts in Großbritannien und Deutschland auf das Vier- bis Fünfeinhalbfache erhöht, während die Ausgaben der Länder und Gemeinden eingeschränkt werden mußten. Dabei haben deren Ausgaben (abgesehen von den Mitteln außerhalb des Haushalts) im Verhältnis zu den Ausgaben des Zentralhaushalts in den beiden Ländern von rund 20 v. H. im Jahr 1938 auf etwa 4 v. H. im Jahr 1942 abgenommen.

nur von dem Verhältnis der so finanzierten Beträge zu den Staatsausgaben ab, sondern auch von dem Umfang des Bankenapparates im Vergleich zum Staatshaushalt. In der Einleitung wurde schon gezeigt, daß in Großbritannien *das Geld- und Bankwesen im Verhältnis zu den Haushaltsausgaben doppelt* so umfangreich wie in Deutschland ist[1]; die Finanzierung desselben Bruchteils der Staatsausgaben beider Länder durch Bankkredit würde daher in Deutschland eine doppelt so starke Geld- und Kreditausweitung verursachen wie in Großbritannien. Daß etwas Ähnliches tatsächlich eingetreten ist, bestätigt die nebenstehende Tabelle, aus der hervorgeht, daß sich die Bankeinlagen von 1939 bis 1942 in Großbritannien um nahezu 50 v. H. vermehrt, in Deutschland dagegen mehr als verdoppelt haben.

Wachstum der Bankeinlagen 1939–42

Ende des Jahres	England	Deutschland	Vereinigte Staaten
	Einlagen (in Millionen Einheiten der Landeswährung) bei:		
	elf Clearing-banken	sechs Groß-banken	den Mitglieds-banken
1939	2.441	9.684	39.930
1940	2.800	13.450	46.007
1941	3.329	17.220	51.192
1942	3.629	20.488	67.276
	in v. H.		
Zunahme 1939–42	*49*	*112*	*68*

Auch in den Vereinigten Staaten war indessen das Wachstum der Bankeinlagen stärker als in Großbritannien, teils weil der Anteil der durch die Banken finanzierten Haushaltsausgaben bedeutender war, teils auch als Folge der privaten Kreditausweitung in den Jahren 1940 und 1941.

Mit der Finanzierung von Staatsausgaben durch die Banken erhebt sich für diese die höchst wichtige Frage, in welchem Umfange die Aktiva der Banken aus Staatsschuldverschreibungen bestehen, was für ihre Rentabilität ebenso entscheidend ist wie für ihre Fähigkeit, der privaten Wirtschaft ihres Landes Kredit zu gewähren. Die unmittelbaren Anlagen der Handelsbanken in Staatsschuldverschreibungen betragen in den Vereinigten Staaten nahezu 50 v. H. und in England und Deutschland mehr als 60 v. H. der gesamten Einlagen; in Amerika ist jedoch der Hundertsatz in schnellerem Steigen begriffen als in den beiden andern Ländern. Mit Einschluß der mittelbar (durch Guthaben bei der Zentralbank, Ausleihung am Geldmarkt usw.) in Staatspapieren angelegten Beträge würde das Verhältnis in den Vereinigten Staaten zwei Drittel und in England und Deutschland drei Viertel der Einlagen erreichen. Dies sind keine Sonderfälle gegenüber den Verhältnissen in der Welt im allgemeinen; in einzelnen europäischen Ländern geht der Anteil der Staatsschuldverschreibungen bis zu 80 oder sogar 90 v. H. der Bankeinlagen. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens erwähnt, daß die umfangreichen Käufe von Staatspapieren durch die Banken überall einen erheblichen Rückgang des Verhältnisses von Kapital und Reserven zu den Einlagen im Gefolge hatten. Das führte in vielen Ländern wieder zu einer Welle von Kapitalerhöhungen bei Banken mit dem Ziel einer Verbesserung des Verhält-

[1] Ein wichtiger Grund für den gegenüber Großbritannien und den Vereinigten Staaten verhältnismäßig geringen Umfang des Bankenapparates in Deutschland dürfte darin liegen, daß in den beiden erstgenannten Ländern das 1914–18 geschaffene „Geldkapital" nach Kriegsende unangetastet blieb, während es in Deutschland durch die Nachkriegsinflation vernichtet und das Bankensystem erst seit 1924 neu aufgebaut wurde.

Besitz der Handelsbanken
an Staatsschuldverschreibungen Ende 1942

Bilanzposten	England	Deutschland	Vereinigte Staaten
	elf Clearingbanken	sechs Großbanken	alle Mitgliedsbanken
	Millionen Einheiten der Landeswährung		
Staatsschuldverschreibungen im unmittelbaren Besitz			
kurzfristige	1.094	11.348	10.648
lang- und mittelfristige	1.120	1.525	26.897
Zusammen	2.214	12.873	37.546
Gesamte Aktiva	3.864	21.940	84.917
Gesamte Einlagen	3.629	20.488	78.277
	v. H.		
Staatsschuldverschreibungen in Hundertsätzen			
der gesamten Aktiva	*57*	*59*	*44*
der Einlagen	*61*	*63*	*48*

nisses ihrer Eigenmittel zu ihren Verpflichtungen. In einigen Fällen, wo dieses Verhältnis gesetzlich festgelegt ist, wurden die Vorschriften darüber geändert, um die Banken von einer Beschränkung zu befreien, die sie beim Erwerb von Regierungsschuldverschreibungen sonst eingeengt hätte.

Ein auffallender Unterschied ergibt sich aus der vorstehenden Aufstellung insofern, als von den Staatsschuldverschreibungen der deutschen Banken fast 90 v. H. aus kurzfristigen Papieren bestehen, in England dagegen nicht einmal 50 v. H. und in den Vereinigten Staaten weniger als 30 v. H. Dieser Unterschied tritt auch in der gesamten staatlichen Kreditaufnahme in den drei Ländern zutage.

In den drei Jahren von 1940 bis 1942 waren von allen im Inland aufgenommenen Krediten kurzfristig: in den Vereinigten Staaten 34 v. H., in Großbritannien 39 v. H. und in Deutschland (ohne die kurzfristige Schuld an die Reichskreditkassen) 54 v. H. Dabei war der Anteil der kurzfristig eingegangenen Schulden während der drei Jahre in Deutschland langsam und in den Vereinigten Staaten schneller gestiegen, während er in England abnahm und im Jahre 1942 nur 32 v. H. betrug. Bemerkenswert ist auch das Zunehmen des Anteils der nicht marktfähigen Anleihen an der Gesamtverschuldung in Großbritannien bis auf 60 v. H. im Jahre 1942 — bei einem Durchschnitt in den drei Jahren von 52 v. H. In den Vereinigten Staaten

Vereinigte Staaten —
Formen der staatlichen Kreditaufnahme 1940–42
in v. H. der Gesamtbeträge

Vereinigte Staaten[1]	1940	1941	1942	Durchschnitt 1940–42	1943 Jan.–Juni
Nicht marktfähig					
langfristig	64	34	23	27	29
kurzfristig	—	18	8	10	4
zusammen	64	53	31	37	33
Marktfähig					
langfristig	40	42	37	38	27
kurzfristig	(—4)	5	32	24	40
zusammen	36	47	69	63	67
Gesamtverschuldung	100	100	100	100	100
langfristig	104	76	60	66	56
kurzfristig	(—4)	24	40	34	44

[1] Nicht marktfähig: Sparanleihen, Sonderemissionen usw. (langfristig); Steuerscheine (kurzfristig).
Marktfähig: Schatzscheine, Schatzanleihen und garantierte Anleihen (langfristig); Schatzwechsel und Schuldzertifikate (kurzfristig).

Großbritannien und Deutschland — Formen der staatlichen Kreditaufnahme 1940–42 in v. H. der Gesamtbeträge

Großbritannien[1]	1940	1941	1942	Durchschnitt 1940–42	1943 Jan.–Juni
Nicht marktfähig					
langfristig	18	34	39	31	43
kurzfristig	20	22	21	21	5
zusammen . . .	37	56	60	52	49
Marktfähig					
langfristig	30	30	29	30	37
kurzfristig	33	14	11	18	14
zusammen . . .	63	44	40	48	51
Gesamtverschuldung	100	100	100	100	100
langfristig	47	64	68	61	81
kurzfristig	53	36	32	39	19

Deutschland[2]	1940	1941	1942	Durchschnitt 1940–42	1943 Jan.–Juni
Nicht marktfähig					
langfristig	25	17	18	20	21
kurzfristig	(—3)	1	(—6)	(—3)	2
zusammen . . .	22	18	12	17	23
Marktfähig					
langfristig	24	29	26	26	15
kurzfristig	54	53	62	57	62
zusammen . . .	78	82	88	83	77
Gesamtverschuldung	100	100	100	100	100
langfristig	49	46	44	46	36
kurzfristig	51	54	56	54	64

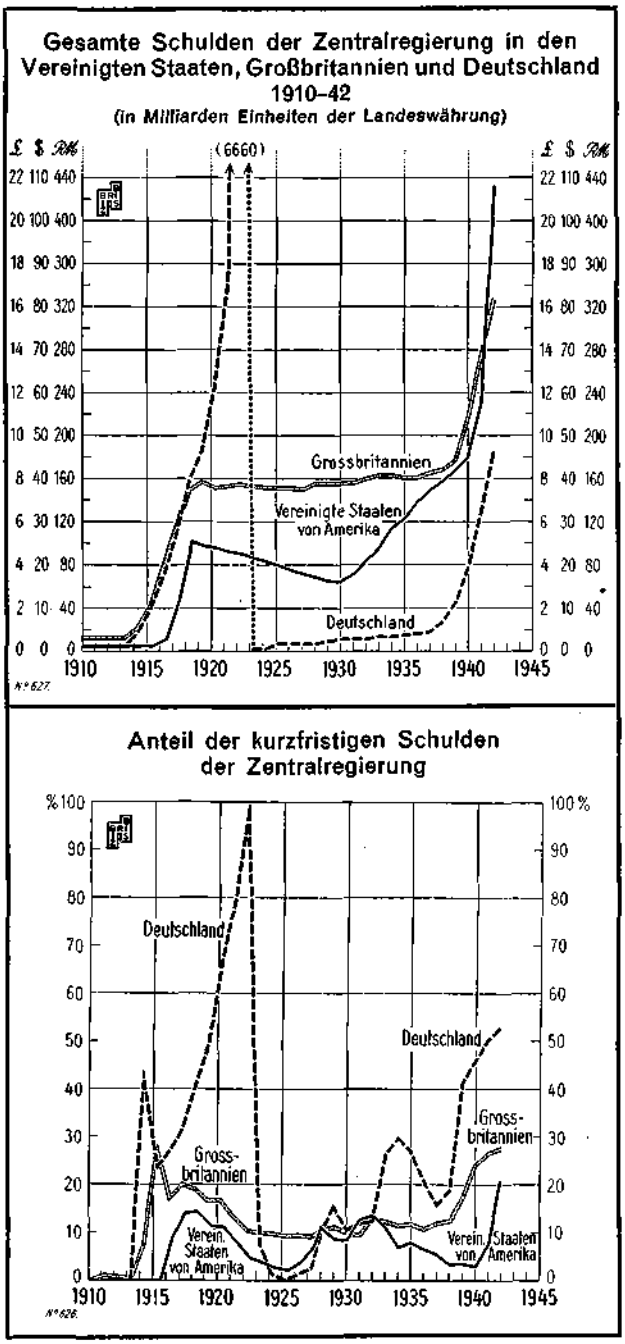
betrug der Durchschnitt 37 v. H. und in Deutschland 17 v. H., wobei in diesen beiden Ländern in den drei Jahren eine abnehmende Tendenz erkennbar war, während umgekehrt die Ausgabe börsengängiger Wertpapiere zunahm.

Die Zeichnungen auf der folgenden Seite geben ein Bild vom Wachstum der Staatsverschuldung (ohne Einzelstaaten und Gemeinden) in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland seit 1910 (nach einem angenommenen Wertverhältnis von 1£ = 5$ = 20 RM) sowie vom Anteil der kurzfristigen an der gesamten Verschuldung. Diese Zeichnungen beruhen auf Unterlagen, die sich bis 1927 jeweils auf das Ende des Haushaltsjahres und nachher auf das Ende des Kalenderjahres beziehen. Obwohl der Schatzwechsel in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in England erfunden worden ist, wurde bis 1914 nur in äußerst sparsamer Weise von ihm Gebrauch gemacht — vor dem letzten Krieg war eine kurzfristige Staatsschuld kaum vorhanden. Während des Krieges 1914–18 bedienten sich sämtliche Regierungen dieser Schuldenform, und bei Kriegsende betrug die kurzfristige Schuld 14 v. H. der Gesamtverschuldung in den Vereinigten Staaten, nahezu 20 v. H. in Großbritannien und 40 v. H. in Deutschland. In den darauffolgenden Jahren

[1] Großbritannien
Nicht marktfähig: Sparscheine, Sparanleihen, Verteidigungsanleihen und „Sonstige Schuld" (langfristig), Ways-and-means-Vorschüsse, Schatzamtsquittungen und Steuergutscheine (kurzfristig).
Marktfähig: Nationale Kriegsanleihen und andere börsenfähige Wertpapiere (langfristig); Schatzwechsel (kurzfristig).

[2] Deutschland
Nicht marktfähig: Liquiditäts-Anleihen und Guthaben bei der Reichskasse (langfristig); Reichsbank- und Rentenbankkredite sowie Steuergutscheine (kurzfristig).
Marktfähig: Verzinsliche Schatzanweisungen (langfristig); unverzinsliche Schatzanweisungen und Reichswechsel (kurzfristig).

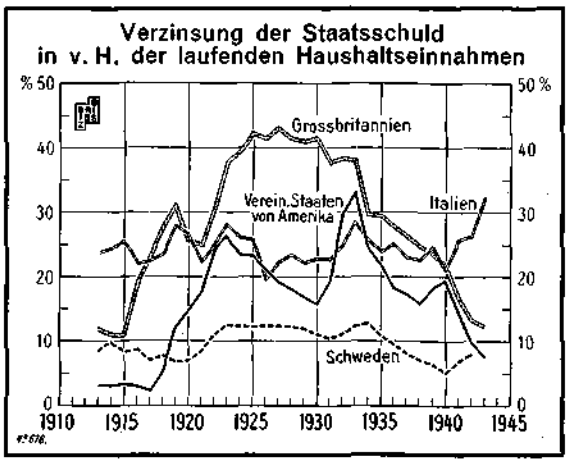
Anmerkung: Bei Deutschland ist die kurzfristige Verschuldung an die Hauptverwaltung der Reichskreditkassen weggelassen; dadurch erscheint der Anteil der kurzfristigen Schuld gegenüber dem amtlichen Schuldenausweis etwas niedriger. Andererseits wurden die Darlehen von der Deutschen Rentenbank, die eine Art Zentralbank-Kredit darstellen, unter die kurzfristige Verschuldung aufgenommen, während sie in den amtlichen Schuldenausweisen als langfristig behandelt werden.



fand in den Vereinigten Staaten und Großbritannien eine gewisse Rückzahlung der kurzfristigen Schulden statt; mit der Verschlechterung der Lage in Deutschland stieg dagegen das Verhältnis dort bis auf praktisch 100 v. H. im Jahre 1923. Auch im gegenwärtigen Kriege hat Deutschland wieder in größerem Maße von kurzfristigen Anleihen Gebrauch gemacht als die beiden anderen Länder, und Ende 1942 waren nach den amtlichen Veröffentlichungen mehr als 50 v. H. der gesamten Verschuldung kurzfristig.

Bei den gesamten öffentlichen Schulden zeigte sich im Kriege 1914–18 ein beispielloses Anwachsen bis auf 25 Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten und auf fast 8 Milliarden Pfund in Großbritannien (einschließlich etwa 1 Milliarde Pfund auswärtiger Kriegsschuld). Die deutschen Schulden entsprachen 1919 mit 160 Milliarden Mark ungefähr der Verschuldung Großbritanniens (1 Pfund Sterling = 20 Mark), aber 1923 waren sie auf mehr als 6,6 Billionen Mark angewachsen und wurden dann durch die Inflation beseitigt. Im Juni 1943 belief sich die britische Schuld auf 17,7 Milliarden Pfund, die amerikanische auf 140 Milliarden Dollar und die deutsche auf 215 Milliarden Reichsmark. Legt man statt der angenommenen Kurse, auf denen die Zeichnung beruht, ein Verhältnis von 1£ = 4$ = 13 RM zugrunde, so erreichte die deutsche Verschuldung fast den Gegenwert der englischen, die ihrerseits nur die Hälfte der amerikanischen betrug. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl war die britische Schuld die höchste, aber der Abstand der anderen war im Abnehmen begriffen.

Wie lange kann es so weitergehen? Welche Grenzen sind dem Wachstum der öffentlichen Verschuldung gesetzt? Diese Fragen werden in den letzten Jahren immer häufiger gestellt. Die Antwort hängt von verschiedenen und zum Teil veränderlichen Voraussetzungen ab. Es ist klar, daß dazu auch das Vertrauen in die Währung gehört; nimmt man dieses aber als gegeben an, dann wird die „Belastung" im fiskalischen Sinne einerseits von der Höhe der Verschuldung und der Zinssätze, andererseits von den Warenpreisen und den anderen Grundlagen des Volkseinkommens bestimmt. Von einer bestimmten Seite wird die Größe der Schuldenlast auch beleuchtet durch einen Vergleich des Zinsbedarfs für die öffentliche Schuld mit dem Steueraufkommen und den anderen inneren Haushaltseinnahmen.



Die Zeichnung veranschaulicht für die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Schweden und Italien das Verhältnis der Verzinsung der Staatsschuld zum Steueraufkommen und den anderen inneren Haushaltseinnahmen in den Jahren von 1913 bis heute. Das Anwachsen der öffentlichen Schuld in den Vereinigten Staaten seit 1917 und die hohen Zinssätze der Nachkriegszeit erhöhten das Verhältnis des Schuldendienstes zu den Steuereinnahmen von 3 v. H. im Jahre 1916 auf 26 v. H. im Jahre 1923; ein zweiter Höhepunkt wurde bei 33 v. H. im Jahre 1933 erreicht (infolge Halbierung des Steueraufkommens in den drei Jahren seit 1930); seitdem nahm das Verhältnis wieder ab auf weniger als 10 v. H. für 1941/42 und nur 8 v. H. für 1942/43. Für Großbritannien waren die Verhältniszahlen durch die Zahlungen für die Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten von 1924 bis 1931 um etwa 4 v. H. gegenüber ihrem eigentlichen Stand überhöht; der Zinsendienst der inneren Schuld belief sich auf seinem Höhepunkt im Jahre 1927 auf 39 v. H. der laufenden Einnahmen. In gleichmäßigem Rückgang erreichte der Satz schließlich ungefähr 12 v. H. für 1942/43, und für 1943/44 ergeben die Voranschläge etwa die gleiche Höhe. Sowohl für Großbritannien wie für die Vereinigten Staaten ist seit Anfang der dreißiger Jahre die Wirkung der Politik billigen Geldes deutlich sichtbar; auffallend ist die weitere Abnahme seit 1940: bei gleichbleibenden Zinssätzen sind die Steuereingänge im Kriege rascher gestiegen als die öffentliche Verschuldung. Als Beispiel für ein neutrales Land ist Schweden angeführt: dort schwankte das Verhältnis vor dem Kriege zwischen 8 und 12 v. H.; 1940 war es mit 5 v. H. ausnahmsweise niedrig, stieg aber in den Jahren 1941 und 1942 auf 7 und 8 v. H. an; auch für 1942/43 war die Verzinsung der Staatsschuld noch mehr als gedeckt durch die Einkünfte aus den öffentlichen Unternehmungen (Staatseisenbahnen, Post- und Telegraphenwesen, Forsten usw.), die in den laufenden Haushaltseinnahmen enthalten sind (obwohl die Schuld Ende 1942 zum ersten Male höher war als der Buchwert des staatlichen Vermögens).

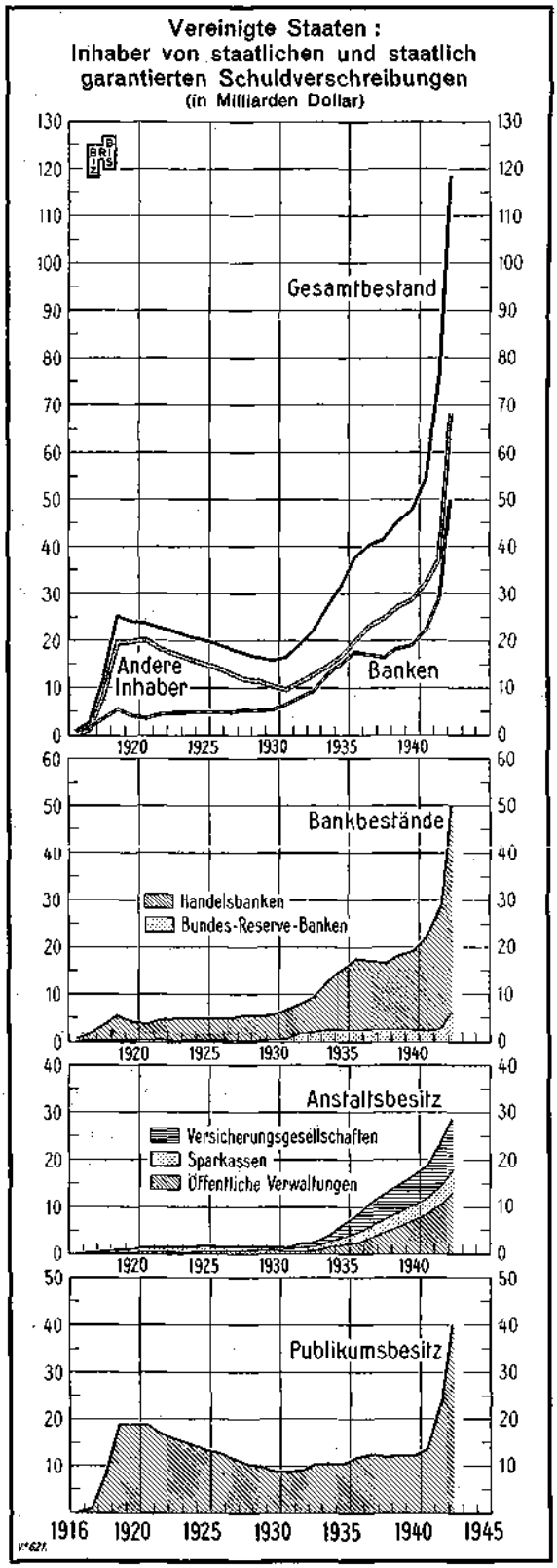
In Italien bewegte sich das Verhältnis vor diesem Kriege zwischen 20 und 30 v. H.; in dem mit Juni 1940 abgeschlossenen Rechnungsjahr fiel der Hundertsatz zum ersten Male seit 1926 unter 21; für 1940/41 und 1941/42 betrug er 26 v. H., und vorläufige Zahlen für 1942/43 ergeben 32 v. H. der tatsächlichen regelmäßigen Einnahmen unter Einschluß der verschiedenen sonstigen Einnahmen. Legt man nur das reine Steueraufkommen zugrunde, so beträgt der Hundertsatz 37 für 1942/43 und mehr als 40 im Voranschlag für 1943/44. Für Deutschland stehen keine Haushaltszahlen zur Verfügung, aber bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 3 v. H. auf die gesamte Inlandsverschuldung von einigen 160 Milliarden Reichsmark im Herbst 1942 würde sich eine Zinsenlast von etwa 4,8 Milliarden Reichsmark ergeben, das sind rund 12 v. H. des normalen Aufkommens an Steuern und laufenden Inlandseinnahmen, die sich 1942/43 auf insgesamt 38,7 Milliarden Reichsmark beliefen[1]. In Japan, wo fast die gesamte Staatsschuld lang- oder mittelfristig untergebracht ist, beansprucht der Zinsendienst etwa ein Drittel der gewöhnlichen Haushaltseinnahmen.

In allen Fällen hat sich natürlich der absolute Betrag des Zinsendienstes erhöht. Vergleicht man das 1943 abgeschlossene Haushaltsjahr mit dem im Jahre 1939 beendeten, so ist der Schuldendienst in Großbritannien um 50 v. H. und in den Vereinigten Staaten um 90 v. H. gestiegen; in Italien und in Schweden hat er sich verdoppelt, während er in Deutschland trotz der Konversionen und Zinssenkungen auf das Vier- bis Fünffache angewachsen sein muß, da die Gesamtverschuldung von der verhältnismäßig geringen Höhe von 30 Milliarden Reichsmark bei Kriegsausbruch 1939 auf mehr als 200 Milliarden Mitte 1943 zugenommen hat.

Vielfach taucht auch die Frage auf: wie weit werden während des Krieges entstandene innere Staatsschulden nach Kriegsende zurückbezahlt werden und wie weit werden solche Rückzahlungen den Zahlungsmittelumlauf und das Kreditvolumen vermindern? Auch hier kann man auf frühere Erfahrungen zurückgreifen, wenn dies auch keine unbedingt sicheren Schlüsse zuläßt, da sich die Voraussetzungen geändert haben. Eine Zeichnung auf Seite 234 des zwölften Jahresberichts der Bank zeigte, daß *in Großbritannien die während des Krieges 1914–18 neu geschaffene Kaufkraft* auch nach Kriegsende vorhanden blieb. Es könnte eingewendet werden, daß in diesem Falle der Betrag der zurückgezahlten Staatsschuld sehr gering war — er betrug nur etwa 300 Millionen Pfund oder weniger als 5 v. H. der Summe von zehn Nachkriegsjahren — und daß bei einer etwas nachdrücklicheren Schuldenrückzahlung auch die Senkung der im Kriege entstandenen zusätzlichen Kaufkraft bedeutender gewesen wäre.

Tatsächlich lagen aber in dieser Beziehung die Dinge in Großbritannien besonders günstig. In keinem anderen Lande, das am Kriege 1914–18

[1] Der Umsatz der „Reichsschuldenkasse", die als Kasse der Reichsschuldenverwaltung den Zinsen- und Tilgungsdienst für die Reichsschuld besorgt, hat sich von 15 Milliarden RM im Rechnungsjahr 1938 auf 310 Milliarden RM im Haushaltsjahr 1942 erhöht.



teilgenommen hatte, fand überhaupt eine Schuldenrückzahlung statt außer in den Vereinigten Staaten, die in sämtlichen elf Jahren von 1920 bis 1930 Haushaltsüberschüsse hatten. Diese beliefen sich in der genannten Zeit insgesamt auf 8,36 Milliarden Dollar (unter Einschluß von etwa 2 Milliarden Dollar aus Zins- und Tilgungsbeträgen von Kriegsschulden), und die öffentlichen Guthaben gingen um 950 Millionen Dollar zurück, so daß im ganzen 9,31 Milliarden Dollar von der inneren Staatsschuld zurückgezahlt wurden. Dieser innerhalb von elf Jahren zurückgezahlte Betrag erreichte jedoch knapp die Höhe der Schuldaufnahme eines einzigen Kriegsjahres (9,27 Milliarden Dollar 1917/18 und 13,25 Milliarden Dollar 1918/19). Außerdem war die Verteilung der Rückzahlungen sehr bedeutsam: an das Publikum (unter Einschluß der Anstalten) wurden 9,45 Milliarden zurückgezahlt, während sich die Bestände der Banken nach einigen Abgaben in den Jahren 1920 und 1921 per Saldo sogar um weitere 140 Millionen Dollar erhöhten. Also auch in diesem Falle blieb die während des Krieges geschaffene Kaufkraft nach Kriegsende erhalten.

Es ist jedoch bemerkenswert, daß in Großbritannien wie auch in den Vereinigten Staaten nach dem Kriege erhebliche Rückzahlungen kurzfristiger Schulden erfolgt sind. In den fünf Jahren bis 1924 wurden 45 v. H. der britischen und 78 v. H. der amerikanischen kurzfristigen Staatsschuld zurückgezahlt.

Staatsschulden in Großbritannien und den Vereinigten Staaten 1919–24

Am Ende des Haushaltsjahres[1]	Großbritannien			Vereinigte Staaten		
	kurzfristig	langfristig	insgesamt	kurzfristig	langfristig	insgesamt
	Millionen Pfund Sterling			Millionen Dollar		
1919	1.412	6.023	7.435	3.625	21.857	25.482
1920	1.312	6.517	7.829	2.769	21.529	24.298
1921	1.275	6.299	7.574	2.699	21.277	23.976
1922	1.025	6.629	7.654	1.828	21.136	22.964
1923	810	6.932	7.742	1.032	21.318	22.350
1924	775	6.866	7.641	808	20.443	21.251
Veränderung 1919–24	—637	+843	+206	—2.817	—1.414	—4.231

[1] In Großbritannien 31. März, in den Vereinigten Staaten 30. Juni.

Auch in folgender Hinsicht ist die frühere Erfahrung bemerkenswert: die jährlichen Haushaltsausgaben stiegen in Großbritannien von 200 Millionen Pfund vor dem Kriege (1913/14) auf das Dreizehnfache, nämlich 2,6 Milliarden Pfund bei Kriegsende (1918/19), fielen dann auf 800 Millionen Pfund sechs Jahre nach dem Kriege (1924/25) und verharrten danach bis zu diesem Kriege auf der vier- bis fünffachen Höhe der Zeit vor 1914. In den Vereinigten Staaten wuchsen die jährlichen Haushaltsausgaben noch schneller an; von weniger als 750 Millionen Dollar vor dem Kriege (1915/16) stiegen sie auf das Fünfundzwanzigfache, d. h. mehr als 18,5 Milliarden bei Kriegsende (1918/19), fielen auf 3 Milliarden nach dem Kriege (1923/24) und blieben bis 1930/31 stets unterhalb des Betrages von 4 Milliarden Dollar. Im ersten Friedensjahr (1919/20) lagen die Staatsausgaben in Großbritannien um fast ein Drittel und in den Vereinigten Staaten um nahezu zwei Drittel unter dem im Kriege erreichten Höchststand, in beiden Fällen hielten sie sich aber, z. T. infolge des verstärkten Schuldendienstes, noch auf oder über der vierfachen Höhe gegenüber der Vorkriegszeit.

Diese Erfahrungen aus der letzten Kriegs- und Nachkriegszeit mögen vielleicht keine sicheren Schlüsse auf die Lage zulassen, die nach dem gegenwärtigen Kriege bestehen wird, da ja diesmal wesentlich andere Wege der Kriegsfinanzierung und der Preislenkung beschritten wurden. Aber man darf nicht annehmen, daß die Schwierigkeiten einer Rückzahlung gewaltiger Schulden oder der Bindung von Kaufkraft leicht zu überwinden sein werden, und daher dürfte die Kenntnis der Vergangenheit für die Gegenwart doch nicht ohne Nutzen sein.

2. DIE AKTIENBÖRSEN

Die Entwicklung der Aktienkurse an einer Reihe von Börsen, für die hinreichende Indexzahlen zur Verfügung stehen, ist in den Zeichnungen auf Seite 306 und in der folgenden Tabelle dargestellt, die einen Auszug aus den statistischen Unterlagen enthält, auf denen die Kurven beruhen; es wurden die von amtlichen oder halbamtlichen Stellen errechneten und veröffentlichten Indexzahlen zugrunde gelegt und auf Vorkriegsbasis (erstes Halbjahr 1939 = 100) umgerechnet. Bei internationalen Vergleichen ist Vorsicht zu empfehlen, doch dürften die gebotenen Angaben von denkbar größter Zuverlässigkeit sein.

Kennziffern der Aktienkurse[1]

Erstes Halbjahr 1939 = 100

	1927–1929 höchster Kurs[2]	1937 höchster Kurs	1939 Dez.	1940 Dez.	1941 Dez.	1942 März	1942 Juni	1942 Sept.	1942 Dez.	1943 März	1943 Juni
Bukarest[3]	669	115	173	148	290	441	380	442	606	.	.
Paris[4]	239	116	116	191	353	453	453	508	594	553	521
Budapest	318	214	129	134	327	299	275	303	384	474	486
Prag	154	205	146	253	342	.	375	369	364	381	381
Brüssel	388	168	84	182	322	271	290	315	339	306	307
Lissabon	122	112	100	95	121	143	184	228	261	256	234
Mailand	134	108	134	151	197	205	184	212	216	224	299
Helsinki	95	122	90	110	155	197	189	198	179	188	198
Oslo	74	112	102	120	158	158	165	179	171	165	171
Berlin	172	112	103	135	144	149	151	150	152	153	153
Amsterdam	225	125	92	127	156	135	146	149	148	164	167
Tokio	112	114	126	105	119	117	123	123	120	119	120
London	162	151	93	87	98	94	96	107	116	121	122
Kopenhagen	99	114	94	94	113	116	121	120	115	116	122
Zürich	122	106	87	82	102	103	102	108	110	110	105
Stockholm	131	106	75	82	97	106	108	113	106	107	106
New York	296	152	108	96	82	75	76	81	88	104	114
Montreal	216	146	101	77	73	68	69	69	78	87	91

[1] Die Kennziffern sind nach dem Kursstand im Dezember 1942 geordnet.

[2] Die New-Yorker Kurse erreichten ihren höchsten Punkt im September 1929; auch die meisten übrigen Börsen waren in den Jahren 1927–29 fest (als Weltproduktion und Welthandel nach dem Rückschlag während des Krieges 1914–18 eine beispiellose Höhe erreicht hatten und amerikanisches Kapital nach Europa flutete). Da diese Zeit von dem als Basis dienenden ersten Halbjahr 1939 zeitlich weit entfernt ist und bei den Berechnungen in einigen Fällen verschiedene Indexzahlen verschmolzen wurden, werden die Ziffern nur zur Kennzeichnung der Entwicklung gegeben; peinliche Genauigkeit können sie nicht beanspruchen.

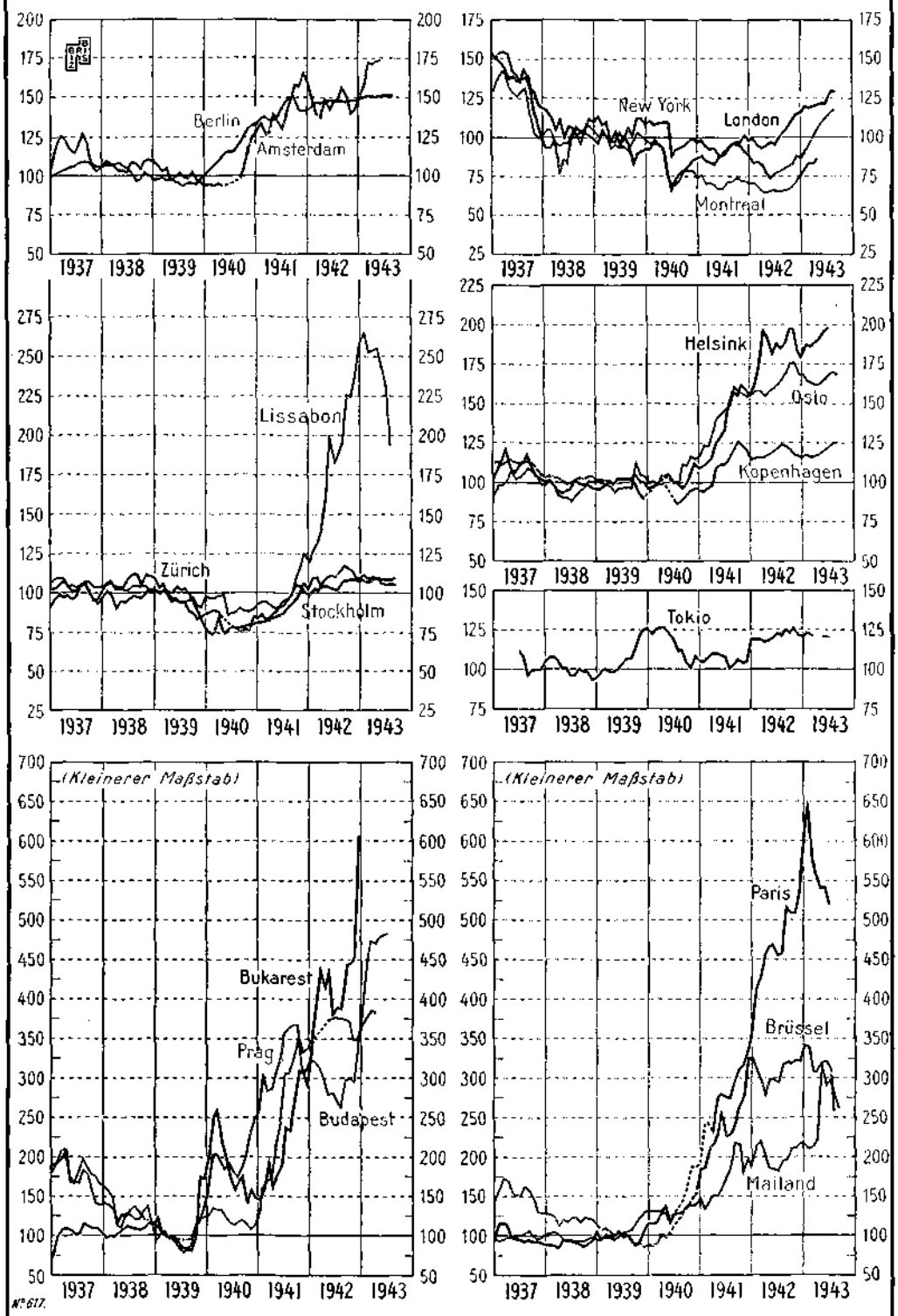
[3] Seit Dezember 1942 ist keine Kennziffer veröffentlicht worden; die Hausse hielt aber auch in den ersten Monaten 1943 an (siehe die Tabelle auf Seite 309).

[4] Für die Zeit der Schließung der Pariser Börse in den Jahren 1940–41 beruhen die Indexzahlen auf den vorhandenen Angaben für Lyon.

Nur an den Börsen von New York und Montreal lagen die Aktienkurse Ende 1942 noch unter dem Vorkriegsstande — an sich eine erstaunliche Tatsache, wenn man die beispiellosen Produktionssteigerungen in diesen beiden Ländern bedenkt; die Besteuerung war aber sehr hoch und die Nettorentabilität im allgemeinen nicht gestiegen, sondern in vielen Fällen sogar gesunken. Im Frühjahr 1943 rückte jedoch die Kennziffer für New York in die Stufe von 100 bis 125 empor, die in London schon im Sommer 1942 erreicht war. Beide Indexzahlen hatten sich seit dem Frühjahr 1942 endgültig nach oben gewandt — von März 1942 bis Juni 1943 stieg die Kennziffer für die Londoner Börse um 30 v. H. und für New York um rund 50 v. H.; die Umsätze, die in beiden Fällen ungewöhnlich niedrig gewesen waren, wuchsen vom ersten Halbjahr 1942 bis zum ersten Halbjahr 1943 etwa auf den doppelten Umfang, und die Maklerdarlehen in New York zeigten zum erstenmal seit vielen Jahren eine entschieden steigende Tendenz.

Die einzige weitere in den Schaubildern berücksichtigte überseeische Börse, Tokio, stieg mit ihrem Aktienindex ebenfalls in die Gruppe 100–125 auf; nach Ende 1941 wurde jedes nennenswerte Steigen (oder Fallen) der Indexzahl durch strenge Überwachungsmaßnahmen verhindert. Auf Grund eines neuen Gesetzes von März 1943 wurden die japanischen Börsen völlig umgestaltet. Anstatt in Form von elf unabhängigen Privatunternehmen an den Hauptplätzen arbeiten die Börsen seit dem 1. Juli 1943, durch Verschmelzung

Aktienindexzahlen, Januar–Juni 1939 = 100



an Zahl verringert, als Zweigstellen der Nippon-Börsengesellschaft, einer neu gebildeten Körperschaft, unter der Aufsicht des Finanzministers; die leitenden Beamten dieser Gesellschaft wurden von der Regierung ernannt, die auch ein Viertel des Kapitals von 200 Millionen Yen zeichnete. Sämtliche Geschäfte werden streng überwacht, um sicherzustellen, daß die Käufe eine echte Anlage verfügbaren Kapitals darstellen; die Kurse können also nicht mehr die Stärke von Angebot und Nachfrage zum Ausdruck bringen, sondern es werden „angemessene" Kurse von amtlicher Seite festgesetzt.

In Europa gelangten die Indexzahlen für die Börsen der neutralen Länder, Zürich und Stockholm, und auch die des besetzten Kopenhagen in die Gruppe 100–125; es bedurfte nur geringer oder keiner Kontrolle, um die Kursbildung an den Märkten in relativ gemäßigten Grenzen zu halten.

In Berlin hielt eine im Frühjahr 1942 eingeführte strenge Kontrolle die Kurse etwa auf der damals erreichten Höhe von 150. Die Steigerung im Laufe des ganzen Jahres, die fast ausschließlich in seiner ersten Hälfte stattfand, betrug nur 5 v. H.; der höchste Punkt im Dezember lag etwas unter dem im September 1941 erreichten Höchststand. Amsterdam, weitgehend den gleichen Einflüssen unterworfen, zeigt stärkere Schwankungen um 150 herum; das vorhandene Material hatte sich schon durch das 1940 ergangene Verbot des Handels in amerikanischen Aktien erheblich verringert, und als Anfang 1942 niederländische Besitzungen im Fernen Osten von japanischen Truppen besetzt wurden, erhielten viele führende Werte (Kolonial-, Erdöl- und Schiffahrtsaktien) spekulativen Charakter. Oslo und Helsinki blieben das ganze Jahr hindurch innerhalb der Grenzen von 150–200, mit unregelmäßig steigender Tendenz. In Oslo wurde vom Handelsministerium ein Ausschuß zur Überwachung der Börse gebildet.

Lissabon nahm 1942 eine besondere Stellung ein: eine kräftige Hausse mit steigenden Umsätzen ließ den Index, der im Frühjahr und Sommer 1941 noch unter dem Vorkriegsstand von 100 lag, im Januar 1943 auf beinahe 270 steigen. Diese Erhöhung beruhte auf der außergewöhnlichen Flüssigkeit des Geldmarktes und auf der zum mindesten vorläufigen beträchtlichen Gewinnerhöhung in einzelnen Wirtschaftszweigen – die Versicherungsaktien stiegen zwischen Mai 1941 und Januar 1943 auf das Zweieinhalbfache und die Verkehrsaktien fast auf das Neunfache. Eine im Februar einsetzende Reaktion ließ jedoch die allgemeine Kennziffer, auf der die Zeichnung beruht, im Juli 1943 unter 200 sinken.

Lissabonner Aktienindex[1]

Jahr und Monat	Banken	Versicherung	Bergbau	Verkehr	Kolonialaktien
1941 Mai[2] . . .	76	189	91	76	73
Dezember	96	280	105	182	103
1942 Dezember	156	425	148	652	253
1943 Januar . .	161	484	156	670	273
Juli . . .	129	477	151	554	182

[1] Der von der Lissabonner Börse veröffentlichte Aktienindex (Januar 1929 = 100).
[2] Tiefster Stand des allgemeinen Index.

An anderen kontinentaleuropäischen Börsen sind die Kurse noch höher gestiegen; die Kennziffern sind in den Zeichnungen daher nur im halben Maßstab dargestellt. An diesen Märkten wurden zahlreiche Maßnahmen

gegen die Spekulation ergriffen, indem man den Handel kostspielig und unrentabel gestaltete, die täglichen Kurserhöhungen beschränkte und verschiedene andere Mittel versuchte, aber nur wenige dieser Maßnahmen hatten mehr als vorübergehende Wirkung; sämtliche Kennziffern haben sich im Laufe des Jahres erhöht. Der Index für Mailand, der 1941 von unter 150 bis über 200 gestiegen war und 1942 unregelmäßig zwischen 180 und 220 schwankte, ging im April 1943 plötzlich sprunghaft über 300, büßte in den folgenden Monaten aber wieder etwas von der Zunahme ein. Abgesehen von vielen anderen verdient eine besondere Kontrollmaßnahme Erwähnung, weil sie wirksam war — insofern, als sie den ganzen Markt lähmte und das Geschäft auf ein Mindestmaß herabdrückte. Auf Grund einer Verordnung vom 21. November 1942 mußte ein Betrag, der dem für den Ankauf von Aktien am amtlichen Markt verwendeten entsprach, in besonderen 3prozentigen neunjährigen Schatzscheinen angelegt werden, die bis zur Fälligkeit nicht verkauft oder übertragen werden dürfen. Der Umsatz von Aktien an der Mailänder Börse war im ersten Halbjahr 1942 mit täglich etwa 53.000 Stück schon niedrig (weniger als ein Drittel des Umsatzes im ersten Halbjahr 1941), nach Veröffentlichung der Verordnung vom 21. November 1942 sank er aber fast auf Null; im Dezember wechselte in elf von zweiundzwanzig Börsensitzungen nicht eine einzige Aktie den Besitzer, und im ganzen Monat erreichte der Umsatz weniger als 2 v. H. der Novemberziffer. Das im Dezember und in den folgenden Monaten noch verbliebene geringe Geschäft betraf vorwiegend Bezugsrechte, die durch die Verordnung nicht berührt wurden, und der ebenfalls von ihr nicht betroffene Handel außerhalb der Börse erhielt einen bedeutenden Auftrieb. Im April 1943 wurde die Kuppelung von Aktienkäufen mit dem Kauf von Staatspapieren aufgehoben und durch eine hohe Steuer auf Umsätze in Aktien ersetzt; daraufhin entwickelte die Börse wieder eine gewisse Tätigkeit bei kräftig anziehenden Kursen.

Börsenumsätze in Mailand

Jahr und Monat	Zahl der Aktien im Tagesdurchschnitt
1942 September . . .	30.950
Oktober	38.400
November. . . .	43.480
Dezember. . . .	700
1943 Januar	1.480
Februar	1.670
März	1.890
April	14.950
Mai	23.030
Juni.	18.280
Juli	20.050

In Brüssel, wo auf deutsche Veranlassung mehrere Überwachungsmaßnahmen ergriffen wurden, war 1942 keine erhebliche Kurssteigerung zu verzeichnen. Die Kennziffer hielt sich mit einigen Schwankungen in der Nähe von 300; im Sommer 1943 drückte ein scharfer Rückschlag sie auf 250 herab. Auch in Prag, wo Maßnahmen nach deutschem Vorbild in Kraft waren, zeigte die Indexzahl keine starke Erhöhung, sondern schwankte in der Nähe von 350.

In Budapest gaben die Kurse im ersten Halbjahr 1942 unter dem Einfluß verschiedener bis dahin eingeführter Kontrollmaßnahmen nach, befestigten sich aber im Sommer wieder; es folgte ein außerordentlicher Aufschwung von einem Stand unter 300 im Oktober 1942 auf 480 im Februar 1943, d. h. um 60 v. H. in vier Monaten, bei rasch wachsenden Umsätzen. In der zweiten Februarhälfte wurde die Bewegung jedoch bei einer Indexzahl von beinahe 500 durch Einführung von „Stopkursen" plötzlich zum Stillstand gebracht.

Die stärksten Kurserhöhungen im Laufe des Jahres 1942 hatten indessen Paris und Bukarest zu verzeichnen. Der in der Zeichnung dargestellte Index für Paris stieg von 350 auf 600 und im Januar 1943 weiter auf 650; eine in den folgenden Monaten einsetzende Reaktion ließ Ihn dann im Juni 1943 auf 520 sinken. Die Börsen in Frankreich wurden durch ein Gesetz vom Februar 1942 umgestaltet, und es wurde ein Börsenausschuß gebildet, an dessen Spitze der Gouverneur der Bank von Frankreich steht und dem ein Regierungskommissar angehört. An dem Aufstieg haben alle Aktiengruppen teilgenommen; sogar „Geldpapiere" wie Bankaktien (mit verhältnismäßig geringem Sachwert) erreichten etwa das Vierfache ihres Vorkriegskurses, während die Kurse für einzelne Gruppen, z. B. Bau-, Textil- und Schiffahrtsaktien, sich auf das Zehnfache und mehr erhöht haben. Der Bukarester Index stieg von einem Stand unter 300 im Dezember 1941 auf mehr als 600 im Dezember 1942, also auf mehr als das Doppelte; seitdem wurde von der Rumänischen Nationalbank keine Kennzahl mehr veröffentlicht, die Aktienkurse setzten aber ihre rasche Aufwärtsbewegung im Januar und Februar 1943 noch fort, während sie in den folgenden Monaten leicht zurückgingen. Der Aktienumsatz, der in den

Bukarester Börse

Jahr und Monat	Monatliche Durchschnittskurse in Lei					Aktienindex (erstes Halbjahr 1939 = 100)	Umsatz in Millionen Lei
	Rumänische Nationalbank	„Astra Română" A.-G.	„Steaua Română" A.-G. für Petroleumindustrie	S. T. B. (Bukarester Straßenbahn)	Rumänische Telephon-A.-G.		
1940 Dezember.	5.308	780	382	1.090	674	148	61
1941 „	7.913	1.749	849	1.762	1.528	290	129
1942 „	12.598	3.318	1.899	3.284	2.071	606	750
1943 Januar	15.286	4.642	2.298	4.719	2.472	.	633
Februar.	16.570	4.153	1.927	4.375	2.077	.	394
März	14.100	4.293	2.032	4.427	2.401	.	481
April	14.319	4.095	2.113	2.354	2.311	.	262
Mai	13.888	4.013	2.218	2.184	2.391	.	283
Juni.	12.857	3.868	2.077	2.109	2.306	.	221

ersten zehn Monaten des Jahres durchschnittlich etwas über 200 Millionen Lei im Monat betrug (ungefähr wie 1941), stieg im November 1942 auf 300 Millionen Lei und im Dezember auf 750 Millionen Lei, ließ in den folgenden Monaten aber nach; an dem Aufschwung nahmen alle Aktiengruppen teil, namentlich Erdöl-, Bergbau- und Schwerindustrieaktien. Der von der Nationalbank veröffentlichte Index (Januar 1926 = 100) war Ende 1942 über 2.000 gestiegen.

In den zuletzt erwähnten Ländern, wo die Börsenkurse in einer Zeit allgemein sinkender Produktion und Rentabilität und trotz aller Kontrollbemühungen drei- bis sechsmal so hoch sind wie die Vorkriegsnotierungen, spiegeln die Börsen in verschiedenem Umfange inflationistische Entwicklungen wider, wie sie an früherer Stelle dieses Kapitels etwas ausführlicher geschildert sind. In einigen Ländern ging die Inflation sogar noch weiter, aber entweder blieb dort die Effektenbörse geschlossen — wie in Agram (Zagreb) —, oder es stehen keine regelmäßigen Börsenkennzahlen zur

Verfügung — wie für Warschau und Preßburg. Über den außergewöhnlichen Fall von Athen sind in der folgenden Tabelle einige bezeichnende Kurse zusammengestellt.

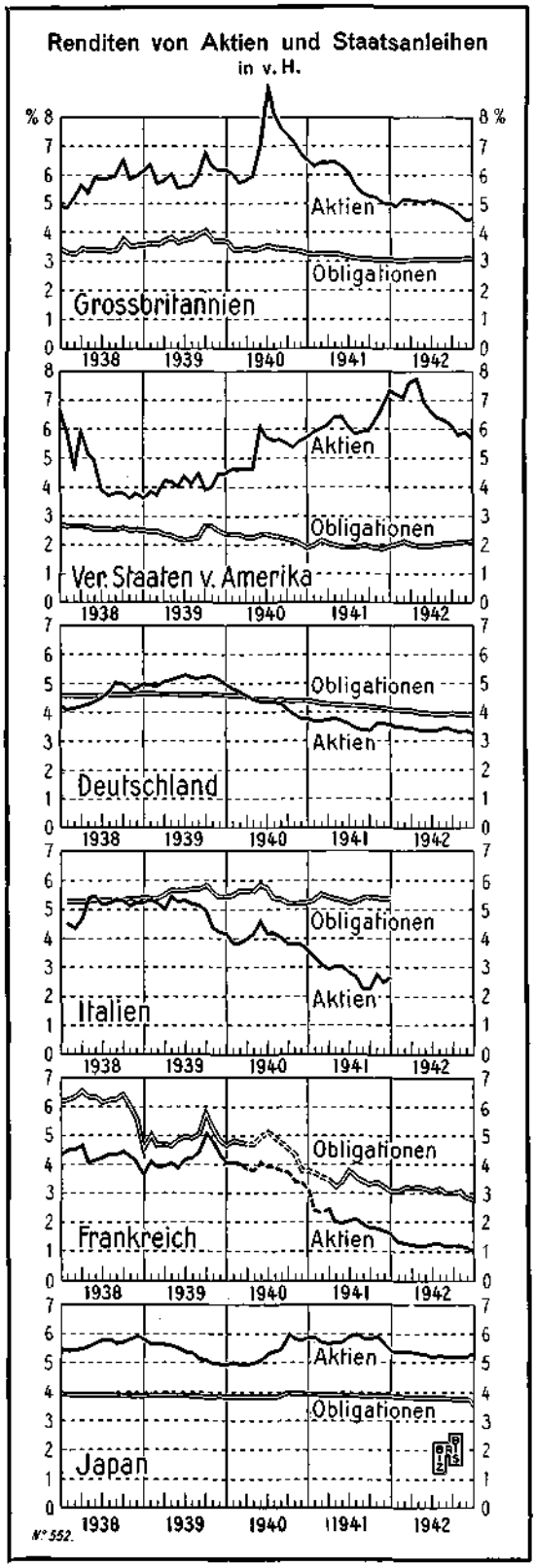
Athener Börse

Papiere	Nennwert	Letzter Friedensmonat Oktober 1940 (Durchschnitt)	Wiedereröffnung der Börse Dezember 1940	Zweite Wiedereröffnung der Börse Dezember 1942	Notierungen im Juni 1943
		Kurse in Drachmen			
Staatsanleihen					
a) Innere Drachmenanleihen					
6 % Flüchtlingsanleihen von 1926-28	Dr. 1.000	680	720	5.950	8.350
5 % Innere Anleihe von 1920	Dr. 200	100	110	800	1.100
b) Äußere „Goldanleihen"					
4 % Monopolanleihe von 1887 . . .	Gold-Dr. 500	1.650	2.050	27.000	62.000
5 % Äußere Anleihe von 1914 . . .	Gold-Dr. 500	2.150	2.600	35.000	80.500
4 % Anleihe von 1925 (Wasseranlagen)	$ 1.000	92.200	91.800	1.700.000	3.400.000
Aktien					
Bank von Griechenland	Dr. 5.000	7.290	7.520	135.000	285.000
Griechische Nationalbank	Dr. 1.000	59.600	58.900	1,900.000	4.150.000
Produits et Engrais Chimiques.	Dr. 100	1.120	1.105	35.000	56.000
Hellenic Electric Railways Comp. Ltd. .	£ 1	790	800	32.000	57.000
Matières Colorantes du Pirée.	Dr. 100	860	865	28.000	43.000
Herakles (Zement)	Dr. 100	1.060	1.075	35.000	65.500
Atlas (Bau)	Dr. 100	150	155	3.500	9.600
Etma (Kunstseide)	Dr. 100	—	685	13.000	37.000

Anmerkung: Die Börse wurde am 28. Oktober 1940 geschlossen, als die italienischen Truppen in Griechenland einmarschierten, am 19. Dezember 1940 aber wieder geöffnet. Beim Beginn der Feindseligkeiten mit Deutschland im März 1941 wurde die Börse abermals geschlossen; erst am 16. Dezember 1942 wurde sie im Rahmen des auf Seite 254 beschriebenen Planes zur Bekämpfung von Spekulation und Inflation wieder eröffnet.

Mitte 1943 waren die über Drachmen lautenden griechischen Staatsanleihen auf etwa das Zehnfache ihrer letzten Friedenskurse gestiegen (offensichtlich, weil man auf eine Rehabilitierung hoffte); die sogenannten „Goldanleihen" kosteten das 30–40fache und die Aktien das 40–80fache ihrer Vorkriegswerte. Die Aktien der Nationalbank galten sogar das 4000fache ihres Nennwertes. Im September und Oktober überflutete eine neue Inflationswelle die Börse, und die Kurse zogen wiederum heftig und unregelmäßig an; die „Goldanleihen" erreichten das Fünfzigfache ihrer Friedenskurse. Im Oktober 1943 wurde die Börse erneut für einige Tage geschlossen; in dieser Zeit erging eine Verordnung, welche alle Banken und Aktiengesellschaften verpflichtete, die Hälfte ihrer Wertpapierbestände der Regierung als zinsloses „Darlehen" zu übergeben, womit Material für amtliche Interventionen beschafft werden sollte.

In der ganzen Welt sind die Aktienrenditen infolge des ununterbrochenen Steigens der Kurse bei unveränderten oder sogar fallenden Dividenden noch weiter gesunken. In den Vereinigten Staaten (und in Kanada) blieb die Durchschnittsrendite im Jahre 1942 noch immer über 5 v. H., ebenso auch in Japan. In England war sie am Jahresende bis auf 4½ v. H. gesunken. In allen diesen Ländern behielt die Aktienrendite ihren üblichen Stand



über der Rendite der Staatspapiere; in den Vereinigten Staaten ging allerdings die im April 1942 vorhandene außergewöhnliche Spanne von 5,8 v. H. bis zum Jahresende auf 3,6 v. H. zurück.

Auf dem europäischen Festland dagegen ist das übliche Verhältnis jetzt sehr selten anzutreffen; eine höhere Rendite für Aktien als für Staatspapiere findet man nur noch in neutralen Ländern wie in Schweden und der Schweiz; in den anderen Ländern ist sie — teilweise sogar erheblich — unter die Rendite der Staatspapiere gefallen, was auf ungewöhnliche Bewertungen hindeutet. In Deutschland lag die durchschnittliche Aktienrendite Ende 1942 noch immer gut über 3 v. H., in Italien aber näher bei 2 v. H. und in Frankreich bei 1 v. H., der niedrigsten in der französischen Statistik jemals verzeichneten Ziffer. In einer ganzen Reihe kontinentaleuropäischer Länder, z. B. in Belgien, Böhmen und Mähren, Ungarn, Norwegen, war die Lage nicht viel anders als in Frankreich, indem eine Rendite oft kaum noch vorhanden war. In solchen Fällen wurden die Aktien nur auf Grund einer spekulativen Einschätzung der Substanz eines Unternehmens in Grundbesitz, Maschinen usw., d. h. lediglich als Sachwerte gekauft.

Die Kriegshausse an den Aktienmärkten des europäischen Festlandes hat in den amtlichen Kreisen erhebliche Besorgnisse erweckt; seit 1940 wurde an den meisten europäischen Börsen schrittweise eine direkte Kontrolle des Aktienhandels und der Kursbildung eingeführt und in der Folge zunehmend

verschärft. Keine der bis Mitte 1942 getroffenen Maßnahmen — von denen viele bereits im zwölften Jahresbericht der Bank genauer behandelt wurden — war aber wirklich erfolgreich, solange sie dem Handel und der Notierung fortlaufender Kurse noch eine gewisse Freiheit ließen.

Die neue Berichtszeit war in Deutschland gekennzeichnet durch den Übergang von einer „dynamischen" zu einer „statischen" Überwachungspolitik; zwei Gruppen von Maßnahmen bezeichnen diesen Umschwung:

1) die Pflicht zur Anmeldung und schließlich zum Verkauf bedeutender im Kriege erworbener privater Aktienbestände,

2) die Festsetzung von „Stopkursen", welche bei der Notierung nicht überschritten werden dürfen.

Nach einer Anordnung vom 26. Februar 1942 mußten alle seit dem 1. September 1939 erworbenen börsengängigen Aktien der Reichsbank gemeldet werden, sofern sie auf Grund der Kurse vom 31. Dezember 1941 einen Kurswert von 100.000 Reichsmark oder mehr hatten und bis zum 15. März 1942 nicht wieder veräußert waren. Durch eine weitere, am 9. Juni 1942 erlassene Verordnung wurden auch neue Käufe monatlich meldepflichtig gemacht, wenn durch sie die genannte Freigrenze erreicht wird, und gleichzeitig wurde die Reichsbank ermächtigt, von den Eigentümern der gemeldeten Aktien deren Verkauf zum Kurs vom 31. Dezember 1941 gegen Abgeltung durch gesperrte, verzinsliche Schatzanweisungen zu verlangen. Nach amtlicher Angabe beliefen sich die Anmeldungen auf weniger als 5 v. H. aller notierten Aktien; von nicht amtlicher Seite wurden sie auf insgesamt etwa 1 Milliarde Reichsmark geschätzt. Da sich schätzungsweise von dem gesamten Aktienkapital aller deutschen Gesellschaften von 29 Milliarden Reichsmark nur etwa 5 Milliarden Reichsmark in Privathand befanden, stellte der angemeldete Betrag einen erheblichen Prozentsatz des tatsächlich für den Börsenhandel verfügbaren Aktienmaterials dar. Diese Angaben zeigten ferner, daß die privaten Eigentümer bereitwillig verkauften, während die großen Konzerne[1] und die öffentliche Hand ihre Beteiligungen nicht veräußerten.

[1] Das Anwachsen der großen Aktiengesellschaften mit einem durchschnittlichen Kapital von mehr als 100 Millionen RM in den letzten zehn Jahren zeigt eine in „Wirtschaft und Statistik" veröffentlichte Statistik.

Anzahl und Gesamtkapital der deutschen Aktiengesellschaften

Stammkapital am Jahresende	1931		1936		1940		1942		Abnahme 1931–36		Zunahme 1936–42	
	Zahl	Millionen Reichsmark	Zahl	Millionen Reichsmark	Zahl	Millionen Reichsmark	Zahl	Millionen Reichsmark	Zahl	Millionen Reichsmark	Zahl	Millionen Reichsmark
Unter 50 Millionen Reichsmark	10.366	14.762	7.149	12.262	5.326	12.626	5.297	14.920	3.217	2.500	(–1.852)	2.658
50 Millionen Reichsmark und darüber .	71	9.891	55	6.962	71	8.868	107	14.141	16	2.929	52	7.179
Zusammen . . .	10.437	24.653	7.204	19.224	5.397	21.494	5.404	29.061	3.233	5.429	(–1.800)	9.837

Die Zahl der großen Gesellschaften stieg von 71 im Jahre 1931 auf 107 im Jahre 1942; ihr Gesamtkapital wuchs von weniger als 10 Milliarden RM auf mehr als 14 Milliarden an, während das Gesamtkapital aller übrigen Aktiengesellschaften im Endergebnis so gut wie unverändert blieb; sein Anteil am Gesamtkapital aller Gesellschaften fiel von 60 v. H. auf etwas mehr als 50 v. H. Von der 7,6 Milliarden RM betragenden Zunahme des Stammkapitals aller Gesellschaften in den beiden Jahren 1941 und 1942 entfallen 3,9 Milliarden auf Kapitalerhöhungen im Zusammenhang mit der Dividendenabgabeverordnung.

Gegen Ende Juni 1942 wurden einige der bedeutendsten führenden Börsenwerte aus industriellen Liquiditätsanlagen zum Verkauf an die Reichsbank aufgerufen, und später wurden sie auch aus größerem Privatbesitz abgefordert; der Kurswert des aus diesen Aktien gebildeten Manipulationsfonds, der von der Reichsbank und der Preußischen Staatsbank zur Regulierung des Marktes verwendet wird, wurde auf 100 Millionen Reichsmark geschätzt. Dieser Fonds griff im zweiten Halbjahr wiederholt vorsichtig und in mäßigen Grenzen ein, um das am Markt vorhandene Material zu vermehren; in einigen Fällen war er die einzige Quelle des Angebots. Vom 25. Februar 1943 an, jedoch ohne rückwirkende Kraft, wurde die Grenze für die Anmeldung von Aktienbesitz auf 50.000 Reichsmark gesenkt.

Diese Maßnahmen bildeten die dynamische Seite der eingeschlagenen Politik, aber schon im Frühjahr 1942 wurde eine andere Linie erkennbar. Seit dem 12. Mai 1942 wurden die an diesem Tage notierten Kurse amtlicherseits als Richtkurse angesehen und damit ein allgemeiner Kursstop in einer etwas lockeren Form eingeführt; für einige führende Aktien (z. B. I. G. Farben und Siemens) wurden indessen wirkliche „Stopkurse" durchgesetzt. Die Börsenmakler durften die Aktienkurse nicht mehr automatisch erhöhen, um Angebot und Nachfrage auszugleichen, sondern Kurserhöhungen sind nur aus besonderen Gründen (z. B. infolge einer Erhöhung der Dividende) und erst nach Fühlungnahme mit den Notierungskommissaren zulässig.

Acht Monate lang erschienen diese Maßnahmen als ausreichend, am 25. Januar 1943 wurde aber für alle amtlich notierten Aktien ein starrer „Kursstop" eingeführt und jede Erhöhung über die Kurse von diesem Tage hinaus verboten; später wurden monatliche Berichtigungen zugelassen, um der Dividende durch Einbeziehung in den Kurs Rechnung zu tragen. Abwärtsbewegungen waren selbstverständlich zulässig, kamen aber sehr selten vor. Im Februar 1943 wurde verfügt, daß vom 13. Februar bis auf weiteres jeder Handel zu fortlaufenden Kursen an den deutschen Börsen einzustellen sei. Mit Wirkung vom 9. April 1943 wurde der Reichswirtschaftsminister ermächtigt, während des Krieges Anordnungen über die Festsetzung von Wertpapierkursen zu ergreifen; diese Verordnung gilt für alle Wertpapiere, einschließlich der nicht amtlich notierten, und auch für den Handel zwischen Privatpersonen. Am 29. September 1943 wurden Höchstkurse für nahezu alle Wertpapiere, einschließlich der Schuldverschreibungen, soweit sie nicht vom Staat begeben sind, festgesetzt.

Als Folge der Bekanntgabe von Richt- und später Stopkursen ohne Rücksicht auf den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage (dessen Nichtberücksichtigung ja das Wesen jeder „Preislenkung" bildet) hatte sich schon früh die Notwendigkeit ergeben, zu dem Mittel der Repartierung oder „Rationierung" zu greifen, um eine gleichmäßige Verteilung des unzureichend angebotenen Materials unter die Kauflustigen zu erreichen.

Diesen einschneidenden deutschen Maßnahmen folgten mit einigen Abweichungen auch Prag, Budapest und Amsterdam. In Prag wurde am 11. Mai die Anmeldung im Kriege gekaufter Aktien verfügt und die Freigrenze mit

Wirkung vom 23. Juni 1942 von einer auf eine halbe Million Kronen gesenkt. Richtkurse wurden 1942 nicht eingeführt, Schwankungen aber nur nach einer gleitenden Skala zugelassen, nach welcher sie mit zunehmender Größe des Geschäfts abnahmen. Stopkurse wurden am 26. Februar 1943 eingeführt. In Budapest wurde im März 1942 die Anmeldung großer Aktienpakete (nicht aber ihre Ablieferung) verfügt; der Besitz von amtlich notierten Aktien mußte bis zum 31. März angemeldet werden, wenn er 2 v. H. des Gesellschaftskapitals überstieg oder sein Kurswert 200.000 Pengö oder mehr betrug; der gesamte Besitz, nicht nur der seit dem Kriege erworbene, war anzugeben, und der angemeldete Bestand darf ohne Genehmigung des Finanzministeriums nicht weiter erhöht werden. Stopkurse wurden am 11. Februar 1943 eingeführt.

In Amsterdam erging im September eine Verordnung, nach welcher bis zum 1. November 1942 alle nach dem 31. Dezember 1941 gekauften Aktien anzumelden waren, sofern ihr Kurswert insgesamt 100.000 Gulden überstieg (die Freigrenze wurde im Februar 1943 auf 50.000 Gulden herabgesetzt); die Niederländische Bank wurde ermächtigt, zu verlangen, daß die Besitzer bestimmter Aktien diese innerhalb einer festgesetzten Frist an der Börse verkauften oder der Bank zum Börsenkurs vom 2. März 1942 (der in vielen Fällen der niedrigste des Jahres war) gegen Abgeltung durch niederländische Staatspapiere übertrugen. Um eine Umgehung dieser Vorschriften zu verhindern, wurden die Bestimmungen über das Bankgeheimnis für Börsengeschäfte aufgehoben. Im November 1942 war beschlossen worden, für jede Aktie nur einen einzigen Kurs in jeder Börsenversammlung zu notieren und dabei keine Überschreitung der Kurse vom 9. November zuzulassen. Diese Maßnahme, die in Wirklichkeit auf einen allgemeinen Kursstop hinauslief, wurde aber nur einige Tage vollständig durchgeführt; beibehalten wurde sie nur für Kolonial-, Erdöl- und Schiffahrtsaktien, während die Industriepapiere und sonstigen Werte des niederländischen Mutterlandes am 13. November freigegeben wurden. Mit Wirkung vom 2. März 1943 wurde der Kursstop indessen auf alle Aktien ausgedehnt (und vom 11. März an auch auf die Schuldverschreibungen außer denen des Staates und der Gemeindebehörden). In diesem Falle waren die Kurse etwa einen Monat lang abgeschwächt, da Bestände der Spekulation abgestoßen wurden; danach kehrte der Markt jedoch auf das Stopniveau zurück.

Mit der Einführung starrer Stopkurse für alle Aktien war also in den ersten Monaten 1943 der folgerichtige Endpunkt der Aktienmarktkontrolle erreicht, und zwar im Januar in Berlin, im Februar in Prag und Budapest und im März in Amsterdam. In jedem Falle war die „Kompensierung" von Käufen und Verkäufen durch die Banken oder Makler außerhalb der Börsen verboten, und sämtliche Geschäfte mußten über die Börse geleitet werden.

An allen vier Plätzen überstiegen aber die Kaufaufträge weitgehend die Verkäufe, so daß eine „Rationierung" der Käufe notwendig wurde; in diesen Fällen zeigte sich dann der Druck nach oben, wo Stopkurse in Kraft waren, in der Kleinheit der „Ration" oder mit anderen Worten im Rückgang der

Aktienumsätze

Monat	Amsterdam [1]	Budapest [2]
	Millionen Gulden	Millionen Pengö
1943 Januar . . .	54	64
Februar . .	60	39
März	24	29
April	18	18
Mai	9	16
Juni	5	6

[1] Nur niederländische und Kolonialaktien; der Umsatz deutscher Aktien in Amsterdam war gering (weniger als 3 Millionen Gulden in den sechs Monaten).
[2] Nur Verkäufe.

Umsätze. Statistiken der Umsätze sind in den letzten Monaten in Berlin zwar zusammengestellt, aber nicht veröffentlicht worden, dagegen liegen derartige Angaben für die drei anderen Märkte vor. In Prag, wo sich der Umsatz schon 1942 nur noch auf einen Bruchteil des Vorkriegsumfanges belief, sank er von Januar bis Juni 1943 weiter um mehr als 70 v. H.; in Amsterdam und Budapest betrug der Rückgang während der gleichen Zeit mehr als 90 v. H. In Berlin waren Anzeichen für das Bestehen ähnlicher Verhältnisse vorhanden. Die Zuteilung wurde schon im Mai 1942 eingeführt, als zum erstenmal Richtkurse festgesetzt wurden; wenn das Angebot so gering war, daß den Käufern nichts zugeteilt werden konnte, wurden die Kurse gestrichen. Nach amtlichen Berichten schrumpfte an einzelnen stillen Tagen der Umsatz bis auf etwa 300.000 Reichsmark zusammen, und die Zuteilung sank auf Bruchteile von 1 v. H. der Nachfrage, während zeitweise drei Viertel der an der Börse eingeführten Aktien unnotiert blieben; gerade einige führende Aktien waren trotz der Intervention des Manipulierungsfonds monatelang ohne Notierung. Mit der Einführung des Kursstops im Januar 1943 sank der Umsatz noch weiter; die Verkäufe waren oft so gering, daß überhaupt keine Zuteilung möglich war und der Manipulierungsfonds durch Übernahme der angebotenen Posten einschritt. Zunächst hielten sich von den 450 zugelassenen Aktien etwa 50 unter den Stopkursen — namentlich Aktien von Unternehmungen, die durch die Kriegsverhältnisse ungünstig beeinflußt waren, wie z. B. Schiffahrtswerte, Kolonialanteile und Bau-Aktien —, und es gab noch ein gewisses Geschäft in diesen Werten; allmählich ging ihre Zahl aber zurück. Von Februar bis April waren etwa drei Viertel der zugelassenen Aktien ohne Notiz, und in den folgenden Monaten nahmen die Kursstreichungen bis auf etwa 85 v. H. im September 1943 zu.

An allen diesen Börsen ist die Zahl der Makler stark herabgesetzt worden. In Deutschland dürfen seit Februar 1943 die Börsen außerhalb Berlins nur an drei Tagen der Woche geöffnet sein, und die Börsenzeit wurde von zwei Stunden auf eine gekürzt. Diese Maßnahmen wurden im März auf Berlin und später auch auf Prag ausgedehnt.

Die Geschichte der kontinentaleuropäischen Börsen im Jahre 1942 hat gezeigt, daß die amtliche Lenkung in den Ländern wirkungslos blieb, in denen noch eine gewisse Börsentätigkeit aufrechterhalten wurde, z. B. in Frankreich, Italien, Rumänien und Ungarn. Die Börsenreformen in Frankreich und Ungarn, die Anmeldepflicht für Aktien und die Kapitalgewinnsteuer in Frankreich und Italien, schärfere Besteuerung der Börsengeschäfte und höhere Gebühren in zahlreichen Ländern vermochten die Aufwärtsbewegung der Kurse nicht zu

verhindern. Vielmehr zeigten sich heftige Schwankungen; auf Stockungen folgte ein ungestümer Drang nach oben oder ein vorübergehender Kurssturz — immer aber bei Kursen, die im Endergebnis stets höher, im allgemeinen sogar viel höher waren.

Anfang 1943 verstärkte sich die Kontrolle an einigen europäischen Börsen zu einer völligen Abdrosselung, bei der ihr Leben fast ganz erlosch; wie auch auf anderen Gebieten der Wirtschaft gelang die „Stabilisierung der Indexzahl" nur dadurch, daß man ihr jede wirkliche Bedeutung nahm, da sie keine Beziehung mehr zu wirklichen Geschäften von nennenswertem Umfang behielt. So gewann die Kennzeichnung der Pariser Börse aus dem Jahre 1941 in Kontinentaleuropa erweiterte Gültigkeit: mehr als eine Börse sank herab zu einem „*Institut, das Kurse für Geschäfte aufzeichnet, die nicht stattgefunden* haben".

VI. DIE ENTWICKLUNG IM ZENTRALBANKWESEN UND GELDVERKEHR

In Europa sind einige Änderungen von Zentralbankgesetzen zu verzeichnen, so vor allem in den Niederlanden; neue Zentralbanken gründeten Eire und Kroatien, und in London wurde die „Caisse Centrale de la France Libre" errichtet. Ferner nahmen die Zentralnotenbank Ukraine im Juni 1942 und die Notenbank im Ostland im April 1943 ihre Tätigkeit auf. In Ostasien folgte der Reform der Bank von Japan diejenige der Zentralbank von Mandschukuo, und die Anfang 1942 gegründete Südsee-Entwicklungsbank erhielt im April 1943 das Recht zur Notenausgabe. Die Vermehrung des Notenumlaufs hat sich in der ganzen Welt fortgesetzt und in einigen Fällen beschleunigt; bei den Scheidemünzen traten erhebliche Knappheitserscheinungen auf. Die „bargeldlose Zahlung" durch Überweisung wurde in Europa weiter entwickelt, wobei namentlich der Postscheckverkehr zu erwähnen ist.

Von den in Europa neuerdings erfolgten Änderungen im Zentralbankwesen haben die bei weitem bedeutsamsten in den Niederlanden stattgefunden. Gegen Ende Juni 1943 wurde die Niederländische Bank durch eine Verordnung des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete unter Aufhebung des früheren Bankgesetzes von 1937 in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts umgewandelt und vom 1. Juli 1943 an auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Die Bank wurde dem Reichskommissar unmittelbar unterstellt und wird von dem Präsidenten und den anderen Mitgliedern des Direktoriums nach den Weisungen und unter Aufsicht des Reichskommissars geleitet und verwaltet; im Direktorium liegt die Entscheidung weiter beim Präsidenten. Früher hatte das Direktorium vier Mitglieder: den Präsidenten und den Sekretär, die ursprünglich von der Krone ernannt wurden, und zwei von den Aktionären bestellte Mitglieder. In der Hauptversammlung vom 29. Juni 1943 wurden die beiden von den Aktionären ernannten Mitglieder auf eigenen Wunsch von ihren Ämtern entbunden. Der frühere von den Aktionären gewählte Verwaltungsrat wurde nach dem neuen Gesetz durch einen Beratenden Ausschuß ersetzt, den der Präsident bildet und als Vorsitzender leitet. Hinsichtlich des Geschäftskreises der Bank bestand die wichtigste Neuerung darin, daß sie ermächtigt wurde, zur Regelung des Geldmarktes auch langfristige, zum Börsenhandel zugelassene Wertpapiere zu kaufen und zu verkaufen, während sie vorher nur Wechsel und kurzfristige Schatzanweisungen in dieser Weise kaufen durfte. Die Hauptversammlung der Anteilseigner hat nur die Aufgabe, den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht entgegenzunehmen sowie auf Vorschlag des Präsidenten der Bank über eine Änderung des Grundkapitals zu beschließen. Die Gewinnverteilung erfuhr eine wesentliche Änderung zugunsten des Schatzamtes; die Dividende für die Anteilseigner wurde auf 5 v. H. begrenzt. Die neue Satzung der Bank wird vom Präsidenten erlassen. Es handelt sich hier um den ersten Fall, daß die deutschen Behörden in

einem besetzten Gebiet die oberste Leitung einer vorhandenen Notenbank übernahmen; sonst durfte die bestehende Bank ihre Geschäftstätigkeit weiter ausüben (wie in Frankreich), oder sie wurde durch ein neues, der alten Zentralbank angegliedertes Institut ergänzt (wie in Belgien) oder aber durch eine andere Bank ersetzt (wie im Generalgouvernement).

Durch Gesetz vom 22. August 1942 wurde die Rumänische Nationalbank dem neuen Wirtschaftsministerium unterstellt und damit der bisher geltende Grundsatz ihrer Unabhängigkeit aufgehoben.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Polen im September 1939 entkamen die führenden Mitglieder der Direktion der Bank Polski mit den Goldbeständen. Die Bank wurde darauf geschlossen, und ihre Tätigkeit beschränkte sich auf die Verwaltung der noch vorhandenen Aktiva; am 1. April 1940 nahm die neue Emissionsbank in Polen ihre Geschäftstätigkeit auf, und am 26. April 1940 ernannte der deutsche Generalgouverneur einen Regierungskommissar bei der Bank Polski. Eine Verordnung des Generalgouverneurs vom 15. September 1942 enthielt neue Bestimmungen über die Verwaltung der Bank Polski; die Befugnisse der Generalversammlung, des Präsidenten, des Rates und der Revisionskommission wurden außer Kraft gesetzt; die Aufsicht übernahm der deutsche Leiter der Bankaufsichtsstelle für das Generalgouvernement, dem weitreichende Vollmachten verliehen wurden. Die neue Verordnung enthielt eingehende Bestimmungen über die Abwicklung der Geschäfte der Bank und sah insbesondere einen Zahlungsaufschub für alle vor dem 5. Oktober 1939 entstandenen Verpflichtungen der Bank Polski vor[1]. — Die Liquidation der Bank von Danzig wurde 1942 beendet; durch eine Verordnung vom 9. Oktober 1942 wurden die Aktien der Bank gegen 3½prozentige Schatzanweisungen des Deutschen Reiches umgetauscht, wobei für Aktien von 100 Gulden Schatzanweisungen im Nennwert von 95 Reichsmark zugeteilt wurden.

Die irische Währungskommission wurde am 1. Februar 1943 durch die Zentralbank von Eire (Banc Ceannais na hEireann) ersetzt. Nach dem Währungsgesetz von 1927 war das Freistaat-Pfund (Saorstát Pound), dessen Wert gleich dem des englischen Pfundes gehalten wurde, zu 100 v. H. durch Sterlinganlagen gedeckt. Das Zentralbankgesetz von 1943 übertrug der neuen Bank die Aktiva und Passiva der Währungskommission sowie das Recht der Notenausgabe mit der Verpflichtung, „die Integrität der Währung zu gewährleisten". Die Währungskommission bestand aus drei von den Banken gewählten und drei vom Finanzminister ernannten Mitgliedern, und der Vorsitzende wurde als siebentes Mitglied von den sechs anderen gewählt; die neue Bank hat einen Gouverneur, der auf Vorschlag der Regierung durch den Präsidenten von Eire berufen wird, und einen Verwaltungsrat, dem drei vom Finanzminister auf Grund einer von den Handelsbanken aufgestellten Liste ernannte und höchstens fünf weitere vom Finanzminister in anderer Weise berufene

[1] Die mit einigen Aktiven entkommenen Mitglieder der Direktion der Bank Polski haben die Geschäftstätigkeit der Bank zuerst in Paris und dann in London fortgeführt.

Mitglieder angehören. Der Bank wurden im Gegensatz zur Währungskommission die allgemeinen Aufgaben einer Zentralbank übertragen, Einlagen der Handelsbanken und öffentlichen Stellen entgegenzunehmen und Diskont- und Lombardkredite zu gewähren; ferner wurde sie ermächtigt, zur Regelung des Marktes an den Börsen notierte Staatspapiere zu kaufen und zu verkaufen. Ihr Kapital wurde vom Finanzminister gezeichnet, während das der Währungskommission, das sich in den Händen der Handelsbanken befand, zurückgezahlt wurde.

Notenausgabe in Eire

Gegen Ende des Monats	Institut	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva
		Gold	Sterlinganlagen				Notenumlauf
			Kassenbestand	Guthaben	Wertpapiere		
		in Millionen Pfund					
1938 Dezember	Währungskommission	2,0	0,0	0,1	8,8	10,9	10,9
1939 „		2,6	0,0	0,3	9,1	12,0	12,0
1940 „		2,6	0,0	1,6	10,9	15,2	15,2
1941 „		2,6	0,1	2,4	13,4	18,5	18,5
1942 „		2,6	0,1	1,6	19,5	23,9	23,9
1943 Januar . .		2,6	0,1	0,2	20,0	22,9	22,9
1943 Februar . .	Zentralbank	2,6	0,3	0,9	18,9	22,8	22,8
März . . .		2,6	0,1	1,2	19,1	23,0	23,0
April . . .		2,6	0,1	1,4	19,3	23,5	23,5
Mai		2,6	0,1	0,9	19,5	23,2	23,2
Juni		2,6	0,1	1,1	19,5	23,4	23,4

Der bisherige Vorsitzende der Währungskommission wurde zum Gouverneur der neuen Bank ernannt. Wie die vorstehende Übersicht zeigt, haben die Ausweise der Bank seit Februar 1943 die gleiche Form wie die der früheren Währungskommission; die Parität des irischen Pfundes mit dem Pfund Sterling wird beibehalten.

Die „Caisse Centrale de la France Libre" wurde durch eine Verordnung vom 2. Dezember 1941 errichtet, und zwar als öffentliche Anstalt nach Maßgabe der in den Herrschafts- und Mandatsgebieten des „Freien Frankreich" geltenden Gesetze; ihr Kapital von 100 Millionen französische Franken wurde vom Finanzkommissar des französischen Nationalkomitees vorgestreckt. Die Bank erhielt das Recht, in den genannten Gebieten eigene Noten auszugeben (wie in Französisch-Äquatorialafrika) oder die Kontrolle durch bestehende Notenbanken (wie in Syrien) auszuüben. Die Notendeckung umfaßt Gold (das zum dreifachen Ankaufspreis bewertet wird) sowie Devisen und die früher von Kolonialbanken ausgegebenen, durch die Caisse Centrale eingezogenen Noten.

Abgesehen von der Regelung des Geldumlaufs sind die wichtigsten Aufgaben des neuen Instituts die Zusammenfassung des Auslandszahlungsverkehrs der betreffenden Gebiete und die Aufrechterhaltung der Kursstabilität mit dem Pfund Sterling. Die in französischen Franken zum festen Kurs von 176,625 = 1 Pfund aufgestellten Monatsausweise liegen der nachfolgenden Übersicht zugrunde.

Caisse Centrale de la France Libre

Monatsende	Aktiva							Bilanzsumme	Passiva				
	Gold									Einlagen			
	Art. 2 der Satzung [1]	zum Ankaufspreis [2]	Devisen [3]	Eingezogene Noten [4]	Offices des Changes [5]	„Office Syrien" [6]	Vorschüsse des Schatzamtes		Notenumlauf	öffentliche	Banken	Goldaufgeld [1]	Kapital und Reserven [8]
	In Millionen französische Franken												
1942 Januar[9] . . .	—	—	201	—	—	—	2	204	30	73	—	—	100
März	—	42	538	—	—	—	2	582	30	450	—	—	100
Juni	72	119	980	—	100	200	—	1.471	61	1.032	225	48	100
September .	72	103	1.431	152	100	800	6	2.664	253	2.018	238	48	100
Dezember .	72	128	1.918	417	100	904	4	3.543	519	2.614	257	48	102
1943 März	105	174	2.554	464	170	624	43	4.135	569	2.710	670	70	102
Juni[10]	156	193	2.842	498	215	707	91	4.753	635	3.165	675	104	102

[1] Dieses Gold ist gemäß Art. 2 der Satzung zum dreifachen Ankaufspreis bewertet; der Unterschied zwischen dem so errechneten Wert und dem Kaufpreis ist der Passivposten „Goldaufgeld".
[2] Gold, das zum Ankaufspreis von 47.700 Franken für das Kilogramm fein bewertet ist.
[3] Staatsschuldverschreibungen, Schatzwechsel und Bankguthaben.
[4] Die von der Caisse Centrale eingezogenen Noten der Bank von Westafrika.
[5] Vorschüsse an die „Offices des Changes" gemäß der französisch-britischen Vereinbarung vom 19. März 1941.
[6] Vorschüsse an die Syrische Getreidestelle.
[7] Der in zwei Abteilungen (Emissionsabteilung und Bankabteilung) gegliederte Ausweis ist zusammengefaßt (unter Weglassung der unbedeutenden Doppelzählung der in der Bankabteilung vorhandenen Noten).
[8] „Dotation" von 100 Millionen französische Franken zuzüglich Reserven. [9] Erster veröffentlichter Ausweis.
[10] In den Ausweisen für Mai und Juni 1943 erschienen außer den oben angeführten zwei neue Posten: ein Zwischenkonto (auf beiden Seiten) in Höhe von 42 Millionen ffrs aus der Neuordnung der Notenausgabe in Französisch-Somaliland, aus welcher in der Hauptsache die Bank von Indochina verhaftet blieb, die dort noch das Notenausgaberecht besitzt, und eine Verbindlichkeit in Form einer Bankbürgschaft (ebenfalls auf beiden Seiten des Ausweises) in Höhe von 8,8 Millionen ffrs für das Nationalkomitee.

Die Bank von Westafrika mit Sitz in Paris (deren Leitung also unter der Aufsicht der Regierung von Vichy steht) hatte eine Zweigniederlassung in Dakar und Geschäftsstellen an den Hauptplätzen Französisch-West- und -Äquatorialafrikas. Die letzte vollständige Nachweisung über die Notenausgabe ist vom 30. Juni 1940; in den späteren Bilanzen wurden die Ziffern für Kamerun und Französisch-Äquatorialafrika unverändert wiederholt, mit der Begründung, daß die Verbindung mit der Hauptniederlassung unterbrochen sei. Durch die Verordnung für das „Freie Frankreich" vom 24. Juli 1942 wurde der Bank von Westafrika das Notenausgaberecht in Kamerun und Französisch-Äquatorialafrika vom 1. August 1942 an bis auf weiteres entzogen; ihre Noten wurden mit Frist bis zum 1. Oktober 1942 aufgerufen und durch die Caisse Centrale zum Nennwert eingelöst; seitdem sind in diesen Gebieten die Noten der Caisse Centrale alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Wie deren Ausweis zeigt, waren bis Juni 1943 Noten der Bank von Westafrika im Betrage von 498 Millionen französische Franken eingezogen worden.

Notenumlauf der Bank von Westafrika

Gebiet	Juni 1940	Juni 1941
	Millionen ffrs	
Senegal	520	675
Französisch-Guinea	100	136
Elfenbeinküste	284	373
Dahome	88	137
Togo	139	134
Kamerun	83	(83)
Französisch-Äquatorialafrika	236	(236)
Zusammen	1.451	1.774

Die Zunahme des Goldbesitzes der Caisse Centrale erklärt sich aus dem Ankauf der Goldförderung in Französisch-Kongo; der Ende Juni 1943 ausgewiesene Devisenbestand von 2.842 Millionen französische Franken entsprach

einem Gegenwert von 16 Millionen Pfund. (Weitere Änderungen der Währungen in Nordafrika sind in Kapitel II, Seite 49 erwähnt.) Seit dem 24. Mai 1943 wurden Noten der Caisse Centrale auch in Französisch-Somaliland durch die Filiale Dschibuti der Bank von Indochina ausgegeben.

Die Jugoslawische Nationalbank trat auf Grund einer Verordnung des deutschen Militärbefehlshabers am 29. Mai 1941 in Liquidation. Am gleichen Tage wurde die Verordnung über die Errichtung der Serbischen Nationalbank und die Satzung für die unter deutschem Einfluß stehende neue Bank veröffentlicht, über die schon im zwölften Jahresbericht unserer Bank Angaben enthalten sind. In Kroatien wurde unter italienischem Einfluß durch Verordnung des Führers des Unabhängigen Staates vom 10. Mai 1941 die Kroatische Staatsbank gegründet; unter dem neuen Namen wurden zunächst aber nur die Zweiganstalten der ehemaligen Jugoslawischen Nationalbank in Agram (Zagreb) und anderen Städten des neuen kroatischen Staates fortgeführt; die Bank mußte bis zur Verkündung eines eigenen Gesetzes nach den für die alte Nationalbank geltenden, durch Anweisungen des Finanzministeriums ergänzten Vorschriften arbeiten. Das neue Grundgesetz über die Staatsbank wurde erst zwei Jahre später — am 4. Mai 1943 — veröffentlicht.

Die Staatsbank erhielt damals das alleinige Recht der Notenausgabe und wurde als Institution des öffentlichen Rechts in der Form einer Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 300 Millionen Kuna gegründet. Der Präsident und der Vizepräsident wurden vom Staatschef auf die Dauer von drei Jahren ernannt; dem Verwaltungsrat gehören außerdem noch drei Mitglieder an, von denen zwei durch die Aktionäre gewählt werden. Praktisch bedeutete dies, wie der Finanzminister erklärte, daß die Bank den Rang eines Ministeriums einnimmt; der Präsident darf an den Kabinettssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen. Ein Beirat der Bank setzt sich aus zehn Mitgliedern zusammen, die vom Präsidenten aus Vertretern des kroatischen Wirtschaftslebens ausgewählt wurden. Die 28 Paragraphen der neuen Gesetzesverordnung enthalten auch Einzelheiten über die Verwaltung und den Geschäftskreis der Bank; tatsächlich beschränkte sich ihre Tätigkeit fast nur auf den Umtausch von Noten der alten Nationalbank, die Gewährung von Krediten an den Staat und die Vorschüsse an die verbündeten Heere. Seit Ende April 1943 veröffentlicht die Bank Halbmonatsausweise, über die schon auf Seite 249/50 dieses Berichts Näheres mitgeteilt wurde. Die Aktien wurden in der ersten Augusthälfte 1943 an das Publikum ausgegeben. Eine neue Verordnung vom 14. Oktober 1943 änderte die Verfassung der Staatsbank erheblich; diese übernahm die finanziellen Angelegenheiten der verschiedenen Ministerien und wurde insbesondere ermächtigt, Clearingforderungen zu kaufen und zu verkaufen (ein neuer Posten „Clearingforderungen" erschien in dem Ausweis vom 15. Oktober 1943).

Die von Deutschland besetzten Ostgebiete wurden im Hinterland der unter Militärverwaltung stehenden Zone für die Zivilverwaltung in zwei Teile gegliedert, nämlich die Reichskommissariate Ukraine im Süden und Ostland im Norden. Durch Verordnung vom 28. Mai 1942 wurde das gesamte

Vermögen der UdSSR in diesen Gebieten, das der Wirtschaft gedient hatte, als Sondervermögen unter treuhänderische Verwaltung gestellt.

Die Errichtung der Zentralnotenbank Ukraine durch Verordnung vom 5. März 1942 wurde schon im zwölften Jahresbericht unserer Bank erwähnt; eine Änderungsverordnung vom 25. Mai 1943 gab der Bank erweiterte Befugnisse. Sie nahm die Geschäftstätigkeit am 1. Juni 1942 mit 16 Zweigniederlassungen neben ihrem Hauptsitz in Rowno auf. Ausweise oder Bilanzen wurden nicht veröffentlicht; aber aus deutschen Quellen können einige Angaben entnommen werden.

Die alten Noten und Münzen von 3 Rubel oder weniger wurden im Verkehr gelassen, alle größeren Rubelnoten aber hörten auf, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein und wurden in Karbowanzy, die durch Verordnung vom 4. Juli 1942 eingeführte neue Währung, umgetauscht; dieser Vorgang war Mitte November 1942 mit der Einziehung von insgesamt etwa 2 Milliarden Rubel abgeschlossen. Dabei wurden die Noten, die für das Wirtschaftsleben des Landes benötigt wurden, sofort umgetauscht, anderes Geld aber auf Sonderkonto bei der Bank festgeschrieben und erst allmählich freigegeben. Mitte November 1942 waren noch 425 Millionen Rubel gesperrt, der größere Teil hiervon wurde aber in zwei Stufen im Dezember 1942 und Mai 1943 freigegeben; Geldbeträge von Personen, die als politisch nicht zuverlässig erschienen, blieben gesperrt.

Neben dem Umtausch der Noten bestand die Tätigkeit der Bank hauptsächlich aus drei Arten von Geschäften: der Diskontierung von Schatzanweisungen zur Deckung der Kriegsausgaben des Reichskommissariats (nur die ordentlichen Ausgaben werden durch Steuern gedeckt), der Bereitstellung von Betriebsmitteln für die Eisenbahnen und der Finanzierung des Verrechnungsverkehrs mit Deutschland (und dem Generalgouvernement). Der Geldbedarf der deutschen Wehrmacht war naturgemäß beträchtlich, und wenn auch die Reichskreditkassenscheine größtenteils eingezogen waren, blieben doch noch einige neben dem Karbowanez (zum Kurs von 1 Reichsmark = 10 Karbowanzy) und den kleinen Rubelnoten (zum Kurs von 1 Rubel = 1 Karbowanez) im Verkehr. Aus deutschen Quellen verlautet, daß sich der Umlauf im Zusammenhang mit den Kriegserfordernissen erhöht hat. Die Zinssätze waren praktisch die gleichen wie im Reich.

Die Fühlung zwischen der Zentralbank und der Privatwirtschaft des Landes war verhältnismäßig locker und bestand hauptsächlich in der Annahme von Einlagen der Zentralwirtschaftsbank und ihrer Anlage in Reichsschatzanweisungen. Die Zentralwirtschaftsbank war das zentrale Institut der „Wirtschaftsbanken", der einzigen Art von Banken, die gemäß Verordnung vom 18. März 1942 in diesem Gebiet zugelassen ist; Ende 1942 gab es 21 solcher Banken (mit deutschen Direktoren), die 330 Zweigstellen (mit ukrainischen Leitern) hatten. Diese Banken erhielten ihre Einlagen zum größten Teil von den durch die Treuhänder des Reichskommissars verwalteten gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmungen der UdSSR und von den deutschen Ostgesellschaften; die ukrainischen Einlagen waren sehr gering. Die Banken betrieben alle Arten von Bankgeschäften einschließlich der Gewährung langfristiger Kredite.

Die Bilanzsumme der Zentralwirtschaftsbank, die ihre Hauptniederlassung in Rowno und Zweiganstalten in Kiew und Dnjepropetrowsk hatte, war von 1,38 Milliarden Karbowanzy am 30. Juni 1942 auf 4.683 Millionen am 31. Dezember 1942 gestiegen; an diesem Tage beliefen sich die Einlagen auf 4,4 Milliarden Karbowanzy, von denen 3,39 Milliarden von den Wirtschaftsbanken und 1,01 Milliarden aus anderen Quellen stammten, während die Spareinlagen nur 32 Millionen Karbowanzy erreichten; auf der Aktivseite standen Schatzanweisungen mit 1,82 Milliarden, Diskontierungen und Vorschüsse mit 1,98 Milliarden und Barvorräte von 825 Millionen Karbowanzy. Das Kapital von 200 Millionen Karbowanzy war in den Händen des Reichskommissars. Im ersten Halbjahr 1943 erhöhte sich die Bilanzsumme weiter auf etwa 7 Milliarden Karbowanzy.

Im Ostland ging die Entwicklung langsamer vor sich als in der Ukraine. Die Notenbank im Ostland wurde durch Verordnung vom 30. Juli 1942 errichtet. Ihre Verfassung war nahezu die gleiche wie die der Zentralnotenbank Ukraine (einschließlich der zu bestellenden allgemeinen Grundlast auf den gesamten Grundbesitz des Gebietes) und wurde in derselben Weise vom Reichsminister für die besetzten Ostgebiete im Einvernehmen mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan verordnet. Die neue Bank nahm ihre Geschäftstätigkeit erst am 1. April 1943 mit Sitz und Leitung in Riga unter einem Reichsbankdirektor als Präsident auf; 26 Zweigniederlassungen wurden in anderen Städten eröffnet (im allgemeinen durch Übernahme von Reichskreditkassen). Obwohl die Bank allein das Recht zur Ausgabe von Banknoten hat, die auf Ostlandmark lauten (die der Reichsmark gleichwertig ist), wurden tatsächlich keine neuen Geldzeichen ausgegeben, sondern die Reichskreditkassenscheine blieben als einziges gesetzliches Zahlungsmittel im Verkehr; die Zentralbank führte also ihre Geschäfte in Reichskreditkassenscheinen, die sie im Wege eines Kredits von der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen erhielt. Von den in Estland und Litauen umlaufenden 900 Millionen Rubel wurden 650 Millionen umgetauscht; ein wesentlicher Teil der Ende 1942 ausstehenden 2,6 Milliarden Reichsmark Reichskreditkassenscheine entfiel auf das Ostland. Der Geldverkehr und die anderen Geschäfte mit Deutschland, die vorher unmittelbar durch die Reichskreditkassen abgewickelt worden waren, wurden durch das Clearing zwischen der Notenbank und der Deutschen Verrechnungskasse in Berlin geleitet. Wie in der Ukraine diskontierte die Zentralbank Schatzwechsel für den Reichskommissar und die Eisenbahnverwaltung.

Im Gegensatz zu der Entwicklung in der Ukraine wurden im Ostland die vorhandenen Sparkassen und Kreditgenossenschaften (mit der Gemeinschaftsbank als Zentralanstalt) sowie auch die weitgehend unter dem Einfluß der deutschen Großbanken stehenden Privatbanken beibehalten; in den baltischen Staaten war die Politik der Wiedereinführung des Privateigentums amtlich verkündet worden. Die Gemeinschaftsbank Ostland wurde Ende Februar 1942 mit Sitz in Riga errichtet; im Juli 1943 hatte ihre Bilanzsumme 270 Millionen Reichsmark erreicht. Als Bezirksfilialen bestanden die im September 1942 in Minsk geschaffene Gemeinschaftsbank Weißruthenien und die im Januar 1943 aus der früheren Eesti Pank in Reval gebildete Gemeinschaftsbank Estland. Diese

Gemeinschaftsbanken unterscheiden sich von den Wirtschaftsbanken der Ukraine dadurch, daß sie keine allgemeinen Bankgeschäfte betreiben, sondern in der Hauptsache nur die Tätigkeit von Girozentralen und genossenschaftlichen Zentralkassen in sich vereinigen.

In dem unter rumänischer Zivilverwaltung stehenden Transnistrien nahm die staatliche Bank von Transnistrien mit Sitz in Odessa und zwölf Zweigniederlassungen am 1. Februar 1943 ihre Geschäftstätigkeit als einzige Bank in dem Gebiet auf; ihre Geschäfte werden in Reichskreditkassenscheinen geführt.

Im Jahre 1942, dem ersten Jahr des Krieges im pazifischen Raum, wurden weitere Schritte zur Organisation des „Bereichs des gemeinsamen Wohlstands" unternommen, dem außer Japan Mandschukuo und die besetzten Teile Chinas, ferner Thailand, Französisch-Indochina und die besetzten feindlichen Gebiete auf den Philippinen, in Birma und Malaya und auf Java angehören. Die im Hinblick auf die neue Kriegslage und zur Überwachung der neubesetzten Gebiete Anfang 1942 vorgenommene durchgreifende Umgestaltung der Bank von Japan wurde im zwölften Jahresbericht unserer Bank geschildert; neuere statistische Angaben über die Geschäftstätigkeit der Bank sind auf Seite 289 wiedergegeben.

Im Oktober 1942 wurde die Umgestaltung der Zentralbank von Mandschukuo bekanntgegeben. Diese Notenbank mit Sitz in Hsinking wurde 1932 (bei Schaffung des mandschurischen Yüans in Parität mit dem japanischen Yen) mit japanischer Unterstützung errichtet; in den letzten Jahren hat sie neben ihren öffentlichen Aufgaben ihr privates Handelsgeschäft stark ausgebaut, wie die Übersicht zeigt.

Zentralbank von Mandschukuo

Jahresende	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva		
	Barreserve [1]	Vorschüsse an den Staat	Staatsschuldverschreibungen [2]	Kredite an Private [3]		Noten [4]	Einlagen des Staates	Einlagen Privater
	in Millionen mandschurische Yüan							
1935	92	53	60	118	412	179	74	78
1936	177	62	189	135	514	254	114	112
1937	208	37	194	176	669	307	133	132
1938	216	109	324	310	914	426	165	222
1939	154	390	417	481	1.510	624	455	297
1940	65	98	851	774	1.853	947	145	380
1941	167	185	1.222	573	2.219	1.262	210	465

[1] *Gold- und Silberbestand sowie Yenguthaben. Da die Form des Ausweises 1939 geändert wurde, dürften die Zahlen seitdem nicht mit denen der früheren Jahre vergleichbar sein.*

[2] Einschließlich eines kleinen Postens anderer Wertpapiere (in den letzten Jahren etwa 10 v. H.).

[3] Darlehen, Kontokorrentkredite und diskontierte Wechsel.

[4] Der Notenumlauf stieg auf 1.670 Millionen am 31. Dezember 1942 und auf 1.686 Millionen Yüan am 30. Juni 1943; an dem zuletzt genannten Tage betrug der Bestand an Staatsschuldverschreibungen 1.728 Millionen Yüan. Mitte September 1943 hatte sich der Notenumlauf auf 2.006 Millionen Yüan erhöht.

Durch die Neuordnung, die Ende 1942 beendet sein sollte, wurde die Bank zu einer rein staatlichen Körperschaft, die nach Art der umgestalteten

Bank von Japan in enger Verbindung mit dem Finanzministerium steht und ausgedehnte Aufsichtsbefugnisse gegenüber anderen Finanzinstituten hat; das Kapital wurde am 26. Oktober 1942 von 30 Millionen Yüan (wovon die Hälfte, und zwar von privaten Aktionären, eingezahlt war) auf 100 Millionen Yüan erhöht (von denen ein Viertel, und zwar vom Staate, eingezahlt ist). Die Bank, für welche neue Statuten sowie ein besonderes Grundgesetz zu schaffen waren, mußte ihr privates Geschäft gänzlich aufgeben, das weitgehend von der Industriebank übernommen werden sollte.

Bei der Neuordnung der Währungen in den neu besetzten Südgebieten* wies die Behandlung der einzelnen Länder sowohl Ähnlichkeiten wie Unterschiede auf. Die Ähnlichkeiten betrafen die allgemeinen Grundsätze, die in dem gesamten, der japanischen Aufsicht unterstehenden Gebiet in Wirtschafts- und Währungsfragen angewandt wurden, die möglichst enge wirtschaftliche Verbindung mit Japan und die Abwertung der Landeswährungen auf die Parität mit dem japanischen Yen. Ein Unterschied wurde zugunsten der befreundeten Länder gemacht, die mit Japan zusammenarbeiteten und daher ihre eigene Notenausgabe beibehalten durften (Französisch-Indochina und Thailand) oder das Recht erhielten, eine neue Währung zu schaffen (Birma), während in den meisten anderen Gebieten (Hongkong, Java u. a.) die früheren Noteninstitute ausgeschaltet und von der Südsee-Entwicklungsbank abgelöst wurden.

Die Bilanz der Bank von Indochina ist seit der Besetzung des Landes durch Japan erheblich angewachsen. Die im August 1942 der Generalversammlung in Paris vorgelegten Ziffern für Ende 1941 ergeben im Vergleich zu früheren Jahren folgendes Bild:

Bank von Indochina[1]

Jahresende	Aktiva				Bilanzsumme	Passiva			
	Korrespondenten	Landesverteidigungsbons	Devisenstelle (Piaster)[2]	Alle sonstigen Aktiva[3]		Notenumlauf	Laufende Konten	Devisenstelle (Fremdwährungen)[2]	Alle sonstigen Passiva
	in Millionen französische Franken								
1938	1.692	2.391	—	767	4.850	1.839	1.910	—	1.101
1939	1.614	3.127	—	892	5.633	2.289	1.998	—	1.346
1940[4]	.	.	—	.	.	2.964	.	—	.
1941	4.615	3.341	3.469	956	12.381	3.665	3.690	3.839	1.187
1942[5]	6.086	.	4.300	.	.	5.148	.	5.600	.

[1] Nach den von der Zentrale in Paris aufgestellten Bilanzen.
[2] Schatzamtskonten für die Geschäfte der Devisenstelle.
[3] Darunter „finanzielle Beteiligungen" von nahezu unverändert 30 Millionen ffrs. Nach dem Jahresbericht für 1941 erwarb die Bank jedoch von Lazard Frères & Cie. (in Liquidation) bedeutende Kapitalanteile bei der Banque de Paris et des Pays-Bas, der Caisse centrale de Réescompte und der Nederlandsche Handel Maatschappij.
[4] Für 1940 konnte infolge der Unvollständigkeit der bei der Zentrale eingegangenen Unterlagen keine Bilanz aufgestellt werden. Die Ziffer für den Notenumlauf wurde im Jahresbericht für 1941 (in Piaster) angegeben.
[5] Vorläufige Zahlen (aus dem im November 1943 in Paris veröffentlichten Jahresbericht).

* Näheres über die Währungsentwicklung in den von Japan besetzten Teilen Chinas s. Seite 55–57.

Die Bilanzsumme hat sich in den zwei Jahren von 1939 bis 1941 mehr als verdoppelt; besonders bemerkenswert war das Anwachsen des Postens „Korrespondenten" um 3 Milliarden französische Franken (unter entsprechender Erhöhung des Notenumlaufs und der laufenden Konten) und das Auftreten der beiden neuen Posten von je etwa 3,5 Milliarden Franken für Rechnung der Indochinesischen Devisenstelle. Diese Stelle, die unter Benutzung von Schatzamtskonten arbeitete, aber von der Bank verwaltet wurde, erhielt Vorschüsse in Indochinesischen Piaster zum Ankauf von Devisen. Die vorläufigen Zahlen für Ende 1942 lassen eine weitere beträchtliche Ausweitung der Bilanz erkennen.

Der Jahresbericht für 1941 erwähnte, daß auf Weisung der französischen Regierung die Bank selbst die Tätigkeit einer Verrechnungsstelle im Verkehr mit anderen Ländern übernommen habe. Im Juli 1941 wurde ein Abkommen zwischen ihr und der Yokohama Specie Bank unterzeichnet, wonach der Zahlungsausgleich zwischen Indochina und Japan nur noch in Yen durch Vermittelung der beiden Banken stattfinden sollte. Im November 1942 wurde bekanntgegeben, daß die Bank infolge der sich immer enger gestaltenden Beziehungen Indochinas zu Japan Zweigstellen in Tokio und Yokohama eröffne; dagegen wurden die Zweigstellen der Bank in Hongkong und Schonan (Singapur) geschlossen.

In Thailand stieg die vom Finanzministerium bewirkte Notenausgabe von 177 Millionen Baht im Dezember 1939 auf 215 Millionen im Dezember 1940, d. h. um monatlich 3 Millionen Baht; seit Ausbruch des Krieges im pazifischen Raum erhöhte sich die Ausgabe aber monatlich um 20 Millionen Baht, so daß Notmaßnahmen erforderlich wurden, darunter auch eine Beschränkung der Abhebung von Bankeinlagen. Als diese Maßnahmen im März 1942 etwas gelockert wurden, betrug der Notenumlauf 316 Millionen Baht. Obwohl für die spätere Zeit keine Zahlen vorliegen, ist bekannt, daß der Notenumlauf 1942 und 1943 weiter angewachsen ist, teilweise infolge der steigenden Haushaltsfehlbeträge.

Haushaltsergebnisse in Thailand[1]

Rechnungsjahr 1. April–31. März	Einnahmen	Ausgaben	Fehlbetrag
	in Millionen Baht		
1940/41	138	204	66
1941/42	125	218	93
1942/43	148	278	130

[1] Die militärischen Ausgaben beliefen sich 1942/43 auf 102 Millionen Baht. Die gesamten Ausgaben für 1943/44 werden auf 400 Millionen Baht veranschlagt.

Am 10. Dezember 1942 wurde in Bangkok (in dem Gebäude der Hongkong and Shanghai Banking Corporation) eine neue Zentralbank mit einem von der Regierung gezeichneten Kapital von 20 Millionen Baht errichtet; die Währung war bereits im April 1942 um etwa ein Drittel abgewertet worden, um die Parität mit dem Yen zu erlangen, und der Yen wurde als Notendeckung zugelassen. Vor dem Kriege war der Baht mehr als hundertprozentig durch Reserven gedeckt gewesen, die zum überwiegenden Teil in London hinterlegt waren; im Juni 1942 schloß Japan die Lücke in der Notendeckung durch einen „Buchkredit" von 200 Millionen Yen. Der Zahlungsverkehr zwischen den beiden Ländern findet ausschließlich über Yenkonten bei der Bank von Japan statt. Auf Grund einer Verordnung, die im Juni 1943 in Kraft trat, sollte die

Zentralbank von Thailand bestimmen, wieviel Reserven in bar und in Guthaben bei der Zentralbank alle Banken, Versicherungsgesellschaften und anderen Finanzinstitute in Thailand besitzen müssen, und im September 1943 wurde ein „Notgesetz über die Kreditkontrolle" verkündet, welches in dem Bestreben, eine vollständige Unterbringung der Staatsanleihen zu erreichen, allen Banken zur Pflicht machte, Staatsanleihen im Werte von 40 v. H. ihrer Einlagen zu besitzen.

In den ersten Monaten des Jahres 1942 wurde die Südsee-Entwicklungsbank zur Erschließung der neu besetzten Feindländer geschaffen, wie im zwölften Jahresbericht unserer Bank geschildert wurde. Zuerst arbeitete die Bank in ähnlicher Art wie die deutschen Reichskreditkassen, indem sie ihr Geschäft in „Gumpyo" genannten Militärnoten führte, die jedoch nicht über Yen lauteten, sondern über die Währungen der besetzten Gebiete, nämlich über philippinische Pesos, niederländisch-indische Gulden, Straits-Settlements-Dollars und birmanische Rupien, wobei die Militärnoten gesetzliches Zahlungsmittel zur Parität mit den Landeswährungen wurden. Für Hongkong wurde die Landeswährung, der Hongkong-Dollar (der auch in Südchina weit verbreitet war), durch den Militär-Yen ersetzt; er verlor mit Wirkung vom 1. August 1942 die gesetzliche Zahlkraft. Auf den Philippinen wurde der Umlauf von Dollarnoten der Vereinigten Staaten verboten.

Zweigstellen der Südsee-Entwicklungsbank wurden an den Hauptplätzen der besetzten feindlichen Gebiete eröffnet, u. a. in Schonan, Manila und Batavia. Anfang 1943 hatte sie insgesamt 17 Zweiganstalten und fünf Geschäftsstellen, die mit Ausnahme der drei vorerwähnten von der Yokohama Specie Bank oder der Bank von Formosa (Taiwan) verwaltet wurden. Das Handelsgeschäft wurde im allgemeinen den örtlichen Banken belassen. Die britischen, amerikanischen, niederländischen und anderen Banken feindlicher Nationalität wurden bei der Besetzung von den japanischen militärischen Stellen geschlossen, die ihr gesamtes Bankgeschäft übernahmen und nach und nach an die neuen Zweiganstalten japanischer Banken, insbesondere der Bank von Formosa (auf den benachbarten Inseln) und der Yokohama Specie Bank (in den übrigen Gebieten) abgaben. Die zuletzt genannte Bank erwarb damit zum großen Teil das Geschäft der Hongkong and Shanghai Banking Corporation. Eine Vorstellung von der raschen Ausdehnung der japanischen Banken infolge dieser Maßnahmen vermittelt die Tatsache, daß Anfang 1943 die Yokohama Specie Bank 50 Zweiganstalten in Südostasien besaß gegenüber sechs in der Zeit vorher und die Bank von Formosa 17 gegenüber fünf. Die Südsee-Entwicklungsbank versorgte diese beiden Banken mit dem für ihre Geschäftstätigkeit notwendigen Militärgeld, indem sie kurzfristigen Kredit zur Verfügung stellte.

Ein neuer Abschnitt der Entwicklung begann, als die Südsee-Entwicklungsbank vom 1. April 1943 an die Befugnis erhielt, eigene Noten in unbeschränkter Höhe auszugeben. Militärgeld sollte nicht mehr ausgegeben werden, die Noten der früheren Ausgaben aber bis zum Umtausch oder bis zur Einziehung vorläufig im Verkehr bleiben. Es dürfte sich lediglich um eine formelle Änderung

handeln, da die neuen Banknoten ebenso wie die Militärscheine über die Währungen der besetzten Gebiete lauten sollten. Über den Umlauf von Militärnoten wurden keine Zahlen veröffentlicht; die vorgesehene neue Ausgabe von Noten der Südsee-Entwicklungsbank im Gegenwert von 3,3 Milliarden Yen wurde als Einnahme in den japanischen Haushaltsplan für 1943/44 eingesetzt.

Am 20. Oktober 1942 ordneten die japanischen Militärbehörden die Liquidation der Bank von Java an. Diese 1828 gegründete Bank hatte Niederlassungen nicht nur auf Java, sondern auch auf Sumatra, Borneo und Celebes; der Hauptsitz befand sich in Batavia. Der letzte am 7. Februar 1942 veröffentlichte Wochenausweis zeigte eine (bekanntermaßen zum großen Teil im Ausland befindliche) Goldreserve von 407 Millionen Gulden, die den Notenumlauf von 345 Millionen Gulden erheblich überstieg. Die Noten sollten vorläufig im Verkehr bleiben, ein etwaiger Umtausch in Yen-Noten war aber beabsichtigt. Acht andere niederländisch-indische Banken (darunter die Nederlandsche Handel Maatschappij, die Nederlandsch-Indische Handelsbank und die Nederlandsch-Indische Escompto Maatschappij), die seit der Besetzung geschlossen und deren Aktiva beschlagnahmt worden waren, wurden ebenfalls liquidiert. Das Moratorium, das seit der Besetzung in Kraft war, wurde mit Wirkung vom 20. Oktober 1942 aufgehoben.

Die Bestimmungen über die Deckung der Notenausgabe der Zentralbanken spielen zur Zeit keine sehr bedeutende Rolle. In einigen wenigen Ländern (z. B. in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und in Schweden) ist die Deckung im Verhältnis zum Notenumlauf (und zu den anderen Sichtverbindlichkeiten) so hoch, daß sie praktisch keine Beschränkung der Notenausgabe darstellt. In anderen Fällen, wo die Bestimmungen einengend gewirkt hätten, wurden sie entweder außer Kraft gesetzt (wie in Belgien), oder beseitigt (wie in Deutschland), oder aber mit der neuen Lage in Einklang gebracht (z. B. in den Niederlanden, wo Reichsmarkbestände[1], oder in Rumänien, wo gesperrte Goldforderungen gegen feindliche Länder als Deckung zugelassen wurden). In England wurde die zugelassene „ungedeckte" Notenausgabe am 5. September 1939, als der Goldbestand der Notenbank auf den Währungsausgleichsfonds übertragen wurde, von 300 Millionen auf 580 Millionen Pfund erhöht; seitdem war fast der gesamte Notenumlauf „ungedeckt", d. h. ohne Golddeckung; der Höchstbetrag wurde in neun weiteren Schritten von 580 Millionen auf 1.050 Millionen Pfund (vom 6. Oktober 1943 an) heraufgesetzt.

In Bulgarien, wo nach den Bestimmungen die Noten und anderen Sichtverbindlichkeiten durch eine Reserve von mindestens 25 v. H. in Gold und freien Devisen (netto) gedeckt sein müssen, wurde es im Mai 1941 durch eine Statutenänderung möglich gemacht, die Reichsmark zu diesem Zweck als freie Währung zu behandeln. Wäre damals der gesamte Reichsmarkbestand der Bulgarischen Nationalbank in die Notendeckung einbezogen worden, so

[1] Die gleichberechtigte Heranziehung von Reichsmark-Aktiven zur Notendeckung neben dem Gold erhöhte die über die gesetzlichen 40 v. H. hinaus vorhandene „überschüssige Deckung" in der am 30. März 1942 endenden Woche, wie aus dem Ausweis der Niederländischen Bank hervorgeht, von 61 Millionen auf 1.218 Millionen hfl. und das Deckungsverhältnis schnellte von 42 auf 88 v. H. empor.

hätte sich eine Deckung von etwa 100 v. H. ergeben. Tatsächlich war die Nationalbank aber sehr behutsam bei der Einbeziehung von Reichsmarkbeträgen in die Deckungsberechnung, und das ganze Jahr 1942 hindurch überstieg das Verhältnis, das zwischen den engen Grenzen von 25,10 und 26,86 v. H. schwankte, nur gerade den Mindestsatz.

Eine eigenartige Lösung war einige Jahre lang in Iran anzutreffen, wo auf Grund des Gesetzes vom 16. November 1936 die Kronjuwelen hinterlegt worden waren, um einen etwaigen Fehlbetrag der metallischen Deckung (Gold und Silber), die 60 v. H. der Noten betragen mußte, auszugleichen. Bis 1940 überstieg die Metalldeckung das gesetzliche Deckungsverhältnis, 1941 und 1942 erreichte sie es aber nicht mehr, und darauf wurden die Kronjuwelen mit einem Betrage bewertet, der ausreichte, die Lücke zu schließen. Im Jahresbericht der Nationalbank von Iran für das am 29. Isfand 1320 (20. März 1942) beendete Geschäftsjahr wurde erklärt, daß die gesetzliche Metalldeckung 670 Millionen Rial betrage und daß die Deckung im Verhältnis zum Notenumlauf sich auf 33,59 v. H. belaufe; der Unterschied (26,41 v. H.) gegenüber dem gesetzlichen Mindestsatz (60 v. H.) werde durch die Kronjuwelen gedeckt. Tatsächlich war die ganze Berechnung reine Formsache, da das in der Reserve enthaltene Gold zu einem gesetzlich vorgeschriebenen Preis bewertet war, der weniger als die Hälfte des Marktpreises betrug; der wirkliche Wert der Reserve überstieg sogar die gesetzlichen 60 v. H.

Nationalbank von Iran[1]

Am Ende des Geschäftsjahres (20. März)	Ausgegebene Noten [2]	Metallische Deckung [3]		Kronjuwelen [4]	
	in Millionen Rial *(und in v. H.)*				
			v. H.		v. H.
1940	1.114	720	*64,6*	—	—
1941	1.350	670	*49,6*	140	*10,4*
1942	1.995	670	*33,6*	527	*26,4*

[1] Banque Mellié d'Iran (früher Banque Impériale de Perse).
[2] Von der Kontrollkommission der Bank übergebene Noten, die sich teils in Umlauf und teils in den Kassen der Bank befinden.
[3] Das bei der Kontrollkommission hinterlegte Gold und Silber.
[4] Als Deckung hinterlegt, in der Bilanz der Bank aber nicht ausgewiesen.

Am 19. November 1942 wurde ein neues Gesetz angenommen, das für alle nach diesem Zeitpunkt ausgegebenen Noten eine hundertprozentige Deckung vorschreibt, und zwar sollen davon 60 v. H. in Gold, zum Tagespreis bewertet, sowie in Sterling- oder Dollarwerten bestehen, die in Gold umgewandelt werden können, und 40 v. H. in Pfund- oder Dollaranlagen, die durch eine Goldklausel gegen Entwertung gesichert sind. Die gesamte Notenausgabe stieg von 3,5 Milliarden Rial am 19. November 1942 auf 4.647 Millionen Rial am 21. März 1943; der Ausweitung um 1.147 Millionen Rial stand eine Zunahme der Gold- und Devisendeckung um 1.190 Millionen Rial gegenüber, wovon auf Gold 831 Millionen, auf Pfund Sterling 103 Millionen und auf Dollars 256 Millionen entfielen. Die gesamte im März 1943 vorhandene Reserve bestand aus 2.628 Millionen Rial in Gold und Silber (zur neuen Bewertung) und aus 1.006 Millionen Rial in ausländischen Wertpapieren. Erwähnt sei noch, daß die Gesamt-„Ausgabe" auch die in den Kassen der Bank vorhandenen Noten enthielt; der eigentliche Umlauf ohne diese Noten hat sich von 1.737 Millionen Rial im März 1942 auf 3.723 Millionen im März 1943 mehr als verdoppelt. In dem zuletzt genannten Monat wurde die Einlösbarkeit der Noten in Silber aufgehoben.

Schon vor dem Kriege war in der ganzen Welt eine allgemeine Aufwärtsbewegung der Notenumlaufsziffern festzustellen, über die in früheren Jahren von der Bank berichtet wurde; seit 1939 hat sich die Ausweitung aber beschleunigt[1]. Gegenüber dem Durchschnitt des ersten Halbjahres 1939 bewegt sich die Zunahme bis Ende 1942 von etwas über 40 v. H. in Argentinien bis zu 4.000 v. H. in Griechenland (im September 1943 stieg der Index für Griechenland sogar über 17.000).

Indexzahlen des Notenumlaufs[1]

Land	Stand des Index Ende					Jährliche Zunahme in v. H.			
	Dez. 1939	Dez. 1940	Dez. 1941	Dez. 1942	Juni 1943	Dez. 1939 bis 1940	Dez. 1940 bis 1941	Dez. 1941 bis 1942	Juni 1942 bis 1943
	Januar–Juni 1939 = 100								
Griechenland	127	207	657	4.118	5.383 [2]	*63*	*217*	*526*	*369* [3]
Island	118	216	436	924	1.059	*83*	*102*	*112*	*81*
Bulgarien	148	228	471	662	.	*54*	*107*	*41*	.
Finnland	184	253	334	439	415	*37*	*32*	*31*	*14*
Italien	128	164	255	380	450	*28*	*56*	*50*	*44*
Ägypten	129	182	247	367	421	*41*	*36*	*49*	*33*
Türkei	139	199	253	362	361	*44*	*27*	*43*	*24*
Ungarn	113	161	230	342	370	*42*	*43*	*49*	*47*
Frankreich	127	185	226	321	364	*46*	*22*	*42*	*40*
Australien	135	156	205	321	393	*16*	*31*	*57*	*46*
Rumänien	130	172	258	314	327	*32*	*50*	*22*	*25*
Kanada	122	169	223	313	334 [4]	*38*	*32*	*41*	*31* [5]
Belgien	127	158	219	307	337	*24*	*39*	*40*	*31*
Japan	163	205	256	306	306	*26*	*25*	*20*	*32*
Deutschland	147	174	237	295	322	*19*	*36*	*25*	*26*
Niederlande	112	150	205	294	252	*34*	*37*	*43*	*8*
Portugal	121	138	213	260	269	*14*	*55*	*22*	*23*
Dänemark	139	172	195	228	245	*24*	*14*	*17*	*25*
Vereinigte Staaten	111	127	163	225	254	*13*	*28*	*38*	*41*
Südafrika	111	130	161	213	246	*16*	*24*	*32*	*35*
Schweden	139	145	166	197	193	*4*	*15*	*19*	*15*
Großbritannien	112	126	154	189	194	*12*	*22*	*23*	*18*
Schweiz	119	132	136	153	154	*11*	*3*	*13*	*18*
Argentinien	102	109	124	144	148	*7*	*14*	*16*	*15*

[1] Berücksichtigt ist nur der Notenumlauf der Zentralbanken, außer bei den Vereinigten Staaten, wo es angebrachter ist, den gesamten „Geldumlauf" heranzuziehen. Die Reihenfolge der Länder entspricht der Höhe der Indexzahlen im Dezember 1942. [2] März 1943. Bis September 1943 war der Index auf 17.172 gestiegen. [3] Mai 1942 bis März 1943. [4] Mai 1943. [5] Juni 1942 bis Mai 1943.

Abgesehen von den allgemeinen Wirkungen der Kriegsfinanzierung und der Preissteigerung lassen sich die Gründe für die Ausweitung des Notenumlaufs zweckmäßig in vier Gruppen einteilen: a) erhöhter Zahlungsmittelbedarf, b) Horten oder Sparen von Noten, c) höhere Kassenhaltung der Banken und d) sonstige Gründe, deren Bedeutung in den einzelnen Ländern verschieden ist.

[1] Die einzige Ausnahme von dieser Regel dürften die von Japan besetzten Gebiete des Ostens bilden, wo sich der Umlauf aus besonderen Gründen in einigen Fällen verringert haben soll. So wurde aus Schanghai berichtet, daß der Umlauf von Straits-Settlements-Dollars im Juli 1942 nur 140 Millionen betrug gegenüber 220 Millionen vor dem Ausbruch des Krieges in Ostasien; der Rückgang beruhte teils auf der durch den Krieg verursachten Zerstörung, teils auf einer von chinesischen Kaufleuten an die japanischen Militär- und Marinebehörden gemachten Schenkung von 50 Millionen Straits-Settlements-Dollars. Ähnlich ist die Lage auf Java, wo der Umlauf von Noten und Münzen einschließlich der Gumpyowährung Mitte 1943 mit 400 Millionen Gulden angegeben wurde, gegenüber rund 500 Millionen vor der Besetzung.

a) Die wichtigsten Ursachen des gesteigerten Zahlungsmittelbedarfs sind die Vollbeschäftigung einer größeren Zahl von Arbeitern, ihr im allgemeinen höherer Verdienst und der auf sie entfallende größere Anteil am Volkseinkommen; auch die Landwirte, die in Kriegszeiten günstige Preise erzielt haben, neigen dazu, einen großen Teil ihrer Geschäfte in bar zu tätigen. Außerdem bedingen die als Folge verteuerter Einfuhren, höherer Transportkosten und anderer Ursachen gestiegenen Lebenshaltungskosten einen größeren Zahlungsmittelbedarf.

b) Die Arbeiter und Landwirte, die jetzt bedeutendere Beträge als vorher sparen können, haben manchmal keine Bankverbindung oder sind an einen Verkehr mit Banken nicht gewöhnt, und daher legen sie ihre Ersparnisse häufig in Form von Banknoten zurück. Der Unterschied zwischen Sparen und Horten läßt sich schwer bestimmen, im allgemeinen wird aber von einer Hortung gesprochen, wenn Noten über den jeweiligen Bedarf an „Geld in der Tasche" hinaus und manchmal auch in rechtswidriger Absicht (etwa zur Steuerhinterziehung) zurückgehalten werden.

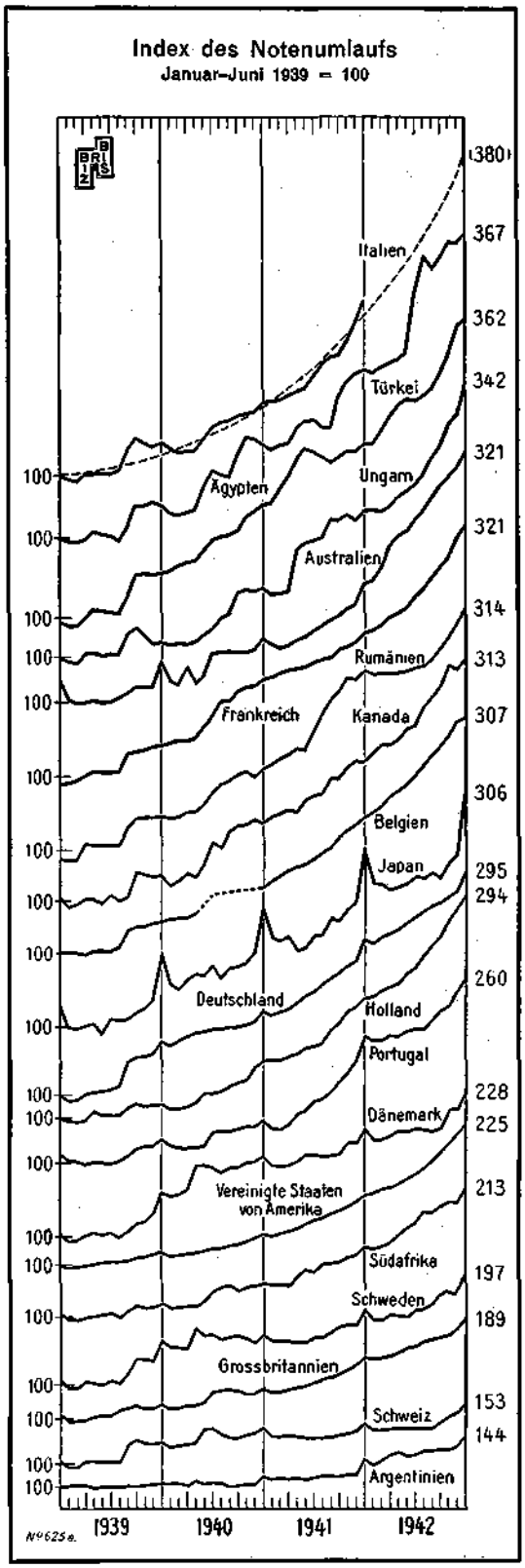
Das Sparen oder Horten von Noten wird häufig als Zeichen des Vertrauens in den Wert der Währung angesehen. Es läßt aber auch eine Bevorzugung der Noten vor den Staatspapieren erkennen oder den Wunsch, Vermögen in der flüssigsten Form zu besitzen, und eine Abneigung gegen die „Festlegung" von Ersparnissen in dauerhafter Form; dies mag in gewissem Umfang auf die niedrigen Zinssätze zurückzuführen sein, die in vielen Teilen der Welt gezahlt werden. Weil aber die Bevölkerung aus dem einen oder anderen Grunde mehr Noten besitzt, als sie für Zahlungszwecke benötigt, sind die Regierungen gezwungen, Geld bei den Zentralbanken aufzunehmen, und je mehr sie auf diese Weise entleihen, um so mehr tragen sie dazu bei, die Notenausgabe über den echten Zahlungsmittelbedarf hinaus zu erhöhen. In einigen Fällen, so beim Schweizer Franken und beim Dollar der Vereinigten Staaten, hat auch die Notenhortung außerhalb des Landes eine gewisse Bedeutung.

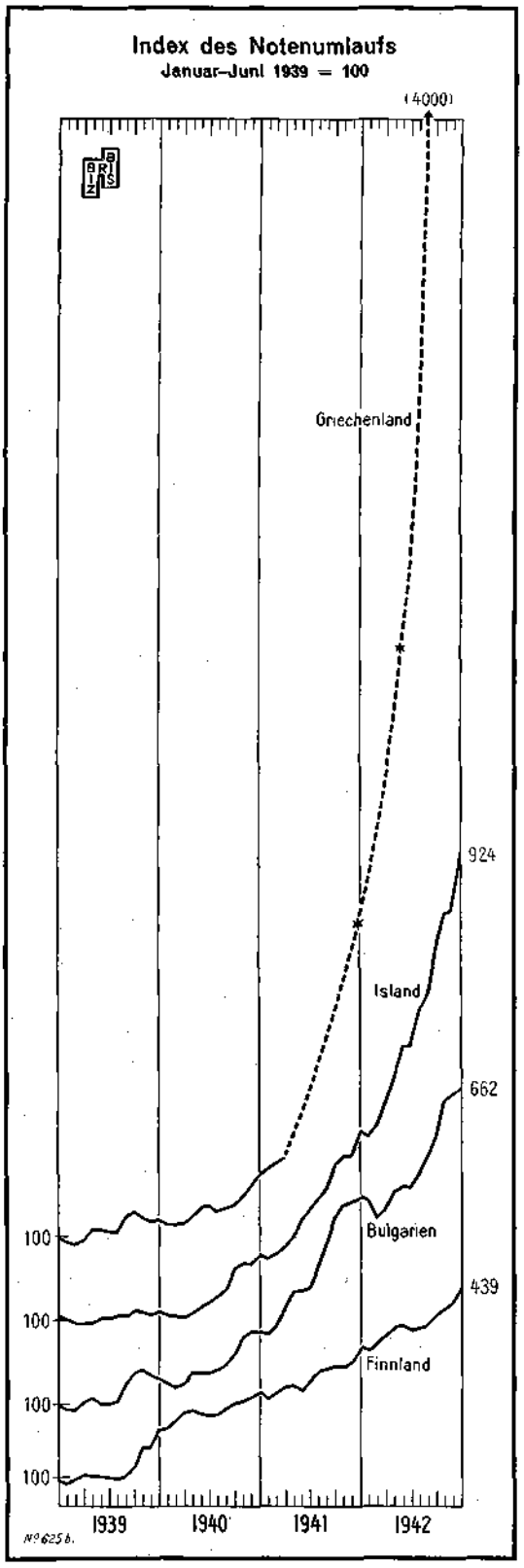
c) Sofern die Bankeinlagen zunehmen (weil Industrie und Handel oder auch die Bevölkerung größere Bankguthaben unterhalten), brauchen die Banken höhere Kassenreserven, die z. T. aus Noten bestehen werden. Und da die neuen Einlagen vielleicht weniger beständig als die alten sind und plötzlichen Abziehungen eher unterliegen, dürften die Kassenreserven verhältnismäßig stärker erhöht werden als die Einlagen zunehmen.

d) Ferner gibt es eine Anzahl Gründe, deren Einfluß in den einzelnen Ländern von sehr verschiedener Bedeutung war. Unrechtmäßige Geschäfte an den schwarzen Märkten werden im allgemeinen in Banknoten getätigt, um keine Spuren zu hinterlassen; auch können Noten bevorzugt werden, weil sie die Steuerhinterziehung und die Umgehung der Devisenbeschränkungen erleichtern. Ein Grund ganz anderer Art ist die Ausdehnung des Währungsgebietes; derartige Gebietserweiterungen waren für Deutschland, Ungarn und Bulgarien im Jahre 1941 von Bedeutung, dagegen nicht im Jahre 1942. Ferner hatte, namentlich in England und andern Ländern, die Verminderung der Einrichtungen für den Bankverkehr infolge des Krieges zweifellos einen gewissen Einfluß: beispielsweise erklärte der Vorsitzende der Midland-Bank im Januar

1943, daß rund ein Fünftel ihrer Niederlassungen durch feindliche Luftangriffe zerstört oder erheblich beschädigt worden sei; die meisten Schäden seien zwar behoben worden, trotzdem sei aber die Zahl der Zweiganstalten, hauptsächlich um Arbeitskräfte freizusetzen, um ein Sechstel verringert worden, und dies könne, so fuhr er fort, wohl eine unter vielen Ursachen für die Zunahme der vom Publikum zurückgehaltenen Banknoten sein. Ein weiterer Grund für die Geldvermehrung in England im Jahre 1943 war die Anwesenheit starker alliierter Truppenverbände. Schließlich trugen in Europa die Methoden der Finanzierung des Verrechnungsverkehrs und der Besatzungskosten sowie außerhalb Europas die Gewährung von Vorschüssen durch die Zentralbanken in besonderem Maße zur Ausweitung der Notenausgabe bei.

Die in der Tabelle auf Seite 330 und in den nebenstehenden Zeichnungen berücksichtigten Länder geben bezeichnende Beispiele, soweit Unterlagen vorhanden sind. Einige europäische Länder sind weggelassen worden, da statistische Unterlagen entweder für die Ausgangsperiode im Jahre 1939 (z. B. in Spanien) oder für jüngere Daten (z. B. in Albanien und Norwegen) fehlten. Der Notenumlauf der Bank von Spanien war im Juni 1943, nachdem die während des Bürgerkrieges für Rechnung der republikanischen Regierung ausgegebenen Noten für nichtig erklärt waren, etwas mehr als dreimal so hoch wie Ende 1935; ein Vergleich mit den Ausweitungen in vielen europäischen Ländern fällt also für Spanien nicht ungünstig aus. Dagegen würden andere wegen





fehlender Unterlagen weggelassene Länder nahe der Spitze der Tabelle erscheinen. Seitdem im Oktober 1940 italienische Truppen von Albanien aus in Griechenland einmarschierten, wurden die Monatsausweise der Albanischen Nationalbank eingestellt; Ende September 1940 hätte der Index ihres Notenumlaufs 336 betragen, d. h. mehr als in jedem anderen in der Tabelle aufgeführten Lande zu jener Zeit (die albanischen Noten waren mehr als hundertprozentig durch italienische Lire gedeckt). Für die Bank von Norwegen werden seit der Besetzung des Landes durch die deutschen Truppen im April 1940 keine Wochenausweise und keine Bilanzen veröffentlicht; die auf Seite 232 gegebene Schätzung des Umlaufs würde Norwegen Ende 1942 auf die gleiche Stufe mit Finnland stellen. In Jugoslawien hätte die Indexzahl (Januar–Juni 1939 = 100) im März 1941, dem letzten Monat, in dem die alte Nationalbank einen Ausweis veröffentlichte, 220 betragen; von da an erhöhte sich die Notenausgabe in Kroatien bis zum September 1943 auf das Fünffache, so daß der Index erheblich über 1.000 gestiegen wäre; für Serbien sind keine neueren Unterlagen für eine ähnliche Berechnung vorhanden. Auch über den Notenumlauf im Generalgouvernement, im Ostland und in der Ukraine werden keine Zahlen veröffentlicht; wegen der Ausgabe von Reichskreditkassenscheinen wird auf die Seiten 202–205 verwiesen.

Zur Lage der in der Tabelle enthaltenen Gruppen von Ländern Ende 1942 sei folgendes bemerkt: in Großbritannien und den drei

neutralen Ländern Schweden, der Schweiz und Argentinien lag der Index des Notenumlaufs unter 200; doch war in allen vier Ländern das Tempo der Zunahme 1942 rascher als 1941 (in Großbritannien allerdings nur wenig). Die in dem Haushaltsweißbuch veröffentlichten Zahlen zeigten, daß der Notenumlauf in Großbritannien bei etwa 10 v. H. des Volkseinkommens gegenüber der Vorkriegszeit ziemlich unverändert geblieben ist.

Am Fuße der Gruppe mit einem Index zwischen 200 und 300 stehen die Südafrikanische Union und die Vereinigten Staaten, Länder, in denen das Tempo der Zunahme verhältnismäßig rasch war und sich noch beschleunigt; in Portugal ist die gesamte Ausweitung bedeutender als in den anderen europäischen neutralen Ländern.

Deutschland steht an der Spitze der Länder mit Indexzahlen zwischen 200 und 300; die Erhöhung beruhte 1941 teilweise auf der Eingliederung neuer Gebiete in das Reich. Im Juni 1943 bezeichnete der Präsident der Deutschen Reichsbank die langsame, aber stetige Ausweitung des Notenumlaufs als etwas mehr als einen Schönheitsfehler[1]. Im Jahre 1942 und Anfang 1943 hatte der Notenumlauf der Reichsbank in der Tat gleichmäßig jeweils um etwa 5 Milliarden Reichsmark über den Ziffern des Vorjahres gelegen; von da an beschleunigte sich aber seine Ausweitung: während er Ende März 1943 um 4,9 Milliarden Reichsmark über der Vorjahrsziffer stand, betrugen am Ende der Monate Juni bis September 1943 die entsprechenden Abstände 5,7, 6,3, 7,2 und 8,1 Milliarden. Diese Beschleunigung stand zweifellos auch im Zusammenhang mit der auf Seite 196 erwähnten Freizügigkeit in der Abhebung von Spareinlagen, deren Gewährung durch die Luftangriffe und die Massenevakuierung der Bevölkerung aus den Städten notwendig geworden war. Dieselbe Indexgruppe (200–300) umfaßt auch die Niederlande und Dänemark, die zusammen mit Belgien, Rumänien, Frankreich und Ungarn in der nächsten Gruppe (300–400) sowie mit Bulgarien und Griechenland, die noch höher in der Liste stehen, zu den Ländern gehören, in denen der Notenumlauf durch die Zahlung von Besatzungskosten, die Finanzierung des Verrechnungsverkehrs mit Deutschland oder durch beide Ursachen zugleich beeinflußt wurde.

Die scheinbare Verlangsamung der Ausweitung in Japan (am Fuße der Gruppe 300–400) erklärt sich zum Teil daraus, daß die Reserven der Banken von Korea (Tschosen) und Formosa (Taiwan) nicht mehr aus japanischen Noten bestehen, nachdem diese auf Sonderkonten bei der Bank von Japan eingezahlt worden sind. Kanada und Australien, in derselben Gruppe, zeigen eine an Geschwindigkeit zunehmende Erhöhung des Notenumlaufs. Auch in der Türkei beschleunigte sich die Ausweitung bis Ende 1942, aber unter dem Einfluß der auf den Seiten 260–263 geschilderten Vermögensteuer ist der Notenumlauf im ersten Halbjahr 1943 sogar zurückgegangen.

An der Spitze der Indexgruppe 300–400 steht Italien. Die Banca d'Italia veröffentlicht seit 1935 keine Wochenausweise mehr, dagegen wurden bis 1940 Jahresbilanzen veröffentlicht; außerdem sind Unterlagen vorhanden, auf

[1] W. Funk: Geld, Kredit und Währung. Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht, 1943, Heft 9.

Notenumlauf der Banca d'Italia

Monatsende	Millionen Lire	Index erstes Halbjahr 1939 = 100
1938 Dezember[1] .	18.955	99
1939 März[3]	17.967	94
Juni[2]	19.350	101
Dezember[1] . .	24.432	128
1940 März[4]	22.643	119
Juni[2]	27.190	142
Dezember[1] . .	31.306	164
1941 Juni[2]	36.000	190
Dezember[2] . .	49.000	255
1942 Juni[2]	60.000	310
Dezember[2] . .	73.000	380
1943 Juni[5]	86.158	450
Juli[5]	96.541	505

[1] Nach der veröffentlichten Bilanz. [2] Schätzung.
[3] Letzte Märzwoche. [4] 22. März.
[5] Im Juli 1943 nannte der Finanzminister eine Ziffer von 96.541 Millionen Lire für den 20. Juli 1943 und erklärte, daß das Schatzamt im Juli die Notenausgabe in einem Betrage von 10.383 Millionen Lire in Anspruch genommen habe; der Notenumlauf am „Vorabend des Eintritts Italiens in den Krieg" wurde mit 25.344 Millionen Lire angegeben.

denen einige in der nebenstehenden Übersicht enthaltene Schätzungen beruhen. Gegen Ende Juli 1943 machte der Finanzminister Angaben über den Notenumlauf „am Vorabend des Eintritts Italiens in den Krieg", d. h. Ende Mai oder Anfang Juni 1940, und für den 20. Juli 1943, wobei er auch die Ausweitung während dieses Monats erwähnte. Die Entwicklung der durch diese Ziffern veranschaulichten Ausweitung läßt eine jährliche Zunahme um etwa 50 v. H. in den Jahren 1941 und 1942 erkennen. Diese Zunahme scheint während des ersten Halbjahres 1943 mit einer leichten Tendenz zur Mäßigung der Geschwindigkeit angehalten zu haben, im Juli trat aber eine heftige Beschleunigung ein. (Noten der Banca d'Italia waren nicht nur in Italien im Verkehr, sondern auch in den Kolonien, und die Bank hatte Zweigstellen in Erythräa, Abessinien, Libyen und Rhodos. Der Anteil der Kolonien am Notenumlauf wurde nicht bekanntgegeben. Durch eine Verordnung vom 25. November 1942 wurden die Noten zu 50, 100, 500 und 1.000 Lire, welche die Banca d'Italia zur Ausgabe in Italienisch-Ostafrika bestimmt hatte, gesetzliches Zahlungsmittel für den Umlauf in Italien selbst.) Im Oktober 1943 sollen die Handelsbanken in Mailand Zirkularschecks als Aushilfszahlungsmittel ausgegeben haben.

Ägypten und Island, zwei Länder, in denen Truppen der Vereinigten Nationen stehen, erscheinen weit oben in der Tabelle auf Seite 330, und zwar fanden auch 1942 noch beträchtliche Erhöhungen des Notenumlaufs statt, nämlich in Ägypten um nahezu 50 v. H. und in Island um mehr als 100 v. H. In beiden Fällen hat sich der für frühere Jahre charakteristische Warenausfuhrüberschuß 1942 in einen Einfuhrüberschuß verwandelt, wobei die Vereinigten Staaten als Hauptlieferant an die Stelle Großbritanniens traten, da bedeutende Lieferungen im Leih- und Pacht-Verfahren erfolgten. Bei Island ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der dort stehenden fremden Truppen im Verhältnis zur Bevölkerung des Landes (von rund 120.000 Einwohnern) größer war als in jedem anderen besetzten Lande.

Finnland wurde durch zwei Kriege mit der UdSSR in Mitleidenschaft gezogen, den Winterkrieg von 1939/40 und den Krieg, der im Juni 1941 seinen Anfang nahm; der Rückgang des Notenumlaufs im zweiten Vierteljahr 1943 hatte seine Ursache in der angedrohten Abstempelung der Noten auf einen geringeren Wert, die auf Seite 235 erwähnt wurde. Die heftige Inflation in Griechenland, die im zweiten Halbjahr 1942 begann und 1943 anhielt, wurde

schon in Kapitel V geschildert, wo auch mehr Einzelheiten über die Ursachen gegeben wurden, die für die Ausweitung des Notenumlaufs in den einzelnen Ländern verantwortlich sind.

Die in der Tabelle zusammengestellten und durch die Zeichnungen veranschaulichten Indexzahlen dürften ein ziemlich richtiges Bild von der Entwicklung in den betreffenden Ländern geben. Die einzige Ausnahme bildet Bulgarien. Obwohl die Indexzahl mit 662 Ende 1942 höher stand als die jedes anderen kontinentaleuropäischen Landes außer Griechenland, gibt sie die wirkliche Ausweitung noch zu niedrig an. Wie bereits im zwölften Jahresbericht der Bank erwähnt wurde, begann die bulgarische Regierung auf Grund einer Verordnung vom 9. Februar 1942 3prozentige Schatzscheine in kleinen Abschnitten durch Vermittlung der Nationalbank auszugeben, die nominell zwar eine Laufzeit von 1 bis 2 Jahren hatten, tatsächlich aber als verzinsliche Banknoten umlaufen sollten, denn sie konnten jederzeit zum Nennwert zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen[1] bei der Nationalbank eingelöst werden und wurden bei den staatlichen Kassen zur Bezahlung von Steuern und anderen dem Staat geschuldeten Beträgen angenommen. Nach einer Erklärung des Finanzministers vom Januar 1943 wurden im Jahre 1942 rund 1.850 Millionen Lewa dieser Schatzscheine in den Verkehr gebracht[2]. Im Dezember 1942 gab die Nationalbank bekannt, daß in Zukunft alle den Betrag von 200.000 Lewa übersteigenden Verbindlichkeiten des Schatzamtes gegenüber Firmen und Privatpersonen je zur Hälfte in bar und in Schatzscheinen gezahlt würden.

1943 nahmen die Ereignisse einen raschen Verlauf, als die Ausweitung sich beschleunigte. Nachdem neue Ausgaben dieser Scheine erfolgt waren und die Veröffentlichung des Ausweises der Nationalbank Mitte Februar eingestellt worden war, erhielten die Scheine ein Disagio von 10 v. H. und mehr gegenüber den Banknoten. Mit Wirkung vom 20. Mai 1943 wurde gesetzlich verboten, die Schatzscheine unter dem von der Nationalbank selbst gezahlten Preise zu erwerben oder ihre Annahme als Zahlungsmittel zu dem von der Nationalbank gezahlten Preis zu verweigern; dieses Gesetz verlieh den Schatzscheinen praktisch die Stellung eines unbeschränkten gesetzlichen Zahlungsmittels, die sie bisher nicht gehabt hatten. Im Juni 1943 wurden die Banken ganz allgemein ermächtigt, Zahlungen vollständig in Schatzscheinen zu leisten; *nur in einigen* besonderen Fällen durften 50 v. H. der Beträge in Noten gezahlt werden. In demselben Monat rief die Nationalbank ihre beiden höchsten Notenabschnitte zu 1.000 und 5.000 Lewa auf, von denen 15 Milliarden Lewa im Verkehr waren, d. h. zwei Drittel des damaligen Notenumlaufs; Bestände bis zu 4.000 Lewa wurden in voller Höhe gegen kleinere Banknoten umgetauscht, während von größeren Beständen 60 v. H. gegen 500-Lewa-Noten einer neuen Ausgabe umgetauscht und die restlichen 40 v. H. in Schatzscheinen

[1] Zur Erleichterung des Verkehrs war der Wert der Scheine zuzüglich der bis zum 5., 15. und 25. jedes Monats aufgelaufenen Zinsen in einer gedruckten Tabelle auf der Rückseite jedes Scheines angegeben.

[2] Im März 1943 soll sich der untergebrachte Gesamtbetrag auf 2,38 Milliarden Lewa belaufen haben. Im August 1943 stellte der Finanzminister in Abrede, daß beabsichtigt sei, eine zusätzliche Währung zu schaffen, und erklärte, daß von den in Umlauf gebrachten 28 Milliarden Lewa Schatzscheinen 24 Milliarden bereits zur Nationalbank zurückgelangt seien; dies bezog sich auf die Zeit vor der Einziehung und dem Umtausch der großen Banknoten.

ausgezahlt wurden; die nicht bis zum 20. September 1943 umgetauschten großen Noten wurden ungültig und verloren ihre Eigenschaft als Zahlungsmittel. Gegen Ende September begann die Nationalbank eine neue Ausgabe von 1.000-Lewa-Noten in den Verkehr zu bringen.

Auch in Rumänien wurde die Ausgabe eines zusätzlichen Zahlungsmittels vorbereitet. Durch Verordnung vom 16. Dezember 1942 wurde das Finanzministerium ermächtigt, 4prozentige Kassenscheine mit sechsmonatiger Laufzeit bis zum Höchstbetrage von 10 Milliarden Lei in den Verkehr zu bringen; diese Scheine waren an den Inhaber zahlbar und formlos übertragbar; sie konnten zur Bezahlung von Steuern und anderen Schulden an den Staat benutzt werden; Banken und andere Institute, die eine bestimmte Menge Bargeld unter ihren Aktiven halten mußten, durften diese Scheine auf ihren Kassenbestand anrechnen. Die Nationalbank wurde verpflichtet, sie jederzeit mit den aufgelaufenen Zinsen zurückzukaufen; die Scheine hatten den ausdrücklichen Zweck, die im Verkehr befindlichen Banknoten zu ersetzen, namentlich wenn es sich um große Geschäfte handelte. Zur Zeit ihrer Ausgabe bestand für Privatpersonen nicht die Verpflichtung, sie in Zahlung zu nehmen; die Möglichkeit, ihnen zu einem späteren Zeitpunkt *Zwangskurs zu verleihen*, war aber nicht ausgeschlossen.

In anderen Ländern waren die Bemühungen im allgemeinen darauf gerichtet, alles, was als zusätzliches Zahlungsmittel dienen könnte, unbedingt auszuschalten. In Deutschland belief sich die Ausgabe von Wehrmachtverpflichtungsscheinen durchschnittlich nur auf etwa 300 Millionen Reichsmark; diese Papiere wurden nur in beschränktem Ausmaß verwendet, da befürchtet wurde, daß sie bei einem größeren Umlauf zu einer Art von Zahlungsmittel werden könnten. In England wurde den Postanweisungen, die bei Kriegsausbruch in der Befürchtung einer Zahlungsmittelknappheit zum gesetzlichen Zahlungsmittel erhoben worden waren, diese Eigenschaft nach einigen Wochen wieder entzogen, als die unmittelbare Notlage nicht mehr bestand. Sogar in Ländern wie Griechenland, wo 1942 die Ernte teilweise mit diskontierbaren Schatzwechseln bezahlt wurde, durften diese Wechsel nicht als Zahlungsmittel umlaufen.

In drei Ländern, Großbritannien, den Niederlanden und Brasilien, wurden im Verkehr befindliche Noten eingezogen, wobei die übereinstimmende Absicht war, den Notenumlauf zu vermindern und unerlaubte Geschäfte zu verhindern; die Art der Einziehung war aber sehr verschieden.

Die Bank von England hatte bis 1928 nur Noten über 5 Pfund und höhere Beträge ausgegeben; doch waren die Currency-Noten zu 10 Schilling und 1 Pfund, die 1914 zum erstenmal vom Schatzamt ausgegeben wurden, bedeutend vermehrt worden und bildeten 1928, als die Notenausgabe vereinheitlicht wurde, 72 v. H. des durchschnittlichen Gesamtumlaufs. Die Noten zu 10 Pfund und mehr stiegen von 17 v. H. des Gesamtumlaufs im Jahre 1928 auf 23 v. H. im Jahre 1938, als die letzte Übersicht veröffentlicht wurde; seit

1936 war die Zunahme besonders stark; Anfang 1943 machten diese Noten wahrscheinlich mindestens ein Viertel des Gesamtnotenumlaufs aus, also etwa 250 Millionen Pfund Sterling.

Gegen Ende April 1943 kündigte der Schatzkanzler an, daß die Bank von England keine weiteren Noten zu 10 Pfund und darüber ausgeben und die bereits ausgegebenen bei sich bietender Gelegenheit einziehen würde. Die Noten wurden nicht aufgerufen und ihre gesetzliche Zahlkraft in keiner Weise abgeschwächt, wenn sie aber im gewöhnlichen Geschäftsablauf an die Banken zurückgelangen, werden sie nicht wieder ausgegeben. Der Notenumlauf der Bank von England wird sich also am Ende auf die drei kleineren Abschnitte, nämlich zu 10 Schilling, 1 Pfund und 5 Pfund, beschränken. Zu den vom Schatzkanzler für den Beschluß angegebenen Gründen gehörten die Vereinfachung der Notenausgabe und der Wunsch, denen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, die unter Benutzung der größeren Banknoten der Devisenbewirtschaftung und anderen Bestimmungen entgehen könnten. Über den Betrag der eingezogenen Noten wurden keine Angaben veröffentlicht; einen gewissen Anhaltspunkt bot aber die Schrumpfung des Notenumlaufs in den neun Wochen von Ende April bis Ende Juni 1943 um 7 Millionen Pfund, gegenüber einer Zunahme in dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1942 um 30 Millionen Pfund.

Notenumlauf
der Bank von England

Mittwochszahlen	1942	1943
	Millionen Pfund	
28/29. April . .	771,2	953,4
5/6. Mai . . .	776,9	953,9
12/13. „ . . .	780,2	951,6
19/20. „ . . .	782,5	947,3
26/27. „ . . .	788,6	945,0
2/3. Juni . . .	792,9	946,4
9/10. „ . . .	793,7	946,9
16/17. „ . . .	793,2	949,4
23/24. „ . . .	796,0	947,7
30. Juni/1. Juli .	801,6	946,3
28/29. Juli . . .	824,1	968,1
25/26. August .	828,6	974,9
30. Sept./1. Okt.	838,0	986,5

Der Notenumlauf der Niederländischen Bank setzte sich bis März 1943 zu etwa einem Viertel aus großen Scheinen zu 500 und 1.000 Gulden und zu drei Vierteln aus Abschnitten von 100 Gulden bis herab zu 10 Gulden zusammen. Durch eine am 14. März 1943 veröffentlichte Verordnung des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete wurden alle Noten über 500 und 1.000 Gulden für kraftlos erklärt und sofort eingezogen. Die Inhaber waren berechtigt, diese Noten bis zum 31. März bei den Steuerbehörden einzureichen; die Niederländische Bank brauchte sie jedoch auf Verlangen von Privatpersonen nicht mehr einzulösen; ihre Verpflichtung, dies für die Steuerbehörden und den Reichskommissar zu tun, erlosch am 15. April 1943. Der Zweck dieser Verordnung war, gehortete Noten ans Tageslicht zu bringen und die Verwendung großer Noten am schwarzen Markt, zur Steuerhinterziehung und für andere unerlaubte Geschäfte zu unterbinden. Die Inhaber erhielten bei der Einlieferung der Noten eine Bescheinigung; vor der Erstattung des Gegenwertes wurden alle fälligen oder im laufenden Jahr fällig werdenden Abgaben und anderen Schulden des Einreichers gegen den Staat abgezogen; wenn nach Auffassung der Behörden Anlaß dazu bestand, wurde der gesamte Gegenwert bis zur Nachprüfung der steuerlichen Verhältnisse des Einreichers zur Deckung seiner etwaigen Verpflichtungen wegen nachzuerhebender Abgaben, Geldstrafen usw. einbehalten.

Zur Vereinfachung des technischen Verfahrens wurden die Handelsbanken veranlaßt, als Vermittlungsstellen für die Einlieferung der Noten an die Steuerbehörden zu dienen. Ihre Konten (und auch die anderen Privatguthaben) bei der Niederländischen Bank stiegen sprunghaft von dem gewöhnlichen Stande von etwa 150 Millionen Gulden Anfang März 1943 auf nahezu 780 Millionen Gulden am 12. April; am 19. April fand eine Überweisung auf ein neues Sonderkonto des Schatzamtes statt, dem 686 Millionen Gulden gutgeschrieben wurden. Dieses Sonderkonto nahm später langsam ab, als der Gegenwert der Noten ausgezahlt wurde (in der Zwischenzeit war aber der Markt angespannt, und einige Banken mußten Kredit in Anspruch nehmen). Ende April 1943, als das Sonderkonto des Schatzamtes seinen höchsten Stand erreicht hatte, war der Notenumlauf um mehr als 700 Millionen Gulden gegenüber seinem Stande in der ersten Märzhälfte gefallen; der Präsident der Niederländischen Bank gab im Juni 1943 bekannt, daß von den im Zeitpunkt der Kraftloserklärung umlaufenden großen Noten im Betrage von 870 Millionen Gulden 140 Millionen nicht eingeliefert worden seien.

Die Einziehung von Banknoten in den Niederlanden[1]

Ausweistag	Notenumlauf	Guthaben der Banken [2]	Sonderkonto des Schatzamtes
	in Millionen Gulden		
1943			
8. März	3.244	151	—
15. „	3.295	159	—
22. „	3.258	155	—
29. „	2.998	437	—
5. April	2.667	728	—
12. „	2.659	778	—
19. „	2.520	175	686
27. „	2.507	183	686
3. Mai	2.545	202	616
10. „	2.539	207	616
17. „	2.508	243	616
24. „	2.445	327	616
31. „	2.482	370	589
7. Juni	2.525	318	576
15. „	2.537	335	574
21. „	2.554	346	570
28. „	2.596	340	568
26. Juli	2.738	313	454
30. August	2.905	405	329
27. September	3.041	675	100
25. Oktober	3.156	674	100
29. November	3.326	642	101

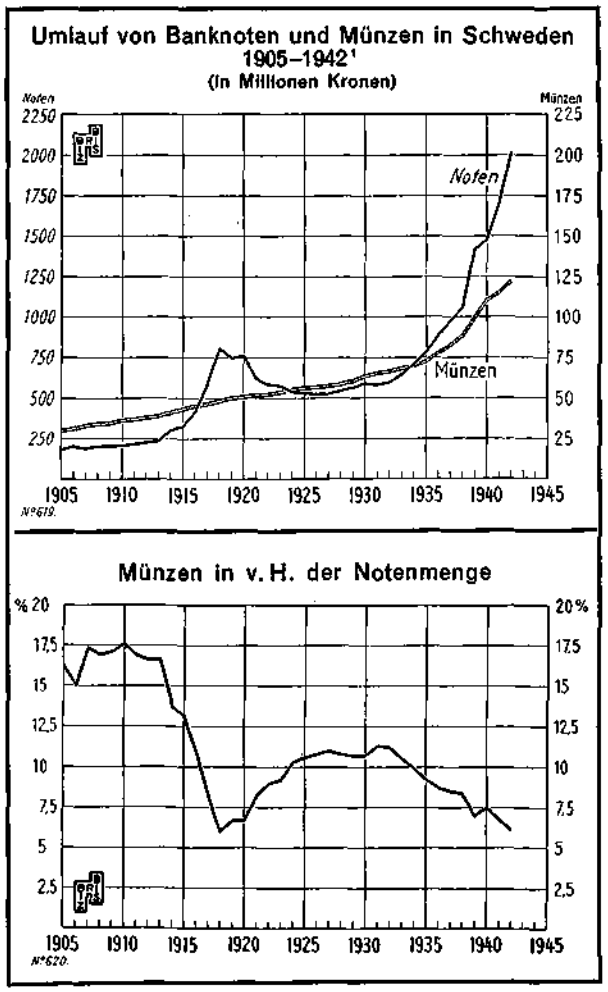
[1] Nach den Wochenausweisen der Niederländischen Bank.
[2] Einschließlich anderer privater Konten.

In Brasilien, wo die Noten von der Regierung durch die Bank von Brasilien ausgegeben werden, stieg der Notenumlauf, der sich im Dezember 1939 auf 4,97 Milliarden Milreis bezifferte, auf 5.185 Millionen im Dezember 1940, auf 6.647 Millionen im Dezember 1941 und dann in rascherem Tempo auf 8,5 Milliarden Milreis im September 1942; diese Beschleunigung folgte auf den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und den Sturm auf die brasilianischen Banken, als die europäischen Guthaben unter Aufsicht gestellt wurden. Die Regierung erklärte ein Moratorium für die am 29. September 1942 beginnende Woche und kündigte unter anderen Maßnahmen die Einführung des „Cruzeiro" (zu 100 Centavos) an Stelle der früheren Milreiswährung an. Seit dem 1. November 1942 sollten alle öffentlichen Konten, einschließlich derjenigen der Banken, in der neuen Einheit geführt werden (die denselben Wert wie das Milreis hat). Die umlaufenden Noten mögen vielleicht später durch eine neue Ausgabe ersetzt werden, einstweilen sind aber die alten Milreisnoten mit einem Überdruck im Verkehr geblieben. Im Dezember 1942 war der Notenumlauf auf 8.240 Millionen

gesunken; ungefähr auf diesem Stande hielt er sich auch in den ersten Monaten des neuen Jahres, stieg indessen im Juni 1943 auf 9.330 Millionen.

Unter den Maßnahmen, die in anderen Ländern unmittelbar zum Rückgang des Notenumlaufs beigetragen haben, ist die Vermögensteuer in der Türkei und die angedrohte Abstempelung der Noten in Finnland zu erwähnen. In Südosteuropa tauchte im Herbst 1943 der Weizen als Wertmaßstab auf: in Ungarn lautete eine Staatsanleihe über Zentner Weizen, wobei 3½prozentige 25jährige „Weizen-Schuldverschreibungen" über 5, 10, 25 und 100 Zentner geschaffen wurden, von denen angenommen wurde, daß sie bei Landwirten beliebt sein und gehortete Noten mit Erfolg hervorlocken würden. In Rumänien wurden die Landwirte aufgefordert, in Weizen alte Schulden zu bezahlen.

Die zunehmende Kaufkraft der Bevölkerung, die sich in der Ausweitung des Banknotenumlaufs ausprägt, hat fast überall zu einer Verknappung der Scheidemünzen geführt, die sich im Jahre 1942 in vielen Fällen verschärft hat. Erfahrungsgemäß kann das Verhältnis der Scheidemünzen zum Banknotenumlauf zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern erhebliche Abweichungen aufweisen; wird aber ein bestimmtes Mindestverhältnis unterschritten, wie es leicht geschehen kann, wenn der Banknotenumlauf rasch ansteigt, so tritt eine Knappheit an Wechselgeld ein, die lästige Unzuträglichkeiten im Einzelhandel und bei anderen kleinen Zahlungen verursacht.



Die Entwicklung der Verhältnisse in Schweden, wo sich die Zunahme des Notenumlaufs seit 1939 im Vergleich zu anderen Ländern in mäßigen Grenzen hielt (siehe die Tabelle auf Seite 330), wird durch die nebenstehenden Zeichnungen veranschaulicht. Die Schwankungen im Münzumlauf sind

[1] Jahresendziffern aus der Vierteljahres-Zeitschrift der Skandinaviska Banken, April 1943. In der oberen Zeichnung ist der Münzumlauf im zehnfachen Maßstab des Notenumlaufs dargestellt. Die 1914–18 ausgegebenen Noten über 1 Krone sind beim Notenumlauf nicht berücksichtigt. Der Münzumlauf entspricht der Gesamtprägung ohne die eingezogenen Münzen; er mag deshalb etwas hoch gegriffen sein, da die eingeschmolzenen und verloren gegangenen Münzen nicht berücksichtigt sind.

sehr gering im Vergleich zu denen des Notenumlaufs, zum Teil wegen des größeren Aufwandes an Zeit und Material, den die Prägung neuer Münzen erfordert. Nach den Zeichnungen sank in Schweden während des letzten Krieges das Verhältnis der Münzen zum Notenumlauf auf seinen niedrigsten Punkt von 6 v. H. im Jahre 1918; tatsächlich wurden 1914 auch Noten über 1 Krone in den Verkehr gebracht, mit denen sich das Verhältnis der Münzen für 1918 auf 6,7 v. H. erhöhen würde. Im gegenwärtigen Kriege wurden Einkronenabschnitte zwar gedruckt, aber nicht in Umlauf gebracht, so daß das Verhältnis der Münzen im Jahre 1942 auf 6,1 v. H. sank.

In anderen Ländern traten ähnliche Knappheitserscheinungen auf, und überall waren die Münzstätten ständig bemüht, den Bedarf zu befriedigen. In England wurden 1942 von der Königlichen Münze 355 Millionen Münzen aus Silber, Bronze und Nickelbronze im Gesamtwert von mehr als 12 Millionen Pfund geprägt; das bedeutete eine Rekordprägung von Scheidemünzen, die wertmäßig viermal so groß war wie der Durchschnitt für die zehn Jahre vor dem Kriege und um ein Fünftel höher als der frühere Rekord von 10 Millionen Pfund im Jahre 1918. Anfang Mai 1943 erklärten sich die Vereinigten Staaten bereit, als Leih- und Pacht-Lieferung 3,1 Millionen Unzen Silber nach England zu senden, während Kanada 1,9 Millionen lieferte; von den 5 Millionen Unzen brauchte England ein Drittel für gewerbliche Zwecke und zwei Drittel zur Münzprägung.

Die Prägung neuer Silbermünzen blieb indessen auf sehr wenige Länder beschränkt, die über eine eigene Silberproduktion (wie Schweden), über reiche Vorräte (wie Indien) oder besondere Lieferquellen (wie England und Australien mit Leih- und Pacht-Hilfe) verfügten. Da auch Kupfer und Nickel für Münzzwecke knapp sind (selbst in den Erzeugerländern), bestehen die neuen Münzen größtenteils aus Metallen wie Eisen (in Bulgarien und Finnland), Zink (im Generalgouvernement und in Rumänien) oder Aluminium (in Frankreich und Ungarn). In den Vereinigten Staaten wurde die Ausgabe neuer kleiner Münzen aus Preßstoff und Glas erwogen.

Prägung der kleinsten Münzen in der Schweiz

Jahr	Tausend Stücke zu	
	1 Rappen	2 Rappen
1939	10	65
1940	3.027	1.303
1941	12.794	3.447
1942	18.000	9.000

In einigen Fällen ergab sich ein höherer Bedarf an kleinen Münzen aus besonderen Gründen, namentlich infolge von Steuern auf Verkäufe im Einzelhandel. In der Schweiz z. B. hat die Umsatzsteuer, die in Prozenten des Kleinverkaufspreises erhoben wird, einen außerordentlichen Bedarf an Rappenmünzen hervorgerufen; die Ausprägung dieser kleinen Geldstücke überstieg 1941 und 1942 an Stückzahl die aller anderen Münzen zusammen.

Ob es notwendig ist, neue kleine Noten in den Verkehr zu bringen, hängt naturgemäß weitgehend von den bereits vorhandenen Stückelungen ab. Die Gepflogenheiten der Zentralbanken sind sehr verschieden; eine Vorstellung von dem Wertverhältnis des Umlaufs der verschiedenen Banknotenabschnitte

kann die folgende Tabelle vermitteln, die für einige europäische Länder den wertmäßigen Anteil der verschiedenen in Schweizer Franken zu den amtlichen Kursen umgerechneten Abschnitte am gesamten Notenumlauf Ende 1942 zeigt.

Notenstückelung europäischer Zentralbanken Ende 1942

Wert des Umlaufs jedes Abschnitts in v. H. des Gesamtumlaufs

Wert der Abschnitte in Schweizer Franken	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Schweden	Schweiz	Ungarn	Durchschnitt
1.000 und darüber	—	1	—	24	13	27	—	9
450–500	17	—	18	—	—	8	—	6
150–250	—	21	—	34	—	—	—	8
80–120	38	40	53	5	46	43	70	42
16–60	12	38	11	37	16	20	20	22
15 und darunter	33	—	18	—	25	2	10	13
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100

Diese Übersicht läßt mehrere interessante Punkte hervortreten: beispielsweise entfällt im Kreise der berücksichtigten europäischen Länder auf die sehr hohen Abschnitte nur in Schweden und in der Schweiz ein nennenswerter Teil des Umlaufs (in den Niederlanden wurden die großen Noten zu 500 und 1.000 Gulden, wie schon erwähnt, im März 1943 eingezogen); in vielen Ländern bilden die Abschnitte im Gegenwert von 80–120 Schweizer Franken etwa die Hälfte des Umlaufs.

Dagegen gab es, wie die Tabelle zeigt, in Deutschland und den Niederlanden Ende 1942 keine Zentralbanknoten im Gegenwert von 15 Schweizer Franken oder darunter (die vor 1939 auch in der Schweiz kaum vorhanden waren), während diese kleinen Noten in Schweden ein Viertel und in Dänemark sogar ein Drittel des Umlaufs ausmachten. In den zuletzt genannten Ländern wird also das außer den Münzen benötigte Kleingeld schon von der Zentralbank geliefert, welche die Ausgabe dieser kleinen Noten unschwer erweitern kann. In anderen Ländern wurden dagegen neue kleine Noten ausgegeben, und zwar manchmal von der Zentralbank, häufiger aber von der Regierung.

Neue Banknoten wurden in der Schweiz 1939 von der Nationalbank im Werte von 5 Franken ausgegeben; Ende 1942 waren davon 56 Millionen Franken in Umlauf, d. h. etwa 2 v. H. der gesamten Notenausgabe, während die Silbermünze zu 5 Franken als Zahlungsmittel beliebter ist. In Bulgarien lautete vor dem Kriege die kleinste von der Nationalbank ausgegebene Note über 500 Lewa (den Gegenwert von etwa 27 Schweizer Franken); 1940 wurden Noten zu 250 Lewa und 1941 solche zu 200 Lewa in den Verkehr gebracht, und 1943 wurde beschlossen, Noten zu 100, 50 und 20 Lewa, d. h. im Werte der höchsten Scheidemünzen, auszugeben. Im Juli 1943 begann die Serbische Nationalbank mit der Ausgabe einer neuen Note zu 100 Dinar (Gegenwert von 8 Schweizer Franken zum amtlichen Kurs).

In allen diesen Fällen werden die neuen kleinen Abschnitte in Form von Banknoten ausgegeben und gehören zum Notenumlauf der Zentralbanken. In

manchen Ländern wurden aber zur Ergänzung des Münzumlaufs auch kleine Staatsnoten ausgegeben. Einige Zahlen hierüber für die letzten Jahre in Europa enthält die nachstehende Übersicht.

Ausgabe von Staatspapiergeld

(In Millionen Einheiten der Landeswährung)

Monatsende	Belgien		Niederlande		Rumänien	Italien		Deutschland[2]	
	Genehmigter Betrag	Umlauf[1]	Genehmigter Betrag	Umlauf	Umlauf	Genehmigter Betrag	Umlauf	Gesamtausgabe	Nettoumlauf
	bfrs		hfl		Lei	Lire		RM	
1938 Dez.	1.500	1.219	100	1	—	2.500	.	409	382
1939 „	1.500	.	100	1	—	3.950	.	1.083	957
1940 „	2.200	1.919	100	41	—	3.950	.	1.335	1.102
1941 März	2.500	.	100	60	—	3.950	.	1.335	1.044
Juni	3.000	2.729	100	86	—	4.150	.	1.400	1.068
Sept.	—	.	100	97	907	4.150	.	1.400	1.117
Dez.	—	3.280	150	117	2.793	4.650	.	1.400	1.252
1942 März	—	.	150	120	4.011	4.650	4.534	1.550	1.227
Juni	—	3.377	150	120	4.397	4.650	.	1.550	1.285
Sept.	—	.	150	127	4.483	5.150	.	1.550	1.242
Dez.	—	3.748	150	138	4.249	6.300	.	1.550	1.264
1943 März	—	.	150	153	.	6.300	5.762	1.550	1.218
Juni	—	3.892	400	218	.	7.300	.	1.550	1.309

[1] Gesamtumlauf des sogenannten „Fonds monétaire", der auch etwas Hartgeld umschließt, andererseits aber 525 Millionen bfrs in Noten nicht umfaßt, die (seit 1940) unmittelbar für Rechnung des Schatzamtes im Verkehr sind.

[2] Die Notenausgabe der unter Reichsaufsicht stehenden Deutschen Rentenbank. Die Gesamtausgabe entspricht dem Betrag der Rentenbankdarlehen an das Reich. Im Nettoumlauf sind die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen nicht enthalten.

In Belgien geht die Ausgabe von Staatsnoten auf den Oktober 1926 zurück; damals übernahm das Schatzamt für etwa 700–750 Millionen belgische Franken Noten der Nationalbank in Abschnitten zu 5 und zu 20 Franken (die später durch Münzen ersetzt werden sollten). Die Höchstgrenze für die Notenausgabe des Schatzamts wurde 1935, als auch die Noten der Nationalbank zu 50 Franken übernommen wurden, von 1,2 Milliarden auf 1,5 Milliarden Franken heraufgesetzt; 1940 wurde die Grenze in drei Stufen bis auf 2,2 Milliarden im November und 1941 in zwei Stufen bis auf 3 Milliarden im April erhöht. Seit Juli 1941 durfte die Grenze für die Ausgabe von Scheidegeld jeweils nach Bedarf heraufgesetzt werden, und im März 1943 wurden die Höchstgrenzen rückwirkend ab Dezember 1941 aufgehoben.

In den Niederlanden wurden sogenannte „Silverbons" (Staatsnoten zu 1 und 2½ Gulden, die theoretisch in Silber umwandelbar waren) zum erstenmal 1914 in den Verkehr gebracht; Ende 1918 wurde der gesetzliche Höchstbetrag von ursprünglich 25 auf 100 Millionen Gulden heraufgesetzt; diese Höchstgrenze galt noch in den Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege, doch war der Umlauf unbedeutend. 1940 begann eine Neuausgabe von Silberscheinen, und im September 1941 wurde der Höchstbetrag auf 150 Millionen Gulden heraufgesetzt. Als im März 1943 die großen Noten der Niederländischen Bank eingezogen

wurden und eine Bargeldknappheit sich bemerkbar machte, wurde die gesetzliche Höchstgrenze für die Ausgabe von Silverbons im April auf 250 Millionen und im Juni 1943 weiter auf 400 Millionen Gulden heraufgesetzt.

In Rumänien wurde durch Verordnung vom 30. Juli 1941 die Nationalbank ermächtigt, kleine Noten zu 1, 2, 5, 20 und 100 Lei bis zu einem Höchstbetrag von 1 Milliarde Lei auszugeben, die zum Umtausch von Rubeln dienen sollten; laut Verordnung vom 12. August 1941 durften weitere 100-Lei-Noten im Gesamtbetrag von 3,5 Milliarden Lei ausgegeben werden, und zwar zum Umtausch der Münzen von 50 und 100 Lei, die eingezogen werden sollten; beide Ausgaben fanden für Rechnung und im Namen des Finanzministeriums statt und sollten durch Münzen ersetzt werden, sobald die Umstände dies zulassen; sie werden nicht als Teil des Notenumlaufs der Nationalbank ausgewiesen.

In Italien lauteten die Abschnitte der von der Banca d'Italia ausgegebenen Noten nur über 50, 100, 500 und 1.000 Lire; der Bedarf an kleineren Noten wurde vom italienischen Schatzamt gedeckt, das seit 1935 zur Ausgabe von Noten zu 10 Lire und seit 1939 auch von Noten zu 1, 2 und 5 Lire ermächtigt war. Die 1935 auf 850 Millionen Lire festgelegte gesetzliche Höchstgrenze wurde 1938 auf den in der Tabelle auf der vorigen Seite erscheinenden Betrag von 2,5 Milliarden Lire (für alle Ausgaben) heraufgesetzt. 1941 folgten zwei und 1942 vier weitere Erhöhungen, und im April 1943 wurde die Grenze auf 7,3 Milliarden Lire heraufgesetzt. Um die Mitte des Jahres 1943 wurde der tatsächliche Umlauf von Schatzamtsscheinen für Ende März 1942 mit 4.534 Millionen und für Ende März 1943 mit 5.762 Millionen Lire bekanntgegeben; die Zunahme um 27 v. H. während des Jahres war etwa halb so groß wie bei den Noten der Banca d'Italia.

In Deutschland wurde 1939 beschlossen, das Hartgeld nicht durch Reichskreditkassenscheine zu ergänzen (die ursprünglich zu diesem Zweck gedruckt worden waren), sondern durch Erhöhung der Notenausgabe der unter Aufsicht des Reiches stehenden Deutschen Rentenbank. Die Rentenbankscheine waren zuerst 1923 ausgegeben worden; ihr Gesamtumlauf betrug, als 1924 bei der Reorganisation der Reichsbank ihre Einziehung begann, etwas mehr als 2 Milliarden Rentenmark. 1930, als nur noch 430 Millionen Rentenmark im Verkehr waren, erfolgte eine Erstreckung der Frist für die Liquidierung ihres Umlaufs von 1934 bis Ende 1942, und im September 1939 wurde die Einziehung bis auf weiteres eingestellt. Die Ausgabe von Rentenbankscheinen, die schon auf 409 Millionen Rentenmark (den Betrag des Darlehens der Rentenbank an das Reich) gesunken war, wurde wieder erweitert auf Grund eines neuen Darlehens an das Reich vom September 1939, das zunächst 400 Millionen Reichsmark betrug und dann verschiedentlich bis auf 1.141 Millionen im Januar 1942 erhöht wurde, so daß der Gesamtkredit 1,55 Milliarden Reichsmark beträgt. Der Nettoumlauf ist jedoch niedriger, da sich Bestände an Rentenbankscheinen auch im Besitz der Reichsbank befinden.

Wenn auch der Gesamtumlauf an Rentenbankscheinen seit Januar 1942 nicht erhöht worden ist, wurden Vorkehrungen getroffen, um den Umlauf an kleineren Scheinen, die das Hartgeld ergänzen, zu erweitern. Ende 1941 waren

noch 195 Millionen Rentenmark in Abschnitten im Verkehr, die denen der Reichsbanknoten entsprachen (10 bis 1.000 Rentenmark); 1942 wurden diese Noten eingezogen und durch Reichsbanknoten ersetzt, so daß am Jahresende die Rentenbankscheine nur noch über 1, 2 und 5 Rentenmark lauteten, wie die Übersicht zeigt. Der Nettoumlauf der Rentenbankscheine stieg 1942 nur von 1.252 Millionen auf 1.264 Millionen Rentenmark, die Ausgabe von Scheinen zu 1 bis 5 Rentenmark erhöhte sich aber von 1.057 auf 1.264 Millionen. Im Juni 1943 beschloß die Reichsbank, Noten zu 5 Reichsmark neu auszugeben und die gleichwertigen Rentenbankscheine in demselben Maße einzuziehen, wobei über 700 Millionen Reichsmark für die Ausgabe von Scheinen zu 1 und 2 Rentenmark (deren Umlauf damit mehr als verdoppelt werden konnte) ohne Erhöhung des Gesamtbetrags der Rentenbankscheine frei wurden.

Zahlungsmittelumlauf in Deutschland
Ende Dezember 1942

Abschnitte oder Stücke	Reichsbank	Rentenbank	Hartgeld	Zusammen
	in Millionen Reichsmark			
1.000 RM	194	—	—	194
100 „	5.180	—	—	5.180
50 „	9.763	—	—	9.763
20 „	6.845	—	—	6.845
10 „	2.393	—	—	2.393
5 „ oder Rent.M	—	747	1.061	1.808
2 „ „ „	—	227	217	444
1 „	—	290	—	290
1 bis 50 RPf oder Rent.Pf	—	—	426	426
Zusammen . . .	24.375	1.264	1.704	27.343

Auch andere Länder außer den in der Tabelle auf Seite 343 angeführten haben kleine Noten als Ersatz oder zur Ergänzung des Hartgeldes ausgegeben, doch stehen Einzelheiten hierüber nicht oder nur in unvollständiger Form zur Verfügung. Beispielsweise wurde in der Slowakei die Höchstgrenze für die Ausgabe von Staatsnoten in kleinen Abschnitten (10 und 20 Kronen) im November 1943 von 100 auf 200 Millionen Kronen heraufgesetzt, der tatsächliche Umlauf ist aber nicht veröffentlicht worden. Ferner wurde aus verschiedenen Orten in Norwegen über die Ausgabe von Notgeldscheinen zu 1 Öre und darüber berichtet. In Kroatien wurde der Bürgermeister von Agram (Zagreb) im September 1942 ermächtigt, den Mangel an Scheidemünzen durch die Ausgabe von 3 Millionen Kuna in Noten zu 0,5, 1 und 2 Kuna zu beheben, die nur innerhalb des Stadtgebietes von Agram gesetzliches Zahlungsmittel sein sollten; dies dürfte das erste während dieses Krieges in den Verkehr gebrachte „Stadtgeld" gewesen sein. Im Oktober 1942 wurde der kroatische Finanzminister ermächtigt, kleine Noten zu 0,25, 0,5, 1, 2 und 5 Kuna im Betrage von insgesamt 335 Millionen Kuna auszugeben; im November wurden die ersten dieser Noten ausgegeben, und es wurde beschlossen, das Notgeld in Agram allmählich einzuziehen und durch die neuen Noten zu ersetzen.

Die Ausweitung des Notenumlaufs und die Knappheit an Scheidemünzen gaben in einigen Ländern Anlaß zu Bemühungen um die Förderung der bargeldlosen Zahlung durch Scheck oder Überweisung, die Einsparungen in der Verwendung von Banknoten ermöglichen würde. Das französische Gesetz vom Oktober 1940, nach dem alle Zahlungen von mehr als 3.000 Franken außer denen der Landwirte auf Märkten und Messen durch Scheck oder Überweisung vorgenommen werden müssen, wurde schon in früheren Jahresberichten der

Bank erwähnt. Dieses Gesetz, das dem Scheck für große Zahlungen praktisch die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels verlieh, hatte jedoch keinen Erfolg; wie die Übersicht zeigt, nahm 1942 der Umlauf an 5.000-Franken-Noten weiter beträchtlich zu, obwohl ihre Verwendung für Zahlungen durch das Gesetz beschränkt worden war. Im Februar 1943 setzte eine neue Verordnung die Höchstgrenze für Barüberweisungen von 3.000 auf 5.000 Franken herauf, so daß einzelne Zahlungen mit Noten zu 5.000 Franken wieder unbeschränkt zulässig wurden. Indessen wurde durch eine Reihe neuer Maßnahmen zur Zahlung durch Scheck angeregt: u. a. sollten die Scheckformulare gebührenfrei ausgegeben werden, die Stempelgebühr von 50 Centimes für Schecks und Überweisungen wurde abgeschafft, und verheiratete Frauen dürfen ohne ehemännliche Genehmigung Konten eröffnen. Außerdem wurde eine Liste verschiedener Gruppen von Zahlungen aufgestellt, die unbedingt durch Scheck oder Überweisung vorgenommen werden müssen.

Notenumlauf der Bank von Frankreich

Notenabschnitte	1938	1939	1940	1941	1942
	am Jahresende, in Millionen französische Franken				
5.000 Fr.	2.118	12.053	32.371	46.589	68.337
1.000 „	62.491	83.086	111.147	134.583	202.413
500 „	12.225	16.199	20.359	26.614	40.445
100 „	28.320	33.363	45.629	47.752	65.681
5–50 „	3.625	4.754	8.877	10.109	12.026
Zusammen	108.779	149.455	218.383	265.647	378.902

Notenabschnitte	Zunahme von Dezember zu Dezember in v. H.				
	1938–1939	1939–1940	1940–1941	1941–1942	1938–1942
5.000 Fr.	+ 469	+ 169	+ 44	+ 47	+ 3.126
1.000 „	+ 33	+ 34	+ 21	+ 50	+ 224
500 „	+ 33	+ 26	+ 31	+ 52	+ 231
100 „	+ 18	+ 37	+ 5	+ 17	+ 97
5–50 „	+ 31	+ 87	+ 14	+ 19	+ 232
Zusammen	+ 37	+ 46	+ 22	+ 43	+ 248

In den Niederlanden wurde mit Wirkung vom 15. April 1943 die Stempelsteuer von 0,10 Gulden auf alle Bankschecks, Überweisungen und Einzahlungen beseitigt. Einen wichtigen Schritt zum Ausbau des „bargeldlosen" Überweisungsverkehrs in Deutschland tat die Deutsche Reichsbahn, indem sie beschloß, vom 1. Januar 1943 an alle Gehälter und Löhne ohne Ausnahme nicht in bar, sondern durch Überweisung auf ein Konto bei einer der 29 Reichsbahn-Spar- und -Darlehnskassen zu zahlen; vorher hatten sich etwa 75 v. H. des Reichsbahnpersonals freiwillig mit dieser Zahlungsweise einverstanden erklärt. Im Mai 1943 wurde durch eine Vereinbarung zwischen den deutschen Banken und Versicherungsgesellschaften die bargeldlose Überweisung von Versicherungsprämien erleichtert. Eine in Rumänien erlassene Verordnung vom 27. Juli 1942 schrieb die Postscheckü berweisung für alle einen bestimmten Betrag übersteigenden Zahlungen des Staates, der öffentlichen Körperschaften und Gemeinden vor.

Der Ausbau des Überweisungsverfahrens ist ein wesentliches Merkmal der Entwicklung des Zahlungsverkehrs auf dem europäischen Festland, für das es in den angelsächsischen Ländern keine Parallele gibt; insbesondere gilt dies für den Postscheckverkehr, welcher zur bargeldlosen Überweisung meist

kleiner Beträge dient, die jedoch von großer Bedeutung im Einzelhandel sowie bei der Zahlung von Gehältern, Ruhegehältern und ähnlichen Bezügen ist.

Der Postscheckverkehr nahm 1883 seinen Ausgang von Österreich; 1890 wurde er in Ungarn, 1906 in der Schweiz und 1909 in Deutschland eingeführt; 1910 schufen diese vier Staaten zur Erleichterung der Übertragungen von einem Land zum anderen das erste zwischenstaatliche Postgirosystem. Später führten viele andere europäische Länder das Postgiroverfahren ein, darunter Belgien (1913), Dänemark, Frankreich, Holland und Italien (1918–19), Schweden (1925), Bulgarien (1931), Rumänien (1933) und Finnland (1940).

In allen Ländern ist jetzt der Postscheckdienst vollständig getrennt von der Postsparkasse; er bildet eine Sonderabteilung der Postverwaltung, die sich aber alle Möglichkeiten des Postverkehrs zunutze macht. Der Postscheckverkehr läßt sich mit dem Kontokorrentgeschäft einer Handelsbank vergleichen; das Postscheckamt ist aber keine Bank im üblichen Sinne des Wortes. Es gewährt weder Kredit, noch verfügt es über einen Apparat zur Einziehung von Wechseln und Bankschecks; es übernimmt keine Treuhänder- oder Anlagegeschäfte und leistet auch keine der für Handelsgeschäfte großen Ausmaßes notwendigen Dienste. Es bildet im wesentlichen eine Ergänzung des Handelsbanksystems.

Vom banktechnischen Standpunkt aus sind die Geschäfte des Postgiroverkehrs überaus einfach und bestehen im wesentlichen in einer genauen Buchführung. Da Kredite nicht gewährt werden und die Anschaffung und Verwahrung von Wertpapieren nicht vorgesehen sind, ist ein so zahlreiches und geschultes Personal wie bei einer gewöhnlichen Bank nicht erforderlich. Im allgemeinen wird von jedem Kunden eine Mindesteinlage zur Deckung der geringen laufenden Unkosten verlangt; in den meisten Ländern sind die Einlagen unverzinslich; die eingezahlten Beträge werden automatisch unmittelbar in Staatspapieren angelegt, während nur eine kleine Barreserve bei der Zentralbank unterhalten wird; die Schecks und Überweisungen sind meist frei von Stempelsteuern und anderen Gebühren. Die Übersicht auf der folgenden Seite zeigt die wachsende Bedeutung des Systems auf dem Kontinent.

In Deutschland bestehen über 1½ Millionen Konten, in Frankreich etwas weniger als 1½ Millionen, in Belgien und den Niederlanden je ½ Million, in der Schweiz und Schweden etwa 150.000 usw. Die ununterbrochene Vermehrung der Konten und der Umsätze sind Anzeichen der stets wachsenden Beliebtheit des Systems.

Die Entwicklung des Postscheckverkehrs in den letzten dreißig Jahren hatte einen umwälzenden Einfluß auf die Zahlungsgewohnheiten und die Technik des Geldverkehrs in den Ländern, in denen er eingeführt ist. Auf dem europäischen Festland herrscht nahezu Einstimmigkeit darüber, daß die Überweisung auf Postscheckkonto im Vergleich zum Bankscheck viel Zeit und Arbeit spart, besonders bei Zahlungen kleiner Beträge. Außerhalb Kontinentaleuropas besteht ein Postgiroverkehr bisher nicht, abgesehen von Japan und einigen mit Europa eng verbundenen Gebieten, z. B. Tunis und Belgisch-Kongo. Übrigens wird bei Vergleichen zwischen dem kontinentaleuropäischen und dem angelsächsischen Bankwesen besonders hinsichtlich der Ausbildung der Scheckzahlung die Bedeutung des Postscheckverkehrs in den europäischen Ländern im allgemeinen zu wenig beachtet. (Es sei daran erinnert, daß im Oktober

Postscheckkonten in verschiedenen Ländern

Jahr	Deutschland	Frankreich	Schweiz	Belgien	Niederlande	Schweden	Dänemark	Ungarn
Zahl der Konten — in 1000 — am Jahresende								
1910	60	—	10	—	—	—	—	21
1920	622	74	39	36	33	—	3	37
1930	992	497	85	274	168	41	26	35
1940	1.349	902	137	462	392	128	57	44
1941	1.501	.	142	457	427	137	59	48
1942	1.629	1.314 [1]	150	473	468	148	62	50
Guthaben — in Millionen Einheiten der Landeswährung — am Jahresende								
1910	111	—	22	—	—	—	—	115
1920	7.571 [2]	505	140	367	95	—	6	28
1930	616	5.245	238	2.094	119	55	28	119
1940	1.827	16.408	643	5.198	463	317	105	456
1941	2.353	.	701	7.533	569	392	186	690
1942	2.769	28.701	784	7.717	635	498	218	815
Umsätze — in Milliarden Einheiten der Landeswährung — während des Jahres								
1910	21,8	—	3,3	—	—	—	—	8,8
1920	683,9 [2]	56,9	19,9	34,2	4,9	—	1,4	1,5
1930	141,4	440,0	28,5	334,7	11,6	6,6	4,9	14,8
1940	267,7	760,6	44,4	305,2	26,1	44,2	11,3	35,2
1941	342,1	[3]	50,2	482,4	30,5	51,9	13,2	48,2
1942	386,9	[3]	53,4	533,1	32,6	62,5	15,1	68,4

[1] Januar 1943. [2] Die Ziffern sind durch die damalige Inflation der Mark angeschwollen.
[3] Der Gesamtumsatz für 1941 und 1942 ist nicht bekannt; die gesamten bargeldlosen Überweisungen stiegen aber von 597 Milliarden ffrs im Jahre 1940 auf 886 Milliarden ffrs im Jahre 1941 und auf 1.159 Milliarden ffrs im Jahre 1942.

1942 der Kennet-Ausschuß in England den einigermaßen überraschenden Vorschlag machte, die Verwendung von Schecks einzuschränken und kleine Zahlungen in bar zu leisten.)

Schließlich wäre noch die Umlaufsgeschwindigkeit der Banknoten zu erwähnen. Ein wirklich befriedigendes Verfahren zur Messung der Umlaufsgeschwindigkeit von Banknoten gibt es nicht; die vorhandenen Unterlagen deuten aber im allgemeinen darauf hin, daß mit der Ausweitung der Gesamtmenge der ausgegebenen Noten die durchschnittliche Geschwindigkeit ihres Umlaufs in den meisten Ländern stark abnimmt. Infolge von Einschränkungen und anderen Kriegsumständen kann der Einzelne seine Einnahmen nicht verwenden, wie und wann er will, und so werden Noten gehortet, d. h. vorübergehend vom Markt ferngehalten; vielleicht stehen sie auch auf laufendem Konto bei den Banken, wo ihnen einstweilen eine „abwartende Rolle" zufällt[1]. Der „Kaufkraftüberhang", wie die Bezeichnung in Deutschland lautet, bildet mit der längeren Kriegsdauer ein immer ernster werdendes Problem. Nach dem Kriege aber wird die Frage, wie verhindert werden kann, daß die überschüssige Kaufkraft tatsächlich preistreibend wirkt, noch dringlicher sein; mit anderen Worten, es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die im Überfluß vorhandene Notenmenge abzuschöpfen, bevor Anzeichen einer Beschleunigung der Umlaufsgeschwindigkeit auftreten und bevor der Umlaufsbetrag durch Abhebung zeitweiliger Bankeinlagen sich weiter erhöht.

[1] Zu der Umsatzschrumpfung während des Krieges bei der Deutschen Bank (siehe Fußnote zu Seite 193) wurde bemerkt, daß die heutigen Bankguthaben offenbar zum großen Teil Wartecharakter haben und bis zu ihrem Wiedereinsatz durch die Eigentümer „schlafen".

VII. DIE GESCHÄFTE DER BANK IM BERICHTSJAHR[1]

1. DIE TÄTIGKEIT DER BANKABTEILUNG

Als Anlage I zu diesem Bericht ist die von den Buchprüfern bestätigte Bilanz der Bank vom 31. März 1943 wiedergegeben. Sie schließt mit einer Summe von 483,4 Millionen Schweizer Goldfranken (von 0,2903... Gramm Feingold) gegenüber 476,6 Millionen am 31. März 1942 und 495,8 Millionen am 31. März 1941. Die Umrechnung der in der Bilanz zusammengefaßten Landeswährungen beruht wie bisher auf den am Abschlußtag notierten Wechselkursen der einzelnen Währungen in Dollar und auf dem amtlichen Goldverkaufspreis des amerikanischen Schatzamtes vom gleichen Tage. Die zwischen dem 31. März 1942 und dem 31. März 1943 eingetretenen Änderungen in den Wechselkursen betrafen nur solche Währungen, bei denen sie auf die Konten der Bank sehr wenig Einfluß hatten.

Das gewissenhafte Festhalten an den von der Bank seit Kriegsausbruch befolgten Grundsätzen strenger Neutralität, der Lauf der Ereignisse während des Berichtsjahres und die Verschärfung der in den meisten Ländern von den amtlichen Stellen ausgeübten Wirtschaftskontrolle haben zu einer weiteren Geschäftsverminderung bei der Bank geführt; ihre gesamten Umsätze sind auf etwa zwei Drittel des vorjährigen Betrages gesunken. Den stärksten Rückgang weisen die Goldgeschäfte auf, während die Umsätze auf den Einlagekonten das gleiche Ausmaß wie im letzten Jahr hatten.

Gleichwohl genügte die Geschäftstätigkeit der Bank, um mit den verschiedenen Märkten in Fühlung zu bleiben und mit dem immer komplizierter werdenden Finanzapparat, der die Gegenwart kennzeichnet, praktische Erfahrungen zu sammeln.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftsstudien hat die Bank ihre regelmäßige Tätigkeit, die währungs- und finanzpolitische Entwicklung in den verschiedenen Teilen der Welt zu verfolgen, trotz wachsender Schwierigkeiten fortgeführt. Außer dem Jahresbericht gibt sie auch weiterhin Zusammenstellungen der Devisenbestimmungen und sonstigen neuen Vorschriften über Währungsfragen heraus, nach denen eine lebhafte Nachfrage besteht.

Bei ihren Anlagen war die Bank wie bisher stets auf die Wahrung einer möglichst hohen Liquidität bedacht. Am Ende des Geschäftsjahres erreichten ihre eigenen Goldanlagen einen höheren Betrag als je zuvor, mit Ausnahme einer kurzen Zeitspanne vor Ausbruch des Krieges.

Während des Berichtsjahres blieben die Bewegungen in den für das Ende jedes Monats herausgegebenen Ausweisen der Bank in engen Grenzen. Die

[1] Dieses Kapitel wurde der dreizehnten ordentlichen Generalversammlung der Bank am 16. Juni 1943 vorgelegt.

Bilanzsumme stieg von 476,6 Millionen Goldfranken am 31. März 1942 bis zum 30. Juni auf den höchsten Stand des Jahres, nämlich auf 484,8 Millionen, fiel am 31. August auf den geringsten Betrag des Jahres von 472,6 Millionen, hielt sich dann in der Nähe von 480 Millionen und beschloß das Jahr am 31. März 1943 mit 483,4 Millionen Goldfranken.

Der Wert des in der Bilanz nicht erscheinenden, für fremde Rechnung deponierten Goldes betrug am 31. März 1942 insgesamt 51,6 Millionen und seit Ende April unverändert 49,3 Millionen Goldfranken.

Bei einem Vergleich der wichtigsten Bilanzposten am 31. März 1942 und am 31. März 1943 ist folgendes zu bemerken:

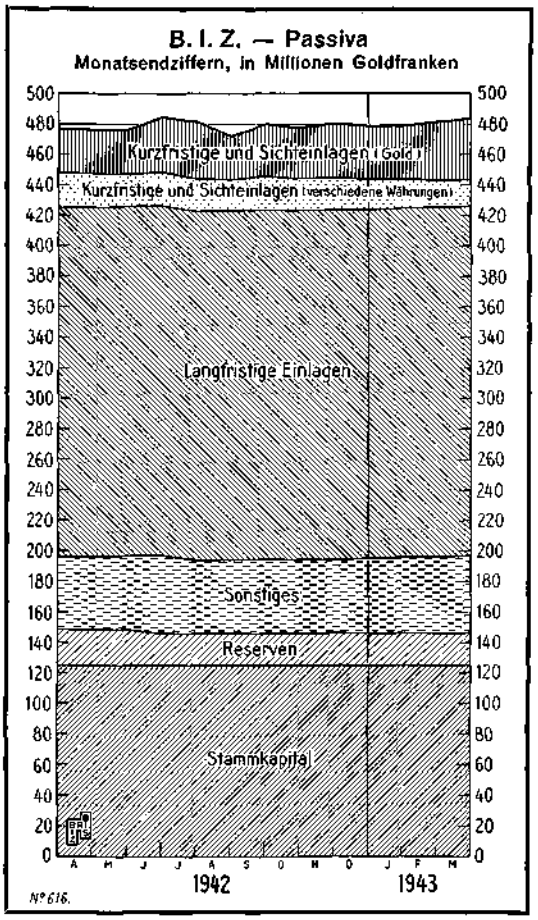
A. Passiva

Die Zahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 1941/42 führte zu einer Verminderung der Rücklagen von 23,3 auf 21 Millionen Goldfranken. Abgesehen von einigen Schwankungen des Postens „Sonstiges" finden sich auf der Passivseite die wichtigsten Veränderungen des Jahres bei den Einlagen auf Sicht und auf kurze Fristen.

Die Sichteinlagen von Zentralbanken für eigene Rechnung sanken von 13,4 Millionen zu Beginn des Geschäftsjahres auf den niedrigsten Betrag von 11,1 Millionen am 28. Februar 1943; am 31. März beliefen sie sich auf 11,2 Millionen Goldfranken.

Die Sichteinlagen von Zentralbanken für Rechnung Dritter hielten sich ziemlich unverändert bei 1,3 Millionen Goldfranken. Die Guthaben anderer Einleger, fast ausschließlich Sichteinlagen, erhöhten sich zwischen dem 31. März und dem 30. September 1942 von 4,6 auf 5,7 Millionen Goldfranken und sanken dann ununterbrochen bis auf 1,3 Millionen am 31. März 1943.

Die auf Goldgewicht lautenden Einlagen zeigen eine weniger regelmäßige Bewegung. Während der beiden ersten Monate des Geschäftsjahres betrugen diese Einlagen etwa 29 Millionen Goldfranken, am 31. Juli 37,7 Millionen und am 31. August wieder nur 29,1 Millionen. Danach stiegen sie ohne Unterbrechung und erreichten am 30. September 33,8 Millionen, am 31. Dezember 35,4 Millionen und am 31. März 1943 39,7 Millionen Goldfranken. Eine Belebung in der Abwicklung von Zahlungen der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltungen führte zu einer erheblichen Zunahme nicht nur des gesamten Betrages, sondern auch der Anzahl der während des Jahres durch unsere Vermittlung vorgenommenen Überweisungen. Die hierzu benutzten Gold-Sichteinlagekonten bieten den Korrespondenten der Bank besondere zahlungstechnische Vorteile, da jede noch so ungerade Menge Feingold durch bloße Umbuchung übertragen werden kann. Dadurch gewährt das Verfahren eine große Beweglichkeit im Zahlungsverkehr. Während der zehn Jahre, in denen die Bank derartige Konten führt, ist ihre Zahl ständig gestiegen. Gegenwärtig finden Gold-Sichteinlagekonten für 26 verschiedene Stellen (Zentralbanken



und internationale Institutionen) Verwendung. Diese Konten scheinen bei der Abwicklung internationaler Zahlungen, für die das Gold als Berechnungsgrundlage dient, einem wirklichen Bedürfnis entgegenzukommen.

Bei der Lösung der damit verbundenen technischen Fragen hatte die Bank der Tatsache Rechnung zu tragen, daß jede Goldverpflichtung örtlich bestimmt sein muß, da Gold an einem Platz nicht als genau gleichwertig mit derselben Goldmenge an einem anderen Platz angesehen werden kann. Ein Hinweis auf diesen technischen Umstand dürfte gerade jetzt von Interesse sein, wo der Gedanke einer mehr oder weniger mit dem Gold verknüpften internationalen Rechnungseinheit wieder in den Vordergrund getreten ist.

Das nebenstehende Schaubild zeigt die monatliche Bewegung der Hauptpassivposten vom 31. März 1942 bis zum 31. März 1943.

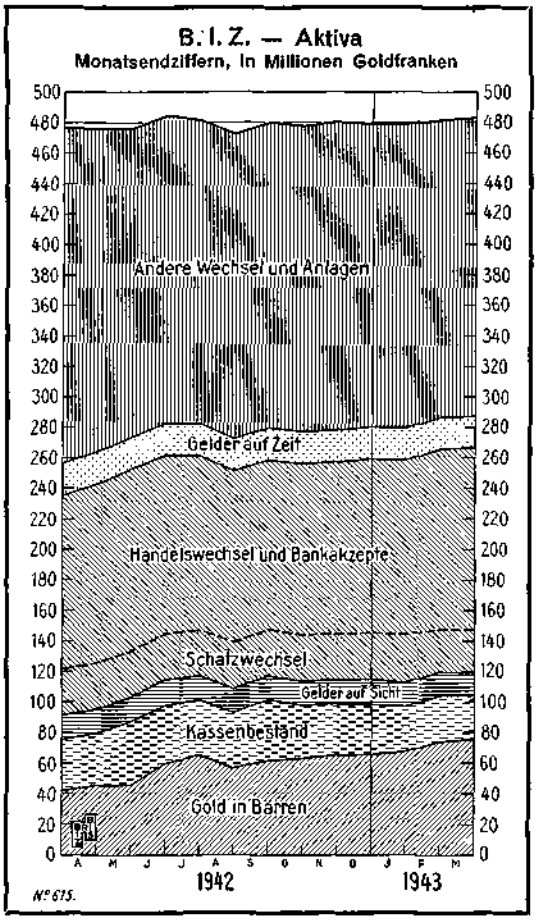
B. Aktiva

Auf der Aktivseite nahm der Goldbarrenbestand während des Jahres um den Gegenwert von 33 Millionen Goldfranken zu. Er stieg von 42,1 Millionen Goldfranken am 31. März 1942 zunächst auf 65,2 Millionen am 31. Juli, während sich die entsprechenden Verbindlichkeiten in Goldgewicht nur von 29 auf 37,7 Millionen erhöhten. Dadurch hat sich der Bestand der Bank an unbelastetem eigenem Gold während dieser Zeit von 13 auf 27,5 Millionen Goldfranken mehr als verdoppelt. Ein Rückgang der Goldverpflichtungen der Bank von 37,7 auf 29,1 Millionen im August war mit einer Abnahme der Goldanlagen von 65,2 auf 56,6 Millionen verbunden, so daß der freie Bestand der Bank an eigenem Gold unverändert blieb. Dieser nahm im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres allmonatlich mehr oder weniger regelmäßig zu, so daß er am 31. März 1943 mit einem Gegenwert von 35,4 Millionen Goldfranken die Höchstziffer des Jahres erreichte; die Ziffer stellt den Unterschied zwischen den gesamten Goldverpflichtungen von 39,7 Millionen und dem Gesamtgoldbestand von 75,1 Millionen Goldfranken dar. Für ein internationales Institut, dessen Bücher über eine durch Feingold definierte Einheit lauten, ist es naturgemäß von besonderer Wichtigkeit, für ein angemessenes Gleichgewicht zwischen seinen Währungs- und Goldanlagen Sorge zu tragen.

Der Kassenbestand in den verschiedenen Währungen stieg von 33 Millionen Goldfranken am 31. März 1942 auf 42,1 Millionen am 31. Mai, nahm dann aber ziemlich gleichmäßig ab und erreichte die Mindestziffer des Jahres am 31. März 1943 mit 28,7 Millionen Goldfranken. Der Rückgang beruhte überwiegend auf Goldkäufen der Bank. Am Ende des Geschäftsjahres betrugen die Gold- und Devisenbestände der Bank zusammen 103,8 Millionen Goldfranken gegen 75 Millionen am 31. März 1942 — sie waren also insgesamt um nahezu 40 v. H. angewachsen.

Die Summe der zinstragenden Sichtguthaben war am höchsten am 30. Juni 1942 mit 16,8 Millionen Goldfranken; die Ziffer von 15,4 Millionen für den 31. März 1943 liegt nur wenig über dem Mindestbetrag des Jahres, der am 28. Februar mit 15,3 Millionen Goldfranken verzeichnet wurde.

Der Gesamtbetrag der rediskontierbaren Wechsel erhöhte sich von 144 Millionen Goldfranken am 31. März 1942 auf 149,4 Millionen am 31. Mai, fiel dann aber am 30. September bis auf 141,5 Millionen; danach stieg er ununterbrochen und beschloß das Geschäftsjahr mit 147,2 Millionen. Die Schatzwechsel beliefen sich während des größten Teiles des Jahres auf etwas über 30 Millionen Goldfranken; am 31. Januar 1943 betrug ihr Bestand 31,3 Millionen und am 31. März 28 Millionen. Die Veränderungen des Gesamtbetrages der Wechsel und Bankakzepte ergeben sich aus folgenden Zahlen:



114,2 Millionen am 31. März 1942
119,1 Millionen am 31. Mai 1942
111,1 Millionen am 30. September 1942
119,2 Millionen am 31. März 1943.

Die zinstragend auf Zeit angelegten Gelder weisen keinen großen Unterschied zwischen Anfangs- und Endbestand auf; auch während des Jahres waren nur geringe Abweichungen davon zu verzeichnen.

Der Gesamtbetrag des Postens „Andere Wechsel und Anlagen" ging zurück, ebenso der Unterposten für Papiere dieser Art mit Fälligkeit nach mehr als sechs Monaten. Im ersten Fall belief sich der Rückgang auf rund 24 Millionen, im zweiten auf etwa 30 Millionen Goldfranken. Diese Veränderungen ergaben sich aus vertraglichen Rückzahlungen und stehen auch im Einklang mit der Liquiditätspolitik der Bank.

Das Schaubild zeigt die monatliche Bewegung der wichtigsten Aktivposten vom 31. März 1942 bis zum 31. März 1943.

Die folgenden Zahlen geben eine Übersicht über die Liquidität der Bank (in v. H. der jeweiligen Bilanzsumme):

	31. März 1942	31. März 1943
Gold in Barren	8,9	15,6
Kassenbestand, Gelder auf Sicht, rediskontierbare Wechsel und Akzepte	40,6	39,6
Gelder auf Zeit, andere Wechsel und Anlagen, sonstige Aktiva	50,5	44,8
	100,0	100,0

Trotz den zu Anfang dieses Kapitels erwähnten Schwierigkeiten hat die Bank dank der Unterstützung aller in Betracht kommenden Zentralbanken regelmäßig Anlagemöglichkeiten für ihre Mittel gefunden. Wie im Vorjahr hat sie die Zinsen auf ihre Anlagen in den einzelnen Ländern mit nur einer nennenswerten Ausnahme erhalten und sie auch transferieren können.

Während des Geschäftsjahres hat die Bank auch wiederum verschiedene Kapital-Rückzahlungen erhalten. Die von der Ungarischen Nationalbank auf Grund der Vereinbarung von 1940 geleisteten Tilgungszahlungen haben ihre Schuld an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich weiter um beinahe ein Viertel vermindert. In anderen Fällen gingen Rückzahlungen infolge der Transferierungsmöglichkeiten ein, die der Bank in verschiedenen Ländern im Zusammenhang mit der Zahlung ihrer Dividende geboten wurden.

Die Goldgeschäfte haben im Berichtsjahr eine weitere beträchtliche Schrumpfung erfahren, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen zusammenhängt.

Die Geschäfte zur Erleichterung des zwischenstaatlichen Handels sind naturgemäß noch immer auf sehr geringe Beträge beschränkt. Immerhin wurden auf Ersuchen von Korrespondenten der Bank verschiedentlich Verhandlungen eingeleitet; die einigen neutralen Zentralbanken zur Verfügung gestellten Kredite wurden ungefähr im gleichen Umfang wie im letzten Jahr in Anspruch genommen.

Es erscheint wünschenswert, diesen Geschäftszweig, sei es auch in verringertem Ausmaß, am Leben zu erhalten. Der Kreditmechanismus, den die Bank vor dem Kriege auf Grund ihrer vielfachen Erfahrungen auf diesem Gebiet allmählich aufgebaut hat, kann eines der Mittel zur Befriedigung wirklicher Bedürfnisse sein, die auftreten werden, wenn die Lockerung der kriegsbedingten Einschränkungen des Welthandels beginnt. Das angestrebte Ziel besteht im wesentlichen darin, den Zentralbanken Kreditfazilitäten für die am internationalen Handel beteiligten Firmen zur Verfügung zu stellen, die sie auf andere Weise nur schwer erhalten können. Die „gegenseitigen Kredite", die die Bank in der im achten Jahresbericht angegebenen Weise zwischen verschiedenen Zentralbanken vermittelt hat, gestatten eine Deckung von Kursrisiken, die auf dem normalen Wege des Devisentermingeschäfts oder auf eine andere Weise nicht möglich wäre. Derartige Einrichtungen besonderer Art aber können sich ohne Zweifel namentlich in einer Zeit der Umwälzungen als nützlich erweisen,

wenn der gewöhnliche Kreditapparat noch nicht wieder regelmäßig zu arbeiten begonnen hat.

Die Zunahme des Gesamtbetrags der Gold- und Kassenbestände, die Verkürzung der durchschnittlichen Anlagedauer, die Rückzahlung von Kapitalbeträgen, deren anderweitige gleich ertragreiche Verwendung fast unmöglich ist, der Umstand, daß aus einem Lande die Zinsen nicht transferiert wurden, sowie der allgemeine Rückgang der Umsätze — alle diese Ursachen haben sich notwendigerweise auf den Gewinn des Berichtsjahres ausgewirkt, wie sich aus Abschnitt 3 dieses Kapitels ergibt.

Der Beschluß des französischen Finanzministers, am 1. Juli 1942 die französische 4½ prozentige Anleihe der Nationalen Sicherheit von 1937 an die Inhaber in der Schweiz zurückzuzahlen, hatte die Schließung des Kontos zur Folge, das von der Bank geführt wurde, um den mit dem Dienst dieser Anleihe in der Schweiz beauftragten Zahlstellen die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wurde infolge der Konversion oder Rückzahlung dieser Anleihe die Bank, die lediglich als Vermittlungsstelle zwischen dem französischen Schatzamt und den Zahlungsagenten in der Schweiz tätig gewesen war, von dieser Aufgabe entbunden.

Den von der Schweiz aus tätigen Organisationen des Internationalen Roten Kreuzes hat die Bank eine Reihe von Diensten verschiedener Art erwiesen. Sie begrüßte es sehr, diese Organisationen bankmäßig in mannigfaltiger Weise unterstützen zu können. Unter den gegenwärtigen Umständen gehört diese Tätigkeit, die schon ihrem Wesen nach auf den Rahmen unbedingter Neutralität beschränkt ist, zu den Aufgaben, die mit den allgemeinen Zielen der Bank am besten im Einklang stehen.

2. DIE BANK ALS TREUHÄNDER UND AGENT

In der Tätigkeit der Bank als Treuhänder und Agent, wie sie auf Seite 170 ihres zehnten Jahresberichtes geschildert ist, war im Berichtsjahr keine Änderung oder weitere Entwicklung zu verzeichnen.

3. DER REINGEWINN UND SEINE VERTEILUNG

Die Generalversammlung hat über die Erklärung einer Dividende zu beschließen. Der Reingewinn des Jahres beträgt nach Bereitstellung von Mitteln für unvorhergesehene Ausgaben 4.508.953,89 Schweizer Goldfranken, wobei 1 Schweizer Goldfranken, wie sich aus Artikel 5 der Satzung der Bank ergibt, den Gegenwert von 0,290 322 58 ... Gramm Feingold darstellt. Der entsprechende Betrag für das zwölfte Geschäftsjahr belief sich auf 5.185.685,90 Goldfranken. Für die Bilanz vom 31. März 1943 wurden die Aktiva und Passiva aus den einzelnen Währungen auf Grund der notierten oder amtlich festgesetzten Wechselkurse dieses Tages in Goldfranken umgerechnet; die Aktiva sind, soweit Börsennotierungen vorliegen, zu diesen oder darunter, sonst höchstens zum Einstandspreis eingesetzt.

Nach der in Abschnitt a des Artikels 53 der Satzung vorgeschriebenen Überweisung von 5. v. H des Reingewinns, d. h. von 225.447,69 Goldfranken (1942: 259.284,30 Goldfranken) an den Gesetzlichen Reservefonds stehen 4.283.506,20 Goldfranken für die Zahlung einer Dividende zur Verfügung. Diese Summe reicht zusammen mit dem Restbetrag der Dividendenrücklage von 1.626.940,33 Goldfranken nicht aus, um die in Abschnitt b des Artikels 53 der Satzung vorgesehene Dividende von 6 v. H. zu zahlen. Die Satzung dürfte so zu verstehen sein, daß unter diesen Umständen der gesamte verfügbare Betrag, d. h. 5.910.446,53 Goldfranken, zur Zahlung der Dividende verwendet werden muß. Die Dividende muß also auf den Betrag in Goldfranken je Aktie festgesetzt werden, der aus dem verfügbaren Gesamtbetrag ausgezahlt werden kann, abgesehen natürlich von Bruchteilen, die praktisch nicht darstellbar sind. Der Höchstbetrag, der mithin als Dividende ausgeschüttet werden könnte, ist 29,55 Goldfranken je Aktie; danach würde ein Überschuß von 446,53 Goldfranken als Vortrag für das vierzehnte Geschäftsjahr verbleiben. Es wird der Generalversammlung empfohlen, für das dreizehnte Geschäftsjahr eine Dividende von 29,55 Goldfranken für jede Aktie festzusetzen und zu diesem Zwecke den Rest der Dividendenrücklage von 1.626.940,33 Goldfranken heranzuziehen. Danach würde sich der Gesamtbetrag des Gesetzlichen und des Allgemeinen Reservefonds am Ende des dreizehnten Geschäftsjahres auf 19.607.585,27 Goldfranken stellen.

Die Bücher der Bank und ihre dreizehnte Jahresbilanz sind von der Firma Price, Waterhouse & Co., Zürich, gehörig geprüft worden. Als Anlage I ist die Bilanz mit der Bescheinigung der Buchprüfer darüber beigefügt, daß sie alle gewünschten Auskünfte und Erklärungen erhalten haben und daß die Bilanz nebst Anmerkung nach ihrer Ansicht ordnungsgemäß aufgestellt ist, so daß sie ein wahrheitsgetreues und genaues Bild von der Geschäftslage der Bank gibt, wie sie sich den Prüfern nach bestem Wissen und den erhaltenen Auskünften darstellt und auch durch die Bücher der Bank ausgewiesen wird. Die Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie die Gewinnverteilung sind in Anlage II wiedergegeben.

4. VERÄNDERUNGEN IM VERWALTUNGSRAT.

Der Verwaltungsrat beschloß auf dem Wege schriftlicher Verständigung einstimmig, Herrn Ernst Weber, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, mit Wirkung vom 1. Dezember 1942 zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats zu wählen. Herr Weber nahm die Wahl zum Vorsitzenden gemäß Artikel 39 der Satzung an, mit der Maßgabe, daß er sein Amt seinen Kollegen zur Verfügung stellen würde, falls der Verwaltungsrat seine regelmäßigen Sitzungen vor Ablauf der normalen Amtszeit des Vorsitzenden würde wieder aufnehmen können.

Die Herren Dr. L. J. A. Trip und Ivar Rooth, deren Amtszeit am 31. März 1943 ablief, wurden beide auf schriftlichem Wege für eine weitere Dauer von drei Jahren wiedergewählt. Herr Kano wurde vom Gouverneur der Bank von Japan mit Wirkung vom 1. Juni 1943 als Mitglied des Verwaltungsrats für eine weitere Amtsperiode wiederernannt.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Steigerung der industriellen Produktion in den wichtigsten kriegführenden Ländern würde, wenn es noch nötig wäre, erneut den Beweis dafür liefern, daß die große Fortschrittsbewegung auf dem Gebiete der Fabrikationstechnik im gegenwärtigen Jahrhundert nicht weniger rasch weitergegangen ist als zu irgendeiner Zeit der vorausgegangenen hundert Jahre. Indem der Krieg den Erfindungsgeist angeregt hat, wurde der Bestand an technischen Ideen erheblich bereichert, und viele der jetzt gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen werden vielleicht später bei der Bewältigung von Produktions- und Verteilungsaufgaben von ständigem Nutzen sein.

Der Mangel an Grundstoffen und Nahrungsmitteln, den heute fast alle Länder in mehr oder weniger starkem Grade erleben, ist eine Folge der absichtlichen Störung des internationalen Handels im Rahmen der Kriegführung. Vor dem Kriegsausbruch im Jahre 1939 waren die Weltmärkte reichlich versorgt, und die Gewinnung und Erzeugung von Nahrungsmitteln und anderen Stoffen erforderten dank der verbesserten Verfahren einen geringeren Arbeitsaufwand als je zuvor; dabei waren aber die Preise im ganzen eher zu niedrig, um dem Erzeuger ein angemessenes Entgelt zu bieten, als zu hoch für den Käufer. Die Kosten des Materials hatten in der Tat bei der Produktion immer mehr an Bedeutung verloren, wie am Beispiel etwa eines Kraftwagens oder eines Rundfunkempfängers deutlich zu erkennen ist. Die abnehmende Tendenz des Stoffwertanteils hat schon eine jahrhundertelange Entwicklung hinter sich. Francis Bacon schrieb um 1600, es komme häufig vor, daß „materiam superabit opus", d. h. daß die Bearbeitung und Beförderung einen höheren Wert enthalte als der Stoff und daher einem Staate mehr Reichtum einbringe. Die wachsende Bedeutung des Bearbeitungswertes macht es nun heute mehr denn je notwendig, die gewerbliche Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung zu fördern und die Ordnung von Produktion und Verteilung sicherzustellen — Aufgaben, deren Erfüllung allerdings immer schwerer geworden ist, je komplizierter das Wesen der modernen Gesellschaft wurde.

Vor hundert Jahren war es der zuversichtliche Glaube einer Zeit, die mit einer radikalen Umformung der Wirtschaft beschäftigt war, daß eine natürliche Harmonie zustande käme, wenn nur die Fülle der das Wirtschaftsleben behindernden Vorschriften aus dem Wege geräumt würde, so daß die Fähigen und Tüchtigen ihren vollen Beitrag zur Mehrung von Reichtum und Wohlfahrt leisten könnten. Diese Weltanschauung paßte ohne Zweifel zu einer Zeit bedeutender Wandlungen, in der starke treibende Kräfte eine rasche Steigerung der industriellen Produktion und damit eine so wesentliche Hebung des Lebensstandards bewirkten, daß sich in vielen Ländern die Reallöhne von 1850 bis 1914 verdreifachten. Zu einer vollständigen Freiheit von Vorschriften kam es aber niemals, und im weiteren Verlaufe erwies sich das „laissez faire" als

ein unzulängliches Rezept für die Wirtschaftspolitik. Seit 1914–18 mußte es einem wachsenden Maß von Staatseingriffen Platz machen, deren richtige Grenzen allerdings noch umstritten sind. Es ist klar, daß der Staat verantwortlich sein muß für Angelegenheiten wie die Außenhandelspolitik und die Währungsgesetzgebung. Ferner hat die öffentliche Hand (im Staat und in den Gemeinden) eine zunehmende Zahl von wirtschaftlichen Aufgaben übernommen: sie betreibt gemeinnützige Unternehmungen, sorgt für soziale Einrichtungen und greift im Rahmen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit auch ein, um die Konjunkturschwankungen zu mildern. Endlich haben überhaupt alle Entscheidungen des Staates infolge der gegenwärtigen Höhe der Besteuerung ein größeres Gewicht in wirtschaftlicher Hinsicht als je zuvor.

Auf allen diesen Gebieten ist es natürlich äußerst wichtig, daß die Maßnahmen nicht ohne Vorbereitung ergriffen, sondern wohl erwogen werden, mit anderen Worten, daß eine gründliche Planung stattfindet. Dies mag selbstverständlich erscheinen, aber gerade an das Wort „Planung" haben sich eine Anzahl von verwirrenden Vorstellungen geknüpft. Einige erheben es zur Losung einer neuen Wirtschaftsepoche, andere betrachten es als Deckmantel für vieles, was als schädlich oder fragwürdig gilt. Wie man auch die Frage betrachten mag, in jedem Falle ist es von wirklicher Bedeutung, einige der Gründe für das Mißtrauen gegen die Planung zu kennen. Im Vordergrund stehen gewisse Einwände politischer Art, wie z. B., daß das erweiterte Vorschriftenwesen zu starken Zusammenballungen wirtschaftlicher und politischer Machtbefugnisse führen und der Erhaltung der persönlichen Freiheit abträglich sein würde. Ferner wird befürchtet, daß geplante Wirtschaft in Wirklichkeit auf nicht viel mehr als planmäßiges Geldausgeben hinauslaufen wird. Zwei weitere Einwände gehen dahin, daß die Planung mißbraucht werden wird, um die Interessen einzelner Gruppen auf Kosten der Allgemeinheit zu fördern, und daß die Staatseingriffe so weit gehen werden, daß für die private Initiative und den privaten Unternehmungsgeist zu wenig Raum bleibt.

Nicht über alle diese Einwände kann leicht hinweggegangen werden. Wenn die Planung Erfolg haben soll, müssen die nur zu oft mit ihr verbundenen Gefahren und Unvollkommenheiten sorgsam vermieden werden. Insbesondere kann das staatliche Vorgehen nicht ungestraft gegen die Grundgesetze der Preisbildung verstoßen, nach denen der wirkliche Wert der Güter und Leistungen letzten Endes durch ihre Knappheit und Nützlichkeit bestimmt wird. Kosten und Preise müssen im Gleichgewicht sein, und die Preise müssen sich, was auch zur Verhütung kurzer heftiger Schwankungen unternommen wird, auf die Dauer doch nach Angebot und Nachfrage richten können — das sind Grundsätze, welche die Regierungen ihrerseits beachten müssen, wenn ihre Pläne nicht durch die harte und unbeugsame Wirklichkeit vereitelt werden sollen. In gewissem Sinne hat die Wirtschaftsplanung zweifellos schon festen Fuß gefaßt; sie muß aber selbst den Grundforderungen des wirtschaftlichen Fortschritts entsprechen, wenn sie jene Harmonie der Interessen unter den Völkern und Klassen herbeiführen soll, ohne die es keine feste Grundlage für den Fortschritt und die mit ihm verbundene Wohlfahrt geben kann. Diese Harmonie wird niemals leicht erreicht; aber schon mitten

im gegenwärtigen Kriege ist das Streben nach Lösungen für die zahlreichen neuen Aufgaben erkennbar, denen unser Zeitalter gegenübersteht. Dabei darf man sich glücklicherweise bewußt sein, daß weder Mangel an technischen Kenntnissen noch ungenügende Versorgung mit natürlichen Grundstoffen das äußere Wohl der Menschheit aufzuhalten brauchen. Vielmehr wird auf diesem Gebiete die größte Schwierigkeit und daher auch die wichtigste Aufgabe nach dem Kriege darin bestehen, eine hinreichende internationale und soziale Harmonie zu sichern, ohne jedoch die Initiative und den Unternehmungsgeist zu ersticken oder die Bewegungsfreiheit zu beeinträchtigen, die für einen anhaltenden wirtschaftlichen Fortschritt unerläßlich ist.

ANLAGEN

BILANZ VOM

IN SCHWEIZER GOLDFRANKEN (ZU 0,29032258...

AKTIVA

			%
I. GOLD IN BARREN		75.136.419,77	15,6
II. KASSENBESTAND			
Kasse und Guthaben bei Banken		28.675.281,18	5,9
III. GELDER AUF SICHT, zinstragend angelegt		15.389.882,95	3,2
IV. REDISKONTIERBARE WECHSEL UND AKZEPTE			
1. Handelswechsel und Bankakzepte	119.261.524,17		24,7
2. Schatzwechsel	27.975.994,11		5,8
		147.237.518,28	
V. GELDER AUF ZEIT, zinstragend angelegt			
1. Bis zu höchstens 3 Monaten	20.923.430,24		4,3
2. Von 3 bis 6 Monaten	5.680,95		0,0
		20.929.111,19	
VI. ANDERE WECHSEL UND ANLAGEN			
1. Staatsschuldverschreibungen	75.073.006,12		15,5
2. Wechsel von Eisenbahn- und Postverwaltungen sowie sonstige Wechsel und andere Anlagen	120.818.343,50		25,0
		195.891.349,62	
VII. SONSTIGE AKTIVA		123.099,66	0,0
		483.382.662,65	100,0

ANMERKUNG.

Die Bank verfügt über Anlagen in Gold an allen Plätzen, wo auf Gold lautende Einlagen rückzahlbar sind, und über kurzfristige und Sicht-Anlagen in denselben Währungen wie die entsprechenden Einlagen, wobei in jedem Falle die Anlagen wesentlich größer als die genannten Einlagen sind (Ziff. IV und V der Passiva).

Die Verfügung über Dollarguthaben und Barrengold in den Vereinigten Staaten von Amerika unterliegt infolge kriegswirtschaftlicher Bestimmungen einer Bewilligung des Schatzamtes der Vereinigten Staaten. Wegen der Anlagen in Ländern, in denen Devisenbeschränkungen bestehen, haben die betreffenden Regierungen entweder als Unterzeichner des Haager Abkommens von 1930 (Artikel X) oder durch besondere Erklärungen versichert, daß die Bank frei bleiben solle „von jeder Rechtsbeschränkung und von allen einschränkenden Maßnahmen, wie Zensur, Requisition, Wegnahme, Einziehung in Kriegs- oder Friedenszeiten, Repressalien, Verbot oder Beschränkung der Ausfuhr von Gold oder Devisen und von allen anderen ähnlichen Maßnahmen". Darüber hinaus sind nach Abzug der Einlage der deutschen Regierung von den Anlagen in Deutschland nahezu 60 v. H. der dann noch verbleibenden Aktiva durch besondere, ihren Goldwert gewährleistende Vereinbarungen gedeckt.

Die Verpflichtung der Bank aus dem Treuhänder-Annuitätenkonto ist nicht klar festgelegt, aber sie ist zu ihrem höchsten möglichen Wert in Schweizer Goldfranken eingesetzt.

Für die Bilanz wurden die Aktiva und Passiva aus den verschiedenen Währungen auf Grund von notierten oder amtlich festgesetzten Kursen in Schweizer Goldfranken umgerechnet.

AN DEN VERWALTUNGSRAT UND DIE AKTIONÄRE
DER BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGSAUSGLEICH, BASEL.

Gemäß Artikel 52 der Satzung der Bank haben wir ihre Bücher und Rechnungen für das am und Erklärungen erhalten haben und daß nach unserer Ansicht obige Bilanz, die den Gegenwert aufgestellt ist und in Verbindung mit der dazugehörenden Anmerkung ein wahrheitsgemäßes, genaues gegebenen Erklärungen darstellt und durch die Bücher der Bank ausgewiesen wird.

ZÜRICH, den 29. April 1943.

31. MÄRZ 1943

GRAMM FEINGOLD — ART. 5 DER SATZUNG)

PASSIVA			%
I. STAMMKAPITAL			
Genehmigt und begeben 200.000 Aktien von je 2.500 Schweiz. Goldfranken	500.000.000,—		
mit 25%iger Einzahlung		125.000.000,—	25,9
II. RESERVEN			
1. Gesetzlicher Reservefonds .	6.039.487,45		
2. Dividenden-Reservefonds . .	1.626.940,33		
3. Allgemeiner Reservefonds .	13.342.650,13		
		21.009.077,91	4,3
III. LANGFRISTIGE EINLAGEN			
1. Treuhänder-Annuitätenkonto-Einlagen	152.606.250,—		31,6
2. Einlage der Deutschen Regierung	76.303.125,—		15,8
		228.909.375,—	
IV. KURZFRISTIGE UND SICHT-EINLAGEN (verschiedene Währungen)			
1. Zentralbanken für eigene Rechnung:			
a) Bis zu höchstens 3 Monaten	3.968.900,—		0,8
b) Sicht-Einlagen	11.247.655,36		2,3
		15.216.555,36	
2. Zentralbanken für Rechnung Dritter:			
Sicht-Einlagen		1.270.259,99	0,3
3. Andere Einleger:			
a) Bis zu höchstens 3 Monaten	24.381,01		0,0
b) Sicht-Einlagen	1.244.245,17		0,3
		1.268.626,18	
V. KURZFRISTIGE UND SICHT-EINLAGEN (Gold)			
1. Bis zu höchstens 3 Monaten	947.479,37		0,2
2. Sicht-Einlagen	38.764.050,83		8,0
		39.711.530,20	
VI. SONSTIGES		46.488.284,12	9,6
VII. GEWINN			
für das am 31. März 1943 beendete Geschäftsjahr		4.508.953,89	0,9
		483.382.662,65	100,0

31. März 1943 beendete Geschäftsjahr geprüft. Wir bestätigen, daß wir alle erbetenen Auskünfte der einzelnen Währungen in den oben beschriebenen Schweizer Goldfranken aufführt, ordnungsmäßig Bild der Geschäftslage der Bank gibt, wie sie sich uns nach unserem besten Wissen und den uns

PRICE, WATERHOUSE & Co.

ANLAGE II

GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG

für das am 31. März 1943 beendete Geschäftsjahr

		Schweizer Goldfranken
Reineinnahmen aus der Anlage des Eigenkapitals und der Einlagen nach den erforderlichen Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben		6.389.808,56
Vereinnahmte Gebühren:		
als Treuhänder (oder Fiscal Agent der Treuhänder) für internationale Anleihen		66.000,42
für Übertragungen von Aktien		13,67
		6.455.822,65
Verwaltungskosten:		
Verwaltungsrat — Bezüge und Reisekosten	76.576,02	
Direktion und Personal — Gehälter und Reisekosten	1.507.144,28	
Miete, Versicherung, Heizung, Licht und Wasser	102.754,19	
Bürobedarf, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften	113.873,54	
Telephon-, Telegramm- und Postgebühren	36.688,71	
Ausgaben für Sachverständige (Buchprüfer, Dolmetscher usw.)	12.353,98	
Kantonale Steuer	35.421,51	
Steuern auf die französische Ausgabe der Aktien der Bank .	26.106,89	
Verschiedenes	35.949,64	1.946.868,76
	REINGEWINN:	4.508.953,89

GEWINNVERTEILUNG

REINGEWINN FÜR DAS AM 31. MÄRZ 1943 BEENDETE GESCHÄFTSJAHR .	4.508.953,89
Zum gesetzlichen Reservefonds gemäß Artikel 53 Abs. a) der Satzung: — 5 % von 4.508.953,89 Schweizer Goldfranken	225.447,69
Für die Jahresdividende verfügbar	4.283.506,20
Entnahme aus dem Dividenden-Reservefonds	1.626.940,33
	5.910.446,53
29,55 Schweizer Goldfranken Jahresdividende je Aktie	5.910.000,—
Gewinnvortrag:	446,53

VERWALTUNGSRAT*

Ernst Weber, Zürich — Vorsitzender

Dott. V. Azzolini, Rom
Y. Bréart de Boisanger, Paris
Baron Brincard, Paris
Walther Funk, Berlin
Alexandre Galopin, Brüssel
Prof. Francesco Giordani, Rom
Hisaakira Kano, Tokio
Sir Otto Niemeyer, London
Montagu Collet Norman, London
Ivar Rooth, Stockholm
Dr. Hermann Schmitz, Berlin
Kurt Freiherr von Schröder, Köln
Dr. L. J. A. Trip, Den Haag
Marquis de Vogüé, Paris
Yoneji Yamamoto, Berlin

Stellvertreter

Dott. Giovanni Acanfora } Rom
Dott. Mario Pennachio } Rom
Cameron F. Cobbold, London
Emil Puhl, Berlin

DIREKTION

Thomas H. McKittrick	Präsident
Roger Auboin	Generaldirektor
Paul Hechler	Beigeordneter Generaldirektor
Dott. Raffaele Pilotti	Generalsekretär
Marcel van Zeeland	Direktor

Dr. Per Jacobsson	Volkswirtschaftlicher Berater
Dr. Felix Weiser	Rechtsberater

* Die Frage des belgischen ex-officio-Mitgliedes und seines Stellvertreters ist noch nicht entschieden.

16. Juni 1943